C 21734 E



Arbeiterkampf

Jg. 13 Nr. 231 7.3.83
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
4 DM
Förderpr. DM 5

§ 218 Indikationsregelung in Gefahr S. 25/26

Klare Mehrheit für:

-neue Atomraketen

-Arbeitslosigkeit -Sozialabbau

-Ausländerhetze

Die Bundesrepublik Deutschland behält die Regierung, die sie verdient. Sie behält vorerst auch den Kanzler, den sie verdient. Der durchgeputschte Wechsel vom vergangenen Herbst ist am 6. März von einer klaren Mehrheit des Wahlvolks abgesegnet worden. Selbst das Unvorstellbarste geschah: Die FDP bleibt im Bundestag vertreten. Und trotzdem hätte es sogar fast noch für eine absolute Mehrheit der CDU/CSU gelangt.

Die CDU/CSU hat ein Mandat zur „Wende" erhalten und sie wird von diesem Mandat sehr schnell und sehr spürbar Gebrauch machen. Dem Volk, sofern es von der eigenen Arbeit leben muß, wird in den kommenden Monaten sehr viel zugemutet werden. Die ersten Monate unter Kanzler Kohl haben nur einen bescheidenen Vorgeschmack auf die sozialen und politischen „Opfer" gegeben, die uns zugunsten der Kapitalisten abverlangt werden sollen. Bis zum 6. März hat die CDU/CSU mit Blick auf die Wahlen nur zurückhaltend agieren mögen. Diese Hemmungen sind nach dem wahrlich berauschenden Wahlergebnis erledigt. Der soziale Kahlschlag wird begleitet werden von zunehmender Einschnürung der politischen und persönlichen Freiheiten. Das wird die sozialistische Linke ebenso zu spüren bekommen wie beispielsweise Millionen von Frauen, die mit einer verschärften Praktizierung des Abtreibungsparagraphen zu rechnen haben. Außenpolitisch ist mit dem Wahlergebnis vom 6. März der Vollzug der NATO-„Nachrüstung" endgültig unter Dach und Fach. Daran hätte letzten Endes sogar ein Erfolg der SPD nicht viel geändert, aber es wäre immerhin eine winzige Chance offengehalten worden. Der atomaren „Nachrüstung" wird in den nächsten Jahren eine konventionelle „Nachrüstung" folgen — d.h. der Einsatz neuer Raketenwaffen und Flugzeuge, die den Planungsstäben der NATO einen Blitzkrieg in Europa als führbar und gewinnbar erscheinen lassen.

Es werden sich viele jetzt selber Mut zusprechen, etwa mit der Phrase, daß die Politik ohnehin nicht im Bundestag entschieden wird und daß jetzt ein Aufschwung des außerparlamentarischen Kampfes das Ergebnis vom 6. März wieder korrigieren wird. Mut ist etwas Schönes und Wichtiges, und wir alle werden ihn in den auf uns zukommenden Ereignissen brauchen. Aber Mut braucht nicht in krampfhafte Phantasterei und Realitätsverlust auszuarten. Schlimm ist an dem Wahlergebnis ja nicht, daß eine so peinliche Gestalt wie Helmut Kohl Bundeskanzler bleibt, obwohl er auf dem Posten eines Faschingsprinzen eine weit bessere Figur machen würde. Sondern schlimm ist, daß hinter dieser Regierung eine satte Volksmehrheit steht, der man zu großen Teilen zutrauen muß, daß sie sich b e w u ß t für die von der CDU/CSU geforderten Wende entschieden hat. Das ist ein so starkes Potential an politischer Dummheit und Verblendung, an Ignoranz auch gegenüber den einfachsten e i g e n e n Interessen, daß man für dieses Land wieder einmal das Allerschlimmste befürchten muß. Ja, es steht durchaus zu befürchten, daß dieser Mehrheitsblock von politischen Dummköpfen, Zu-Spätemerkern und Mittrabern erneut die Gesamtheit des Volkes ins Verderben reißen wird. Und gegen dieses Verderben verblaßt selbst der 2. Weltkrieg zur nostalgischen Erinnerung.

Sicher, ein anderes Ergebnis, womöglich eine rechnerische Mehrheit von SPD und Grünen, wäre auch noch kein Damm gewesen gegen eine Politik des Kahlschlags nach innen und der Kriegsvorbereitung nach außen. So gewaltig sich die Unterschiede zwischen Kohl und Vogel schließlich nicht, und beispielsweise die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen hätte am Ende auch eine SPD-Regierung gewollt. Aber ein solches Ergebnis hätte immerhin bedeutet, daß es für die „W e n d e" der CDU/CSU, das heißt für die Verschärfung des Marschtempos ins Verderben, noch keine Mehrheit im Volk gibt. Ein solches Ergebnis hätte das Klima in diesem Land sehr viel positiver beeinflußt als die nun dokumentierte klare Mehrheit für die Regierung Kohl. Der frechste Übermut der CDU/CSU-Politiker und der johlenden SA-Fressen in ihrem Anhang, von Kapitalisten und Pfaffen wäre uns erst einmal erspart geblieben.

Wir werden mit dem Ergebnis leben müssen, das ja in erster Linie auch nur das dokumentiert, was in diesem Lande i s t. Leicht wird es nicht werden und groß sind die Chancen auch nicht. Wer ganz sicher gehen will, sollte lieber die Auswanderungsmöglichkeiten studieren

P.S. Trotzdem einen herzlichen Glückwunsch an die GRÜNEN und ihre frischgewählten Abgeordneten! Wir wünschen euch Standfestigkeit und Phantasie für eure Arbeit!

Gezählt wird nicht!

Die Volkszählung wird zum Fiasko!



Volkszählungsboykott - totaler Staat, nein danke!

Am 27.4. ist Stichtag für den Beginn der sog. Volkszählung. Mit einem Aufwand von mehr als 3oo Millionen DM, durchgeführt von mehr als 600.000 amtlich bestellten Zählern und Zählerinnen soll das Volk der BRD ‚totalerfaßt', nach persönlichen Daten, Lebensmilieu und Besitzstand klassifiziert und datenmäßig gespeichert werden. Angeblicher Zweck: Ermöglichung einer ‚zukunftsorientierten Planung' im Interesse der Bevölkerung. Dafür wurde von der SPD/FDP noch 1982 eigens eine gesetzliche Legitimation geschaffen, nach der entgegen allem Datenschutzgerede die Weitergabe des gewonnenen Datenmaterials vom statistischen Bundesamt als Betreiber der Befragung an beliebige Bundes- und Landesämter bis hin zu den kommunalen Verwaltungen und an den sog. Sicherheitsbereich ausdrücklich vorgesehen ist. Tatsächlich ist die beabsichtigte Volkszählung der in der BRD bisher aufwendigste offen durchgeführte Versuch, die Bevölkerung an einen totalen Kontrollanspruch seitens des Staates zu gewöhnen und dessen technische Machbarkeit bundesweit zu erproben.

Gegen die beabsichtigte Volkszählung hat sich eine Boykottbewegung gebildet, die sich zu einem Flächenbrand zu entwickeln scheint, der inzwischen über die GAL in Hamburg, die AL in West-Berlin, Landesverbände von IG-Druck und GEW und sogar bis in die unteren Etagen der SPD hineinzüngelt. Viele Elemente kommen in diesen spontanen Aufbegehren zusammen, die schleichende Angst vor dem totalen Technokratenstaat; die Erkenntnis eines totalen Überwachungsstaates gegenüber politischer Opposition; der Kampf gegen die Bürokratie, die sich in solchen Hoheitsakten selbst beweisen muß; die Verteidigung des Persönlichkeitsbereichs gegen den Schnüffelstaat u.v.a.m. Insofern treffen sich in deser Protestbewegung sehr unterschiedliche Ausgangspunkte und politische Auffassungen, was sich darin wiederspiegelt, daß diese Bewegung Kräfte von ganz links bis hin zu Liberalen und sogar Konservativen umfaßt.

In dieser Ausgabe des AK stellen wir sowohl eigene Thesen als auch Positionen aus dem Initiativenkreis gegen die Volkszählung dar.

Thesen, Artikel und Interviews ab S. 4.

Auf zu den Osterblockaden gegen Raketenstationierung

Ostern wird gegen die Stationierung der „Nach"rüstungsraketen im Herbst dieses Jahres mobilisiert. Neben den traditionellen Ostermärschen wird es an einer Reihe von Atomwaffenstandorten für die neuen Raketen zu Blockadeaktionen kommen, mit denen die Entschiedenheit demonstriert werden soll, die „Nach"rüstung nicht hinzunehmen.

Blockaden finden statt in:

Neu-Ulm
am Atomwaffenstandort

Feucht (Nürnberg)
am Atommunitionsdepot

Bad Kreuznach

Wurstweiler
(Neuenkirchen)
am US-Depot

Geilenkirchen

Geilenkirchen
am Atomwaffenlager

Holzwickede
(Ruhrgebiet)

Jammertal
(Ruhrgebiet)
am Atomwaffenstandort

Dülmen
(Münsterland)
am Atomwaffenlager

Kellinghusen
(bei Hamburg)
am Atomwaffenstandort

Meyn
(bei Flensburg)
am Atomwaffendepot

Fulda
gegen die Erweiterung des Truppenübungsplatzes

Wegen DDR-Kontakte verurteilt

Zweieinhalb Jahre für Herrmann Gaßmann

„Im Zweifel für den Staatsanwalt". So urteilte der Dritte Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts über den Hamburger IG Metall-Sekretär Hermann Gaßmann und schickte ihn für zweieinhalb Jahre in den Knast. Weiter darf er sich für drei Jahre nicht in öffentliche Ämter wählen lassen und muß die Kosten des Verfahrens tragen.

Dieses Urteil „im Namen des Volkes" löste unter dem anwesenden Volk, ca. zweihundert Kollegen und Freunden des Angeklagten aus der IG Metall und anderen Gewerkschaften, lautstarke Empörung und Protest aus. Auf einem Transparent und in Sprechchören wurde minutenlang „Freiheit für Hermann Gaßmann" und die Aufhebung des Paragrafen 99 gefordert. Erst mit der Androhung der Saalräumung gelang es dem Vorsitzenden Richter Bürrig, sich Ruhe zu verschaffen, um seine Urteilsbegründung vorzutragen — eine Begründung, die sicherlich in die Analen dieses unseres Rechtsstaats eingehen wird: als Beispiel dafür, wie man einen kritischen Gewerkschafter ohne die Spur eines Beweises ins Gefängnis und damit auch politisch aus dem Verkehr bringt, mit nichts weiter als unbewiesenen Behauptungen und Vermutungen.

Möglich ist dies durch den § 99 StGB, der die „geheimdienstliche Agententätigkeit" definiert. Als Instrument des kalten Krieges ist dieses Gesetz weniger zur Verfolgung „echter" Spione geeignet, umso mehr aber dazu, Bundesbürger von Kontakten zu Bürgern der DDR abzuschrecken.

Fortsetzung nächste Seite

Paragraf 99 macht's möglich:

IGM — Sekretär Gaßmann zu 2 1/2 Jahren verurteilt – ohne Beweise !

Fortsetzung von vorheriger Seite

Hermann Gaßmann war am 28. Februar 1981 auf dem Hamburger Flughaben von Beamten des BKA verhaftet worden. Drei Tage später wurde der Untersuchungshäftling ins Bonner Gefängnis in scharfe Einzelhaft verlegt. Über lange Zeit wußten Freunde und Kollegen Gaßmanns nicht genau, was ihm vorgeworfen wurde. Die Staatsanwaltschaft sprach nur allgemein von Spionage für die DDR und hüllte sich ansonsten in Schweigen. Durchaus gut gespickt zeigten sich allerdings die Hamburger Boulevard-Blätter ,,Bild'' und ,,Morgenpost'', wobei die SPD-nahe ,,Morgenpost'' ausnahmsweise den offenbar kürzeren Draht zu den ,,heißen'' Informationen hatte; sie hetzte gezielt gegen die politischen Betätigungsfelder Gaßmanns in SPD und Gewerkschaften: *,,Gaßmann soll in zwei Funktionen für die DDR tätig gewesen sein: Interne Vorgänge aus Gewerkschaft und Partei auszuspionieren, und gleichzeitig Einfluß im Sinne der DKP auf die Gewerkschaft zu nehmen... In Seminaren, die Gaßmann oft veranstaltete, hatte er häufig der DKP nahestehende Referenten.''* Dieser Hinweis war für Kenner der Hamburger politischen Verhältnisse ein deutlicher Hinweis darauf, daß der ,,Fall Gaßmann'' von einiger Brisanz für die Auseinandersetzungen innerhalb der Hamburger SPD und damit verbunden der Hamburger IG Metall ist. Heute wissen wir auch, daß Hermann Opfer einer gezielten Denunziation aus den Reihen seiner eigenen Partei geworden ist.

Hermanns Verhaftung fiel in eine Zeit heftiger Konflikte sowohl innerhalb der IGM als auch der SPD. In seiner Gewerkschaft ist Hermann zuständig für die Bildungsarbeit und die Jugend. Mehrfach hatte es schon Versuche gegeben, die Bildungsarbeit umzukrempeln. Unter Hermanns Obhut hate sich in den vergangenen Jahren eine lebendige und gut besuchte Schulungsarbeit herausgebildet, getragen von einem Kreis meist linkssozialdemokratischer Referenten; Dreh- und Angelpunkt war, — gemäß den Richtlinien der IG Metall — .der Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit, die Seminarteilnehmer wurden zu einer aktiven Mitarbeit in der IGM und zum Eintreten für ihre Interessen in ihren Betrieben ermutigt.

Nicht in den Kram paßte diese Bildungsarbeit allerdings einigen mächtigen Betriebsräten aus den größten Hamburger Metallbetrieben, die mit ihrer Hausmacht in der Hamburger Ortsverwaltung politisch den Ton angeben. Diese Sozialpartner, die auch in der Hamburger SPD über bedeutenden Einfluß verfügen, mußten anläßlich der Betriebsratswahl 1981 erstmalig einer ernsthaften Bedrohung ihrer Machtpositonen in einem der Hamburger Kernbetriebe entgegensehen. Auf der Werft HDW war es an der Frage einer demokratischeren Form der Listenaufstellung für die Betriebsratswahl zu einem handfesten Streit im Vertrauenskörper gekommen, der schließlich darin mündete, daß mehr als vierzig betriebliche Funktionäre eine ,,Liste aktive Metaller'' gründete, an deren Spitze eine Reihe prominenter Mitarbeiter der Bildungsarbeit stehen. Hintergrund der Auseinandersetzung ist der Kampf um die Arbeitsplätze bei der von der Schließung bedrohten Großwerft.

Auch innerhalb der Hamburger SPD ging es damals ziemlich rund. Die Gründung des ,,Hamburger Forums gegen den Atomtod'' hatte zu Krisensitzungen der SPD-Bürgerschaftsfraktion geführt. Grund: die rechte Führungsmafia um den damaligen Innensenator Staak hatte Alarm geschlagen, weil sie um die Loyalität zu Schmidts Raketenkurs fürchtete. Gut zwanzig SPD-Abgeordnete hatten den Gründungsaufruf zum ,,Hamburger Forum'' als Erstunterzeichner gefördert.

Auch unter den Funktionären der Hamburger Gewerkschaften hatte das ,,Hamburger Forum'' eine Reihe Erstunterzeichner gefunden. Hermann ist einer von ihnen. Die Gründungsveranstaltung freilich konnte er schon nicht mehr mitmachen. Zu dieser Zeit saß er bereits im Bonner Knast.



Spontane Solidaritätsdemonstration nach der Urteilsverkündung (in der Mitte Hermann Gaßmann)

Die Schwierigkeiten mit der Solidarität

Seit Hermanns Verhaftung gibt es innerhalb der Hamburger IG Metall ein zähes Ringen um die Solidarität mit dem Kollegen. Während Freunde und enge Mitarbeiter Hermanns von ihrer Organisation erwarteten, daß die IGM vor allem auch der massiven Vorverurteilung durch die Presse entgegentreten sollte, wehrte sich die Ortsverwaltung über lange Zeit mit Händen und Füßen gegen jede Öffentlichkeitsarbeit. In deutlichem Gegensatz dazu stand die penetrante Kooperationsbereitschaft und Beredsamkeit der verantwortlichen Funktionäre gegenüber dem ermittelnden BKA (,,Sicherungsgruppe Bonn''), ein Verhalten, das sich bis in die Zeugenvernehmungen während des Prozesses fortsetzte. Nun ist es nicht so, daß sich die ,,offizielle'' IG Metall gänzlich unsolidarisch verhalten hätte. Sie gewährte Hermann Rechtsschutz, beauftragte ein Anwaltsbüro und zahlte auch sein Gehalt weiter. In der Mitgliederzeitung ,,Metall'' konnte man, zumindest auf der Hamburg-Seite, die offizielle Haltung nachlesen: die IG Metall geht solange von Hermanns Unschuld aus, wie er nicht rechtskräftig verurteilt ist.

Diese Formulierung wirkt bestechend, weckte aber bei vielen Kollegen auch Mißtrauen. Direkt nach Hermanns Verhaftung hatte sich ein Unterstützerkreis gebildet, der mehrere gut besuchte Veranstaltungen organisierte und u.a. eine Dokumentation erstellt hatte. Dabei hatten sich die Kollegen intensiv mit dem Paragraphen 99 auseinandergesetzt. Sie kamen zu der Ansicht: Wer nach diesem Willkür-Gesetz verurteilt wird, muß noch längst nicht schuldig sein. Sie setzten sich dafür ein, daß die IG Metall diesen Paragraphen in ihrer Zeitung kritisch durchleuchtet, zumal in der Vergangenheit schon häufig Gewerkschafter mit diesem Instrument verfolgt worden waren. Die ,,Metall''-Leser warten bis heute auf den entsprechenden Artikel.

Der Prozeß

Nach knapp sechsmonatiger Einzelhaft wurde Hermann vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Mit der richterlichen Auflage, sich dreimal wöchentlich bei der Polizei zu melden, konnte er seine Tätigkeit bei der IGM wieder aufnehmen.

,,Der Baum ist wieder im Wald'', sagte er auf einer Solidaritätsveranstaltung des Unterstützerkreises. Die lange Haftzeit habe er trotz seelischer Tiefs recht gut überstanden, weil *,,meine Umweltbeziehungen in Ordnung''* waren. Gemeint waren die über dreihundert Briefe, die er während der Haftzeit erhalten und alle einzeln beantwortet hatte.

Noch vor Prozeßbeginn hatte es Versuche gegeben, ihn scheibchenweise aus seinen Funktionen zu drängen. So sollte ihm z.B. die Verantwortung für die Jugendarbeit entzogen werden, was allerdings am geschlossenen Widerstand der IGM-Jugendgruppen scheiterte: sie ließen den ,,Ersatz-Sekretär'' voll abblitzen.

Erst der Prozeß selbst brachte nach und nach Klarheit darüber, was Hermann zur Last gelegt wurde. Er hatte als junger Ingenieur 1955 die Leipziger Messe besucht und dabei einen Erich Brehmer kennengelernt. Auch er ist, so Hermanns Aussage, Ingenieur, beide sind gewerkschaftlich aktiv. Seitdem treffen die beiden sich in Abständen immer wieder, ein bis zweimal im Jahr, bis zu Hermanns Verhaftung. Nach Hermanns Aussage habe es sich dabei um eine rein private Beziehung gehandelt, und beide hätten aus einem subjektiven Sicherheitsbedürfnis heraus ihre Treffen für sich behalten. Der Kalte Krieg war damals und noch für eine lange Zeit das bestimmende Element in den Ost-West-Beziehungen (1956 KPD-Verbot). Hermann befürchtete Nachteile für seinen beruflichen und gewerkschaftlichen Werdegang, falls seine Kontakte bekannt werden würden. Wie berechtigt diese Befürchtung war, wurde spätestens seit den Zeugenaussagen der prominenten Gewerkschafter Eugen Loderer (IGM-Vorsitzender), Otmar Günther (langjähriger persönlicher Referent Loderers und heute Arbeitsdirektor bei Krupp) und Heinz Ruhnau (früher IGM-Bezirksleiter Hamburg, jetzt Lufthansa-Chef) deutlich. Sie alle konnten zur Sache selbst wenig bis gar nichts aussagen, waren aber bereitwillig zur Stelle, um mit persönlichen Wertungen der Staatsanwaltschaft Schützenhilfe zu leisten. Gefragt, wie sie es finden würden, wenn ein hauptamtlicher IG Metaller fünfundzwanzig Jahre lang immer wieder in die DDR reisen würde, ohne seine Organisation darüber zu informieren, sagten sie sämtlich, so einen Mann würden sie fristlos feuern. Hätte Loderer sich darauf beschränkt, die Fragen des Gerichts zu beantworten, hätte seine Aussage nur ein D rittel der Zeit in Anspruch genommen. Stattdessen ließ er sich b reit aus über seine Ansichten zum Ost-West-Konflikt und über das *,,Feingefühl''*, das ein Gewerkschaftsfunktionär *,,in unserem geteilten Land''* haben müsse. Er sei dagegen, daß Gruppen unkontrolliert im Osten rumreisten. So habe es ihn sehr gewundert, in Moskau eine DGB-Jugendgruppe aus Stuttgart zu treffen. Auch sei es nicht Aufgabe von Sekretären, sich vor Ort in der DDR zu informieren. Zwar sei Gaßmann ein guter Funktionär und Sozialdemokrat gewesen, aber das war Guillaume schließlich auch ...

Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau war nach seiner IGM-Karriere Hamburger Innensenator gewesen (und damit auch Dienstherr des Landesamtes für Verfassungsschutz). Er konnte sich an Gaßmann konkret nicht erinnern: *,,Ich bin ihm sicher begegnet, so, wie man sich in Hamburg eben begegnet.''* Damit hätte seine Aussage eigentlich beendet sein können. Doch Richter Bürrig sammelte auch dessen persönliche Wertung eines fiktiven Sachverhalts ein. Wenn einer Einladungen zu DDR-Kongressen annimmt, *,,wäre er aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und entlassen worden; ist doch klar.'*

In einer Prozeßerklärung nach diesen Zeugenaussagen verwies Hermann darauf, daß seine Befürchtungen im Hinblick auf nachteilige Folgen für seine berufliche Existenz nunmehr vollauf bestätigt worden seien.

Die weiteren Zeugenvernehmungen brachten in erster Linie herbe Peinlichkeiten für das ermittelnde BKA und die Staatsanwaltschaft an den Tag. Mehrere Zeugen, konfrontiert mit der BKA-Wiedergabe ihrer Aussagen aus der polizeilichen Vernehmung, betonten energisch, daß das BKA ihre Aussagen verfälscht wiedergegeben habe. Auf Antrag der Verteidigung nahmen sie dies unter Eid.

Wie schnell man hierzulande zum Spion werden kann, belegte die Aussage des Chef-Ermittlers des BKA, Herter. Er mußte zugeben, daß es vor Hermanns Verhaftung keinerlei Hinweise auf eine Agententätigkeit gegeben habe — trotz eineinhalbjähriger Verfassungsschutzüberwachung samt Telefonkontrolle. Lediglich die gelegentlichen Besuche in Ostberlin, *,,für die es keine Erklärung gab''*, und ein beschlagnahmtes Notizbuch mit den Kürzeln ,,E.B.'' an den entsprechenden Tagen waren Anlaß genug für die Staatsschützer, Hermann zu verhaften. Auf dieser Grundlage war Hermann für zunächst sechs Monate im Knast verschwunden!

Vollends katastrophal wurde es für die Ermittlungsbehörden, als es zur Prüfung der Indizien kam, die nach der Verhaftung ermittelt und beschlagnahmt worden waren und erst das gemutmaßte Bild des ,,Agenten'' belegen sollten.

Da war man auf die Suche nach einer ,,agententypischen konspirativen Wohnung'' gegangen, nach ,,Containern'' und ,,toten Briefkästen'' zur Verwahrung geheimer Nachrichten. Vergeblich. Beschlagnahmt worden war bei Hermann eine Fotoausrüstung Marke ,,Practica'', hergestellt in der DDR. Was jeder engagierte Hobby-Fotograf hätte aufklären können: Die Practica gehört zu den Renommier-Exportartikeln der DDR und wird in jedem gutsortierten Foto-Geschäft geführt. Die Verteidigung tat ein übriges und präsentierte einen Waschkorb voll Fotos, Negativen und Dias, 6500 an der Zahl. Es handelte sich vorwiegend um Familienfotos. Die wenigen abfotografierten Dokumente, die sich in der Sammlung fanden, waren abgelichtete Buchseiten u.ä., die Hermann im Rahmen seiner Bildungsarbeit eingesetzt hatte. Das Gericht verzichtete mit einer resignierten Geste auf dieses ,,Beweismittel''. Ein ähnliches Fiasko erlebte die Anklage mit dem nächsten ,,Indiz''. Es handelte sich um mehrere Kofferradios mit Kurzwellenbereich. Kurzwelle, so die Staatsanwaltschaft, sei der Bereich, auf dem verschlüsselte Agentennachrichten gesendet würden. Zwar war keiner der Apparate auf agententypische Frequenz eingestellt, vielmehr auf eine Frequenz, die noch nicht geklärt sei. Die Verteidigung brachte schließlich des Rätsels Lösung: Es handelte sich um NDR II ... Es war den Verteidigern ein Leichtes nachzuweisen, daß es sich um handelsübliche Geräte handelt, die zu zehntausenden in bundesdeutschen Haushalten stehen.

Zum Schluß der Beweisaufnahme

Fortsetzung nächste Seite

»Für die Erfüllung des Tatbestandes der geheimdienstlichen Agententätigkeit (ist) es ohne Bedeutung, daß der (Beschuldigte) weder Zugang zu Staatsgeheimnissen gehabt oder gesucht hat und der Eintritt eines Nachteils nicht feststellbar ist ... Das Bestreben der Geheimdienste geht heute dahin, alle Angelegenheiten eines anderen Staates systematisch auszuforschen und dadurch möglichst ein Gesamtbild sowohl der militärischen als auch der politischen, wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Kräfte des Landes zu bekommen ... Es (ist) deshalb nicht erforderlich, daß der von § 99 erfaßte gegenständliche Bereich sich auf geheime Tatsachen oder solche von besonderer Bedeutung bezieht ... Es kann sich daher um beliebige Tatsachen aus jedem Bereich, auch aus Wirtschaft und Wissenschaft, handeln ...«

Auszug aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 26.5.1981 (2 BVR 215/81)



Im Wortlaut

Geheimdienstliche Agententätigkeit

RiStBV 202ff

§ 99 Wer

1. **für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist, oder**
2. **gegenüber dem Geheimdienst einer fremden Macht oder einem seiner Mittelsmänner sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt,**

wird mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in den §§ 94, 96 Abs. 1, in § 97a oder in § 97b Verbindung mit den §§ 94, 96 Abs. 1 mit Strafe bedroht ist.

In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten werden, mitteilt oder liefert und wenn er

1. **eine verantwortliche Stellung mißbraucht, die ihn zur Wahrung solcher Geheimnisse besonders verpflichtet, oder**
2. **durch die Tat die Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.**

§ 98 Abs. 2 gilt entsprechend.

zog die Anklage allerdings noch einen Trumpf aus dem Ärmel. Als Gutachter wurde der Regierungsdirektor Hans Willi Fetten aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln vernommen. Zwar konnte auch er keinerlei Beweise, also nachprüfbare Tatsachen für eine Agententätigkeit beibringen, wohl aber lieferte er das Raster, das schließlich von den Richtern als auf Hermann passend und für eine Verurteilung genutzt wurde.

Fetten zeichnete von Hermann das Bild eines „Einflußagenten'', der aufgrund seiner Verbindungen zu den Arbeitnehmern in den Betrieben „unschätzbaren Wert'' für die DDR habe. — Ein Argument, das auf jeden aktiven Gewerkschafter, der sich für Interessen der Arbeitnehmer einsetzt, jederzeit wieder angewandt werden kann.

Weiter behauptete Fetten, Hermann habe die Beziehung zu einem befreundeten Westberliner Ehepaar seit 15 Jahren nur deshalb aufrechterhalten, weil er eine „Legende'' für seine Berlin-Flüge brauchte. Verdächtig sei, daß Familie Gaßmann die Berliner ausgerechnet bei einem Urlaub in Dänemark kennengelernt hatte; Dänemark sei ein beim DDR-Geheimdienst beliebtes Land für Treffen mit ihren hiesigen Agenten, da die DDR-„Führungsoffiziere'' striktes Verbot hätten, in die Bundesrepublik zu reisen.

Auf die Frage der Verteidigung, ob es üblich sei, daß ein Agent über 25 Jahre von dem gleichen Führungsoffizier betreut werde, kam der Gutachter sichtlich ins Schleudern und mußte zugeben, daß dies äußerst ungewöhnlich sei. Nach einigem Überlegen führte er eine neue Theorie in den Prozeß ein: in den sechziger Jahren habe die Kontaktperson gewechselt. Beweise: Fehlanzeige.

Das Urteil

Es lohnt sich kaum, auf das Plädoyer der Staatsanwaltschaft einzugehen, da es sich in allen wesentlichen Gedanken schließlich in der Urteilsbegründung wiederfindet. Hier nur soviel: die Staatsanwälte forderten drei Jahre Haft ohne Bewährung.

Die Verteidiger forderten, nach dem Prozeßverlauf nur folgerichtig, Freispruch für Hermann. Es habe keinerlei Beweise dafür gegeben, daß Erich Bremer ein Geheimdienstler sei. Die Indizien seien sämtlichst zusammengebrochen. Hermann habe sich in fast allen Punkten agentenuntypisch verhalten. Die Furcht um seinen Arbeitsplatz, die Hermann zum Schweigen über seine DDR-Besuche veranlaßt habe, sei vollkommen berechtigt gewesen. Und seine anfängliche Aussageverweigerung in der Untersuchungshaft rühre von der durch die strenge Isolierung herbeigeführten Desorientierung her.

Kernsatz in der Urteilsbegründung durch den Vorsitzenden Richter Bürrig ist die immer wieder betonte Behauptung, daß Hermanns Verhalten *„genau in das Schema''* eines Agenten passe, daß das *„Raster reichlich ausgefüllt''*

durch den Vorsitzenden Richter Bürrig ist die immer wieder betonte Behauptung, daß Hermanns Verhalten *„genau in das Schema''* eines Agenten passe, daß das *„Raster reichlich ausgefüllt''*

sei. Entscheidender Punkt sei dabei die Tatsache, daß Hermann seine Besuche in Ost-Berlin verschwiegen habe. Es sei nicht glaubwürdig, daß er dies aus Sorge um seinen Arbeitsplatz getan habe, alle führenden IGM-Funktionäre hätten das Gegenteil bekundet. Damit sei eine „tragende Säule der Verteidigung zusammengebrochen''. *„Jeder Zeuge hat das richtige Gefühl gehabt''*, so Richter Bürrig wörtlich zu Loderer und Ruhnau. Er fand es sogar verwunderlich, daß die IG Metall *„noch keine betriebs- und arbeitsrechtlichen Konsequenzen gezogen''* habe, ein deutlicher Wink, daß die IGM ihren Funktionär nun endlich rausschmeißen solle.

Selbst die Tatsache, daß Hermann unter dem Schock seiner Verhaftung zunächst die Aussage verweigert hatte, wurde ihm zum Nachteil ausgelegt. *„Wer redlich ist, hätte hier doch lauthals protestiert!''*

An dieser Stelle mußte der Richter seinen Vortrag unterbrechen, weil es zu Protesten im Zuschauerraum kam. Nach einer Beratungspause kündigte der Vorsitzende Bürrig an, daß „Krawallmacher'' nunmehr rausgegriffen werden sollten und postierte zwei Wachleute im Zuschauerraum.

Das Gericht sehe eine Strafbarkeit erst ab Sommer 1968, also seit Inkrafttreten des §99. Der vorher gültige §100e des Strafgesetzbuches stellt den Verrat von Staatsgeheimnissen unter Strafe. Ein derartiger Verrat sei aber nicht nachzuweisen. Der §99 hingegen stelle die Weitergabe j e d w e d e r Informationen unter Strafe, sofern die Weitergabe an einen G e h e i m d i e n s t erfolge. Indirekt müßte das Gericht eingestehen, daß es dies nicht für beweisbar hält; so griff Bürrig die vom Verfasungsschutz-Gutachter aufgestellte These vom Wechsel des vermeintlichen Führungsoffiziers wieder auf und spekulierte einige Sätze lang über *„die zwei Erichs''*. Auch sei 1964 oder 1965 „ein dritter Mann'' aufgetaucht, zu dessen Identität Bürrig nur soviel zu sagen wußte, daß es sich um eine *„Person dunkelsten Charakters''* handele. Dieser „dritte Mann'' sei ein ganz entscheidender Punkt, denn, so Bürrigs Rückzugslinie, es komme nicht darauf an, ob Erich Bremer ein Geheimdienstler sei, sondern wichtig sei der *„organsierte Hintergrund''*. — Eine zweifellos bemerkenswerte Ausdehnung des ohnehin total schwammigen §99, aber auch Beleg für die Beweisnot des Gerichts.

Bemerkenswert auch die Art und Weise, mit der das Gericht die zusammengebrochene Indizienkette beiseite schob. Es gäbe keine Beweise für geheimdienstliche Fotos, für Funkverkehr, Auslandskontakte, konspirative Wohnung, nicht einmal Reisekostenerstattungen. Aber das Fehlen dieser Beweise heiße schließlich nicht, daß Gaßmann kein Agent sei. Es gebe zwar Lücken im Agentenraster, dies aber sei kein Unschuldsbeweis.

Ein klassisches Gesinnungsurteil

Zusammenfassend gab das Gericht eine Bewertung zu Gaßmanns Persönlichkeit, nach „positiven'' und ‚negativen'' Gesichtspunkten. Positiv vermerkte das Gericht u.a. sein soziales Engagement *„für die seiner Meinung nach sozial Benachteiligten''*.

Ebenso entlarvend die Ausführungen zu den negativen Punkten: Hermanns Wirkungsstreben sei gegen die gesetzliche Ordnung der Bundesrepublik gerichtet. Er sei nicht auf Geld ausgewesen, sondern sei Idealist. Es bleibe dahingestellt, wer gefährlicher sei: Der Spion für Geld oder der *„fehlgeleitete Idealist''*. Hermann habe eine *„auf Klassenkampf eingestellte Grundrichtung''*, und sein SPD-Eintritt sei nur ein *„taktischer''* Schritt gewesen; denn die SPD sei ja *„mehr auf Partnerschaft mit den Unternehmern''* ausgerichtet. Schließlich sei es auch nicht so, daß in den Gewerkschaften eine Gruppe von Rechten die Linken tyrannisiere.

Noch Chancen für Hermann?

Mit dem Urteil sind die Befürchtungen von Hermanns Freunden eingetreten, daß, ähnlich wie in einer Reihe früherer §99-Verfahren, der Angeklagte mit großer Wahrscheinlichkeit verurteilt wird, unabhängig von der Beweislage. Sie hatten sich deshalb innerhalb der IG Metall dafür eingesetzt, daß Hermann auch für den Fall einer Verurteilung als Sekretär weiterbeschäftigt wird. Kurz vor Ende des Prozesses hatte die Vertreterversammlung getagt, das höchste Beschlußorgan auf Ortsebene. Hier hatt e sich eine breite Zustimmung zu einer Resolution ange-

wird. Kurz vor Ende des Prozesses hatte die Vertreterversammlung getagt, das höchste Beschlußorgan auf Ortsebene. Hier hatt e sich eine breite Zustimmung zu einer Resolution ange-

bahnt, die Hermanns Weiterbeschäftigung sichern sollte. Die Ortsgewaltigen hatten einen derartigen Beschluß gerade eben noch damit verhindern können, daß sie die Einberufung einer außerordentlichen Vertreterversammlung n a c h dem Urteil zusicherten und daß bis dahin keine Entscheidung über die Weiterbeschäftigung getroffen werden sollte.

Hermanns Anwälte haben zwar sofort nach dem Urteil Revision beim Bundesgerichtshof beantragt, jedoch werden die Aussichten auf einen Freispruch allgemein als nicht sehr gut eingeschätzt (siehe auch die nebenstehend abgedruckte Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes). Der Kampf um seine Weiterbeschäftigung trotz Verurteilung ist also in eine entscheidende Phase getreten.

In dieser Situation hat der Vorstand der IG Metall in Frankfurt eine womöglich folgenschwere Weichenstellung vollzogen. Vier Tage nach dem Urteil wurde bekannt, daß der Vorstand alle Entscheidungsgewalt in Sachen Hermann Gaßmann an sich gezogen hat. Für Anfang März wurde eine außerordentliche Vorstandssitzung angekündigt, auf der, so wird von vielen befürchtet, der Rausschmiß vollzogen werden soll. Die Haltung des Vorsitzenden Eugen Loderer ist ja im Prozeß hinlänglich deutlich geworden. Die von den Ortsbevollmächtigten mehrfach auffällig häufig betonte Forderung nach Disziplin gegenüber Vorstandsentscheidungen läßt für Hermann das Schlimmste befürchten. Doch Hermanns Freunde und Kollegen wollen keine Ruhe geben. Sie wollen mit einer Pressekonferenz und weiteren öffentlichen Aktionen gegen dieses Unrecht kämpfen.

Ein Genosse der B&G-Kommisssion

Lex Stiller

Wie man einen Super-Kronzeugen aus dem Verkehr zieht

Selbst Springers WELT (24.1.83) nennt es eine „rigorose Entscheidung'', die „zu den ersten Amtshandlungen des neuen deutschen Geheimdienstchefs gehört''. Gemeint ist eine Anordnung des neuen Präsidenten des BND (Bundesnachrichtendienst), daß der vom BND versteckt gehaltene Super-Kronzeuge Stiller zukünftig nicht mehr für Zeugenvernehmungen zur Verfügung steht, also nicht einmal richterlich an einem geheimgehaltenen Ort vernommen werden darf. Begründet wird dieser Erlaß mit salbungsvollen Worten über die „Verantwortung und Fürsorgepflicht'' des BND für seine Zuträger und Spitzel. Es könnte also in Zukunft häufiger vorkommen, daß Kronzeugen der Geheimdienste zum passenden Zeitpunkt aus dem Verkehr gezogen werden.

Stiller ist vor 4 Jahren aus der DDR in die BRD „geflüchtet'' und hatte dabei Listen von Agenten mitgebracht, gegen die dann hierzulande aufgrund dieser „Tips'' Anklagen wegen „geheimdienstlicher Tätigkeit'' anhängig gemacht worden sind. Betroffen waren bzw. sind v.a. Funktionäre aus Gewerkschaften, Parteien und Wissenschaft (2). Angeblich soll Stiller schon vor seiner „Flucht'' jahrelang für den BND gearbeitet haben (3). Derzeit hätte Stiller in einem Verfahren vor dem OLG Düsseldorf gegen einen der Wirtschafts-, Militär- und Wissenschaftsspionage Angeklagten aussagen sollen (4).

Die „Rigorosität'' dieser BND-Entscheidung liegt weniger darin, daß ein Geheimdienst seinen Hinweisgeber nicht als Zeugen vor Gericht preisgibt. Diese Praxis gehört seit den KPD-Prozessen der 50er und 60er Jahre, über die Terroristenprozesse der neueren Zeit bis hin zu einfachen Rauschgiftdelikten längst zum gerichtlichen Alltag, ohne daß es dafür freilich eine Rechtsgrundlage gibt. Während nämlich für Beamte, also z.B. Polizisten oder Mitarbeiter der Geheimdienste, generell die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit gilt, von der sie auch als Zeugen nur durch eine ausdrückliche Aussagegenehmigung ihres Dienstherrn befreit sind, der diese *„zum Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes''* oder wenn durch sie *„die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährdet oder erheblich erschwert''* werden würde, versagen darf (5), gibt es derartige Einschränkungen der Zeugnispflicht für den „normalen'' Bürger nicht. Die Geheimdienste verschaffen sich in solchen Fällen, wo ihr Hinweisgeber nicht selbst Mitarbeiter der Behörde ist, **außerhalb der Legalität** die faktische Möglichkeit, dennoch Einfluß auf die Beweisaufnahme im Strafprozeß zu nehmen: Sie lassen ihre „Vertrauensmänner'' untertauchen, d.h. verschaffen ihnen u.U. falsche Papiere, konspirative Wohnung usw., sodaß diese für niemanden, auch nicht für die Gerichte, auffindbar sind. Dann muß die Ladung des begehrten Zeugen über den Geheimdienst laufen, da nur er den Aufenthaltsort des Zeugen kennt. Weigert sich die Behörde, die Anschrift mitzuteilen, so ist der Zeuge für das Gericht „unerreichbar''. Genauso steht es jetzt mit Stiller. Begründet wird die Absage mit der „Fürsorgepflicht'', die der BND gegenüber dem bei seiner Enttarnung angeblich stark gefährde-

Gericht „unerreichbar''. Genauso steht es jetzt mit Stiller. Begründet wird die Absage mit der „Fürsorgepflicht'', die der BND gegenüber dem bei seiner Enttarnung angeblich stark gefährde-

ten Hinweisgeber habe.

Auch dieses Argument ist nicht neu, sondern wird ständig strapaziert, wenn es darum geht, über Hintermänner und Hinweisgeber Vertraulichkeit zu wahren. In Polizeikreisen, wo die Zusammenarbeit mit V-Leuten aus der „Szene'' den gesamten Zweig der „verdeckten Verbrechensbekämpfung'' durchzieht, gehört die Zusicherung der Vertraulichkeit sozusagen zur Geschäftsgrundlage. Ohne sie wäre die konspirative Arbeit der Polizei nicht auf breiter Basis möglich.

Nichtsdestoweniger existiert auch für diese Konstruktion keinerlei Rechtsgrundlage, denn selbst bei einem Beamten wäre die Begründung verfehlt, weil hier die einschlägigen Bestimmungen Aussageverweigerungen nur „zum Wohle des Bundes'' bzw. zur „Erfüllung öffentlicher Aufgaben'' zulassen, nicht jedoch zum persönlichen Schutz des jeweiligen Beamten. Aber sehen wir von solch kleinlichem Legalismus einmal ab, so kommt doch bei der jüngsten Stiller-Entscheidung des BND-Chefs noch ein wesentlicher Punkt dazu: Es hat einen „Fall Stiller'' schon einmal gegeben. Ein dazu ergangenes, sogenanntes **„Stiller-Urteil''** ist in der Welt (6). Noch 1980 nämlich sah sich das Bayerische Oberlandesgericht ohne die Amtshilfe des BND nicht in der Lage, den Zeugen Stiller in dem Prozeß gegen den SPD-Politiker Friedrich Cremer wegen Verdachts „gheimdienstlicher Agententätigkeit'' (7) zu vernehmen. Es nahm die Entscheidung des Geheimdienstes, Stillers Aufenthaltsort geheimzuhalten, hin.

Andere Gerichte hatten in ähnlichen Fällen die Angeklagten freigesprochen, weil sie sich ohne die Aussage, allein aufgrund des Aktenmaterials, nicht zu einer Verurteilung im Stande sahen (8). Diesen für die Staatsschutzorgane mißlichen Alles-oder-Nichts-Zustand, um den in Fachkreisen unter dem Titel „Kollision zwischen Wahrheitsfindung und Geheimnisschutz'' seit zwei Jahrzehnten heftig diskutiert wird (9), hat der Bundesgerichtshof mit dem Stiller-Urteil 1980 beendet.

Bis dahin schien der „Konflikt'' unlösbar: entweder wird der „Wahrheitsfindung'' der Vorrang gegeben und die persönliche Gefährdung von Geheimdienst- und Polizeizeugen sowie das „dienstliche'' Interesse an der Geheimhaltung bestimmter Tatsachen zurückgestellt — was natürlich den Interessen der Geheimdienste und der „operativ'' arbeitenden Polizeidienststellen widerspricht; oder diesen Belangen des Geheimnisschutzes und der „Arbeitsfähigkeit'' der Dienste und Ermittlungsbehörden (sprich: Zusammenarbeit mit V-Leuten) wird der Vorzug gegeben um den Preis, daß eventuelle Straftaten nicht aufgeklärt und die betreffenden Angeklagten nicht verurteilt werden können — was den Staatsanwaltschaften und Gerichten natürlich nicht paßt.

Zu helfen wußte man sich inzwischen in solchen Fällen, wo die betreffende Auskunftsperson wenigstens im Ermittlungsverfahren schon einmal vernommen worden ist, sodaß man auf die schriftlichen Vernehmungsprotokolle oder auf die Vernehmungsperson als sogenannten **„Zeugen vom Hörensagen''** zurückgreifen konnte.(10). Doch selbst diese Krücke half im „Fall Stiller'' nicht weiter. Hier nun ließen sich die obersten Bundesrichter eine völlig neuartige Konstruktion einfallen, die in dem geschilderten Dilemma beiden Interessen gerecht zu werden schien: Sie erkannten das Argument der Fürsorgepflicht gegenüber dem angeblich gefährdeten Zeugen Stiller an, weswegen *„eine Anhörung in der Hauptverhand-*

teressen gerecht zu werden schien: Sie erkannten das Argument der Fürsorgepflicht gegenüber dem angeblich gefährdeten Zeugen Stiller an, weswegen *„eine Anhörung in der Hauptverhand-*

lung aus Gründen der Sicherheit oder nachrichtendienstlichen Gründen nicht in Betracht kommt''. Damit die Aussagen dennoch in den Prozeß eingeführt werden können, schlägt der BGH eine *„kommissarische Vernehmung* (d.h. Vernehmung durch einen beauftragten Richter — d. Verf.) *des Zeugen notfalls auch unter Ausschluß des Angeklagten und des Verteidigers''* vor — eine Möglichkeit, die aus guten Gründen in der Strafprozeßordnung nicht vorgesehen ist, wird doch auf diese Weise der Angeklagte bzw. der Verteidiger seines Fragerechts beraubt.

Mit dieser Entscheidung eröffnete der BGH zwar nicht gerade Tür und Tor für eine rechtsstaatliche „Wahrheitsfindung'', von der unter diesen Umständen wohl keine Rede mehr sein kann, dafür aber für eine Entwicklung, die die Dreistigkeit der Staatsschutzbehörden bei der Handhabung von Aussagegenehmigungen erst zur vollen Entfaltung brachte. So mögen sich die Behörden früher vielleicht doch in dem einen oder anderen Fall dazu durchgerungen haben, einen Zeugen preiszugeben, nämlich wenn die Gerichte signalisierten, daß das sonstige Material — Vernehmungsprotokolle und dergleichen — nicht zur Verurteilung ausreichen würde. Nunmehr können die Ämter unter Berufung auf das Stiller-Urteil die Erteilung einer Aussagegenehmigung bzw. Bekanntgabe der ladungsfähigen Anschrift davon abhängig machen, daß die Angeklagten und Verteidiger (und natürlich die Öffentlichkeit) bei der Vernehmung ausgeschlossen werden. Den Geheimdiensten und Ermittlungsorganen ist damit also ein wesentlich differenzierteres Instrumentarium an die Hand gegeben worden, das regelrecht zur Erpressung der Gerichte und der übrigen Prozeßteilnehmer eingesetzt werden kann (11).

Die volle Bedeutung der n e u e n Stiller-Entscheidung wird erst vor diesem Hintergrund faßbar! da haben sich nun die obersten Bundesrichter so viel Mühe gegeben und gerade im „Fall Stiller'' eine „ausgewogene'' Lösung präsentiert. Und jetzt teilt der neue BND-Präsident nur 2 1/2 Jahre später für denselben Zeugen Stiller lapidar mit, dieser *„werde aus Sicherheitsgründen nicht mehr für Zeugenvernehmungen zur Verfügung stehen. Das gelte auch für Anträge auf kommissarische Vernehmung an einem geheimen Ort''* (12). Wir dürfen gespannt sein, ob den Gerichten auch hierfür noch eine Rechtfertigung einfällt, etwa weil zu befürchten sei, dem Zeugen Stiller könnte von dem vernehmenden Richter ein Kugelschreiber mitten ins Herz gestoßen werden ...!

Da die Versagung einer Aussagegenehmigung selbst unter der Bedingung einer kommissarischen Vernehmung an einem geheimen Ort vernünftigerweise nicht mehr mit der persönlichen Gefährdung des Zeugen begründet werden kann, dürfen wir getrost vermuten, daß diese ach so betonte „Fürsorgepflicht'' in Wirklichkeit nur vorgeschoben ist. Es läßt sich natürlich nur darüber spekulieren, welches jetzt bei Stiller die wahren Gründe für die neue Entscheidung sind. Vieles ist möglich. Gerade die Ungewißheit macht den Vorgang so bemerkenswert, besonders wenn man bedenkt, daß als wesentlich für einen Rechtsstaat immer noch die Berechenbarkeit hoheitlicher Behördenentscheidungen gilt, sowie die daran geknüpfte gerichtliche Nachprüfbarkeit.

Tatsächlich ist dieser Etikettenschwindel wegen der engen gesetzlichen Möglichkeiten gewissermaßen unvermeidlich, wenn die Behörden nicht völlig auf ihre illegale Praxis, Auskunftspersonen verborgen zu halten, verzichten wollen. Da die Möglichkeit, Zeugenaussagen aus Gründen des „Wohls des Bundes oder Landes'', also aus unmittelbar „dienstlichen'', **inhaltlichen Gründen** zu verweigern, nur für reguläre Mitarbeiter in Betracht kommt, kann man bei „zivilen'' Zeugen — seien es V-Leute, Aussteiger aus der Terroristenscene oder eben Leute wie Stiller — nur mit deren angeblicher persönlicher Gefährdung argumentieren, auch wenn es in Wirklichkeit um ganz andere Belange geht. Im extremen Fall könnten die Behörden aus dieser Situation heraus die Freigabe des Zeugen selbst dann unter Hinweis auf dessen „persönliche Gefährdung'' verweigern, wenn der Zeuge in Wirklichkeit schon tot ist, was aus geheimdienstlichen Gründen nicht bekannt werden soll. Oder aber der betreffende Zeuge ist gerade im Auftrag des Geheimdienstes in irgendeine illegale Aktivität verwickelt und deshalb „unabkömmlich''. Der Manipulation sind also noch mehr als bisher Tür und Tor geöffnet, wenn dieser neue „Fall Stiller'' bei den Gerichten so durchgeht.

E., Anti-Rep.-Kommission Hamburg

als bisher Tür und Tor geöffnet, wenn dieser neue „Fall Stiller'' bei den Gerichten so durchgeht.

E., Anti-Rep.-Kommission Hamburg

Anmerkungen

1) Welt, 24.1.1983
2) AK 176, S. 43,44
3) Spiegel v. 5.3.1979
4) Welt, 24.1.1983
5) § 62 Abs. 1 BundesbeamtenG
6) BGH vom 28.5.1980, 3 StR 155/80
7) AK 176, S. 43
8) So das LG Frankfurt in einem Prozeß wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, wo der bekannte Kronzeuge Müller nicht aussagen konnte, weil eine Behörde die dazu erforderlichen Auskünfte verweigerte.
9) Verhandlungen des 46. Deutschen Juristentages 1966; 5. Strafverteidigertag 1981
10) So hat der BGH mit seinem Urteil vom 10.10.1979 den Freispruch des LG Frankfurt, Fn. 8, mit der Begründung wieder aufgehoben, das Gericht hätte die schriftlich vorliegenden polizeilichen Vernehmungsprotokolle verwerten, d.h. zur Grundlage einer eventuellen Verurteilung machen müssen.
11) So wurde im berüchtigten Schmücker-Prozeß, bei dem jahrelang um die Aussagegenehmigung für diverse Geheimdienstzeugen prozessiert wurde, nur wenige Monate nach dem Stiller-Urteil während eines laufenden Verwaltungsrechtsstreits eine Aussagegenehmigung erteilt, aber mit der Einschränkung, daß der Zeuge nur von einem beauftragten Richter im Dienstgebäude des Verfassungsschutzes unter Ausschluß der Öffentlichkeit, der Angeklagten und der Verteidiger aussagen dürfe. Das wurde dann sogar vom Oberverwaltungsgericht des Landes NRW gebilligt. Erst durch Einlegung der Revision beim BundesVG ließ sich die Behörde bewegen, schließlich doch eine Vernehmung unter Anwesenheit der Verteidiger zuzulassen; Quelle: Strafverteidiger Heft 10, 1982, S. 463ff
12) Welt, 24.1.1983

...und keiner zieht aus,

Am 27.4. ist Stichtag für den Beginn der sog. Volkszählung. Mit einem Aufwand von mehr als 300 Millionen DM, durchgeführt von mehr als 600.000 amtlich bestellten Zählern und Zählerinnen soll das Volk der BRD ‚totalerfaßt', nach persönlichen Daten, Lebensmilieu und Besitzstand klassifiziert und datenmäßig gespeichert werden. Angeblicher Zweck: Ermöglichung einer ‚zukunftsorientierten Planung' im Interesse der Bevölkerung. Dafür wurde von der SPD/FDP noch 1982 eigens eine gesetzliche Legitimation geschaffen, nach der entgegen allem Datenschutzgerede die Weitergabe des gewonnenen Datenmaterials vom statistischen Bundesamt als Betreiber der Befragung an beliebige Bundes- und Landesämter bis hin zu den kommunalen Verwaltungen und an den sog. Sicherheitsbereich ausdrücklich vorgesehen ist. Tatsächlich ist die beabsichtigte Volkszählung der in der BRD bisher aufwendigste offen durchgeführte Versuch, die Bevölkerung an einen totalen Kontrollanspruch seitens des Staates zu gewöhnen und dessen technische Machbarkeit bundesweit zu erproben.

Gegen die beabsichtigte Volkszählung hat sich eine Boykottbewegung gebildet, die sich zu einem Flächenbrand zu entwickeln scheint, der inzwischen über die GAL in Hamburg, die AL in West-Berlin, Landesverbände von IG-Druck und GEW und sogar bis in die unteren Etagen der SPD hineinzüngelt. Soweit so gut und so erfreulich. Vielleicht wird es noch besser. Wegen der sich abzeichnenden Breite der Proteste, insbesondere auch wegen der sich abzeichnenden SPD-Beteiligung, wollen wir hier nicht zumx-ten Male die Boykottaufrufe selbst wiederholen, sondern versuchen, zur Vertiefung der Debatte um den Boykott beizutragen, vor allem auch mit Blick auf die Zeit n a c h dem 27.4.. Wir setzen dabei die aus Tages- und Wochenzeitschriften inzwischen breit veröffentlichten Fakten weitgehend voraus (siehe auch AK 230) und verweisen im übrigen auf die Materialien der einschlägigen Initiativen, besonders der hamburger.

Zur Anregung der Diskussion stellen wir ein paar knappe Thesen und ein daran entwickeltes Interview mit der hamburger Boykott - Initiative vor und hoffen auf reichlich Zu- und Widerspruch.

Einige Genossinnen und Genossen des Antifa-Bereichs/KB-Gruppe/HH

Thesen zur Volkszählung 1983

1. Die Volkszählung '83
ist generell wie andere Volkszählungen in westlichen Staaten und andere statistische Datenerfassungen in der BRD keine neutrale Erhebung, sondern Instrument einer kapitalistischen Planungseffektivierung und einer Ausrichtung des Staats, und Verwaltungsapparats mit auf die Bevölkerung zurückwirkender Ordnungsfunktion.

2. Die Volkszählung '83
steht aktuell im Dienst der längst angelaufenen Krisen- und Kriegsvorbereitungsplanung und soll u.a. Unterlagen liefern, um diese Politik auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre besser planen und durchsetzen zu können.

3.Die Volkszählung '83
unterscheidet sich im Detail von früheren in fünf Merkmalen:
—Anspruch auf Totalerfassung der Bevölkerung, statt bisher üblicher Teilbefragung;
—gleichzeitige Arbeitsstätten-, Wohnstätten, und Haushaltserfassung;
— offensichtliche Nichtbeachtung statistischer Anonymität durch unmittelbare Koppelung der Fragebögen an Namen, Kennziffern, Adressen und Telefonnummern;
—Verknüpfung der Ergebnisse an die Bereinigung der Melderegister, was insbesondere auf die illegal in der BRD lebenden Ausländer zielt, aber auch auf sonstige Unregelmäßigkeiten im Alltag der Bevölkerung;
—technischer Großversuch, auf einen Schlag eine riesige Datenmenge zu erheben und bundesweit standardisiert zu verarbeiten.

4. Die Volkszählung '83
ist in ihrem Totalanspruch Ausfluß jener sozialdemokratischen Technokratenideologie, deren hervorragendster Vertreter, der ehemalige Präsident des Bundeskriminalamts, Dr. Horst Herold, die in Computern angehäuften Materialien als Grundlage für ein „Gemälde der Gesellschaft'' ansieht. Mit ihrer Hilfe soll sich die „Möglichkeit der Therapie'' dort eröffnen, „wo es hakt: Klassen, soziale Unterschiede und Ungleichgewichtigkeiten, Ungerechtigkeit, Armut und Diskriminierung.'' Die Nichtverwendung dieser Materialien ist in diesem Gedankengebäude „anti-aufklärerisch'' und „im tiefsten Grunde illiberal.''

5. Die Volkszählung '83
ist in ihrer Totalerfassung auch für Sonnenstaatsphantasten a la Herold durchaus überflüssig, sowohl für allgemeine Planungsziele als auch für die Ziele „gesellschaftssanitärer'' Präventionsstrategien, für die über Teilerhebungen im herkömmlichen Sinn durchaus ausreichende Daten gesammelt werden könnten - ein Weg, der im übrigen auch ökonomischer wäre.

6. Die Volkszählung '83
ist in ihrer technischen und administrativen Verwertbarkeit auch für ihre Betreiber nur von eingeschränktem Nutzen:
— Selbst die größere Menge an Daten verändert qualitativ nichts am Charakter kapitalistischer Planung als profitorientiertem Vabanquespiel. Die fortschreitende Computerisierung ökonomischer und politischer Planungen führt hingegen z.T. eher zu gigantischen Fehlern, die sich aus kleinsten, nicht vorhergesehenen Abweichungen der Realität vom Programm ergeben und sich aufgrund der Schwerfälligkeit des Apparates auch nicht umgehend bereinigen lassen, sondern mit neuen Programmen beantwortet werden müssen.
— Selbst die gewaltigste Menge an Daten erweitert lediglich den technischen Umfang ‚gesellschaftssanitärer' Konfliktdämpfungs- bzw. Präventionsstrategien, keineswegs jedoch ihren politischen Spielraum. Die Reichweite solcher Strategien ist durch die realen politischen und ökonomischen Entwicklungen begrenzt und kann durch Klassenkämpfe, Protestbewegungen u.a.m. sprunghaft verändert werden, sodaß direkte Repression trotz allem ultima ration kapitalistischer Staatsführung bleibt, sobald das System seinen Bestand gefährdet sieht.
— Die Bereinigung von Unregelmäßigkeiten, die sich aus der Volkszählung ablesen lassen, d.h. die Normierung des Einzelnen, wird sich nicht administrativ en masse durchsetzen lassen, weil dafür das gesamte Datenmaterial ausgewertet, adminiustrativ umgesetzt und gerichtlich durchgesetzt werden müßte. Allenfalls können Musterprozesse zur Einschüchterung und ‚freiwilligen' Normierung durchgeführt werden.
— Eine Abgleichung der allgemeinen Daten aus der VZ über den Weg der Rasterfahndung mit den Dateien aus dem sog. Sicherheitsbereich kann zwar die - schon vorhandenen - Kulturprofile der Widerstands- und Protestbewegungen, der Linken oder mißliebigen Minoritäten (z.B. Wohngewohnheiten) bestätigen - wesentlich Neues zur Bekämpfung des Widerstands gibt das aber nicht her: Im einzelnen sind immer noch die direkte Ermittlung bzw. der Rückgriff auf bestehende Datensammlungen vonnöten, wenn es um Vorwürfe zu benennbaren Aktivitäten oder politischen Haltungen geht.

Staatsführung bleibt, sobald das System seinen Bestand gefährdet sieht.
— Die Bereinigung von Unregelmäßigkeiten, die sich aus der Volkszählung ablesen lassen, d.h. die Normierung des Einzelnen, wird sich nicht administrativ en masse durchsetzen lassen, weil dafür das gesamte Datenmaterial ausgewertet, adminiustrativ umgesetzt und gerichtlich durchgesetzt werden müßte. Allenfalls können Musterprozesse zur Einschüchterung und ‚freiwilligen' Normierung durchgeführt werden.
— Eine Abgleichung der allgemeinen Daten aus der VZ über den Weg der Rasterfahndung mit den Dateien aus dem sog. Sicherheitsbereich kann zwar die - schon vorhandenen - Kulturprofile der Widerstands- und Protestbewegungen, der Linken oder mißliebigen Minoritäten (z.B. Wohngewohnheiten) bestätigen - wesentlich Neues zur Bekämpfung des Widerstands gibt das aber nicht her: Im einzelnen sind immer noch die direkte Ermittlung bzw. der Rückgriff auf bestehende Datensammlungen vonnöten, wenn es um Vorwürfe zu benennbaren Aktivitäten oder politischen Haltungen geht.

7. Die Volkszählung '83
ist also keineswegs der entscheidend neue Schritt in der Verdatung und Kontrolle der Republik: Vorhandene Datenpools des allgemeinen massenstatistischen Bereichs aber auch politische und Minoritäten-Sonderkarteien bieten bereits wesentlich umfassendere und detailliertere Erhebungen, als die VZ erbringen wird: Wahlanalysen, Kriminalitätsstatistiken, Altersschichtungen, Konsumanalysen, Krankheitsstatistiken u.a.m. bis hin zu den Datenpools der öffentlichen Versorgungseinrichtungen, der Banken, der Post u.a. privater und öffentlicher Systeme zeichnen ein sehr exaktes Bild einzelner Menschen und ganzer Gruppen der Bevölkerung - umfassende Milieustudien und Sonderdateien darüberhinaus ein noch genaueres Profil des Widerstandspotenstials.

8. Die Volkszählung '83
findet ihre Hauptfunktion vielmehr - insbesondere durch die Form der Totalerfassung und Entanonymisierung - in ihrer politisch-ideologischen Seite: Es geht darum, die totale Erfassung in der Bevölkerung zu legitimieren und zu propagieren, den faktischen Ausbau des Überwachungsapparates politisch abzusichern, zukünftige ökonomische und gesamtgesellschaftliche Planungen absegnen zu lassen und gleichzeitig auszutesten, wie weit die Bevölkerung bereit ist, einen solchen Totalitätsanspruch des Staates hinzunehmen.

Die ideologische Offensive für die Unterordnung unter einen totalen staatlichen Kontrollanspruch ist die eigentlich neue Qualität dieser VZ gegenüber anderen Einzelerhebungen und früheren Volkszählungen. Dabei folgt die beabsichtigte Wirkung keineswegs direkt aus der tatsächlichen Fähigkeit des Staates, die Kontrolle total durchzuführen, als vielmehr aus der Androhung der Möglichkeit und der Mystifizierung einer solchen Möglichkeit durch die Bevölkerung selbst, die sich aus Unwissenheit und Amgst vor einem nicht durchschaubaren System schon dem Schein der Allmächtigkeit unterordnet und sich quasi ‚freiwillig' normiert.

9. Die Volkszählung '83
bedeutet auch für die technische Durchführung einen gigantischen Test. Am Beispiel der VZ kann die bisher relativ verdeckt betriebene Gleich- und Zusammenschaltung der einzelnen Daten- und Mediensysteme zu einem lückenlosen Großverbund erprobt, beschleunigt und perfektioniert werden. Dieser Test betrifft insbesondere:
— Die Standardisierung von Eingabe- und Ausgabecodes bei Speicherung und Auswertung;
— Die Effektivierung der Befragungsmethoden, der Datenverarbeitungsgeräte und der Kooperation bei der gleichzeitigen bundesweiten Verarbeitung des erhobenen Datenmaterials;
— Die Ausweitung des Marktes für Informationstechnologien.
Bei diesem Test steht der ‚Lerneffekt' gegenüber der konkreten Verwertbarkeit der Daten selbst im Vordergrund.

10. Die Volkszählung '83
hat eine Boykottkampagne auf den Plan gerufen, die innerhalb kürzester Zeit eine derartige Eigendynamik entwickelt hat, daß es seitens der Vertreter des Staatsapparates jetzt zum Politikum wird, die Volkszählung überhaupt durchzuführen. - ob mit oder ohne Namensangabe oder Telefonnummer, mit einer Handvoll Fragen weniger oder gar um ein halbes Jahr verschoben, ist nur vordergründig widersprüchlich. Es geht um das Verhältnis zwischen Bürger und Staat: Wer wird sich durchsetzen? Vor dem Hintergrund dieser Frage muß eine grundsätzlich demokratische, staatskritische und explizit antifaschistische Argumentation gegen den ‚totalen Staat' entwickelt werden, die jeden Ansatz gegen den allumfassenden Erhebungs-, Planungs- und Kontrollanspruch aufgreift, ermutigt und einbezieht - und sei er noch so niedrig angesetzt wie etwa der Ausspruch: ''In meine Küche schaut mir niemand rein!'' Das Motto lautet: Totaler Staat?Nein! Der Boykottaufruf setzt diese Linie am konsequentesten um.

11. Die Volkszählung '83
ist keineswegs der ''Beginn des Computerstaates'', sondern lediglich ein Schritt auf dem langen Marsch in den Überwachungstaat. Jede Mystifizierung der VZ lenkt nur von der tatsächlichen Gefährlichkeit und dem bestehenden Umfang des schon seit Jahren betriebenen Ausbaus des Überwachungsstaats BRD ab. Diese Entwicklung wird auch bei einem erfolgreichen Boykott der VZ fortgeschrieben werden; in naher Zukunft stehen die Einführung des fälschungssicheren Personalausweises und die Verkabelung der BRD auf dem Programm, um nur zwei Beispiele zunennen. Die Kampagne gegen die VZ muß deshalb über den Stichtag hinaus Bestand haben, um sowohl langfristig Widerstand gegen die totale Verdatung und Verkabelung der BRD zu entwickeln, als auch mit Analysen und Enthüllungen über Möglichkeiten und Schwierigkeiten staatlicher Kontrolle den Allmachtsängsten und Ohnmachtsgefühlen gegenüber dem Überwachungsstaat entgegenzutreten.

Insofern ist die VoBo - Bewegung möglicherweise erst der Auftakt für die moderne Version herkömmlicher Antirepressionsbewegungen.

Einige Genossinnen und Genossen des Antifa-Bereichs KB/Gruppe Hamburg



"Die Volkszählung kippen !"

— Interview mit der Hamburger Initiative für Volkszählungsboykott —

Arbeiterkampf: Ihr habt zum Boykott der sog. Volkszählung aufgerufen. Offenbar habt ihr, bzw. auch die anderen Initiativen, z.B. die West-Berliner, damit einen Flächenbrand in Gang gesetzt. Kannst du uns sagen, wie die Initiative zustande kam und wie diese Wirkung zu erklären ist?

Hamburger Initiative: In Hamburg hat das im Dezember letzten Jahres mit einer Theateraufführung in der Hochschule für bildende Künste angefangen. Dort wurde ein Sprechtheater zum Thema Personal - Informationssysteme aufgeführt, das sehr ausführlich darüber informiert hat, was für Gefahren darin stecken. Auf dieser Veranstaltung trat eine Frau auf, die eine Aufforderung von den Behörden bekommen hatte, sich als Zählerin zur Verfügung zu stellen. Unter dem Eindruck des Theaterstücks führte das zu einer Diskussion über die bevorstehende Volkszählung. An demselben Abend hat sich eine Gruppe gebildet, die später im Medienpädagogischen Zentrum weitergearbeitet hat. Von da aus ging es von Tag zu Tag wie nach dem Muster einer Zellteilung in alle Stadtteile. Die Bewegung wächst seitdem lawinenartig an - in Hamburg. In West-Berlin gab's parallel eine Initiative, die auch etwa seit Dezember einen Aufruf erarbeitet hatte. Außerdem gab es Parallelansätze in Freiburg, die auch frühzeitig ein sehr gutes Thesenpapier erarbeitet haben, und etwas später noch in Essen.

des Theaterstücks führte das zu einer Diskussion über die bevorstehende Volkszählung. An demselben Abend hat sich eine Gruppe gebildet, die später im Medienpädagogischen Zentrum weitergearbeitet hat. Von da aus ging es von Tag zu Tag wie nach dem Muster einer Zellteilung in alle Stadtteile. Die Bewegung wächst seitdem lawinenartig an - in Hamburg. In West-Berlin gab's parallel eine Initiative, die auch etwa seit Dezember einen Aufruf erarbeitet hatte. Außerdem gab es Parallelansätze in Freiburg, die auch frühzei-

Welchen Widerhall haben diese Initiativen dann gefunden? Wie ist das gelaufen?

Es war für uns selbst überraschend in welcher Geschwindigkeit sich die Empörung über diese Volksaushorchung ausgebreitet hat. Wir können uns das eigentlich nur dadurch erklären, daß ein lange bestehendes Mißtrauen gegen diesen Staat sich in dieser Frage brennpunktartig zuspitzt, was ja auch nicht zufällig kommt, wenn man etwa an solche Äußerungen denkt wie die des jetzigen Bundesinnenministers Zimmermann ‚Datenschutz ist Täterschutz' und dergl., die ja an Zynismus nicht mehr zu überbieten sind.

Kannst du sagen, wie umfangreich die gegenwärtigen Proteste sind?

Es ist nicht so ganz exakt zu überblicken, welche Ausmaße diese, sagen wir ruhig, Massenbewegung jetzt hat. Wir schätzen, daß es z.Z.bereits in etwa 80 Städten Initiativen gibt. In Hamburg und in Westberlin haben wir die weitestgehende Mobilisierung erreicht. Inzwischen gibt es wohl etwa 10.000 Leute, die sich aktiv beteiligen. In Hamburg finden wöchentlich auch Zählertreffen statt. Beim letzten Treffen waren es 300, die auch einen Boykott machen wollen. In West-Berlin bildet sich gerade eine Zählerboykott-Initiative.

Was sind das für Leute, die an diesen Initiativen teilnehmen?

Das geht quer durch alle Bevölkerungsgruppen. Den Anfang hat allerdings die Alternativszene gemacht.

Was ist deiner Meinung nach der beabsichtigte Zweck dieser Volkszählung?

Leute, die sich aktiv beteiligen. In Hamburg finden wöchentlich auch Zählertreffen statt. Beim letzten Treffen waren es 300, die auch einen Boykott machen wollen. In West-Berlin bildet sich gerade eine Zählerboykott-Initiative.
Was sind das für Leute, die an diesen Initiativen teilnehmen?
Das geht quer durch alle Bevölkerungsgruppen. Den Anfang hat allerdings die Alternativszene gemacht.
Was ist deiner Meinung nach der beabsichtigte Zweck dieser Volkszäh-

Wenn man sich mit dieser Volksbefragung genauer beschäftigt, wird deutlich, daß es um Statistik hierbei nur noch am Rande geht. Im Vordergrund steht eine wirklich lückenlose Erfassung der gesamten Bevölkerung, und diese Erfassung dient der Kontrolle des einzelnen Bürgers. Das kann man auch daran sehen, daß die Daten die ja zentral gespeichert werden, - zumal in ent-anonymisierter Form, also als personenbezogene Daten - an alle wichtigen Bundesbehörden und vermittelt über diese Bundesbehörden an alle untergeordneten Behörden bis hinunter zu den Gemeinden weitergegeben werden können.

Volkszählungen hat es ja auch früher schon gegeben, auch bereits mit personenbezogenen Kennziffern. Datenerfassungen mit entsprechendem Datenmißbrauch sind in den letzten Jahren immer wieder bekannt geworden, insbesondere im Zusammenhang mit den berüchtigten Rasterfahndungen der sog. Sicherheitsbehörden. Was macht die jetzige VZ gegenüber diesen bereits vorhandenen Vorgängen so besonders empörend?

Es ist richtig, daß es längst gängige Praxis ist, Daten weiterzugeben, aber das neue Volkszählungsgesetz stammt von 1982 und legitimiert zum ersten Mal diese Praxis, und versucht diesen Kontrollapparat auch im öffentlichen Bewußtsein durchzusetzen. Das ist ein Angriff auf die Substanz unserer Rechte.

Was unterscheidet die jetzige Volkszählung im Einzelnen von früheren oder von anderen bekannten Datenerfassungen, wie sie bisher üblich sind? Kannst du uns das etwas im Detail erläutern und uns ebenfalls sagen, was sie ggf. im Konkreten für Folgen haben könnte?

Es ist richtig, daß es längst gängige Praxis ist, Daten weiterzugeben, aber das neue Volkszählungsgesetz stammt von 1982 und legitimiert zum ersten Mal diese Praxis, und versucht diesen Kontrollapparat auch im öffentlichen Bewußtsein durchzusetzen. Das ist ein Angriff auf die Substanz unserer Rechte.
Was unterscheidet die jetzige Volkszählung im Einzelnen von früheren oder von anderen bekannten Datenerfassungen, wie sie bisher üblich sind? Kannst du uns das etwas im Detail er-

Erster Punkt ist: entgegen der scheinbaren Schutzbestimmung, die im Volkszählungsgesetz immer wieder betont wird, wonach die Daten nur ohne

Fortsetzung nächste Seite



sich schätzen zu lassen

Fortsetzung von vorheriger Seite

Namen weitergegeben würden, werden die Daten in einer Form gespeichert, die durch die Kennummer alles andere als anonym ist. Jedem Haushalt ist eine Kennummer zugeordnet. Jeder Haushalt ist also durch diese Nummer identifizierbar und diese Nummer ist gespeichert. Diese Kennnummern erlauben zusammen mit den übrigen Daten jederzeit eine Rückidentifikation. Wir gehen davon aus, daß die Daten in dieser Form weitergegeben werden, weil im Volkszählungsgesetz auch drinsteht, daß Einzelangaben an alle Bundesbehörden weitergegeben werden. Und genau dies ist ein entscheidender Punkt. Das wird eben im Volkszählungsgesetz zum ersten mal gesetzlich festgeschrieben. Und das ist eine Ungeheuerlichkeit.

Der zweite wichtige Punkt betrifft die Konsequenzen in der administrativen Nutzung dieser Daten, wenn sie erst einmal verarbeitet sind. Konkret heißt das, daß die Angaben, die wir jetzt machen, später gegen uns verwendet werden können. Dazu einige Beispiele: Wer bisher Leistungen bezogen hat wie Sozialhilfe, Bafög, Zuschuß zu Kindertagesheim oder Wohnungsgeld muß damit rechnen, wenn er irgendwo gemogelt hat, daß das jetzt aufgedeckt wird: - Weil diese Daten nicht nur statistisch verarbeitet werden, sondern eben auch den Verwaltungen zur Verfügung stehen, wird es auch im Einzelfall passieren, daß Leistungen nicht mehr gewährt werden. Das betrifft weiter natürlich Leute, die ihren Wohnsitz in West-Berlin hatten, um der Bundeswehr zu entgehen. Dergleichen ist durch die Neuregelung der Hauptwohnung im Meldegesetz dann nicht mehr möglich. Das geht also alles hoch. Außerdem wird in Zukunft der Vermieter in die Lage versetzt, bei Wohngemeinschaften nachzukontrollieren, wer da wohnt, und wenn da irgendwas nicht stimmt, daraus einen Kündigungsgrund zu machen.

Noch viel stärker sind die Ausländer betroffen, die hinsichtlich der neuen Asylrechtsbestimmungen keine einwandfreien Papiere haben. Weiterhin steht zu befürchten - das ist auch schon in der Presse angekündigt worden -, daß der allgemeine Paragraph, nach dem Bewohner der BRD mindestens 12qm Wohnraum haben müssen, in reperssiver Weise gegen die Ausländer angewandt wird, weil ja bekanntlich dem Bewohner der BRD mindestens 12qm Wohnraum haben müssen, in reperssiver Weise gegen die Ausländer angewandt wird, weil ja bekanntlich Ausländer oft in Notunterkünften und Heimen untergebracht sind.

Vorausgesetzt, die von dir geäußerten Befürchtungen treffen zu: wie würde das funktionieren?

Es ist ja so, daß auch den Gemeinden die jetzt erhobenen Daten zugänglich gemacht werden. Die Gemeinden können die Daten administrativ nutzen, d.h. sie können im Einzelfall überprüfen, ob z.B. jemand zu Recht sein Wohnungsgeld bezieht. Wenn sie feststellen, da ist jemand gar nicht mit Hauptwohnung gemeldet, wofür er sein Wohngeld bezieht, dann werden sie ihm das streichen. Und niemand kann, das ist ja der Witz, dem Amt nachweisen, woher sie diese Informationen haben. Wenn wir behaupten würden: das haben die aus der Volkszählung, können die das glatt bestreiten. Und wir können ihnen das Gegenteil nicht beweisen, aber sie haben die Möglichkeit diese Informationen zu kriegen.

Es gibt doch auch jetzt bereits reichlich bundesweite wie auch kommunale Karteien, die im Einzelnen umfangreicher angelegt sind, als das aus der Volkszählung jemals hervorgehen kann, und die schon jetzt administrativ gar nicht voll ausgenutzt werden können. Wird da der Volkszählung nicht eine etwas zu große Bedeutung beigemessen, daß damit nun eine völlig neue Situation geschaffen werde?

Das weiß ich auch nicht so genau. Auf jeden Fall stimmt es, daß es wesentlich umfangreichere Karteien gibt, mit denen ständig auch schon Mißbrauch in der Weise betrieben wird, wie wir es auch in bezug auf die Volkszählung befürchten. Ich denke auch nicht, daß die Volkszählung unbedingt eine neue Qualität in diese ganze Datenerfassung, -verarbeitung und -umsetzung im Sinne der Kontrollinstrumentarien bringt, sondern unser Bewußtsein von diesen Vorgängen ist neu. Wir sind erst jetzt darauf aufmerksam geworden, welche Gefahren da bestehen - und die neue Qualität ist eben einfach die wachsende Sensibilität in der Bevölkerung.

Also nicht wesentlich eine neue technische, sondern eine ideologische Qualität?

Es ist schon beides. Es ist schon so, daß gegenüber 197o die Informationstechnologie natürlich Fortschritte gemacht hat. Aber das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß seit 197o, wo es nur Ansätze von Protesten gab, eine Empfindlichkeit, ein Bewußtsein dafür entstanden ist, was mit dieser neuen Informationstechnologie alles angerichtet werden kann. Das ist über Auseinandersetzungen mit Personalinformations-Systemen entstanden, über das Kabelfernsehen, die totale Verdrahtung usw. Und die Volkszählung ist nur ein Bündelungspunkt dieser ganzen Sensibilität, die da entstanden ist. Und es sollte sich auch nicht auf die Volkszählung beschränken, sondern zurückgehen auf die Sektoren, in denen die Kontrolle durch den Staat ständig mehr ausgebaut wird.

Was muß deiner Meinung nach innerhalb der entstehenden Bewegung zur Volkszählung die Hauptlinie sein?

Erst mal müssen wir sehen, daß es sich dabei um eine spontane und ihrer nerhalb der entstehenden Bewegung zur Volkszählung die Hauptlinie sein? Erst mal müssen wir sehen, daß es sich dabei um eine spontane und ihrer Struktur nach dezentral angelegte Massenbewegung handelt, die von niemandem kontrolliert wird. Wir von der Hamburger Initiative versuchen allerdings in unserer Öffentlichkeitsarbeit eine bestimmte konsequente Linie des Boykotts durchzusetzen und die heißt ganz einfach: die Auskunft verweigern! Das bedeutet, wir halten nichts davon, sich darauf zu verlegen, die Fragebögen zu knicken oder falsche Angaben zu machen. Da gibt es ja so viele durchaus fantasievolle individuelle Möglichkeiten des Protestes. Die wird es sowieso geben und das soll man auch nicht verhindern. Aber wir wollen andererseits möglichst viele dazu bringen, den nach unserer Meinung politisch konsequentesten Schritt zu tun und das auch nach außen hin in aller Breite zu demonstrieren, nämlich: daß wir hier ein Mißtrauen gegen den Staat zum Ausdruck bringen wollen und daß wir das durch die konsequente Verweigerung der Auskunft tun.

Seht ihr einen Erfolg erst in der tatsächlichen Verhinderung oder auch schon im Protest selbst?

Klar gesagt: Wir wollen die Volkszählung kippen. Wir wollen - ähnlich wie das in Holland gelungen ist - daß die Volkszählung nicht stattfindet, daß mit den gewonnenen Angaben nichts anzufangen ist. Wenn das nicht gelingen sollte, wäre allerdings auch die offensichtlich werdende Bereitschaft einer großen Zahl von Menschen, sich gegen den Kontrollanspruch des Staates zu wehren, bereits als Erfolg anzusehen.

Resolution

Der bundesweite Zusammenschluß von Krüppel-und-Behinderten-Initiativen protestiert gegen die umfassende statistische Erfassung und Speicherung unserer Lebensdatehumstände, wie sie mit der Volkszählung 1983 geplant ist. Wir wehren uns gegen eine Politik der Bedarfsplanung nach statistischem Material, das unserer Erfahrung nach immer nur dazu dient, uns unsere Forderungen und Bedürfnis 'nach selbstbestimmtem Leben abzusprechen.

Alle statistischen Erhebungen haben nur dazu gedient, unsere Aussonderung in Heime, Sonderschulen, Werkstätten für Behinderte und andere Ghettos zu perfektionieren. Unsere Herausdrängung aus dem öffentlichen Verkehrssystem und aus allen anderen Lebensbereichen wird geplant, die Statistik liefert die ‚Begründung' für derartige Pläne.

Wir wehren uns weiter gegen eine Politik der totalen Überwachung, die uns die minimalen Möglichkeiten der Eigeninitiative zugunsten einer rationalisierten Aussonderung nimmt.

Wir wehren uns gegen die Durchführung der Volkszählung bei Behinderten in Heimen, für die bei ‚Unfähigkeit' die Heimleitung berechtigt und verpflichtet ist, die Fragebögen zu beantworten. Durch diese Entmündigungstaktik haben die Behinderten in Heimen überhaupt keine Möglichkeit, sich gegen die Erfassung ihrer Lebensdaten zu wehren.

Wozu eine totale Datenerfassung genutzt werden kann, hat der Faschismus in Deutschland deutlich gezeigt. Dem Mißbrauch der erfaßten Daten steht auch heute wieder Tür und Tor offen.

Wir wehren uns dagegen, daß durch die Volkszählung statistische Landesämter zu ‚Blockwarten' werden.

Wir werden in den örtlichen Initiatioven zum Volkszählungsboykott mitarbeiten.

Nachdem die hamburger Gal und Westberliner Al als erste öffentlich dem Boykott sich angeschlossen haben, scheinen ja nun auch Gewerkschafter, Liberale und auch SPD - Mitglieder gegen die Volkszählung aufzutreten, nachdem die SPD/FDP - Koalition während ihrer Regierungszeit das zugrundeliegende Gesetz widerspruchslos beschließen konnte. Seht ihr Möglichkeiten der Zusammenarbeit? Wo unterscheidet man sich?

Ja, seit kurzem ist die SPD und sind Liberale auch aufgewacht und einige SPDler fangen an, das Gesetz zur Volkszählung und die Durchführung selber zu problematisieren, wobei sie relativ immanent mit ihrer Kritik bleiben - aber immerhin. Kritisiert wird in erster Linie der Punkt, daß die Anonymität nicht gewährleistet ist, weiterhin, daß das sog. Nachteilsverbot der Statistik verletzt wird, d.h. daß nicht ausgeschlossen werden kann, daß aus den Angaben, die jetzt bei der Volkszählung gemacht werden, irgendjemandem später Nachteile erwachsen können. Der dritte Punkt ist der sog. Abgleich mit den Melderegistern, wie da auch eine Vermischung zwischen Statistik und Verwaltungsvollzug stattfindet.

Wird von dieser Seite dirPropagierung des Boykotts mitgetragen? Oder muß man in dem Protest von dieser Seite den Versuch sehen, der Protestbewegung die Spitze abzubrechen, nämlich: das Mißtrauen in den Staat und seine Kontrollabsichten?

Ich habe auch diesen Eindruck. Das Ganze ist natürlich augenblicklich im Zusammenhang mit dem Wahlkampf zu sehen. Es gibt Leute in der SPD, die jetzt so tun, als ob der Volkszählungsboykott hauptsächlich deswegen entstanden sei, weil es einen Regierungswechsel gegeben habe, weil wir jetzt eine CDU - Regierung haben, und versuchen, das an solchen Figuren wie Zimmermann festzumachen. Das sehen wir natürlich nicht so. Wir würden eine solche Volkszählung selbstverständlich genauso unter einer SPD - Regierung ablehnen.

Von SPD - Seite wird eine Volkszählung, selbst in der vorliegenden Art, ja offensichtlich nicht grundsätzlich abgelehnt.

Nein, die Kritik ist eben immanent. Die wollen nur die Art der Befragung irgendwie entschärfen. In diesem Sinne werden auch Versprechungen gemacht, die nach der Wahl gewiß anders klingen werden. Aber eine Zusammenarbeit ist sicher sinnvoll, weil ein Teil der Argumente, der sich die SPD-Mitglieder oder sogar höhere Chargen anschließen, auch für uns wichtige Argumente sind.

Wie reagieren die Leute auf der Straße und bei Agitation in den Häusern? Welche Erfahrungen konntet ihr bisher sammeln?

Wir haben in den vergangenen Wochen in Hamburg in mehreren Stadtteilen Flugblätter verteilt und sind am nächsten Tag vor die Haustüren gegangen und haben diskutiert. Es ist erstaunlich, daß trotz dieser Situation des An-der-Tür-ins-Gespräch-kommenmüssens die Mehrheit positiv reagiert hat und interessiert war und daß viele empört waren. Das betrifft nicht nur Szene-Leute, sondern die ganze buntgemischte Bevölkerung. Was allerdings in allen Gesprächen zum Problem wird, und zwar sehr schnell, das ist die Angst vor den angedrohten Sanktionen, d.h. vor den in der Presse ständig hervorgehobenen Bußgelddrohungen bis zu 1o.ooo DM. Damit hatten wir große Schwierigkeiten. Es ist natürlich unsinnig, von einer Bußgeldhöhe von 10.000 DM auszugehen, aber es war unser größtes Problem, gegen diese Ängste zu argumentieren.

Welche Argumente sind deiner Meinung nach gegen die Ängste vorzubringen?

Im Moment kann man da schon ganz sicher auftreten, weil wir sagen können: es sind schon sehr viele, die sich dem Boykott anschließen, und je mehr es werden, umso geringer fällt natürlich die Bußgelddrohung ins Gewicht, weil es dann zu einem Problem der Verwaltungsgerichte wird, die von uns eingelegten Rechtsmittel gegen die Bußgelder, die ja von Seiten der Verweigerer benutzt werden, überhaupt noch zu bearbeiten. Es gibt in Hamburg z.B. nur drei Richter, die für sowas zur Verfügung stehen, um die von uns massenhaft geplanten Einspruchs- und Widerspruchsschreiben zu verarbeiten. Es gibt schon realistische Berechnungen, daß wir nur ein paar tausend zu sein brauchen, dann ist die hamburger Justiz diesbezüglich lahmgelegt.

Hältst du es für möglich, daß trotz der bekannten und vielfach beklagten speziellen deutschen Staatsgläubigkeit eine genügende Breite bei der tatsächlichen Durchführung des Protestes zustandekommt?

Vor vier Wochen habe ich auch so

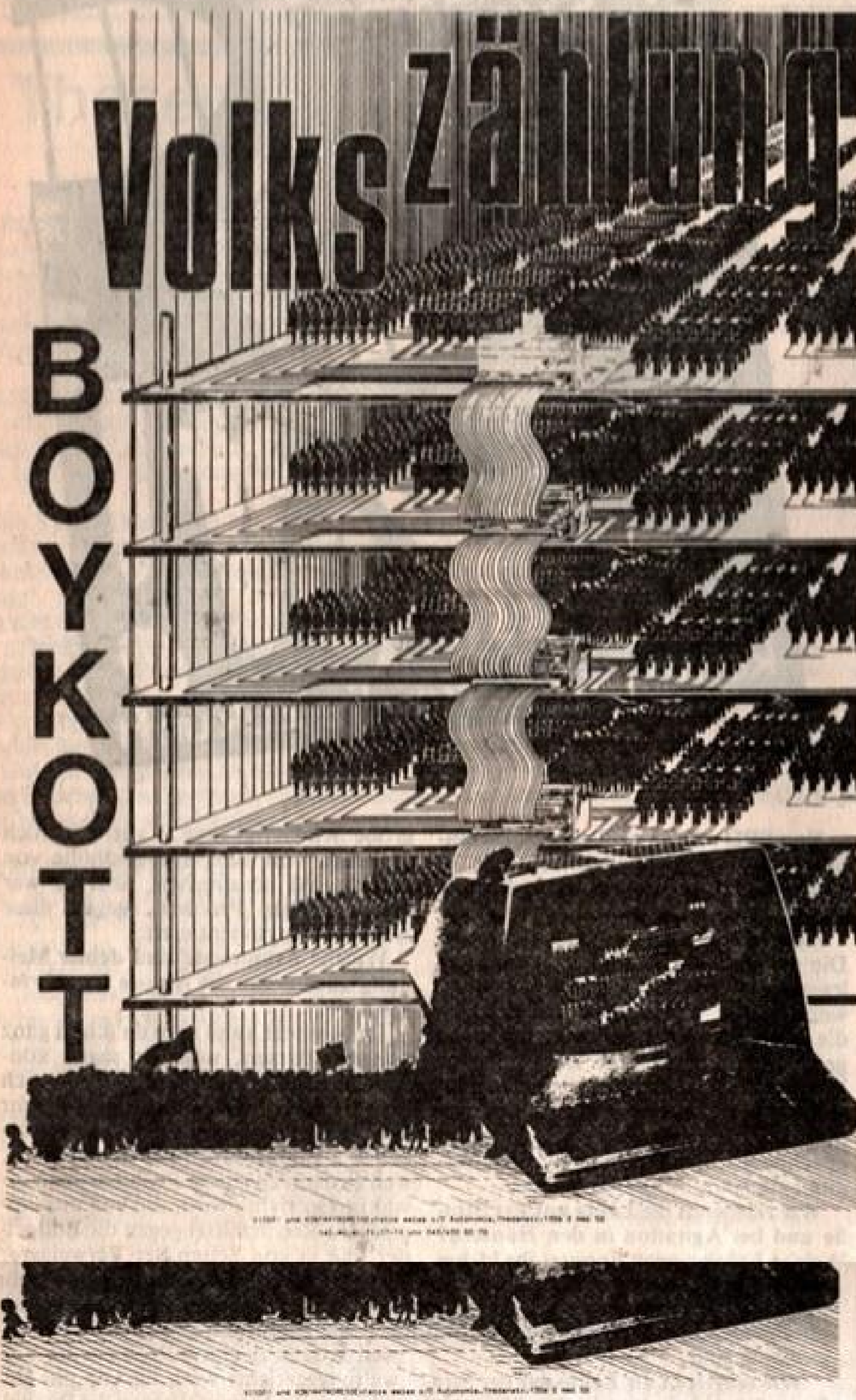
Fortsetzung nächste Seite

Bekanntlich ist gerade in diesem Land der Schritt von der Empörung über staatliche Einmischung hin zum persönlichen Widerstand ein besonders schwerer. Deshalb auch an dieser Stelle noch einmal in aller Kürze die R i s i k e n, die ein Auskunftsverweigerer für sich eingeht:

* Wer die Auskunft verweigert oder unrichtige Angaben macht, begeht eine Ordnungswidrigkeit, vergleichbar mit Delikten wie Falschparken u.ä. — Ordnungswidrigkeiten werden mit Bußgeld bestraft, die theoretisch in Höhe bis zu 10.000 DM möglich sind. Diese Summe ist im Fall des Volkszählungsboykotts völlig außerhalb der Verhältnismäßigkeit und ihre Erwähnung dient an dieser Stelle nur der Vollständigkeit. Tatsächlich ist die Höhe des Bußgeldes und die Frage, ob überhaupt mit Bußgeldern zu rechnen ist, eine Frage, wie viele Menschen die Auskunft verweigern. „*Wenn das 50.000 Leute machen, dann brauchen wir ja tausend Beamte, die das durchziehen — und da wird man wohl eher drauf verzichten*", so Jürgen Grüning vom Statistischen Landesamt Hamburg (laut „Zeit", 11.1.83). Im schlimmsten Fall riskiert mensch Bußgelder um 100 DM, meinen Juristen, die in der Volkszählungsboykott-Initiative mitarbeiten.
* Wer zum Boykott der Volkszählung aufruft, begeht ebenfalls „nur" eine Ordnungswidrigkeit. Möglichkeiten, einzelne Personen oder Initiativen für ein Fiasko oder Zählung schadensersatzpflichtig zu machen, sind inzwischen unrealistisch; es wird kaum möglich sein, bei der Vielzahl von Initiativen und Verweigerern einer Person nachzuweisen, daß s i e den Boykott organisiert hat.
* Eine Möglichkeit der Durchsetzung der Volkszählung hat sich der Gesetzgeber schon selbst genommen: Die Eintreibung von Zwangsgeld gegen auskunftsunwillige Bürger. Dieses muß nämlich vorher schriftlich angedroht werden — eine entsprechende Formulierung vergaßen die Volkszähler in ihren Fragebögen leider...



Angst ist ein schlechter Ratgeber: Dieses Plakat verwendet ein Motiv der CDU aus den 53er Wahlkampf. Orginaltext: Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!



ständig diskutieren, Öffentlichkeitsarbeit machen, Theater spielen, aufklären in Kneipen, Flugblätter herstellen, Straßenb efragungsaktionen und Infostände machen usw. Also, es gibt schon eine solche Vielzahl von Aktivitäten, daß ich sagen kann, daß es überhaupt keine vereinzelte Protestform mehr ist, daß der Einzelprotest schon aufgehoben ist in einer - ja - Volksbewegung. Das läßt sich nicht auf die Szene begrenzen. Das wird sich viel breiter ausdehnen. Es wird nicht nur Großveranstaltungen geben. In Hamburg ist das alles schon konkret vorbereitet, es wird auch Demonstrationen bundesweite Treffen uam. geben.

Kommen wir zu einer weiteren Frage: Bisher sieht es so aus, als ob sich derProtest gegen die Volkszählung wie ein Flächenbrand unaufhaltsam ausbreiten könnte, und scheinen die Boykott-Initiativen propagandistisch den Betreibern gegenüber in der Vorhand zu sein. Es ist doch aber damit zu rechnen, daß die Betreiber demnächst mit einer massiven Werbe- und Einschüchterungskampagne zugunsten der Volkszählung einsetzen werden.

Das ist richtig. Wir wissen auch bereits, daß die Werbekampagne der statistischen Landesämter und des statistischen Bundesamtes direkt nach der Wahl starten wird. Darauf sind wir vorbereitet und werden entsprechend reagieren. Wir wissen natürlich nicht genau, was für Werbespots und Sprüche sie sich einfallen lassen werden, aber wir wissen von 197o jedenfalls, daß das sehr naiv und wenig durchdacht war, was sie da an Werbung gemachthaben. Sie treffen jetzt natürlich auf die schon sehr weitgehend in der Öffentlichkeit verbreitete Sensib ilität und ich denke, daß sie ihre bereits gedruckten Pressemitteilungen und Werbemittel verändern müssen. Überhaupt herrscht in den statistischen Landesämtern eine große Nervosität, weil die Statistiker durch unsere Boykottaktion in hohem Maße verunsichert sind.

Zum Schluß noch die Frage: Wie geht es nach dem 27.4. weiter - unabhängig vom Ausgang der Boykottkampagne?

Ja, wir sind schon jetzt beinahe über den Punkt der Volkszählung hinaus. Es ist auch unbedingt notwendig, daß es nach dem 27. weitergeht. Das möchte ich durch eine zusätzliche Information deutlich machen: Die Gegenseite hat ganz klar schon ihre Zeichen gesetzt. Wir wissen zum Beispiel, daß die Ergebnisse der Volkszählung erst nach anderthalb Jahren computermäßig bearbeitet sind und daß genau dann, nämlich am 1.11.84 auch der computerlesbare Personalausweis eingeführt wird. D.h. also, daß da offensichtlich ein geplanter Zusammenhang besteht, daß man die Daten, die man jetzt sammelt auch nutzen will in Verbindung mit dem neuen Personalausweis, und das führt schon daraufhin, daß die ganze Sache viel umfassender ist und daß wir nach dem 27.4. uns um weitere Probleme wie Personalinformationssysteme, um den neuen Personalausweis, um Datensammelei im Gesundheitswesen, im Sozialsektor usw. kümmern müssen.

Gibt es denn bereits konkrete Ansätze, die in diese Richtung weisen, also Kooperationsmöglichkeiten zwischen Initiativen, Einbeziehung von Experten uam.?

Es gibt hier in Hamburg auf jeden Fall die Gruppe um das Medienpädagogische Zentrum, die ja schon seit langem sich mit anderen Themen im Bereich Datenverarbeitung und staatliche Kontrolle beschäftigt, und die jetzt eigentlich - auch nicht zufällig - einer der Ursprünge dieser Bewegung geworden ist. Von diesen Leuten gehen auch weitere Impulse aus, die eine Arbeit in diese Richtung möglich machen.

Das gilt für Hamburg. Was ist an bundesweiten Entwicklungen denkbar?

Es gibt auch da eine Vielzahl von verstreuten Gruppierungen, die jetzt erst alle so bekannt werden, die sich bisher schon mit diesen Problemen beschäftigt haben, so in Essen, in Freiburg, in München hat die ESG ein 52seitiges Papier erarbeitet. Also, es gibt überall Gruppierungen, die das Thema aufgreifen. Und ich denke auch, daß sie daran weiterarbeiten werden.

Die Hamburger Initiative ist über das MPZ, Thadenstraße 130a, 2000 Hamburg 50 zu erreichen. Dort können Informationsmaterialien, Plakate u.a.m. bestellt werden. Die „taz" veröffentlicht regelmäßig auf ihrer Bundes „Wiese"eine aktuelle Aufstellung der bislang gegründeten Initiativen.

Wirtschafts - Chefdenker:

Abgesang auf die Demokratie

Wirtschafts - Chefdenker:

Abgesang auf die Demokratie

Fortsetzung von vorheriger Seite

gefragt wie du jetzt, da habe ich auch geglaubt, die Befangenheit gegenüber dem Staat, dieses alte deutsche Problem, ist so groß, daß es zu keinem nennenswerten Protest kommen wird. Nach den Erfahrungen aber, die ich in den letzten vier Wochen gemacht habe, bei sehr vielen Diskussionen, auch an der Haustür, habe ich einen anderen Eindruck. Ich habe den Eindruck, daß tatsächlich hier sich doch mehr Protest artikuliert als ich das für möglich gehalten habe und bin im Moment ganz optimistisch.

Wird diese Einschätzung von den übrigen Initiativen in derBRD geteilt, oder sagst du das aus spezieller hamburger Erfahrung?

Das ist eine hamburger Erfahrung.

Du hast vorhin ausgeführt, daß die Auslä-nder von der Volkszählung besonders betroffen sein könnten, d.h. auch, daß sie auch besonderen Grund hätten, Angst zu haben und daß man sich also in Bezug auf sie besondere Gedanken machen muß, wie mit der Angst umgegangen werden kann. Wie kann die Diskussion mit den ausländischen Kolleginnen und Kollegen geführt werden? Welche Erfahrungen wurden schon gemacht? Gibt es Unterschiede zu den Reaktionen der westdeutschen Bevölkerung?

Ja, es gibt deutliche Unterschiede, und zwar bei allen Ausländern. Es ist noch hervorzuheben, daß in Gesprächen, die wir an der Haustür geführt haben, die Ausländer - soweit wir uns gut mit ihnen unterhalten konnten - sehrviel schneller und sehrviel sensibler auf das reagiert haben, was wir da erzählt haben. Allerdings muß ich sagen, daß wir im Moment sehr zurückhaltend sind in dem Punkt, die Ausländer zum Boykott aufzurufen. Wir haben das anfangs naiverweise einfach so gemacht, wie wir die Deutschen eben auch aufgerufen haben. Wir sind aber inzwischen auf den Punkt gestoßen, daß wir nicht genau wissen, ob nicht für die Ausländer der Boykott gefährlicher werden kann. Das überschauen wir im Augenblick noch nicht genau genug. Wir prüfen das gerade. Ich kann die Frage also noch nicht ganz klar beantworten. Was wir auf jeden Fall tun: wir informieren die Ausländer. Aber wir können im Augenblick noch nicht eindeutig sagen, die Ausländer sollten auch zum Boykott aufgerufen werden. Wir glauben allerdings, daß die Ausländer die durch die Volkszählung am meisten gefährdeten Gruppe sind. Das glaube wir nicht nur deswegen, weil es solche schon an Pogrome erinnernden Exesse gibt wie das Kopfgeld in München (für Zähler, die illegale Ausländer aufstöbern...), wo man sich vorstellen kann, was für Instinkte da jetzt nach jahrelanger Hetze gegen die Türken wachgerufen werden, sondern auch wie wir wissen, daß schätzungsweise 1 Mio Ausländer mit nicht ganz einwandfreien Papieren - nach dem neuen Meldegesetz jedenfalls und nach möglichen Auslegungen des neuen Asylrechts - mittelbar durch die Erkenntnisse der neuen Volkszählung betroffen sind. Im übrigen muß man ergänzen, daß die Ausländer genauso wie die Deutschen verpflichtet sind zur Auskunft, und mit denselben Sanktionen bedroht sind.

OK. - jetzt noch weiter ins Konkrete: was kann mensch also tun, wenn die Zähler an die Tür kommen?

Es kommt darauf an - das ist sehr wichtig - Zeit zu gewinnen. Ich schlage vor: wenn der Zähler kommt, den Bogen auf jeden Fall in Empfang zu nehmen, weil wir den Bogen später noch brauchen; dann sich mit dem Zähler verabreden zu einem möglichst späten Zeitpunkt, möglichst mehr als eine Woche, also vielleicht 10 Tage später. Zu diesem Termin sollte man aber nicht da sein, sodaß der Zä-hler wieder von vorn anfangen muß - nämlich neu anklingeln und versuchen muß, an den oder die Betreffende heranzukommen - was wieder auf verschiedene Weise verzögert werden kann. Wenn er dann kommt, sagt man: ich verweigere die Auskunft; der Fragebogen ist irgendwo verschwunden, den hat die Oma aus Versehen verbrannt oder was immer Euch einfällt, oder:„Den habe ich bereits zum statistischen Landesamt geschickt." Da gibt es viele Möglichkeiten. - Nun kann es passieren, daß ein Bußgeldbescheid ins Haus kommt. Dann solltet ihr von den legalen Mitteln Gebrauch machen, die es gibt, um sich gegen Bußgeldbescheide zu wehren (siehe Kasten).

Ich verstehe da etwas nicht ganz: warum soll ich nicht, wenn ich Boykott machen will, gleich im Moment, wenn der Zähler kommt, klipp und klar sagen: Tut mir (überhaupt nicht) leid, aber ich fülle das nicht aus. Warum empfehlt ihr das nicht so?

Das tun wir deswegen nicht, weil wir die Fragebögen brauchen, und zwar deswegen, weil wir damit noch etwas vorhaben, was das wird sich zeigen. Es wird übrigens häufig gesagt, wir wollen nicht, daß die Behörde die Information darüber speichert, daß wir verweigert haben. Darauf kann ich nur sagen: Es ist weniger gefährlich, wenn dieses eine Merkmal gespeichert wird als wenn geantwortet wird und die ganzen Antworten gespeichert werden.

Was ist geplant, um den Protest aus der individuellen Sphäre in die öffentliche zu überführen und damit aus der Vereinzelung herauszukommen? Das ist ja auch ein wesentlicher Hebel Angst zu überwinden.

Ja, richtig. Ich glaube, daß wir bereits Formen gefunden haben, den individuellen Protest in einen solidarischen und kollektiven zu verwandeln. Es gibt eine solche Unzahl von Gruppen, die in konkreten Zusammenhängen stehen,

In der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erschien am 19.2. ein richtungsweisender Aufsatz von Professor Giersch, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Uni Kiel: Darin plädiert dieser Vordenker des Kapitals, den die FAZ als *„einen der führenden Köpfe der Nationalökonomie in der Bundesrepublik"* bezeichnet, für eine langfristig angelegte Wirtschaftspolitik vor allem durch den Abbau des Sozialstaates. Dies aber *„kann in der parlamentarischen Demokratie europäischer Prägung auf Anhieb kaum gelingen"*, da die Öffentlichkeit auf schnelle Erfolge erpicht sei. Sein Fazit: Die **„politischen 'Spielregeln' sollten geändert werden"**! Der Herr Professor hat seine Überlegungen in 16 Thesen zusammengefaßt, die er aus Anlaß der Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik bereits zuvor in Bad Godesberg vorgetragen hatte.

Der Aufstieg des BRD-Kapitals nach dem 2. Weltkrieg

Zunächst stimmt Herr Giersch eine Lobeshymne auf unser Wirtschaftssystem (die „freie Marktwirtschaft") und auf die Kapitalisten an: *„Den Armen in der Nähe dynamischer Unternehmer geht es sichtbar besser ... und (sie) haben mehr Zukunft als die Armen in der stationären Peripherie"*. Damit soll wohl jede mögliche Kritik am Kapitalismus von vornherein vom Tisch gewischt werden.

Anschließend wird der Aufstieg der deutschen Bourgeoisie nach dem 2. Weltkrieg dargestellt, der — neben den normalen Profiten — laut Giersch auf mindestens 4 Arten von Extraprofiten („transistorische Renten") basiert habe:

— Einfuhr von Technologie zu Auskaufspreisen von den USA,
— Ausweitung der Märkte, insbesondere mit Hilfe der EG
— billiges Öl und das Sinken der Rohstoffpreise nach dem Korea-Krieg und
— „billige Gastarbeiter", die er zynischerweise auf eine Stufe stellt mit billigem Öl, billigen Rohstoffen und billiger Technologie.

Abbau des Sozialstaates

Dann kommt der Wirtschaftsprofessor zum ökonomischen Hauptproblem der Kapitalisten: Der Sozialstaat ist ihnen zu teuer geworden. „Unsere Wirtschaft" habe aufgeholt im internationalen Wettbewerb und dadurch würde sie jetzt von oben (internationale Konkurrenz) und von unten (die eigene Bevölkerung) zugleich bedrängt.

Deshalb müsse der Sozialstaat zurückgeschraubt werden. Folglich wendet sich Giersch auch gegen die s o z i a l e Marktwirtschaft, die er als „freie Marktwirtschaft plus Sozialstaat" definiert, und sogar gegen eine „gebundene Marktwirtschaft", die eine Mischung aus den beiden anderen Formen sein soll. **Insbesondere ist er gegen Entlassungsschutz, Mietkontrolle und Mieterschutz und gegen überhöhte Tariflöhne, die den Charakter von Mindestlöhnen hätten.** Die Menschen, die solche Rechte in Anspruch nehmen, bekommen auch gleich die Schuld zugewiesen für *„die Hoffnungslosigkeit der Randgruppen, vor allem der Jugend"*, weil dieses System sozial nur für die Insassen sei, demoralisierend aber für die Ausgesperrten (wie z.B. die Jugendlichen). Das kapitalistische System ist jedenfalls freigesprochen...

Gegen Subventionen wird folgende Begründung ausgesprochen: *„So ist der soziale Subventionsstaat darauf bedacht, das Zerfallen und Zerstören des Morschen zu verhindern* (wie z.B. unrentable Fabriken?), *statt dem Schöpferischen freie Bahn zu geben."*

Weiter wendet sich der Theoretiker des Kapitals gegen das Umverteilen, da dies die Begünstigten nur „abhängig" mache.

Wer soziale Sicherheit will, dem wird vorgehalten: *„Wer im Übermaß* (??) *versichert zu sein glaubt, wird nachlässig und fahrlässig. Er könnte sogar versucht sein, den Versicherungsfall herbeizuführen!"* Das ist denn wohl auch der Ansatzpunkt für die Kampagne gegen den angeblichen Mißbrauch sozialer Einrichtungen.

Das Ganze ist ein Plädoyer für die absolute „freie Marktwirtschaft", für den reinen Kapitalismus ohne sozialen Firlefanz.

Die politischen Spielregeln ändern!

Hier ergibt sich die größte politische Schwierigkeit, weil der Abbau sozialer Errungenschaften *in der parlamentarischen Demokratie europäischer Prägung auf Anhieb kaum gelingen* (kann). *Der Grund liegt im Sozialneid"* (d.h. die Armen wollen etwas vom Reichtum der Kapitalisten abbekommen, den sie als Arbeiter selbst geschaffen haben). Durch den „Sozialneid" schaffe das Volk soviel Druck von der Basis, *„daß Politiker, die nach vorn drängen möchten, sich lieber für Brot aussprechen möchten als für Saatgut"* (also für Sozialleistungen u.ä., anstatt für Investitionen für die Kapitalisten).

„Zu anfällig für den kurzfristigen Ruf nach dem Sozialen sind die Politiker im harten Parteienwettbewerb in der repräsentativen Demokratie. In diesem Wettbewerb zählt das Kurzfristige, das der Sozial- und Wohlfahrtsstaat zu bieten hat, nicht das Langfristige, das als Wohlstand für alle (?) aus dem Angebot an wirtschaftlicher Aktivität resultiert. Und zu alledem muß man bedenken, daß alles im Bereich der Wirtschaftspolitik ... sehr lange Zeit braucht, bis sich der Erfolg einstellt. Als Faustregel kann gelten, daß die Sanierung nicht weniger Zeit verlangt als die Inkubation, als die Zeit, in der die Entwicklung unbemerkt in die falsche Richtung lief."

Soll die Sanierung der Wirtschaft also 13 Jahre dauern, da ja bekanntlich in den Augen der Kapitalisten in der ganzen Regierungszeit der SPD die Wirtschaftspolitik in die falsche Richtung lief?

Von der Wende zum grundlegenden Wandel!

Dem Rad des Sozialstaates müsse in die Speichen gegriffen werden: *„Ohne eine geistige Revolution wird ein solches Vorhaben wohl nicht gelingen". „Möglicherweise muß dazu erst eine neue Generation heranwachsen, die die alten Tugenden neu für sich entdeckt." „Die Aufgabe ist umso schwieriger, als die Öffentlichkeit ... auf schnelle Erfolge erpicht ist und in ihrer Ungeduld angeheizt wird durch Opponenten, die an die Macht drängen. Da möchte man die politischen Spielregeln geändert sehen, damit die Politik nicht so kurzatmig sein muß, aber dazu gehörte ein sehr breiter Konsens quer durch die zerrissene Parteienlandschaft, der nur zustande kommen kann, wenn die Wähler einen grundlegenden Wandel wirklich wollen."*

Dahinter steckt das Konzept der „Volksgemeinschaft" („breiter Konsens ..."), und auch das, was die Wähler „wirklich wollen", ist ja großenteils durch die Medien manipulierbar. Es ist meiner Meinung nach kein Zufall, wenn solche Gedanken von einem Ökonomen kommen. Giersch denkt im Interesse des Kapitalisten durchaus langfristig: Einerseits, was die Sanierung der Wirtschaft betrifft, andererseits auch das Heranwachsen einer neuen Generation mit den „alten Tugenden". Dieses Denkschema ist weiterhin praktisch unabhängig von den Kämpfen der Arbeiterklasse, die in der BRD nun wirklich nicht breit entfaltet sind. Allein schon die normale bürgerliche Opposition im Parlament ist beim Abbau des Sozialstaates hinderlich!

Bisher wurde innerhalb der Bourgeoisie nie so laut über die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie nachgedacht. Soll also mit der von der Übergangsregierung Kohl propagierten Wende ein solcher „grundlegender Wandel" eingeleitet werden?

Wenn der von den vorhergegangenen SPD-Regierungen erfolgte Abbau demokratischer Rechte, der Aufbau des Überwachungsstaates und der Ausbau des staatlichen Gewaltapparates von einer Regierung angwandt wird, die Giersch' Konzept im Interesse des Kapitals durchsetzen kann, ist ein neuer Faschismus nicht mehr weit.

Hans, KB-Gruppe Stuttgart

Einstellung, Freispruch und Vertagung im Gorlebenprozeß

Der erste Gorleben - Prozeß am 31.1.83 wurde gegen eine Gebühr von 5oo DM eingestellt. Karsten soll bei der nächtlichen Aktion zu Baubeginn des Zwischenlagers in Gorleben tätig gewesen sein. Der 2. Prozess, gegen Christoph, begann am 14.2. und endete am 16.2. mit einem Freispruch, der dritte ist verschoben worden und wird voraussichtlich im Mai beginnen.

Solidaritätsdemonstration in Lüneburg

Über 7oo Leute demonstrierten am 12.2. in Lüneburg ihre Solidarität mit den Gorleben-Angeklagten. Schon der Sammlungsort zeigte ein für Lüneburg bislang ungewohntes Polizeiaufgebot. Ein großer Bullenaufmarsch demonstrierte mit Schildern und Schlagstöcken durch die Stadt. Diejenigen, die tatsächlich Anlaß zum Demonstrieren hatten, wurden somit völlig eingekesselt. Ein Rattenschwanz von Zivilbeamten und Bullenfotografen war mit von der Partie. Insbesondere Portraitaufnahmen wurden geschossen; auf dem Rathausturm und an anderen Stellen waren eigens Videokameras und Richtmikrofone installiert worden.

Freispruch für Christoph

Etwa 100 Zuschauer waren zum 1.Prozeßtag vor dem Landgericht Lüneburg erschienen, die angesichts des viel zu kleinen Saales den Prozeß nur schichtweise beobachten konnten. Richter Diederichs begründete die Prozeßeröffnung mit dem "öffentlichen Interesse". Staatsanwalt Müller hatte in der Anklage den Tatvorwurf des "schweren Landfriedensbruches", der "Körperverletzung" und des "Widerstands" erhoben. Müller sprach auch von einer zumindest regionalen Bedeutung des Prozesses, da erstmalig in Gorleben auf einer Demonstration "Gewalt" angewendet worden sei (von den Demonstranten meinte er). Die Anklage stützte sich auf einheitliche Aussagen von Polizei- und BGS-Zeugen. Bei der mündlichen Verhandlung war es dann mit der Einheitlichkeit vorbei: eine wichtige Rolle spielte dabei der Helm des Angeklagten, der den Zeugen zufolge "schwarz mit gelbem Rand" gewesen war. Durch ein Foto konnte aber bewiesen werden, daß dieser gelbe Rand erst nach der Festnahme sichtbar wurde, nachdem eine Gummiumrandung abgerissen werden war, was die Zeugenaussagen über Christophs (Un-)Taten vor der Festnahme ins Wanken brachte. Ein Beamter des Greiftrupps wollte eine "Wurfbewegung" gesehen haben, konnte aber weder sagen, was geflogen sein soll, noch wohin. Nur einer der drei Zeugen vermochte Christoph aus den Zuschauerreihen heraus zu identifizieren. In seinem Plädoyer versuchte der Staatsanwalt zu retten, was zu retten war. Die Zeugen seien wegen der Atmosphäre im Gericht unsicher gewesen, das sei "zeugenpsychologisch" zu erklären. Er forderte auch unbeirrt 6 Monate Knast auf Bewährung und 800 Mark Geldstrafe. Nach 4-stündiger Beratung verkündete Richter Diederichs einen Freispruch zweiter Klasse: Im Zweifelsfall sei für den Angeklagten zu entscheiden gewesen.

Zimmermann schlägt zu:

Verbot türkischen Gruppen

Genau vier Wochen vor der Bundestagswahl servierte die Bundesregierung - von der Presse nur am Rande kommentiert - noch eine kleine Kostprobe, wie sie in Zukunft Recht und Ordnung wiederherzustellen gedenkt. Daß sie dieses gerade jetzt an t ü r k i s c h e n Gruppen demonstriert - zuvor hatte sie sich ja bereits der ,,Drückeberger'' (KDV- Novelle) und Berufschaoten (Demo-Verordnungen in Baden- Württemberg) angenommen - ist kein Zufall, denn die ,,Lösung des Ausländerproblems'' ist einer der wichtigsten Schritte auf dem Weg in die christlich- demokratisch formierte Gesellschaft. Dabei dürfte das Verbot von *Demvrimci Sol* und *Halk Der* nur der Vorbote weiterer derartiger Maßnahmen sein. Die juristischen Grundlagen dafür scheinen nahezu beschlußreif zu sein, die nicht alleine die ausländische Gruppen betreffen. So wie das Verbot der beiden Gruppen begründet wird, geht es g e n e r e l l um ein Aufräumen in der linken Szene. Der Aufbau einer breiten Solidarität aller fortschrittlichen Organisationen mit den verbotenen und bedrohten Organisationen könnte schneller als gedacht auch zur Überlebensfrage der gesamten radikalen Linken werden.

Am 10.2. verkündigte CSU- Innenminister Zimmermann in Bonn das Verbot der türkischen Organisation Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) und ihrer angeblichen Teilorganisationen Halk Der (Volksvereine). Abgesprochen war die Verbotsverfügung mit den zuständigen Innenministern mehrerer Bundesländer. Das Verbot wurde am gleichen Tag "vollzogen", d.h. es kam bundesweit zu Hausdurchsuchungen, sämtliche Publikationen der beiden Gruppen wurden beschlagnahmt, die Versammlunsräume geschlossen, die Vereinsvermögen beschlagnahmt. Teilweise mußten die Verbotsverfügungen den verantwortlichen Türken direkt in den Knast gebracht werden, da mehrere noch seit der Konsulatsbesetzung Ende letzten Jahres in Untersuchungshaft sitzen.

Zufälle

,,Rein zufällig'' wurden am gleichen Tag in der Türkei 68 angebliche Mitglieder von Dev Sol verhaftet, *,,als sie versuchten, für ihre Organisation wieder tätig zu werden''* (,,FR'', 11.2.83). Es seien *,,große Mengen Waffen, Munition und Sprengstoff beschlagnahmt worden''*(,,Tagesspiegel'', 11.2.). Lakonisch heißt es weiter, daß z. Zt. in der Türkei drei Prozesse gegen 781 angebliche Dev Sol- Mitglieder laufen. **238 von ihnen droht die Todesstrafe!**

Ebenfalls ,,rein. zufällig'' war erst wenige Wochen zuvor der türkische Außenminister Türkmen zu Besuch in Bonn gewesen und hatte mit Zimmermann konferiert. Über das Ergebnis oder den Inhalt der Gespräche wurde nichts bekannt. Und genauso ,,zufällig'' ist es selbstverständlich, daß die Verbotsverfügung bereits zwei Wochen alt war, um nun genau an dem gleichen Tag vollzogen zu werden, an dem der Prozeß in der Türkei begann. Eine solche Häufung von Zufällen läßt natürlich erst gar nicht auch nur die Andeutung eines Verdachts aufkommen, es handle sich eventuell um eine gut koordinierte Aktion deutsch- türkischer Zusammenarbeit.

Mit dem Verbot gegen Solidaritätsaktionen

,,*Die Tätigkeit der 'Devrimci Sol' einschließlich ihrer Teilorganisationen 'Halk Der' läuft den Strafgesetzen zuwider*'', heißt es in der Verbotsverfügung. Auf zehn Seiten versucht das Innenministerium, diesen Vorwurf zu konkretisieren.

— Da heißt es über Dev Sol: ,,*Aus Tarnungsgründen werden keine Mitgliedsausweise ausgegeben. Die Mitglieder selbst werden vielfach - zur Vermeidung des Nachweises einer bestehenden Vereinigung - auch als 'Sympathisanten' bezeichnet*''. D.h., wer Sympathisant ist, ist auch Mitglied, zumindst als solches zu behandeln!

—Dev Sol führe den ,,*organisierten Kampf im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes und 'operiert hier wie in der Türkei'* ''.

—Die Mitglieder ,,*haben sich einer organisierten Willensbildung unterworfen. (Sie) führen nach Weisung der Kölner Zentrale entsprechende Aktionen (Demonstrationen, Besetzung) durch*''.

—Halk Der seien Teilorganisationen der Dev Sol (Anm. 1). ,,*Sie treten eigenständig nach außen in Erscheinung und verfolgen in Übereinstimmung mit der 'Dev Sol' dieselbe Zielsetzung; sie dienen so der Tarnung der extremistischen Tätigkeit der 'Dev Sol'* ''. Deshalb und aufgrund der ,,personellen Verflechtung'' mit Dev Sol seien sie als ,,Teilorganisationen anzusehen''.

Schlagkräftige ,Beweise': Dev Sol kündigt in seiner Zeitung Neugründungen der Halk Der an. Gelegentlich benutzen beide die gleichen Geschäftsräume; Mitglieder beider Gruppen hätten an der Kölner Konsulatsbesetzung teilgenommen. Erschwerend kommt offenbar noch hinzu: In der Zeitung von Halk Der ,,*wird zum Thema ,Ausländerfeindlichkeit' in der BRD berichtet*''.

Als ,,Begangene bzw. geplante Straftaten'' werden angeführt:

——Die Besetzung des türkischen Generalkonsulats in Köln im November 1982, um Öffentlichkeit über die wenige Tage später stattfindende Abstimmung über die Verfassung und die derzeitigen Verhältnisse in der Türkei herzustellen.

— Eine ,,*gewalttätige Auseinandersetzung mit der Polizei anläßlich einer nicht angemeldeten Versammlung vor der türkischen Botschaft in Bonn am 25.4.82*''. Es gehört wenig Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß es wohl schlicht darum ging, daß die Polizei die Demo auf ihre bekannte Art auflösen wollte und dies nicht so reibungslos wie gewünscht vonstatten ging.

—Mehrfache ,,unangemeldete öffentliche Aufzüge''.

—Mehrere Kirchenbesetzungen im September 1982.—Der Fund einer Skizze über die Lage des türkischen Generalkonsulats in Hannover, was natürlich heißt,''*daß diese Vereinigung ähnliche Aktionen plante und durchführen wollte*''(wie in Köln).

Die Quintessenz dieser umfassenden Liste: Dev Sol ,, *gefährdet durch ihre politischen Betätigung ... die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der BRD.*'' Sicherheit und Ordnung werden nicht zuletzt dadurch gefährdet, so die Begründung, daß die Tätigkeit der Gruppen, ,,*auf die Unterstützung der in der Türkei lebenden Sympathisanten ... in ihrem bewaffnetem Kampf gegen das herrschende Regime*'' gerichtet ist. Mit unverkennbarer deutscher Beamtengründlichkeit wurde natürlich auch der Verstoß gegen ,,presserechtliche Vorschriften der Länder'' (fehlendes Impressum) nicht vergessen.

,,Weniger einschneidende Mittel'' als das Verbot seien nicht ausreichend, etwa Betätigungsverbot oder Ausweisung. Beides käme nur als ,,Begleitmaßnahme'' in Betracht. In unverhüllter Offenheit wird sogar zugestanden, wie dürftig die konkreten Vorwürfe tatsächlich sind: Für eine Ausweisung ,,*fehlen den zuständigen Behörden in vielen Fällen beweiskräftige Voraussetzungen*''. Es geht also gar nicht um mehr oder weniger schwerwiegende Gesetzesverstöße -für die Konsulatsbesetzung sitzen ohnehin 10 Leute immer noch in Untersuchungshaft -, sondern um etwas anderes: **,,Die organisierte extremistische Tätigkeit kann jedoch nicht länger geduldet werden''** (Anm. 2, alle Zitate aus der Verbotsverfügung).

Was zunächst als absolute Dürftigkeit in der Beweisführung, als Flickschusterei einer bürokratischen Beamtenseele erscheinen mag, ist das eigentliche Interessante und Gefährliche an der Begründung: Die globale Aufzählung von ,,Tatbeständen'' wie etwa ,,Gefährdung durch politische Tätigkeit', Organisierung, Widerstand, Unterstützung, Teilnahme, unangemeldete Aktionen, Presserechtsverletzungen, - kurz: von allem, was einen anständigen Linken und Chaoten ausmacht - die Auflistung erinnert stark an die Nürnberger Massenverhaftungen. Die Formulare sind in reichlicher Zahl fertig, nur der Name der Gruppe oder Organisation muß noch eingesetzt werden. Die Begründung für das Verbot der Halk Der enthält genau besehen noch nicht einmal einen einzigenjuristischen Tatbestand. Angeführt wird einzig die Tatsache, daß einzelne Mitglieder an der Kölner Botschaftsbesetzung teilgenommen haben sollen. Weder kann die Besetzung als Aktion der Organisation Halk Der bewiesen werden, noch gibt es irgendeinen juristisch haltbaren Beleg für die Konstruktion der ,,Teilorganisationen'' (siehe den Text: ,,Kann ...angesehen werden'').

Die gegen Dev Sol angeführten 'Tatbestände' sind auf eine Unzahl linker und demokratischer Gruppen in der BRD anwendbar. Mit ähnlichen Argumenten könnten z.B. die »taz« und alle Mittelamerika- Gruppen verboten werden, weil sie die Spendensammlung ,,Waffen für El Salvador'' unterstützen. Ebenso könnten selbstverständlich a l l e fortschrittlichen ausländischen

Fortsetzung nächste Seite



Aus: Politische Berichte Nr. 4, 26.2.83

Es seien *,,große Mengen Waffen, Munition und Sprengstoff beschlagnahmt worden''*(,,Tagesspiegel'', 11.2.). Lakonisch heißt es weiter, daß z. Zt. in der Türkei drei Prozesse gegen 781 angebliche Dev Sol- Mitglieder laufen. **238 von ihnen droht die Todesstrafe!** Ebenfalls ,,rein. zufällig'' war erst wenige Wochen zuvor der türkische Außenminister Türkmen zu Besuch in Bonn gewesen und hatte mit Zimmermann konferiert. Über das Ergebnis oder den Inhalt der Gespräche wurde nichts bekannt. Und genauso ,,zufällig'' ist es selbstverständlich, daß die Verbotsverfügung bereits zwei Wochen alt war, um nun genau an dem gleichen Tag vollzogen zu werden, an dem der

einsgesetzes und 'operiert hier wie in der Türkei' ''.
—Die Mitglieder ,,*haben sich einer organisierten Willensbildung unterworfen. (Sie) führen nach Weisung der Kölner Zentrale entsprechende Aktionen (Demonstrationen, Besetzung) durch*''.
—Halk Der seien Teilorganisationen der Dev Sol (Anm. 1). ,,*Sie treten eigenständig nach außen in Erscheinung und verfolgen in Übereinstimmung mit der 'Dev Sol' dieselbe Zielsetzung; sie dienen so der Tarnung der extremistischen Tätigkeit der 'Dev Sol'* ''. Deshalb und aufgrund der ,,personellen Verflechtung'' mit Dev Sol seien sie als ,,Teilorganisationen anzusehen''.

gründung, daß die Tätigkeit der Gruppen, ,,*auf die Unterstützung der in der Türkei lebenden Sympathisanten ... in ihrem bewaffnetem Kampf gegen das herrschende Regime*'' gerichtet ist. Mit unverkennbarer deutscher Beamtengründlichkeit wurde natürlich auch der Verstoß gegen ,,presserechtliche Vorschriften der Länder'' (fehlendes Impressum) nicht vergessen.
,,Weniger einschneidende Mittel'' als das Verbot seien nicht ausreichend, etwa Betätigungsverbot oder Ausweisung. Beides käme nur als ,,Begleitmaßnahme'' in Betracht. In unverhüllter Offenheit wird sogar zugestanden, wie dürftig die konkreten Vorwürfe tatsächlich sind: Für eine Ausweisung

Jetzt auch freier Markt bei den ,,Sozialwohnungen''

Die Regierung Kohl arbeitet fleißig und fackelt nicht lange. Noch ist die Empörung über die letzten Mieterhöhungsgesetze, die den sog. freien Wohnungsmarkt betreffen, nicht verrauscht, da soll es in Kürze — und beinahe logisch — den Sozialmietern an den Kragen gehen. ,,*Tatsächlich gibt es bereits detaillierte Vorstellungen, Mietanhebungen im Sozialen Wohnungsbau künftig*

Staffelmiete für Sozialwohnungen geplant

In der BRD gibt es derzeit rund 4,3 Millionen Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau. Mit durchschnittlich 250 bis 300.000 Einheiten pro Jahr wurden die meisten davon in den 50er und 60er Jahren fertiggestellt. Seit etwa

Jetzt auch freier Markt bei den ,,Sozialwohnungen''

Die Regierung Kohl arbeitet fleißig und fackelt nicht lange. Noch ist die Empörung über die letzten Mieterhöhungsgesetze, die den sog. freien Wohnungsmarkt betreffen, nicht verrauscht, da soll es in Kürze — und beinahe logisch — den Sozialmietern an den Kragen gehen. ,,*Tatsächlich gibt es bereits detaillierte Vorstellungen, Mietanhebungen im Sozialen Wohnungsbau künftig nicht mehr nur an den Nachweis steigender Kosten, sondern an die Marktentwicklung aller Mieten zu koppeln.*'' (,,FR'', 15.2.83) Aus wahltaktischen Erwägungen schlummern diese Pläne selbstverständlich bis zum 6. März in der Schublade.

Das als Reaktion auf entsprechende Meldungen in der ,,Frankfurter Rundschau'' verbreitete Standarddementi von Bauminister Schneider (CSU) konnte nur durch die professionelle Kaltschnäuzigkeit, mit der es vorgetragen wurde, verblüffen: es gebe ,,*nicht den geringsten Anlaß, die Sozialmieter zu beunruhigen.*'' Schließlich seien die Pläne ,,*Bestandteil einer seit Jahren in der Öffentlichkeit und in der Fachwelt geführten Diskussion.*'' (,,FR'', 16.2.83)

Recht hat er, der christlich-soziale Biedermann. Denn kein Geheimnis ist es, daß die CDU mit dem Sozialen Wohnungsbau nicht nur nichts am Hut hat, sondern diesen als Hemmnis für noch unbegrenztere Mieterhöhungen im gesamten Wohnungsbestand schon seit Jahren abschaffen möchte. ,,*Die gegenwärtigen Bedingungen des Bau- und Wohnungsmarktes rechtfertigen die schrittweise Beendigung des sozialen Mietwohnungsbaus*'', meinte CDU-Experte für alles, Biedenkopf, bereits vor drei Jahren! (Biedenkopf/Miegel, Wohnungsbau am Wendepunkt, S. 125) Und der FDP-Rechtsaußen Gattermann, Wohnungsbauexperte seiner Partei, plädierte 1980, damals wie heute auf Regierungslinie, für eine ,,*Auflösung des Sozialwohnungsbestandes zur Vereinheitlichung des Marktgeschehens.*'' (Gemeinnütziges Wohnungswesen 3/80, S. 133)

Es dürfte also kaum Verwunderung auslösen, wenn diesen jahrealten Ankündigungen demnächst Taten folgen. Erwähnenswert bleibt aber, mit welcher Dreistigkeit Schneider lügt. In der stürmischen Auseinandersetzung über die letzten Mietrechtsänderungen hatte er nämlich stets und ausdrücklich behauptet, der soziale Wohnungsbau sei von Veränderungen völlig unbedroht.

Staffelmiete für Sozialwohnungen geplant

In der BRD gibt es derzeit rund 4,3 Millionen Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau. Mit durchschnittlich 250 bis 300.000 Einheiten pro Jahr wurden die meisten davon in den 50er und 60er Jahren fertiggestellt. Seit etwa zehn Jahren hat die Quote neuerrichteter Sozialwohnungen jedoch drastisch abgenommen und ist inzwischen unter die 100.000er Marke abgesunken. Dem steht eine ständig wachsende Anzahl Wohnungssuchender mit Anspruch auf eine Sozialwohnung gegenüber. Aber nur jeder dritte Suchende hat überhaupt die Chance, auch tatsächlich eine zu finden. Es kann auch kaum noch die Rede von günstigen Mietpreisen im Sozialwohnungsbau sein.

In Hamburg beispielsweise beträgt der Preis pro qm für eine Sozialwohnung stolze 7,30 DM netto! Bisher ist es so, daß die Miethöhe für Sozialwohnungen abhängig ist vom Prinzip der Kostenmiete. D.h., daß der Vermieter nur eine Miete verlangen kann, die die laufenden Kosten abdeckt: die Bewirtschaftungskosten sowie die Kapitalkosten für Fremd- und Eigenkapital.

In Zukunft kann der Bauherr einer Sozialwohnung die Höhe der anfangs zulässigen Miete mit der staatlichen Wohnungsbauförderungsstelle frei vereinbaren, wobei auch die Staffelmiete zugelassen wird, so daß bei Abschluß des Mietvertrages die Miete mit feststehenden Beträgen steigen kann.

Als Richtschnur für Mieterhöhungen gelten dann nicht mehr nur die steigenden Kosten, sondern entsprechend die Mietentwicklung im freifinanzierten Wohnungsbau.

Sowohl auf neugebaute als auch auf alte Sozialwohnungen kann dann das Prinzip der freien Ausbeutung und der Profitmaximierung angewendet werden. Einen ,,*Anschlag auf den sozialen Frieden in unseren Städten*'' nennt der sozialdemokratische Wohnungsbauminister von Nordrhein-Westfalen, Christoph Zöpel, diesen Schneider-Plan. (,,FR'', 16.2.83) Stimmt, Herr Zöpel. Übrigens: im bevölkerungsreichsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, stiegen die Sozialmieten innerhalb eines Monats, im Januar 1983, um 1,2 Prozent. Auf das Jahr umgerechnet beträgt die Mieteninflation für 1983 14,4 Prozent.

Wohnungskommission

Gruppen verboten werden, da sie ihre Arbeit auch auf ihre Heimatländer beziehen (und damit „erhebliche Belange der BRD gefährden"), könnten alle Gruppen verboten werden, die sich an unangemeldeten Demos und Aktionen beteiligen, gar nicht zu reden zu allem, was ein „K" im Namen führt. Es kann - siehe den Schlußsatz - j e d e „organisierte extremistische Tätigkeit" verboten und kriminalisiert werden. Und der politische Extremismus fängt für Christdemokraten - und die dürfen den Inhalt dieses Begriffes ja nach Gutdünken definieren - bekanntlich bei Albertz, Böll und Staeck an. Zimmermann betonte denn auch ausdrücklich, daß das Verbot **„ein Zeichen dafür setzen sollte, daß die Bundesregierung dem rechts- und demokratiefeindlichen Extremismus entgegentrete"** („FR", 10.2.).

Bei den Überlegungen, diesen Feldzug für ein sauberes Deutschland bei einer kleinen türkischen Gruppe zu beginnen, spielte offenbar die Überlegung eine Rolle, daß diese als Testobjekt für ein solches Unterfangen geradezu prädestiniert ist: klein, wenig verankert (Zimmermann spricht von etwa 350 Mitgliedern), aufgrund ihrer sektiererischen Politik unter den in- und ausländischen linken Gruppen recht isoliert, radikal, und dann auch noch ausländisch! Die bislang nur sehr schwachen Proteste gegen das Verbot scheinen das Kalkül von Zimmermann & Co. zu bestätigen. Die offenbar sowohl unter westdeutschen wie auch ausländischen Gruppen vorherrschende Stimmung, sich (aufgrund politische Differenzen) nicht mit den verbotenen Gruppen zu solidarisieren, scheint uns reichlich borniert und kurzsichtig und könnte sich leicht als Bumerang erweisen. Das gelegentlich reichlich überstrapazierte Gedicht Niemöllers „Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen ..." verdient es, in diesem Zusammenhang noch einmal genauer durchdacht zu werden.

„Wer meckert, fliegt ..."

Das Verbot der beiden türkischen Organisationen, das erste seit dem Verbot der palästinensischen Gruppen GUPS und GUPA 1972 (2), ist auch ein Zeichen mehr dafür, daß die Herrschenden das Projekt der massenhaften Austreibung „unerwünschter" Ausländer beschleunigen und sehr konkret in Angriff nehmen. (s. dazu auch AK 228: Massenaustreibung wird vorbereitet). In den Bonner Amtsstuben ist ein Gesetzentwurf in Arbeit — und offenbar kurz vor der Beschlußreife —, der die beschleunigte und massenhafte Abschiebung politisch unliebsamer Ausländer juristisch absichern und erheblich erleichtern soll. (siehe die FR-Dokumentation). Die inhaltlichen Ausführungen — bis hin zur Wortwahl — der Vorschläge der Kommission decken sich im wesentlichen mit der Begründung der Verbotsverfügung gegen Dev Sol und Halk Der: Gefährdung der Sicherheit und Grundordnung derBRD, „politisch motivierte" Gewaltanwendung, Betätigung in verbotenen Vereinigungen, Verstoß gegen das Verbot politischer Betätigung, „unerlaubte politische Betätigung", „erheblicher oder beharrlicher Verstoß gegen die Rechtsordnung" usw. Der Grundgedanke, der das Kommissionspapier durchzieht und auf dem die Ausweisungsbestimmungen aufbauen, ist der, daß die (jetzt schon geringe) politische Betätigungsfreiheit fortschrittlicher Ausländergruppen in jedem Fall eingeschränkt wird. Was nun genauer unter dieser unliebsamen „unerlaubten politischen Betätigung" zu verstehen ist, kann mensch der Verbotsverfügung bereits entnehmen: Unterstützung von Gruppen im Herkunftsland, die Widerstand gegen das dortige Regime leisten, Störung außenpolitischer Belange durch Agitation gegen Regimes, mit denen die BRD wirtschaftlich oder über die NATO verbunden ist; und drittens: „Gefährdung der Inneren Sicherheit" durch Stellungnahmen und Aktionen gegen Ausländerrecht und Ausländerpolitik der BRD. Wer also versuchen sollte, gegen die geplante Abschiebungswelle, gegen Ausländerhetze usw. Widerstand zu entwickeln, kann der Einfachheit halber gleich rausgeschmissen werden.

Das auch im Zusammenhang mit dem Verbot massiv geförderte Bild von den linken terroristischen Ausländergruppen ihre politische Denunziation und faktische Kriminalisierung, fördert ein Klima, das Ausweisungen und Verbote nicht nur erleichtern soll, sondern das nach derartigen harten Maßnahmen geradezu schreit. Weitere türkische sowie die iranischen und palästinensischen Ausländergruppen dürften dabei auf Zimmermanns Wunschliste ganz oben rangieren. Daß eine Abschiebung der türkischen Genossen in ihre Heimat möglicherweise einem Todesurteil gleichkommt, scheint den Christdemokraten als „Begleitmaßnahme" offenbar durchaus angemessen. Auch ein Paradebeispiel deutsch-türkischer Zusammenarbeit, das Rückschlüsse auf die geistige Verwandtschaft der Herrschenden beider Länder zuläßt (3).

„Ein Zeichen setzen"

„Von den im Bundesgebiet lebenden Ausländern (insg. 4,6 Millionen) verhält sich die überwiegende Mehrzahl gesetzestreu. Die Zahl der extremistischen Organisationen angehörenden Ausländer betrug Ende 1982 122.100. Die Ausländervereine orientierten ihre Aktivitäten überwiegend an den politischen Konflikt- und Krisensituationen der jeweiligen Herkunftsländer. Dabei beeinträchtigen sie die Sicherheit und wichtige innen- und außenpolitische Belange unseres Landes.(...)
Die Auseinandersetzungen zwischen extremistischen Türken verschiedenster Richtungen im Bundesgebiet, die 1981 an Zahl und Heftigkeit wieder erheblich zugenommen hatten, klangen im Laufe des Jahres 1982 ab. Sicherheitsgefährdende Aktivitäten gingen im Wesentlichen von extremistischen Organisationen aus, deren Agitation sich zunehmend gegen Bestandteile deutscher Politik richtet:
— Die Bundesrepublik Deutschland als NATO-Bündnispartner der Türkei,
— Deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei,
— Ausländerrecht und Ausländerpolitik. (...) Das heute vollzogene Vereinsverbot setzt ein Zeichen."
(Presseerklärung von Zimmermann)

Ein Verbot ohne viel Reaktion

Die bisherigen Reaktionen der Öffentlichkeit sind an Dürftigkeit kaum zu übertreffen. Als erster meldete sich der DGB zu Wort. Er *„setzte sich dafür ein, jetzt auch rechtsextremistische türkische Organisationen wie die ‚Grauen Wölfe' zu verbieten."* Innenpolitische Auseinandersetzungen anderer Staaten dürften nicht in der BRD ausgetragen werden. *„Politische Gruppierungen, die erkennbar und beweisbar radikale politische Ideen vertreten und die nach dem Grundgesetz gegebene Möglichkeit mißbrauchten, sich in der BRD politisch zu betätigen, sollten verboten und ihre Vertreter schnellstmöglichst ausgewiesen werden"*; so der für Ausländerfragen zuständige DGB-Vorständler Bleicher (nach „FR" u. „NOZ", 10./11.2.). Hamburgs Innensenator Pawelczyk, mit dem das Verbot ja abgesprochen war und der in Hamburg für seinen umgehenden Vollzug sorgte, kritisierte nur, daß eine *„nicht bedeutungsvolle Gruppierung lediglich unnötig aufgewertet werde"* („FR", 11.2.). Reaktionen von demo-
lediglich unnötig aufgewertet werde" („FR", 11.2.). Reaktionen von demo-
kratischen Persönlichkeiten und Organisationen, die sich ansonsten öfter zu Organisationsverboten und politischen Verhaftungen in anderen Ländern äußern (erst gerade im Fall der DDR) hat es kaum gegeben.

Für alle Linken und Demokraten in der BRD stellt sich in jedem Fall die Aufgabe, beschleunigt zu überlegen, wie durch gemeinsame Initiativen und Aktionen die Abschiebung — und damit auch Ermordung — der türkischen Genoss/inn/en verhindert werden kann.

Internationalismus-Kommission, Göttingen

Anmerkungen:

1) In einer Erklärung stellte der Vorsitzende der Kölner Halk Der-Gruppe dar, daß es keine Verbindungen zu Dev Sol gebe: „Unser eingetragener Verein Halk Der ist nach den hier gültigen Gesetzen gegründet. Er arbeitet offen, wie jeder andere x-beliebige Verein. Seine Tätigkeit bewegt sich im Rahmen der gültigen Gesetze. Unser Verein wird von türkischen und kurdischen Arbeitern hier besucht und gebildet. Er hat überhaupt keine Beziehung zu der Organisation ‚Dev Sol' ". („taz", 10.2.).
2) Am 5. September griff ein palästinensisches ‚Kommando' das Quartier der israelischen Mannschaft bei der Olympiade in München an. Die Polizei beendete die Aktion durch ein Blutbad auf dem Militärflughafen Fürstenfeldbruck. Im Gefolge dieser Aktion kam es zu einer ungeheuren Eskalation der Ausländerhetze und schließlich zum Verbot der GUPS (Generalunion Palästinensischer Studenten) und GUPA (Arbeiter) 200 „mutmaßliche" (!) Mitglieder dieser Gruppen wurden ausgewiesen und sofort abgeschoben.
3) Am 12.2. begannen 57 türkische Gefangene im Butzbacher Knast einen Hungerstreik gegen ihre bevorstehende Abschiebung. Sie kritisierten u.a. „die unzulängliche Behandlung ihrer Asylbegehren, selbst bei Personen, die schwerste Repressalien von der türkischen Militärjunta zu erwarten hätten" („taz", 14.2.).



Am 19.2. demonstrierten 200 Menschen in Mannheim gegen das Verbot. Am Sammelplatz griff die Polizei wahllos mehrere türkische und kurdische Kollegen heraus, notierte Namen und Anschrift und versuchte ihnen Mitgliedschaft bei Dev Sol zu unterstellen. Dabei wurden auch Menschen kontrolliert, die offensichtlich (durch Verkauf von Zeitungen) zu anderen türkischen und kurdischen Organisationen gehören. Grundlage für die Kontrolle bildet eine Auflage des Ordnungsamtes Mannheim, in der es u.a. heißt: *„Den Vereinigungen Dev Sol und Halk Der steht ein Versammlungsrecht nicht zu, ebenso deren Mitgliedern. Eine Teilnahme ist insoweit verboten. Eine verbotene Veranstaltung ist aufzulösen."*
Ein anschaulicher Hinweis darauf, wie das Verbot zu Schikanen gegenüber beliebigen verdächtigen Ausländern benutzt werden kann, indem nach Mitgliedern der verbotenen Gruppierungen gefahndet wird...
Außer in Mannheim fand am selben Tag in Hamburg eine Demonstration mit 1.500 Teilnehmern statt.
In Berlin demonstrierten am 26.2. 1000 Menschen gegen das Verbot.

„Dev-Sol wurde auf Wunsch von Türkmen verboten"

„Keine Gnade für türkischen Terror" und *„Türkische Kommunisten in Panik"* titelten die türkischen Zeitungen „Hürriyet" und „Tercüman" nach dem Verbot von Dev-Sol und Halk-Der in ihren Deutschland-Ausgaben voll des Lobes für Innenminister Zimmermann: *„Die deutschen Sicherheitsbehörden werden die begonnene Säuberungsbewegung fortsetzen, um den 27.000 türkischen Kommunisten, die seit Jahren die Ruhe des Volkes stören und in Terroraktionen verwickelt sind, einen entschiedenen Schlag zu versetzen"* („Tercüman", 12.2.83). Unter der Überschrift *„Dev-Sol wurde auf Wunsch von Türkmen verboten"* berichtet „Hürriyet',: *„Das bundesdeutsche Innenministerium beantwortete unsere Fragen im Zusammenhang mit dem Verbot des deutschen Flügels von Dev-Sol. Nach Auskunft des Pressesprechers Dr. Butz wurde Dev-Sol auf Wunsch des türkischen Außenministers Ilter Türkmen geschlossen. Zu den ‚Grauen Wölfen' sagte der Pressesprecher, daß eine solche Organisation nicht existent sei..."* („Hürriyet", 14.2.83).

(Übersetzungen aus: „türkei infodienst", Nr.50, 28.2.83)

Die „Bund-Länder-Kommission" hat eine Bericht verfaßt, aus dem hervorgeht, daß dieses Verbot gegen „Dev Sol" tatsächlich nur der Anfang gewesen ist. Es geht dabei um die Einschränkung der politischen Betätigung für linksoppositionelle Ausländer insgesamt. In der „FR" vom 18.2.83 wurde dieser Bericht vorgestellt:

1. Grundsätzlich haben Ausländer bisher das Recht auf politische Betätigung. Nach eigenem Ermessen konnten die Ausländerbehörden in diese Rechte eingreifen. Die einmütige Empfehlung des Zimmermann-Ausschusses: „Es wird empfohlen, das Verbot politischer Betätigung von Ausländern im Einzelfall zu erleichtern."

2. Bisher reichte auch eine als „extremistisch" eingestufte politische Betätigung nicht aus, um einen Ausländer auszuweisen. Das soll geändert werden. Für Ausländer soll es nach den Empfehlungen eine „Ist-Ausweisung", eine „Regel-Ausweisung" und eine „Kann-Ausweisung" geben. Kraft Gesetzes sei die Ausweisung sofort zu vollziehen, wenn
— die Sicherheit oder die Grundordnung der Bundesrepublik gefährdet ist,
— „politisch motiviert" Gewalt angewendet wird,
— eine Betätigung in verbotenen Vereinigungen stattfindet,
— wiederholt gegen das Verbot politischer Betätigung verstoßen wird.

Dieser Empfehlung für eine gesetzliche „Regel-Ausweisung" stimmten der Bund, die Länder Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen, der Deutsche Städtetag und die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung zu. Die Länder Berlin und Bayern möchten noch einen Schritt weiter gehen: Sofort auszuweisen sei danach ein Ausländer, der sich in extremistischen Vereinigungen betätigt und der „politisch motiviert" Gewalt androht (also noch nicht anwendet).

Unter die „Kann-Ausweisung" sollen so dehnbare Begriffe fallen wie: „unerlaubte politische Betätigung", politisch motivierte Androhung von Gewalt und „sonstige politisch motivierte Verstöße gegen die Rechtsordnung".

3. Unterhalb der politischen Betätigung, die zum Ausweisungsgrund werden muß oder kann, schlägt der Ausschuß 4 eine Fülle von weiteren „Ausweisungstatbeständen" vor. Zum Beispiel wollen die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Berlin, der Städtetag und die Bundesregierungen in das geltende Recht einen allgemeinen Ausweisungstatbestand „erheblicher oder beharrlicher Verstoß gegen die Rechtsordnung" einführen, obwohl selbst der Ausschuß diesen Gummiparagraphen als eine „wenig praktikable Generalklausel" eingestuft hat. Bettelei (Bayern, Baden-Württemberg) soll ebenso zum Ausweisungsregister zählen wie die Gefährdung der öffentlichen Gesundheit.

Straffällig gewordenen Ausländern droht nach den Empfehlungen, „daß spätestens nach einer rechtskräftigen Verurteilung unverzüglich über die Ausweisung zu entscheiden ist". Die „Ist-Ausweisung" (zu verstehen als ein Muß) soll bei Schmuggel, Drogenhandel und höheren Freiheitsstrafen erfolgen. In dem Ausschuß wurde mehrheitlich auch erwogen, straffällig gewordene Ausländer schon vor einer rechtskräftigen Verurteilung auszuweisen oder abzuschieben, zumindest vor dem Eintritt der Rechtskraft (Bayern, Städtetag, Niedersachsen, Berlin, Bundesregierung — ohne Justizministerium).

4. Ausländern, die die Sozial- oder Arbeitslosenhilfe in Anspruch nehmen, steht unter bestimmten Bedingungen ebenfalls die Ausweisung bevor. Insbesondere betroffen sind nach den Vorschlägen des Zimmermann-Ausschusses Ausländer „ohne verfestigten Aufenthaltsstatus". Diese Gruppe soll beispielsweise nach einem Jahr Arbeitslosenhilfebezug ausgewiesen werden (Bayern, Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Städtetag und Bund — außer Arbeitsministerium). Die Mehrheit des Ausschusses sah auch keinen Datenmißbrauch in der Empfehlung, die „Leistungsträger" (von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe zum Beispiel) gesetzlich zu verpflichten, die Ausländerbehörde sofort zu unterrichten.

Folter und politische Verfolgung sind keine Asylgründe

Sie arbeiten Hand in Hand. Der Diplomat in Ankara, der dem Auswärtigen Amt „relevante Erkenntnisse" über „Demokratisierung" und Foltervorwürfe gibt, genauso wie der Sachbearbeiter des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, der sich beruhigt auf diese Gutachten stützen kann, wenn er seinen soundsovielten Ablehnungsbescheid diktiert.

Die Mitglieder der türkischen Junta bedanken sich für jeden Oppositionellen, der ihnen so wieder zugeschoben wird. Noch größer ist der Dank für die Militärhilfe aus Bonn. Und die Bonner zeigen sich wiederum zutiefst befriedigt über die Stabilität ihrer NATO-Startbahn Südost.

Daß diese Stabilität nur durch Marter, Qualen und grausame Erniedrigungen zigtausender von Menschen aufrechterhalten wird, ist dabei nicht von Bedeutung. Hauptsache ist, die Tür zur Türkei bleibt für die militärischen und wirtschaftlichen Interessen der NATO/EG weiterhin sperrangelweit geöffnet.

Dafür verschafft der Westen den Diktatoren ein demokratisches Renomee.

Und die Türkei drückt im Gegenzug gern ein Auge zu, wenn es um die demokratischen Interessen der türkischen Arbeiter hier geht.

Dafür drückt die BRD wiederum alle Augen zu, wenn es um die demokratischen Interessen der Arbeiter dort geht.

So wäscht eine Hand die andere — in Blut. Man nennt dies internationale Beziehungen oder auch: deutsch-türkisches Verhältnis.

Dieses wird von Tag zu Tag besser, und die Bundesrepublik erfüllt ihren Part zunehmend zufriedenstellender.

So begnügt sie sich nicht mehr mit der schnellen Ablehnung und Abschiebung der türkischen Oppositionellen, die hier einen Asylantrag gestellt haben. Deutsche Behörden fühlen sich wiedermal international zuständig, nämlich auch für türkische Oppositionelle in anderen westlichen Staaten. Hätte **Hüseyin Bakir** dies gewußt, wäre er mit Sicherheit in Frankreich geblieben und hätte sich damit einigen Ärger erspart. Denn dort erhielt der aktive Antifaschist im Sommer 1981 Asyl, einen Paß der Vereinten Nationen und einen Reisepaß, um Verwandte in der BRD besuchen zu können.

Auf seiner Rückreise (nach Frankreich) im September 1982 wurde er an der Grenzstelle Aachen aus dem Zug geholt und festgenommen. Er würde in der Türkei gesucht, war die Begründung.

Auch die Interventionen französischer Behörden stießen auf taube Ohren. Man würde ihn an die Türkei ausliefern, lautete der vorschnelle Bescheid der Oberstaatsanwaltschaft in Köln.

Inzwischen konnte Hüseyin aufgrund eines sehr schnellen und breiten öffentlichen Protestes nach Frankreich zurückkehren. Überhaupt bemüht sich die BRD-Justiz, in der Asylpolitik ganz vorne mit die Richtung anzugeben und die zynischen und undemokratischen Eckdaten zu setzen, in deren Grauzone Argumentationsketten und Ablehnungsbegründungen zusammengebastelt werden.

Folter: Asylrechtlich nicht „relevant"

In der herrschenden Asylrechtssprechung gegen kurdische Asylbegehrende wird grob skizziert in etwa folgende Argumentationskette benutzt: Ist in
wird grob skizziert in etwa folgende Argumentationskette benutzt: Ist in
dem jeweiligen Asylverfahren nicht mehr wegzuleugnen, daß der Antragsteller gefoltert wurde (1), wird dies als Verletzung der Menschenwürde zunächst einmal festgehalten (2).

Nun wird „recherchiert", ob diese Folterungen vielleicht von Einzelnen (Gefängniswärter, Polizist, Soldat u.a.) praktiziert wurden, ohne daß der türkische Staat diese anregt, unterstützt, billigt oder tatenlos hinnimmt. Ist das nach Auffassung der Richter der Fall, so hat die Folter asylrechtlich keine Bedeutung, da sie nicht vom türkischen Staat ausgeht (3).

Manchmal kann das Gericht allerdings nicht umhin festzustellen, daß bestimmte Eingriffe in die körperliche Integrität der Gafangenen einer gewissen Planmäßigkeit der türkischen Sicherheitskräfte nicht entbehren (4).

Nun kommt die große Frage: Warum? Warum gibt es eigens für Folterzwecke konstruierte Geräte, und warum werden diese planmäßig angewandt? Begründung!

Die kurdische Linke verstoße gegen die Strafrechtsbestimmungen des türkischen Rechts. Auch wenn diese Strafrechtsbestimmungen nach hiesigem deutschen Recht eine Einschränkung von demokraitschen Grundrechten bedeuten, dürfe der türkische Staat diese zu seinem Schutz dennoch erlassen und danach richten (5).

Z.B. ist die Mitgliedschaft in einer linken kurdischen Organisation eine separatistische Tätigkeit (6), die dem Gesamtstaat Türkei Schaden aufbürden würde (7).

Der Verstoß gegen eine türkische Strafrechtsbestimmung, die dem Schutz des türkischen Staates gilt, wird natürlich dementsprechend geahndet. Und um die als strafbares Verhalten angesehene Tätigkeit „aufzuklären", dürfe gefoltert werden (8), denn die Folter sei in der Türkei gang und gebe und nichts Außergewöhnliches (9).

Das Motiv des Staates sei nicht, politisch zu verfolgen, sondern lediglich,
Das Motiv des Staates sei nicht, politisch zu verfolgen, sondern lediglich,
sich vor Publikationen, Aktionen, Meinungen usw. zu schützen, die unter Strafe stehen. In diesen Fällen erscheine dem türkischen Staatsapparat Folter sittlich geboten und stelle keinen Asylgrund dar (10).

Die von uns mit Fußnoten versehenen Teile dieser Argumentationskette entsprechen den Urteilsbegründungen maßgeblicher Verwaltungsgerichte, die wir in dem nebenstehenden Kasten auszugsweise zitieren. Die Urteile der dort genannten Gerichte dokumentieren den allgemein erreichten Stand der herrschenden Asylrechtssprechung.

Der Fall des kurdischen Rechtsanwaltes Kaya

Genauso wie die Verwaltungsgerichte argumentierte auch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in einem Bescheid, mit dem der Asylantrag des kurdischen Rechtsanwaltes **Serafettin Kaya** abgelehnt wurde. Kaya verteidigte in Massenprozessen 1490 oppositionelle Kurden. Er war der Junta ein Dorn im Auge und wurde mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer illegalen kurdischen Organisation sieben Monate ins Militärgefängnis Diyarbakir gesteckt. 32 Tage lang bewohnte er dort die „Zelle mit Bad". So nennen die Wärter einen winzigen Raum, in dem kniehoch Kot und Urin stehen. Dreimal täglich mußte Kaya in der Jauche schwimmen.

Als die Folterer befürchteten, daß der bekannte Rechtsanwalt ihnen in den Zellen wegsterben würde, ließen sie ihn frei. Kaya flüchtete nach Kiel.

Hier berichtete er über die Zustände in der Türkei („auch Kinder werden gefoltert") und wurde als der „bestinformierte Experte für Kurdistan" in mehreren Asylverfahren als Sachverständiger vor deutschen Gerichten eingeladen.

Nun muß Kaya in der nächsten Instanz selber als Betroffener vors Ver-
Nun muß Kaya in der nächsten Instanz selber als Betroffener vors Ver-
waltungsgericht Schleswig. Er kann sich dabei auf Urteile des Westberliner Verwaltungsgerichtes berufen, das entgegen der dargestellten Asylpraxis zwei Kurden aufgrund ihrer kurdischen Volkszugehörigkeit das Asylrecht zugesprochen hat. Kuriosum: Sachverständiger in diesem Verfahren war: Serafettin Kaya. („Spiegel", 6.12.82, „FR", 13.1.83, „FR", 29.12.82).

So sehr das Berliner Urteil auch zu begrüßen ist und neue Maßstäbe in der Asylrechtssprechung gesetzt hat, so sehr muß man davon ausgehen, daß solche Urteile Einzelfälle bleiben werden. Alltäglicher ist hier schon die zweite Säule bundesdeutscher Asylpolitik: Die Abschiebepraxis.

Die Abschiebungen sind die notwendigen Ergänzungen zur Rechtssprechung, ohne die das ganze Abschreckungskonzept gegenüber potentiellen Asylbewerbern völlig untauglich wäre, da abgelehnte Asylbewerber anderenfalls versuchen könnten, illegal hier weiterzuleben.

Die ständige Angst vor Ablehnung und Abschiebung soll das bestimmende Klima sein, das den Asylbewerber umgibt. Erst durch diesen Effekt wird das Ziel erreicht: *„Unsere Botschaften*













müssen dafür sorgen, daß man im Ausland weiß, wie streng wir in Hamburg Asylbewerber kontrollieren", so der
müssen dafür sorgen, daß man im Ausland weiß, wie streng wir in Hamburg Asylbewerber kontrollieren", so der
Hamburger SPD-Innensenator Pawelczyk („Bild", 19.5.82).

Sicherlich wird nicht jeder abgeschobenen Asylbewerber in seinem Heimatland unmittelbar eingekerkert. Nur gibt es eben überhaupt keine Gewißheit dafür, ob dies passiert oder nicht.

Ablehnung — Abschiebung — Tod

Diese Gewißheit der Nichtverfolgung gab es auch für den Palästinenser **Sabar Ali Khativ** nicht. Er wurde trotz Widerspruch gegen die Abschiebung nach Beirut abgeschoben.

Bei den Massakern in den Lagern Sabra und Shatila wurde er erschossen. In dem ablehnenden Urteil des bayrischen Verwaltungsgerichtshofes hieß es, daß es sich, „*soweit sich der Kläger durch die Falangisten, eine christliche Miliz in Libanon, bedroht fühlt, um keine asylrechtlich beachtliche staatliche Verfolgung handelt. Denn die Falangisten üben im Libanon keine staatliche oder staatsähnliche Gewalt aus*" (taz, 29.11.82).

Vor der staatlichen Gewalt flüchtete der Türke **Ali Kurt** in die BRD. Die wachsende Fremdenfeindlichkeit und die Angst vor eventueller Abschiebung (sein Asylantrag wurde abgelehnt) mit der auf ihn zukommenden politischen Verfolgung trieben Ali in den Tod: Der Einunddreißigjährige nahm sich in Hanau das Leben. („FR", 20.10.82).

Vom Gerichtssaal ins Flugzeug...

Gleich nachdem **Sabahattin B.** aus dem Gericht kam, nahm die Polizei ihn fest und setzte ihn ins Flugzeug. Zusammen mit seiner Frau Fatma und der achtjährigen Tochter. Sie hatten nicht einmal Zeit bekommen, die Sachen aus ihrer Wohnung zu bekommen — diese werden jetzt von Freunden nachgeschickt. (türkei-infodienst, 8.11.82).

In Hamburg werden insbesondere Inder und Ghanesen so unvermittelt und unvorbereitet festgenommen, zum Flughafen gebracht und abgeschoben, daß der für die Asylbewerber zuständige Sozialbetreuer, falls er überhaupt von der Abschiebung erfährt, Mühe hat, den schon in Abschiebehaft sitzenden Menschen noch schnell die notwendigsten persönlichen Sachen hinterherzubringen.

Ein Teil der Abschiebungen erfolgt aufgrund von Auslieferungsbegehren z.B. der türkischen Behörden. Zur Zeit klagt der kurdische Sozialdemokrat **Yüksel Ibrahim Sen** dagegen, daß er an die Junta ausgeliefert werden soll. Sein Asylverfahren vor dem Verwaltungsgericht ist noch nicht einmal abgeschlossen, trotzdem entschied das Oberlandesgericht auf Zulässigkeit des türkischen Auslieferungsbegehrens. („FR", 2.12.82)

1981 wurden insgesamt acht Türken von der BRD an die türkischen Behörden ausgeliefert, wegen dortiger „ter-
1981 wurden insgesamt acht Türken von der BRD an die türkischen Behörden ausgeliefert, wegen dortiger „ter-
roristischer Aktivitäten". („FR", 5.3.82)

Auch Interpol mischt mit

Eine weitere Möglichkeit für das Militär in der Türkei, unliebsamer Antifaschisten habhaft zu werden, ist die Fahndung durch Interpol. Über dieses gut ausgebaute und ‚schneidige' Polizeinetz werden hauptsächlich die in der Öffentlichkeit sehr gut bekannten Antifaschisten gesucht. Zur Zeit gibt's auch einen „roten Haftbefehl" für **Yilmaz Güney**, einen der bekanntesten revolutionären Filmemacher („Yol") der Türkei.

Bisher wurden seit dem Putsch über 16 Personen mit Hilfe von Interpol in die Türkei ausgeliefert. (Türkei-infodienst, 27.9.82). Die vielfältigen Maßnahmen und Praktiken, sowohl legal als auch illegal, im Zusammenhang mit der Asylpolitik bedeuten praktisch bereits eine weitgehende Liquidierung des Asylrechts.

Freilich besteht immerhin noch ein verfassungsrechtlicher, grundgesetzgeschützter Anspruch. Doch auch dieser Anspruch soll unters Messer, wenn die Union erstmal richtig loslegen kann: **"... Mir persönlich wäre es die klarste Lösung, den Asylparagraph im Grundgesetz — der von der Wirklichkeit überholt ist — neu zu fassen (...) Es muß in unserem souveränen Ermessen liegen, welchem Asylantrag die Bundesrepublik Deutschland stattgibt und welchem nicht. Ein Ausländer darf nicht Rechtsanspruch auf Asyl aus unserer Verfassung ableiten dürfen."** (Bundesinnenminister Zimmermann im „Bayernkurier", 12.6.80).

AG Ausländer

Asylrecht im Originalton

Die im nebenstehenden Artikel dargestellte Argumentationskette der Gerichte bei der Ablehnung kurdischer Asylbewerber liest sich im Originalton folgendermaßen (Fußnoten entsprechen der jeweiligen Stelle im Artikeltext):

(1) "...läßt sich (...) die Möglichkeit nicht gänzlich von der Hand weisen, daß er im Zuge der Ermittlungen festgenommen und während der Haft einer Behandlung unterzogen wird, die durch Foltermerkmale gekennzeichnet ist." (VGH Mannheim, Mai 1982).

(2) „....Niemand (darf) einer grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung unterworfen werden." (VGH Mannheim).

(3) „Fraglich ist jedoch, ob die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Folterungen und Mißhandlungen überhaupt als Verfolgung dem türkischen Staat zugerechnet werden können. Verfolgungsmaßnahmen, für die einzelne staatliche Funktionsträger verantwortlich sind, haben asylrechtliche Bedeutung nur dann, wenn der Staat, in dessen Namen sie getroffen werden, sie anregt, unterstützt, billigt oder tatenlos hinnimmt." (VGH Mannheim).

(4) „Andererseits bestehen gewisse Verdachtsmomente, daß die von verschiedener Seite angeprangerten massiven Eingriffe der türkischen Sicherheitskräfte in das Schutzgut der körperlichen Integrität (...) einer gewissen Planmäßigkeit nicht entbehren." (VGH Mannheim).

(5) „Zwar ist die Strafandrohung des Artikel 140 (Strafandrohung bei Verbreitung übertriebener oder unwahrer Informationen über die innere Situation der Türkei) des türkischen Strafgesetzbuches (...) eine Beschränkung der Grundfreiheit der freien Meinungsäußerung (...).

Eine Beschränkung dieser Grundfreiheit und ihre Strafbewährung sind jedoch insoweit zulässig, als dies in einer Demokratie als unentbehrlich gelten kann." (Verwaltungsgericht Ansbach, 12.7.82). *(6) „Es muß deshalb als zulässig angesehen werden, daß der türkische Staat (...) separatistische Bestrebungen schon dann mit Strafe bedroht, wenn sie, wie im gegebenen Fall, nicht auf Gewalttätigkeiten hinauslaufen, sondern lediglich inform einer Meinungsäußerung sich manifestieren."* (VG Ansbach, 12.7.82).

(7) „....und daß eine Abspaltung des von dieser Minderheit bewohnten Gebietes erhebliche Auswirkungen auf den Bestand des türkischen Staates haben könnte." (VG Ansbach).

(8) „Vor diesem Hintergrund dient die Folter, der tatsächliche oder vermeintliche Geheimbündler unterworfen werden, als Mittel, um durch gewaltsame Erzwingung von Aussagen Erkenntnisse über den organisatorischen Aufbau und die Personalstruktur der Vereinigung zu erlangen. Mit politischer Verfolgung hat dies nichts zu tun." (VGH Mannheim).

(9) „Vielmehr ist die Folter in der Türkei ein allgemeines Phänomen, von dem nicht bloß linksgerichtete Kurden betroffen sind." (VGH Mannheim).

„....ist die Folter für Türken und Kurden gleichermaßen Alltag, allgegenwärtig, ohne daß sie sichtbare Bestürzung hervorruft." (VGH Mannheim).

„Aus der etwaigen Feststellung allein, daß der türkische Staat derartige Eingriffe in ein asylrechtlich geschütztes Rechtsgut billigend in Kauf nimmt, erwächst indes noch kein Anspruch des in dieser Hinsicht gefährdeten Asylbewerbers auf Asylgewährung. Vielmehr kommt es auch hier entscheidend darauf an, von welchen Motiven der Staat sich leiten läßt." (VGH Mannheim).

Stahlkrise:

''Kahlschlag'' oder Aufbruch zu neuen Ufern ?

Das Wort von der Kahlschlagsanierung der Stahlindustrie macht die Runde. Die Stahlkrise, seit Jahren sichtbar durch Betriebsschließungen, Zusammenschlüsse und Massenentlassungen, wird von interessierter Seite zur Existenzkrise eines ganzen Industriezweigs gemacht. Doch ist es nicht so, daß jede solche Krise im Kapitalismus immer auch ihre Gewinner kennt? Eine Existenzkrise wird die Entwicklung in der Stahlindustrie für tausende hiervon betroffenen Stahlarbeitern und ihre Familien. Sie und ihre Arbeitsplätze sind n i c h t das Motiv, das die drei hochkarätigen Vertreter des Finanzkapitals, die zur Ausarbeitung eines Konzepts zur Neustrukturierung der Stahlindustrie eingesetzt wurden, bei ihrem Vorschlag geleitet hat. Wegsaniert werden sollen tausende Arbeitsplätze, hier findet eine an Kahlschlag grenzende ,,Sanierung'' statt. Nicht wegsaniert werden soll eine Industrie, sondern im Gegenteil: Sie soll nach dem Vorschlag der drei Stahlmoderatoren profitabler und international konkurrenzfähiger werden.

Die Sorge um die Arbeitsplätze hat in den Betrieben der Betroffenen verstärkt zu Beschlüssen und Forderungen nach Verstaatlichung der Stahlindustrie geführt, was auf erbitterten Widerstand in der Spitze ihrer Gewerkschaft, der IG Metall, führt. Die Verstaatlichungsdiskussion und die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Positionen hierzu wird Gegenstand im nächsten AK sein.

Einen tiefgreifenden Prozeß der Umstrukturierung haben die drei von der Stahlbranche im Einvernehmen mit dem Bundeswirtschaftsminister berufenen ''Stahlmoderatoren'' am 25.Januar der Stahlindustrie und Bundesregierung vorgeschlagen. *''Am Ende dieses auf zwei bis drei Jahre veranschlagten Genesungsprozesses soll eine deutsche Stahlindustrie stehen, die in optimalen Unternehmenseinheiten leistungsstark konzentriert ist und auf allen Märkten wieder Wettbewerbsfähig operieren kann. Geschätzte Kostenersparnis: Zwei bis drei Milliarden Mark im Jahr.''* So faßt Springers ''Welt'' die von bürgerlicher Seite an das ''Moderatoren''-Konzept geknüpften Hoffnungen zusammen.

ten Genesungsprozesses soll eine deut- deratoren''-Konzept geknüpften Hoff-

Fest steht bislang allenfalls, daß der angestrebte Strukturwandel zunächst für die Bevölkerung insbesondre des Ruhrgebiets eine erneute Zunahme von Arbeitslosigkeit (die Spekulationen schwanken zwischen 50.000 bis 110.000 Menschen) und Massenelend bedeuten wird. Völlig offen dagegen ist, ob mit der milliardenschweren Geburtshilfe für die neuen Stahlgiganten der Staat sich zusätzliche, kaum abschätzbare ''Unterhaltsverpflichtungen'' aufbürdet, wie im Fall des ersten westdeutschen Branchenkonzerns, der Ruhrkohle AG, die nach dreizehn Jahren massiver staatlicher Subventionen heute wieder am Anfang steht: als Kostgänger des Steuerzahlers, der die hohen Produktionskosten trägt, und als Arbeitsplatzvernichter. Seit Beginn der Stahlkrise 1974/75 ist es diesem Industriezweig nicht gelungen, seine europäischen Ambitionen zu verwirklichen. Stattdessen stagniert der Absatz, die Produktion mußte auf sechzig Propzent gedrosselt werden, seit 1975 wurden nochmals 80.000 Arbeitsplätze abgebaut und ein Ende der Krise ist immer noch nicht in Sicht. Im Gegenteil deuteten alle Anzeichen der letzten Wochen und Monate noch auf eine rasche Verschärfung der Situation: die spektakuläre Rettungsaktion bei Arbed-Saarstahl, die (mit fast drei Milliarden Mark) inzwischen vollständig am Staatstropf hängen, der Vergleichsantrag für zwei Gesellschaften des Stahlindustriellen Korf, sowie nicht zuletzt die Gerüchte über einen Vergleichsantrag von Klöckner (IGM-Vorstandsmitglied Judith behauptet, die Bundesregierung habe am 11.Februar ''ernsthaft darüber nachgedacht'' bei Klöckner mit einem Massenkredit den Vergleich abzuwehren, um so bis nach den Wahlen Zeit zu gewinnen). Überhaupt alle westdeutschen Stahlunternehmen meldeten zum 30.Juni 1982 ihre ''förderungswürdigen'' Investitionen für eine Zeit bis 1988 bei der Bundesregierung an — sie summierten sich auf 15 Milliarden Mark Investitionszulage (''FAZ'', 9.7.82)! Spätestens zu diesem Zeitpunkt deutete sich ein Weg an, auf den Jahre zuvor schon die Stahlkontrahenten aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien gezwungen wurden, wollten sie ihre Stahlindustrie nicht verlieren: Die Subventionierung durch den Staat. Sollte die BRD nun gezwungenermaßen den selben Weg gehen und nach der Landwirtschaft, Kohle, den Werften und zuletzt der AEG nun auch noch die Stahlindustrie auf Staatsrechnung betreiben? Oder sollte sie an den Grenzen Mengenbegrenzungen oder ''Ausgleichszölle'' nach amerikanischem Vorbild erheben, um auf diese Weise einen Absatz westdeutschen Stahls zu erzwingen? (An Empfehlungen dazu fehlte es in letzterZeit nicht.

Weise einen Absatz westdeutschen Stahls zu erzwingen? (An Empfehlungen dazu fehlte es in letzterZeit nicht,

seit in der Öffentlichkeit das Bild des angeblich ruinösen Subventionswettbewerbs europäischer Nachbarstaaten geprägt wurde.)

Protektionismus im Alleingang für ein extrem exportabhängiges Land dürfte der BRD genauso problematisch erscheinen wie der Subventionsweg à la Frankreich usw., der zwar den Staatshaushalt, ruinös belastet(e), aber keineswegs eine blühende Stahlindustrie hervorbrachte.

Pläne zur Neuordnung der westdeutschen Stahlindustrie bestehen schon länger. Der bislang spektakulärste war das am 4. Februar 1982 von den Aufsichtsräten bereits gebilligte Fusionsvorhaben von Krupp und Hoesch zur Ruhrstahl AG. Diese schon fast perfekte Ehe scheiterte jedoch an andersgelagerten Absichten seitens des Krupp-Konzerns, der inzwischen zu einem Techtelmechtel mit Thyssen in Sachen Zusammenlegung der Edelstahlproduktion übergeschwenkt war. Diese einzelwirtschaftlichen Lösungsversuche standen offenbar in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ernst der Lage und dies war wohl auch der letzte Anstoß für den Einsatz der ''Moderatoren'':

Das Neuordnungskonzept der ''Moderatoren''

Kernpunkt der Vorschläge ist die Zusammenfassung der Produktion von Flachstahlerzeugnissen und schweren Profilen in den beiden Gruppen ''Rhein'' undf ''Ruhr''. Dabei werden zwei Zentren herausgestellt: Thyssen Hamborn für die Gruppe ''Rhein'' mit einer monatlichen Flachstahlproduktion von 466.000 Tonnen (Basis 1981), gebildet aus den Betrieben von Thyssen und Krupp; Hoesch in Dortmund für die Gruppe ''Ruhr'' mit 461.000 Tonnen Flachstahl, hervorgehend aus den Werken von Hoesch, Peine-Salzgitter und Klöckner-Bremen. Auch die Produktion schwerer Profile (Träger, Schienen) kann nach Meinung der ''Moderatoren'' mit der Bildung der Gruppen ''Rhein'' und ''Ruhr'' ebenfalls sinnvoll geordnet werden.

Die Stahlkrise in Zahlen

(Entwicklung der Belegschaften in der deutschen Stahlindustrie einschließlich örtlich verbundener Verarbeitungsbetriebe)

1974:	343 000 Beschäftigte
1977:	307 000 Beschäftigte
1980:	288 000 Beschäftigte
1981:	269 000 Beschäftigte
1982:	259 000 Beschäftigte

Die Neuordnung leichter Profile (ein kleiner und überwiegend verlustbringender Bereich, Walzdraht und Betonstahl) hingegen soll anders geordnet werden und hier werden auch mehr Werke mit einbezogen: neben Thyssen, Krupp, Hoesch, Klöckner und Salzgitter auch die Saarstahl- und Korf-Gruppe. Auf diesem Sektor soll eine erhebliche Konzentration und Kapitalvernichtung stattfinden.

Übergangsweise schlagen die ''Moderatoren'' die Bildung von Verkaufsgesellschaften für Flachstahl und schwere Profile vor, die als Vorstufe zur Fusion der Konzerne dienen sollte. In der Verkaufsgesellschaft ''Rhein'' sollen die Unternehmen Thyssen, Krupp, Stahlwerke Bochum, Stahlwerke Rasselsstein und Theodor Wuppermann zusammengefaßt werden. In der Verkaufsgesellschaft ''Ruhr'' sollen es Hoesch, Peine-Salzgitter, Klöckner, Maxhütte und Saarstahl sein. Nach erfolgter Fusion sollen dann diese Verkaufsgesellschaften wieder aufgelöst werden. Die für leichte Profile vorgesehenen Verkaufsgesellschaften sollten nicht zur Fusion führen, sondern auf Dauer den Verkauf der Mitgliedsfirmen zusammenfassen.

Die vorgeschlagene Neuordnung der Stahlindustrie soll mit einer ''einmaligen öffentlichen Beihilfe'' von zwei bis drei Milliarden Mark gestützt werden, derselbe Betrag, den die Stahlkapitalisten nach Hoffnung der ''Moderatoren'' nach Umsetzung ihres Konzeptes an Kostenaufwand für die Produktion sparen würden. All diese Maßnahmen werden nach dem Urteil der ''Moderatoren'' nicht ausreichen, um die gewünschte Marktposition zu erlangen. Falls der Subventionswettbewerb anhält, werden ''Mengenkontrollen'' an den Grenzen, sowie die Einführung von Einfuhrlizenzen vorgeschlagen (so wie die USA dies gegenüber den EG-Stahlerzeugern im letzten Jahr praktiziert hatten). Als ''ultima ratio'' erwägen die ''Moderatoren'' die Einführung von Grenzausgleichsabgaben (s. auch ''FAZ'', 26.1.).

Die Reaktionen

Die Reaktionen

Bei Neuordnungsvorstellungen derartiger Tragweite sollte man meinen, daß die Wellen hochschlagen. Die Gegenreaktion war bislang jedoch relativ verhalten, die Zustimmung im herrschenden Lager überwiegt mit steigender Tendenz.

Die Bundesregierung mahnt die Stahlindustrie jetzt zur Eile bei der Umsetzung des ''Moderatoren''-Konzepts, der Bundestag bewilligte bereits die Gelder in der von den ''Moderatoren'' vorgeschlagenen Größenordnung. Die SPD meldete ihre ''Bedenken'' gegen das ''Moderatoren''-Konzept an: Vogel befürchtet die Spaltung der deutschen Stahlindustrie in eine profitable ''Rheingruppe'' mit Thyssen und Krupp-Stahl einerseits und eine ''kaum überlebensfähige'' ''Ruhrgruppe'' mit Hoesch, Salzgitter und Klöckner. Die SPD war jedoch nicht in der Lage zur konkreten Kritik und Gegenvorschlägen. Professor Krupp, der im Falle eines SPD-Wahlsieges das Wirtschaftsministerium übernehmen will, kündigte ein Gegenkonzept an, bei dem ''regionale Gesichtspunkte'' bei der Auswahl künftiger Stahlstandorte mehr berücksichtigt und weniger Arbeitsplätze geopfert werden würden. — Na, da darf man/frau ja gespannt sein.

Unterschiedlich ist die Reaktion der Länder. Einmal wird in Frage gestellt, daß diese sich mit 50 Prozent an den Sanierungskosten beteiligen könnten, wie es das Regierungskonzept vorschlägt. Die Bayrische Landesregierung schließt eine Beteiligung des Freistaates an der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg nicht mehr aus. Nach Ansicht Bayerns gefährde das ''Moderatoren''-Konzept den Stahlstandort in Oberbayern mit 6.200 Arbeitsplätzen. Offenbar gibt es derweil Verkaufsgespräche zwischen dem Besitzer der Maxhütte (Klöckner) und dem österreichischen Stahlkonzern Vöest-Alpine, der aber bislang ein Kaufinteresse dementierte. Für eine staatliche Beteiligung hat sich ebenso die bayrische SPD ausgesprochen.

Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel bezweifelt die von den ''Moderatoren'' veranschlagten 2-3 Mrd. Mark für das Neuordnungskonzept; ihrer Auffassung nach werde ''wenigstens'' ein Betrag nötig sein, der ''wahrscheinlich knapp unter 10 Mrd. Mark liegen dürfte'' (''FAZ'', 16.2.). Diese Offenheit beim Umgang mit Zahlen ist in erster Linie wohl mit der Verstimmung Breuels zu erklären: Auch sie vertritt die Auffassung, daß von einer angeblich angestrebten ''Gleichgewichtigkeit'' beider Gruppierungen nicht die Rede sein könne und insbesondere die durch die Übernahme von Klöckner Bremen entstehenden Kosten nicht zu verkraften sein werden. So wird es in nächster Zeit weitere Verlautbarungen und Wehklagen von Landesregierungen geben, deren Regionen besonders betroffen sind; dies gilt natürlich insbesondere für NRW, wo die SPD bis zuletzt erbittert an ihrem Ruhrstahlkonzept (Fusion Krupp/Hoesch) festgehalten hat, was nun verworfen wurde. Tatsächlich ist von dieser Seite kein Widerstand gegen das ''Moderatoren''-Konzept insgesamt zu erwarten. Es wird in diesem oder jenem Detail auf Modifizierungen gedrängt werden, verbunden natürlich mit dem Bestreben, besonders viel Bundesmittel locker zu machen.

Auch von Seiten der Industrie ist in einer Stellungnahme das Konzept grundsätzlich befürwortet worden. Namentlich die Arbeitsgemeinschaft der eisen- und metallverarbeitenden Industrie (AVi) in Düsseldorf kritisiert die von den ''Moderatoren'' in Erwägung gezogenen ''flankierenden'' außenwirtschaftlichen Maßnahmen. Völlig unannehmbar sei die Empfehlung einer Grenzausgleichsabgabe gegen subventionierten Importstahl, Lizenzierungsverfahren und andere Grenzkontrollen. Außerdem werden ''starke Bedenken'' gegen die Bildung nur weniger Verkaufsgesellschaften angemeldet. Solche Gesellschaften in Verbindung mit importbeschränkenden Maßnahmen könnten ''zur absoluten Wettbewerbsunfähigkeit'' der westdeutschen Stahlverarbeiter führen. Während die Stahlindustrie über Absatzschwierigkeiten und subventionierten Auslandsstahl wettert, profitiert die Automobilindustrie beispielsweise von dieser Situation und das soll natürlich auch so bleiben ...

Auf Seiten der Stahlkonzerne war die Stimmung überwiegend positiv: Völlig unproblematisch scheint es mit der Ehe Thyssen/Krupp bestellt zu sein. Sie können ihre Gespräche über eine Zusammenlegung ihrer Edelstahlaktivitäten mit neuem Rückenwind fortsetzen. Der montanmitbestimmte Aufsichtsrat von Thyssen hat bereits die Ausgliederung der Massenstahlproduktion aus der Thyssen-Akiengesellschaft abgesegnet. Diese

die Ausgliederung der Massenstahlproduktion aus der Thyssen-Akiengesellschaft abgesegnet. Diese

soll (der Konzernvorstand soll das am 8. April absegnen) in einer neu zu schaffenden Tochter-Aktiengesellschaft (Thyssen-Stahl-AG) zum 1.4. übertragen werden. Als ein Nebenaspekt ist mit der Ausgliederung die Voraussetzung (ähnlich wie bei Mannesmann 1980) zur Abschaffung der Montanmitbestimmung in diesem Konzern gegeben, denn die Stahlerzeugung ist dann nicht mehr, wie es das Gesetz vorschreibt, überwiegender Teil der Gesamtproduktion. Das wiederum hat zur Folge, daß nach einer Übergangszeit von sechs Jahren die Montanmitbestimmung ausläuft. Ein entsprechender Antrag seitens der Gewerkschaft im Thyssen-Aufsichtsrat, die Montan-Mitbestimmung per Vertrag auch über 1989 hinaus zu regeln, ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Bei der zweiten Ehe, der ''Ruhr''-Stahl, gestalten sich die Dinge etwas komplizierter, was schon aufgrund der Regionalstruktur der Konzerne (ihre Niederlassungen verteilen sich über das gesamte Bundesgebiet) verständlich erscheinen mag. Als ''Sonderfall'' wurde in den ersten Wochen Klöckner behandelt. Insbesondere Hoesch weigerte sich, überhaupt mit Klöckner Gespräche über das ''Moderatoren''-Konzept aufzunehmen. Auch gemeinsame Termine mit Lambsdorff schienen zunächst keine Annäherung zu bringen.

Über die Hintergründe des Streits wird in der Öffentlichkeit allenthalben

Stillegungen

Die eisenschaffende Industrie hat seit 1974 folgende Produktionsaggregate stillgelegt:

- **20 Hochöfen mit einer Roheisenkapazität von jährlich 10 Millionen Tonnen**
- **100 Stahlwerksanlagen mit einer Rohstoffkapazität von 18 Millionen Tonnen**
- **49 Walzstahlstraßen mit einer Walzkapazität von 8,5 Millionen Tonnen**

Einige Zahlen über die bisherigen Beschäftigungszahlen der großen Stahlkonzerne in den Kernbereichen der Stahlerzeugung: Stand Mitte 1982

Thyssen:	
Duisburg	34500
Oberhausen	6200
Hattingen	6800
Krefeld	8800
Witten	5700
Zusammen	62000
geplanter Abbau etwa	15000

Krupp:	
Bochum/Hohenlimburg	7500
Düsseldorf	1000
Siegen-Geisweid	6200
Dillenburg	1000
Hagen	1600
Duisburg-Rheinhausen	9800
Werdohl	500
Zusammen	27600
geplanter Abbau etwa	10000

Hoesch	
Hütte Dortmund	17000
Siegerland	4000
Hohenlimburg/Schwerte/Hagen	6000
Zusammen	27000
geplanter Abbau etwa	15000

Peine-Salzgitter	
Peine	4900
Salzgitter	10600
Zusammen	15500
geplanter Abbau etwa	5000

Klöckner	
Bremen	6900
Georgsmarienhütte/Osnabrück	3900
Köln-Troisdorf	2600
Sulzbach	2800
Haidhof	2000
Zusammen	18200
geplanter Abbau etwa	6000

Saarstahl	
Völklingen und Burbach	14900
Neunkirchen	5600
Lechstahl	800
Zusammen	21300
geplanter Abbau im ersten Schritt	10000

Schon diese Zahlen — über 60000 Arbeitsplätze in wenigen Jahren zum Abholzen von den Konzernen vorgesehen — zeigen auf, welche Konsequenzen den Stahlarbeitern aus den Plänen der Stahlkonzerne und der Banken drohen. Hinzu kommen die weiteren Rationalisierungen in den nicht aufgeführten Konzernen Dillinger Hütte (Saarland), Mannesmann Röhrenwerke (Duisburg), Stahlwerke Bochum, Rasselstein (Andernach, Neuwied) und Wuppermann (Wuppertal).

Betrieb und Gewerkschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

spekuliert. Als Voraussetzungen einer Zusammenarbeit werden von Hoesch und Salzgitter genannt, daß Klöckner durch die öffentliche Hand weder saniert, noch laufende staatliche Zuschüsse die Weiterführung der Klöckner-Hütte in Bremen garantieren sollten. Außerdem dürften für Hoesch und Salzgitter keine Nachteile für die Hereinnahme von Klöckner und das Einbringen seiner negativen Bilanz entstehen. Angesichts der von allen Stahlkonzernen gefordertenn Millionensub-

Kurzarbeit

Jahresdurchschnitt 1981:	**18 000 Beschäftigte**
Jahresdurchschnitt 1982:	**34 000 Beschäftigte**
Oktober 1982: . .	**96 000 Beschäftigte**

ventionen ist diese Argumentation nicht überzeugend. Außerdem hat der Bund eine von Klöckner geforderte "Vorabhilfe" (gehandelt wurden 340 Mio. Mark) bereits abgelehnt.

Tatsache ist, daß sich Klöckner in Liquiditätsschwierigkeiten befindet (wobei natürlich wieder einmal die Banken ihre Finger mit drinhaben) und seine Kapazitäten extrem gering ausgelastet sind. Andererseits verfügt Klöckner in Bremen über eine hochmoderne und extrem leistungsstarke Produktionsstraße. Jeder Fusionspartner muß sich so überlegen, ob er dann nicht seinen eigenen Bereich stillegen muß. Schließlich war zu hören („FAZ", 14.2.), daß es bei Klöckner in der Zwischenzeit Überlegungen gab, die gewinnbringende Weiterverarbeitung auszugliedern und damit vom weiteren Schicksal des verlustbringenden Stahlbereichs abzukoppeln. Die Sitzung des Aufsichtsrats ist für Anfang März vorgesehen.

Einige Tage später („Hamburger Abendblatt", 23.2.) waren wiederum neue Überlegungen — dieses Mal von Salzgitter — in die Öffentlichkeit gelangt: Man denke inzwischen an eine „rein niedersächsische Lösung", in der Kombination Peine-Salzgitter mit den Klöckner-Werken in Georgsmarienhütte (Osnabrück), um somit der Verzahnung mit Klöckner-Bremen auszuwei-

Kombination Peine-Salzgitter mit den Klöckner-Werken in Georgsmarienhütte (Osnabrück), um somit der Verzahnung mit Klöckner-Bremen auszuwei-

chen. Ob und wie Hoesch mit in diese Lösung einbezogen werden soll(te), ist unklar; bestehen tut die niedersächsische Landesregierung derzeit offenbar darauf, daß einer der beiden Stahlgiganten seinen Verwaltungshauptsitz in Niedersachsen haben soll usw. usf.

Während also die „Rhein-Gruppe" bereits erste Konturen annimmt, scheint sich für die „Ruhr-Gruppe" das Karussell noch ein wenig weiterzudrehen, Überraschungen mit eingeschlossen.

Mit Fortdauer der Zeit und bei weiterem Vorankommen zwischen Thyssen und Krupp verschärft sich natürlich der Einigungszwang der übrigen; ein Andauern der Zwistigkeiten und konzernegoistische Lösungsvorhaben könnten insofern der Entwicklung zur „Vereinigten Deutschen Stahlwerke AG" (auch dazu gab es Sandkastenspiele) Vorschub leisten.

Stahlindustrie am Ende?

Die Situationsbeschreibung der Stahlindustrie nimmt sich im bundesdeutschen Blätterwald recht trist aus: Seit 1975 befinde sich dieser Industriezweig im Niedergang, der Konjunktureinbruch schmälere den Absatz, sogenannte Billiglohnländer (Südkorea, Südafrika, Brasilien, Mexico und Indien) drängen als Konkurrenten mit einer aggressiven Investitionspolitik auf den Weltmarkt vor und auch die „wettbewerbsverzerrende Subventionspolitik" anderer Stahlproduzenten der EG mache es den Deutschen schwer. Hinzu kommen eine „verfehlte Investitionspolitik" und Managementfehler in den letzten Jahren: Statt vorausschauend zu planen und angesichts der Marktlage einen geordneten Abbau von Kapazitäten zu betreiben, haben die Bundesrepublik und die EG-Nachbarn nichts Besseres zu tun, als ihre Kapazitäten auch noch auszubauen in der Hoffnung, daß der Konkurrent absäuft. Dies alles zusammengenommen, stehe die westdeutsche Stahlindustrie vor einem Scherbenhaufen; nur ein Kahlschlag-Sanierungskonzept (wie jetzt von den „Moderatoren" vorgeschlagen) könne die Branche vor einem endgültigen Zusammenbruch retten.

In Stellungnahmen linker Publikationen wird das „Moderatoren"-Konzept interpretiert als Lehre der westdeutschen Stahlindustrie aus dem angeblich fehlgeschlagenen Weg, über den Ausbau von Überkapazitäten die westeuropäische Konkurrenz „totzurüsten". Die Stahlindustrie stehe nun vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Politik und versuche, durch ein Kahlschlagkonzept einen letzten Ausweg zu finden.

Steht die BRD tatsächlich vor dem „schmerzlichen Niedergang einer Traditionsindustrie" („Spiegel", 17.1.)? Ist die Politik des „Totrüstens" tatsächlich gescheitert, so daß ein völlig neuer Weg notwendig wird? Es werden zwar eine ganze Reihe von Zahlen gehandelt, in welchem Umfang durch das „Moderatoren"-Konzept Kapazitäten abgebaut werden sollen; diese sind in der Regel aber bloße Interpretation. Tatsächlich äußern sich die „Moderatoren" dazu überhaupt nur einmal: Als *„Auffanglinie deutschen Stahlpotentials gegenüber der massiven Subventionskonkurrenz aus den EG-Nachbarländern"* wird der Bundesregierung vorgeschlagen: Inlandsstahlverbrauch minus traditionellem Import plus Export. **„Das wären nach dem Stand von 1981 immerhin noch 42 Mio. Tonnen Rohstahl gegenüber einer 1982 auf knapp 36 Millionen Tonnen abgesackten Produktion"** (Zitate: „Welt", 26.1.). Von einem drastischen Kapazitäts a b b a u kann also keineswegs gesprochen werden.

An anderer Stelle schlagen die „Moderatoren" vor, *„die sehr leistungsfähige, aber unterbeschäftigte Warmbreitbandstraße von Klöckner in Bremen soweit abzuwerten, daß die Kapitalkosten auch bei der heutigen niedrigen Beschäftigung aufgebracht werden können"* („FAZ", 26.1.). Auch hier wird das eigentliche Konzept deutlich: durch Konzentration ein Maximum der Orientierung auf die technisch leistungsfähigsten und kostengünstigsten Anlagen mit allen Vorteilen der Optimierung von Investitons-, Forschungs-, Fracht- und sonstigen Kosten (beispielsweise Personalkosten).

Bei diesem Konzept werden mit Sicherheit viele Arbeitsplätze und Produktionsstätten wegfallen und möglicher- (wahrscheinlicher-)weise ganze Regionen veröden. Möglicherweise (und das scheint angesichts der jetzigen Absatzlage sogar sinnig) wird es auch eine Drosselung der Produktion geben und ganz sicher wird dieses alles dann Brüssel als Vorbild für die anderen EG-Stahlländer verkauft, um auf gleichem Weg noch die Prämien mitzunehmen. Die Planung der „Moderatoren" zielt ganz offensichtlich darauf, trotz Kapazitätsvernichtung auf der unprofitablen Seite mit der Schaffung zweier auf modernsten Anlagen arbeitenden Stahlgiganten gleichzeitig erhebliche Mobilisierungsreserven zu schaffen, um auch bei Unterauslastung profitabel zu fahren, gleichzeitig sich aber die Möglichkeiten (sprich: Kapazitäten) zu erhalten, bei veränderten Marktbedingungen wieder vorzustoßen.

Es deutet also alles darauf hin, daß die westdeutsche Stahlindustrie im wesentlichen unverändert an ihrer Politik des „langen Atems" festhalten will. Die Entwicklung der letzten Jahre kann sie dabei eher bestärken: Zweifellos hat es einen Produktionsrückgang gegeben. 1982 wurde soviel produziert wie 1966, die heutigen Kapazitäten sind nur zu 60 Prozent ausgelastet und mit dem Ausbau ihrer Kapazitäten in den Jahren 1975 bis 1978 (andere Zahlen waren nicht verfügbar) lag die BRD mit 14 Prozent recht nahe am EG-Durchschnitt (12 Prozent). Wie sieht es nun dazu im Vergleich aus: Die US-Stahlindustrie ist nur etwa zu 40 Prozent ausgelastet, Großbritanniens British' Steel nur zu 55 Prozent (trotz eines enormen Kapazitätsabbaus und dem Abbau der Arbeitsplätze in den Jahren 1977 bis 1982 von 225.000 auf ganze 90.000), ebenso Italien und Frankreich.

Ein Zahlenvergleich zeigt also, daß die westdeutsche Stahlindustrie von all den genannten Faktoren am wenigsten berührt worden ist und das trotz aller „wettbewerbsverzerrender" Subventionspolitik anderer Länder. Die „Politik des langen Atems" spekuliert natürlich darauf, daß die künstliche Aufrechterhaltung von Überkapazitäten durch die Staatskasse irgendwann einmal aufgegeben werden m u ß , um nicht noch andere Bereiche der Volkswirtschaft in den Keller zu bringen.

Dasselbe Pokerspiel ist zwar schon seit 1974 betrieben worden. Der Vergleich mit den EG-Nachbarn und den USA zeigt, daß dieser Weg der westdeutschen Stahlindustrie keineswegs geschadet, zumindest bezogen auf Großbritannien offensichtlich sogar genutzt hat. Die Stahlkapitalisten haben errechnet (und diese Zahlen decken sich mit anderen Angaben, s. „FAZ", 4.11.82), daß die Regierungen Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und Belgiens ihren Stahlunternehmen insgesamt 75 Milliarden Mark (von 1977 bis 1981) zugeschanzt haben. Es liegt also auf der Hand, daß die westdeutsche Stahlindustrie, deren finanziellen Inanspruchnahmen eines noch vergleichsweise intakten Staatshaushalts bislang relativ gering lag, ihren ehrgeizigen Plänen wesentlich näher ist als noch 1975. Die BRD-Stahlindustrie hat sich keineswegs „mit den Realitäten abgefunden" und ist zu einer freiwilligen Selbstbeschränkung nicht bereit.

Das „Moderatoren"-Konzept trägt d i e s e r Situation m. E. voll Rechnung.

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Leichte Profile (einschließlich Walzdraht) — ohne Edelstahlwerke —

Konzern	Werk	Produktion	Kapazität in 1000 Monatstonnen in 1981	
Thyssen	Duisburg-Hamborn	3		
Thyssen	Oberhausen	40	104	
Thyssen	Duisburg-Hochfeld	58	92	
Krupp	Duisburg-Rheinhausen 700er Straße	11	15	Stillegung grplant
Hoesch	Dortmund Westfalenhütte P4	19	45	Stillegung grplant
Hoesch	Dortmund-Union P3	11		bereits stillgelegt
Hoesch	Schwerte	9	18	
Peine/	Peine	2	30	Stillegung grplant
Salzgitter	Salzgitter	21	60	Stillegung grplant
Klöckner	Georgsmarienhütte	25		
Klöckner	Hagen-Haspe	18		bereits stillgelegt
Klöckner	Köln-Troisdorf	14		
Klöckner	Haidhof	23	50	
Saarstahl	Völklingen	46		
Saarstahl	Burbach	57		insgesamt gefährdet
Saarstahl	Neunkirchen	47		
Saarstahl	Lechstahl	28		
Korf	Hamburg	39	58	
Korf	Kehl	32	58	

Leichte Profile einschließlich Walzdraht — nur Edelstahlwerke —

Thyssen	Krefeld	22		
Thyssen	Witten	19		
Krupp	Bochum/Hohenlimburg	4		1—2 Standorte gefährdet
Krupp	Siegen/Geisweid	19	25	
Krupp	Hagen-Vorhalle	6	16	
Krupp	Hagen-Wegeringhausen	9	15	

Hier schlagen die Moderatoren vor, vier Straßen stillzulegen (s.o.). Gleichzeitig werden für die Gruppe „Ruhr" weitere Zusammenschlüsse für die „Spezialstraßen" von Hoesch in Schwerte sowie Klöckner in Troisdorf und Georgsmarienhütte empfohlen. Dabei soll sicher eine, eventuell sogar zwei Straßen, auf der Strecke bleiben.

Hier schlagen die Moderatoren vor, vier Straßen stillzulegen (s.o.). Gleichzeitig werden für die Gruppe „Ruhr" weitere Zusammenschlüsse für die „Spezialstraßen" von Hoesch in Schwerte sowie Klöckner in Troisdorf und Georgsmarienhütte empfohlen. Dabei soll sicher eine, eventuell sogar zwei Straßen, auf der Strecke bleiben.

Schwere Profile

Konzern	Werk	Produktion	Kapazität in 1000 Monatstonnen in 1981	
Thyssen	Duisburg-Bruckhausen	39	190	
Thyssen	Oberhausen	5		
Krupp	Duisburg-Rheinhausen 850er Straße	21	34	Stillegung geplant!
Hoesch	Dortmund-Union	30	40	Teilstillegung kurzfristig grplant — insgesamt gefährdet!
Hoesch	Hohenlimburg	2		
Peine/ Salzgitter		46	116	
Klöckner	Georgsmarienhütte	8		
Klöckner	Köln-Troisdorf	5		
Klöckner	Sulzbach	9		Stillegung geplant
Saarstahl	Völklingen	34		Stillegung geplant
Saarstahl	Neunkirchen	3		Stillegung geplant

Hier wird vorgeschlagen, neben der Schließung der Straße in Rheinhausen auch die Straßen im Saarland und in Sulzbach zu schließen (s. o.). Zumindest eine Teilstillegung von Union ist schon kurzfristig geplant, so schreiben die Moderatoren: „Im Bereich der schweren Profile ergeben sich (...) innerhalb der Gruppen als auch übergreifend erhebliche Optimierungschancen" (S. 27) und „für Peine sind die schweren Profile ein angestammtes Programm auf hierfür gut geeigneten Anlagen" (S. 26)

Warmbreitband-Coils

Konzern	Werk	Produktion	Kapazität in 1000 Monatstonnen in 1981	
Thyssen	Duisburg-Beckerwerth	318	410	
Thyssen	Duisburg-Bruckhausen	200	280	gefährdet
Krupp	Bochum	157	265	
Gruppe Rhein zusammen:		675	955	
Hoesch	Dortmund-Westfalenhütte	206	280	gefährdet
Hoesch	Hohenlimburg	1		
Peine/ Salzgitter	Salzgitter	164	260	
Klöckner	Bremen	218	440	
Gruppe Ruhr zusammen:		589	980	

Wie aus den obigen Statistiken hervorgeht, ist für beide Gruppen, die für den Bereich Flachprodukte und schwere Profile gebildet werden sollen — Rhein mit Krupp und Thyssen-Ruhr mit Hoesch, Peine/Salzgitter und Klöckner — ein deutlicher Überhang der Kapazitäten über die Produktion festzustellen. Hinzu kommt, wie die Moderatoren auf S. 21 schreiben: „Falls die Marktentwicklung in Zukunft Kapazitätsanpassungen im Warmbreitbandbereich notwendig macht, würde die Stillegung eines Betriebes bei drei Gruppen mit je zwei Warmbreitbandstraßen für jede der betroffenen Gruppen in einem Schritt einen Kapazitätsabbau von rund 50% zur Folge haben. Um dies zu vermeiden, sollte eine Zweiergruppierung mit je drei Warmbreitbandstraßen der Vorzug gegeben werden." Deshalb also ihr Vorschlag zur Bildung der Gruppe Rhein mit drei und der Gruppe Ruhr mit drei Straßen. Die Stillegung jeweils einer Straße in den nächsten Jahren, würde dann „nur" einen Kapazitätsabbau von 1/3 bedeuten. Gleichzeitig aber auch die Schließung eines dazugehörigen Stahlwerks und der entsprechenden Hochofen- und Sinteranlagen. Insbesondere in der Gruppe Ruhr wäre dann ein Stahlstandort vernichtet.

IGM — Vertrauensleute fordern Verstaatlichung

Seit Beginn der Stahlkrise 1975 sind in den letzten Wochen und Monaten von gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpern erstmals massiv Forderungen nach Überführung von Privatindustrien in staatliches/gesellschaftliches Eigentum erhoben worden. Vorreiter dabei waren die **Vertrauensleute von Hoesch in Dortmund.** Dies konnte eigentlich nicht überraschen, da Dortmund die Spielwiese für praktisch alle Varianten kapitalistischer Krisenlösungskonzepte war — mit der Konsequenz, daß Dortmund heute als Stahlbasis gefährdet ist und tausende von Arbeitsplätzen verlorengingen (derzeit über 12 % Arbeitslose). Auch der letzte Funken Hoffnung einer kapitalistischen Lösung (die Gründung der Ruhrstahl AG) erlosch Ende letzten Jahres. Zum anderen haben die Dortmunder Stahlarbeiter in ihrem Kampf um das „Stahlwerk jetzt!" für andere Betriebe beispielhaft um den Erhalt ihrer Arbeitplätze gekämpft und entsprechende Erfahrungen sammeln können.

Lange vor der Erarbeitung des „Moderatoren"-Konzepts erarbeiteten die Hoeschianer eine Resolution, die am 13.12.1982 von der Dortmunder IGM-Vertreterversammlung verabschiedet wurde.

Gefordert wird eine „nationalstaatliche Lösung" auf Grundlage der Montanmitbestimmung:

- Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum,
- Schaffung einer nationalen paritätisch mitbestimmten Stahl-AG
- Sicherung der regionalen Standorte durch eine demokratische Rahmenplanung,
- gezielte Investitions-, Sozial- und Innovationspolitik.

Die IGM-Führung wird aufgefordert, in diesem Sinne tätig zu werden und Anfang des Jahres 1983 eine Stahlarbeiterkonferenz einzuberufen und hier ihr strategisches Gegenkonzept vorzulegen.

Der Dortmunder Erklärung folgten weitere, von den Forderungen und Inhalten wesentlich identisch:

- Die **IGM-Vertrauenskörper von Thyssen in Hamborn und Hattingen** am 20. Januar bzw. 5. Februar. Die Hattinger fordern zusätzlich die Verwirklichung des vom DGB (ursprünglich einmal) geforderten 50 Mrd. Mark-Beschäftigungsprogramms, die gesetzliche Herabsetzung der Lebensarbeitszeit für Stahlarbeiter auf 55 Jahre sowie die Veränderung der Arbeitszeitordnung.
- Der **IGM-Vertrauensleutekörper von Krupp/Rheinhausen** am 25. Januar. Über die Dortmunder Erklärung hinaus fordern sie die 35-Stundenwoche, die Einführung einer fünften Schicht bei Kontischichtbetrieben sowie die Rückführung der Lebensarbeitszeit auf 55 Jahre.
- Die **IGM-Vertrauensleute von Mannesmann am 11.1. in Duisburg/Huckingen.**
- Gegen zwei Stimmen verabschiedete am 1.2. die Vertreterversammlung der IGM-Duisburg die Forderung nach „Vergesellschaftung der Stahlindustrie". Auch die Duisburger fordern den IGM-Vorstand auf, *„Maßnahmen eines gemeinsamen Kampfes aller Stahlarbeiter gegen die drohende Kahlschlagsanierung"* einzuleiten.
- Die *„Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum"* forder ten 1000 Mitglieder einer **IGM-Funktionärskonferenz der Stahlwerke Peine-Salzgitter** am 3.2..
- Am 4.2. folgte schließlich der **Betriebsrat der Bremer Klöckner-Werke,** der *„ausdrücklich die Forderng nach Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum unter Kontrolle der Belegschaften"* unterstützt.

Mit ihrer übereinstimmenden Forderung nach Verstaatlichung haben die genannten IGM-Vertrauenskörper einhellig ihre Ablehnung einer, wie vielfach gesagt wird, „privat-kapitalistischen Lösung" zum Ausdruck gebracht. Sie stehen damit im krassen Widerspruch nicht nur zum „Moderatoren"-Konzept und zu den Regierungsparteien, sondern auch zur SPD und zur Position der IGM/DGB-Führung, die den Neuordnungsvorschlägen vom Prinzip her nicht widerspricht und eine Verstaatlichung ausdrücklich ausschließt (zumindest beim derzeitigen Stand der Entwicklung). Unabhängig von der Position, die man zur derzeitigen Verstaatlichungsdiskussion bezieht, ist klar, daß wir die Forderungen der Stahlarbeiter für einen Fortschritt halten und unterstützen.

IGM-Führung ohne Konzept, aber gegen Verstaatlichung

Auf ihrer Klausurtagung am 8.Februar aktualisierte die IGM-Führung ihre Position vor dem Hintergrund des „Moderatoren"-Konzepts und der mittlerweile breit gefächerten Verstaatlichungsdiskussion in der Stahlindustrie.

In ihren „*Forderungen der IGM in der Stahlindustrie*" anerkennt sie die Notwendigkeit einer Umstrukturierung und bietet ihre Mitarbeit an. Konkret wird die Bildung eines sog. „Stahlausschusses" vorgeschlagen, um die gesamte Neuordnung der Stahlindustrie „*zwischen der Bundesregierung, den beteiligten Landesregierungen, den Unternehmen und der IG Metall abzustimmen.*"

„*Um Anpassungsmaßnahmen ökonomisch sinnvoll und sozial verantwortlich planen zu können*", fordert die IGM-Führung in einem „Vorweg"programm die staatliche Bürgschaft für eine vorübergehende „Überlebensgarantie" für die Stahlunternehmen, die Durchsetzung von Listenpreisen auf dem EG-Stahlmarkt sowie erst einmal Kurzarbeit bei vollem Lohn statt Stillegungen und Entlassungen.

In einem „mittelfristigen Programm" wird die „*zeitliche Streckung von Anpassungsmaßnahmen, Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen, ausreichend Sozialpläne für ausscheidende Arbeitnehmer, gesetzliche und tarifliche Verkürzung der Arbeitszeit*" gefordert. Umsetzungsvorstellungen dieses Wunschkataloges werden nicht angegeben, lediglich der Appell an Staat und Regierung, öffentliche Hilfen zur Umstrukturierung doch „*an die Realisierung eines solchen sozialen Begleitprogramms zu binden*".

In Bezugnahme auf die Eigentumsfrage der Stahlbranche wird mit der jahrzehntealten Floskel über die Konzerne und Banken, die nicht aus ihrer „Verantwortung entlassen" werden dürften, gesagt, daß alles beim alten bleiben soll. Als einzige „Einschränkung" könnte bei einigem Wohlwollen der Hinweis gewertet werden, öffentliche Hilfe „*nicht als verlorene Zuschüsse oder zinslose Darlehen*" zu gewähren, „*sondern in Form von Kapitalbeteiligung*".

Die Ergebnisse der genannten Klausurtagung machen die Frontstellung der IGM-Führung gegenüber den Verstaatlichungsforderungen und den damit verbundenen anti-„privatwirtschaftlichen" Grundstimmungen kraß deutlich. Einer eindeutigen Ablehnung des „Moderatoren"-Konzepts steht das Angebot einer konzertierten Aktion in dieser Frage gegenüber. Die einschlägigen Beschlüsse und Resolutionen in dieser Angelegenheit werden von der IGM-Führung schlichtweg ignoriert. Sichtbarster Ausdruck davon ist u.a. die IGM- bzw. DGB-Presse, die nichts von der Debatte widerspiegelt außer beiläufigen Äußerungen Loderers gegen die Verstaatlichung.

Im Grunde wiederholt sich hier dasselbe wie Monate zuvor in der Stahlindustrie des Saarlands: Als einzig gangbaren Weg zur Erhaltung des Montankerns sah die IGM den Weg der Zusammenarbeit mit Arbed-Stahl und den staatlichen Instanzen an einem gemeinsam getragenen Konzept, das eine massive Verringerung der Belegschaft durch Konzentration erwirken sollte, um die Konkurrenzbedingungen auf dem internationalen Stahlmarkt für Arbed zu verbessern. Als dann entgegen „Vereinbarungen" des Krisenkartells Stillegungen von Anlagen wesentlich früher stattfanden und der Abbau von Arbeitsplätzen sich als umfangreicher herausstellte, stand die IGM plötzlich dumm da. Und als dann Ende letzten Jahres der Staat seine weitere Stützungsaktion für Arbed von der Rücknahme von Tarifverträgen abhängig machte, um somit der IGM den Schwarzen Peter für die Arbed-Misere in die Schuhe zu schieben, war dies der Dank für den „nützlichen Idioten".

Wenn sich die IGM-Führung schon als Zensor und Lehrmeister in Sachen Verstaatlichungsforderungen aufspielt, sollte sie erst einmal den praktischen Beweis für die Überlegenheit ihres Kooperationskonzeptes antreten. Wie wär's denn am Beispiel Arbed oder der Ruhrkohle AG?

Chauvinismus und Protektionismus à la IGM

So oft in letzter Zeit Gewerkschaften auch zu internationalen Wirtschaftsangelegenheiten Stellung genommen haben, so penetrant sind die Anfeuerungsrufe an ihre jeweilige nationale Bourgeoisie, die Ärmel hochzukrempeln und sich nicht unterkriegen zu lassen. Der Ruf nach protektionistischen Maßnahmen wird nicht selten frühzeitig und besonders schrill von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern vorgetragen. Die internationale Solidarität ist auch im Stahlsektor längst durch Chauvinismus ersetzt worden. Loderer, der sich in Sachen Japan im Laufe der letzten Jahre schon alle möglichen Protektionismen überlegt hat, findet sich auch in den am 8.Februar vorgelegten „Forderungen..." wieder. Neben vollständig überflüssigen „*Erwartungen von der Bundesregierung, daß sie sich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzt, mindestens den bisherigen Anteil an der EG-Produktion aufrechtzuerhalten*", und der ungeheuer wichtigen Mahnung, „*daß die Brüsseler Entscheidungen die deutschen Stahlunternehmen nicht benachteiligen*" sollen, kommt die IGM-Führung dann zur Sache: „*Die ruinöse Preiskonkurrenz muß beendet, die Einhaltung der Listenpreise erzwungen werden. Gelingt dies nicht durch schärfere Mengenkontrollen*", müßten Mindestpreise festgesetzt werden. Auf keinen Fall dürften „*Änderungen der Währungsparitäten in der EG*" dazu führen, „*daß die Stahlpreise anderer EG-Länder die Listenpreise der Bundesrepublik unterschreiten*". Zwar spricht sich die IGM-Führung in ihrem Papier noch gegen „*einseitige Erhebungen von Importabgaben aus*", da zu erwartende Gegenreaktionen schwere Schäden für die Exportindustrie bringen würden.

Befindet sie sich bezüglich der EG-Konkurrenz mit ihren Vorschlägen noch gerade im vor-protektionistischen Rahmen, nimmt sie gegenüber Drittweltländern kein Blatt mehr vor den Mund: „*Solange die Krise andauert, müssen durch die bilateralen Stahl-Handelsabkommen der EG mit Drittländern Störungen vom EG-Markt ferngehalten werden. Der bundesdeutsche Stahlmarkt darf dabei nicht zum Abladeplatz für Stahlimporte aus Drittländern werden*".

Mit diesem überzeugenden Vorschlag zur Lösung des „Nord-Süd-Konflikts" haut der DGB in dieselbe ideologische Kerbe („Notgemeinschaft" gegenüber nationalem Ausverkauf) wie das Kapital, womit der Boden für die Krisenbewältigung im eigenen Land und auch der Weg für die internationalen Ambitionen der westdeutschen Stahlindustrie gebahnt werden soll.

Dank der politischen und ökonomischen Situation spricht alles dafür, daß die westdeutsche Stahlindustrie sich auf Kosten anderer, zuallernächst der Arbeiter des eigenen Landes, gesundstoßen wird.

Erfolg der "Aktiven Metaller" bei HDW

Die von mehreren ausgeschlossenen früheren IGM-Funktionären angeführte Liste „Aktive Metaller" konnte ihr Ansehen in der Belegschaft weiter ausbauen. Bei der Wahl der Wahlmänner für die diesjährige Aufsichtsratswahl erreichten die Kollegen sicher die absolute Mehrheit. Im einzelnen:

Gewerblicher Bereich: Aktive Metaller: 64,9%
IG Metall: 35,1%
Angestellte:
Aktive Metaller: 48,8%
IG Metall: 35,0%
DAG: 16,2%
Wir gratulieren!

Hunger, Armut und Deklassierung — Reagans Programm gegen die Arbeitslosigkeit



„Care-Pakete für Detroit" — so wurde die Lage der arbeitenden Menschen in der gegenwärtigen Krise in den USA auf den Aus-Aller-Welt Seiten in der bundesdeutschen Presse glossiert. Heute ist jeder zehnte US-Amerikaner arbeitslos, und jeder zweite farbige Jugendliche sucht vergeblich nach einem Ausbildungsplatz oder einem Job. Mitten in den glänzenden Metropolen verhungern Kinder und Alte, erfrieren Hobos und Tramps. Die Bürgermeister der meistbetroffenen Städte betteln in Washington um ein paar hundert US-Dollar, um das gröbste Elend zu lindern, aber das Reagansche Gesundungsprogramm läßt für solche karitativen Maßnahmen keinen Raum. Die Kürzungen im nationalen Budget verstärkten sogar das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, und das Zusammenstreichen der Sozialprogramme fiel mit dem Anstieg der Bedürftigkeit der arbeitenden Bevölkerung zusammen. Die Grundlage für diese elende Politik ist jedoch eine umfassende Strukturkrise der us-amerikanischen Wirtschaft.

Detroit ist nicht Bombay — oder?

Die Gesamtzahl der heute offiziell als arbeitslos gemeldeten Menschen liegt bei ca. 14 Millionen. Dazu kommen noch 1,6 Millionen Menschen, die es aufgegeben haben, nach einer Arbeit zu suchen. Heute liegt die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei 11% und damit auf der gleichen Höhe wie 1931. 1980 betrug sie z.B. „nur" 7,5%, in den Jahren zuvor bewegte sie sich zwischen sechs und acht Prozent.

Die gegenwärtige Quote ist jedoch eine Durchschnittszahl — in einzelnen Wirtschaftsbereichen sind die Anteile an Arbeitslosen wesentlich höher. Von den Industriearbeitern sind 16%, in der herstellenden Industrie 14% arbeitslos, in der Bauindustrie sucht jeder vierte nach einem Arbeitsplatz. Bei Jugendlichen unter 18 Jahren liegt die Quote bei 25%, und von den jugendlichen Farbigen ist die Hälfte ohne Arbeit.

Fast alle Prognosen gehen von einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit aus. Vor allem in den ehemaligen Zentren der Automobilindustrie (State Michigan) liegt die Arbeitslosenrate mit 14% wesentlich über dem nationalen Durchschnitt, in der Stadt Youngstown bei 90% und in Detroit bei 25%. Die Zusammenstellung der einzelnen US-Staaten gibt eine grobe Übersicht über die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit. 1980 lag die nationale Arbeitslosenquote bei 7,5%, also wesentlich unter der gegenwärtigen. Aber selbst vor drei Jahren war durchschnittlich nur die Hälfte aller Arbeitslosen durch die Arbeitslosenversicherung gesichert.

Werden heute irgendwo auch nur ein paar Dutzend Arbeitsplätze ausgeschrieben, so melden sich gleich tausende Arbeitssuchender. In Chikago z.B. hatte die Stadtverwaltung angekündigt, 3.800 Zeitstellen zu schaffen. Innerhalb von nur drei Stunden bildete sich eine Schlange von 15.000 Bewerbern!

Das Arbeitslosengeld liegt gegenwärtig bei ca. 250 bis 365 US-Dollar die Woche; das ist ungefähr die Hälfte des durchschnittlichen Lohnes nach den Schätzungen eines Gewerkschaftsverbandes. Gezahlt wird dieses Arbeitslosengeld aber nur 36 Wochen. Da die allgemeine Arbeitslosigkeit über diesen Zeitraum andauert, fallen viele aus dieser Unterstützung heraus, in den letzten Monaten verstärkt auch Angestellte aus dem mittleren Management. Weiße Arbeiter unterliegen so einer Deklassierung, die bisher nur den rassischen Minderheiten vorbehalten war. Mit dem Verlust der Arbeitsstelle ist gleichzeitig die Krankenversicherung verloren, da die privaten Krankenversicherungen zu teuer sind. Daher sind heute ca. 16 Millionen Menschen ohne Versicherungsschutz. Im Auto-Staat Michigan steigt zum ersten Mal nach dem II. Weltkrieg die Kindersterblichkeit. In den innerstädtischen Bezirken Detroits beträgt die Kindersterblichkeit 33 aus 1.000 und ist damit so hoch wie im ärmsten zentralamerikanischen Staat Honduras.

Detroit hat ca. 1,2 Millionen Einwohner, ist also etwas kleiner als Hamburg. Dort wurden in den letzten Monaten 46.000 Haushalten der Strom abgeschaltet, 300.000 Menschen wurden die Wohnungen gekündigt und sind obdachlos, 400.000 hungern, weil sie nicht mehr genug Geld zum Lebensmitteleinkauf haben. In Detroit ist die Situation sehr zugespitzt, aber trotzdem ein Beispiel für die allgemeine Entwicklung in den USA. Kein Wunder also, wenn bei der jüngsten Naturkatastrophe im Süden der USA viele Menschen die Situation zum Plündern der Lebensmittelgeschäfte nutzten.

1930 „Hoovervilles" — heute „Reaganfarms"

Während der Weltwirtschaftskrise in der 30er Jahren lebten viele Obdachlose an den Rändern der Städte in Hütten aus Wellblech, oder in den großen Betonröhren, die abseits der Zentren für spätere Kanalisierungsarbeiten gestapelt wurden. Nach dem damaligen US-Präsidenten hießen diese Obdachlosensiedlungen ‚Hoovervilles'. Heute liegen die Schätzungen für Obdachlosenzahlen bei 2 bis 3 Millionen Menschen, die in Autos, Fässern, Zelten und Pappkartons leben müssen. Zur Ehre des US-Präsidenten werden diese „Siedlungen" ‚Reaganfarms' genannt.

Von 230 Millionen US-Amerikanern gelten heute offiziell 32 Millionen als arm — auf je drei Farbige kommt ein weißer Armer. Bisher mußten sich 22,2 Millionen über Lebensmittelkarten ernähren, in Washington werden täglich 15.000 kostenlose Essensportionen ausgegeben. In New York werden die Mittel für die öffentlichen Toiletten zusammengestrichen, um die Stadt „we-

niger Attraktiv'' für die Armen zu machen.

Im krassen Gegensatz dazu werden die offiziellen Hilfsprogramme weiter gekürzt. Und Reagan zynisch dazu: *,,Wenn man anfängt Leute zu bezahlen, weil sie arm sind, wird man bald viele Arme haben.''* Entsprechend werden die Obdachlosen in vielen Städten von den Verwaltungen als ,Landstreicher' betrachtet, die ,,Arbeitsscheu, dreckig und dem Alkohol verfallen sind. Diejenigen, die noch nicht betroffen sind, reagieren nicht selten faschistoid: In einem Leserbrief einer Zeitung in Kalifornien wurde festgestellt, *,,wenn streunende Hunde erwischt werden, fängt man sie und schläfert sie ein.''* Ein Jammer, *,,daß wir unglücklicherweise diese ,menschlichen Tiere' nicht auch einschläfern können''*.

Steuererleichterungen für die Reichen — Streichprogramme für die Armen

Bei Reagans Amtsantritt wurde ein Steuersenkungs-Programm beschlossen, dessen Name seinen Sinn deutlich genug macht: Economic Recovery Tax Act (Steuergesetz zur wirtschaftlichen Erholung). Ganz allgemein beinhaltet dieses Programm eine Umverteilung zugunsten der Reichen, die Mindereinnahmen des Staates gingen eindeutig zu Lasten der Armen und der arbeitenden Bevölkerung. Für 1983 machte der Staat rund 92 Milliarden US-Dollar weniger Einnahmen (bei einem gesamten Budget von ca. 750 Mrd. Dollar). Bis 1986 wird diese Summe auf rund 270 Mrd. Dollar angewachsen sein. Durch die Änderung der Besteuerung wird eine Familie von vier Personen mit einem jährlichen Einkommen von 20.000 Dollar innerhalb von drei Jahren ca. 1.000 Dollar weniger an Steuern zahlen. Eine gleich große Familie, die über ein Einkommen von 100.000 Dollar im Jahr verfügt, wird in diesen drei Jahren rund 12.600 Dollar weniger an Steuern zahlen. Ab 1984 werden diejenigen, die weniger als 15.000 Dollar jährlich verdienen, mehr Steuern zahlen als 1982. Aber diejenigen, die mehr als 200.000 Dollar jährlich verdienen, werden dann 17,6% der früher gezahlten Steuersumme einsparen. Bis 1984 werden die Kapitalisten 140 Mrd. Dollar weniger an Einkommenssteuer aus Unternehmertätigkeit zahlen müssen, die Steuerquote wird von 30% auf 14% sinken.

Diese Steuermindereinahmen müssen natürlich durch Kürzungen des nationalen Budgets aufgewogen werden. Die Schätzungen der Gewerkschaft AFL-CIO gehen davon aus, daß durch solche Einsparungen in den Jahren 1982 und 1983 ca. 1,7 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen sind oder verloren gehen werden. Nicht miteingerechnet sind die Effekte, die dazu führen, daß von solchen Arbeitsplätzen Abhängige ihrerseits arbeitslos werden.

— Durch Einsparungen im Transportwesen (Luft, Schiene, Wasser) und dem Stop des Ausbaus des Straßennetzes werden ca. 66.000 Arbeitsplätze wegradiert.

— Das ,Public Service Employment'-Programm wird um 2,1 Mrd. Dollar gekürzt. Davon sind öffentliche Weiterbildungsprogramme betroffen, Arbeitsplätze in der Versorgung (Sozialarbeit im weitesten Sinne), und Arbeitsplätze für diejenigen, die länger als zehn Wochen arbeitslos sind und deren Familien ein Einkommen unterhalb von 10.000 Dollar im Jahr haben. Die offizielle Armutsgrenze liegt bei ca. 15.000 Dollar. Damit werden ca. 340.000 Arbeitsplätze verloren gehen.

— Rund 600.000 Arbeitsplätze werden durch Streichungen in den CETA-Trainings Programmen entfallen. Das sind Stellen mit ,unseren' ABM-Programmen vergleichbar, Weiterbildung und öffentliche Arbeitsstätten.

— Von 1982 bis 1984 sollen ca. 75.000 Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung und den staatlichen Betrieben gestrichen werden.

Im Bereich der sozialen Sicherung sind die Kürzungen ähnlich schwerwiegend:

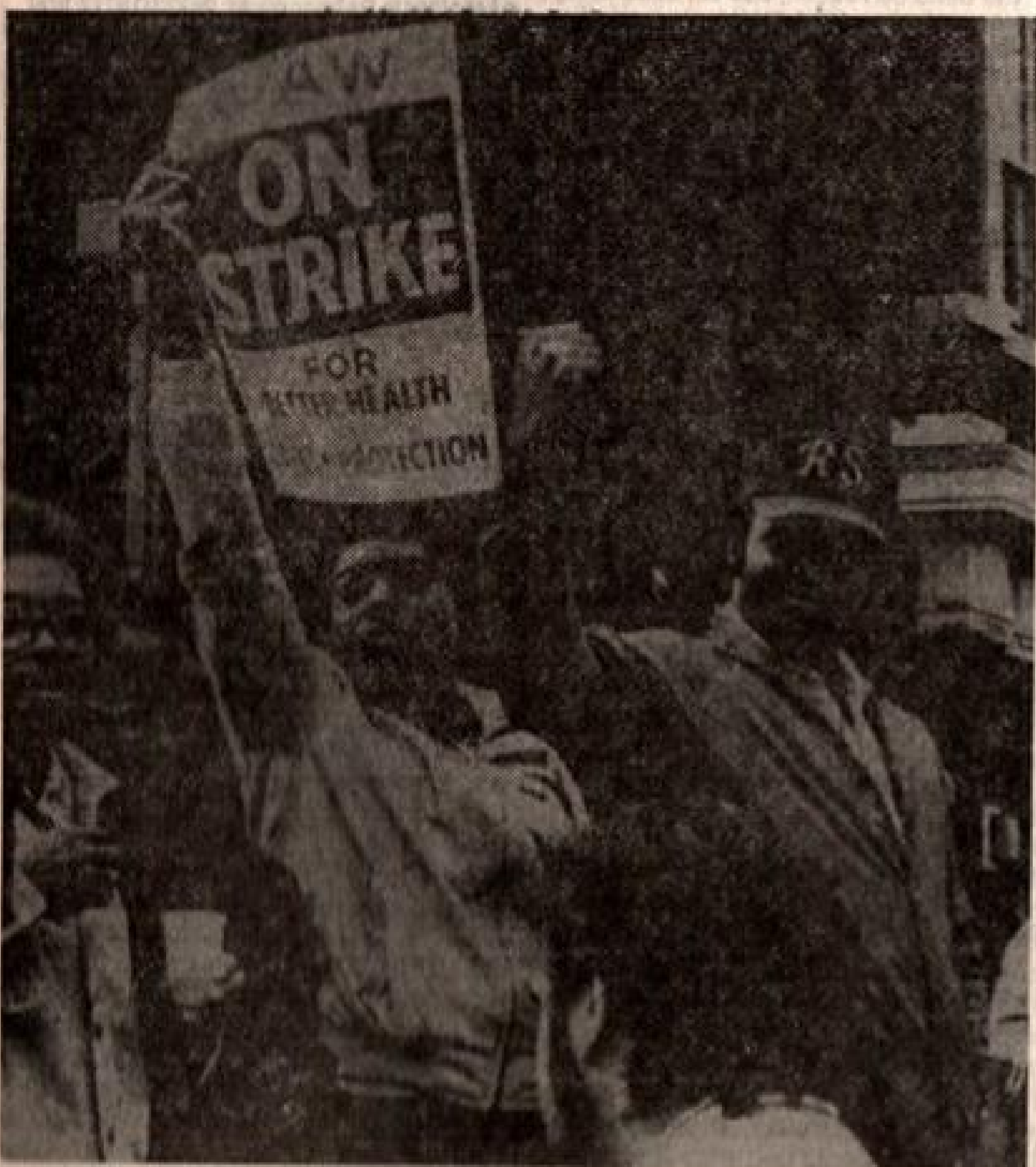
— 2,4 Mrd. Dollar werden in der ,Aid to Families With Dependent Children' (AFDC) eingespart. Davon sind Familien betroffen, die in Armut leben. Rund 70% der von dieser Hilfe Abhängigen sind Kinder, rund 10,7 Millionen Menschen sind von dieser Hilfe abhängig. Von diesen Kürzungen werden rund 650.000 Haushalte betroffen sein, ca. 400.000 Haushalte werden aus dem Hilfsprogramm gänzlich herausfallen. Weiterhin werden von nun an die Familien keine Hilfe bekommen, die noch Besitz im Werte von mehr als 1.000 Dollar haben, ausgenommen Auto und Haus oder Wohnung.

Darüberhinaus wird schwangeren Frauen die Unterstützung für eine Diät und medizinische Versorgung in den ersten sechs Schwangerschaftsmonaten verweigert.

Die zehn US-Staaten mit der größten Zahl an Arbeitslosen (1980)

		%	Zahl der versicherten Arbeitslosen
California	760.000	6,8	372.800
New York	603.000	7,5	268.500
Michigan	541.000	12,6	285.300
Illinois	454.000	8,3	212.700
Ohio	426.000	8,4	208.600
Pennsylvania	417.000	7,8	237.500
Texas	337.000	5,2	78.000
New Yersey	58.000	7,2	136.600
Indiana	253.000	9,6	89.400
Florida	234.000	6,0	64.500

Quelle: Statistical Abstract of the United States 1981



Streikende Arbeiter in Detroit

— Rund 4 Mrd. Dollar werden aus dem Programm für Essensmarken gestrichen. Damit fallen eine Million Menschen gänzlich aus dieser ,Förderung' heraus, eine weitere Million wird von Kürzungen betroffen sein. Die Bedürftigkeitsgrenze wird um 3.000 Dollar auf rund 10.000 Dollar gesenkt; nach Schätzungen des Bureau of Labor Statistics liegt die Existenzgrenze bei 15.782 Dollar pro Jahr. Streikende Arbeiter und ihre Familien werden gänzlich aus der Unterstützungsliste gestrichen!

— Rund eine Milliarde Dollar wird für Schul- und Kinderernährung gestrichen, damit entfällt für drei Millionen arme Schüler das Schulessen.

— 1,6 Mrd. Dollar werden aus dem Bereich der Arbeitslosenunterstützung gestrichen.

— Seit 1981 wurden rund 1.000 Arbeitslosen-Unterstützungsbüros geschlossen, rund 5.000 Angestellte entlassen.

Gleichzeitig soll für den gleichen Zeitraum das Militärbudget um rund 33 Milliarden Dollar ausgebaut werden (Die Daten für diesen Abschnitt sind einer Untersuchung des gewerkschaftlichen Dachverbandes AFL-CIO entnommen; ,,Reagannonomics: The Second Dose'', aus: The AFL-CIO American Federationist, Febr. 1982).

Die Krise in Industrie und Landwirtschaft

Die Krise in der Landwirtschaft kommt schon in der Rate der Arbeitslosigkeit für diese Branche zum Ausdruck. Durch Rekordernten und stagnierenden Absatz kam es zu einem totalen Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte. Bei steigenden Preisen für Dünger und Spritzmittel ist das Einkommen der Bauern seit 1979 um die Hälfte gesunken. Mittlerweile ist ein Viertel zahlungsunfähig und hoch verschuldet. Das Einkommen reicht nicht zur Zinstilgung, und so mußten 1982 Tausende ihr Land oder Teile davon verkaufen — und zu Schleuderpreisen, da die Bodenpreise ins Bodenlose fielen. 1982 wurden 170.000 Farmen zwangsversteigert, Hauptaufkäufer waren Banken. Mittlerweile gab es in einigen Gegenden militanten Protest gegen diesen Expropriierungsprozeß. In einem Fall versuchten 250 Bauern ein Gerichtsgebäude zu stürmen, um eine Zwangsversteigerung zu stören. Mit Knüppel und Tränengas wurden sie von der Polizei vertrieben.

Im industriellen Bereich ist gegenwärtig die niedrigste Kapazitätsauslastung seit dem 2. Weltkrieg erreicht. Die Zahl der Pleiten — ganze 19.000 — ist die höchste seit 1933. Für 1983 wird mit ca. 70.000 Bankrotten gerechnet. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der Industrie beträgt 70%, wobei die Stahlindustrie nur zu 40% und die Automobilindustrie zu 50% ihrer Möglichkeiten produziert.

Mit diesem Prozeß ist naturgemäß eine weitere Zentralisierung des Kapitals verbunden. 1981 wurden mehr als zehn Firmenzusammenschlüsse getätigt, deren Transaktions-Volumen mehr als eine Milliarde Dollar betrug. Im selben Jahr wurde auch der größte Aufkauf in der US-Geschichte vollzogen: Für mehr als sieben (!) Milliarden Dollar wechselte das Energieunternehmen Conoco den Besitzer und ist nun in das Du Pont Unternehmen eingegliedert. Allein die Maklerprovisionen für diese Geschäfte überstieg die 500 Millionen Dollar Forderung amerikanischer Bürgermeister an die Reagan-Regierung zur notdürftigen Versorgung ,ihrer Armen'.

Allgemein wird die gegenwärtige Strukturkrise der US-Wirtschaft als ein Vorgang eingeschätzt, der mit dem Übergang von der landwirtschaftlichen zur industriellen Gesellschaft vergleichbar ist. Es vollzieht sich eine Umstrukturierung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Ihren Ausdruck findet diese Umstrukturierung z.B. in der Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit. 1980 hatten die sogenannten ,blue collar' Arbeiter (vergleichbar mit dem traditionellen Industrieproletariat) einen Anteil von knapp 30% an der gesamten arbeitenden Bevölkerung, ihr



Das Elend der Alten ist der ,,Glanz Amerikas''

Anteil an der Arbeitslosigkeit beträgt jedoch 46%. Anders für die ,white collars': Nahezu die Hälfte aller arbeitenden Menschen werden ihnen zugerechnet, ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit beträgt jedoch nur 26%.

Seit 1975 haben ca. 1.500 Großbetriebe der Stahl-, Auto-, Gummi- und Textilindustrie ihre Tore für immer geschlossen. Während der Dienstleistungssektor 1947 noch 49% aller Beschäftigten aufnahm, sind es aktuell 70%, dies bis 1990 auf 85% gesteigert werden sollen. Dagegen ging der warenproduzierende Sektor von 37% (1947) auf aktuell 26% zurück und soll bis 1990 auf 19% schrumpfen. In der Stahlindustrie wurde die Zahl der Beschäftigten von 605.000 (1950er Jahre) auf 340.000 gesenkt. 1978 waren in der Automobilindustrie und ihren Zulieferbetrieben rund 2,5 Millionen Menschen beschäftigt, bis 1985 werden es nur noch 500.000 bis 600.000 sein. Die verbliebene Produktion soll weiterhin automatisiert werden, z.B. plant General Motors den Einsatz von 14.000 Industrierobotern, die 50.000 Arbeiter ersetzen sollen.

Trotz der schon 1980 einsetzenden Absatzkrise auf dem Automobilsektor gehörten die beiden Automobilfirmen General Motors und Ford 1981 zu den Spitzeninvestoren in Forschung und Entwicklung (GM mit 2,2 Mrd. Doller, Ford mit 1,7 Mrd. Dollar). Es folgten die beiden Elektronicgiganten AT&T und IBM mit mehr als jeweils 1,5 Mrd. Dollar. Die neue Steuergesetzgebung begünstigt gerade die großen Firmen, die in den nächsten drei Jahren fast 3 Mrd. Dollar an Forschungsinvestitionen werden absetzen können. 1981 wurden ca. zweidrittel aller Forschungsinvestitionen von den 50 Großen getätigt — 1980 betrug ihr Anteil erst knapp 50%.

Die Umstrukturierung läßt sich auch an der gegenwärtigen Richtung der Investitionen ablesen. Den größten Zuwachs an Investitionen wird es 1983 in der Industrie für Elektronik geben, hier werden Investitionszuwächse von 13% erreicht. Umgekehrt wird in der Stahlindustrie 1983 um 15% weniger investiert werden als im Vorjahr. Den rein zahlenmässig größten Zuwachs wird jedoch der Handel- und Dienstleistungssektor erfahren: etwas weniger als ein Drittel aller US-Industrieinvestitionen werden in diesen Bereich fließen.

Beschäftigung in den USA nach Industriezweigen und im Vergleich dazu die entsprechenden Anteile an Arbeitslosen

	1970 in 1000	%	1980 in 1000	%	1980 Verteilung der Arbeitslosen; %
Landwirtschaft	3.566	4,5	3.470	3,6	10,8
Bau	4.814	6,1	6.065	6,2	14,2
Verarbeitende Industrie	20.737	26,3	21.593	22,2	8,5
Transport/ Kommun.	5.317	6,8	6.393	6,6	4,9
Handel	14.996	19,1	19.727	20,3	7,4
Banken, Versich.	3.942	5,0	5.860	6,0	3,4
Services	20.266	25,7	27.983	28,8	5,9
(Unterhaltung	716	0,9	1.017	1,0)	
(Versorgung	12.894	16,4	19.472	20,0)	
Öffentl. Verwaltung	4.473	5,7	5.240	5,4	4,1
	78.627	100	97.270	100	— Summe

Quelle: Statistical Abstract of the United States 1981

God bless America: Lohnverzicht und Hinterhofschinderei

Die oben beschriebene Entwicklung bedeutet, daß auch bei einer eventuellen Hochkonjunktur niemals mehr eine ,Vollbeschäftigung' erreicht werden kann. Die sogenannte Basis-Arbeitslosigkeit liegt jetzt schon bei 6 bis 7%! Die jetzige enorme Arbeitslosigkeit ist nur zu einem Drittel durch rein konjunkturelle Entwicklungen bedingt. In erster Linie ist es eine bewußte, schon unter Carter eingeleitete strukturelle Arbeitslosigkeit, die überhaupt nicht gesenkt werden soll. Dies hat nämlich für die Kapitalisten verschiedene Folgen. Erstens sind die Gewerkschaften völlig paralysiert. Im letzten Jahr kam es zu Tarifabschlüssen bei durchschnittlich 3,8% bei einer Inflation von 6%; dies waren die niedrigsten Abschlüsse seit 40 Jahren! In der Automobilbranche kam es sogar zu Lohnverzicht und stattdessen zu ,Krediten' der Arbeiter für die geplanten Rationalisierungen (siehe auch Arbeiterkampf 226).

Der zweite bewußt herbeigeführte Effekt ist die Aufspaltung des Arbeitsmarktes, und damit eine wesentliche Senkung des Lohnniveaus. Der Teil der Saisonarbeiter bzw. Leiharbeiter für bestimmte Aufträge in Stoßzeiten nimmt ständig zu. Diese Menschen pendeln zwischen dem Sozialhilfesektor und Zeiten kurzer Beschäftigung hin und her, und sind nun durch die gesunkenen Sozialhilfen gezwungen, völlig unterbezahlte Jobs anzunehmen. Hier werden vor allem Arbeiter genommen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Ein wesentlich größerer Teil besteht aber in der sogenannten Untergrundwirtschaft, die von Schwarzarbeit über illegalen Fabriken bis zu saisonaler illegaler Landarbeit reicht.

Besonders illegale Einwanderer sind die Opfer dieser Arbeitsmarktpolitik, die in den USA zu einem neuerlichen Aufblühen der Sweatshops geführt hat. Hinterhoffabriken ohne die geringsten Sicherheitsvorkehrungen, tariflich abgesicherte Rechte und Lohnniveaus. Schon immer lebte die us-amerikanische Landwirtschaft, die großgrundbesitzartig organisiert ist (im Süden: Texas, Louisiana und an der Westküste in Kalifornien) von illegalen Saisonarbeitern aus Mexiko und dem karibischen Raum. Die schon immer genauestens kontrollierte Anzahl der illegalen mexikanischen Saisonarbeiter, die nach den Bedürfnissen der kalifornischen Großfarmer ,,einsickern'' darf, wird auch jetzt nicht gesenkt.

Die Einführung eines derartig gespaltenen Arbeitsmarktes ist für die Farbigen in den USA nichts Neues. Insbesondere für Schwarze wie für Mexikaner existierte er seit dem II. Weltkrieg, wobei sich ihre Lage sogar ständig verschlechterte. Jetzt wird diese Aufspaltung gezielt zur Senkung des Lohnniveaus auch der weißen Arbeiter eingesetzt. Das relativ hohe Durchsetzungsvermögen der gewerkschaftlich organisierten weißen Arbeiter in den Industriestädten der Ostküste hatte es bisher bei verhältnismäßig geringer Arbeitslosigkeit dem Kapital nicht möglich gemacht, die Löhne zu senken; z.B.war ds Lohnniveau der Automobilarbeiter eines der höchsten in den USA. Bezeichnenderweise stellt daher der Kongreß in der Ablehnung eines Gesetzentwurfes zur Vollbeschäftigung unter Carter fest, daß der Lohndruck *,,unerträglich wäre, läge die Arbeitslosigkeit unter 5 bis 5,5%''*.

Das us-amerikanische Kapital nutzt die Krise nicht nur in Form von Rationalisierung und Automatisierung, sondern vor allem in einer massiven Senkung des Lohnniveaus und Lebensstandards der amerikanischen Bevölkerung. Auch der furioseste Konjunkturaufschwung wird dieses nicht automatisch beseitigen.

Imperialismus-Kommission

Literatur: ,Fortune' vom: 2.2.82; 14.6.82, ,Business Week' vom: 15.11.82; 5.7.82, ,The Financial Post' (Toronto), 26.6.82, ,Wirtschaftswoche' vom 29.10.82; 27.11.81; 13.8.82, ,taz' 11.1.83, ,Statistical Abstract of the United States' 1981, ,Workers Vanguard', 28.1.83. Weiterhin Meldungen aus der ,Frankfurter Allgemeinen', ,Neuen Zürcher', ,Frankfurter Rundschau'.

Frankfurter Friedensarbeitstreffen

Eine verpatzte Chance

Obwohl eine Kompromißformel zur Einigung auf eine gemeinsame Koordination gefunden worden war und in einer Abstimmung eine deutliche Mehrheit bekommen hatte, ist ein Versuch der Einigung eines Teils des gewaltfreien und des „autonomen" Spektrums der Friedensbewegung auf eine gemeinsame bundesweite Koordination gescheitert. Das ist bedauerlicherweise das wichtigste Ergebnis eines Arbeitstreffens unabhängiger Friedensinitiativen am 26./27. Februar in Frankfurt. Dieses Ergebnis kam insoweit nicht ganz überraschend, als es bereits im Vorfeld des Treffens eine Kontroverse um die beabsichtigte Festlegung auf „direkte gewaltfreie Aktionen" für den Widerstand in diesem gesamten Jahr gegeben Jahr gegeben hatte.

Daß die Nato 1983 auf jeden Fall mit der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen beginnen will, ist bekannt. Daß es 1983 deshalb nicht nur noch m e h r Unterschriften geben kann, noch g r ö ß e r e Manifestationen, liegt auf der Hand. Daß daran auch die sich in Bonn versammelnden „Spitzen" der Friedensbewegung (wie Aktion Sühnezeichen, Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden, der BBU, ja selbst das KOFAZ-Spektrum) nicht ganz vorbeikommen können und auch zumindest teilweise gar nicht wollen, liegt ebenfalls auf der Hand. Die Idee, eine Koordination für Aktionen des direkten Widerstands einzurichten, stammte aus den Gruppen des BAF (Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen). Von einem BAF-Treffen Ende letzten Jahres ging die Initiative aus, sich mit anderen Gruppen (wie BUKO, ESG, BBU, Grüne usw.) zusammenzusetzen, um dann gemeinsam zu einem Arbeitstreffen zur Diskussion der Schwerpunkte für dieses Jahr aufzurufen. In dieser Vorbereitungsphase wurde der Versuch unternommen, die an der Diskussion beteiligten Gruppen auf ein Konzept des „zivilen Ungehorsams" und der „direkten gewaltfreien Aktionen" festzulegen. Obwohl es bisher zum Selbstverständnis des BAF, in dem gewaltfreie und nicht-prinzipiell gewaltfreie Strömungen zusammengearbeitet hatten, gehörte, jede Art solcher Festlegungen in der Friedensbewegung entgegenzutreten, wurde auf einem Vorbereitungstreffen mehrheitlich diese Festlegung beschlossen. Demgegenüber wurde von anderen — u.a. vom KB — darauf hingewiesen, daß es unweigerlich zur Spaltung kommen müßte, wenn nicht nur Festlegungen über die Aktionsformen getroffen würden, sondern darüberhinaus sogar eine Festlegung auf die Ideologie der Gewaltfreiheit verlangt würde.

Trotz dieser Warnungen und Kritiken wurde dann von verschiedenen Perso-

waltfreiheit verlangt würde.

Trotz dieser Warnungen und Kritiken wurde dann von verschiedenen Perso-

nen aus gewaltfreien Aktionsgruppen, ESG, BBU, BAF-Gruppen u.a. zu einem Arbeitstreffen eingeladen, das der *„Entwicklung direkter gewaltfreier Widerstandsaktionen"* dienen sollte. Die Koordination sollte laut einer Diskussionsvorlage *„denjenigen, die an der Entwicklung des zivilen Ungehorsams in den nächsten Monaten interessiert sind, die Möglichkeit der Zusammenarbeit geben ...".*

Obschon die Differenzen in der Vorbereitungsphase offensichtlich waren, obwohl der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie als einer der tragenden Gruppen des BAF-Spektrums offen protestierte (s. Abdruck im letzten AK), kam es nicht einmal zu einem Kompromißversuch vor der Konferenz. Die Einlader bezeichneten zum Großteil ihre Position als „Kompromiß", weil sie ja die konkrete Zusammenarbeit mit nicht-gewaltfreien Gruppen nicht abbrechen würden. Soweit die nicht sehr rühmliche Vorgeschichte.

Diskussion um Herbstaktionen

Zum Arbeitstreffen „Abrüstung jetzt! —Widerstand'83" waren dann zwischen 400 und 500 Leute von über 100 Gruppen gekommen. — Ein schöner Mobilisierungserfolg.

Der Auftakt war — hier wird der Berichterstatter polemisch — zünftig. Jedenfalls hörten wir statt eines sachlichen Berichts über die Aktionen vom 12.12. letzten Jahres eine Lektion über die „gewaltfreie Aktion als eine große gesellschaftsverändernde Kraft." Anschließend teilte sich das Plenum in verschiedenste Arbeitsgruppen auf. (Wir ersparen uns hier eine Berichterstattung im einzelnen, z.B. wurde allein in der „Ostermarschgruppe" über 14 verschiedene regional geplante Blockaden berichtet/ s. Kasten). Zwei Drittel der Teilnehmer des Arbeitstreffens fand sich in der AG Herbstaktionen wieder, wo über die weitere Zielsetzung die Auseinandersetzung geführt wurde.

Zunächst wurden die verschiedenen Konzepte vorgestellt:

1. In der „Bonner Runde" wurde ein namentlich von D. Dietrich (VDS), Gerd Greune (DFG-VK) und Jo Leinen (BBU) getragener Vorschlag diskutiert. Danach sollen im Rahmen der UNO-Abrüstungswoche vom 15.-22. Okt. 83 Demonstrationen in den Hauptstädten und für die BRD auch eine Aktionswoche vorgeschlagen werden. Der erregende Höhepunkt soll im Bundesdorf Bonn erreicht werden, wo möglichst 1 Million Bundesbürger das Örtchen lahmlegen sollen. In der Aktionswoche sollten dann unter dem Motto des zivilen Ungehorsams Aktionen auch an Standorten durchgeführt werden (und somit vom gesamten Spektrum der Friedensbewegung getragen werden). Da dies als einziges Ergebnis in Bonn vorgetragen wurde, läßt sich denken, welch wütende Proteste gegen diese „KOFAZ-Umarmungspolitik" und „Desorientierung" das hervorrief. Insbesondere der anwesende Jo Leinen gab aufgrund seiner bisherigen Rolle in vielen Anti-AKW-Bündnissen eine „blendende" Zielscheibe ab. Obwohl wir hier gerechtigkeitshalber hinzufügen müssen, daß der BBU (aber auch andere Kräfte der Bonner Runde) keineswegs davon ausgeht, daß dies unbedingt d e r Höhepunkt der Aktionen zu Stationierungsbeginn werden soll, auch wenn aus diesem Spektrum keine zentrale Initiative für andere Aktionen zu erwarten sein dürfte, höchstens eine Beteiligung. Aber dies war weder auf dem Frankfurter Treffen Gegenstand der Diskussion, noch bekannt. Immerhin mußte auffallen, daß nahezu vollständig die sog. Friedensprominenz in Frankfurt erschienen war.

2. Aus dem Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie wurde der Vorschlag gemacht, im Herbst zur Frankfurter US-Air Base zu mobilisieren (siehe AK 230, S. 11). Bedingt durch die Lage (an der Autobahn) würde ein massenhaftes Erscheinen dort zu einem sicheren Lahmlegen führen. Eine Blockade also durch das massenhafte Erscheinen der Demonstranten.

3. Wurde — hauptsächlich in Abgrenzung zum Air Base-Vorschlag — für dezentrale Aktionen im Herbst plädiert. Es sollte nicht oder zumindest vorerst nicht auf eine Großaktion orientiert werden. Wichtig seien radikale basis-demokratische Aktionsformen, auf deren Grundlage (erst später) an bundesweite Aktionen zu denken sei.

Die Air Base macht die Runde

...

Die Air Base macht die Runde

In der Diskussion spielte der Vorschlag einer Herbstaktion an der Frankfurter US-Air Base die bestimmende Rolle. Wer geglaubt hatte, dieser Vorschlag könne sehr schnell ad acta gelegt werden, da er sich mit der Festlegung auf „Gewaltfreiheit" nicht vereinbaren ließe, eine Provokation gegen das eigene geliebte Konzept sei und statt dessen zur Tagesordnung übergehen wollte, sah sich getäuscht. Das lag im wesentlichen an zwei Gründen: Zum einen gab es neben dem Bonner Vorschlag, den die meisten nicht für attraktiv hielten, außer der Air Base gar keinen anderen konkreten zentralen Aktions-V o r s c h l a g . Entscheidender war aber, daß zwar alle Anwesenden aus der Startbahn-Bewegung, selbst die radikalsten Autonomen, ihre Skepsis äußerten, ob dort nach den Erfahrungen der letzten Flughafen-Blockade und dem Aschu-Prozeß überhaupt eine solche Aktion zu verankern sei, aber sich dennoch einige offen für die Diskussion des Vorschlags bei den Startbahn-BIs aussprachen.

In der Diskussion sprach sich Alexander Schubart dafür aus, daß eine solche Aktion unbedingt eine gewaltfreie Aktion sein müsse, wo Gewalt gegen Personen aber auch gegen „unbeteiligte Sachen" (z.B. irgendein PKW mit US-Nummer) ausgeschlossen sein müsse. Eine solche Aktion könne eine Sitzblockade vor der Air-Base sein. Der Göttinger AK machte seinerseits deutlich, daß er auch für eine Festlegung der Widerstandsformen eintrete. Ohne den Begriff Gewaltfreiheit zu gebrauchen, könne man sich selbstverständlich auf die Vorschläge von Aschu einlassen. Eine solche Aktion solle auch mit und nicht gegen die Startbahn BIs gemacht werden. In diesem Sinne war als Ergebnis der Diskussion festgehalten worden, daß neben der Entwicklung regionaler Aktionen an Militärstandorten auch der Air Base Vorschlag in der Friedensbewegung insbesondere natürlich in der Startbahnbewegung diskutiert werden solle.

Auf dem Plenum am 2. Tag konnte der entsprechend gemeinsam erarbeitete Resolutionsvorschlag dann zwar noch vorgetragen werden, auf Intervention des Vorbereitungskreises und des Podiums war aber eine Abstimmung nicht mehr möglich. Die Resolution sollte erst am Ende nach der Bildung einer Koordination behandelt werden.

Nur zum Schluß in der allgemeinen Aufbruchstimmung, nachdem das Treffen statt einer gemeinsamen Koordination die Spaltung gebracht hatte, präsentierte sich Gunnar Mattiesen vom KOFAZ-Komitee (für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit) als glühender Verfechter des Air Base-Vorschlags. Wie aus diesmal wirklich gut unterrichteten Kreisen zu erfahren war, beansprucht das KOFAZ inzwischen gar das Urheberrecht für die Blockadeaktionen. Wie sich die Zeiten ändern. ...

„Bürger beobachten die Bombentransporte"

Im Plenum des Arbeitstreffens wurden diesem Bericht über die AG Herbstaktionen einige Informationen über die Munitionstransporte hinzugefügt. Ein Vertreter der Gruppe „Krieg dem Krieg" (Bremen) erklärte, daß die Aktivitäten in der Wesermarsch „kein autonomes Steckenpferd" seien, sondern von vielen Gruppen unterschiedlichster Anschauung getragen werden. In einigen kommunalen Parlamenten seien Bürgeranfragen zum Thema Katastrophenschutz gestellt worden, es seien Flugblätter zur Information verteilt worden und es wird auch ein Zusammenhang zur „Nach"rüstung hergestellt, indem behauptet wird, daß die Stationierung teilweise über diese Schienen (das ist wörtlich zu nehmen) läuft. Inzwischen ist ein Aufruf „Bürger beobachten die Bombentransporte" verfaßt worden — siehe nebenstehenden Abdruck —, der verlesen wurde. Es wurde darum gebeten, daß der Text von vielen Gruppen unterschrieben wird.

Keinen Beschluß für den Herbst und keine gemeinsame Koordination

Im Plenum des Arbeitstreffens hatte (wie erwähnt) die Diskussionsleitung nur einen Bericht über die AG Herbstaktionen zugelassen, eine Diskussion und Abstimmung darüber aber nach hinten geschoben — obwohl (oder ge-

aktionen zugelassen, eine Diskussion und Abstimmung darüber aber nach hinten geschoben — obwohl (oder ge-

rade weil!) die Mehrheits-Tendenz eindeutig war.

Statt dessen wurde die Diskussion um eine bundesweite Koordination „Widerstand '83" eröffnet. Diese Koordination wurde — wie befürchtet worden war — so vorgestellt, daß sie ausschließlich der Diskussion und Koordinierung von „Aktionen des zivilen Ungehorsams" dienen und auf gewaltfreie Aktionen festgelegt sein sollte. In der anschließenden Diskussion wurde dann noch ergänzt, daß sich alle diejenigen beteiligen sollten, die die Gewaltfreiheit der jeweiligen Aktion forderten und sicherstellen (!) könnten. Natürlich wurde verlangt, daß der Begriff Gewaltfreiheit im Namen der Koordination auftaucht. Diese Richtung wurde, neben Gewaltfreien Aktionsgruppen, vom BBU, von einigen Grünen, von Teilen aus dem BAF-Spektrum u.a. vertreten.

Die Gegenposition, die am ausgeprägtesten von den Göttingern bezogen wurde, einigte sich als „Minimalkonsens" darauf, die Verletzung von Menschen auszuschließen, was noch auf die Ablehnung „Gewalt gegen unbeteiligte Sachen" erweitert wurde. Eine Festlegung der Koordination auf „direkte gewaltfreie Aktionen" wurde abgelehnt, entsprechend sollte der Begriff der Gewaltfreiheit im Zusammenhang mit der Koordination gestrichen werden.

In der sehr kontroversen Diskussion um diese strittigen Fragen wurde dann aus Hamburg (Frieko) interveniert, um eine absehbare Spaltung zu verhindern. Es wurde vorgetragen, daß sowohl die Vorstellung, daß die Koordination eine Koordination des gewaltfreien Widerstandes (insgesamt) sei (wie es vom Vorbereitungskreis vorgeschlagen wurde), als auch die Vorstellung der Göttinger (wir einigen uns in der Sache, der Begriff Gewaltfrei wird nicht benutzt) jeweils zu einer Spaltung führen müßten. Man müsse eine Koordination erreichen, in der die einen nicht gezwungen seien, sich unter der Plattform der Gewaltfreiheit zu versammeln (und sei es auch „nur" für 83) und die anderen nicht darauf verzichten müßten, die Koordination a u c h als eine Koordination ihres gewaltfreien Widerstandes propagieren zu können.

Es wurde vorgeschlagen, erst einmal festzuhalten, daß beide Seiten in einer solchen Koordination zusammenarbeiten können, da auf der einen Seite der Standpunkt respektiert werden müsse, der meint, (für sich) könne nur ein gewaltfreier Widerstand glaubwürdig sein, da es um den Schutz des Lebens gehe. Umgekehrt müßte auch die Ansicht derer respektiert werden, die davon ausgehen, daß angesichts einer direkten Planung auf einen Krieg hin ausschließlich gewaltfreier Widerstand nicht möglich sei, die sich auch das Recht auf eine Gegenwehr nicht prinzipiell nehmen lassen wollen.

Ein Bündnis sei dann möglich, wenn in gemeinsamen geplanten Aktionen gemeinsam Widerstandsformen festgelegt werden können, bzw. von vorneherein klar ist, daß man in diesen Aktionen Gewalt gegen Personen ausschließe (seitens der Demonstranten). Als dann doch beide Plattformen kontrovers abgestimmt werden sollten, kam aus Hamburg wiederum der Vorschlag, stattdessen beide Texte nebeneinander zu verwenden.

Der Hamburger Vorschlag erhielt dann auch eine deutliche Mehrheit. Doch dieser Kompromiß hielt nur für Minuten. Die Grünen auf der einen (mit Lukas Beckmann) und die Göttinger auf der anderen Seite wollten es nun ganz genau wissen. Die Göttinger erklärten, ihr Vorschlag (Festlegung der Widerstandsformen ohne den Begriff Gewaltfreiheit) sei nun der allerletzte Kompromiß vor Verlust der eigenen Identität gewesen, umgekehrt erfolgte dann die Erklärung, daß gefälligst a l l e s unter der Gewaltfreiheit zu stehen habe. Die Grünen begründeten das ganz prinzipiell, Jo Leinen, weil es Vorstellung des BBU sei, und Mohsen Masserat, weil es aus bündnispolitischen Gründen notwendig sei. So wurde dann abgestimmt, und jeder wußte, daß es so oder so die Spaltung sein würde. Dieser Akt endete dann mit einer eindeutigen Mehrheit für den Göttinger Vorschlag. Die Versammlung löste sich dann ohne Koordination auf.

Zum Resümee:

Auf der einen Seite hat diese Versammlung unterstrichen, daß eine vollständige Festlegung einer solchen Koordination auf die Gewaltfreiheit nicht möglich ist. Jedes neue Unternehmen in der Richtung müßte schon den untauglichen Versuch unternehmen, zu behaupten, die Versammlung sei für den aktiven Teil, der im Jahr '83 Widerstandsaktionen plane, nicht repräsentativ gewesen.

Umgekehrt müssen sich die Teile auf dem „militanten" Flügen, die den Kompromiß rundheraus (nicht wegen einzelner Mängel) abgelehnt haben, fragen lassen, mit wem sie in Zukunft Bündnisse schließen wollen. Es wäre unseres Erachtens in der Friedensbewegung auf jeden Fall ein Schritt nach vorn gewesen, wenn ein Bündnis zustandegekommen wäre, daß sich ausdrücklich als Bündnis von Gewaltfreien und nicht-gewaltfreien Kräften darstellt, und das wohlgemerkt bei der Planung von direkten Widerstandsaktionen, die eben nicht einer unmittelbaren Konfrontation mit der Polizei sondern einer politischen Konfrontation dienen sollen. Für beide Seiten, d.h. auch für den radikaleren Teil des gewaltfreien Flügels gilt, daß ein solches Bündnis erst die Voraussetzungen geschaffen hätte, auf das sog. „Bonner Spektrum" einen erheblichen Einfluß zu gewinnen. Wir halten es keinerswegs für eine kühne Spekulation zu behaupten, daß eine Einigkeit des BAF-Spektrums bzw. auch der gewaltfreien Aktionsgruppen eine tragfähige Koordination zustandegebracht hätte, wo die Ablehnung der Grünen und anderer nicht entschieden hätte.

Bürger beobachten die Bombentransporte
Aufruf des Arbeitskreises Wesermarsch

— Wir rufen alle auf —

Beschäftige bei der Bundesbahn, bei Speditionen und auf Binnenschiffen, alle Anwohner von Bundesbahnstrecken und Bahnhöfen, alle Spaziergänger und Segelfans, Kinder und Rentner, alle Betroffenen — weil uns unser Leben lieb ist — die US-amerikanischen Munitionstransporte genauestens zu beobachten und zu beenden, daß in aller Heimlichkeit unheimlich aufgerüstet wird.

In Nordenham wird der gesamte Munitionsbedarf der US-Army für Europa und den Nahen Osten angelandet. Bisher waren das 90.000 Tonnen Munition im Jahr. Demnächst soll das erheblich mehr werden, um zusätzliche US-Truppen hier und die Schnelle Eingreiftruppe der USA versorgen zu können. Die BRD wurde im April 1982 zur Schaffung neuer Munitionsdepots verpflichtet.

Die jetzt ca. 300 Munitionszüge der Bundesbahn pro Jahr bedeuten eine erhebliche Gefährdung der Anwohner.

Bisher wurden in Nordenham auch schon chemische Kampfstoffe (VX, Lost o. ä.) umgeschlagen und dann hauptsächlich per Binnenschiff zu den Giftgasdepots der US-Army in Süddeutschland gebracht (wie Fischbach, Viernheim, Hanau, Maßweiler). Die Ladung eines einzigen Binnenschiffes könnte genügen, um weite Landstriche zu entvölkern.

Demnächst wird der Transport von chemischen Kampfstoffen zunehme, weil ab Sommer 1983 die alten Giftfässer gegen die neuen „binären" Gasgranaten ausge-

entvölkern.

Demnächst wird der Transport von chemischen Kampfstoffen zunehme, weil ab Sommer 1983 die alten Giftfässer gegen die neuen „binären" Gasgranaten ausge-

tauscht werden sollen.

Bisher wurde in Nordenham auch radioaktives Material, darunter vermutlich auch atomare Sprengköpfe, umgeladen. Wenn die Stationierung der neuen US-Atomrakten in Europa beginnt, werden möglicherweise auch Teile dieser Raketen in Nordenham ankommen.

Die Behörden sagen, das sei alles völlig gefahrlos. Aber 1969 tötete ein explodierender Munitionswaggon in Hannover-Linden 12 Menschen und zertrümmerte ein ganzes Stellwerk. Es gibt eine Vielzahl von Unfällen beim Transport von militärischem Material. Aus jüngster Zeit nennen wir nur den Unfall beim Transport der Pershing 1a-Rakete bei Karlsruhe.

Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit. Durch die Vernachlässigung von Sicherheitsvorschriften bei Bundesbahn und Binnenschiffen erhöht sich die Gefahr auch für die Anwohner noch zusätzlich.

Mehr als noch die Möglichkeit eines katastrophalen Unfalles schreckt uns allerdings die logische Konsequenz der Aufrüstung. Die Gesamtheit der NATO-Rüstung umfaßt nicht nur die Vorbereitung des Schlachtfeldes Europa mit atomarer Hochrüstung, sondern gerade auch die konventionelle Hochrüstung, damit Krieg auf jeder Ebene führbar, damit auch Interventionskriege zum Beispiel im Nahen Osten machbar sind. Die BRD hat sich verpflichtet, als Trittbrett für die amerikanische Schnelle Eingreiftruppe zur Verfügung zu stehen (NATO—Ratstagung 1981 und 1982).

Die hiesigen Behörden bestreiten, daß hier ABC-Massenvernichtungswaffen transportiert werden. Niemand gibt offen Auskunft, was hier läuft. Jetzt helfen wir uns selbst. Die betroffenen Menschen haben tausende von Augen und Ohren. Wir werden alle Fakten über die Transporte sammeln und veröffentlichen, wann wo was

kommt, was hier läuft. Jetzt helfen wir uns selbst. Die betroffenen Menschen haben tausende von Augen und Ohren. Wir werden alle Fakten über die Transporte sammeln und veröffentlichen, wann wo was

wieviel, wieoft und wie läuft.

Hinweise nimmt jede Bürgerinitiative, auch anonym, entgegen.

Der Arbeitskreis Wesermarsch — Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen Umweltschutz — ist unter anderem zu erreichen über:
Nordenham: 04731/7483; Brake: 04401/3813; Delmenhorst: 04221/16153 und auch über die Grünen; Elsfleth: 04404/631; Berne: 04404/888; Bremen: 0421/39 29 69; Oldenburg: 0441/14388; Hude: 04408/2535; Rastede: 04402/2794; Varel: 04451/3736; Bremerhaven:
Zuschriften bitte an: Arbeitskreis Wesermarsch
c/o BBA-Laden, Poststraße, 28 Bremen 1

Ostern: Blockiert die Standorte!

Diesem Ruf wollen Gruppen in etwa 15 Orten folgen. Natürlich finden aller Orten Ostermärsche statt, aber wir wollen uns in der folgenden Übersicht auf die Osteraktivitäten beschränken, die in Form von Blockaden o.ä. geplant sind. Dabei dürften vor allem diejenigen Aktionen von Interesse sein, die ein Zusammengehen der verschiedenen Spektren der Friedensbewegung versuchen, und die deshalb (heiß) umstritten sind/waren.

Das ist in **Neu-Ulm** der Fall (dort ist die Pershing-Ia stationiert und voraussichtlich sollen dort etwa 36 Pershing-II-Raketen und -Abschußrampen stationiert werden. Dorthin geht ein Ostermarsch aus vielen Orten, u.a. aus München. Im Anschluß an eine Kundgebung soll ,,ein Friedenskreis um die Kaserne'' gezogen werden. **2.** Bei **Feucht** (in der Nähe des Nürnberger Kreuzes) soll ein Atommunitions-Depot für die US-Artillerie 2 Tage blockiert werden. **3.** Ein A-Waffenlager in der Nähe von **Bad Kreuznach** soll ebenfalls 2 Tage blockiert werden. **4.** In **Wurstweiler** bei Neunkirchen (Saarland) soll ein US-Depot blockiert werden. **5.** Der AWACS-Standort bei **Geilenkirchen** (Niederrhein) wird eine ,Frühstücksblockade' erleben. **6.** Einen Tag soll in **Holzwickede** (Ruhrgebiet) blockiert werden. **7.** Im nordwestlichen Ruhrgebiet ist eine Blockade am A-Waffenstandort **Jammertal** (nahe Datteln) in Arbeit. Anschließend will man/frau sich am Ostermarsch Ruhr beteiligen. **8.** Auch das A-Waffenlager **Dülmen** (Münsterland) soll vorübergehend geschlossen werden. Dazu wird — nicht uninteressant — der vom BAF initiierte allgemeine Text verwendet, ohne die mehrfache Betonung auf Gewaltfreiheit drin zu haben. Dort heißen Blockaden ganz schlicht Blockaden. Die Dülmener Blockade soll gleichfalls mit dem Ostermarsch Ruhr enden. Das Ostermarschkomitee Münsterland unterstützt die Blockde nicht — wenn schon Blockade, dann eine symbolische einen Tag an Himmelfahrt, sagte man/frau sich dort. **9.** Hamburg (und Umgebung) ruft zum A-Waffenlager **Kellinghusen** auf. Ein Ostermarsch des Hamburger Forums (KOFAZ-
einen Tag an Himmelfahrt, sagte man/frau sich dort. 9. Hamburg (und Umgebung) ruft zum A-Waffenlager Kellinghusen auf. Ein Ostermarsch des Hamburger Forums (KOFAZ-
Spektrum und SPD) wird nach zähen Auseinandersetzungen von Itzehoe nach Kellinghusen geführt (siehe ausführlicheren Bericht in AK 230, Seite 12). **10.** Im nördlichen Schleswig-Holstein wird zum Atomwaffendepot **Meyn** (nahe Flensburg) mobilisiert. Auch hier gibt es gemeinsame Aktionen der gesamten Friedensbewegung. **11.** Aktionen gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes sind in der Nähe von **Fulda** geplant. **12.** In **Bittburg**, voraussichtlich einziger Stationierungsort für die Cruise Missiles, ist ein Ostermarsch geplant. Auseinandersetzungen hatte es dort insofern gegeben, als das KOFAZ-Spektrum lieber nach Mainz (wie es singt und lacht) ziehen wollte. **13.**Und schließlich soll auf einem Ostermarsch in **Lüchow-Dannenberg** unter dem Motto: ,Keine Atomwaffen und keine zivile Nutzung der Atomenergie' der Zusammenhang von Anti-Atomenergie- und Friedensbewegung hergestellt werden.

Auf dem Frankfurter Arbeitstreffen wurde beschlossen, daß an die Kontaktadresse der Hamburger Friedenskoordination (Bernd Kruse, Jungfrauental 16, 2 Hamburg 13) bis zum **13. März** kurze Berichte über den Stand der Vorbereitungen zu Ostern geschickt werden möchten. Daraus soll dann noch vor Ostern ein **Info-Blatt** erstellt werden. Über Ostern wird ein Büro als Anlaufstelle geöffnet sein (das wird im Info bekanntgegeben), damit von dort aus die Presse gezielt angegangen werden kann. Nach Ostern, wahrscheinlich im April, soll es jeweils ein Auswertungstreffen im Norden und im Süden geben (wird ebenfalls im Info bekanntgemacht).

DFG/VK: Ein pluralistischer Verband ohne Pluralismus

Vom 26.-28. November 1982 fand in der Stadthalle Bergen-Enkheim nach 2 Jahren wiederum ein Bundeskogreß der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsgegner e.V.) statt. Es wäre sicherlich keiner besonderen Betrachtung im AK wert, wollte man die Politik dieses Verbandes bzw. dessen Mehrheit betrachten. Denn dieser Verband bezieht sich in seiner Politik im wesentlichen auf die Politik des ,Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit' (KOFAZ), hinzu kommt im besonderen die Politik um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, wo dieser Verband z.B. beim Streik der Zivildienstleistenden im Januar mit der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) zusammengearbeitet hat.

Besondere Aufmerksamkeit verdient dieser Verband aus einem anderen Grunde: Er ist einer der wenigen (Massen-) Organisationen von Kriegsgegnern, obwohl die Mitgliederzahl seit Jahren bei etwa 20.000 stagniert (in den vergangenen 2 Jahren traten 2.500 aus, 3.300 neue Mitglieder wurden gewonnen). Der Verband selbst hat den (satzungsmäßigen) Anspruch, ein pluralistischer Verband zu sein. Auf der Mitgliedsebene trifft dies auch zu, und selbst auf Delegiertenebene erreichen die Strömungen, die sich nicht an der Komitee-Politik orientieren, bis zu 50% der Stimmen, haben aber in den zentralen Gremien des Verbandes nichts zu sagen, ja sind dort nicht einmal vertreten. Insofern ist der Umgang mit der Opposition im Verband ein Gradmesser für die Bündnisfähigkeit der Komitee-Kreise überhaupt. In der Friedensbewegung insgesamt stellt das Komitee selbstverständlich eine Minderheit auch gegenüber Strömungen wie der DFG-VK-Opposition dar.

Wir haben im ARBEITERKAMPF deshalb die Auseinandersetzungen in der DFG-VK regelmäßig verfolgt (s. AK-Liste). Vor dem Kongreß hatten wir Vertretern aus den Reihen der ,,Kritischen Kräfte'' oder ,,Radikalen Pazifisten'' Gelegenheit gegeben, ihre Vorstellungen im AK darzulegen (s. AK 216).

Nach dem Kongreß muß man von einer Verschärfung der Auseinandersetzungen sprechen, beide Seiten sprechen von der Gefahr einer Spaltung. Auch wenn diese Gefahr unmittelbar nicht besteht, muß man von einer verschärften Konfrontation ausgehen.

wenn diese Gefahr unmittelbar nicht besteht, muß man von einer verschärften Konfrontation ausgehen.

Zur Geschichte

Auf dem letzten Kongreß der DFG-VK in Witten (im November 1980, s. dazu AK 196) hatte es in einzelnen Fragen des neuen Programms heftige Kontroversen gegeben, so z.B. um die Entspannungspolitik, Afghanistan, einseitige Abrüstung, Ablehnung der Kernenergie, um die Frage eines sinnvollen Zivildienstes etc. In einzelnen Fragen wurde bei den Abstimmungen sogar ein Patt erreicht, die Opposition konnte sich aber nirgends durchsetzen. In den zentralen Verbandsgremien war die Opposition seither überhaupt nicht mehr vertreten, nachdem die letzte Vertreterin resigniert das Handtuch geworfen hatte.

Anfang 1981 hatten die ,,Kritischen Kräfte'' damit begonnen, ihre Strömung innerhalb des DFG-VK zu organisieren. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen hatten sie sich ausdrücklich in Abgrenzung zum Begriff der ,,Fraktion'' als ,,Strömung'' gekennzeichnet und mit der Herausgabe eines Diskussionsorgans (DFG-VK-intim) begonnen. Als eine Art vorläufige Zusammenfassung ihrer Kritikpunkte an der Verbandspolitik legten sie vor dem diesjährigen Kongreß sog. ,,Pazifistische Thesen'' vor (s. dazu auch den Beitrag von Jochen Lange in AK 226) und hatten ihrerseits einen Leitantrag erstellt, eigene Kandidaten für den Bundesvorstand aufgestellt und eine Öffnung der Verbandsmedien gefordert.

Zum Leitantrag und Aktionskatalog

Der Leitantrag des Bundesvorstandes ,,*Widerstand '83 — Atomraketen politisch verhindern*'' wurde schließlich praktisch unverändert angenommen. Danach muß sich der Widerstand gegen die Nato-Strategie ,,*darauf konzentrieren, die Realisierung des NATO-Raketenbeschlusses zu verhindern*'', dies aber nicht nur aus dem politischen Grund, weil die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen 83 bevorsteht und somit automatisch (und weitgehend unumstritten) der Widerstand dagegen 1983 im Mittelpunkt stehen wird. Im Leitantrag werden diese Raketen zu d e m Instrument der NATO schlechthin zusammenphantasiert. Da sind diese Waffen nicht nur Erstschlagwaffen für einen auf Europa begrenzten Atomkrieg, sondern auch noch gleich die Instrumente, mit der die ,,Enthauptung'' der Sowjetunion, die Ausschaltung und Vernichtung des sowjetischen Gegenpotentials bzw. ihrer politischen und militärischen Kommandostrukturen möglich werden soll.

Daß dafür die NATO derzeit und in den kommenden 5-6 Jahren eine R u n d u m e r n e u e r u n g des gesamten Nuklearpotentials (MX, Trident, luft- und seegestützte Cruise missiles z.B.) betreibt und insgesamt 40.000 Atomwaffenziele in der SU auf ihren Listen zählt, wird dabei einfach ,,übersehen''. So wird die ,,Nachrüstungs''-Verhinderung nicht nur zum derzeit entscheidenden politischen Konfrontationspunkt erhoben, sondern zum ,,entscheidenden Kettenglied'', womit die neue US-Nuklearstrategie gar ,,zerstört'' werden könne.

Nun wird nicht behauptet, daß dieses Ziel schon fast verwirklicht wäre, aber immerhin seien die ,,*bisherigen Säulen der ideologischen Rechtfertigung von Hochrüstung und Wettrüsten — die Bedrohungslegende und die Abschreckungsdoktrin — ... ins Wanken geraten*''. In Genf seien die USA von der Friedensbewegung ,,*gezwungen*'' worden, sich überhaupt an den Verhandlungstisch zu begeben, auch wenn ihre Vorschläge dort ,,*offenkundig auf ein Scheitern der Verhandlungen zielen*''.

Nun gelte es, den NATO-Beschluß ,,politisch undurchführbar zu machen'', d.h. ,,*die Mehrheit der Bevölkerung sichtbar zu einer kompromißlosen Ablehnung der Stationie-*
Nun gelte es, den NATO-Beschluß ,,politisch undurchführbar zu machen'', d.h. ,,die Mehrheit der Bevölkerung sichtbar zu einer kompromißlosen Ablehnung der Stationie-
rungspläne zu mobilisieren'', vor allem aber ,,*die Unterstützung der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung zu gewinnen und damit eine entscheidende Veränderung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses herbeizuführen*''; den Herrschenden soll so die ,,*soziale und politische Basis entzogen werden*''. Nun wird sich wohl kaum jemand gegen Fortschritte in dieser Richtung aussprechen wollen, aber wir werden noch sehen, wie mit denjenigen Kräften umgegangen wird, die an eine derart phantastische Veränderung der politischen Landschaft der BRD noch in diesem Jahr kaum glauben mögen.

Die Aktionsschwerpunkte des Leitantrages beinhalten dann folgendes:

1. Fortsetzung der Kampagne für atomwaffenfreie Städte und Gemeinden, natürlich hier mit dem Hinweis, daß dies bei atomwaffenfreien Straßen beginnen solle. Dies soll gleichzeitig der konkrete Einstieg ,,*für die politisch abstrakte Idee von einem atomwaffenfreien Europa*'' sein (d.h. diese Forderung ist derzeit ,,unterzuordnen''). Nach 3,5 Millionen Unterschriften sollen weitere Millionen in diesem Jahr gesammelt werden. Damit würde der Krefelder Appell angeblich ,,*zu einer Volksabstimmung*''. In diffuser Weise wird damit nicht nur eine entsprechende Verbreiterung dieses Appells angesteuert, sondern versprochen, daß damit eine neue politische, ja entscheidende Qualität erreichbar sei, oder wie es Michael Gerns in Abgrenzung zu Blockadeaktionen ausdrückte: Die Politiker wüßten aufgrund des Kefelder Appells nicht mehr, wie sie das Problem Frieden in den Griff bekommen könnten.

2. Natürlich lehnt di DFG-VK (wie inzwischen alle Kräfte der Friedensbewegung) gewaltfreie Aktionen an Stationierungsorten keineswegs ab. Sofern ,,*das Prinzip der Gewaltfreiheit gewahrt ist und auch realisiert wird*'', will sie sich daran beteiligen. Entsprechend den KOFAZ-Thesen sollen solche Aktionen aber nur ,,in Absprache'' mit den vor Ort arbeitenden Friedensinitiativen möglich sein und nur dann, wenn sogar ,,*die Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort ermöglicht*'' sei und solche Aktionen ,,*allgemein für alle Bevölkerungsteile nachvollziehbar sind*''. Das klingt so, als ob damit lediglich gemeint sei, daß solche Aktionen sehr bevölkerungsnah zu gestalten seien, es ist aber auch so anwendbar, daß damit jede Aktion angreifbar ist (z.B. könnte mit diesen Kriterien im Hintergrund etwa jede Blockadeaktion in Bitburg mangels Zustimmung aus der Bevölkerung von vorneherein abgelehnt werden). Nun ist ja bereits auch in der DFG-VK der Streit um solche Aktionen im vollen Gange (s.u.). Zudem wird übersehen, daß solche Aktionen (mit mehr direkter politischer und ggf. auch konkreter Konfrontation) zu Stationierungsbeginn hin automatisch an Gewicht gewinnen werden, sofern sich das von der DFG-VK angepriesene Kalkül einer entscheidenden Veränderung der politischen Landschaft in der BRD noch in diesem Jahr als Illusion erweisen wird.

3. Die DFG-VK kündigt an, sich an zentralen politischen Aktivitäten der Friedensbewegung zu beteiligen, insbesondere setzt sie sich ein für ein erneutes zentrales Bonn-Unternehmen am 22.10.83, wo auch in anderen Hauptstädten Europas und der USA demonstriert werden soll.

4. Erwähnenswert ist noch das Ziel der DFG-VK, zentrale Verweigerungskampagnen und Aktionen einzuleiten, wo die verschiedensten Berufs- und sozialen Gruppen gemeinsam ihre Verweigerung von Tätigkeiten für die Aufrüstung erklären sollen (eine solche Kampagne war zum ersten Male anläßlich des letzten Gesundheitstages initiiert worden; diese Aktionsform ist gegenwärtig aber inzwischen eingeschlafen). Diese Forderung wird i.ü. einhellig, auch von allen oppositionellen Kräften mitgetragen.

Die Gegenvorschläge und ihre Abhandlung

Der Landesvorstand Baden-
Die Gegenvorschläge und ihre Abhandlung

Der Landesvorstand Baden-
Württemberg und die Gruppe Berlin (West), beides mehrheitlich oppositionelle Landesverbände, hatten die verschiedenen Gegenentwürfe zu einem gemeinsamen Antrag zusammengefaßt.

Es wird darin als erstes festgestellt, daß die offizielle Politik der Entspannung beendet und einer Politik der Konfrontation gewichen sei (so etwas darf man natürlich nicht in der DFG sagen, die Entspannung muß nämlich (auf der Intensiv-Station) nur ,,wiederbelebt'' werden).

Neben der neuen Qualität der atomaren Bedrohung durch die neuen Raketen dürfte nicht ,,Desinteresse und Ignoranz'' gegenüber den schon bereits 10.000 vorhandenen Atomwaffen um sich greifen. Zudem wird gegen die C-Waffen — und gegen die konventionelle Aufrüstung Stellung bezogen, wobei die tatsächlich laufende Kriegsrüstung der NATO auf diesem Gebiet (s. Rogersplan) eher beschönigend noch als ,,Kompensationsrüstungen'' bezeichnet wird, d.h. gegenüber der ,,Nachrüstung'' und der atomaren Rüstung ausdrücklich a b g e w e r t e t wird. Durch ,,Entlarvung'' der Genfer Verhandlungen, die die USA nur ,,zum Schein'' führten, müsse ,,Illusionen'' in der Friedensbewegung entgegengetreten werden. In diesem Sinne werden einseitige, ,,unausgehandelte'' Abrüstungsmaßnahmen der BRD und der NATO verlangt. Man fordert ,,*Widerstand gegen alle Vereinnahmungsversuche von seiten der bürgerlichen Parteien*'' und das Eintreten der DFG-VK in die Kampagne für ,,ein atomwaffenfreies Europa''.

Bei den Aktionsvorschlägen werden ausdrücklich neben Aktionen zur Verbreiterung der Friedensbewegung Aktionen zur ,,*Radikalisierung der Friedensbewegung*'' verlangt. Im Aktionskatalog sind dann auch im wesentlichen unterschiedliche Gewichtungen zu finden.

Es wird ein Referat ,,Gewaltfreie, direkte Aktionen und soziale Verteidigung'' im Bundesvorstand gefordert (dies ist i.ü. der einzige Punkt, der angenommen wurde).

Zudem soll die DFG-VK an a l l e n Atomwaffenlagern und den geplanten Stationierungsorten Aktionen des zivilen Ungehorsams im Bündnis mit anderen Kräften anstreben. Durch viele solcher Aktionen soll das über ,,symbolische'' Aktionen hinaus zu tatsächlichen ,,Behinderungen'' des Militärapparates kommen.

Zudem solle die DFG-VK einen Rechtshilfefond für Antimilitaristen initiieren. Außerdem solle die DFG-VK zur Bundestagswahl eine Kampagne unter dem Motto ,,Wählt keine Atomparteien'' führen. Gerade der letzte Punkt konnte nur ganz knapp mit 110 gegen 114 Stimmen abgelehnt werden, nachdem sich Helmut Erwe (SPD-Mitglied im Bundesvorstand) nochmals gegen eine ,,Ausgrenzung'' der SPD stark gemacht hatte.

Angesichts der Tatsache, daß der Gegenantrag nur in einer Reihe von Punkten politisch vollkommen kontrovers zur Linie der Verbandsmehrheit liegt, und sogar alle deren Aktionsvorschläge aufnimmt (,,dummerweise'' wurde der Krefelder Appell vergessen), kann man die Behandlung der Opposition nur als sehr rabiat bezeichnen. Die Aussprache dazu hatte im wesentlichen vorher in AGs stattgefunden. Im Plenum wurde schließlich sehr bald nach einer abschließenden Rednersalve von 6 Mehrheitssprechern mit 70 : 30% durchgestimmt, den BV-Antrag en blok abzustimmen, d.h. es gab keine Änderungsmöglichkeiten.

Nach zahlreichen persönlichen Protesterklärungen gab es auch aus den Reihen des BV ein gewisses Einsehen. Gerd Greune erklärte, daß ihm die Vorwürfe des ,,Abwürgens der Aktionsdebatte'' betroffen gemacht hätten und er über den Teil weiter diskutieren lassen wolle, Häberlein setzte sich dafür ein, nur den allgemeinen Teil sofort abzustimmen und beim Aktionsteil Änderungen zuzulassen. Allerdings wurde schließlich auch dieser Teil wie gehabt verabschiedet. Im Nachhinein vermerkte der Bundesvorstand in sei-
sofort abzustimmen und beim Aktionsteil Änderungen zuzulassen. Allerdings wurde schließlich auch dieser Teil wie gehabt verabschiedet. Im Nachhinein vermerkte der Bundesvorstand in sei-
nem Protokoll (vom 18./19.12.82), daß man immerhin ,,Formulierungen'' hätte übernehmen können, ohne ihn ,,zu verwässern''.

Wo ist der politische Pluralismus?

In der Frage der ,,Entspannung'' bzw. der positiven Möglichkeiten, die die Friedensbewegung angeblich in Hinsicht auf die ,,Abrüstungs''-Verhandlungen habe, bleibt die Tatsache, daß die Mehrheit darauf beharrt, ihre Positionen zur Verbandslinie zu machen, wo zu fragen bleibt, wie nach ihrer Meinung die Minderheit damit umgehen soll, da sie ausdrücklich die Positionen der Mehrheit nicht teilt!? (Ist das ein ,,Minimalkonsens''?) Bei anderen Fragen (z.B. Forderungen gegen Atomwaffen überhaupt, gegen konventionelle Aufrüstung etc.) wird die ,,Unterordnung'' unter die Kampagne gegen die ,,Nachrüstung'' aufgezwungen. Bei den konventionellen Waffen beklagt sogar der Bundesvorstand in einem ,,Offenen Brief'' an Gerhard Bolte (einem Sprecher der ,,Kritischen Kräfte''), datiert vom 14.1.83, ,,fehlende Stellungnahmen'' u.a. zum Rogers-Plan, wobei dann gleich noch den ,,Kritischen Kräften'' pauschal unterschoben wird, es gehe ihnen gar nicht ,,*um konstruktive Weiterentwicklungen der Verbandspolitik*'', sondern um ,,*Besserwisserei*''.

Wie das dann ausgehen kann, führte Alois Stoff, Landesvorsitzender aus NRW, in einem Brief an die Delegierten vor. Da er offenbar nicht weiß, daß es eine konventionelle Kriegsplanung

Fortsetzung nächste Seite

Antimilitarismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

der NATO gibt, behauptet er eben, daß die chemischen und konventionellen Waffen nicht die „Qualität" hätten, *„die neuen Erstschlagswaffen zu ersetzen"* (was gar keiner behauptet). So zeige die zentrale Forderung der „Radikalen Pazifisten" gegen die Rüstung im konventionellen und chemischen Bereich, *„wie wenig"* sie die US-Strategie *„verstanden"* hätten.

Eingeleitet wird das denn mit folgendem „netten" Hinweis: *„Applaus bei den Herrschenden werden die „Radikalen Pazifisten" auch mit ihren Bemühungen finden, die Bedeutung des Kampfes gegen den NATO-Aufrüstungsbeschluß zu schmälern".* Ein geradezu typischer Diffamierungsvorwurf, wie man ihn aus 'zig Diskussionen mit solchen Kreisen kennt, wenn jemand außer der Verhinderung der „Nachrüstung" noch andere zentrale Forderungen, vor allem gegen die konventionelle Rüstung, fordert.

Weil die „Kritischen Kräfte" das Konzept der Gewinnung einer aktiven Mehrheit in diesem Jahr, speziell der Gewerkschaften insgesamt, für illusionär halten, wird ebenfalls kräftig auf ihnen herumgedroschen: Bei dem erwähnten Stoff klingt das dann so: Die Friedensbewegung *„von ihrem Kampf um die Köpfe der Menschen in unserem Land abzuhalten und sie mit Aktionen, die den politischen Einfluß nicht verbreitern* (gemeint sind die Blockaden — Anm. AK), *zu beschäftigen, das ist opportunistische Politik".* Auf dem Kongreß behauptete Michael Gerns (DKP-Präsidiums-Mitglied), daß das Ziel „massenhaft gewaltfreier Aktionen" hinter der Realität hinterherhinke. Während, wie erwähnt, der Krefelder Appell es geschafft habe, daß die Herrschenden offenbar kaum weiterwüßten, würden mit Blockaden *„Niederlagen organisiert"*, weil dort der Gegner am stärksten sei. In der Arbeitsgruppe dazu hatte er noch die „Karl May-Romantik" solcher Aktionen an den Pranger gestellt, solche Aktionen resultierten aus der „Resignation", daß doch stationiert werde. Wir meinen, daß es ja wohl 1983 legitim sein müßte, über weitergehende Aktionen zu diskutieren, falls ja nun tatsächlich mit der Stationierung begonnen werden sollte, oder? In der DFG-VK hat das offenbar noch Zeit.

Das beliebteste Mittel in diesem Zusammenhang, um k o n k r e t e Aktionsdiskussionen zu vermeiden, ist, nicht nur Teilen sondern allen Befürwortern von solchen Aktionen zu unterstellen, sie würden diese Aktionen als d e n Knüller gegen die „Nachrüstung" verkaufen. Klaus Mannhardt erklärte das in seiner Begrüßungsrede wie folgt:

„Von verschiedenen Gruppen in der Friedensbewegung wird die These ver-

als d e n Knüller gegen die „Nachrüstung" verkaufen. Klaus Mannhardt erklärte das in seiner Begrüßungsrede wie folgt:

„Von verschiedenen Gruppen in der Friedensbewegung wird die These ver-

treten, daß nur noch direkte gewaltfreie Aktionen wirksam seien (Anm. AK: die würde ich auch mal gern kennenlernen). *Ich bin der Meinung, daß solche Thesen falsch und auch gefährlich sind. Sie wecken Illusionen. Mit direkten Aktionen, Blockaden, Platzbesetzungen usw. allein werden die neuen Atomraketen nicht zu verhindern sein."*

Der Witz der Sache ist ja folgender: Die Illusion, mit dem Krefelder Appell, einer Großdemo in Bonn oder einer Blockade oder gar die Verbindung der 3 Aktionsformen, wie es Mannhardt festgestellt, den Durchbruch zur Verhinderung der „Nachrüstung" zu erreichen, ist ja die g l e i c h e: Nämlich den Dreh herausgefunden zu haben, wie im nächsten Jahr das politische Kräfteverhältnis entscheidend zu unseren Gunsten verändert werden kann, so daß die Verhinderung herausspringt. Tatsache ist, daß in keiner der Gegenanträge (gegen den Leitantrag) auch nur ansatzweise solche Illusionen verbraten oder gegen andere Aktionen des KOFAZ-Spektrums ausgespielt wurden. Im Antrag des Baden-Württemberger LV heißt es dazu, es sei der Friedensbewegung eben *„nicht gelungen, durch ihre Aktionen einen so massiven Druck zu erzeugen, daß eine wirkliche Änderung der herrschenden Sicherheitspolitik zu erwarten ist"*, aber das darf man wohl zu Beginn des Stationierungsjahres nicht sagen, ohne in den Verdacht der „Ketzerei" zu geraten.

Die Auseinandersetzung um die Gremien

Der zweite entscheidende Auseinandersetzungspunkt war die zukünftige Besetzung des Bundesvorstands.
Da es in der DFG-VK überhaupt keine Besetzung des Vorstands nach Strömungen gibt, blieb den „Kritischen Kräften" überhaupt kein anderes Verfahren, als G e g e n kandidaten für bestimmte Referate aufzustellen. Diese erreichten dann in der Regel zwischen 70 und 100 Stimmen (bei 318 Delegierten). Der Kandidat Folkmar Biniarz aus Baden-Württemberg hatte sich aufgrund eines Artikels in den Ba-Wü internen „Südwestkontakten" verdächtig gemacht, inzwischen auch in Richtung dieser Kräfte zu kooperieren; er erhielt zwar 129 Stimmen (auch weniger Gegenstimmen), wurde aber dennoch nicht bestätigt. Gewählt wurde lediglich Christian Schmidt für das neue Referat „Gewaltfreie Aktion/ Soziale Verteidigung" mit 196 : 65 Stimmen, wobei zu berücksichtigen ist, daß er nicht als dirketer Vertreter der „Kritischen Kräfte" gilt.
Zum Eklat kam es dann bei der Abstimmung um das Referat Abrüstung, das bisher Rolf Breuch (neben Gregor Witt das 2. bekannte DKP-Mitglied im Vorstand) inne hatte. Gegen ihn kandidierte Cornelia Habisch von den „Kritischen Kräften" aus Lüneburg, bisher weitgehend im Verband unbekannt. Die Befragung selbst hatte ihr zahlreiche Sympathien gebracht, obwohl sie z.T. das Unverschämteste gefragt wurde (ob sie z.B. Verbandsbeschlüsse nach außen vertrete, etc.). Die Befragung wurde schließlich auf Antrag aus den Mehrheitskreisen abgebrochen. Es wurde vermutet, daß eine weitere Befragung ihr noch mehr Stimmen bringen könnte. Das Abstimmungsergebnis brachte dann 148 : 151 Stimmen für Rolf Breuch und 142 : 152 Stimmen für Cornelia Habisch, beide hatten keine Mehrheit für sich erreichen können. Nichtsdestotrotz unternahmen einige den Versuch, Rolf Breuch dennoch in den Sattel zu hieven, denn er habe ja m e h r Stimmen erhalten. Der Vorschlag einer Referatsteilung wurde kathegorisch abgelehnt. Einige, u.a. Uli Thiel vom Landesverband Ba-Wü, drohten mit ernsthaften Konsequenzen, falls R. Breuch auf dieser Basis das Referat zugesprochen bekommen sollte.
Nach längerer hitziger Debatte blieb dem Kongreß nichts weiteres übrig, als sich an diesem Fall zu vertagen. Die 2. Runde wurde für den 4./5.2.83 in Bielefeld angesetzt.
Nach dem ersten Kongreß tobte dann der Papierkrieg im Verband. Wir nehmen das Ergebnis vorweg : Unter vorbereiteter Regie des Vorstands wurde beschlossen, daß die Kandidaten sich nicht mehr äußern dürften (das begreift man nur, wenn man eben weiß, daß man Punkt-Gewinne für Conny Habisch befürchtete, bzw. so sie besser mit der ganzen Frage der Opposition rundgemacht werden konnte). Zwei Drittel der Delegierten stimmten in Bielefeld für dieses Verfahren. Der Vorschlag, die beiden Kandidaten am besten auch gleich aus dem Saal zu nehmen, kam nicht durch. Nachdem kräftig auf die Opposition eingeprügelt worden war, propagierte Klaus Mannhardt, man solle keine „Grüne", son-

lefeld für dieses Verfahren. Der Vorschlag, die beiden Kandidaten am besten auch gleich aus dem Saal zu nehmen, kam nicht durch. Nachdem kräftig auf die Opposition eingeprügelt worden war, propagierte Klaus Mannhardt, man solle keine „Grüne", son-

dern R. Breuch im Sinne der „Empfehlungen" des Verfassungsschutzes wählen (der sich zu Hauf mit dem DKP-Einfluß in der DFG-VK „beschäftigt"). Breuch erhielt 137 und C. Habisch „nur" 94 Stimmen (es waren nur 241 statt 318 wie beim 1. Teil des Kongresses stimmberechtigt).
Auch die Anträge zur Veränderung der Verbandsmedien seitens der „Kritischen Kräfte" waren entsprechend schnell „erledigt". Aus ihren bisherigen Erfahrungen heraus hatten die kritischen Kräfte gleich gefordert, daß die Zentralredaktion der ‚Zivilcourage' nur aus Platzgründen zensieren und redigieren sollte. Zudem sollten regionale Redakteure ein Mitspracherecht für die Schwerpunkte erhalten, u.a. wurde für 1983 auch eine Schwerpunktnummer „Sowjetunion/ Realer Sozialismus" gefordert. Ohne daß andere, konkretere Vorschläge zur Beteiligung anderer Strömungen gemacht wurden, drohte der bisher Verantwortliche, Schwammborn, mit seinem Rücktritt, falls die Opposition durchkomme. Abgelehnt wurde ebenfalls der Antrag, den Verbands-Informationsdienst vom reinen Info-Material zu entschlacken, denn dafür könne man lieber die qualitativ bessere „antimilitarismus"-Information verwenden und stattdessen mehr Verbandsberichte und Auseinandersetzung zu bringen. Abgelehnt wurden ebenfalls Anträge, die Kontakte zum Weltfriedensrat und speziell zum DDR-Friedensrat (wegen der nichtgenügenden KDV-Rechte in der DDR) abzubrechen.
Schließlich kam es zum Auszug von etwa 40-50 Delegierten.
Am Folgetag beim Treffen der Landesvorstände mit dem neuen Bundesvorstand konnte es nicht ausbleiben, daß dort auch ein Ausschlußantrag gegen Jochen Lange (von den Radikalpazifisten aus Westberlin) gestellt wurde, der allerdings nach Mahnungen aus dem Bundesvorstand zurückgezogen wurde. Auch die kritschen Kräfte trafen sich

Fortsetzung S. 42

Am 27. Januar 1983 streikten in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 11.000 Zivildienstleistende - natürlich mit Notdiensten - gegen die Gesetzesnovelle Zivildienst/Kriegsdienstverweigerung, die von der CDU/CSU/FDP - Koalition im Eilverfahren beschlossen wurde. Herr Geißler von der CDU hat an diesem Tag Abends im deutschen Fernsehen erklärt, daß nun die Gewissensprüfung abgeschafft sei. Dies ist gelogen. In Wirklichkeit ist Tatsache,
daß 1. nach wie vor (wenn auch schriftlich) überprüft wird,
daß 2. bei Zweifeln das bisher bestehende Verfahren Anwendung findet. Dies gilt ebenfalls für Soldaten und gediente Wehrpflichtige,
daß 3. bei Ablehnung durch einen Beamten nur noch der Gang zum Verwaltungsgericht möglich ist: Dies sind Tatsachen, die in Gesetz zur Neuordnung des Rechtes der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes nachzulesen sind; die Gewissensprüfung bleibt, und Geißler?

» Geißler lügt «

Übrigens sollen Zivildienstleistende in Zukunft nicht nur durch ein verschärftes Prüfungsverfahren vom Zivildienst abgeschreckt werden, sondern auch noch durch einen 5 Monate längeren und künstlich härter ausgestalteten Dienst!!!

Gewissensprüfung bleibt!

„6000 ZDLer werden streiken",so verkündete die „taz" noch einen Tag vor den bundesweiten Protestaktionen gegen die „Neuordnung" des KDV-Gesetzes. Ähnliche Zahlen gingen dann auch am Morgen des 27.Januar durch die Nachrichten. Groß waren Freude und Überraschung dann aber, als die Zahlen stündlich anstiegen, um letztlich - so die Schätzungen der Bundeszentrale der SOdZDL - stolze 11 oder 12000 zu erreichen. Damit waren nicht nur alle Erwartungen weit übertroffen, auch die 10 000 Beteiligten des schon legendären ZDL- Streiks 1978 gegen die Abschaffung der sog. „Postkartenregelung" konnten noch überboten werden. Weitere 7 - 8000 ZDLer beteiligten sich an den Demos, Kundgebungen und sonstigen Aktionen. (Insgesamt gibt es z.Zt. etwa 35 000 ZDL). Für einen rein politischen Streik, die Streikenden sind von der Regelung selbst ja nicht betroffen, ein ausgesprochen gutes Ergebnis. Berücksichtigt werden m,uß zudem, daß die ZDLer den Streik praktisch ‚aus dem Stand' organisierten, zentrale Strukturen und Koordination vorher kaum existierten. *„Die Aktionsformen waren vielfältig: Infotische, Demos, Straßentheater, Besuche in Schulen, Streikfrühstück, Podiumsdiskussionen, Unterschriftensammlungen, Scheingelöbnis, Misthaufen vor dem Rathaus, Schweigestunde, befristete Hungerstreiks,... solche öffentlich wirksamen Aktionen fanden in über 250 Orten der BRD statt, darunter allein über 50 Demos und Kundgebungen in den Streikhochburgen. Diese*

sammlungen, Scheingelöbnis, Misthaufen vor dem Rathaus, Schweigestunde, befristete Hungerstreiks,... solche öffentlich wirksamen Aktionen fanden in über 250 Orten der BRD statt, darunter allein über 50 Demos und Kundgebungen in den Streikhochburgen. Diese

waren schließlich doch über die BRD verteilt, als Zentren sind Hamburg, Bremen, Hannover, Köln/ Bonn, Ruhrgebiet, Ludwiegshafen/ Mannheim,Heidelberg, Stuttgart, München zu nennen." (Protokoll der Bundesdelegiertenkonferenz der SO). Einige

„Bleibt es bei dem Gesetz, so sind den Strafgerichten florierende Geschäfte vorauszusagen. Der 'Totalverweigerer' bleibt kein Einzelfall ... Nach einem Blick in die Verfassung, die Bestrafung klipp und klar verbietet, wird sich mancher fragen, ob er sich an die Regeln des Staates halten soll, wenn der Staat sich selbst nicht daran hält. Was ist, wenn er sich an das Wort der Verfassung hält und nach 15 Monaten und ein paar Tagen den Dienst verweigert? Mit fragwürdigen Gesetzen schafft sich ein Staat Gesetzesbrecher. So kann letztlich zum Alptraum werden, was vielleicht der Wunschtraum dieser Gesetzgeber ist:‚Stell dir vor, es sind 20 Monate Zivildienst, und keiner geht hin.'
aus: FR vom 5.Feb. 1983

Zahlen: * In Kiel streikten 500 (von 1000) * In Hamburg ca. 1100 * München 200 * Köln 300 * Göttingen 70 (von 150) * Baden-Württemberg 2000 (von 5400) * Nürnberg 350 usw.
In vielen Städten fegten uniformierten „ZDL- Divisionen und - Kompanien" öffentliche Plätze und Straßen, um auf die Militarisierung des Zivildienstes und den verstärkten Einsatz im „Umweltschutz" aufmerksam zu machen, die Göttinger ZDLer wurden von einem „BW-Offizier" regelrecht vereidigt. Aufsehen erregten auch Krankenwagenkonvois, wobei die ZDL die Benutzung der Krankenwagen von den Dienststellen genehmigt wurde (DRK und Johanniter), um so die Aktionen zu unterstützen. Einzig Heiner Geißler versuchte sich gelassen zu geben: Ihm seien lediglich 2000 ZDLer als Streikende gemeldet worden. Damit könnte er sogar recht haben, denn viele Dienststellen weigerten sich schlicht, „ihre" ZDLer an das Bundesamt für den Zivildienst zu denunzieren, wie es verlangt wurde, um sie so vor den angedrohten Repressionen zu schützen und ihre Ziele zu unterstützen. Dabei hatte das BAZ noch eigens einen Brief an alle 12000 Dienststellen geschickt, in dem es hieß: *„Unser gemeinsames Anliegen sollte es deshalb sein, alle ZDLer von einer rechtswidrigen Verweigerung des Dienstes abzuhalten."* Die Dienststellen wurden nachdrücklich zur Denunziation aufgefordert. Daß sie dieser Aufforderung nur so spärlich nachkamen, darf ebenfalls auf der Erfolgseite deStreiks verbucht werden. Den Vogel schoß dabei *Terre des hommes* in Osnabrück ab, die ihre ZDLer geradezu zur Streikteilnahme aufforderte.

Dabei hatten sich doch Geißler und

Aufforderung nur so spärlich nachkamen, darf ebenfalls auf der Erfolgseite deStreiks verbucht werden. Den Vogel schoß dabei *Terre des hommes* in Osnabrück ab, die ihre ZDLer geradezu zur Streikteilnahme aufforderte.

Dabei hatten sich doch Geißler und

seine Mannen alle Mühe gegeben, die ZDLer durch immer neue Strafandrohungen abzuschrecken: Die ZDLer müßten den Streiktag „nachdienen", es lasse sich noch nicht sagen, ob der Streik außerdem mit Geldbußen oder Haftstrafen geahndet würde (bis zu 4 Monatslöhnen und 3 Jahren Haft sind möglich). Bereits in der Vorbereitungsphase war es zu Repressionen gekommen: Nach einer Erklärung der Bundeszentrale der SO *„seien bereits im Vorfeld des Streiks mutmaßliche Rädelsführer herausgegriffen worden, denen man Bestrafung wegen unterlassener Hilfeleistung und Nötigung sowie Geldbußen angedroht habe"* („Göttinger Tageblatt", 28.1.). In Hannover wurde eine Dienstbesprechung von 100 ZDLern in der Medizinischen Hochschule auf Anordnung des Leiters der ZD-Gruppe von der Polizei geräumt. Die Zivildienstleistenden hatten den Herren so begeistert empfangen, daß dieser nicht dazu kam, über mögliche disziplinarische Folgen des Streiks und die „Vorteile" des neuen Gesetzes aufzuklären. Nach 45 minütigen Beifallstürmen ließ er den Saal räumen.

Auch die bundesweite Unterstützung des Streiks war noch beachtlich angewachsen: Die Bundesverbände der Jusos und Grünen, DFG-VK, BBU, BAF, die Sozialen Friedensdienste (SFD) solidarisierten sich mit dem Streik. Der DGB und die kirchliche Zentralstelle für Rechtsschutz der KDV unterstützten die Ziele der ZDLer, ohne direkt den Streik zu begrüßen (Wo kämen wir denn hin, wenn das alle so machen, wird sich der DGB wohl gedacht haben...) Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft protestierte gegen den geplanten verstärkten Einsatz der ZDL im Umwelt- und Naturschutz. Auch der Beauftragte der EKD für Fragen der KDV und die KDV-Beauftragten der hannoverschen Landeskirche forderten die Verschiebung des Gesetzes und wandten sich gegen die Kriminalisierung der ZDLer. Darüberhinaus kam es in vielen Städten zu breiten lokalen Bündnissen.

FR, 28.1.83

Zivi-Protest

Bisher hat das Bundespresseamt keine Fototermine für Bildberichterstatter angesagt, um unseren Kanzler bei einem Besuch von Zivildienstleistenden abzulichten. Vermutlich gelten solche Bilder als lange nicht so wahlwirksam wie die Schnappschüsse, die den Kanzler beim Besteigen von Panzern zeigen. Vielleicht passiert's aber doch noch. Vielleicht sieht man den Regierungschef dann, wie er kaum erwachsene junge Männer besucht, die hilflose Greise waschen, die alten Leuten ihr Essen bringen, die blutende Verkehrsopfer vom Straßenrand auflesen. Vielleicht.

Die Zivildienstleistenden, die gestern gegen die Pläne streikten, Kriegsdienstverweigerung mit Strafe zu belegen wissen, daß sie gegen das Gesetz verstoßen haben. Aus den vielen Briefen, die sie in den letzten Monaten nach Bonn geschickt haben, wird deutlich, daß bei ihnen das Gefühl die Oberhand gewonnen hat, nur so könnten sie gehört werden. Und daß sie davon ausgehen, durch Leistung die Berechtigung erworben zu haben, ernst genommen zu werden. Leistung, die von „denen in Bonn" nicht gesehen wird.

Ab heute werden die „Zivis" wieder helfen — still, ohne schicke Uniform und ohne feierliches Gelöbnis. Von ihrem Wahlrecht werden sie Gebrauch machen. Rt.

Insgesamt war der Streik ein voller Erfolg, zahlenmäßig und politisch! Der Neuaufbau bundesweiter SO-Strukturen sollte dabei nicht vergessen werden. Daß die CDU/CSU-Regierung sich von den Protestaktionen großartig würde beeindrucken lassen, war von vornherein nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Die Gesetzesnovelle war gerade als Signal christdemokratischer Härte und Unnachgiebigkeit gegenüber der liberalen und demokratischen Öffentlichkeit geplant, als „Strafaktion" gegen eine Gruppe und eine damit sympathisierende Öffentlichkeit, die nicht den „neuen" Vorstellungen von Opferbereitschaft, Gemeinschaftssinn, Kampfbereitschaft und der Ideologie des Dienens für den Staat entsprechen. Das unausgesprochene Motto: Den pazifistischen Sumpf trockenlegen!

Entsprechend zügig wurde die Novelle auch gleich durch den Bundesrat gejagt, lediglich die vier SPD-Bundesländer lehnten das Gesetz ab. Wie sich überhaupt die SPD nach Kräften bemüht, den Anschein zu erwecken, sie sei die allerschärfste Gegnerin der neuen Regelung.

H.-J. Vogel warb für die Bundestagswahl sogar mit Riesenplakaten, er würde die Gewissensprüfung als Kanzler sofort rückgängig machen. Zur Verlängerung hieß es nur noch, die SPD sei gegen eine Regelung, derzufolge der Zivildienst g e n e r e l l ein Drittel länger sein solle als der Wehrdienst. Daß ihre eigenen Vorschläge zuletzt bei 19 Monaten Zivildienst lagen, wird selbstverständlich verschwiegen. Sollte der Fall der Fälle eintreten, wird eine grüne Bundestagsfraktion hoffentlich an den Forderungen der ZDLer **keine** Abstriche machen:
— Abschaffung der Gewissensprüfung;
— **keine** Verlängerung des ZD;
— Keine Militarisierung des ZD;
— Amnestie für alle verfolgten Kriegsdienstgegner.

Antimil-Kommission
KB Göttingen

Klaus Barbie:
Ein Mann nicht nur mit Vergangenheit

Nach 40 Jahren wieder in Lyon — für Barbie kam doch alles anders, als er sich das gedacht hatte: Noch im Flugzeug zwischen La Paz und Frankreich glaubte er, das Reiseziel sei die BRD. ,,*Er stellte ständig Fragen: ,Wie werde ich da ohne Geld leben können?' Oder: ,Wie teuer ist ein Rasierapparat?' Vor der Landung in Cayenne fragte er: ,Ach, das ist Deutschland'. ,Dann', erzählt einer seiner bolivianischen Reisebegleiter, ,war er während des Rests der Reise nicht mehr der Gleiche'''*.

Einige Tage zuvor hatte sein Anwalt (C. Carrion) im mexikanischen Fernsehen noch gedroht, Régis Debray, maßgeblich an der Auslieferung Barbies beteiligt, solle sich vorsehen: Die politischen Bedingungen in Bolivien könnten sich wieder ändern, und es wäre dann möglich, die Auslieferung Debrays, ,,*verantwortlich für den Tod von 200 bolivianischen Soldaten und 7 Offizieren*'', zu beantragen ... (,,Le Monde'', 11.2. und 30.1.). Auf die Frage: ,,*Wären Sie für die Wiederherstellung der Todesstrafe für Klaus Barbie, falls seine Schuld für den Tod tausender Franzosen und insbesondere Jean Moulin erwiesen wird?*'', antworteten 56% der befragten Franzosen/innen mit ,,ja'', 40% mit ,,nein'', 4% waren sich unschlüssig. In der gleichen Umfrage erklärten sich 54% für ein französisches Gericht, 33% für ein internationales Gericht — und gerade 3% für ein westdeutsches Gericht als Prozeßinstanz für Klaus Barbie (10% der Befragten waren der Meinung, man solle Barbie in ein Land seiner Wahl ausliefern). 71% der Befragten werden den Prozeß mit ,,Interesse'', 18% mit ,,Leidenschaft'', 10% mit ,,Gleichgültigkeit'' verfolgen. Schließlich verlangen 70% eine direkte Fernsehübertragung (,,LM'', 11.2.; 17.2.).

Große Genugtuung darüber, daß Klaus Barbie nicht der BRD, sondern Frankreich ausgeliefert wurde, wird vielerorts bekundet. Stellvertretend für viele andere Beispiele ein Auszug aus einem Editorial von ,,Le Monde'' (8.2.): ,, ... *So kommt es nicht zu einem Prozeß, der wie viele andere in seinem Vaterland mittels einer peniblen bis absurden Juristerei die schreienden und unangenehmen Offensichtlichkeiten des kollektiven Gedächtnisses verdeckt hätte*''. ,,*Zweifellos wird Barbie in der BRD seine Verteidiger besorgen; er weiß, daß es dort nicht an Spezialisten für ein solches Anliegen wie seines mangelt*'' (,,LM'', 8.2.).

Barbies Vergangenheit ...

1913 geboren, trat Barbie 1933 der ,,Hitlerjugend'' bei. 1934 macht er in Niebüll ,,Arbeitsdienst''. Im September 1935 tritt Barbie der SS bei (Matrikel 272/284) und bekommt einen Posten bei der Zentrale des ,,Sicherheitsdienstes'' (SD) in Berlin. Später bekleidet er einen ähnlichen Posten in Düsseldorf. 1937 wird er Mitglied der NSDAP (Nr. 4.583.085). 1939 ist er Oberscharführer, 1940 SS-Untersturmführer. Im Mai 1940 wird Barbie nach Den Haag gerufen, zur ,,Abteilung für jüdische Angelegenheiten'' der ,,Sipo-SD''. Ende 1940 wird er Obersturmführer und bekommt 1941 das ,,Eiserne Kreuz''. Vom Januar 1941 bis zum März 1942 arbeitet Barbie bei der ,,Abteilung für jüdische Angelegenheiten'' in Amsterdam. Am 21. Mai 1942 kommt er nach Frankreich, zunächst nach Gex (Südfrankreich, Département Ain). Im November des gleichen Jahres wird er Gestapo-Chef in Lyon. Im November 1943 bekommt er das ,,Eiserne Kreuz erster Klasse''. Im Mai 1944 wird Barbie stellvertretender Chefkommandant der ,,Sipo-SD'' von Lyon. Im November 1944 ist er Hauptsturmführer und kommt nach Dortmund.

In einer Gestapo-Notiz von 1940 heißt es zu seiner Person: Er sei ,,*gut*'' und ,,*rigide*'', ,,*diszipliniert*'', ,,*tadellos*'', ,,*eifrig und minutiös*''. Im Mai 1973 erklärte Barbie von Bolivien aus: ,,*Ich erkenne keine Kriegsverbrechen an. Es gibt weder Freiheit noch Humanität. Es gibt weder Böses noch Gutes. Ich bin ein SSler, das ist wie ein Übermensch, das ist ein Professioneller, der von Hitler ausgesucht worden ist*'' (,,LM'', 8.2.). Gegenüber dem ,,Stern'' (1) meinte er 1979: ,,*Ich glaube nicht an die sechs Millionen vergasten Juden. Aber ich bedaure jeden Juden, den ich nicht umgebracht habe (...) Wir waren voller Ideen. Wir waren jung, uns war alles egal ... Wir waren eine gute Mannschaft. Nie wird man sowas wieder finden auf der Welt*'' (,,LM'', 11.2., bzw. ,,Stern'' 7/83).

Barbie in Lyon

1940 verkündete die französische Kollaborations-Vichy-Regierung erste antijüdische Verordnungen; Juden wurden gemäß der Nürnberger Gesetze definiert und aus dem Staatsdienst entfernt. Im Oktober 1940 verabschiedete die Vichy-Regierung ein Gesetz, aufgrund dessen ausländische Juden, die in Frankreich Zuflucht gesucht hatten, jederzeit interniert werden konnten. Karteien wurden unter Anleitung der SS angefertigt; erste Razzien fanden 1941 statt, wobei zunächst ausschließlich Männer verhaftet wurden. 1942 wurde der Judenstern eingeführt (,,*Einige Juden beschlossen, den Stern nicht zu tragen. Andere trugen ihn an der falschen Stelle. Wieder andere trugen mehrere Sterne auf einmal. Einige Juden versahen ihre Sterne mit zusätzlichen Aufschriften. Und schließlich gab es eine Reihe von Nichtjuden, die den Stern oder ein vergleichbares Zeichen trugen*'' (2)). 1942 ergriff das SS-Deportationsfieber auch Frankreich: Ein erster Gesamtplan sah den Abtransport von 40.000 Juden aus Frankreich vor (35.000 aus Paris, 1.000 aus Rouen, 1.000 aus Nancy, 1.000 aus Dijon, 2.000 aus Bordeaux — in Paris lebten mehr als 140.000 Juden). Im August 1942 waren bereits 27.000 Juden aus Frankreich deportiert worden. Eine der Aktionen, für die Barbie verantwortlich war: ,,*In den frühen Morgenstunden des 6. April 1944 war die Sicherheitspolizei des Abschnitts Lyon in ein Kinderheim in Izieu-Ain eingedrungen und hatte 51 Personen, darunter 5 Frauen und 41 Kinder zwischen drei und vierzehn Jahren, mitgenommen*'' (3).

,,*Die Gesamtzahl der französischen Deportationen betrug etwa 75.000, von denen nur einige wenige Tausend überlebten. Auschwitz war Endstation für 69.000 von ihnen, Majdanek für 2.000, Sobibor für 2.000 und Kaunas für einen Transport von etwa 1.000 Juden. Zwei Drittel der Opfer waren ausländische oder staatenlose Juden, das Verhältnis von Männern zu Frauen betrug 4:3. Nahezu Dreiviertel der Deportierten waren zwischen 18 und 59 Jahren alt, doch mehr als 4.000 waren Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahre und mehr als 6.000 waren Kinder unter 13. Neben den Deportierten gab es einige tausend jüdische Tote in den Internierungs- und Arbeitslagern in Frankreich selbst*'' (4).

,,*Wir wohnten in der Lyoner Umgebung*'', erzählt A.H., der damals 10 Jahre alt war. ,,*Wir waren im Haus sieben Anwesende ... Sie kamen zu dritt. Sie nahmen zwei Personen mit: meinen ältesten Bruder, der 13 Jahre alt war, und meinen Vater*'' (,,LM'', 18.2.). Beide sind nie zurückgekommen. Eine Frau, damals 30 Jahre alt, berichtet:

,,Am Abend meiner Verhaftung sah ich Barbie ein kleines jüdisches Kind seiner Mutter entreißen ... Man hat es

,,*Am Abend meiner Verhaftung sah ich Barbie ein kleines jüdisches Kind seiner Mutter entreißen ... Man hat es nie wieder gesehen, seine Mutter auch nicht*'' (,,LM'', 8.2.).

Im Prozeß gegen Barbie wird auch der Tod von Jean Moulin, aus dem Führungskreis der Résistance, eine zentrale Rolle spielen. Im Juni 1943 gelang es der SS, in Caluire sieben Führer der Résistance zu verhaften. Bis heute sind weder die Verhaftungs- noch die Todesumstände von Jean Moulin klar. Ein Mitverhafteter erinnert sich: ,,*... Mittwoch Mittag haben sie ihn (aus der Zelle) geholt. Abends ist er zurückgekommen, blutüberströmt. Er hinkte. Am Donnerstag Morgen haben sie ihn wieder geholt. Abends sah ich ihn zurückkommen, er wurde getragen, geschleift von zwei deutschen Soldaten. Sie haben ihn hingelegt und die ganze Nacht Wache gehalten. Ich habe ihn nie wieder gesehen.*'' (,,LM'', 6.2.).

Barbie, der Jean Moulin selbst verhörte, hat seine eigene zynische Version: ,,*Fest steht, daß ich ihn nicht umgebracht habe, wie immer geschrieben wird! Er hat unten in dem Keller, den wir hatten, einen Selbstmordversuch gemacht. Seine Hände waren zwar gefesselt, aber nicht die Füße. Die Wache hat nicht aufgepaßt, und er hat einen Anlauf genommen und ist immer wieder gegen die Mauer gerannt und hat sich den ganzen Schädel aufgeschlagen. Natürlich ist er an den Verletzungen gestorben. Stellen Sie sich hier mal hin und schlagen drei Stunden immer mit dem Kopf gegen die Mauer. Das war unglaublich, der Kerl war in Ordnung, der war auf der falschen Seite! (Altmann grinst). Oder ich war auf der falschen Seite*''. (,,Stern'', 7/83). Zu allen seinen Verbrechen — ob Hinrichtungen von Résistance-Kämpfern/innen, ob Deportation von Juden — meint Barbie nur: ,,*Ich stehe zu dem, was ich war und was ich bin*'' (ebda.).

Die Protektionen des Klaus Barbie

Serge Klarsfeld (Vorsitzender des ,,Vereins der Töchter und Söhne jüdischer Deportierter''; sein Vater starb in Auschwitz) und Beate Klarsfeld ist es zu verdanken, daß Barbies Spur wieder gefunden werden konnte. Bereits 1971 erklärten sie öffentlich, daß Klaus Altmann und Klaus Barbie ein und dieselbe Person sei. Andere freilich wußten es bereits viel, viel länger: die westdeutsche Regierung, die US-Regierung und die französische Regierung.

Als die US-Alliierten-Truppen in Deutschland ankamen, hatte Klaus Barbie einen Posten in Dortmund, bei der nationalsozialistischen Polizei. 1945 wurde erstmals von einem französischen Militärgericht Barbies Auslieferung beantragt. Im April 48 erkundigen sich die französischen Ermittlungsbehörden nach dem Stand. Die Ludwigsburger Zentrale antwortet zwar am 3. Mai 48, die Adresse Barbies sei bekannt, teilt sie aber dennoch nicht mit. Im August 48 wird bekannt, daß die amerikanischen Behörden seine Auslieferung verweigern: aufgrund ,,nationaler Verteidigungsinteressen der USA''. Barbie, wie viele andere, war amerikanischer Agent geworden. Er lebte in Deutschland, unter anderem im bayerischen Kempten. Als 1949 Frankreich Barbie als Zeugen zu einem anderen Prozeß laden will, verlangen die amerikanischen Behörden bestimmte Zusicherungen: ,,*Erstens, daß Barbie danach wieder in die amerikanische Zone zurückkehrt. Zweitens, daß sein Aufenthalt in Frankreich zeitlich begrenzt bleibt, und daß sein Schutz gewährleistet wird*''. Zwischenzeitlich wird Barbie von der westdeutschen Polizei wegen eines Schmuckdiebstahls gesucht. Alles in allem betrachten die amerikanischen Behörden es für besser, daß er weggeht: ,,*Am 21. Februar 1951 wird ihm ein ,Temporary Travel Document' von den amerikanischen Behörden in München ausgestellt unter der Nr. 012 1454 auf den Namen Klaus Altmann, geboren am 25. Oktober 1915 in Kronstadt (statt 25.10.1913 in Bad Godesberg). Mittels dieses offiziellen Dokuments erhielt Barbie in Genua ein Reisedokument vom Internationalen Roten Kreuz-Komitee am 16. März 1951, womit er nach Bolivien emigrieren konnte*''.

Die deutschen Behörden wußten ebenfalls seit langem, daß Altmann in Bolivien Barbie ist: ,,*Er und seine Familie sind in Bolivien im Mai 1951 über Argentinien angekommen. Am 7. Oktober 1957 erhielt er die bolivianische Staatsangehörigkeit. (...) Wir empfehlen eine behutsame Ermittlung, denn Klaus Altmann hat gute Beziehungen zu bolivianischen Regierungskreisen und zu anderen ehemaligen Nazis, die in Südamerika leben, wie Fritz Schwend in Lima*'' (5), hieß es in einem Bericht der westdeutschen Botschaft in La Paz 1969. Lachen ist an dieser Stelle erlaubt: Denn nicht nur zu ,,bolivianischen Regierungskreisen'' oder ,,anderen ehemaligen Nazis'' hatte Barbie ,,gute Beziehungen'' — sondern vor allem auch zu bundesdeutschen Regierungskreisen. Seit 1963 wußten nicht nur die deutschen behutsamen Ermittler, wo Barbie sei, sondern er arbeitete auch für sie, nämlich für den BND (siehe Kasten: ,,Geheime Verschlußsache''). Und wie mensch aus dem gleichen Dokument entnehmen kann — auch Frankreich wußte Bescheid ...

Als die US-Alliierten-Truppen in Deutschland ankamen, hatte Klaus

,,gute Beziehungen'' — sondern vor allem auch zu bundesdeutschen Regie-

Barbie in Bolivien

Bereits 1952 arbeitete Barbie bei der politischen Polizei Boliviens mit. Ohnehin: Es ist kein gehetzter oder bislang versteckt lebender Mensch, der nun im französischen Knast sitzt. Vielen Aussagen zufolge hatte sein Geschäft, die ,,Transmaritime Bolivianische Compagnie'', die Unterstützung des Generals und Präsidenten Ovando (der die bolivianische Armee in den 60er Jahren reorganisierte). Über diese Gesellschaft heißt es, sie habe während der Präsidentschaft Allendes Waffen an die chilenische Armee geliefert. Bekannt ist auch die Tätigkeit Barbies als Berater im Innenministerium unter der Banzer-Diktatur (1971 - 1978). Der Drogen- und Waffenhändler Barbie wurde noch vor ein paar Monaten von der bolivianischen demokratischen Opposition als die ,,*graue Eminenz der bolivianischen Repression*'' bezeichnet (6).

Die Gegenwart des Klaus Barbie

Nicht nur Klaus Barbies Vergangenheit, auch seine Gegenwart ist von größtem Interesse. Kürzlich wurden Verbindungen von Barbie zur paramilitärischen Terrororganisation **,,Los Novios de la Muerte''** (Die Verlobten des



BND-Beamter SS-Obersturmführer a.D. Ebrulf Zuber

Nazi-Agenten

Die Auslieferung des einstigen SS-Hauptsturmführers Klaus Barbie an Frankreich hat bei US-Geheimdiensten und beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach Unruhe ausgelöst. Grund: Der einstige Geheimdienstler Eberhard Dabringhaus, jetzt Professor in Detroit, hat ausgesagt, daß er Barbie 1948 für das »Counter Intelligence Corps« (CIC) als Agent habe anwerben müssen, obwohl seinen Vorgesetzten die Vergangenheit des »Schlächters von Lyon« bekannt gewesen sei. Die Rekrutierung von schwer belasteten NS-Tätern wurde damals von den Amerikanern und der deutschen »Organisation Gehlen«, dem Stammhaus des späteren BND, gemeinsam betrieben. In Washington und Pullach heißt es jetzt deshalb: Schotten dicht. Verborgen bleiben soll, wie General Reinhard Gehlen in den fünfziger Jahren mit Rückendeckung von Adenauers Staatssekretär Hans Globke (CDU) Ehemalige aus Gestapo und dem SS-Sicherheitsdienst (SD) in seiner Behörde untertauchen ließ. In Lohn und Brot für den Gehlen-Dienst standen jahrelang: Willi Krichbaum, SS-Oberführer, Grenzinspekteur Südost der Gestapo und Chef der Geheimen Feldpolizei; Fritz Schmidt, SS-Sturmbannführer und Chef der Gestapo-Leitstelle Kiel; Dr. Emil Augsburg, SS-Sturmbannführer und leitender Mitarbeiter des Wannsee-Instituts, wo die »Endlösung« der Judenfrage vorbereitet wurde; Josef Adolf Urban, SS-Sturmbannführer und Chef der SD-Leitstelle Budapest; Dr. Bruno Kauschen vom Reichssicherheitshauptamt; SS-Obersturmführer Hans Sommer, der die Sprengung der Pariser Synagogen organisierte; die SD-Mitarbeiter Alarich Bross und Hans Brachmüller; der SS-Hauptsturmführer Fritz Zietlow vom berüchtigten Sonderkommando 1005; Hans Clemens, Leiter der SD-Außenstelle Dresden. Zu den Prunkstücken in diesem BND-Gruselkabinett gehörte der SS-Oberführer Dr. Friedrich Panzinger, der als Einsatzgruppenleiter in den besetzten Ostgebieten an den Mordaktionen mit mobilen »Gaswagen« mitwirkte, der SS-Hauptsturmführer Dr. Hermann Hubig von der Einsatzgruppe A und der »Gaswagen«-Spezialist SS-Standartenführer Walther Rauff, der seit 1958 in Chile lebt. Im heutigen BND amtiert noch immer als Direktor in der Abteilung V (Beschaffung) der frühere Obersturmführer Ebrulf Zuber. Einst rekrutierte er im Auftrag des Reichsführers SS Himmler in der »Germanischen Leitstelle« des Berliner SS-Hauptamts Nachwuchs für das »Schwarze Korps«. Heute dient er der Bundesregierung unter dem Decknamen »Ackermann« für monatlich 7400 Mark als Informationsbeschaffer.

Geheime Verschlußsache

AB/GS
SP 69290/B

Nr. 821/SUR/2

7.11.1963
Armee-Ministerium
Direktion für militärische Sicherheit
Abteilung Militärische Sicherheit der XI. Militär-Brigade
Sicherheit in den Armeen

Der Chef der Sicherheitsabteilung der Armeen in der Pfalz in Landau
an
den Polizeihauptkommissar der militärischen Sicherheitsabteilung der französischen Armee in Baaden-Oos

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Zentralstelle zur Bekämpfung von NS-Kriegsverbrechen in Ludwigsburg gegen die Chefs der ,Kommandantur der Sipo und des S.D.' von Lyon des Jahres 1944 ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes an Juden in Frankreich, Polen und selbst Deutschland eröffnet hat ...
KLAUS BARBIE, alias WILLMS

Die Nachforschungen des Landeskriminalamts in Wiesbaden haben ermöglicht, die folgenden ihn betreffenden Erkenntnisse zu sammeln:
- *Nach der deutschen Kapitulation 1945 wurde Barbie augenblicklich von den amerikanischen Geheimdiensten benutzt, die ihn in München angesiedelt und unter dem Deckmantel eines ,Geschäftsmannes' protegiert haben.*
- *Seit 1961 und 1962 lebt Barbie in La Paz in Bolivien, wo seine Frau Regine, geborene Willms, neuerdings zu ihm gestoßen ist.*
- *Barbie übt in Bolivien eine getarnte Beschäftigung im Auftrag des amerikanischen und deutschen Nachrichtendienstes aus und zwar für*
  - *die Central Intelligence Agency (C.I.A.)*
  - *Bundesnachrichtendienst (B.N.D.)*

Erwünscht wird betreffs Barbie:
- *die Übermittlung dieses Berichts an die ersuchenden Richter des Militärgerichts Lyon, außerdem an die Erkennungs- und Nachrichtenstelle der Generaldirektion der Nationalen Sicherheit in Paris.*
- *ein Ersuchen an die Direktion der Kriminalpolizei der Generaldirektion für Nationale Sicherheit, alle dort verfügbaren oder erlangbaren Informationen über die Verbrechen mitzuteilen, die Barbie vorgeworfen werden.*
- *den französischen militärischen Abschirmdienst und Auslandsnachrichtendienst von der Anwesenheit Barbies in La Paz zu unterrichten, außerdem über seine sichere Benutzung durch die CIA und den BND.*

Der Abteilungsleiter A. Battault

Verteiler:
- Chef der Armee-Sicherheit bei den französischen Streitkräften in Deutschland: 3 Exemplare
- Chef der militärischen Sicherheit: 3 Exemplare
- Archiv für militärische Sicherheit bei der XI. Militärbrigade: 1 Exemplar
- Armeesicherheit Landau: 1 Exemplar
- Chrono: 1 Exemplar

aus: TAZ, 18.2.83

Geheime Verschlußsache

Todes) wie auch zu den Bombenlegern von Bologna (1980) bekannt. Die Kreise ziehen aber noch weiter. Erinnern wir uns: Am 12.9.82 wurden von der italienischen Justiz gegen fünf mutmaßliche Attentäter von Bologna internationale Haftbefehle erlassen: Stefano **Della Chiaie**, Pierluigi Pagliai, Maurizio Giorgi, der Franzose Olivier Danet und Joachim **Fiebelkorn**. Pagliai wurde von Santa Cruz in Bolivien nach Italien gebracht, was er leider nicht überlebte. Gehen wir noch einen Schritt weiter zurück: Am 2. August 1980 starben 80 Menschen beim Bombenanschlag auf den Hauptbahnhof von Bologna, am 3. Oktober 1980 starben 4 Menschen bei einem Bombenanschlag gegen die Synagoge in der rue Copernic in Paris, am 16. September 1980 starben 13 Menschen beim Anschlag auf das Münchner Oktoberfest.

Bereits 1981 führt die Spur der Pariser Attentäter nach Spanien, zu Ernesto Mila Rodriguez, Mitglied der spanischen Nazipartei „PENS" (im besten Kontakt zur verbotenen französischen Faschistenorganisation „FANE"). Mila Rodriguez fand in Santiago-de-Chile Unterschlupf. In Barcelona hatte er zum Vertrautenkreis von Della Chiaie Kontakt (AK 207, 31.8.81). Letzterer gilt nicht nur als Chef des Bologneser Attentats, sondern ist seit Jahrzehnten eine der Schlüsselfiguren der neofaschistischen Terrorszene. Nach Angaben der italienischen Zeitung „Panorama" (20.9.82) trafen sich 20 Tage vor dem Bologna-Anschlag in Rom **Hoffmann**, Fiebelkorn, Olivier Danet, Pierluigi Pagliai und Maurizio Giorgi. Fiebelkorn, so der Kronzeuge der italienischen Justiz, Ciolini, (selber Faschist und P2-Mitglied), kam aus Bolivien angereist. Die Ausführenden des Bologna-Attentats, so. E. Ciolini weiter, seien aus der Organisation von Della Chiaie gewesen, assistiert von den „Spezialisten" Olivier Danet und Joachim Fiebelkorn. Fiebelkorn, neuerdings in Frankfurt/Preungesheim inhaftiert, wanderte 1977 nach Santa Cruz in Bolivien aus. Dort eröffnete er das bei der deutschen Kolonie beliebte Lokal „Bavaria" und wurde Ortsgruppenleiter der „Weltunion der Nationalsozialisten", deren bundesdeutscher Freund **Manfred Roeder** ist („Stern", 23.9.82). Der letzte Putsch in Bolivien vom 17. Juli 1980 gegen die gewählte Regierung wurde mit einer Aktion 4 Wochen vorher in Santa Cruz angekündigt oder geprobt, bei der *„das gesamte Fahndungsarchiv gegen den illegalen Cocain-Handel vernichtet"* wurde (ila-info, 9/80). Das Coçain, die wichtigste Handelsware Boliviens unter den diversen Diktaturen, wird über Santa Cruz per Flugzeug ins Ausland geschafft („Spiegel", 20/81). Fiebelkorn leitete im Auftrag des Junta-Innenministers Arce Gomez die paramilitärische Organisation „Novios de la Muerte" (s.o.). „Der Spiegel" schrieb dazu: **„Ehemalige Nazis, allen voran der in Frankreich zum Tode verurteilte ehemalige Gestapo-Chef Klaus Altmann-Barbie und Hans J. Stellfeld waren behilflich beim Aufbau von Arces paramilitärischen Truppen"** („Spiegel", 20/81). „Die Tat" schrieb: *„Barbie, einer der wichtigsten Berater rechter bolivianischer Militärs, baute mit den Nazis die paramilitärische Bande ‚Freunde des Todes' auf"* („Die Tat", 24.9.82). Insofern dürfte auch kein Zweifel an der Bekanntschaft zwischen Fiebelkorn, darüberhinaus Mitarbeiter des BKA und Barbie bestehen. Zu den Gästen der Fiebelkorn-Kneipe in Santa Cruz gehörte auch Stefano Della Chiaie („Stern", 23.9.82). Was mögen das für Szenen gewesen sein, als sich BND- und BKA-Mitarbeiter im „Bavaria" mit „Heil Hitler" begrüßten, um anschließend bei deutschem Bier Attentate zu planen, Cocain-Preise festzulegen und von Kriegs- oder Putscherlebnissen zu schwärmen ... Und warum trug das Lokal den Namen eines ganz bestimmten deutschen Bundeslandes?!

Es ist zu hoffen, daß der Prozeß gegen Barbie nicht nur die braune Internationale von gestern, sondern auch die schwarze von heute etwas erhellt.

Frankreich-Kommission

Anmerkungen:

1) Dieses Interview wurde erst jetzt auszugsweise in der „Stern"-Ausgabe 7/83 veröffentlicht — warum, wird nicht erklärt.
2) R. Hilberg, „Die Vernichtung der europäischen Juden", S. 437
3) R. Hilberg, „Die Vernichtung der europäischen Juden", S. 453
4) R. Hilberg, „Die Vernichtung der europäischen Juden", S. 453-454
5) „LM", Artikel von S. Klarsfeld, 16.2.83
6) „LM", 8.2.83
7) Artikel zu Barbie, Della Chiaie, Mila Rodriguez im AK: AK 183, 206, 207, 208 u.a.

Nazi Fiebelkorn wieder hinter Gittern

Unter dem dringenden Verdacht, insgesamt 1,8 Tonnen (!) Kokain-Base in Bolivien transportiert, illegale Rauschgiftgeschäfte getätigt und ein Mädchen gefoltert zu haben, ist der westdeutsche Nazi Joachim Fiebelkorn in Eppstein/Taunus festgenommen worden (Welt, 15.1.83). Diese Festnahme ist umso bedeutender, als Fiebelkorn im September letzten Jahres von italienischen Ermittlungsbehörden beschuldigt worden war, am Bombenattentat auf den Bahnhof von Bologna im August 1980 beteiligt gewesen zu sein. Das ermittelnde westdeutsche Gericht behauptete, das italienische Belastungsmaterial, das nur zum Teil in Übersetzung vorgelegen hatte, sei nicht ausreichend, um Fiebelkorn zu inhaftieren.

Fiebelkorn, der in Santa Cruz/Bolivien eine in Nazi- und Rauschgiftkreisen bekannte Bar besaß, wurde von dem im Sommer 1980 in der Schweiz gefaßten italienischen Faschisten Elio Ciolini beschuldigt, zusammen mit Karl-Heinz Hoffmann und dem italienischen Nazi-Terroristen und Rauschgifthändler Stefano delle Chiaie an Vorbesprechungen für das Attentat beteiligt gewesen zu sein. Auftraggeber sei die berüchtigte, mittlerweile verbotene „Freimaurerloge P 2" gewesen. Ein weiterer von Ciolini beschuldigter Faschist, der ebenfalls im Rauschgifthandel in Bolivien verwickelt war, Pagliai, war im Herbst '82 schwer verletzt nach Italien gebracht worden, wo er seinen Verletzungen erlag — offenbar bevor er Aussagen machen konnte.

Fiebelkorn bestreitet selbstverständlich, mit dem Attentat überhaupt etwas zu tun zu haben. Er behauptet vielmehr, zum fraglichen Zeitpunkt in Bolivien gewesen zu sein und dort am Putsch aktiv teilgenommen zu haben. Zusammen mit seiner Nazi-Rauschgift-Terror-Bande „Söhne des Todes" will er dort die Polizei von Santa Cruz außer Gefecht gesetzt haben (Beides schließt sich selbstverständlich nicht aus!). Diese Bande genoß nach dem Putsch in Bolivien „offiziösen" Status und gehörte offenbar zu dem Teil des Staatsapparates, über den die umfangreichen Rauschgiftgeschäfte (Umfang: mehrere Milliarden DM im Jahr!) abgewickelt wurden. Gerüchte wollen nicht verstummen, daß Fiebelkorns Bande von dem gerade nach Frankreich ausgewiesenen Nazi-Verbrecher Barbie ausgebildet worden sei.

Das wahrscheinlich Brisanteste an der ganzen Geschichte um Fiebelkorn aber ist, daß er nach Berichten der „Frankfurter Rundschau" angeblich auch als Agent des B u n d e s k r i m i n a l a m t e s in Sachen internationaler Rauschgifthandel tätig gewesen ist.

Nazi-Prozesse in Frankreich

1952 waren rund 6.000 Todesurteile, 2.248 lebenslängliche Zwangsarbeitsstrafen, 8.864 zeitlich begrenzte Zwangsarbeitsstrafen und knapp 24.000 Gefängnisstrafen von der französischen Justiz verkündet worden. Zwischen 1965 und 1966 fanden weitere drei Prozesse gegen französische Kollaborateure statt:

— Jacques Vasseur, ehemaliger Dolmetscher des Sicherheitsdien-

— Jacques Vasseur, ehemaliger Dolmetscher des „Sicherheitsdienstes" in Angers, verantwortlich für 430 Verhaftungen, 310 Deportierungen, und 230 Tote. 17 Jahre lang hatte Vasseur sich in Lille verstecken können. Er wurde zum Tode verurteilt, dann begnadigt und schließlich zu lebenslänglichem Knast verurteilt.

— Jean Barbier, der ähnliche Dienste für die deutschen Nazis in der Grenobler Region ausführte und

— Joseph Cortier, der in der Gegend von Lyon wirkte und dort französische Résistance-Kämpfer an die Nazis denunzierte. Beide wurden ebenfalls zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt.

Die SS-Organisation in Frankreich

Oberste Leitung hatte der General Oberg. Er wurde 1945 nach Frankreich ausgeliefert, 1954 zum Tode verurteilt, später (1958) durch den Präsidenten Coty begnadigt. 1962 lebte Oberg wieder frei in der BRD. Assistiert wurde Oberg von Hagen, 1955 zu lebenslänglicher Haft verurteilt. 1980 wurde er in Köln erneut verurteilt, dieses Mal zu 12 Jahren Haft.

Die nationale Leitung der deutschen Nazipolizei in Frankreich lag in den Hände von Helmut Knochen. Er wurde 1954 zum Tode verurteilt, 1958 begnadigt und 1962 in die BRD zurückgeschickt. Er lebt heute in Offenbach, nachdem er in einer Versicherungsgesellschaft tätig war. Als Mitarbeiter hatte Hagen Kurt Lischka. Ein französisches Gericht verurteilte ihn 1950 bei Abwesenheit zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. 1980 wurde er in Köln zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Kurt Lischka hatte die Pariser Leitung inne. Sein Mitarbeiter war Heinrich Hillers, Chef der Pariser Gestapo. Nach dem Krieg präsidierte Hillers das Sozialgericht in Hannover. 1972, entdeckt durch S. und B. Klarsfeld, wurde er vorzeitig pensioniert. Er lebt heute in Gretseel.

Horst Ahnert leitete die antijüdische Abteilung der Pariser Gestapo. Er ist nach Kriegsende spurlos verschwunden.

Die antijüdische Abteilung der nationalen Gestapo leitete von 1940 bis 1942 Theodor Dannecker. Er soll 1945 Selbstmord gemacht haben, wurde jedoch in Abwesenheit 1950 in Frankreich zum Tode verurteilt. Von 1944 ab wurde die oben genannte Abteilung von Heinz Rothke geleitet. Nach dem Krieg lebte er in der BRD als juristischer Berater. Er wurde nie identifiziert und starb 1968.

Ernst Heinrichsohn und Horst Ahnert waren die direkten Mitarbeiter von Dannecker und Rothke..

Ahnert waren die direkten Mitarbeiter von Dannecker und Rothke..

Heinrichsohn wurde 1956 in Abwesenheit in Frankreich zum Tode verurteilt. Er lebte nach dem Krieg in Miltenberg, wurde Rechtsanwalt und Bürgermeister von Burgstadt. Heinrichsohn wurde 1980 in Köln zu 6 Jahren Haft verurteilt, jedoch 1982 aus „gesundheitlichen Gründen" freigelassen. Horst Ahnert alias Alois Brunner, Chef des Spezialkommandos von Eichmann, lebt heute in Syrien (Damas) unter dem Namen Fischer. 1954 wurde er in Abwesenheit in Frankreich zum Tode verurteilt.

Nicht nur in Lyon, wo Barbie wirkte, gab es Außenkommandos der „Sipo.-SD.": Auch in Angers, wo Hans-Dietrich Ernst tätig war. Ernst wurde viermal in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Bis 1977 konnte Ernst unbehelligt als Rechtsanwalt in Leer wirken.

In Bordeaux war Herbert Hagen (s.o.) tätig, in Orléans Fritz Merdsche, zweimal in Abwesenheit zum Tode verurteilt, dennoch Richter in Frankfurt/M. Nach seiner Pensionierung leitete er eine juristische Zeitschrift. In Marseille war es August Moritz, der ebenfalls unbehelligt in der BRD lebt. Schließlich wirkte in Nancy Rudolf Schmaling, der seit Kriegsende verschwunden ist.

Das Massaker von Oradour

Am 12. Januar 1953 begann der Prozeß gegen 21 Mitglieder der SS-Division „Das Reich". Sie waren aufgrund ihrer Beteiligung am Massaker von Oradour-sur-Glane vom 10. Juni 1944 angeklagt: Dort wurden in einer SS-„Straf-Aktion" 642 Menschen ermordet, davon 207 Kinder, 245 Frauen und 190 Männer.

Der SS-General Heinz-Bernhard Lammerding, damaliger Kommandant dieser SS-Division, konnte nur in Abwesenheit zum Tode verurteilt werden. Im Nachkriegsdeutschland leitete er eine Baufirma, bevor er in Bayern starb.

Die angeklagten Soldaten wurden zu Haft- und Zwangsarbeitsstrafen verurteilt, aber bereits 1953 amnestiert.

Frankreich-Kommission
(Daten u.a. aus „LM", 20./21.2.83; das Aufspüren der meisten genannten SSler ist S. und B. Klarsfeld zu verdanken).

Anschläge auf US-Soldaten: Nazis in Haft

Monatelang hatte die Serie von Anschlägen auf US-Einrichtungen im Rhein-Main-Gebiet dafür herhalten müssen, von einer „zwischen Revolutionären Zellen (RZ) und RAF" angesiedelten neuen Terror-Szene zu phantasieren. Noch im Herbst hatte Generalbundesanwalt Rebmann jeden Verdacht auf einen organisierten rechten Terrorismus weit von sich gewiesen, hatten sich die Spitzen des westdeutschen Fahndungsapparats öffentlich ganz auf den „Feierabend-Terrorismus" der RZ eingeschossen.

Jetzt, da die Täter feststehen, da 5 Nazis festgenommen sind und ein weiterer noch flüchtig ist, da feststeht, daß diese Serie von Anschlägen die größte ist, die in der BRD von einer Nazi-Terror-Bande verübt wurde, da wird nicht diese Fiktion vom linken Terrorismus revidiert, sondern umgekehrt — so Innenminister Zimmermann bei der Vorlage des Verfassungsschutzbericht 1982 — erneut phantasiert, daß sich nun „der Kreis zwischen linkem und rechtem Terrorismus" schließe. Und noch weiter: die Nazis hätten „gemeinsame Sache mit RAF und RZ machen wollen", Antiamerikanismus und Befreiung von den imperialistischen Besatzern seien sowieso ihre Parolen gewesen; Odfried Hepp — der noch flüchtige Nazi — habe eine „deutsche PLO" bzw. eine „German Liberation Organisation" geführt; das entdeckte Waffenlager der Nazis in Dietzenbach sei ja auch nur ein paar hundert Meter von einem der RAF entfernt gewesen. Nur einmal taucht angesichts dieses Wusts an Spekulationen die nüchterne Feststellung des Landeskriminalamtes Wiesbaden auf, daß es für eine Zusammenarbeit Rechts-Links überhaupt keine Hinweise gibt.

Die 5 festgenommenen Nazis Kexel, Blaschke, Sporleder, Tillmann und Fraas sowie der noch flüchtige Hepp werden beschuldigt, folgende Anschläge begangen zu haben:
10.10.82: 5 Autos in einer Wohnsiedlung von US-Soldaten in Frankfurt fliegen in die Luft.
17.10.82: 3 weitere Autos explodieren auf einem Kasernengelände.
31.10.82: Eine Zeitzünderbombe explodiert in einer Militärsiedlung in Gießen; 20 Autos werden zerstört, zwei Wohnhäuser werden beschädigt; Sachschaden: 500.000 DM.
15.11.82: Gerade noch rechtzeitig wird eine 7,25 kg-Bombe im Keller eines Hochhauses in Eschborn bei Frankfurt entdeckt, bei deren Explosion evtl. hunderte von Bewohnern hätten getötet werden können. Das Hochhaus wird vor allem von Amerikanern bewohnt.
14. und 15.12.82: In Butzbach und in Darmstadt explodieren zwei Autos, als sich deren Besitzer (US-Soldaten) hinters Steuer setzen. Beide werden schwer verletzt. In Frankfurt-Fechenheim bemerkt ein GI gerade noch rechtzeitig die Zündkabel für eine Bombe, die zu einem Druckschalter unter seinem Sitzbezug führen.

In ersten Meldungen wurden der Nazi-Bande darüberhinaus noch folgende Anschläge vorgeworfen, die inzwischen anscheinend nicht mehr Gegenstand der Anklage sind:
27.9.82 Frankfurt: 3 Bomben explodieren vor Reisebüros, die Reisen nach Israel vermitteln; ein Hausmeister wird getötet.
28.9.82: 2 weitere Bomben vor Frankfurter Reisebüros können gerade noch entschärft werden.

Außerdem ein Brandanschlag auf die "Taunus Therme" (dort hatten die Nazis sich mehrmals getroffen) und ein Bombenattentat auf dem Flughafen München-Riem.

Alle diese Anschläge blieben völlig anonym; es tauchten weder Bekennerbriefe auf noch waren die Opfer gezielt ausgesuchte Prominente — beides veranlaßte schon im letzten Jahr den Hamburger Verfassungsschutz-Chef Lochte, die Täter in rechten Kreisen zu suchen.

Neben den Anschlägen werden der Bande auch folgende Banküberfälle zur Last gelegt:
4.11.82 Ortenberg/Hesen 130.000.-- DM;
Eine Bank in Nidda/Wetteraukreis 250.000.-- DM;
Eine Bank in Bamberg/Bayern 130.000.-- DM; sowie ein Raubüberfall in Hungen bei Schotten und evtl. weitere Banküberfälle auf Geldinstitute.

Ein Teil der Beute soll angeblich dazu verwandt worden sein, in Westberlin eine Druckerei zu kaufen, die in Zukunft als Anlaufadresse für den Nazi-Untergrund dienen soll.

Die Täter

Aufgrund eines Hinweises aus der Bevölkerung wurden 3 der 5 Nazis in einer angeblich "konspirativen Wohnung" in der Hanauer Landstraße gefaßt — ausgerechnet in einem Wohnblock, in dem bis zu seinem Tod am 24.12.81 bei einer Schießerei mit Schweizer Grenzbeamten der VSBD-Terrorist Frank Schubert gewohnt hatte. Angeblich auf der Suche nach linken Terroristen stürmte die Polizei das Gebäude und nahm drei Nazis fest:

— **Helge Bjlaschke (40)** aus Frankfurt, ehemaliger NPD-Mann, mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraft, Mitglied der VSBD; zum letzten Mal in der Öffentlichkeit wurde Blaschke im Hessen-Wahlkampf bei einer Dregger-Kundgebung auf dem Frankfurter Römer gesehen.

— **Dieter Sporleder (22)** aus Gießen; ehemals Landesvorsitzender der VSBD in Hessen, DDR-Flüchtling und ebenfalls einschlägig vorbestraft.

— **Hans-Peter Fraas (22)**, Schlosser; ehemals "Unterführer" der WSG-Hoffmann und Mitglied der "Wehrsportgruppe Libanon" aus Angehörigen der WSG-Hoffmann und der VSBD, die 1980/81 im Libanon war. Fraas war gemeinsam mit Odfried Hepp im Juni 1981 aus dem Libanon zurückgekehrt, wobei — wie jetzt bekannt wurde — das BKA gegen das Versprechen der Rückkehrwilligen, gegen Hoffmann auszusagen, die Wege geöffnet hatte.

Nur wenig später wurden die beiden übrigen in England festgenommen.

— **Walter Kexel**, stellvertretender Vorsitzender der VSBD in Hessen und einschlägig vorbestrafter Nazi. Kexel ist seit Jahren der Kopf der Frankfurter Nazis. Unter sehr mysteriösen Umständen hat es Kexel immer wieder geschafft, die schwersten Anschuldigungen gegen ihn niederzuschlagen: So war

Fortsetzung nächste Seite

Kampf dem Faschismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

er es, er zusammen mit Frank Schubert in die Schweiz gefahren war (Dezember 81) und dort noch wenige Stunden vor der Schießerei an der Grenze mit Schubert zusammen war. Auch besteht der Verdacht, daß Kexel beteiligt war bei einem von Schubert verübten Bankraub im Südhessischen — in beiden Fällen verliefen die ''Ermittlungen'' im Sande.

Aus dem Gefängnis heraus unterhielt Kexel einen lebhaften Briefwechsel mit Kühnen. Gemeinsam mit Hepp äußerte er sich in der nazistischen ''Bauernschaft'' des Thies Christophersen und grenzte sich dort von den alten NS-Faschisten ab. Genau wie Kühnen entwickelte Kexel dort die Vorstellung, daß eine ''neue'' NS-Bewegung mehr sozialdemagogisch, ''nationalrevolutionär'' zu sein habe, daß der Kampf gegen die ''Besatzer'' zu führen sei etc. — **Ulrich Tillmann**, uns bisher unbekannter Nazi; über ihn soll der Kontakt zu dem englischen Faschisten Ian Souter Clarence (59 Jahre) bestanden haben, bei dem die beiden Unterschlupf gefunden hatten. Clarence, ein ehemaliger Fallschirmspringermajor ist in England kein Unbekannter: Er soll der faschistischen ''St.-George's-League'' angehören, einer Organisation, die auch schon in der Vergangenheit flüchtigen westdeutschen Nazis geholfen hat; jahrelang unterhielt Clarence eine ''Überlebens-Trainings-Lager'' unter dem Namen ''Wessex Survival Service''; dort sollen angeblich junge Nazis zu Einzelkämpfern ausgebildet werden, die — so Clarence — ''mit bloßen Händen töten können''. Unbestritten ist, daß Clarence selbst bei den alljährlichen Nazi-Aufmärschen im belgischen Diksmuide teilgenommen hat.

Wo ist Odfried Hepp?

Noch flüchtig ist der 6. im Bunde, **Odfried Hepp.** Die letzte Nachricht über ihn lautete, daß er am 6.2.83 bei einem

schen Diksmuide teilgenommen hat.

Wo ist Odfried Hepp?

Noch flüchtig ist der 6. im Bunde, Odfried Hepp. Die letzte Nachricht über ihn lautete, daß er am 6.2.83 bei einem

Freund in Stuttgart aufgetaucht ist — offenbar ein alter Bekannter aus den Tagen der ''Wehrsportgruppe Schlageter/Ortenau''. Eine nach Hepp eingeleitete ''Großfahndung'' in Westberlin, wo er seit geraumer Zeit lebt, blieb erfolglos.

Dieser Odfried Hepp ist wohl die interessanteste Figur der Bande. An seiner Person machen sich schwerpunktmäßig alle Verdächtigungen über Kontakte nach links, zur PLO fest.

Deshalb hier die Fakten:

Hepp kommt aus dem ''Bund Heimattreuer Jugend'' (als Fahnenträger des BHJ ist er auf dem Buch: ''Unsere Stunde wird kommen'' im Lamuv-Verlag zu sehen); irgendwann in den Jahren 78/79 kommt er in Kontakt mit Hoffmann und gründet in seiner Heimatstadt Achern (Südbaden) eine ''WSG Schlageter/Ortenau'', die sich selbst als Teil der ''WSG Hoffmann'' versteht. Bei der Aushebung der Bande werden umfangreiche Waffen- und Uniformsammlungen beschlagnahmt. Der ursprünglich großangekündigte Prozeß gegen Hepp und Co. (''terroristische Vereinigung'') wird immer wieder verschoben. Hepp geht im Sommer 1980 mit Hoffmann und anderen Nazis in den Libanon. Kurz vor dem Münchner Attentat tauchen Hepp, Hamberger, Dupper und Bergmann (alle ''WSG Libanon'') bei der Botschaft in Beirut auf, um ''auszupacken''. Was darauf im Libanon weiter geschieht, darüber könnte am besten das BKA Auskunft geben — auf jeden Fall wird der Nazi Bergmann wegen angeblicher ''Disziplin-Schwierigkeiten'' von seinen Kameraden umgebracht. Hoffmanns Truppe gerät im Libanon zwischen die Fronten, die Falange und die PLO beschuldigen sich gegenseitig, die Hoffmann-Bande auszubilden; beide Parteien präsentieren WSG-Mitglieder als Kronzeugen.

Für den ''mutmaßlichen Einzeltäter'' des Münchner Blutbades, Köhler, ist Hepp kein Unbekannter: Hepps Adresse findet sich in Köhlers Notizbuch.

Im Juni 1981 schließlich kehrt Hepp zusammen mit anderen Nazis in die BRD zurück. Angeblich soll er dabei durch Agenten des BKA unterstützt worden sein, die ihn als Belastungszeugen gegen Hoffmann verwenden wollen. Aufgrund der Aussagen der Heimkehrer wird Karl-Heinz Hoffmann in der BRD in Haft genommen (der Prozeß steht noch aus).

In der BRD angekommen, wird Hepp wegen der alten Geschichte der ''WSG Schlageter/Ortenau'' zu 16 Monaten Knast verurteilt, kommt aber nach drei Monaten wieder frei. Trotzig verkündet er bei Urteilsverkündung ''Der Befreiungskampf geht weiter — Heil Hitler!''.

Fortsetzung nächste Seite





Odfried Hepp auf einer Palästina-Demonstration Anfang 1982 in Frankfurt. Er wurde erkannt und aus der Demonstration entfernt

Der damalige bayerische **CSU-Innenminister Gerold Tandler am 12. März 1979:**

„Wenn sich eine Vereinigung an die allgemeinen gesetzlichen Regelungen, wie zum Beispiel das Uniformverbot – wobei aber das Uniformverbot des § 3 des Versammlungsgesetzes nur für das Tragen in der Öffentlichkeit oder in einer Versammlung gilt –, das Waffengesetzt, das Naturschutzgesetz, die Straßenverkehrsordnung hält, kann die Abhaltung zu ‚Wehrsportübungen' nicht unterbunden werden. Der ‚Wehrsport' selbst ist nicht strafbar."

Der bayerische **Ministerpräsident Franz Josef Strauß am 22. März 1979:**

„Lassen Sie mich eine fünfte Feststellung treffen: Machen Sie sich doch nicht lächerlich, wenn Sie gewissen Gruppierungen – Sie haben heute die Wehrsportgruppe Hoffmann genannt – duch ihre ständigen, in der Öffentlichkeit vorgetragenen, überdimensionierten Darstellungen überhaupt erst der bayerischen Bevölkerung bekannt gemacht und ihnen damit eine Bedeutung zumessen, die sie nie hatten, nie haben und in Bayern nie bekommen werden."

Noch am 19. August 1980 erklärte Tandler:

– wieder auf eine Anfrage der bayerischen SPD – es gebe keine Hinweise, daß ehemalige Mitglieder der Wehrsportgruppe in anderen rechtsextremistischen Organisationen aktiv seien. Er, Tandler, könne allerdings nicht ausschließen, daß die „von der SPD zur Schau getragene Sorge um rechtsextremistische Aktivitäten" einen Versuch darstellt, „von den bundesweit zu verzeichnenden Volksfrontaktionen der Jusos abzulenken".

Fischzug im Trüben

Alle Wege des Terrorismus führen nach Beirut. Wenn es in deutschen Landen bombt oder schießt, weist totsicher eine Spur zur PLO. Und von dort ist es bekanntlich bis zum KGB nur noch ein Katzensprung.

Susanne Albrecht („Ich bin's, die Susanne") arbeitet beim PFLP-Chef Habasch als vierte (1). Der Bomber vom Oktoberfest, Gundolf Köhler, war zwar ein Einzeltäter, aber eng verbunden mit der PLO (2). Wenn Nazi-Terroristen eine Synagoge überfallen, steckt dahinter die PLO, denn so wurde es auf einer PLO-Geheimkonferenz beschlossen (3). Außerdem sind solche Überfälle mit Sicherheit auf die besondere Sympathie der betreffenden Landesregierung für die PLO zurückzuführen (4). Der Heidelberger Raketen-Anschlag auf den US-General Kroesen wurde in einem PLO-Lager erdacht und vorbereitet (5). Für Anschläge mit hochgiftigen bakteriologischen Kampfstoffen wurden Susanne Albrecht, Brigitte Mohnhaupt und ihre Freundinnen und Freunde in einem PFLP-Lager südlich von Beirut ausgebildet (6). **„Bei der Durchleuchtung der rechten Szene erweist es sich, daß sowohl ‚rechte' wie ‚linke' Terroristen von der PLO im Libanon trainiert und auf ihre Einsätze in Europa vorbereitet worden sind. Daran sollten die Deutschen denken, wenn von einem Vorgehen Israels in der Nahost-Region die Rede ist"** (7). Somit wäre immerhin ein vernünftiger Grund genannt, WARUM hierzulande alle Spuren des Terrorismus auf die PLO zurückgeführt werden müssen: Wir gewinnen dadurch mehr Verständnis für Israels ordnungspolitische und zivilisatorische Funktion in dieser problematischen Zone.

Als kürzlich 5 Nazi-Terroristen verhaftet wurden — was lag da näher, als die Bande sofort als **„Deutsche PLO"** (8) narrensicher einzuordnen? Immerhin waren zwei der Nazis mehrere Monate lang in einem „Lager der PLO" gewesen. Also reichlich Grund genug für die obligatorische Schlußfolgerung: **„Spur führt zur PLO in den Libanon"** (9). Bekanntlich ist der erste Eindruck immer der wichtigste. Also wurden die Verhafteten in den ersten Meldungen gleich in Beziehung gebracht zu Anschlägen, für die sie — wie sich einige Tage später herausstellte — gar nicht verdächtigt werden, aber die eine absolut eindeutige antiisraelische bzw. antijüdische Marke haben. Da tauchte beispielsweise die Pressemeldung auf, einer der Verhafteten (Kexel) werde von der französischen Polizei verdächtigt, an dem Bombenattentat gegen die Synagoge in der Pariser rue Copernic (3.10.82 — 4 Tote) beteiligt gewesen zu sein. Details der Meldung (falsches Datum, ebenso Zahl der Toten falsch angegeben) deuteten bereits auf Verwirrung hin. Zwei Tage später wurde tatsächlich korrigiert: Nicht die Synagoge, sondern das jüdische Restaurant Goldenberg in der rue de Rosiers (9.2.82 — 6 Tote) sei gemeint. Es folgte das offizielle Dementi der französischen Polizei: Weder-Noch, was offenbar seit langem klar war, da den Zeugen des Attentats in der rue de Rosiers schon bei den damaligen Ermittlungen Fotos der relevanten deutschen Nazi-Terroristen vorgelegt worden waren.

Zu dem Verwirrspiel gehört auch, daß in den ersten Pressemeldungen behauptet wurde, die Verhafteten seien verdächtigt, mehrere Brandanschläge mit vermutetem antiisraelischem Hintergrund auf Frankfurter Reisebüros im September 1982 verübt zu haben. Dieser Vorwurf wurde einige Tage später ebenso aus der Liste gestrichen wie das Pressegerücht, die Nazi-Bande sei auch für ein Bombenattentat auf dem Münchner Flughafen Riem im August 1982 verantwortlich — für letzteres hatte es einen Bekennerbrief einer absolut unbekannten Gruppe „Gerechtigkeit für palästinensische Organisationen" gegeben.

Es wird sicher niemand bestreiten wollen, daß Nazis für antisemitische Anschläge nicht bloß in Frage kommen, sondern daß sie sogar ganz oben auf der Liste der möglichen Täter stehen. Das hebt aber die feinen Unterschiede im k o n k r e t e n Fall zwischen Wahrheit, Gerücht, Erfindung, Lüge nicht auf.

> *„In jüngster Zeit ... versucht der KGB, um seine Tarnung zu verdichten, auch rechtsextremistische Terrorprofis in seine Untergrundaktivitäten miteinzubeziehen. So weiß man etwa, daß die deutsche ‚Wehrsportgruppe Hoffmann' (16 Mann) in einem Lager bei Beirut ein spezielles Training absolvierte. Das Lager dort steht unter der Kontrolle der marxistischen ‚Palästinensischen Befreiungsfront' (Wadia Haddad). Die wiederum wird von Soldatow kontrolliert, dem sowjetischen Botschafter in Libanon, und Nayif Hawatmeh ist dessen Mittelsmann direkt zum KGB"* („Tagesspiegel", Westberlin, 2.6.81).

In dem geschilderten Fall ist nicht zu übersehen, daß das Interesse an Konstruktionen gegen die PLO sehr viel größer ist als das Interesse an der Aufklärung antisemitischer Verbrechen und ihrer Hintergründe.

Freilich, ein gutes Dutzend Nazis aus dem Umkreis Hoffmanns waren 1980/81 einige Monate in palästinensischen Lagern. Nicht gerade als Ehrengäste der PLO, wie man inzwischen recht gut weiß (10), aber doch leider Gottes sehr viel länger geduldet, als nötig gewesen wäre, um sich über diese Bande ein klares Bild zu machen und sie zum Teufel zu jagen. Aber wo Hoffmann seine Bomber- und Mördertruppe gesammelt und gedrillt hat — und zwar nicht ein paar Monate lang, sondern über eine stattliche Zahl von Jahren hin — weiß man doch gerade hierzulande sehr gut:

Gottes sehr viel länger geduldet, als nötig gewesen wäre, um sich über diese Bande ein klares Bild zu machen und sie zum Teufel zu jagen. Aber wo Hoffmann seine Bomber- und Mördertruppe gesammelt und gedrillt hat — und zwar nicht ein paar Monate lang, sondern über eine stattliche Zahl von Jahren hin — weiß man doch gerade hierzulande sehr gut:

Es war im Bundesland Bayern, in der Umgebung Nürnbergs, wo H u n d e r t e nazistisch interessierter Jugendlicher ideologisch und waffentechnisch ihren „Schliff" erhielten. Für das Waffentechnische hatte Hoffmann ganz offiziell Waffenscheine erhalten. Für das Ideologische braucht es hierzulande keinerlei Genehmigung.

So also stehen die Dinge, wenn nach den Begünstigern des Nazi-Terrorismus gesucht wird. Und es kommt noch hinzu:

Auf höchstrichterlichen Beschluß stellte Hoffmanns sogenannte „WSG Libanon" keine terroristische Vereinigung dar, da sie „über keine Teilorganisation in der Bundesrepublik Deutschland" verfügte. Daß von der „WSG Libanon" engste Verbindungen in die BRD unterhalten wurden, daß beispielsweise „Mitgliederwerbung" in der BRD betrieben wurde, hielt das Gericht nicht für relevant (11). Es ist nicht bekannt, daß dieses Urteil in der einschlägigen Presse Protest oder auch bloß Verwunderung ausgelöst hätte. Aber wenn es darum geht, „Spuren zur PLO" zu erfinden, erinnert man sich immer wieder ganz gern an die Geschichte mit der „WSG Libanon". Seltsam bloß, daß es schon seit 1979 eine Zusammenarbeit unseres Bundeskriminalamtes mit der PLO gibt, übrigens ähnlich wie mit Libyen, das in der Presse auch gern als Brut- und Heimstätte des internationalen Terrorismus von Rechts und Links dargestellt wird (12).

Daß bei den Verhaftungen deutscher Nazi-Terroristen in Frankfurt und London etwas für die Aufklärung der blutigen Welle antisemitischer Anschläge herauskommen wird, die seit etwa 1980 Europa immer wieder erschüttern, ist beim aktuellen Stand der Dinge anscheinend nicht zu erwarten. Daß die nazistisch-faschistische Internationale sehr viel mit diesen Verbrechen zu tun hat, liegt nahe und ist in einer Reihe von Einzelfällen schon hinreichend bewiesen. So für das Attentat auf die Pariser Synagoge in der rue Copernic, zu dem sich sofort die Faschisten der FNE bekannten. So für eine Reihe antisemitischer Anschläge und Aktivitäten in Österreich, bei denen ein alter Bekannter, der bundesdeutsche Nazi Ekkehard Weil, aufgetaucht ist (13). Eine Vielzahl anderer Anschläge und Überfälle — z.B. auf die Synagoge in der römischen via del Tempio, auf jüdische Kinder in Antwerpen, auf das Lokal „Mifgasch Israel" in Westberlin, um nur einige aus mehreren Dutzend zu nennen! — ist nach wie vor unaufgeklärt und völlig dunkel in den politischen Hintergründen.

Ein Zauberwort, das dabei immer wieder ins Spiel gebracht wird, lautet: Abu Nidal. Auch bekannt unter dem Namen Al Assifa, Sabri el Banna oder Schwarzer Juni. Gemeint ist immer eine geheimnisvolle Gruppe, die sich Anfang der 70er Jahre von der PLO getrennt hat und wechselweise mal in Bagdad (Irak) und mal in Damaskus (Syrien) lokalisiert wird. Wenn kein anderer Täterkreis nachweisbar ist, war es im Zweifelsfall vermutlich Abu Nidal. Falls man über diese Gruppe überhaupt irgendetwas Sicheres aussagen kann, dann dieses: Sie kämpft gegen die PLO nicht weniger als gegen Israel. Eine stattliche Anzahl von PLO-Vertretern in europäischen Hauptstädten wurde im Namen von Abu Nidal ermordet. Das hindert die einschlägige Presse aber selbstverständlich nicht im geringsten, Abu Nidal immer wieder als Filiale der PLO zu präsentieren. Da schreibt man beispielsweise nach dem Überfall zweier Abu Nidal-Terroristen auf eine Synagoge in Wien: Die Al Asifa (= Abu Nidal) **„gehört zur Fatah-Bewegung, der größten Gruppe innerhalb der PLO"** (14). — Als der israel-freundliche österreichische Politiker Nittel ermordet wird, taucht prompt ein Bekennerflugblatt aus Damaskus auf, unterzeichnet mit dem sagenhaft idiotischen Titel **„Nationale Palästinensische Befreiungsbewegung Fatah, Kommando der Kräfte Al Assifah, Nationalrat"** (15). Ist ein Anschlag so offensichtlich politisch unsinnig, daß eine direkte Zuordnung an die PLO selbst abgebrühten Journalisten problematisch erscheint, kann man immer noch behaupten, hier sei vermutlich **„eine PLO-Untergruppe auf eigene Faust"** aktiv geworden, wie im Fall des Lokals „Mifgasch Israel" (16). Zu demselben Anschlag bekannte sich per Bekennerbrief eine **„Front zur Befreiung Europas von amerikanischer Besetzung"** (17). Zusätzlicher Stoff für Generalbundesanwalt Rebmann, der gleich nach den ersten nazistischen Auto-Anschlägen im Oktober 1982 darüber spekulierte, daß „Mitglieder der RAF" gemeinsam mit „Splittergruppen der PLO" Anschläge **„insbesondere gegen Repräsentanten der US-Streitkräfte sowie gegen jüdische Mitbürger und deren Einrichtungen"** ausführen wollen (18).

Der Kreis zwischen linkem und rechtem Terrorismus schließt sich. Zumindest für Bundesinnenminister Zimmermann der selbst einer der ranghöchsten Verharmloser des einheimischen Nazi-Terrorismus ist. Und das Geschäft mit Spekulationen, Lügen und Halbwahrheiten wird weiter blühen, solange der größte Teil von spektakulären Anschlägen (neben den Verbrechen mit antisemitischem Hintergrund vor allem München und Bologna) absolut unaufgeklärt bleibt. Und dafür, daß das so bleibt, garantieren wohl schon die zuständigen Polizeien und Geheimdienste. Es darf weiter im Trüben gefischt werden.

Kt., Hamburg

Anmerkungen:

Kt., Hamburg

Anmerkungen:

1) „Welt", 5.6.80
2) „Welt", 30.9.80: „Fäden der Neonazis zu PLO und SED". „Deutsche Tagespost" (CSU-nah): „Wurde Bombenattentat von München von PLO und KGB geplant?" (3./4.10.80). Die „Bild am Sonntag" wußte von einem Libanon-Aufenthalt Köhlers zu berichten und erschien mit der Schlagzeile „Spur führt zu Palästinensern" (5.10.80).
3) „Welt", 1.9.81: Die PLO-Führung habe auf einer Geheimkonferenz in Beirut am 14.8. beschlossen, „künftig vor allem jüdische Einrichtungen in Europa anzugreifen". Dabei wolle die PLO „künftig mit terroristischen Organisationen in Europa zusammenarbeiten".
4) Das israelische Außenministerium erklärte nach dem Überfall auf die Wiener Synagoge: der Anschlag stehe „in direktem Zusammenhang mit der besonderen Sympathie, die Österreich für die PLO an den Tag legt" (nach „Welt", 31.8.81).
5) „Welt", 24.10.81: Brigitte Mohnhaupt sei in einem PLO-Lager gezielt auf den Anschlag vorbereitet worden. „Nach Ansicht politischer Beobachter" beweise das „einmal mehr die enge Verzahnung deutscher Terroristen mit der PLO".
6) „Welt", 23.4.79. „Bild am Sonntag" wußte zusätzlich anzugeben, die betreffenden bakteriologischen Kampfstoffe seien „hochgiftig, unsichtbar und geruchlos", würden erst nach mehreren Tagen wirken und dadurch den Attentätern einen großen Fluchtvorsprung geben.
7) „Welt", 192.83
8) „Bild", 23.2.83
9) „Welt", 19.2.83
10) vgl. dazu Interview mit Abu Ijad im „Spiegel" (29/1981) und mit Abu Daoud in der „taz" (25.2.83), sowie die ausführliche Darstellung im „Arbeiterkampf" (194 und 205).
11) Darstellung des Urteils in NJW 1982/ Heft 10.
12) Die Verbindung BKA-PLO kam im April 1979 zustande. Vermittelt wurde dieser Kontakt durch Libyen, mit dem die zuständigen bundesdeutschen Stellen schon vorher eine sehr zufriedenstellende Kooperation erreicht hatten. Honoriert wurde das mit bundesdeutscher Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für die libysche Polizei. (Darstellung u.a. im „Tagesspiegel" vom 24.4.79 und in der „Welt" vom 18.4. und 23.4.79). Verantwortlich für diese sogenannte „Strategie internationaler Einkreisung" waren die Herren Baum und Herold. Das hindert eine so extrem dumme Figur wie Bayerns Innenminister Tandler selbstverständlich nicht, Libyen vorzuwerfen, es versorge linke und rechte Terroristen mit sowjetischen Waffen („Welt", 30.10.81).
13) Weils „Einstieg" in den Nazi-Terrorismus waren die Schüsse, mit denen er einen sowjetischen Soldaten in Westberlin schwer verletzte. Er soll verantwortlich sein für Bombenanschläge gegen den Wiener Rabbiner Eisenberg und gegen Simon Wiesenthal, sowie gegen Geschäfte jüdischer Inhaber in Wien und Salzburg — alles in der ersten Jahreshälfte 1982. (Nach „Welt", 6.8.82).
14) „Welt", 20.1.82
15) „Welt", 6.5.81
16) „Welt", 20.1.82
17) „Frankf. Rundschau", 7.4.82. In denselben Schreiben wurde sich auch zum Anschlag auf das Amerika-Haus in Berlin (18.3.82) bekannt. Ernsthafte Konkurrenz bietet eine ebenso unbekannte „Organisation des 15.Mai für die Befreiung Palästinas", die gleichfalls ein Bekennerschreiben schickte und sofort als „Untergruppierung" der PFLP identifiziert wurde („taz", 16.8.82).
18) „Hamb. Abendblatt", 16.10.82

Fortsetzung von vorheriger Seite

Als im Oktober 1981 VSBD-Mitglieder bei einer Schießerei in München teils von der Polizei erschossen, teils verhaftet werden, gehört zwar Hepp-Spezi Hamberger zu den Festgenommenen, Hepp selbst aber, der für diesen Überfall hatte angeworben werden sollen, fehlt. Er taucht später als Zuschauer beim Prozeß gegen Manfred Roeder in Stuttgart wieder auf.

Wohnung bezieht Hepp in Frankfurt, gemeinsam mit Kexel, mit dem zusammen er sich in einschlägigen Nazi-Zeitschriften zu Wort meldet. Er selbst versucht mehrfach, sich in palästinensische Kreise einzuschleichen, taucht bei Palästina-Demonstrationen auf, bei Veranstaltungen etc., wird aber zumindest zweimal erkannt und vor die Tür gesetzt.

In diese Zeit fallen auch seine Reisen, angeblich zur IRA, wo er sich als "German Liberation Organisation" vorstellt, nach England, Frankreich, Belgien. Wann Hepp aus dem Frankfurter Raum nach Westberlin umzieht, ist unklar. Klar dagegen scheint, daß er jeweils zu den Anschlägen angereist kam und auch seine alten Kontakte in Stuttgart immer wieder erneuerte.





Blasche während einer CDU-Kundgebung (vor der letzten Hessenwahl)

Es ist angesichts dieser Vorgeschichte Hepps schon mehr als nur "merkwürdig", daß ausgerechnet er nach mehrwöchiger Observierung der angeblich "konspirativen Wohnung" in Frankfurt sich dem Zugriff der Polizei entziehen kann.

Terror und „neue Sammlung" — zwei Seiten derselben Medaille

Das ganze von den Ermittlungsbehörden nun angestellte Geschrei von der angeblichen Zusammenarbeit linker und rechter Terroristen verstellt leicht den Blick dafür, daß diese 6 Nazis ja eingebettet sind in einen größeren Nazi-Zusammenhang.

Tatsächlich hat in den letzten Jahren innerhalb der Nazi-Szene eine Debatte um das weitere Vorgehen stattgefunden. Insbesondere Michael Kühnen hat sich dabei zum Wortführer einer "neuen", "modernen" Linie des Nazismus gemacht. Der "Antiamerikanismus" gehört zu den zentralen Versatzstücken dieser "modernen" Form des Nazismus und eine zunehmend größere Bedeutung in der gesamten Nazi-Szene — angefangen von der NPD bis hin zu den terroristischen Banden. Auch der "Befreiungs-Nationalismus" gehört zu den neu aufgewärmten Schlagern der Nazi-Diskussion.

Kühnens Zelle im Knast war in den letzten Jahren ein Zentrum der "Strategie-Debatte" innerhalb der NS-Szene, was Kühnens Korrespondenz von über 1000 Briefen in drei Jahren beweist. Kexel und Hepp haben sich an dieser Debatte intensiv beteiligt.

Weit wichtiger als das reichlich absurde Geschwätz um das "Zusammenwachsen des Terrorismus von links und rechts" muß für uns sein, den Zusammenhang zwischen den Bemühungen der Nazis um öffentlichen Einfluß, den Bemühungen der Kühnen und Co., Sammelpunkt für Nazis und irgendwie "rechtslastige", in Bewegung geratene Menschen zu sein, und diesen Terrorismus aufzuzeigen.Denn eines ist dabei ganz sicher: Die Anschläge der Gruppe um Kexel und Hepp werden mit Sicherheit nicht die letzten aus diesem Umfeld sein.

Antifa-Kommission Hamburg

Zahlte der SPIEGEL an Nazi-Terroristen ?

„.... Im Bereich des Terrorismus gebe es Anzeichen dafür, daß sich der Kreis von Links- und Rechtsextremisten zumindest in einzelnen Fällen geschlossen hat" (Innenminister Zimmermann, nach „Welt", 23.2.83).

Vor kurzem wurde ein Rechtsstreit friedlich beigelegt, in dem es um die behauptete Zusammenarbeit von „Links- und Rechtsextremisten" gegangen war. Ausgangspunkt war ein Artikel, der im Dezember 1981 im SPIEGEL publiziert worden war. Was in diesem Artikel an Tatsachenbehauptungen zusammengetragen war, wäre eine Sensation gewesen — falls auch nur ein Bruchteil davon gestimmt hätte. Indessen, es stimmte, wie der SPIEGEL soeben öffentlich eingestehen mußte, überhaupt nichts.

In dem Artikel war mit mehreren konkreten Beispielen die enge Zusammenarbeit zwischen der KBW-Abspaltung BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) und der nazistischen VSBD — ihr gehören die meisten der kürzlich verhafteten Nazi-Terroristen an — geschildert worden. Der BWK widersprach der gesamten Darstellung sofort. Mit Recht, wie sich sehr schnell zeigte. Verschiedene Recherchen (u.a. durch eine lokale Tageszeitung) ergaben, daß die vom SPIEGEL als Gewährsleute genannten Polizeistellen mit dem Artikel nichts zu tun haben wollten. Im SPIEGEL zitierte angebliche Wandparolen an öffentlichen Gebäuden hatte es nach Auskunft der zuständigen Stellen nie gegeben...

Obwohl der Sachverhalt schon nach wenigen Monaten eindeutig genug war, verweigerte der SPIEGEL eine Richtigstellung. Der BWK stellte daraufhin Strafanzeige gegen den SPIEGEL. Sehr spät und sehr ungern, denn der BWK sieht nach eigenem Bekunden in der Einschaltung der Justiz auf jeden Fall eine Beeinträchtigung der Pressefreiheit.

Inzwischen erschien in der „Zeit" ein langer Artikel, der gründlich und ausführlich die Behauptungen des SPIEGEL und deren höchst peinliche Widerlegung durch die Tatsachen schilderte. Abgesehen von der juristischen Seite, die zweifellos zu einem Fiasko für den SPIEGEL geworden wäre, wurde die Sache nun auch publizistisch für den SPIEGEL problematisch. Auf der anderen Seite war der BWK aufgrund seines etwas eigenartigen Verständnisses von Pressefreiheit gern bereit, der SPIEGEL-Redaktion goldene Brücken zu bauen. Das Ergebnis war, daß am 17. Januar dieses Jahres auf der letzten Seite des SPIEGEL eine kleine Notiz erschien. Wesentliche Aussage: „... *Nach Ermittlungen der Hamburger Staatsanwaltschaft läßt sich der Vorwurf, Mitglieder des BWK hätten mit rechtsradikalen VSBD-Anhängern gemeinsame Sache gemacht, nicht aufrechterhalten. Der BWK zählt sich zu den entschiedenen Gegnern des VSBD. Der SPIEGEL war von Informanten falsch unterrichtet"*. Im Austausch gegen diese Notiz zog der BWK seine Strafanzeige zurück.

Damit ist vermutlich jede hypothetische Chance zunichte, dem Zustandekommen jenes seltsamen Artikels auf die Spur zu kommen. **„Der SPIEGEL war von Informanten falsch unterrichtet."** Von wem denn nun eigentlich? In einem umstrittenen SPIEGEL-Artikel waren zwei Gruppen von angeblichen Informanten direkt erwähnt worden: Zum einen offizielle Polizeistellen, die jedoch inzwischen alle dementiert haben, und zum anderen VSBD-Angehörige. Nur die Letzteren bleiben als mutmaßliche Stichwortgeber des SPIEGELS übrig. Diesen Kontakt näher aufzuklären, wäre gewiß hochinteressant gewesen. **Zumal der „Rote Morgen" der KPD/ML schon vor mehreren Monaten zu berichten wußte, ein VSBDler sei vom SPIEGEL im Zusammenhang mit dem umstrittenen Artikel mit mehreren Tausend Deutschmark honoriert worden.** Konkret war von 20.000 DM die Rede. Das dürfte allerdings bei weitem zu hoch gegriffen sein. Dennoch hat der SPIEGEL diese Darstellung des „Roten Morgen" bisher nicht dementiert.

Solange vom SPIEGEL nicht sämtliche Umstände des Vorfalls nachprüfbar offengelegt werden, bleibt der Verdacht, das unbeschreiblich seriöse Hamburger Nachrichtenmagazin kräftig in die Kasse der Terror-Nazis gelöhnt hat, um sich eine zudem miserabel gemachte Lügengeschichte gegen „die Linksextremisten" andrehen zu lassen. Finanziert wurden aus der VSBD-Kasse, wie man inzwischen weiß, u.a. Bombenanschläge gegen US-Soldaten und jüdische Einrichtungen. Grund genug also für den SPIEGEL, endlich reinen Tisch zu machen.

AK-Redaktion

Aus der Nazi-Szene

Nazi-Umtriebe in Westberlin

Westberlin ist schon seit Jahren ein Zentrum des Neonazismus. Auch in jüngster Zeit haben dort die Nazis von sich reden gemacht: So waren Westberliner Nazis Teilnehmer der verschiedenen Treffen auf dem Grundstück des Mainzer Neonazis Müller Anfang 1983; diverse Drohbriefe und Telefonanrufe an die Adresse von Mainzer Antifaschisten kamen aus Westberlin; der Nazi-Terrorist Odfried Hepp soll Vermutungen der Polizei zufolge sich nach Westberlin abgesetzt haben.

Ende Oktober 1982 wurden zwei Neonazis im Alter von 15 und 17 Jahren zu je 7 Jahren wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes an dem 39jährigen Nazi Christian Michel verurteilt. Der Mord hatte im Januar 82 stattgefunden, als die beiden von Michel eine Pistole kaufen wollten und er ihnen angeblich vorwarf, „wie Juden" zu handeln; sie selbst seien „keine Arier", die Schwester des einen müsse als „Krüppel vergast" werden.

In der Wohnung des ermordeten Michel stieß die Polizei auf umfangreiche Listen über den Verkauf von Waffen und Nazi-Materialien; u.a. wurden Hinweise auf den als Waffenhändler der Nazis verdächtigten Jörg-Olaf Guggolin gefunden. In dessen Wohnung wurden neben Nazi-Material auch Waffen sichergestellt: 2 Läufe für das MG 42, ein „Steyr"-Gewehr, 2 Kleinkalibergewehre. In einem ersten Prozeß stritt der schon 5mal wegen illegalem Waffenhandels vorbestrafte Guggolin jeden Kontakt zur Nazi-Szene ab. Eindeutig ist allerdings, daß die Wohnung Guggolins als Treffpunkt für die Mitglieder der VSBD gedient hatte bzw. nach deren Verbot für ihre Nachfolgeorganisation „Deutsche Arbeiterjugend". Guggolin wurde wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu 15 Monaten verurteilt, das Verfahren wegen Waffenhandels ist noch anhängig.

Ende November/Anfang Dezember 82 wurde bei Hausdurchsuchungen in Westberlin bei insgesamt 29 oder 30 Personen weiteres Material gefunden: 1 Maschinenpistole, 6 Gewehre, 2 Revolver und 1441 Schuß Munition bei einem 42jährigen angeblichen „Waffennarr und Waffensammler" (Evtl. ist dies Guggolin). Bei den übrigen Durchsuchten, die zwischen 14 und 23 Jahre alt sind, wurde im wesentlichen Nazi-Propagandamaterial gefunden. Bei diesen Personen handelte es sich um Mitglieder der „Deutschen Arbeiterjugend", die in ihrem Blatt „Deutscher Kurier" einen Steckbrief gegen den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin, Heinz Galinski, mit der Unterschrift „Gesucht: Tot oder halbtot" veröffentlicht hatte. Zu ihnen gehörten auch die beiden Polizeischüler, deren antisemitisches Treiben in der Öffentlichkeit bekannt wurde, ohne daß ihre Zugehörigkeit zur „Deutschen Arbeiterjugend" größere Beachtung gefunden hätte.

Anfang Januar 83 schließlich wurden 2 Personen (21 und 22 Jahre alt) wegen Verwendung von NS-Kennzeichen zu Geldstrafen verurteilt, weil sie im Garten Nazi-Lieder gesungen hatten. Entgegen ihren Beteuerungen, die „Gartenparty" sei unpolitisch gewesen, kam im Prozeß heraus, daß beide im Dezember 1982 an der „Sonnenwendfeier". bei NS-Müller in Mainz teilgenommen hatten.

Noch ein Banküberfall der Nazis?

Am 21.2. wurde in Bad Vilbel eine Bank überfallen und 40.000,-- DM erbeutet. Als Täter wurde ein 19jähriger ermittelt, der angab, von dem Frankfurter Nazi Wolfgang Koch (50) angestiftet worden zu sein. Koch ist seit dem 23.2. in Haft, leugnet bisher aber alles.

Nach Angaben des 19jährigen soll Koch sowohl die 9mm-Pistole habea als auch die Beute in Verwahrung genommen haben. Von seiten der Ermittlungsbehörden wird bestritten, daß dieser Banküberfall in irgendeinem Zusammenhang mit denen der Kexel/Hepp-Bande stehen könne. Koch war bei den jüngsten Nazi-Aufmärschen im Frankfurter Raum (Sonnwendfeier bei NS-Müller in Mainz, „Belagerung" der Gärtnerei Müllers Ende Januar, Gründung der „ANS-NA") regelmäßig beteiligt.

Überfall auf Türken

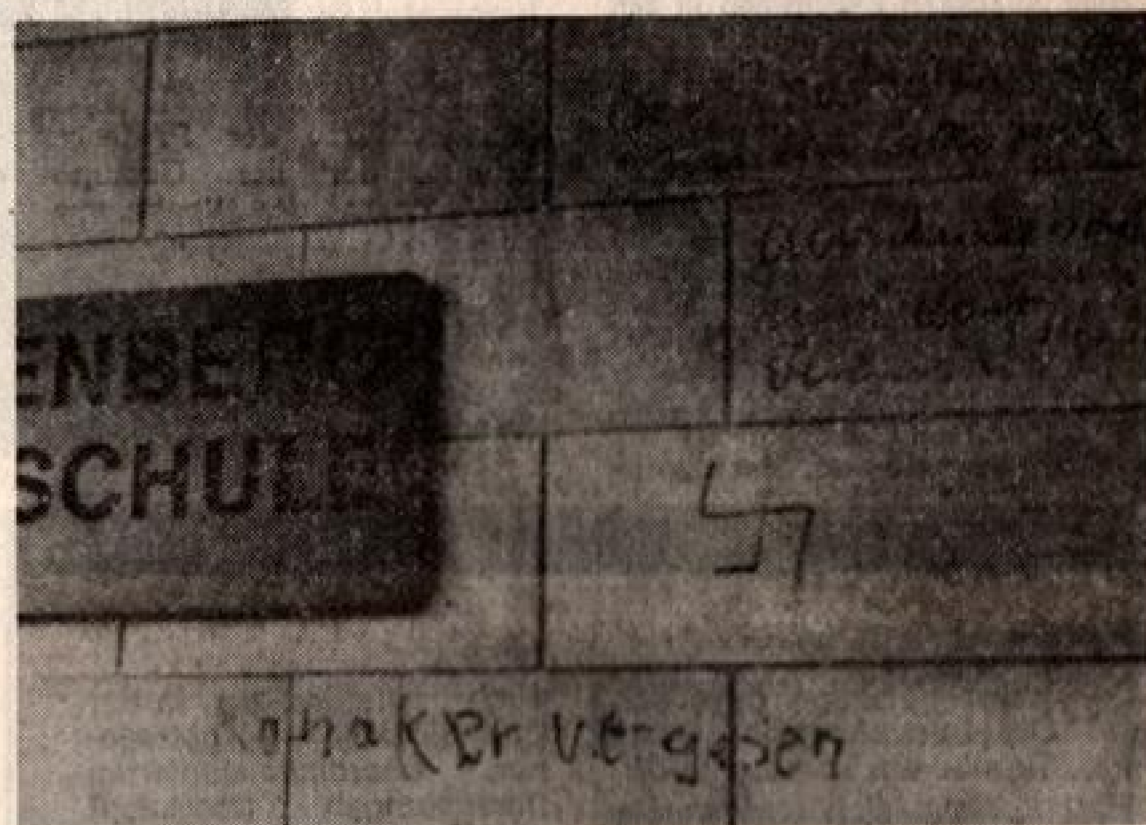
Jugendliche Nazis überfielen in Kaiserslautern 7 Türken — 3 Frauen und 4 Männer. Begonnen hatte die Auseinandersetzung in einer Kneipe, wo ein türkischer Kollege beschimpft wurde. Später erschienen die Nazis vor der Wohnung des Türken und brüllten Parolen wie „Kanacker raus!". Eine türkische Frau, die die Polizei benachrichtigen wollte, wurde auf dem Weg zur Telefonzelle zusammengeschlagen und getreten. Mehrere Türken, die zur Hilfe kamen, wurden ebenfalls zusammengeschlagen. Die Frau erlitt einen Nasenbein-, ein Türke einen Armbruch; weitere mußten zur Behandlung ins Krankenhaus (tat, 25.2.).

Psychoterror gegen Kindergärten

An alle 25o Stuttgarter Kindergärten wurde — wie zuvor in verschiedenen anderen Städten — die Schrift „Ausländerintegration ist Völkermord" des pensionierten Stuttgarter Polizisten und Mitglieds der rassistischen Ludendorff-Bewegung, Wolfgang Seeger, verschickt worden. Alle Versuche, diese Schrift als volksverhetzend zu verbieten, scheiterten bisher. Gegen einen Kindergarten in Stuttgart wurde mit der Begründung „Verräter am deutschen Volk" eine Bombendrohung geschickt.

NS-Schmierereien

Nürnberg: Mitte Januar 83 beschmierten 3 Jugendliche 50 Grabsteine auf dem Friedhaf der evangelischen St.-Peter-Gemeinde mit ausländerfeindlichen und nazistischen Parolen. Angeblich sind die Jugendlichen nicht politisch organisiert; sie selbst geben an, durch Fernsehsendungen inspiriert worden zu sein.
Konstanz: Auf dem Friedhof wurden Ende Januar Gräber verwüstet. Kurz zuvor waren dort in der Leichenhalle 193 Urnen mit der Asche von Nazi-Opfern gefunden worden.
Essen: Auf dem Friedhof von Heisingen entdeckten Besucher 70 zerstörte Grabstellen.



Nazi-Schmiereien am Eingang einer Schule in Stuttgart

Nazi-Terror in Göttingen

Zum 50. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung machten in Göttingen Neonazis mobil:
— Drohbriefe gingen dem AStA sowie linken Wohngemeinschaften zu (Inhalt: „Gott ist tot, der Führter lebt", „Die Juden haben wir nicht geschafft, die Türken werden wir schaffen", „Köpfe rollen, Türken heulen, SS marschiert... Nationalsozialisten kämpfen für ein Deutsches Reich", „Kümmeltürken, Kommunesäue: Ihr werdet ausgelöscht. Bald!".
— Begleitet wurden diese Briefe durch anonyme Drohanrufe, die manchem Empfänger bis zu 10mal täglich erreichten. Wurde der Hörer abgenommen, war ein Schuß bzw. eine Bombenexplosion zu hören.
— Begonnen hatte das alles an Silvester, als eine Gruppe uniformierter und gröhlender Jugendlicher angeblich sogar unter den Augen des Göttinger Polizeisonderkommandos, nachts die Schaufenster einer wissenschaftlichen Buchhandlung einwarf. In derselben Nacht wurden auch die Fenster des Jugendzentrums sowie der linken Buchhandlung in der Roten Straße eingeworfen.

Bisher ist angeblich kein Täter ermittelt; schon vor einem Jahr waren die Ermittlungen bei einer Serie ähnlicher Überfälle (Schüsse auf Schaufenster, eingeworfene Fenster bei linken WGs etc.) ergebnislos im Sande verlaufen.

Frankfurt: „Stahlhelm" von der Stadt gefördert

Der neofaschistische „Stahlhelm" erhält weiterhin von der Stadt Frankfurt Zuschüsse in Form von 75%-igen Mietnachlässen bei der Nutzung städtischer Räume.

Dies brachte eine Anfrage der SPD zutage. Seit Oktober 1982 ist der „Stahlhelm" in der Liste enthalten, die alle Organisationen verzeichnet, die derartige Vergünstigungen erhalten. Die Genehmigung für den „Stahlhelm" erteilte der CDU-Mann Brück, der damals den Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann vertrat. Auf diesen Vorgang angesprochen, erklärte Brück, der „Stahlhelm" entspreche voll den Richtlinien, bekenne sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, bejahe die internationale Verständigung und rufe zur Bekämpfung extremistischer Strömungen von rechts (!) und links auf. Außerdem sei der „Stahlhelm" nicht im VS-Bericht verzeichnet ... Vielmehr — so Brück — drücke die Anfrage der SPD den Willen nach „politischer Zensur" aus. Die SPD hatte eine Dokumentation vorgelegt, aus der der nazistische Charakter des „Stahlhelm" sowohl in der Vergangenheit als auch heute hervorgeht. (FR 17.1.).

Neo-Nazis und Justiz

Mordanklage gegen Hoffmann

Nach 18 Monaten Untersuchungshaft hat nun die Nürnberger Staatsanwaltschaft Anklage gegen Karl-Heinz Hoffmann und seine Freundin Franziska Birkmann beim Schwurgericht des Landgerichts Nürnberg-Fürth erhoben. Hoffmann wird beschuldigt, gemeinsam mit einem flüchtigen Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann" am 19.12.1980 den jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke mit je 4 Schüssen getötet zu haben; Franziska Birkmann wird Beihilfe zu diesen Morden vorgeworfen. Ihre am Tatort gefundene Brille war das Hauptindiz, das zu den Tätern führte. Hoffmann war Mitte Juni 1981 festgenommen worden, als er versuchte, sich aus der BRD abzusetzen. Er hatte Wind davon bekommen, daß mehrere Mitglieder seiner „Wehrsportgruppe Libanon" unter massiver Mithilfe von BKA-Agenten sich aus dem Libanon abgesetzt hatten und als Gegenleistung ihre Bereitschaft erklärt hatten, gegen Hoffmann auszusagen.



»Wenn ich nur wüßte, was in diesem Fall dem deutschen Volke nützt.«

Nach Hoffmanns bisher bekanntgewordener Version hat er mit den Morden nur insoweit zu tun, als er den Täter gekannt hätte und ihm anschließend zur Flucht verholfen haben will. Alles weitere wird von Hoffmann abgestritten. Interessant: Der jetzt flüchtige Odfried Hepp war einer der 4 „Libanon-Deserteure" (Originalton Hoffmann in dem Nazi-Blatt „Die Bauernschaft"), deren Aussagen ihn ins Gefängnis gebracht haben.

Prozeß gegen „Deutsche Aktionsgruppen"

Im November/Dezember 82 fand in Stuttgart ein weiterer Prozeß gegen Mitglieder der „Deutschen Aktionsgruppen" um Manfred Roeder statt. Im Juni waren die Urteile gegen die vier Haupttäter ergangen: Sybille Vorderbrügge und Raimund Hoernle wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, Manfred Roeder zu 13 Jahren und der Arzt Heinz Colditz zu 6 Jahren. Im Stuttgarter Nachfolgeprozeß wurden nun die angeblich weniger schwer belasteten Bandenmitglieder abgeurteilt:

— Der 24jährige Werner Hoernle, Sohn von Raimund Hoernle, wegen Beihilfe an zwei Anschlägen zu einer Freiheitsstrafe von 21 Monaten sowie einer Geldstrafe von 8000 DM;
— die 33jährige Ursula Rauscher (Geliebte von Heinz Colditz) wegen Beihilfe zu versuchter Brandstiftung zu 12 Monaten und 800 DM Geldstrafe;
— der 52jährige Horst Patzke wegen Beihilfe zur Herbeiführung eines Anschlags zu 1 Jahr und 1200 DM Strafe;
— die Eheleute Magdalena und Georg Schrader (68 und 48 Jahre) jeweils zu 1 Jahr und je 1200 DM;
— die 55jährige Melitta Schubert wegen Beihilfe zur versuchten Brandstiftung zu 10 Monaten und 6000 DM.

Alle Strafen wurden auf 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt, was bedeutet, daß z.B. Melitta Schubert weiterhin als Angestellte der Stadt Sindelfingen tätig sein darf.

Abgetrennt wurde das Verfahren gegen Peter Glaser, der infolge eines Unfalls in Irland angeblich nicht transportfähig im Krankenhaus lag.

Vor Gericht betonten alle, sie hätten von den Anschlägen nichts gewußt, ja, das Ehepaar Schrader ging sogar so weit, zu behaupten, der Inhalt der von ihm bis heute verschickten „Roeder-Briefe" (jeweils rund 2000 Exemplare) sei ihnen völlig unbekannt. Mehrfach bemühten sich die Angeklagten auf Anraten des selbst nazistischen Rechtsanwalts Jürgen Rieger, sich Schwerhörigkeit bescheinigen zu lassen, um zu beweisen, daß sie von den in ihrem Beisein getroffenen Verabredungen nichts hätten verstehen können ...

Die Treffen der Roeder-„Freundeskreise" auf dessen „Reichshof" im Knüll finden nach wie vor statt; regelmäßige Teilnehmer dabei sind zumindest das Ehepaar Schrader.

Ein Verfahren wegen Volksverhetzung gegen den Chef der Bande, Manfred Roeder, ist in der Zwischenzeit wegen Geringfügigkeit angesichts seiner sonstigen Straftaten eingestellt worden: Sein Vorwort zu der Nazi-Broschüre „Die Auschwitz-Lüge" des ehemaligen SS-Wachmannes von Auschwitz-Monowitz, Thies Christophersen, wird nun nicht mehr bestraft. Dies ist umso bedeutender, als eben diese Broschüre und Roeders Vorwort über Jahre hinweg zur „Bibel" des neu entstehenden NS-Terrorismus geworden waren; der Prozeß wegen dieses Vorwortes lief schon seit 1976, als Roeder zu einer 7-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden war.

Anklage gegen VSBD-Chef Busse

Gegen den Vorsitzenden der verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD), Friedhelm Busse, hat nun die Generalbundesanwaltschaft Anklage vor dem Obersten Landesgericht in München erhoben.

Busse sowie 5 weitere Angeklagte werden beschuldigt, als Angehörige einer Gruppe „Kommando Omega" Anschläge auf staatliche Einrichtungen, Richter und Staatsanwälte vorbereitet zu haben. Ebenso sollen sie mehrere Banküberfälle verübt haben. Im Oktober 1981 waren 5 Mitglieder der Bande, die bei Busse gewohnt hatten, in eine Polizeifalle gelockt worden. Bei der anschließenden Schießerei waren die Nazis Uhl und Wolfgram erschossen worden, die Nazis Peter Hamberger, Faber und der französische Faschist Coletta unverletzt festgenommen worden. Hamberger gehörte zu den Nazis, die gemeinsam mit dem jetzt flüchtigen Odfried Hepp im Sommer 81 aus dem Libanon zurückgekehrt waren und die unter merkwürdigen Umständen sehr schnell wieder aus bundesdeutscher Haft in die Nazi-Szene entlassen worden waren. Uhl war aus Frankreich zu den geplanten Überfällen angereist, wo er von der französischen Nazi-Gruppe FANE (heute: FNE) versteckt worden war. Eben diese FANE wird von der französischen Polizei heute verdächtigt, an dem Überfall auf ein jüdisches Restaurant in Paris am 9.8.82 beteiligt gewesen zu sein; an diesem Übefall soll sich auch der jetzt festgenommene Walter Kexel beteiligt haben. Schon damals war bekannt geworden, daß auch Odfried Hepp sich ursprünglich an diesen Überfällen beteiligen sollte, aber aus bisher unbekannten Gründen „nicht zur Verfügung" stand. Aufgeflogen war diese Bande im Oktober 1981, weil der Untermieter Busses, der Perser Ahmed Famili, als Agent für die Polizei arbeitete. (Er hatte diverse Rauschgiftaffären hinter sich).

Schon wieder ein Einzeltäter

Eine weitere Variante der Versionen vom „neonazistischen Einzeltäter" lieferte Anfang Januar 83 der Lüneburger Oberstaatsanwalt von Lücken: Der Forstmeister Lembke, bei dem in über 30 unterirdischen Depots Sprengstoff, Munition und Waffen gefunden worden waren, und der im Oktober 81 erhängt in seiner Zelle aufgefunden worden war, bevor er (auf eigenen Wunsch) dem Bundeskriminalamt Aussagen über seine personellen Verbindungen hatte machen können, sei „im wesentlichen Einzeltäter" gewesen (FR, 18.1.). Die offenbar „unwesentlichen" Tatsachen, die damit unter den Tisch gekehrt werden sollen, sind es wert, festgehalten zu werden:
— Die Tatsache, daß Lembke einen Teil seiner Depots aus Bundeswehrbe-
[illegible]
wert, festgehalten zu werden:
— Die Tatsache, daß Lembke einen Teil seiner Depots aus Bundeswehrbe-
ständes aufgefüllt hatte. Konkret: Über eine mittlerweile in anderen Besitz übergegangene private Munitionsverwertungsfirma in Dragahn (bei Gorleben). Ermittlungsergebnisse unbekannt.
— Ein Oberfeldwebel der Bundeswhr erhielt im Herbst 82 einen Strafbefehl über einen 4-stelligen Betrag, weil er Waffen an Lembke verdealt hatte. Der Oberfeldwebel gilt selbst angeblich als nicht nazistisch, sondern als „Waffennarr"; ob der Strafbefehl nun auch Konsequenzen für ihn hat, was seine Stellung bei der Bundeswehr anbelangt, liegt noch völlig im Dunklen.
— Die Verbindungen Lembkes zu Roeders „Deutschen Aktionsgruppen", die von ihm Sprengstoff und Waffen erhalten wollten, zählen ebenso zu den „unwesentlichen Tatsachen" wie Lembkes Verbindungen zu „harmlosen Waffennarren", die im Sommer 1982 in Ostwestfalen aufflogen.
— Ungeklärt ist weiter, was es mit jenem Tip auf sich hat, demzufolge der beim Attentat von München benutzte Sprengstoff von Lembke stammen soll. Dieser Tip hatte damals zu einer oberflächlichen Hausdurchsuchung geführt, bei der zwar einige Sprengschnüre, nicht aber die Depots gefunden worden waren.

Offiziell ist der Fall Lembke für die Ermittlungsbehörden abgeschlossen, obwohl nach wie vor die Herkunft der Waffen angeblich ungeklärt ist. Außerdem — so Oberstaatsanwalt von Lücken, sei die Gefahr, die von Lembke ausgegangen wäre, nicht so groß gewesen wie ursprünglich angenommen: Lembke hatte gar nicht vorgehabt, gegen die Ordnung der Bundesrepublik Deutschland vorzugehen; er habe die Waffen „nur" gehortet, um im Fall einer „kommunistischen Machtergreifung" nach dem Vorbild der Nazi-„Werwolfgruppen" aktiv zu werden. Dagegen kann mensch ja auch nichts einwenden!

600,-- DM wegen Hakenkreuzring

Zu 600 DM Geldstrafe wurde in Frankfurt ein 25jähriger Mann verurteilt, weil er in der Öffentlichkeit einen Hakenkreuzring getragen hatte. Der Verurteilte ist außerdem wegen Waffenbesitzes vorbestraft und war auch schon einmal mit Hakenkreuzfahnen im Auto erwischt worden.

Von einer Bestrafung des Justizwachmeisters allerdings, der Anfang 1982 ebenfalls in Frankfurt einen solchen Ring im Gerichtssaal getragen hatte und der sich im Prozeß gegen die Neonazis Walter Kexel und Moog äußerst kumpelhaft gegenüber den angeklagten Nazis verhalten hatte, ist bis heute nichts bekannt.

Göppinger Nazis festgenommen

Anfang Februar wurde in Göppingen (Baden-Württemberg) ein 47jähriger Nazi festgenommen, bei dem anläßlich zweier Hausdurchsuchungen unfangreiches Nazi-Material sowie verbotene Waffen und 180 gegurtete Maschinengewehr-Platzpatronen sichergestellt worden waren. Am 11.1. war eben dieser Mann verurteilt worden wegen Beleidigung und uneidlicher Falschaussage. Er hatte mehrere Briefe einschlägigen Inhalts an Ämter und Dienststellen geschickt. Außerdem war er verdächtig, den Mann zu decken, der in anonymen Telefonaten androhte, den Göppinger Bahnhof in die Luft zu sprengen. Die jetzige Festnahme erfolgte mit der Begründung, er sei dringend verdächtig, antisemitische Briefe versandt sowie unfangreiche Kontakte zur internationalen Nazi-Szene gepflegt zu haben.

Ob er auch verantwortlich ist für die Hakenkreuzschmierereien auf dem Göppinger Friedhof im Herbst 82 oder Verbindungen zur regionalen Nazi-Gruppe aus Geislingen unterhält, ist noch unklar.

Interessant an diesem Nazi ist auch die Tatsache, daß er mehrere Jahre in der DDR gelebt hat, wo er wegen Spionage verurteilt wurde, bevor er von der Bundesregierung freigekauft wurde.

5 Monate für Nazi Tiedemann

Wegen Diebstahls, illegalem Waffenbesitz und Verbreitens von NS-Kennzeichen wurde am 14.1. in Wolfsburg der Neonazi Jürgen Tiedemann verurteilt. Tiedemann war Mitglied der
[illegible]
Kennzeichen wurde am 14.1. in Wolfsburg der Neonazi Jürgen Tiedemann verurteilt. Tiedemann war Mitglied der
inzwischen verbotenen „Wehrsportgruppe Fulda" gewesen.

Der „Gruppenführer" der WSG Fulda, Thomas Brehl, war als Zeuge geladen und wurde bei seinem Auftritt vor Gericht von Michael Kühnen begleitet, mit dem zusammen er am 15.1. in Frankfurt die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" gründete (mit u.a. Arndt Marx; Vorsitzender: Michael Kühnen).

Nicht Gegenstand des Prozesses waren allerdings die Verbindungen Tiedemanns zu dem Waffenschieber Trautmann, von dem Tiedemann Waffen beschafft hatte; ebenfalls unter den Tisch fielen die Verbindungen Tiedemanns zu einem Bernd Hummel aus Wolfsburg, der zur WSG Fulda gehörte.

Trotz Verbot existiert die WSG Fulda natürlich weiter: in Willich bei Neuss gründeten 4 Mitglieder einen Ableger der WSG Fulda („tat", 12.11.82); Silvester 82 verteilten Mitglieder der WSG bei einem Sonnwendfeuer der „Wiking-Jugend" Flugblätter, auf denen das Verbot der Gewerkschaften gefordert wurde.

„Auschwitz-Mythos" bleibt verboten

Endgültig eingezogen bleibt nach einem Beschluß des Dritten Senats des Bundesgerichtshof das im rechtsradikalen Grabert-Verlag (Tübingen) erschienene Buch „Der Auschwitz-Mythos, Legende oder Wirklichkeit?" des pensionierten Hamburger Finanzoberrichters Wilhelm Stäglich. Zwar seien die Straftatbestände Volksverhetzung sowie Aufstachelung zum Rassenhaß und Verherrlichung von Gewalt (§§ 130 und 131 StGB) mittlerweile verjährt, und demzufolge könnten Verlag und Autor nicht mehr bestraft werden; die Einziehung des Buches sei aber rechtens. Mittlerweile hat die Universität Göttingen ein Verfahren eingeleitet, um Stäglich, der dort 1951 seinen Doktortitel erworben hatte, diesen wieder abzuerkennen. („tat", 18.2. und FR 23.2.).

Ein Jahr Knast für Tibor Schwarz

Tibor Scharz (Hansa-Bande/ANS), Nazi-Aktivist seit 1977, wurde Ende Februar vom Amtsgericht Hamburg zu einem Jahr Gefängnis (ohne Bewährung) verurteilt. Schwarz war im September 1982 mit einer Gaspistole auf einen 2ojährigen Türken losgegangen und hatte ihm aus nächster Nähe mitten ins Gesicht geschossen.

Anlaß des Überfalls sei gewesen, daß die beiden Türken „provozierend langsam" die Straße überquert hätten, anstatt sie schleunigst für den Herrenmenschen Schwarz zu räumen ...

Schwarz ist mehrfach wegen Volksverhetzung und Tragens von NS-Emblemen vorbestraft, war aber immer wieder merkwürdigerweise gerade abwesend, als die Hamburger Nazi-Bande ihre kriminellsten Dinger drehte. Bis heute gilt Schwarz als Kontaktmann zwischen Nazis und rechten Jugendbanden.

Haftbefehl gegen Grau

Haftbefehl gegen Grau

Nach 4 erfolglosen Ladungen durch das Amtsgericht Frankfurt wurde es auch diesem zu bunt: Es erließ einen Haftbefehl gegen den CDU/CSU verfilzten Politikmanager Friedrich-Karl Grau, der mittlerweile von Belgien aus das Geschehen verfolgt.

Grau, der Anfang der 70er Jahre in vielen sog. „Wählerinitiativen" von sich reden machte, der offiziöse Wahlabsprachen zwischen NPD und CDU vermittelte etc. war im Wahlkampf 1980 mit gefälschten Aufklebern in Erscheinung getreten. Inhalt: „Lieber die Russen in Heilbronn als Franz Josef in Bonn". Diese Aufkleber, die mit dem Juso-Emblem gezeichnet waren, hatte Grau u.a. von dem mittlerweile verurteilten stadtbekannten Frankfurter Nazi Dittel verteilen lassen.

Antifaschisten vor Gericht

Millionen haben hoffentlich die Ohrfeige im Fernsehen gesehen, die eine beherzte Antifaschistin in der Sendung „Schlag auf Schlag" Anfang 1982 dem Rassismus-Professor Schmidt-Kaler verabreichte. Jetzt wurde die Antifaschistin dafür wegen Körperverletzung und Beleidigung zu einer Geldstrafe von DM 4200,-- verurteilt. Schmidt-Kaler ist einer der Initiatoren des ausländerfeindlichen „Heidelberger Manifest", in dem zur Gründung einer Sammlungsbewegung gegen die „Unterwanderung des deutschen Volkes" aufgerufen wurde. Als dieser Text wegen seines nazistischen Inhalts und Unterzeichnerkreises Aufsehen erregte, beeilte sich Schmidt-Kaler, ein „Mainzer Manifest" nachzuschieben, das in etwas gemilderter Sprache denselben Schmutz verbreitet. Schmidt-Kaler ist einer der „Experten" des neuen Rassismus. Er veröffentlicht sowohl in der neofaschistischen Schrift „Nation Europa" als auch in der offiziösen Wochenzeitung „das parlament", referiert beim großbürgerlichen „Rhein-Ruhr-Club e.V." („Was kostet es, ein Volk zu zerstören") und ist „wissenschaftlicher Kronzeuge" für diverse ausländerfeindliche Maßnahmen (Lummer und Stoltenberg berufen sich auf ihn).

Sein Kommentar vor Gericht zum Vorwurf des Rassismus: „Ich bin doch Beamter des Landes Nordrhein-Westfalen" — als ob so jemand kein Rassist sein könnte.

Zu 1000,-- bzw. 800.-- DM Geldstrafe wurden in Nürnberg zwei Antifaschiten verurteilt, weil sie am 10.Juli 1092 NPDler am Verteilen ihrer Flugblätter behindert hatten. 2 Wochen zuvor hatte der Neonazi Oxner in Nürnberg drei Menschen erschossen. Oxner war mehrfach bei NPD-Versammlungen dabei gewesen.

Wer soll die bezahlen,



Noch in diesem Jahr sollen in der BRD US-amerikanische Pershing-Raketen stationiert werden und es ist ein „heißer" Herbst zu erwarten. — Schon in den letzten Jahren haben die Anti-AKW-Bewegung, die Hausbesetzerbewegung und vor allem die Friedensbewegung immer mehr Menschen erreicht, die vielleicht das erste Mal auf einer Demonstration waren. Im Zuge der Krise, die noch lange nicht ihrem Höhepunkt erreicht hat, sind weitere soziale ,Unruhen (Betriebs-/ Autobahnblockaden?) durchaus denkbar. Schon jetzt ist die alternative Wahlbewegung als Ausdruck des sich verbreiternden Unwillens in der Bevölkerung gegen diesen Staat in einige Länderparlamente eingezogen.

Was die Herrschenden vor allem befürchten, ist eine weitere Solidarisierung der Bevölkerung mit diesen Protestbewegungen. Insofern stellt sich der Machtapparat zunehmend auf die Bekämpfung von Massenprotesten ein. Dabei muß er allerdings taktisch geschickt vorgehen, da ein offen brutales Eingreifen der Polizei gegen eine Bürgerbewegung sehr leicht zu der befürchteten Solidarisierung mit dieser Bewegung führen könnte.

Paralell zu offen gewaltsamen Polizeieinsätzen wird deshalb das Instrumentarium zur Einschüchterung, Kriminalisierung und Spaltung von Massenbewegungen auf der juristischen Ebene ausgebaut. Geldforderungen der Polizei an Demonstranten und Blockierer sind ein wichtiger Teil dieses Instrumentariums.

Mit Schadensersatzforderungen (für beschädigte Polizeiausrüstungen, Dienstausfall etc.) kann jeder, der an einer Demonstration mit anschließen-
beschädigte Polizeiausrüstungen, Dienstausfall etc.) kann jeder, der an einer Demonstration mit anschließen-
dem Polizeieinsatz teilgenommen hat, und dem ein — auch nur psychisches — Verschulden nachgewiesen werden kann, auf zivilrechtlichem Weg belangt werden.

Leistungsbescheide (zur Zahlung von Polizeieinsätzen), die bisher in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Baden-Württemberg verschickt wurden, gehen da noch weiter: Ein Leistungsbescheid kann jeden treffen, der — ohne ein sogenanntes Verschulden — einfach in einem besetzten Haus oder bei einer Blockade u.ä. anwesend war. Die Baden-Württembergische Kostenregelung geht soweit, daß auch diejenigen als „Verursacher" des Polizeieinsatzes gelten, die sich noch vor dem konkreten Eingreifen der Polizei entfernten.

Mit diesen Regelungen wird der alte Landfriedensbruchparagraph (§ 125 StGB), der unter der CDU und bis 1970 Geltung hatte, durch die Hintertür wieder eingeführt. Seit der Liberalisierung dieses Paragraphen 1970 versucht die CDU/CSU regelmäßig alle paar Jahre, dem § 125 sein altes Gesicht wiederzugeben. Danach soll jeder bestraft werden können, der an einer unangemeldeten oder aufgelösten Demonstration oder einer „Zusammenrottung" teilnimmt. Mit Schadensersatzforderungen und mehr noch mit Leistungsbescheiden wird diesen Vorstellungen der CDU/CSU sehr weitgehend entsprochen. Gerade die Baden-Württembergische Polizeiverordnung (Leistungsbescheide) zeigt deutlich das Ziel, eine Solidarisierung breiterer Bevölkerungskreise mit der Friedensbewegung zu verhindern. Die Menschen sollen von Blockaden und anderen (friedlichen) gezielten Aktionen abgehalten werden, um „spontane Protestaktionen im Kein (zu) ersticken" (so der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende von Baden-Württemberg, Enderlein, in „Bad. Ztg.", 11.12.82).
der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende von Baden-Württemberg, Enderlein, in „Bad. Ztg.", 11.12.82).

Baden-Württembergs Innenminister Herzog sieht dagegen in der neuen Polizeiverordnung keine Einschränkung des Demonstrationsrechts: es werde „lediglich eine sachlich nicht gerechtfertigte Lücke im geltenden Recht geschlossen" („Stuttgarter Ztg.", 10.12.82). — Nachdem in Baden-Württemberg schon die Lücke zwischen Knüppel und Schußwaffe mit CS und Gummigeschossen geschlossen wurde, darf man sich fragen, welche „Lücke" dieses Musterländle wohl als nächstes findet.

Angesichts der in den letzen Jahren sprunghaft angewachsenen Praxis, Demonstranten durch Schadensersatzforderungen und Leistungsbescheide einzuschüchtern, abzuschrecken und z.T. in ihrer Existenz zu treffen, sie zumindest aber zu kriminalisieren, halten wir es für unbedingt erforderlich, über Abwehrmaßnahmen breit zu diskutieren, zumal zu erwarten ist, daß andere Bundesländer dem Baden-Württembergischen Beispiel folgen werden und daß in den SPD-Bundesländern (die Leistungsbescheide wurden bisher nur in CDU-Bundesländern angewandt) das Mittel der Schadensersatzforderungen verstärkt eingesetzt wird.

Um für diese Diskussion die nötige Grundlage zu geben, wollen wir im folgenden die uns bekannt gewordenen Fälle von Schadensersatzforderungen und Leistungsbescheiden bekannt machen, auch wenn wir bis jetzt sicherlich erst einen unvollständigen Überblick haben.

Wir haben uns bei dieser Sammlung auf die Fälle konzentriert, wo es um Kostenerhebungen durch die Polizei geht. In vielen Fällen werden Schadensersatzforderungen an Demonstranten auch von Privatfirmen gestellt (Frankfurter Flughafen AG u.a.), die ihre Informationen, wen sie belangen können auch von der Polizei erhalten — eine
auch von Privatfirmen gestellt (Frankfurter Flughafen AG u.a.), die ihre Informationen, wen sie belangen können auch von der Polizei erhalten — eine
Sammlung darüber würde aber den von uns gesetzten Rahmen sprengen.

Schadensersatzforderungen

Schadensersatzforderungen von der Polizei an Demonstranten (für Schäden an der Polizeiausrüstung, weitergezahlte Dienstbezüge für verletzte Polizisten, aber auch für beschädigte Unterhosen, verlorengegangene Uhren etc.), z.T. in horrender Höhe, sind uns bisher bekannt aus Westberlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

Grundlage dafür, daß die Polizei auf zivilrechtlichem Weg Schadensersatzforderungen stellen kann, ist eine „unerlaubte Handlung" (§ 823 BGB), durch die der Polizei ein Schaden entstanden ist. Die Polizei muß den Betroffenen konkret nachweisen, daß ihr Verhalten Ursache für den Schaden ist und ein Vorsatz oder eine Fahrlässigkeit vorliegt. Für den Nachweis der „unerlaubten Handlung" reicht seit 1977 schon „psychische Beihilfe", wenn ein Demonstrant z.B. Steinwürfe auch nur willentlich unterstützt (?!) hat. Ebenso reicht der Nachweis der „Mittäterschaft" (§ 830 BGB). In einigen Fällen war es schon so, daß Demonstranten in einem Strafverfahren freigesprochen wurden, aber auf diese Art auf zivilrechtlichem Wege doch noch zur Kasse gebeten wurden. Nach § 840 BGB, der die „gesamtschuldnerische Haftung" regelt, kann die Haftung für **alle** während einer Demonstration entstandenen Schäden **jedem einzelnen** voll aufgebürdet werden. *„Wer oder wieviele auf diese Weise gesamtschuldnerisch haftbar gemacht werden, bestimmt der Staat willkürlich, so wie er es am zweckmäßigsten erachtet. Die Betroffenen verweist das Gericht dann 'an die anderen Teilnehmer', von denen sie ja einen 'Schadensbeitrag' einfordern können. Abgesehen davon, daß, laut BGH, 'in aller Regel nur geringe Aussicht besteht, bei den übrigen Teilnehmern wegen des zu leistenden Schadenersatzes Rückgriff nehmen zu können' (NJW, '75, S.49ff), führt dieses Vorgehen zu politisch skandalösen Ergebnissen: Die Mitglieder der Bewegung sollen nämlich wegen der Schadensersatzforderungen auch noch unter sich prozessieren — unter Zuhilfenahme des Gerichtsvollziehers."* (Dokumentation Bunte Hilfe, Dez. 82).

Laut einem Urteil des LG Hannover zur Grohnde-Demonstration 1977 *„soll es genügen, daß ein Demonstrant sich, ohne dazu durch äußere Umstände gezwungen zu sein, in einer Reihe mit anderen Demonstranten aufhält, die den eingesetzten Polizeibeamten Widerstand entgegensetzen. In diesem Fall zeigt er durch sein Verharren bei den eigentlichen Tätern, daß er sich mit deren Vorgehen identifiziert und gibt diesen zugleich das Gefühl, zumindest psychisch unterstützt zu werden! Inwieweit diese 'Unterstützung' wenigstens irgendwie ursächlich für die Tat der 'eigentlichen Täter' gewesen sein muß, ist vom BGH bereits geklärt: nämlich gar nicht! 'Auch eine solche psychische Unterstützung kann Beihilfe zur Ausführung der Tat sein; dies setzt keine physische Mitwirkung bei der Tat voraus. Darauf, ob es zu den Auseinandersetzungen auch ohne die Beteiligung der Beklagten gekommen wäre, kommt es nicht an'"* (BGH, NJW, 75, S.51) (Dokumentation Bunte Hilfe, Dez.82). Diese Tatsache, daß der Rechtsprechung die bloße Anwesenheit genügt, um Kosten einzuklagen, finden wir auch bei der im Dezember 82 in Baden-Württemberg verabschiedeten Polizeiverordnung vor, ebenso in den Vorschlägen der CDU/CSU zur Verschärfung des Landfriedensbruchparagraphen.

„Gibt es erst keine Blockade, liegt keine Nötigung vor, wird niemand angezeigt — und muß niemand die Kosten für den Polizeieinsatz zahlen". (Leiter der Polizeidirektion Reutlingen, Steinhauser, in: Bad. Ztg., 10.12.82)

Mit welchen ausgeflippten Konstruktionen ein Verschulden oft nachgewiesen wird, zeigt ein Urteil vom OLG Hamm vom 2.10.78 ebenfalls zur Grohnde-Demonstration: Ein Polizist verfolgte einen Demonstranten, weil dieser angeblich „Bulle, Schweine, Mörder" gerufen hatte. Dabei stolperte der Polizist und verletzte sich. Der Demonstrant wurde haftbar gemacht für die entstandenen Kosten (Dienstausfall ...), da er durch einen Versuch, sich der Festnahme zu entziehen, *„ohne Notwendigkeit eine Lage erhöhter Verletzungsgefahr (für den Polizisten, Anm. EA) geschaffen hat. ... Wenn der Beamte in der Hektik der Situation unter den Rufen der Mitdemonstranten entweder von selbst zu Fall gekommen oder durch Dritte zu Fall gebracht worden ist, dann ist das in einer gesteigerten und vom Beklagten herausgeforderten Gefahrensituation geschehen. Eine zusätzliche Risikosteigerung hat der Beklagte zudem noch geschaffen, indem er einen Haken geschlagen hat (!!!). In einer solchen Situation ist das Hinfallen des Verfolgers eine naheliegende Möglichkeit. Wenn der Beklagte das schon nicht gewollt hat, so war das für ihn zumindest erkennbar."*

Im folgenden bringen wir die uns bisher bekannt gewordenen Fälle von Schadensersatzforderungen durch die Polizei.

Westberlin: Nach der Anti-Reagan-Demo am 11.6.82 ergingen an 25 Demonstranten Schadensersatzforderungen über je 10.000 DM. Gesamtschuldnerisch seien sie haftbar für Schäden von 250.000 DM.

Hamburg: Nach der Häuserräumung Eckhoffstraße 1971 schickte die Polizei Schadensersatzforderungen (Zahl und Höhe der Forderungen unbekannt).

Niedersachsen: Nach der Grohnde-Demonstration am 19.3.1977 wurden 15 Demonstranten im Dezember 1981 vom OLG Celle dazu verurteilt, insgesamt 234.000 DM Schadensersatz zu zahlen. Bezahlt werden soll Beschädigung von Polizeimaterial, Behandlungskosten und Dienstausfall von Beamten.

Als Nachweis reichte dem OLG schon, daß ein Demonstrant während der Demonstration von den „Friedlichen zu den Gewalttätigen" hinübergegangen sei, oder ein Knüppel, mit dem einer der Angeklagten bei seiner Verhaftung angetroffen worden sei, ohne daß man ihm konkrete Straftaten hätte nachweisen können.

Nordrhein-Westfalen: Nach einer Demonstration am 21.6.1974 in Münster erging eine polizeiliche Schadensersatzforderung von 20.000 DM an einen Demonstranten.
monstration am 21.6.1974 in Münster erging eine polizeiliche Schadensersatzforderung von 20.000 DM an einen Demonstranten.

Hessen: (Hier fehlt uns noch eine genaue Aufstellung der Fälle).
„Für Schäden, die bei der Hüttendorfräumung (2.11.81) entstanden sein sollen, wurden 14.626,46 DM berechnet. Für den Tag danach 1.457,88 DM. Für die Baulos II-Besetzung am 30.1.1982 wird Schadensersatz in Höhe von 40.850,58 DM gefordert. Klage seitens des Wirtschaftsverwaltungsamtes ist erhoben. Verhandelt wird diese Sache etwa im März 83 am Landgericht Darmstadt. Für den Prügeleinsatz am 31.1.1982 vor dem SKG-Heim in Walldorf ist ebenfalls Klage auf Zahlung von 3.557,52 DM erhoben (Verhandlung ebenfalls 83); die Sonntagsspaziergänge am 28.3.1982 sollen 5.148,88 DM kosten und die am 9.5.1982 5.644,00 DM. Kleinere Beträge werden geltend gemacht für den 24./25.11.1981 (171,12 DM) und für den 30.1.1982 (100,– DM)." Dokumentation der Bunten Hilfe, Dez. 1982).

„Die Tatsache, daß die Störer über Ermittlungsausschüsse und eine spezialisierte Verteidigung z.T. vor Ort verfügen, muß zu sachgerechter Vorbereitung auf einen Straf- oder auch Zivilprozeß Veranlassung geben; Regreßansprüche gegen die Störer können unter Umständen härter treffen als strafrechtliche Sanktionen." (aus: Bereitschaftspolizei heute, Mai 1980).

Baden-Württemberg: Wegen der Fahrpreis-Demonstration in Heidelberg 1975 erhielten 31 Demonstranten



wer hat die bestellt?

Foto: G. Smit

Schadensersatzforderungen von je 10.000 DM. Drei wurden schließlich vom OLG Karlsruhe zur Zahlung von 30.000 DM verurteilt. Beklagte Schäden der Polizei: Schäden an Polizeifahrzeugen und Polizeibekleidung, Dienstunfähigkeit von Beamten.

Als Begründung wurde angegeben, die drei seien presserechtlich verantwortlich für den Demonstrationsaufruf und führende Mitglieder des KBW, ,,der die Demonstration geleitet und organisiert hat''. (taz, 31.7.81).

Bayern: Nach der Demonstration am 27.3.82 in Nürnberg erhielten mehrere Demonstrationsteilnehmer mit gesamtschuldnerischer Haftung eine Schadensersatzforderung von 1.475,46 DM wegen Dienstausfallschäden, Dienstbekleidungsschäden, verlorengegangenen Ausrüstungsgegenständen und ,,Schaden am Gebäude des Polizeipräsidiums Mittelfranken'' (Farbklekse).

Leitungsbescheide

Leistungsbescheide zur Bezahlung der reinen Einsatzkosten der Polizei bei Blockaden, (Haus)Räumungen etc. sind bisher nur aus den CDU-Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Baden-Württemberg bekannt. Laut CSU soll in Bayern eine entsprechende Regelung bald folgen, und auch der Westberliner Senat hat die Initiative Baden-Württembergs ,,mit großem Interesse zur Kenntnis genommen'' (,,Tsp.'', 2.12.82).

Im Gegensatz zu den Schadenersatzforderungen, wo in der Regel ein konkretes ,,Verschulden'' nachgewiesen

Baden-Württembergs ,,mit großem Interesse zur Kenntnis genommen'' (,,Tsp.'', 2.12.82).

Im Gegensatz zu den Schadenersatzforderungen, wo in der Regel ein konkretes ,,Verschulden'' nachgewiesen

werden muß (auch wenn in der täglichen Rechtsprechung teilweise schon eine ,,psychische Unterstützung'' genügt), können durch die Leistungsbescheide alle betroffen werden, die als ,,Verursacher'' eines Polizeieinsatzes gelten, und dazu reicht die bloße Teilnahme z.B. an einer Blockade. Die Kosten werden auf verwaltungsrechtlichem Weg eingezogen.

Uns interessieren hier nur Leistungsbescheide gegen (Haus)Besetzer Blockierer etc., also gegen Leute, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen (in Hamburg zum Beispiel können ebenfalls Kosten für Polizeieinsätze erhoben werden, aber nur für die polizeiliche Begleitung von Schwertransporten, gefährlichen Gütern u.ä., nicht jedoch für das Wegtragen von Blockierern).

Schon 1977 beschloß das OVG Lüneburg anläßlich einer Häuserräumung in Hannover, daß die Hausbesetzer zur Zahlung der Auslagen bei dem Polizeieinsatz (das sind z.B. Verpflegungskosten für die Beamten, Benzin und Kilometergeld für die Einsatzfahrzeuge etc.) verpflichtet seien. Die seit dem 23.10.79 in Niedersachsen existierende ,,Polizeigebührenordnung'' geht hier sehr viel weiter: Nicht nur für die Auslagen, sondern für den ganz ''normalen'' Polizeieinsatz können ohne viel Aufhebens Leistungsbescheide verschickt werden. Die Gebührenordnung enthält u.a.:

für die Inanspruchnahme von Bediensteten der Polizei je angefangene Stunde:
je Beamter, Angestellter oder Arbeiter 38,- DM
je Dienstpferd 12,- DM
je Diensthund 5,- DM
Für den Einsatz eines Hubschraubers sind für jede angefangene halbe Stunde 400,- DM zu bezahlen
Untersuchung auf Haftfähigkeit durch einen Polizeiarzt 10,- bis 50,- DM
Aufenthalt im Polizeigewahrsam für jeden angefangenen Tag 12,- DM
Transport mit Polizeifahrzeug pro Person 15,- DM

Die Baden-Württembergische ,,Vollstreckungskostenordnung'', die einen Tag vor den geplanten Blockaden am 12.12.82 mit großem Propagandageschrei eingeführt wurde, ist noch weitreichender: Zwar sind die Kosten in etwa die gleichen, aber nach dieser Verordnung sollen auch diejenigen Leistungsbescheide erhalten können, die noch vor dem konkreten Eingreifen der Polizei freiwillig gehen!

Die per Leistungsbescheid geforderten Beträge sind bis jetzt in der Regel noch geringer als die Schadensersatzforderungen (zwischen 100,- und 1000,- DM). Das scheint aber Taktik zu sein, um bei dieser qualitativ neuen Regelung breitere öffentliche Proteste zu vermeiden. Denn theoretisch kann die Behörde schon jetzt, — da die einzelnen ,,Störer'' auch bei den Leistungsbescheiden als Gesamtschuldner haften —, es sich nach ihrem Belieben aussuchen, von wem und in welcher Höhe sie das Geld verlangt.

Trotz dieser vermuteten Taktik hat es gegen die Baden-Württembergische Verordnung massive öffentliche Proteste gegeben. Der DGB-Landesvorsitzende Pommerenke sprach von einem ,,Rückfall in polizeistaatliches Denken'' (,,Stuttgarter Ztg.'', 29.11.82). Grüne, SPD, FDP und DGB kritisierten die Verordnung als Eingriff in die Demonstrationsfreiheit und legten bei der Landesregierung Beschwerde ein, der DGB-Landesbezirk kündigte ein Normenkontrollverfahren beim Verwaltungs-

und DGB kritisierten die Verordnung als Eingriff in die Demonstrationsfreiheit und legten bei der Landesregierung Beschwerde ein, der DGB-Landesbezirk kündigte ein Normenkontrollverfahren beim Verwaltungs-

gerichtshof an und schloß auch eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht nicht aus (,,Stuttgarter Ztg.'', 18.12.82). 2 Landtagsabgeordnete der SPD nahmen teil an den Blockaden am 12.12.82 bei Stuttgart.

Im folgenden dokumentieren wir die uns bekannt gewordenen Fälle von Leistungsbescheiden:

Schleswig-Holstein: Wegen einer Hausräumung in Elmshorn am 15.4.81 erhielten 24 Leute Leistungsbescheide über je 356,29 DM. Begründung: Sie hätten trotz Räumungsbescheid nicht freiwillig geräumt. Bezahlt werden sollten insgesamt 503 Arbeitsstunden der Polizei. Das Verwaltungsgericht Schleswig gab der Klage der Besetzer recht und hob die Leistungsbescheide auf. Denn es war nicht nachzuweisen, daß die Besetzer die Räumungsaufforderungen erhalten hatten (taz, 21.9.82).

Niedersachsen: Wegen einer Hausräumung in Hannover im Dezember 71 ergingen am 9.6.72 Leistungsbescheide über 3.470,- DM an eine unbekannte Zahl von Leuten. Mindestens einer wurde durch das OVG-Lüneburg am 3.5.77. zur Zahlung verurteilt.

— Wegen der Räumung des Anti-Atom-Dorfes Grohnde (am 23.8.77) ergingen am 3.7.79 Leistungsbescheide in Höhe von 212.133,- DM an ca. 2000 Leute. Einer Klage gegen diese Leistungsbescheide hat das VG Hannover am 27.2.81 stattgegeben. Das Verfahren läuft noch.

— Wegen der Räumung des Anti-Atom-Dorfes 1004 (Gorleben) erhielten 41 Bewohner des Hüttendorfes, die sich trotz Aufforderung nicht entfernt hatten, Leistungsbescheide über je 1000,- DM. Begründung: es handle sich z.T. um die bis zuletzt Dagebliebenen, sämtliches Bildmaterial sei ausgewertet worden, es handle sich um die ,,Hauptstörer''. Bezahlt werden sollte der Polizeieinsatz, der insgesamt 2,5 Mio. DM gekostet hatte, was bei 2500 Demonstranten 1000,- pro Person mache. Letztlich wurden 37 Teilnehmer zur Zahlung von je 1083,42 DM verurteilt (lt. HA, 16.12.82). Laut taz vom 5.1.83 waren es 41 Leute mit je 1093,42 DM.

— Wegen der Räumung der gewaltfreien Blockade des Bohrloches 1004 im Frühjahr 1980 erhielten 40 Blockierer Leistungsbescheide über insgesamt fast 2.8 Mio DM (u.a. enthält dieser Betrag 25.946,11 DM für Fotomaterial der Beamten!). Der Fraktionsvorsitzende der Grünen Alternativen Bürgerliste/Hannover erhielt noch nachträglich einen Leistungsbescheid, nachdem er gegen einen prügelnden Polizisten geklagt hatte, woraufhin die Grünen die berechtigte Frage aufwarfen, ob in solchen Fällen Leute überhaupt noch gegen Polizisten klagen könnten (FR, 25.2.83).

— Nach einer Hausräumung in Hannover (Franz-Bork-Str. 8) am 24.3.81 erhielten 11 Leute Leistungsbescheide über insgesamt ca. 5000,- DM.

— Nach einer Hausräumung in Hannover (Velvetstr. 6a) am 14.4.81 erhielten 17 Leute Leistungsbescheide über insgesamt 2.744,- DM.

— Nach einer Hausräumung in Hannover (An der Strangriede 39) am 11.8.81 erhielten 4 Leute Leistungsbescheide über insgesamt 447,- DM.

— Nach einer Hausräumung in Göttingen 1981 erhielten 22 Leute eine Ankündigung von Leistungsbescheiden über insgesamt 36.182.40 DM.

— Nach einer Räumung der Zufahrt zum Baugelände in Gorleben erhielten 31 Leute Leistungsbescheide über insgesamt 2.137,50 DM.

kündigung von Leistungsbescheiden über insgesamt 36.182.40 DM.

— Nach einer Räumung der Zufahrt zum Baugelände in Gorleben erhielten 31 Leute Leistungsbescheide über insgesamt 2.137,50 DM.

Baden-Württemberg: Nach der Blockade vor der Befehlszentrale der US-Streitkräfte in Europa (EUCOM) in Stuttgart-Vaihingen am 12.12.82 verschickte die Landespolizeidirektion Stuttgart 292 Leistungsbescheide in einer Höhe von insgesamt 23.000,- DM.

„Warum gerade ich?"

Von Schadensersatzforderungen und Leistungsbescheiden sind die verschiedensten Leute betroffen. Die scheinbare Willkürlichkeit ist offensichtlich eine gezielte Taktik zur Abschreckung und Isolierung von Teilen der Bewegung. Denn wenn es scheinbar willkürlich ist, wer erwischt wird, ob Gewaltfreier oder Militanter, überlegen sich viele schon vor der Demonstration oder der Blockade, ob sie überhaupt hingehen können.

Ziel dieser Taktik ist, daß die inzwischen recht breite Bewegung, die die verschiedensten Strömungen umfaßt, selbst einteilt in ,,gut'' und ,,böse'', daß innerhalb dieser Bewegung eine ,,Selbstregulierung'' im Sinne des Staates stattfindet.

Auf Demonstrationen, Blockaden etc. sollen möglichst nur noch die ,,harten Kerne'' übrig bleiben oder als solche zumindest erkennbar sein. Und wie die Leistungsbescheide in Gorleben und Stuttgart zeigen, rechnet die Polizei inzwischen schon Gewaltfreie zu den ,,harten Kernen''.

Folge dieser scheinbaren oder gezielten Willkür soll nicht nur sein, daß viele Leute erst gar nicht auf (bestimmte) Demonstrationen gehen. Auch auf der Demonstration oder Blockade selbst soll sich distanziert werden.

Eine andere Folge dieser willkürlichen Kriminalisierung ist auch das ,,Wegtauchen'', wenn man erst einmal einen Leistungsbescheid erhalten hat. Jeder steht dann natürlich erst einmal allein vor dem Problem und denkt ,,warum gerade ich!''. Der Versuch,

chen Kriminalisierung ist auch das ,,Wegtauchen'', wenn man erst einmal einen Leistungsbescheid erhalten hat. Jeder steht dann natürlich erst einmal allein vor dem Problem und denkt ,,warum gerade ich!''. Der Versuch,

dieses Problem dann auch individuell zu l ö s e n , weil man denkt, dadurch größerem Schaden oder vielleicht einer nervigen Auseinandersetzung mit dem Problem auszuweichen, muß ebenso zurückgeführt werden auf die Taktik der Isolierung und Verunsicherung.

In vielen uns bekannten Fällen war eine Folge dieser Taktik des Staates, daß es unmöglich war, ,,Betroffenentreffen'' zustande zu bringen. Auf der anderen Seite zeigen gerade einige Erfahrungen mit ,,Betroffenentreffen'', wie notwendig es ist, nicht nur eine gemeinsame Prozeßstrategie zu entwickeln, sondern auch wie wichtig es ist, sich untereinander auszutauschen, welche persönlichen Schwierigkeiten man mit der Kriminalisierung hat und wie man damit umgeht.

Eine weitere Folge dieser Isolierungstaktik zeigt sich oft in einer mangelnden Solidarität mit den Betroffenen nach dem Motto ,,ein Glück, daß es mich nicht erwischt hat'', Prozesse sind oft kaum besucht, Spenden für Prozeßkosten u.a. fließen spärlich, Augenzeugenberichte trudeln erst nach Monaten wenn überhaupt bei den Ermittlungsausschüssen ein.

Wir wollen und können uns nicht oberlehrerhaft hinstellen und bestimmte Widerstandsformen ausgrenzen, ebensowenig wie wir ein Patentrezept haben zur Frage, ob es richtig ist zu zahlen oder nicht, zu prozessieren oder nicht. Wichtig halten wir aber eine offene Auseinandersetzung über diese Fragen nicht nur unter derzeit schon Betroffenen, sondern in der Bewegung insgesamt.

Ermittlungsausschuß Hamburg

Wer uns Material zu Schadensersatzforderungen und Leistungsbescheiden, Berichte, wer gezahlt, wer (erfolgreich) geklagt hat, Diskussionsberichte über diese Fragen schicken kann, melde sich bitte bei

Wer uns Material zu Schadensersatzforderungen und Leistungsbescheiden, Berichte, wer gezahlt, wer (erfolgreich) geklagt hat, Diskussionsberichte über diese Fragen schicken kann, melde sich bitte bei

Ermittlungsausschuß Hamburg
c/o BUU
Bartelstraße 26
2000 Hamburg 6

Foto: G. Zint



Die Kinder finden E.T. auf jeden Fall toll....

An E.T. (Der Außerirdische — Extraterrestrial) laben sich durch viele, viele tausend beglückte Kinder und Erwachsene vor allem die Konten seiner geistigen Väter: Steven Spielberg und Mitproduzenten: 1 Million Dollar sollen täglich vereinnahmt werden, alleine aus den Filmabspielungen. In den ersten zwei Wochen hat der Film genau 44.809.658 Dollar eingespielt (,,Frankfurter Rundschau'', 18.12.82).

Kaum ein Kinderfilm hatte bisher derart viele und originelle Public-Relations: Die NASA ließ in einem Warnschreiben mitteilen, daß sich E.T.s Freund Elliot gesetzeswidrig verhalten habe, als er den Außerirdischen bei sich aufnahm. Darauf stehe ein Jahr Gefängnis und 5000 Dollar Strafe. Englands größte Wettbüros ,,William Hill'' und ,,Ladbrokes'' — die so ziemlich auf alles wetten — notierten Quoten von 100 bis 200: 1 Pfund, falls der Außerirdische binnen eines Jahres auf der Erde erscheinen sollte.

E.T. hat mit seiner Geschichte die Klassenschranken überwunden und das Band der Liebe um arm und reich, groß und klein, Herrscher und Beherrschte gewunden: Von Nancy Reagan über Lady Di, Claus von Amsberg inclusive Sicherheitsstab und ganze Schwärme internationaler Prominenz, die sich sonst nur in der Regenbogen-Presse ein Stelldichein geben, hat Carlo Rambaldis Watschelwesen, dessen Augen aus einer Mischung von Bambi und Einstein gütig auf den Grund jeder Menschenseele blicken und die Entscheidung fordern: Gut oder Böse.

Wahrscheinlich wird es auch das bisher größte Geschäft in der Folgeindustrie sein: E.T.-Fahrräder, Faschingskostüme, Video-Spiele, über 10 Millionen Puppen (made in Korea, Taiwan etc.) und ebensoviele Poster alleine in den USA, Taschenkalender, Bubble-Gum, T-Shirts und andere Hemden, Schlüsselanhänger, Bücher, Schachteln — kurz, wie es schon von den Filmserien ,,Heidi'', oder ,,Pinoccio'' bekannt ist, durchdringt nun E.T. multimedial die Kinderwelt. Kaufhäuser richten E.T.-Abteilungen ein, Katzen, ja Kinder werden auf E.T. benannt. E.T.-Video-Spiele setzen den Film fort: Böse Erwachsene jagen den kleinen Knilch, und Kind muß ihm helfen. Zwei Dutzend Anwälte sorgen dafür, daß nichts E.T.-Ähnliches ohne Lizenzen hergestellt wird: 260 Mißbräuche wurden schon aufgespürt. Auch der Lehrer Albert E. Millian bekam

Knilch, und Kind muß ihm helfen. Zwei Dutzend Anwälte sorgen dafür, daß nichts E.T.-Ähnliches ohne Lizenzen hergestellt wird: 260 Mißbräuche wurden schon aufgespürt. Auch der Lehrer Albert E. Millian bekam

Schwierigkeiten: Er schrieb eine Broschüre mit dem Titel ,,E.T. — Du bist mehr als ein Filmstar''. In 33 Beispielen wies er nach, daß es Parallelen im Leben von E.T. und Jesus gegeben hat. Er ist wohl dem Erfolgsgeheimnis zu nahe gekommen.

Wann, so ist die bange Frage, wird E.T. zum Präsidenten der UNESCO berufen und erhält den Friedensnobelpreis?

E.T. verspricht mit bisher geschätzten Gesamteinnahmen von 1 Milliarde Dollar und anhaltendem Erfolg sogar die Micky Mouse zu übertrumpfen.

Das für und wider reicht von ,,pädagogisch wertvoll'', ,,Friedensfilm'' bis ,,größte Gaunerei'' mit gesellschaftlich produzierten Mißständen oder ,,Flucht vor der Wirklichkeit''. Der Witz daran ist, daß fast alles stimmt — je nachdem, von welcher Seite man den Film betrachtet. Der Mangel in diesen Diskussionen — wie in übrigens vielen kulturpolitischen Diskussionen unter Linken — ist, daß nur eine Seite gesehen, überbetont wird, und daß — auch wenn die Kriterien berechtigt sind — das gesamte Umfeld der heutigen Kinderkultur nicht genügend berücksichtigt wird und man heute schnell zu dem wirklich fatalen Schluß kommt: Besser diesen Film als einen anderen Horror-Aktion-Film.

In Schweden und Norwegen wurde der Film erst für Kinder von elf und zwölf Jahren an freigegeben, weil kleinere Kinder unter der bedrohlichen und Angst machenden Atmosphäre des Films leiden könnten; zudem tauchten die Erwachsenen in dem Film durchweg als Feinde der Kinder auf. Vor den Kinos protestierten Kinder mit den Parolen ,,Weg mit der Elf-Jahre-Grenze!'' und ,,Kinderfilme sind für Kinder gemacht''.

Eine beispielhafte Freundschaft

Die Geschichte ist schnell erzählt: Die Außerirdischen besuchen die Erde, werden von Hundebell vertrieben und verlassen fluchtartig die Erde. E.T. schafft den Absprung nicht mehr und versteckt sich in einem Schuppen. Dort wird er von Elliot (10) entdeckt. Es ist die einzige möglicherweise ,,gruselige'' Szene dieses Films: E.T. ist nun ja auch nicht gerade eine Schönheit. Nach anfänglichen Schwierigkeiten lernen sich die beiden schätzen. Innige Freundschaft entsteht, als Elliot E.T. zeigt, wies hier auf der Erde so läuft. Elliot ist einsam: Die Mutter, vom Vater mit einer Freundin verlassen, muß die drei Kinder versorgen, arbeiten und reagiert auf Probleme recht unwirsch, leidet noch unter der Trennung ihres Mannes. Der große Bruder nimmt Elliot nicht ernst und hat seine eigenen Probleme, die kleine Schwester schwatzt Elliot zu viel (na klar, ein kleines Mädchen!). So fühlt er sich von Gott und der Welt verlassen in seiner Spielzeug-Puppen-Plüschtier-Welt. Da kommt E.T., der sich ebenfalls in dieser Welt nicht zurecht findet. Nach anfänglichen Schwierigkeiten nimmt die ganze Familie an E.T. Anteil: Glück und Freude unter den Kindern, ,,verwelkte Blumen sprießen dank E.T.''. — Das Glück ist nur von kurzer Dauer: Nachdem Elliot E.T. die Begriffe ,,Heim'', ,,Zuhause'', ,,Mutter'' erklärt hat, erinnert sich E.T., daß er Selbiges vermißt. E.T. spricht die unnachahmlichen, das Unendliche bis in seine fernsten Winkel und alle irdischen Gemüter erschütternden Worte, die sich tief in die Menschenherzen bohren und Milliarden Assoziationen auslösen: ,,Nach Haus ...''

Aus einfachsten Spielgeräten und technischen Abfallteilen bastelt E.T. ein phantastisches Laser-Telefon, das mittels eines Fadens von einem sich im Winde bewegenden Tannenzweig angetrieben wird (Eine wirklich ,,sanfte Technologie''!).

Mit diesem Wunderwerk übersinnlicher Fähigkeiten ruft E.T. seine Familie um Hilfe. Aber schon nähern sich Elliot und E.T. gemeinsame Feinde, die die Freundschaft und das Glück der beiden zerstören wollen. Schwarze ,,Schatten'' mit Gewehren, bedrohlich wirkend aus Kinderperspektive gefilmt, wollen E.T. einfangen. Ein Fluchtversuch endet mit einer Übernachtung im Wald und einem total ausgekühlten, dem Ende nahen E.T. im Bach, wo ihn Elliot findet und nach Hause bringt.

Eine ganze Armee schwerbewaffne-

wollen E.T. einfangen. Ein Fluchtversuch endet mit einer Übernachtung im Wald und einem total ausgekühlten, dem Ende nahen E.T. im Bach, wo ihn Elliot findet und nach Hause bringt.

Eine ganze Armee schwerbewaffne-

ter Polizisten, Sicherheitsbeamte und Mediziner stürmen die Wohnung, um die glücklichen Kinder und die unglückliche Menschheit von der vermeintlichen Bedrohung aus dem All zu befreien und diese der polizeistaatlichen und wissenschaftlichen Tortur zu unterziehen. In der Tat: E.T. kam unangemeldet, und die Einwanderungsbehörde hätte einen solchen Ausländer niemals reingelassen.

Das gesamte Haus wird mittels einer überdimensionalen Plastikplane unter Quarantäne gestellt. Ärzte und Wissenschaftler fummeln an E.T. herum, für den soviel technische Kälte und Unmenschlichkeit lebensbedrohend ist. Der übersinnlich mit ihm verbundene Elliot scheint auch zu sterben. Die vermeintliche Leiche E.T.s soll zu Seziezungszwecken abtransportiert werden. In diesem ganzen Unglück erscheint aus unerfindlichen Gründen Elliots Vater. Elliot darf fünf Minuten mit E.T. alleine sein und entdeckt, daß E.T. noch lebt.

Die Rettung naht. Die Ereignisse überschlagen sich. Mit Hilfe aller Kinder werden die massiven Sicherheitskräfte, die mit den modernsten Waffen ausgerüstet sind, raffiniert ausgetrickst. Elliots Bruder jagt mit E.T. und Elliot in einem Polizeiauto davon. Alle anderen Kinder versperren der schießwütigen Polizei mit ihrem Fahrrädern den Zugriff. Im entscheidenden Augenblick lassen übersinnliche Kräfte die Fahrräder fliegen, und noch rechtzeitig vor dem Zugriff der Sicherheitsorgane erreichen alle Kinder mit E.T. das gerade landende Raumschiff. E.T. wird von seinen Eltern abgeholt, das All hatte Erbarmen. Küssend verabschieden sich Elliot und E.T., schwören sich ewige Treue.

Die Kinder sind glücklich und traurig zugleich: Glücklich, weil sie E.T. vor der Polizei gerettet haben und er nun ,,nach Haus'' zu seiner Familie fliegen kann, traurig, weil sie ein so lieber Freund, mit dem sie so viel Spaß erlebten, verläßt.

Das Glück aus dem Weltall

Die Geschichte auf ihren Kern reduziert ergibt folgendes Prinzip: Ein einsamer Junge erfährt dank eines Außerirdischen wieder Glück und Zufriedenheit. Nimmt man die Problemstellung, so wird Einsamkeit und Verlassensein mittels einer Eingebung, eines Wunders, einer Erscheinung überwunden, wenn man nur an dieses Übernatürliche glaubt. Es ist Elliots und der Kinder Glaube an die Freundschaft mit E.T., die ihnen wieder eine glückliche Zukunft verspricht.

Das wird auch teilweise der Grund sein, warum E.T. sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen aller Altersklassen einen solchen Erfolg hat. Er greift real vorhandene Probleme der Kinder auf — Probleme, die Erwachsene aus ihrer eigenen Kindheit kennen oder die sie als Väter und Mütter, Omas und Opas selbst mitzuverantworten haben — und versucht sie mittels eines mystischen, allgegenwärtigen,

Kinder auf — Probleme, die Erwachsene aus ihrer eigenen Kindheit kennen oder die sie als Väter und Mütter, Omas und Opas selbst mitzuverantworten haben — und versucht sie mittels eines mystischen, allgegenwärtigen,

übermächtigen Wesens, das in seiner ganzen Art und seinem Auftreten Güte und Bescheidenheit schlechthin ist, in wundersames Glück zu vewandeln. Wunschträume werden nachvollziehbar erfüllt, in einer unmenschlichen Zeit wird — dank E.T. Glück und Geborgenheit erfahren. Die Geschichte komprimiert die Extreme von Glück und Bedrohung des Glücks (Quarantäne, E.T. — Jäger, nur die Beine und Gewehrläufe sind sichtbar) in so kurzen Intervallen, daß das Happy End der Grundtenor des Films wird. Es sind





innere (Familiensituation) und äußere Gefahren (Erwachsenenwelt), die leibhaftig nachempfunden werden können.

Außerirdisch ohne Horror

,,E.T.'' hebe sich, so seine Fürsprecher, von dem überzahlreichen Schrott an Horror-Aktion- und mehr oder weniger militaristischen Science-Fiction-Filmen wohltuend ab: Er zeige keine Gewalt, habe im Gegenteil ein wirkliches Problem von Kindern — nämlich Einsamkeit und Unverständnis — zum Inhalt und sei auch rein optisch aus der Perspektive der Kinder gedreht. Die Kinder würden in diesem Film solidarisch gegen die Erwachsenenwelt zusammenhalten und ein häßliches, fremdes, unbekanntes Wesen (was auch auf Ausländer übertragen werden könnte) gegen die kalte, kinderfeindliche Welt der Erwachsenen verteidigen. Zudem würde in diesem Film ein außerirdisches Wesen mal nicht als Feind, Eroberer, Zerstörer dargestellt, sondern im Gegenteil als freundlich und hilfebedürftig. Sehnsüchte und Wünsche der Kinder würden aufgegriffen und zu einem positiven Ende geführt. ,,E.T.'' sei eine Werbung für Menschlichkeit und Freundschaft. Zudem werde die Familie — abgesehen von üblichen hollywoodschen bzw. amerikanischen Überzeichnungen — realistisch dargestellt: Eine alleinstehende Frau, die drei Kinder zu erziehen hat.

Möglicherweise könnten die Kinder aus diesem Film auch einige sinnvolle Sachen lernen, schlimmstenfalls wäre er nicht schädlich.

Die Kritiker sehen den Film mehr mit den Augen von Erwachsenen bzw. Menschen, die eine politische Nutzenanalyse anstellen: Der Film wende sich

Sachen lernen, schlimmstenfalls wäre er nicht schädlich.

Die Kritiker sehen den Film mehr mit den Augen von Erwachsenen bzw. Menschen, die eine politische Nutzenanalyse anstellen: Der Film wende sich

mit ziemlich großem finanziellen Aufwand und noch größerem Erfolg, den er aus realen Konflikten ziehe, einem Problem zu, das zwar in der Tat existiere, aber mittels ,,E.T.'' als ein Phantastisches dargestellt und auch ziemlich übersinnlich gelöst werde, greife ein relativ bedeutungsvolles Problem auf einer Ebene auf, die nicht mehr für den eigenen Zweck und Nutzen von Kindern, sondern nur noch sehr lukrativ für die Folgeindustrie gelöst werde. Nach diesem Film änderten die Kinder kaum ihre Meinung z.B. zu ausländischen Kindern oder zu schwächeren, einsamen Kindern und anderen Menschen, sondern hätten wesentlich mehr Interesse, möglichst viele E.T.- Produkte zu kaufen, um den Verlust von E.T., der ja die Erde verläßt, zu kompensieren.

Schließlich sei dieser Film die beste Gelegenheit, ,,Rabenvater/Mutter''-Gefühle abzubauen, scheußliche Tränen über den unglücklichen Elliot und E.T. zu vergießen, ohne zu einer Konsequenz und Veränderung, zu positivem Engagement zu verpflichten. Schließlich würden nicht etwa die Probleme von ausländischen Kindern, mißhandelten Kindern usw. mit gleichem finanziellen und geistigen Aufwand aufgegriffen, wie es durchaus sinnvoll und möglich wäre. Und außerdem flössen die ganzen Umsatzmilliarden nicht etwa Initiativen, Aktivitäten und Projekten zu, die sich praktisch darum bemühen, die vielfältigen Probleme der Kinder dieser Welt zu lösen (in der Tat, wieviele Kinderhäuser könnten gebaut werden, wieviele Kinder brauchten nicht mehr zu verhungern usw.), sondern ein paar clevere Geschäftemacher würden unter dem Deckmäntelchen der Kinderfreunde große Kasse machen.

Zudem würde hier ein gesellschaftliches Probelm, statt es gesellschaftlich anzugehen, individualisiert und mit übersinnlichen Mitteln, sozusagen mittels eines Messias oder neuen Jesus für Kinder gelöst. Hintergründe würde nicht offengelegt — Probleme würden einfach dank der phantastischen Fähigkeiten E.T.s reibungslos erledigt. An der wirklichen Welt der Kinder ändere sich überhaupt nichts.

... Aber den Kindern gefällt's

Die angeführten Argumente mögen alle zutreffend sein, aber die entscheidende Frage ist doch, was denn die Kinder von dem Film halten: ob er ihnen gefällt oder nicht. Und offensichtlich scheint er den Kindern sehr zu gefallen, und das muß man/frau wohl genauso akzeptieren wie mögliche Negativkriterien, bzw. eben auch als einen Verdienst des Films, wie er andere Seiten haben mag, die speziell Erwachsenen nicht gefallen.

Den fragwürdigen Aspekten gleichberechtigt muß auch die dargestellte Gewaltlosigkeit sein, die im wesentlichen Solidarität, Anerkennung und Verständnis für Andersartigkeit beinhaltet. Die Solidarität, Hilfe und Unterstützung aller Kinder für ein ,,ausländisches'' Wesen ist in diesen gesellschaftlichen Bedingungen — und auch in den meisten Filmen und Medien, die Kinder zu sehen bekommen — wohl eher die Ausnahme. ,,Türken raus'', ,,Spaghetti-Fresser'', ,,Kümmel-Türke'' usw., unsolidarisches Verhalten deutscher Kinder gegenüber ausländischen Kindern und Familien ist herrschende (Erziehungs)Praxis. Und man sollte sich nicht darüber aufregen, wenn im Film mal die Erwachsenen negativ dargestellt werden, das findet im täglichen Leben der Kinder viel zu selten statt: Die Kinder sind doch meist die Schuldigen.

Was sagen Kinder selber zu dem Film? Ein paar Kinder, die vor dem Kino stehen: ,,*Mir hat das Happy End gefallen*'' so ein Junge (10). ,,*Mit hat der Mittelteil besser gefallen, und wie E.T. angekommen ist*''. Ich,,*fand die Witze gut — eigentlich den ganzen Film*'', ein anderer Junge. Ein paar Mädchen fanden den Film auch gut: ,,*An manchen Stellen gab es viel zu lachen, dann wieder zum weinen, z.B. als E.T. sich verabschiedete, oder als er im Krankenhaus lag.*''

Besonders beeindruckend fanden die Mädchen den Zusammenhang des Filmes mit ihrem eigenen Leben: ,,*Das macht einen auch so traurig*''. Auf die Frage, ob denn dieser Film etwas mit ihrem Leben zu tun habe — Einsamkeit, mal ohne Freund sein usw., konnte kein deutscher Junge zustimmen. Ein türkischer Junge meinte allerdings: **,,Das hat jeder mal, das hat jeder mal''.**

Kinderkommission/KB Hamburg

Krieg ist geil !

Kinderkommission/KB Hamburg

Krieg ist geil !



Mit bunten Aufklebern will die Rüstungsindustrie für den Krieg werben: Die Idee zu dieser zynischen ''Sicherheitswerbung'' kam den Rüstungskonzernen angeblich durch die vielen Anfragen von Schülern und Studenten. Geworben wird für den Leopard, der auch Atomgranaten abschießen kann: ''Unser stärkstes Stück - Stück für Stück Sicherheit'' oder ''Frieden schaffen ohne Waffen? Schön wär's, wenn alle mitmachen!'' Besuchergruppen erhalten diese Aufkleber geschenkt. Außerdem werden diese Aufkleber wohl wäschkörbeweise an Jugendclubs, Bundeswehr-Fan-Clubs und Tagen der Offenen Tür der Bundeswehr usw. als Propagandamittel - aus Steuergeldern finanziert - massiv verteilt.

»Ist das nicht rührend? Gabi sagt, sie hat das Christkind gesehen«



§ 218 — Indikationsregelung in Gefahr: Kassen sollen Abtreibung nicht mehr finanzieren

Im folgenden soll etwas näher beleuchtet werden, was die 8.Kammer des Dortmunder Sozialgerichtes am 29.9.1981 „im Namen des Volkes" zu der Klage von Frau Ursula Zöller zu sagen hatte.
Zur Erinnerung: Ursula Zöller ge-
gen zu entscheiden, dient ihre ca. 60 Seiten starke Argumentation als Vorlage für das Bundesverfassungsgericht (BVG). Das Sozialgericht bestätigt darin in den wesentlichen Punkten die Argumentation der Klägerin. Es ist von der Verfassungswidrigkeit des §200 f
anderer Beitragszahler Abtreibungen bezahlen ließen.
Das Gericht untermauert Frau Zöllers Definition der „Zwangsgemeinschaft", indem es behauptet, daß der Gesetzgeber die „verfassungsrechtlichen Grenzen seines gestalterischen Er-

Im folgenden soll etwas näher beleuchtet werden, was die 8.Kammer des Dortmunder Sozialgerichtes am 29.9.1981 „im Namen des Volkes" zu der Klage von Frau Ursula Zöller zu sagen hatte.

Zur Erinnerung: Ursula Zöller gehört zum Kreis der militantesten Abtreibungsgegner; sie ist Mitarbeiterin bei der „Neuen Bildpost", bekannt durch ihren Redakteur Pfarrer Winfried Pietrek, einen der aktivsten Hetzer gegen Abtreibungen. Frau Zöller hatte die „Barmer Ersatzkasse" (BEK), deren Mitglied sie ist, verklagt, da sie sich in ihrer Gewissens- und Glaubensfreiheit als Katholikin (unter Berufung auf Artikel 4 des Grundgesetzes) aufs schwerste beeinträchtigt fühle, wenn die BEK ihre Pflichtbeiträge weiterhin für Schwangerschaftsabbrüche verwendet. Ihrer Meinung nach gehören Schwangerschaftsabbruch und auch Sterilisation grundsätzlich nicht in den Bereich der Krankenversicherung, da bei ihnen erst mit ärztlicher Hilfe Krankheiten im Sinne der Reichsversicherungsordnung (RVO) herbeigeführt würden. Da „typischerweise" für die Masse der Krankenversicherten und ihrer Angehörigen das Risiko nicht bestehe, *„als Schwangere oder als Erzeuger in eine Abtreibung verwickelt zu werden"* (Seite 7 der Klageschrift), sei ihnen nicht zuzumuten, sich gegen unerwünschte Schwangerschaften pflichtzuversichern. Sie fordert eine freiwillige Abtreibungsversicherung (für die Unverbesserlichen), deren Beiträge sie allerdings wesentlich höher veranschlagt wissen will.

Der krönende Abschluß ihrer Argumentation: Der Schwangerschaftsabbruch sei eine Tötungshandlung, die gegen die im Grundgesetz verbürgte grundsätzliche Unantastbarkeit und Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens verstoße. Nach § 218 sei schließlich davon auszugehen, daß *„nicht jeder nicht strafbare Schwangerschaftsabbruch zugleich auch nicht rechtswidrig sei"* (S.8). Nach ihrer Interpretation sind alle Abbrüche rechtswidrig, bei denen keine medizinische Indikation vorliegt. Demzufolge ist das erklärte Ziel der Klage die gerichtliche Bestätigung, daß während der Mitgliedschaft von Frau Zöller die BEK ausschließlich Schwangerschaftsabbrüche nach medizinischer Indikation finanzieren darf.

Die Haltung der Krankenkasse

Die BEK antwortete zurückhaltend, Sinn und Zweck der Klage sei die Feststellung, daß die gesetzlichen Bestimmungen verfassungwidrig seien. Die Klage sei gegenüber der BEK unbegründet, da die Kasse gesetzlich verpflichtet sei, die Beiträge für Abtreibungen mit einer Indikation zu verwenden. Sofern das Bundesverfassungsgericht nicht einzelne Bestimmungen der RVO für verfassungswidrig erkläre, müßten sich alle Beteiligten an die Vorschriften halten.

Die Antwort der Dortmunder Richter

Da es den Dortmunder Richtern nicht zusteht, über verfassungsmäßige Fragen zu entscheiden, dient ihre ca. 60 Seiten starke Argumentation als Vorlage für das Bundesverfassungsgericht (BVG). Das Sozialgericht bestätigt darin in den wesentlichen Punkten die Argumentation der Klägerin. Es ist von der Verfassungswidrigkeit des §200 f der RVO überzeugt und hält ihn für mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Gemäß diesem Paragraphen sind die Krankenkassen verpflichtet, die Kosten einer nicht rechtswidrigen Abtreibung voll zu tragen. Für die Dortmunder Richter jedoch ist **„die Finanzierung der Vorbereitung, der Durchführung und der Folgenbeseitigung der Tötung ungeborener Kinder ... keine primäre und eigenständige öffentliche Aufgabe ..., da das Leben jedes ungeborenen Kindes als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Artikel 1,2 Abs.2 des Grundgesetzes"** stehe (Menschenwürde, Persönlichkeitsrechte). Nur die Bedrohung der Gesundheit oder des Lebens einer Schwangeren sind für die Richter Grund für die Kostenerstattung einer Abtreibung.

Auch die Schwangerschaft infolge einer Vergewaltigung soll nach Meinung der Richter ausgetragen werden. Hierzu heißt es, der Täter (also der Vergewaltiger) müsse bestraft und nicht das schutzbedürftige Kind getötet werden: *„Die dennoch auch verfassungsrechtlich begründete Zurücknahme des strafrechtlichen Schutzes der Leibesfrucht in derartigen Fallgestaltungen kann aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht zu dem Schluß verleiten, daß das Lebensrecht und der Würdeanspruch des Kindes in irgendeiner Weise dadurch geschmälert sein könnte, daß sein ‚Erzeuger' eine Straftat an seiner Mutter begangen hat."* (S.37). Als Alternative wird vorgeschlagen, daß durch *„öffentliche Verantwortung"* dem dann geborenen Kind beigestanden werden soll. Besteht die Möglichkeit einer schweren Behinderung des zu gebärenden Kindes oder ist sie bereits festgestellt, so will das Gericht eine Abtreibung aus diesem Grund ebenfalls nicht von den Kassen finanziert wissen. Selbst dieser Fall ist ihrer Interpretation nach eine rechtswidrige Abtreibung.

Und zur sozialen Indikation, nach der ca. 70% aller Abtreibungen in diesem unserem Lande vorgenommen werden, heißt es: *„Es ist kein Verfassungsgut erkennbar, das die Zurücksetzung des Lebensrechtes des ungeborenen Kindes als legitimes Mittel zur Verminderung wirtschaftlicher, psychischer, seelisch-geistiger oder sozialkommunikativer Probleme rechtfertigen könnte. Insbesondere ist die Tötung menschlichen Lebens kein Gestaltungsmittel eines Sozial-Staates"* (S.38, 39).

Demgemäß kommen die Herren auch hier zu dem Schluß, daß eine Finanzierung verfassungswidrig sei. Abtreibung soll also wieder ein Privileg wohlhabender Bevölkerungsschichten werden. Dies halten die Dortmunder Richter jedoch für *„verfassungsrechtlich unerheblich"* und *„doppelbödig"* und halten dem entgegen, daß die Straffreiheit an sich ja schon ein Privileg sei. Frau kann also froh sein, tief in die Tasche greifen zu müssen, dafür aber nicht in den Knast zu kommen! Im übrigen seien bislang diejenigen Frauen privilegiert, die sich auf Kosten anderer Beitragszahler Abtreibungen bezahlen ließen.

Das Gericht untermauert Frau Zöllers Definition der „Zwangsgemeinschaft", indem es behauptet, daß der Gesetzgeber die *„verfassungsrechtlichen Grenzen seines gestalterischen Ermessens"* dadurch überschritten habe, daß er der *„Solidargemeinschaft"* die Aufgaben einer Abtreibungskasse aufgeladen habe. Es genüge, wenn die Folgen einer Abtreibung bezahlt würden: *„Bei einem — indizierten oder nicht indizierten — Schwangerschaftsabbruch durch einen Arzt oder einen Kurpfuscher, d.h. bei jeder Abtreibung, die zu einem Krankheitszustand oder zum Tod der Frau führt, müssen die Krankheitsbehandlungskosten (Sterbegelder) schon nach bisherigem Recht (...) von den Kassen getragen werden"* (S.47).

Der Klägerin wird zugestanden, daß ihre Glaubens- und Gewissensfreiheit *„rechtswidrig beeinträchtigt"* sei (S.51); *„auch die Finanzierung einer Abtreibung ist nämlich eine Mitwirkung an der Tötung des ungeborenen Kindes"* (S.52). Die Höhe des Beitragsanteils für Abbrüche sei dabei unwesentlich. Entscheidend sei, daß sie gegen ihren Willen gezwungen werde und keine Möglichkeit der Verweigerung habe. Nach dem Glauben der katholischen Kirche sei Abtreibung ein verabscheuungswürdiges Verbrechen; Glauben und Gewissen verböten es daher der Klägerin, mittels Abtreibungsfinanzierung daran mitzuwirken. Das Gericht unterstützt dies als eine legitime Auffassung, bewertet dagegen die Meinung der BVG-Richterin Frau Rupp-v.Brünneck zum BVG-Urteil 1975 als eine entgegengesetzte weltanschauliche Grundüberzeugung. Das Urteil der Richterin hatte sich damals in verschiedenen Punkten von dem ihrer Herren Kollegen unterschieden und sich u.a. mit den Begriffen Tötung und Mord auseinandergesetzt.

„Nach Auffassung der unterzeichnenden Richterin ist die Weigerung der Schwangeren, die Menschwerdung ihrer Leibesfrucht in ihrem Körper zuzulassen, nicht allein nach dem natürlichen Empfinden der Frau, sondern auch rechtlich etwas wesentlich anderes als die Vernichtung selbständig existenten Lebens. Schon deswegen verbiete es sich von vornherein, die Abtreibung im ersten Stadium der Schwangerschaft mit Mord oder vorsätzlicher Tötung prinzipiell gleichzustellen. Erst recht ist es verfehlt, wenn nicht unsachlich, die Fristenlösung in die Nähe der Euthanasie oder gar der Tötung unwerten Lebens zu rücken, um sie von daher zu diskriminieren — wie dies in der Öffentlichkeit geschehen ist." (Anhang BVG-Urteil 1975, Strafgesetzbuch, S.80).

Ganz wollen die Dortmunder Richter zwar Frau Zöllers These, nach der jeder Beitrag zur Abtreibungsfinanzierung sich als *„zweckgerichtete Mitwirkung an der bewußten und gewollten Tötung wehrloser, unschuldiger Menschen darstelle, die jedenfalls im Bereich der sozialen Indikation tatbestandlich dem Mord gleichkomme und wegen der mehrtausendfachen Begehung einem Massenmord ähnlich sei"* (S.60), nicht bejahen. Sie bestätigen jedoch, daß eine *„vorsätzliche Tötung*

Fortsetzung nächste Seite

Abtreibung auf Krankenschein muß selbstverständlich möglich sein

In Karlsruhe demonstrierten am Samstag, 26. Februar, rund 7.000 Menschen - zum größten Teil Frauen - gegen die angekündigte Verschärfung der Abtreibungsregelung und gegen den § 218 (vgl. Artikel in diesem AK).

Frauengruppen aus dem gesamten Bundesgebiet hatten zu dieser Demonstration aufgerufen. Abgesehen von der Aktualität der bevorstehenden BVG-Entscheidung hat dieses Datum Tradition: am 25.2.1975 hatte das BVG die Verfassungswidrigkeit der Fristenregelung festgestellt.

In den Parolen und auf lila, roten und weißen Transparenten waren alte sowie neue Forderungen zu hören und zu sehen: „Weg mit dem § 218", „Mein Bauch gehört mir", „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine", „die Moralisten der Nation sägen an der Indikation". Und für die Moralapostel hatten die Frauen auch etwas dabei: „Gegen Fliegen hilft Paral, gegen Sexualität Moral", „Wir brauchen weder Waffen, noch die Moral der Pfaffen", „Kinder ja - § 218 nein, denn Liebe kann nicht Sünde sein". An der Demonstration beteiligten sich neben den autonomen Frauengruppen Frauen aus Gewerkschaften, demokratischen und linken Organisationen (u.a. die Demokratischen Sozialisten, die Humanistische Union, die Falken, die Grünen Karlsruhe, der KB, die GIM, die DKP und die ASF). Der Bundesverband der Pro-Familia hatte ebenfalls zur Demonstration aufgerufen, und Frauen aus verschiedenen Pro-Familia-Stellen waren gekommen.

Die DKP fiel in ihren Forderungen wieder einmal hinter die Bewegung zurück: sie forderte die Fristenregelung. Die ASF konnte es nicht lassen, für die SPD die Werbetrommel zu rühren. So schrieb sie in ihrem Flugblatt: *„Wenn die Frauen nicht von der CDU/CSU ins politische Mittelalter geschickt werden wollen, dann müssen sie m i t der SPD gegen die Aushöhlung und für die Verbesserung des § 218 kämpfen."*

Trotz guter Stimmung kam es auf der Demonstration leider zu einigen Zwischenfällen. So ging ein Mann mit einer Gaspistole auf eine Frau los und verletzte sie in den Augen. Leider konnte er ungeschoren entkommen. Die Polizei, die ansonsten am Rande der Demo mit reichlich Zivilbullen vertreten war, war natürlich nicht zur Stelle.

Außerdem hatten einige rechtsklerikale Organisationen zu einer Gegendemonstration aufgerufen, u.a. die „Aktion Lebenshilfe e.V. Augsburg", die „Basisgruppen gegen Abtreibung" und „Frauengruppen gegen Abtreibung" aus Münster, Bonn und Heidelberg (es wäre interessant, mal genauer rauszubekommen, wer dahintersteckt). Das katholische Jugendbüro Karlsruhe hatte einen Brief an sämtliche Pfarrämter in und um Karlsruhe geschickt und zur Gegendemonstration mobilisiert. Zum Glück waren aber nur knapp 400 Leute zu der Gegendemonstration gekommen.

Rangeleien gab es, als einige der rechten Abtreibungsgegner auf der Demonstration auftauchten und die Frauen mit Parolen wie „Für das Leben" provozierten. Beim Kundgebungsplatz hatten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Liebe deinen Embryo wie dich selbst" aufgehängt. Erst nachdem die Frauen laut protestierten, rollten sie es ein und zogen endlich ab.

Auf der Abschlußkundgebung, die viele Frauen leider nicht mehr bis zum Schluß verfolgen konnten, weil sie zurück zu den Bussen und Zügen mußten, sprachen eine Vertreterin der „Nationalen Koordination gegen den § 218", die die Demonstration organisiert hatte, eine Frau von der ICASC (Internationale Kampagne für Verhütung, Abtreibung und Sterilisation) aus London, und eine Frau von der Pro-Familia aus dem Familienplanungszentrum Hamburg. Unter dem Beifall der Zuhörerinnen und Zuhörer erklärte die Sprecherin der Organisatorinnen der Demonstration, daß es ihnen nicht nur darum ginge, die angedrohten Verschärfungen durch Richter, Pfaffen und Politiker zurückzuweisen, sondern daß sie nach wie vor für die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetz und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau mit weiteren lauten und bunten Aktionen kämpfen werden.

Das nächste Treffen der Frauengruppen gegen den § 218 findet am 16./17. April im Berliner Frauenzentrum statt. Hier soll eine Auswertung der Demonstration geleistet und über die Weiterarbeit diskutiert werden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

eines Menschen'' (S.61) vorliege; es stehe jedem Bürger frei, seine Meinung *,,mit solchen Worten exakt auszudrücken''* (S.62). Gleichwohl sehen sie keinen Anhaltspunkt, daß eine solche Aussage den Wertvorstellungen des Grundgesetzes widerspräche. Mit besonderem Zynismus halten sie fest, daß es sich um einen wichtigen Beitrag zum geistigen Meinungskampf handele, der in seiner Freiheit nicht beschnitten werden dürfe.

Dieses Urteil kommt nicht von ungefähr

Der Beschluß des Dortmunder Sozialgerichts zeigt, daß die Aktivitäten der rechtsradikalen Anti-Abtreibungsmafia nicht als skurril belächelt und mit Ignoranz bedacht werden sollten.

Er zeigt aber auch, wie sehr die ach so wertneutralen Richtersprüche sich nach dem aktuell wehenden Wind richten: Denn die Klage von Frau Zöller war nicht der erste Versuch der organisierten Abtreibungsgegner, die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen auf dem Gerichtsweg abzuschaffen. Nur wurden bislang derartige Klagen von den diversen Gerichten aus formalen oder inhaltlichen Gründen erst gar nicht zugelassen.

- Der erste uns bekannte Versuch, das Bundesverfassungsgericht in dieser Sache anzurufen, ging von Heribert Börger, dem Vorsitzenden des Münsteraner rechts-klerikalen Kardinal-von-Galen-Kreises, aus. Seine Klage wurde am 24.4.78 als unzulässig abgewiesen (worauf der werte Heribert Börger übrigens in Spanien um politisches Asyl nachsuchte!!).

- Ebenfalls erfolglos verklagte eine Gruppe niederbayerischer Ärzte im Sommer 1979 die BEK vor dem Sozialgericht Landshut. Selbstbewußt kündigten sie damals eine Welle von Klagen an und schlossen sich zu einem ,,Aktionskreis Niederbayern/ Oberpfalz der Europäischen Ärzteaktion'' zusammen.

- Auf dem ,,Internationalen Kongreß der Europäischen Ärzteaktion'' im Mai 1980 hetzte der Vorsitzende Dr. Siegfried Ernst gegen die seiner Meinung nach verfassungswidrige Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die gesetzlichen Krankenkassen: die Gewissensfreiheit der beitragspflichtigen Mitglieder werde beeinträchtigt ebenso wie die der Arbeitgeber, die zur Lohnfortzahlung bei Krankheitstagen nach einem Schwangerschaftsabbruch verpflichtet seien. Er forderte die Kassenärztliche Vereinigung auf, keine ,,Blutgelder'' mehr an abtreibende Ärzte zu zahlen.



- Das Sozialgericht Kassel wies Anfang 1980 ebenfalls eine Klage gegen die BEK nach Art der Dortmunder Klage wegen Unzulässigkeit ab. Kläger war hier ein Herr Heinz Matthias, Direktor eines ,,Arbeitskreises christlicher Publizisten''.

Daß die Klage jetzt vom Dortmunder Sozialgericht zugelassen und an das BVG weitergeleitet wurde, setzte voraus — und das macht die Urteilsbegründung ja auch deutlich —, daß sich das Gericht zumindest teilweise der Argumentation anschloß, die bestehende gesetzliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch sei verfassungswidrig. Ob dazu nur die Finanzierung oder nicht sogar die gesamte soziale Indikation zählt, bleibt im Grunde unklar.

In diesem Zusammenhang wird noch einmal die rechtliche — ganz abgesehen von der praktischen und politischen — Unzulänglichkeit des '75er BVG-Urteils deutlich: dort wurde zum einen verfassungsrechtlich festgehalten, daß Abtreibung Töten ist (*,,Der Schwangerschaftsabbruch ist eine Tötungshandlung''*), zum anderen wurde ein **Rechtsanspruch** auf einen Schwangerschaftsabbruch explizit **verweigert**. Das Urteil hat damals lediglich **Straffreiheit** gewährt für bestimmte **Ausnahme**situationen (Indikationen). Wichtig ist diese Unterscheidung insofern, als ein klar definierter Rechtsanspruch von Frauen **einklagbar** wäre, die jetzt gewählte Regelung dagegen den jeweiligen Interpretationen von Regierung und Justiz unterworfen ist.

Ein Rechtsanspruch auf Abtreibung ist Frauen bislang lediglich in den USA gewährt worden. Dort stellte 1973 das Oberste Verfassungsgericht fest, *,,daß der Wunsch einer Frau nach Unterbrechung ihrer Schwangerschaft ihre private Angelegenheit sei, gegenüber der dem Staat grundsätzlich kein Einspruchsrecht zustehe''*. Dementsprechend galten die USA jahrelang als das Land mit der liberalsten Abtreibungsgesetzgebung und -praxis. (Daß dies inzwischen auch dort ganz anders aussieht, dürfte bekannt sein. Trotzdem: die in den USA noch um einiges massiver und auch massenhafter als hierzulande auftretenden Abtreibungsgegner scheitern in ihren verfassungs- und bundesgerichtlichen Kampagnen (bis jetzt!) genau an diesem Grundsatz!)

Dr. Wolfgang Philipp, Anwalt von Frau Zöller, selbst auch aktiv in der Anti-Abtreibungsbewegung und als Mitunterzeichner des ,,Heidelberger Manifestes'' schon als Rassist bekannt geworden, erhielt kürzlich in der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung'' ausführlich Gelegenheit zur Stellungnahme. Dabei verweist er neben dem Dortmunder ,,Urteil'' auf einen Beitrag des ehemaligen BVG-Richters Prof. Dr. Geiger im ,,Rheinischen Merkur'' (vom 5.3.82), der darin die Ansicht vertritt, *,,die Krankenkassen sind ... weil sie ausdrücklich nur für nicht rechtswidrige Schwangerschaftsabbrüche ihre Leistungen erbringen dürfen, nur berechtigt und verpflichtet, mit ihren Leistungen einzutreten, wenn es sich um einen im strikten Sinne medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbruch handelt''*

Als weiteren Beweis dafür, daß *,,die rechtlichen Zweifel an der bisherigen Praxis wachsen''* (Untertitel des Artikels ,,Abtreibung kostet die Krankenkassen Millionen'', ,,FAZ'' vom 25.1.83), zieht er einen unter Juristen als rechtslastig bekannten Strafrechtler heran, der in der neuesten Auflage seines strafrechtlichen ,,Standardkommentars'' (Dreher/Tröndle) den § 218 völlig neu kommentiere: durch die *,,laxe Praxis''* besäße die *,,Masse der wegen ,Notlagenindikation' straflos bleibenden Fälle''* keinen **,,Rechtfertigungsgrund und damit keine Rechtmäßigkeit mehr''** (Hervorhebung durch uns), ergo: die Krankenkassen dürften diese nicht mehr finanzieren.

Philipp empfiehlt den Krankenkassen, erstmal auf eigene Faust Fakten zu schaffen und kraft ihrer ,,Selbstverwaltung'' die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen aus ihrem Leistungskatalog zu streichen. Rein rechtlich ist das zwar nicht möglich, aber es geht Philipp ja *,,schließlich um ... jährlich ... viele Menschenleben''*, und was kümmert einen da das Recht: *,,Was aber geltendes Recht ist, wird nicht dort* (gemeint sind ,,Regierung oder ... Gesetzgeber'', Anm.AK), *sondern von der Selbstverwaltung und sodann gegebenenfalls von den Gerichten ermittelt. Das Risiko für die Kassen ist minimal. Zurückgehaltenes Geld kann man im Falle rechtskräftiger Verurteilung nachzahlen. Mit rechtswidriger Kassensubvention abgetriebene Kinder aber werden nicht mehr lebendig.''*

Daß dieser Rechtsstreit heute möglich ist, haben wir also u.a. dem BVG-Urteil zu verdanken.

In diesem Zusammenhang sollte man/frau sich übrigens noch einmal an das Duogynon-,,Urteil'' erinnern, da es am deutlichsten zeigt, in wessen Interesse hier der ,,Schutz des Ungeborenen'' vor die Menschenwürde der Frau gestellt wird. In dem Beschluß, mit dem das Berliner Landgericht die Einstellung der Klage der Eltern Duogynon-geschädigter Kinder gegen die Herstellerfirma verfügt hatte, heißt es: *,,Die in Duogynon enthaltenen Wirkstoffe können — wenn überhaupt — nur auf die Leibesfrucht vor Beginn der Geburt eingewirkt und ihre Fehlentwicklung verursacht haben; dies ist nach der Geburt lediglich erst erkennbar geworden.* **Ein Eingriff gegen den Körper und die Gesundheit eines Menschen im Rechtssinn liegt daher ... nicht vor.''** (Hervorhebung durch uns).

Das ,,Krankenkassenurteil'' ist nur eine von mehreren z.Zt. anvisierten Möglichkeiten, die Abtreibungsbedingungen für Frauen wesentlich zu verschlechtern (siehe hierzu auch AK 229).

Es steht auch fest, daß eine CDU/CSU-Regierung nach dem 6.März auf jeden Fall, also auch unabhängig vom BVG-Urteil, Maßnahmen ergreifen wird, die ,,Reform'' wieder rückgängig zu machen. Schon die heutige Praxis zeigt ja, daß die CDU/CSU dort, wo sie regiert, es zu verhindern weiß, daß Frauen selbst die Möglichkeiten, die der reformierte § 218 bietet, nutzen können.

Ein BVG-Urteil jedoch, das den Dortmunder Richtern Recht gibt und die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die gesetzlichen Krankenkassen — wenn nicht gar die soziale Indikation — für verfassungwidrig erklärt (wobei übrigens auch denkbar ist, so zumindest von der CDU erklärt, daß die soziale Indikation ,,nur'' schärfer kontrolliert und auf die ,,tatsächlichen'' wirtschaftlichen Notlagen reduziert werden soll), wäre eine der radikalsten Maßnahmen, die die Abtreibungspraxis in allen Bundesländern auf einen Schlag drastisch verschlechtern würde. Denn daß an der Zahl von Abtreibungen durch Verschärfung der Strafgesetzgebung so gut wie nichts geändert wird, ist in der Geschichte schon etliche Male bewiesen worden.

Zwei Genossinnen (Hamburg und Frankfurt)

Was Frau tut, das ist wohlgetan

...oder aktive Kriegsunterstützung als neues Vorbild für Frauenbewegung

Einen Schritt nach rechts begeben hat sich die ,,Courage'' mit ihrer Serie ,,Frauen im 1. Weltkrieg — Opfer oder Täter?'' in der November- und Dezemberausgabe 82. Die Autorinnen Irene Stoehr und Detel Aurand beschäftigen sich darin durchaus wohlwollend mit der Rolle ,,der Frauenbewegung'' (womit sie im wesentlichen den bürgerlichen Bund Deutscher Frauenvereine — BDF meinen) im 1. Weltkrieg. Und zwar unter der Fragestellung, inwieweit diese i h r e n Zielen durch ihre Aktivitäten für Krieg und Vaterland nähergekommen sei. Ihre Würdigung der ,,Erfolge'' dieser ,,Frauenbewegung'' mißt sich damit letztlich an den reaktionären Kriterien des BDF sowie an einer Ablehnung von ,,Männerpolitik'', die hier zum Synonym für sozialistische Politik wird. Demgegenüber verlieren sie wenig Worte über den Charakter des 1. Weltkrieges und — davon ableitbar — dem Klassencharakter dieser kriegsunterstützenden Frauenpolitik. Eine Schwierigkeit bei der Beurteilung des Artikels resultiert daraus, daß er über weite Teile die historische Entwicklung sowie Aktivitäten und Motive der BDF-Frauen zwar beschreibt, die Leserinnen aber darüber im Unklaren läßt, welche Haltung die Autorinnen dazu einnehmen. Diese Unklarheit wird verstärkt durch den Vorspann zum 1. Teil des Artikels, in dem die Aktivitäten der bürgerlichen Frauenorganisationen eindeutig als Gegenteil einer Frauenfriedensbewegung kritisiert werden, insbesondere auch die Übernahme von leitenden Staatsämtern, der ,,Frauenreferate'' in der zweiten Kriegshälfte. Die Wertung im Vorspann steht damit der Aussage des Artikels, die am Ende des 2. Teils deutlicher artikuliert wird, entgegen.

Diese Aussage ist ungefähr folgende: Weil Männer Kriege führen, sind Frauen grundsätzlich schuldlos, also keine Mittäter, und, wenn sie's so geschickt anstellen wie die Frauen vom BDF, sind sie auch keine Opfer: Subversiv tricksten die BDF-Frauen die männlichen Militärs aus, indem sie die Abhängigkeit der Gesellschaft und des Staates von der weiblichen Haus- und Sozialarbeit offenlegten. Dadurch werteten sie die Hausarbeit auf und stellten gleichzeitig den Machtanspruch als Frauen für Frauen. ,,Der 1. Weltkrieg bewirkte einen Machtverlust der Männergesellschaft.'' (1). Denn ,,Krieg ist immer auch Selbstzerstörung des Patriarchats''.(1) Aktive Kriegsunterstützung als neues Vorbild für die Frauenfriedensbewegung? Aber nein doch, ,,h e u t e schließen sich Fraueninteressen und Krieg gegenseitig aus'', sagen I. Stoehr und D. Aurand. Schließlich würde jeder zukünftige Krieg nicht nur das Patriarchat zerstören, sondern auch u n s e r e Lebensbedingungen.

Wozu dann die Mühe? Auch wenn die Autorinnen zurückschrecken vor einem konsequenten Zuendedenken ihrer Thesen (frau denke nur an all die nicht-atomaren Kriege, die auch heute noch sehr zahlreich vom Imperialismus geführt werden!), so geben sie doch am Schluß der Serie ihre Absichten etwas deutlicher zu erkennen: Sie ,,hoffen gezeigt zu haben, daß die Reizworte ,konservativ' und ,fortschrittlich' — die zunehmend ihre Aussagekraft zur Bewertung von Männerpolitik einbüßen — schon gar nicht geeignet sind, Aktivitäten von Frauen angemessen einzuschätzen. Wenn wir heute versuchen, als Frauenfriedensbewegung, Widerstand gegen die Kriegsbedrohung zu entwickeln, so geschieht das immer auch mit der Absicht, sich vom Politikverständnis der männlichen Friedensbewegung abzugrenzen. Worum es dabei geht, ist Kriegsbedrohung und Abrüstungsmotivation mit dem Alltagsleben der Frauen zu konfrontieren.'' (1) Das ist nun so neu nicht, in der feministischen Friedenspolitik werden seit ca. 2 Jahren die Thesen vertreten: ,,Männer machen Kriege'' und ,,Frauen leben alltäglich im Krieg''. (s. AK 216: ,,Vom kleinen Unterschied zwischen dem ,großen Krieg' und dem ,alltäglichen Krieg' ''). Diese Verbindung allerdings — vom Alltagsleben der Frauen zur aktiven Kriegsunterstützung — fehlte bisher. Insofern erscheint es mir notwendig, mich etwas genauer mit dieser ,,Aufwertung'' der Vaterlandsverteidigung auseinanderzusetzen. Das ist allerdings nicht ganz einfach. Denn die ,,Courage''-Autorinnen nehmen es weder mit Belegen für ihre Geschichtsinterpretation genau (besonders ärgerlich: sie geben nicht einmal die Quellen ihrer Zitate an!), noch bringen sie eine einigermaßen übersichtliche Darstellung der Politik des BDF im 1. Weltkrieg.

Damit dieser Artikel einigermaßen lesbar wird, will ich zunächst die wichtigsten Aussagen von I. Stoehr und D. Aurand zusammenfassen und daran anschließend die Fakten schildern.

Der imperialistische 1. Weltkrieg war auf die totale Unterstützung der Bevölkerung angewiesen und benötigte als langwieriger Stellungskrieg massenhaft Menschen und Material (Waffen). Der rechte Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, aber auch Teile der sozialdemokratischen Frauenbewegung leisteten durch den Nationalen Frauendienst (NFD) und die Arbeit in den Frauenreferaten einen wertvollen Dienst für den deutschen Imperialismus, indem sie die gesamte Sozialarbeit neu organisierten, dadurch für Ruhe an der Heimatfront sorgten und durch massenhaften Einsatz von Frauen in den Munitionsfabriken reibungslose Waffenproduktion und Freistellung der Männer für den Fronteinsatz möglich machten.

Die Lesart der Courage ... ,,Das größte Frauenprojekt der Geschichte''

Nach Darstellung der ,,Courage''-Autorinnen ging es den Frauen vom BDF bei der Gründung des Nationalen Frauendienstes um die sozialen Probleme der bei Kriegsbeginn an der ,,Heimatfront'' zurückbleibenden Frauen. Zwar räumen sie ein: *,,Das Ziel, Frauen zu helfen, war nicht trennbar von dem Effekt, den deutschen Sieg von innen anzustreben, denn ein Zusammenbruch der sozialen Versorgung hätte auch eine vorzeitige Niederlage Deutschlands bedeutet.''* (1). Doch das hindert sie nicht, die sogenannte Kriegswohlfahrtspflege als *,,das größte Frauenprojekt der Geschichte''* darzustellen. Wenn Gertrud Bäumer (BDF-Vorsitzende und eine der Führerinnen des Nationalen Frauendienstes) 1916 jubelt, daß im Krieg das Soziale so *,,selbstverständlich geworden (sei) wie das Nationale''* (1), so war laut D. Aurand/I. Stoehr *,,damit gemeint, daß es keinen Unterschied mehr gab zwischen der ,allgemeinen' Politik und einer ,besonderen' Frauenpolitik''*, ja es hieß sogar, *,,daß Politik und Praxis grundsätzlich identisch waren.''* (1) Gertrud Bäumer hat diese Übereinstimmung von allgemeiner Politik und Frauenpolitik treffender gekennzeichnet: *,,Heimatdienst ist für uns die Kriegsübersetzung des Wortes Frauenbewegung''*, sagt sie 1916 im Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine und drückt damit die grundsätzliche Übereinstimmung mit der Kriegspolitik der Herschenden aus!

Diese Tatsache aber — in wessen Interesse frau hier eigentlich Politik macht — schert D. Aurand und I. Stoehr herzlich wenig, denn sie interpretieren die Frauenarbeit für den Krieg als Chance der bürgerlichen Frauenbewegung, *,,ihre politische Theorie als gesellschaftliche Praxis zu realisieren''*(1).

Politisierung der Hausarbeit

Die Lebensmittelknappheit veranlaßte den NFD, die Hausfrauen zu rationeller Haushaltung mit den wenigen vorhandenen Lebensmitteln aufzurufen. *,,Die Frauenbewegung versuchte, die Abhängigkeit der Kriegswirtschaft vom Einzelhaushalt in ihrem Sinne zu nutzen.''* (Wer hier wohl von wem abhängig ist?!) Das bedeutete Aufklärungsfeldzüge zum Thema Kriegshauswirtschaft, forcierte Organisierung der Hausfrauen und schließlich Gründung des Reichsverbandes deutscher Hausfrauenvereine und die (schon 1912 erhobene) Forderung nach einem weiblichen Dienstjahr *,,als Verbindung von Hausarbeit und Staatsbürgertum''*(1). Die Autorinnen nennen das *,,Kampagnen zur Politisierung der Hausarbeit.''* Der BDF hätte schon immer die sogenannte Privatsphäre — nämlich die Arbeit der Hausfrauen und Mütter — in seine Politik einbezogen. *,,Nicht die*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Abschaffung der Hausarbeit galt als realisierbar, sondern ihre politische und ökonomische (wie daß???) *Aufwertung.''* ... ,,*Mütterlichkeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen''*(1), ,,*weiblicher Kultureinfluß''* statt formaler Gleichberechtigung — das steht für die ,,Courage''-Autorinnen für ein ,,*Verständnis von politischer Emanzipation''*, das politische Macht für Frauen anstrebt. Durch die Kriegssituation (,,*Verflechtung von Staat und Einzelleben''*) sei die Abhängigkeit der Gesellschaft von der Arbeit der Frauen öffentlich deutlich geworden. Gleichzeitig hätten die Frauen des BDF entscheidende Positionen errungen, die sie in ihrem Sinne für die Frauen nutzten. Die männlichen Staats- und Militärvertreter seien in eine gehörige Abhängigkeit von den Kompetenzen der Frauen geraten, ,,*weil sie nämlich einsehen mußten, daß sie von Hausarbeit, Kindererziehung, Säuglingspflege etc. nichts verstanden.''* ... ,,*Mag sich also die gemäßigte Frauenbewegung in den Staat integriert haben, so gilt umgekehrt, daß ... die Politik der Frauenbewegung gewissermaßen staatlich gefördert worden ist''*(1).

Mal abgesehen davon, daß ,,*Mütterlichkeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen''* fast wörtlich in dem berüchtigten Blüm-Papier zur Frauen- und Familienpolitik der CDU gefordert wird, so belegen die ,,Courage''-Autorinnen ihre gewagte Einschätzung, daß es dem BDF bei der Pro-Kriegsarbeit um politische Macht für Frauen ging, leider überhaupt nicht.

Wer von wem abhängig war und für wen politische Macht angestrebt wurde, das war im 1. Weltkrieg tatsächlich eindeutig, wird hier aber völlig auf den Kopf gestellt!!! Aber es kommt noch schlimmer:

Das Zauberwort ,,Machtanspruch''

Am Schluß der Serie sprechen D. Aurand und I. Stoehr von ,,*relativer Demobilisierung''* und ,,*Widerstand gegen den Krieg''*. Sie behaupten, daß die BDF-Frauen in der ab 1916 beim Kriegsamt eingerichteten Frauenarbeitszentrale ihre eigentliche Aufgabe auch wieder in Fürsorge für Frauen statt wie staatlicherseits vorgesehen in der Ankurbelung der Munitionsproduktion (durch Mobilisierung von weiblichen Arbeitskräften) gesehen hätten. Zwar hätten sie nicht ,,eindeu-

duktion (durch Mobilisierung von weiblichen Arbeitskräften) gesehen hätten. Zwar hätten sie nicht ,,eindeu-

tig und radikal'' weibliche Industriearbeit verweigert, ,,*etwa als Frauenstreik in den Fabriken''*. Aber ,,*die durch den Krieg verschärfte Abhängigkeit der Wirtschaft von den Frauen wurde ausgenutzt, um die industriellen Arbeitsbedingungen den häuslichen anzupassen und die existenzielle Abhängigkeit der Frauen von der Industriearbeit abzubauen''*(1). Das ist nun wirklich absoluter Hohn, wenn man bedenkt, daß die Industriearbeit gekennzeichnet war durch eine Verelendungs- und Ausbeutungssituation, wie sie seit Beginn der Industrialisierung nicht mehr existiert hatte (s. weiter unten). Bar jedes Beweises heißt es aber weiter bei D. Aurand/I. Stoehr:

,,*Verweigerung bedeutete also Widerstand und Machtanspruch zugleich: ,Weiblicher Kultureinfluß' beanspruchte, an der männlichen Kultur mit all ihren Privilegien teilzuhaben, ohne sich an Männer anzupassen, und wurde gleichgesetzt mit der Überwindung von Krieg''*(1). **Sie dachten überhaupt nicht daran — die Frauen vom BDF — weder an Verweigerung, Widerstand, Machtanspruch, noch an die Überwindung von Krieg!! Ganz im Gegenteil, sie paßten sich an die Forderungen der männlichen Militärs an und standen in Treue zum deutschen Imperialismus — statt Waffenstillstand und Friedensvertrag wollten sie ,,ihre Kraft für einen Verteidigungskampf bis zum äußersten einsetzen'' (Gertrud Bäumer in einer Stellungnahme zum Waffenstillstand)** (2b). Und was unter ,,*weiblichem Kultureinfluß''* zu verstehen ist, beschreibt Gertrud Bäumer schon 1913 in einem Artikel zum Thema ,,Frauenbewegung und Nationalbewußtsein'': ,, ... *Eine Bewegung, die wie die unsere doch nicht nur große schematische wirtschaftliche und politische Forderungen, sondern ein Kulturideal aufstellt, ist schon dadurch in ihrer Verkörperung an den nationalen Charakter gebunden. Soweit die Frauenbewegung sich in leibhaftiger Gestalt, in weiblichen Typen neuer Art und Kraft ausdrücken will ..., ist sie notwendig national, baut sie sich auf vom Blut und Leben des eigenen Volkes... Die deutsche Frauenbewegung ist deutsch: sie ist von Frauen gegründet, die ganz erfüllt waren von spezifisch deutschem Wesen und deutscher Bildung... Was wir aber im Sinne des nationalen Charakters der Frauenbewegung wünschen müssen, ist, daß sich die praktische Anteilnahme der Frauen am Staat mehr auf dieser Beziehung als auf dem Gedanken bloßer egoistischer Interessen- und Rechtsvertretung aufbau:''*(2a).

... und nebenbei: Abrechnung mit der pazifistischen Frauenbewegung:

Nach solcher Sicht der Dinge wundert es dann schon kaum noch, wie schnell sich die Autorinnen der einstigen Vorbilder der Frauenfriedensbewegung, der Pazifistinnen (wie Lida Gustava Heymann und Anita Augsburg) entledigen: ,,*Daß ihre Anzahl und Erfolg gering wären,''* sagen D. Aurand/I. Stoehr, ,,*hat womöglich auch etwas damit zu tun, daß sie sich als ,politische Bewegung' im engeren Sinn verstanden haben''*(1) und entsprechende Mittel zur Durchsetzung ihrer Anti-Kriegsarbeit benutzten: ,,*Resolutionen, Protestaktionen, Kongresse, Beschwerden, illegale Propaganda etc.''* Und vor allem konnte sich ihr Widerstand nur auf männliche Kriegsdienste beziehen. ,,*In dieser Zuspitzung und Verkürzung wurde Widerstand jedoch vom Lebensalltag der Frauen gelöst. Und er verzichtete auf einen Machtanspruch für Frauen''*(1).

... und die Fakten: ,,Zum Dienst für's liebe Vaterland rührt fleißig sich die Frauenhand''(2c)

Schon einen Tag vor der offiziellen Kriegserklärung Deutschlands rief Gertrud Bäumer, als BDF-Vorsitzende am 31.7.1914 zu einem nationalen Frauendienst auf, ,,*um gerüstet zu sein, wenn die Schicksalsstunde schlägt''*(3). Dieser Frauendienst — übrigens genau abgesprochen mit dem Roten Kreuz und dem Preußischen Innenministerium (4) — wurde vom BDF als weiblicher Beitrag zur Vaterlandsverteidigung verstanden. Das geht aus der überwiegenden Zahl der Veröffentlichungen des BDF hervor. Einige Kostproben: ,,*Sollte es jemals ein Denken und Tun der Frauen gegeben haben, das einseitig dem Wohle des eigenen Geschlechts zu dienen bestimmt war, so ist unzweifelhaft, daß jetzt dieses Denken abbrechen, dieses Tun verschwinden mußte vor den Forderungen der Zeit... Nichts liegt uns heute begreiflicherweise näher als der Wunsch, all unser Tun in irgendeiner Form in Parallele zu stellen mit*

liegt uns heute begreiflicherweise näher als der Wunsch, all unser Tun in irgendeiner Form in Parallele zu stellen mit

den Leistungen der Männer im Kriege''(5) oder aber: ,,*Das eine wissen wir Frauen mit aller Bestimmtheit: daß es unsere Pflicht ist, im Haushalt dem Staate zu dienen, d.h. den Haushalt so zu gestalten, daß nicht wirtschaftliche Nöte den Friedensschluß mitbestimmen''*(6). **An erster Stelle stand also nicht die Arbeit für Frauen oder überhaupt Sozialarbeit, sondern die Unterstützung der deutschen Kriegsführung.** Nicht umsonst heißt das Buch von Marie-Elisabeth Lüders (führende BDF-Frau und ab 1916 Leiterin des Frauenreferates) über die Arbeit des BDF im 1. Weltkrieg: ,,Das unbekannte Heer — Frauen kämpfen für Deutschland''(7).

Diese Zielsetzung hat der BDF während der ganzen Kriegsjahre nicht aus den Augen verloren oder gar revidiert, obwohl ja das Massenelend und der Kriegsüberdruß der Bevölkerung ab 1917 durchaus Anlaß zu Positionsänderungen gaben. Unbeirrt führten die BDF-Führerinnen die Aufträge der Heeresleitung aus; Gertrud Bäumer: ,,*Wir taten weiter, was wir konnten. Noch Ende September und in den ersten Oktobertagen (1918!!!) habe ich Werbeversammlungen für die Gewinnung von Munitionsarbeiterinnen gehalten''*(8). Oder Marie-Elisabeth Lüders berichtet gar, daß sie im Auftrage des Kriegsministeriums nach dem Zusammenbruch der russischen Armee an der Ostfront die Soldaten, davon zu überzeugen suchte, daß ,,*im Westen jeder Mann dringend benötigt wurde. Durch Vorträge und Diskussionen sollte ich nun nach Möglichkeit der großen Enttäuschung der Soldaten entgegenwirken, damit nicht etwa eine starke Gegenbewegung unter ihnen um sich greifen und Unheil anrichten könnte. Damals schon war die Luft mit Revolutionsgedanken erfüllt''*(9). Bei dieser Kriegsunterstützung bis zum letzten Atemzug war es nur konsequent, daß sich der BDF vehement gegen einen Waffenstillstand und später gegen den Friedensvertrag aussprach (10).

Frauen als Reservearmee

Während es in der ersten Kriegshälfte hauptsächlich um die Organisierung der freiwilligen Sozialarbeit ging — Aufgaben des NFD waren 1. Mitarbeit der Frauen an der Erhaltung einer gleichmäßigen Lebensmittelversorgung, 2. Familienfürsorge, 3. Arbeitsvermittlung — so änderte sich schon ab Mitte 1915 die Schwerpunktsetzung der Frauenarbeit weg von humanitärer Hilfe zu konzentriertem Einsatz in der Rüstungsindustrie. Durch die Konzentration der Rohstoffverteilung auf die Rüstungsindustrie wurden andere Industriezweige stark eingeschränkt, z.B. die Textilindustrie, die vorwiegend Frauen beschäftigte. Die dadurch arbeitslos gewordenen Frauen sollten in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden. Am 30.8.15 forderte das Kriegsministerium die stellvertretenden Generalkommandanten und die Textilindustrie auf, Frauen in den kriegswichtigen Betrieben einzusetzen und kündigte die Einziehung aller kriegsverwendungsfähigen Männer der Textilindustrie an.

Aber erst nach den verlustreichen Kämpfen um Verdun und an der Somme begann der großangelegte Einsatz von Frauen in den lebenswichtigen Industriezweigen. Der NFD schien den Militärs dafür nicht auszureichen. Die oberste Heeresleitung (u.a. Hindenburg und Ludendorff) forderte ein sogenanntes Kriegsleistungsgesetz für alle Männer und alle Frauen. Die geplante Einbeziehung der Frauen wurde so begründet: ,,*Es gibt ungezählte Tausende von kinderlosen Kriegerfrauen, die dem Staate Geld kosten. Ebenso laufen Tausende Frauen und Mädchen herum, die nichts oder höchst unnützen Berufen nachgehen. Der Grundsatz ,Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen', ist in unseren Tagen mehr denn je berechtigt, auch den Frauen gegenüber.''* (11)

Wegen des starken Widerstands gegen die direkte Dienstpflicht für Frauen (u.a. vom Reichskanzler Bethmann Hollweg, aber auch vom BDF) wurde stattdessen beim Kriegsamt die Frauenarbeitszentrale eingerichtet. Außerdem wurden alle Organisationen, die sich bisher mit der Frauenarbeit für den Krieg befaßt hatten, zum ,,Nationalen Ausschuß für Frauenarbeit im Kriege'' zusammengefaßt. Marie-Elisabeth Lüders vom BDF wurde als Leiterin für beide Zentralen eingesetzt.

Die Frauenarbeitszentrale hatte folgende Aufgaben: ,,*1. ... mit Ziel höchster Produktionssteigerung, alle Maßnahmen in die Wege zu leiten, die die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der weiblichen Arbeitskräfte jeder Art fördern. 2. ... darauf hinzuwirken, daß*


Arbeiterinnen bei der Patronenhülsen-Fertigung

Arbeiterinnen bei der Patronenhülsen-Fertigung

alle Arbeitshemmnisse für die Frauen nach Möglichkeit beseitigt werden. 3. Neben der Fürsorge für die Erhöhung der persönlichen Arbeitsfähigkeit der Frauen ... Einrichtungen ... zum Wohle der zu den Frauen gehörenden Familienmitglieder ... 4. ... Vermehrung der in der Gewerbe- und Wohnungsaufsicht sowie in der Fabrikfürsorge tätigen weiblichen Beamten ...'' (12).

Die Fürsorgemaßnahmen konnten — soweit sie überhaupt durchgeführt wurden — das durch den Masseneinsatz von Frauen in der Rüstungsindustrie geschaffene Elend gar nicht ausgleichen. Aber ihnen waren auch staatlicherseits enge Grenzen gesetzt. So schreibt das Kriegsamt 1917 in einem Bericht über die Frauenarbeitszentrale: ,,*Die soziale Fürsorge für die arbeitenden Frauen und deren Familien kann nur von dem Gesichtspunkt betrieben werden, daß sie als Mittel zum Zweck dient, und in allem, was zu geschehen hat, muß der Zweck an oberster Stelle stehen: nämlich die größtmögliche Erzeugung von Kriegsbedarf aller Art.''* (13) Unbegrenzt dagegen wurden Zwangsmittel eingesetzt, um die Frauen für die Munitionsfabriken zu rekrutieren: z.B. verordnete ein Erlaß vom 6.3.1917 die Entziehung der Unterstützung für Frauen von Soldaten, wenn sie sich weigerten zu arbeiten. Oder: Heimarbeiterinnen wurde der Berechtigungsschein für die Übernahme von Heeresnäharbeiten entzogen, wenn sie nicht in die Industrie gehen wollten. (14)

Je mehr Männer an der Front benötigt wurden, desto mehr Frauen wurden auch im Etappendienst eingesetzt, in Schreibstuben, Munitionsdepots usw. (systematisch seit März 1917) und schließlich sogar noch — im August 1918 — zur Verwendung im Funk- und Fernsprechdienst vorgeschlagen. (14)

Der Austausch von Männern gegen Frauen in der Industrie gelang weitgehend, die Zahl der in den Industriebetrieben beschäftigten Frauen erhöhte sich von 1913 bis 1918 um 52%. Besonders hoch war die Zunahme an Arbeiterinnen in der Elektroindustrie, in der chemischen und in der Metallindustrie. (15) Begleitet wurde dieser Masseneinsatz von Arbeiterinnen von Rationalisierungen in bis dahin unbekanntem Ausmaß. Die Arbeitsteilung und Mechanisierung wurde soweit vorangetrieben, daß die Frauen ohne große Anlernzeit eingesetzt werden konnten und die Kapitalisten geichzeitig mehr Profit machten.

Die Klassenfrage

Die Klassengesellschaft wurde im 1. Weltkrieg trotz Volksgemeinschaftsgerede (z.B. einer Gertrud Bäumer) natürlich nicht aufgehoben. Die Arbeiterinnen in den Munitionsfabriken hatten keine Möglichkeit zur ,,Selbstverwirklichung'' à la BDF. Während führende BDF-Frauen das Aufgehen im Volk, die neue Bestimmung der Frauenbewegung feierten und neue (vielleicht interessante) Aufgaben übernahmen — im Nationalen Frauendienst, in den Frauenreferaten —, mußten die Frauen der Arbeiterklasse unter ähnlich unmenschlichen Arbeitsbedingungen arbeiten wie im Frühkapitalismus: Der Arbeitstag wurde auf 12 Stunden verlängert, durch das sogenannte Notgesetz von 1914 (4.8.) konnten fast sämtliche Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen aufgehoben werden: Überstunden, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit in bestimmten Industriezweigen wurden zugelassen, Wöchnerinnen und Schwangere und stillende Mütter wurden z.T. ohne Einschränkungen beschäftigt. (16) Dazu kam die Inflation, die ungeheure Lebensmittelknappheit, die Sorge um die Männer an der Front, die z.T. extrem harte Arbeit. Selbst in amtlichen Untersuchungen wird der miserable Gesundheitszustand der Arbeiterinnen festgestellt. (16) Die Fürsorgemaßnahmen der bürgerlichen Frauen, aber auch der SPD-Frauen waren ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Haus)frauenrevolte

Aber es gab auch Widerstand, ,,Selbsthilfe'' z.B. der proletarischen Hausfrauen. Sie bevorzugten allerdings, statt brav die Kochrezepte des BDF nachzukochen, die direkte Gewalt. Zwischen 1915 und 1918 veranstalteten sie in vielen StädtenLebensmittelkrawalle. Sie marschierten durch die Stadt, stürmten das Rathaus, plünderten die Lebensmittelgeschäfte usw. Hier ein Beispiel aus Nürnberg: ,,*Am 6. Juli 1916 kam es, nachdem ... Eier und Butter ausgegangen waren, ... zu einem Aufstand, an dem etwa 2.000 ... Frauen teilnahmen. Sie bewarfen die Polizei mit Pferdemist und Pflastersteinen ...* (17) Oder Hamburg: 1917 ,,*gab es eine langandauernde Welle von Frauenrevolten: In der Hansestadt selbst wurden die Fenster von 105 Läden von aufständischen proletarischen Hausfrauen zertrümmert ...''* (17)

Die Herrschenden schienen diese Lebensmittelkrawalle zu fürchten, so wurden Clara Zetkin in der ,,Gleichheit'' sämtliche Hinweise auf die Lebensmittelknappheit verboten (18). Ab 1916/17 begann aber auch in den Betrieben eine größere Streikbewegung, die gegen Ende des Krieges besonders zunahm. Frauen spielten dabei eine große Rolle. So traten im Januar 1918 400.000 Munitionsarbeiter/innen in den Streik, die meisten von ihnen waren Frauen. (Auf den Widerstand des linken Flügels der sozialdemokratischen Frauenbewegung um Clara Zetkin und die Pazifistinnen will ich hier nicht eingehen.)

Auf dem Hintergrund der sozialen Situation der proletarischen Frauen und ihres Widerstands erscheinen die häufigen Hinweise der ,,Courage''-Autorinnen auf die Notwendigkeit einer Verbindung zum ,,Alltag'' von Frauen als ziemlich deplaziert und geradezu peinlich. Denn gerade im Alltag zeigt sich die Klassenfrage: auf der einen Seite die bürgerliche Frauenbewegung, die ,,freudig'' den deutschen Imperialismus in seiner Kriegsführung unterstützte und dafür Sozialarbeit leistete, die von den Betroffenen sicher nicht anders als Caritas oder Almosen empfunden wurde — auf der anderen Seite die Masse der proletarischen Frauen, die diesen Krieg ausbaden mußte und sich — im Alltag — dagegen wehrte. Auch die Frage nach der Rollenverteilung — ,,Opfer oder Täter?'' kann frau hier eindeutig beantworten!

Desorientierung

Der Trick der ,,Courage''-Serie besteht darin, die Arbeit des BDF im Nationalen Frauendienst und der Frauenarbeitszentrale bzw. in den Frauenreferaten völlig aus ihrem politischen und ökonomischen Zusammenhang zu reißen und gleichzeitig frei zu interpretieren mit Begriffen der heutigen Frauenbewegung. Durch Zauberworte wie ,,Frauenprojekt'', ,,Politisierung der Hausarbeit'', ,,Machtverlust der Männergesellschaft'' und ,,Machtanspruch für Frauen'' verwandelt sich weibliche Vaterlandsverteidigung und Blut- und Boden-Ideologie (einer Gertrud Bäumer) zu einer Frauenpolitik, die sich gar nicht mal so sehr von unserer Frauenarbeit unterscheidet und der wir ob ihrer Effektivität und ihres Einflusses Respekt zollen müssen. Das, was einmal durch Begriffe wie konservativ auf der anderen Seite der Barrikade angesiedelt war, ist plötzlich nahe gerückt. Nichts Trennendes mehr verhindert die Verschwesterung!

Ein ehemals peinliches Kapitel in der Geschichte der (bürgerlichen) Frauenbewegung, um das sich z.B. die ,,Courage'' ,,*immer drum rumgedrückt''* (1) hat, wird reingewaschen. Da nützt es auch nichts, wenn die ,,Courage''-Autorinnen am Schluß der Serie schreiben, sie wollten die heutige Frauenbewegung nicht in die Tradition der Mehrheit der Frauenbewegung vor 1933 stellen. Denn mit der proletarischen Frauenbewegung bzw. deren radikalen Anti-Kriegskämpferinnen wie Clara Zetkin haben sie eh nichts am Hut. Mit den Pazifistinnen wurde in

schen Frauenbewegung bzw. deren radikalen Anti-Kriegskämpferinnen wie Clara Zetkin haben sie eh nichts am Hut. Mit den Pazifistinnen wurde in

dieser Serie abgerechnet. Was bleibt dann? Bestenfalls eine Desorientierung der Frauenfriedensbewegung, eine Festschreibung auf die Abgrenzung zur ,,männlichen'' Friedensbewegung. **Es ist schon verrückt, daß uns hier die Abgrenzung zur Zusammenarbeit mit der (,,männlichen'') Friedensbewegung nahegelegt wird mit dem Beispiel von Frauen, die sich zwar von der Friedensbewegung überhaupt abgegrenzt haben, durchaus aber nicht von der männlichen Kriegsbewegung (bzw. -führung)!!!**

Eine Bremer Genossin

Anmerkungen:

1) Frauen im 1. Weltkrieg/Opfer oder Täter in „Courage" 11 und 12/1982
2a) zitiert nach Ursula v. Gersdorff: „Frauen in Kriegsdiensten 1914-45", S. 272
2b) „Die Frau", Jahrgang 1913, herausgegeben vom BDF
2c) 1. Zeile eines Liedes, das die Frauen während der Arbeit im Nationalen Frauendienst sangen.
3) zit. nach U.v. Gersdorff, S. 15
4) Gertrud Bäumer in ihrer Biografie: „Lebensweg durch eine Zeitenwende", S. 268
5) Die Frauenfrage — Zentralblatt des BDF, Nr. 18 Dez. 1914
6) Die Frauenfrage, Nr. 21 Feb. 1915
7) Diese Dokumentation über den Faueneinsatz im 1. Weltkrieg gab M.E. Lüders 1936 (!!) mit einem Geleitwort des Reichskriegsministers heraus.
8) Bäumer-Biografie, S. 342
9) Marie-Elisabeth Lüders, „Fürchte dich nicht", S. 72
10) s. Renate Janßen: „Frauen ans Gewehr?", S. 19
11) U. v. Gersdorff, S. 20
12) Gewerkschaftliche Frauenzeitung, Feb. 1917
13) Correspondenzblatt Nr. 8, 1917, S. 84
14) nach Charlotte Lorenz, „Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges", S. 324
15) Richard J. Evans: „Sozialdemokratie und Frauenemanzipation", S. 295
16) nach Jürgen Kuczynski: „Geschichte der Lage der Arbeiter", Band 18, S. 195ff
17) Evans, S. 299ff
18) Evans, S. 276ff

Pressefreiheit a la Española

Zwei Urteile des obersten spanischen Gerichtshofes aus der jüngsten Zeit werfen ein grelles Licht auf die Entwicklung der spanischen „Demokratie" am Beispiel der Pressefreiheit.

Selbst gemessen an der im „Modell Deutschland" realisierten Rechtsprechung zur Einschränkung der Pressefreiheit mutet insbesondere der erste der im folgenden geschilderten Fälle atemberaubend an.

Xavier Vinader veröffentlichte im Dezember 1979 zwei Reportagen, in denen mit Namen und Adressen die Aktivitäten faschistischer Banden in Euskadi (Baskenland) und die totale Straflosigkeit, in der sie sich bewegen, angeprangert wurden. Einige Tage später wurde dem Treiben Zweier der dort Genannten durch Attentate der ETA ein Ende gesetzt. Vinader wurde daraufhin als am Tode der beiden Faschisten mitverantwortlich angeklagt. Das Baskische Nationalgericht befand, daß er sich einer „groben beruflichen Fahrlässigkeit" schuldig gemacht habe, die zwei Tote und schwere Schäden für unzählige Menschen und Familien zur Folge gehabt habe, **und verurteilte ihn zu 7 Jahren Knast**. Jetzt bestätigte der oberste spanische Gerichtshof dieses Urteil, verschärfte es sogar noch durch den Entzug der Befugnis zur Ausübung seines Berufes für weitere 7 Jahre.

Nach Auffassung der Richter „*(...) vergaß Vinader seine Pflicht, die Rechte, die durch die Gesetze geschützt sind, nicht in Gefahr zu bringen*". Es sei „*(...) unbedingt notwendig, daß ein Träger solcher Informationen die objektiven Pflichten, die ihm daraus erwachsen, berücksichtigt*". Wären die von Vinader bekanntgemachten faschistischen Bandenmitglieder verhaftet und verurteilt worden, hätte die ETA freilich keine Möglichkeit gehabt, sie auf der Straße aufzutreiben. Die linke Presse greift faschistische Verbrechen auf, und die Zuständigen kümmern sich einen Dreck darum — eine polizeiliche oder gerichtliche Verfolgung sind die Sachen nicht wert. So wird dann das Opfer zum Täter. Der Knackpunkt der ganzen Sache ist zweifelsohne der unvertuschte Wunsch, die freie Meinungsäußerung und damit auch die Möglichkeit, zu Informationen zu gelangen, einzuschränken. So endete die Urteilsbegründung auch so: „*Zweifelsohne überschritt der Angeklagte beim Ausüben seines Berufes die Grenzen, die dem Recht auf freie Meinungsäußerung in der Verfassung auferlegt sind*".

Dieselbe Kammer beschäftigte sich mit einer Verurteilung des Ex-Direktors der Zeitung „Punto y Hora" zu 6 Monaten Knast wegen Beleidigung des Königs. **Dieses Urteil wurde im Ergebnis sogar verdreifacht und auf 1 1/2 Jahre ausgedehnt!** Der Journalist hatte Äußerungen von Bekannten zweier ETA-Mitglieder in einem Interview wiedergegeben, die ihm dann später als presserechtlich Verantwortlichem die Klage wegen Beleidigung einbrachte. Ein Stück aus der Urteilsbegründung: „*(...) der Professionelle hätte in der Lage sein müssen, ja es wäre seine Pflicht gewesen, dafür zu sorgen, daß solch kriminelle Elemente nicht miteinbezogen werden, er hätte Fragen und Antworten in eine andere Richtung drängen müssen (...)*".

Javier Sanchez Euraskin dazu: „*Vom journalistischen Standpunkt aus gesehen ist es einfach ungeheuerlich, ich würde sogar behaupten, auch vom juristischen. Diesen Herren der Gerichte scheint es egal zu sein, ob die Aussagen der Interviewten wahr und authentisch sind. Das ist unwichtig. Das Wichtigste ist, daß ein Interviewer sich in einen geschickten Manipulierer verwandelt, der Antworten verschweigt (...), und der letztendlich die mundtot macht, die reden wollen (...). Erstaunlich! Und das Erstaunlichste ist, daß ich, weil ich die Antworten von zwei Menschen wahrheitsgetreu wiedergegeben habe, ein Jahr in den Knast muß*".

„*Das Wichtige an der Solidarität ist nicht die konkrete Hilfe für jemanden, der sie vielleicht gar nicht braucht. Das Wichtigste ist die Reaktion der Selbstverteidigung, der Kampf um die Freiheit, der ausmacht, ob ein Land lebendig ist oder nicht. Euskadi lebt: die Demonstrationen für Amnestie, die Erinnerung an die Gefangenen, das Bewußtsein, daß es Gefangene gibt, ist konstant, ständig gegenwärtig. Das ist das Wichtige, als Garantie und Hoffnung darauf, daß wir zum Schluß siegen werden.*"

Pepa (nach „Servir al Pueblo", Zeitung der MC)

Frauen in Chile, Frauen im Gefängnis

Kampagne für die Befreiung der politischen gefangenen Frauen in Chile

Über die Frauen, die in Chile gegen die Militärdiktatur Widerstand leisten, über die Genossinnen, die verhaftet wurden/werden und im Gefängnis sind, wurde bisher wenig oder gar nicht berichtet.

Sicher, sie sind ebenso Teil des allgemeinen Widerstandes des chilenischen Volkes wie die Arbeiter, Arbeitslosen, Studenten, Jugendlichen, sie werden ebenso verfolgt, verhaftet, gefoltert, ermordet oder ins Gefängnis geworfen. Insofern wird über sie genauso berichtet, für sie im gleichen Maße Solidaritätsarbeit geleistet. Doch kommt bei Widerstand leistenden Frauen noch etwas Wichtiges dazu.

Frauen werden nicht nur verfolgt, weil sie die Diktatur angreifen, sie werden nicht nur als Revolutionärinnen verfolgt, sondern darüberhinaus als Frauen. Frauen, die aus ihrer herkömmlichen Rolle als Mütter, Ehefrauen, Schwestern, Töchter herausfallen und als Frauen, als Genossinnen, ihren Teil zum Sturz der Diktatur beitragen und eigene Forderungen aufstellen.

Dadurch sind sie für die Diktatur in doppelter Hinsicht gefährlich geworden: sie stellen die Diktatur der Militärs u n d die Herrschaft einer männerdominierten/-orientierten Gesellschaft und Ideologie in Frage. Sie werden verfolgt und wenn möglich zerbrochen, isoliert, vergessen. Die Nachrichten über sie und von ihnen waren lange Zeit spärlich, es schien sogar in der Chile-Solidaritätsbewegung, als wären keine im Gefängnis. Vor einiger Zeit gelang es uns (nach einigen Schwierigkeiten) den Kontakt zu intensivieren und direkte Berichte von ihnen zu bekommen. Ende letzten Jahres wurde eine Genossin direkt aus dem Gefängnis außer Landes verwiesen, da die Junta verhindern wollte, daß sie nach Verbüßung ihrer Haftstrafe im Lande bleiben könnte.. Sie hat ebenfalls viel und zum Teil Erschütterndes berichtet.

Wir halten es angesichts dieser Zeugnisse und Informationen für dringend notwendig, eine spezielle Kampagne mit dem Ziel der Freilassung der gefangenen Genossinnen zu starten, ihnen Visa zu verschaffen, damit ihnen nötigenfalls die Möglichkeit der Umwandlung der Haft in Ausweisung gegeben wird. Wir wollen finanzielle und moralische Unterstützung durch Patenschaften organisieren und ihre Anerkennung als politische Gefangene mit entsprechender Behandlung erreichen.

UNTERSTÜTZT UNS BEI DER POSTKARTENAKTION, BEI DEN PATENSCHAFTEN, FINANZIELL, ODER DURCH VERANSTALTUNGEN!

Haftsituation

Heute sind dreißig Genossinen über das ganze Land verteilt unter miserablen Bedingungen in Gefängnissen. Sie sind zum Teil seit über vier Jahren in Untersuchungshaft, ohne daß mit ihren Prozessen in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe lauten in allen Fällen wenig konkret auf „*Verletzung der inneren Sicherheit*", was immer man darunter zu verstehen hat.

Nachdem sie verhaftet wurden, zu Hause, auf dem Arbeitsplatz, auf der Straße, verschwanden sie für zwanzig Tage in geheimen Folterzentren, wurden geschlagen, mit Strom gefoltert, unter Drogen gesetzt, vergewaltigt. Drei Frauen waren zum Zeitpunkt ihrer Verhaftungen schwanger, darauf wurde keinerlei Rücksicht genommen. Eine Genossin, Mutter eines einjährigen kleinen Mädchens, wurde gezwungen, zuzusehen, während das Kind geschlagen wurde. Die Kleine wurde später mit sichtbaren Zeichen und im Zustand schwerer Verstörung bei der Großmutter abgeliefert.

Nach fast drei Wochen Verhören bei der Geheimpolizei werden die politischen Gefangenen in normale Gefängnisse abgeliefert. In den meisten Fällen sind es alte, baufällige Gebäude, deren sanitäre und hygienische Bedingungen, milde ausgedrückt, unzureichend, für Menschen, die aus einem Folterzentrum kommen, aber kaum erträglich sind. Die Zellen - ca. 7 qm groß - sind überbelegt, so daß frau gezwungen ist, im Turnus auf dem mit Unrat und Ungeziefer verschmutzten Boden zu schlafen. Das Essen, meist Eintopf, enthält viel Fett und wenig Gemüse/Fleisch, oftmals werden Lebensmittel in eindeutig schlechtem Zustand verwendet.

Die Gefängnisse verfügen über keine Krankenstation, ein Arzt kommt alle 14 Tage und schaut sich die Kranken an, die von einer Krankenschwester oder einer in Erster Hilfe ausgebildeten Person ausgesucht werden. Insgesamt ist die Behandlung Kranker außerordentlich schleppend. So mußte z.B. Cecilia Radrigan vier Monate warten, bis eine bereits vom Arzt genehmigte Röntgenaufnahme ihres Magens wegen Verdachts auf Magengeschwür gemacht wurde. Die größten Gesundheitsprobleme sind neben Magen- und Darmerkrankungen aufgrund der schlechten Nahrung, der unzureichenden hygienischen Zustände und der ständigen nervlichen Anspannung, Zahnerkrankungen, die durch die Stromfolter entstanden und durch die miserablen Lebensbedingungen im Gefängnis verstärkt wurden.

Die schwangeren Genossinnen wurden auf die sogenannte Mutter-Kind-Abteilung des Gefängnisses verlegt (die außer dem Namen nicht viel mehr aufzuweisen hat), wo Ende letzten Jahres die ersten beiden Kinder geboren wurden.

Zwei Genossinnen, Miriam Ortega und Carmen Gloria Escobar (deren kleine Tochter gefoltert wurde) sind seit Januar 1981 in Isolationshaft. Familienangehörige dürfen nur selten zu Besuch kommen, die Genossinnen stehen unter ständiger Bewachung und sind Schikanen wie nächtlichen Durchsuchungen und Zerstörung ihrer Kleider und ihres Arbeitsmaterials ausgesetzt.

In anderen Gefängnissen sind die politischen Gefangenen zu Zwangsarbeit, ohne daß sie Arbeitskleidung erhalten, verpflichtet. Gleichzeitig versucht die Gefängnisleitung, die normalen Gefangenen gegen die politischen Gefangenen aufzubringen oder für Spitzeldienste anzuwerben: In Temuco, wo eine politische Gefangene einsitzt, hatte sich die Situation letztes Jahr so zugespitzt, daß die normalen Gefangenen, aufgehetzt von den Wärtern, die Genossin zusammenschlagen wollten.

Die finanzielle Situation der Genossinnen ist bedrückend, teilweise müssen sie für ihre Kinder alleine sorgen, weil der Vater ebenfalls im Gefängnis sitzt, ermordet wurde oder arbeitslos ist. Es fehlt den Genossinnen an den einfachsten Dingen. Oftmals ist es den Angehörigen nicht möglich, sie zu besuchen, da ihnen das Reisegeld fehlt. Material für Kunsthandwerk, der einzigen Arbeits- und Finanzquelle im Gefängnis, kann aus Geldmangel nicht gekauft werden. Das Geld für dringend benötigtes frisches Gemüse oder Obst f e h l t .

Widerstand im Gefängnis

Die meisten der heute einsitzenden Genossinnen wurden 1980 und 1981 verhaftet. Zunächst waren die meisten in dem von Nonnen geleiteten Frauengefängnis in Santiago untergebracht.

Die Isolation, der sie sich gegenübersahen, beschränkte sich nicht nur darauf, daß sie innerhalb des Gefängnisses getrennt waren, nicht als politische Gefangene anerkannt, sondern es erwies sich, daß außer von den eigenen Familienmitgliedern keine Hilfe kam.

Im Juli führten sie deshalb einen ersten Hungerstreik von drei Wochen Dauer durch mit den Forderungen nach Anerkennung als politische Gefangene, Recht auf Bildung einer eigenen Gruppe, die als Sprecher gegenüber der Gefängnisleitung aufträte, Recht auf Arbeit, Recht auf Kontakte außerhalb des Gefängnisses, mit dem Ziel, Öffentlichkeit herzustellen. Als die Gefängnisleitung die gegebenen Zusagen nicht einhalten wollte, organisierten die Genossinnen im September einen zweiten Hungerstreik. Die Erfolge der Hungerstreiks waren beachtlich, bis auf die Anerkennung als politische Gefangene konnten sie alle Forderungen durchsetzen.

Darüberhinaus gelang es, die Isolation innerhalb der Öffentlichkeit und zwischen den Gefängnissen aufzubrechen. Am 8. März kam, unbemerkt von den Wachen, eine Frauendelegation mit 80 Mitgliedern aus den Elendsvierteln zu den Genossinnen. Sie nehmen seit den Hungerstreiks an den Diskussionen und Entscheidungen aller politischen Gefangenen (sowohl Frauen als auch Männer) teil. Mitte 1981 wurde eine Frauengruppe im Gefängnis gebildet, das „Contingente Nacional Feminino de Presas Politicas Marta Ugarte", genannt nach einer kommunistischen Lehrerin, die nach schwerer Folter lebendig aus dem Flugzeug ins Meer geworfen wurde und an einem Strand im Norden Chiles gefunden worden war.

Im Gefängnis wurde jede Möglichkeit benutzt, um bessere Bedingungen herzustellen. Z.B. waren alle Gefangenen gezwungen, in Santiago dreimal in der Woche zum Gottesdienst zu gehen (da es ein von Nonnen geführtes Gefängnis ist); statt das Ave Maria zu beten, skandierten die Genossinnen ihre Forderungen. Da sie das Recht hatten, ihre kurze Freizeit selber zu gestalten, boten sie für alle Gefangenen ihre Vorschläge an, um so Kontakte zwischen allen Frauen herzustellen.

Die Behörden reagierten auf diese Aktivitäten hart. Die Präsidentin der Gefängnisfrauengruppe wurde in ein Gefängnis nach Nordchile geschickt, die Sprecherin der Gruppe außer Landes verwiesen, das Recht auf Arbeit in einer Werkstatt wurde mit der Begründung wieder aufgehoben, es würden politische Treffen in der Zeit abgehalten.

Heute ist es wichtiger denn je, die Genossinnen im Gefängnis in ihrem Kampf zu unterstützen, die Diktatur darf nicht in dem Glauben gelassen werden, sie können mit den gefangenen Genossinnen treiben, was sie wolle, Rechte gewähren und willkürlich streichen. Wir können die Genossinnen unterstützen, indem wir Patenschaften übernehmen, indem wir ihre Forderungen gegenüber den Behörden von hier aus durch Briefe verstärken, indem wir eine breite Öffentlichkeit auch hier herstellen. Kommt zu unseren Veranstaltungen im März in Berlin, Frankfurt, Hamburg (23.3.83, 11 Uhr HWP in der Frauenwoche), Aachen, Dortmund, Bochum.

Für nähere Information: CAMUR Chile, c/o Bücherstube, Große Heimstraße 62, 4600 Dortmund 1. Spendenkonto: Postscheckkonto Nr. 138904-469. Postscheckamt Dortmund. Gisela Richter.

Die Gründung der CAMUR-Gruppen geht auf einen Aufruf vom September 1981 aus Hamburg zurück. Ziel war, eine Kampagne für die Unterstützung der Rückkehr von Genossinnen nach Chile zu organisieren: **„Für das Recht in Chile zu leben und zu siegen"**. In Hamburg, Bremen, Dortmund, Bochum, Stuttgart, Hannover, Freiburg wurden CAMUR-Gruppen gegründet, die sich inzwischen auch auf andere europäische Länder ausgedehnt haben.

„Die Diskussion wurde begonnen im Hinblick auf den Charakter des CAMUR und seine Ziele, auf der Grundlage des Studiums der politischen Situation in Chile und der spezifischen Situation der Frau..."

Innerhalb der Städte wurden Kontakte mit Frauen- und Solidaritätsorganisationen geknüpft, um die Basis zur Unterstützung der Kampagne auszudehnen und darüberhinaus eine bessere Koordination mit diesen Gruppen zu entwickeln.

Die Diskussionspunkte, die das meiste Interesse hervorriefen, waren:

1. Wie schafft man eine Verbindung zwischen der breiten antiimperialistischen Bewegung für Frieden und Abrüstung in Europa und der Unterstützung der Volkskriege zur Befreiung Lateinamerikas?

2. In welcher Form drückt sich heute in Chile, unter der Regierung einer Militärdiktatur, der Kampf der Frauen für ihre spezifischen Rechte aus, ohne die Zurückweisung auf einen zweiten Platz, bezogen auf die dringlicheren und offensichtlicheren Widersprüche in der Gesellschaft?

3. Welches sind die Perspektiven der Frauenorganisationen, wie beteiligen sie sich am Volkswiderstand und wie autonom sind sie wirklich? (aus: „Rebelion", März 82).

Der augenblickliche Schwerpunkt der CAMUR-Arbeit ist die Unterstützung der politischen gefangenen Frauen - siehe Artikel in diesem AK.

Die Zeitung, die CAMUR herausgibt ist „Rebelion", zu beziehen über CAMUR-Chile c/o Bücherstube, Große Heimstraße 62, 46 Dortmund 1.



Die Massenmedien in Chile und El Salvador

Wir haben im AK 228 die gemeinsame Kampagne zum Aufbau der Untergrundsender in Chile (Radio Liberacion) und El Salvador (Radio Farabúndo Marti) vorgestellt. Der vorliegende Beitrag geht auf die Bedeutung der Massenmedien in beiden Ländern ein. Aus der vollständigen Kontrolle, die die Diktaturen über Zeitungen, Fernsehen und Radio ausüben, wird die Notwendigkeit des Aufbaus revolutionärer Medien entwickelt.

Es handelt sich hier um einen (leicht gekürzten) Redebeitrag, der im November 1982 auf dem Seminar der Gruppe Pablo de Rockha über alternative Massenmedien in Lateinamerika gehalten wurde.

Die Massenmedien unter Pinochet

Die Pinochetdiktatur hat auf der Grundlage der brutalen Repression, d.h. durch den politischen Mord an ca. 30.000 Chilenen, durch willkürliche Verhaftungen, durch Folter, durch „Verschwindenlassen" von Tausenden von Menschen und durch Vertreibung ein neues globales organisatorisches Herrschaftsmodell entwickelt. Sie hat die traditionellen Produktionsstrukturen so gewandelt, daß man heute von der Zerstörung der nationalen Produktion sprechen kann, die zugunsten internationaler Konzerne vorgenommen wurde. Dies hat zu der bisher größten Arbeitslosigkeit in der Geschichte des Landes geführt. Der neue herrschende Block, vertreten durch das Finanz- und Monopolkapital sowie das General- und Offizierskorps, hat die Führung des Landes übernommen. Die ersten haben sich um den Abbau und die Entnationalisierung der wichtigsten Produktionsaktivitäten gekümmert, die zweiteren haben die Schmutzarbeit der Bekämpfung des „Inneren Feindes" übernommen.

In diesem Zusammenhang spielt die Herrschaft über die Massenkommunikationsmittel zur Durchsetzung der neuen nationalen Ideologie eine herausragende Rolle.

Rodrigo Rojas, bekannter Journalist im Exil, stellt das so dar: „*Eines der ersten Ziele des Putsches in Chile waren die Kommunikationsmittel ... Die demokratischen Sender wurden zerbombt und die Druckereien wurden enteignet und zerstört. Die Zeitungen und Zeitschriften wurden geschlossen. Die militärischen Eingriffe in die Wohnungen tausender demokratischer Chilenen erinnern deutlich an die barbarischen Scheiterhaufen von Goebbels. Ganze Bibliotheken wurden verbrannt und davon gibt es genügend Beweise. Nur die Zeitungen und Sender, die für den Putsch waren, sind übriggeblieben. Die*

Bibliotheken wurden verbrannt und davon gibt es genügend Beweise. Nur die Zeitungen und Sender, die für den Putsch waren, sind übriggeblieben. Die

Fernsehsender sind sofort für die Diktaturpropaganda benutzt worden."

Die Presse

Noch am Tage des Staatsstreiches kündigen die neuen militärischen Machthaber durch die Erlasse 11 und 12 die Schließung aller Zeitungen des Landes an, mit Ausnahme von „El Mercurio" und „La Tervera". Diese Pressegesetze sollten außer diesen beiden nur noch „Las Ultimas Noticias", „Tribuna" und „La Segunda" überleben. Die fünf linken Zeitungen mit landesweiter Verbreitung wurden endgültig geschlossen: „El Siglo", „Puro Chile", „Clarin", „Las noticias de ultima hora" und „La Nacion". Gleichzeitig errichtete die Diktatur ein Pressezensurbüro mit der Aufgabe, alle Informationen zu überprüfen, die in den genehmigten Zeitungen veröffentlicht würden.

Anfangs haben die Zeitungen der Rechten die Maßnahmen der Diktatur mit Wohlgefallen akzeptiert. Aber nach einiger Zeit wurde deutlich, daß es ihnen schwerfiel, sich an die Bedingungen der Vorzensur zu gewöhnen. So schrieb „El Mercurio" in seiner Auslandsausgabe vom 15. Oktober 1973, kaum einen Monat nach dem Putsch: „*Der Rechtszustand des inneren Krieges, in dem sich das Land befindet, führt zur Beschränkung der Kommunikationsfreiheit zwischen den Behörden und dem Publikum. Die Sicherung des Erfolges bestimmter Maßnahmen erzwingt die publizistische Zurückhaltung, während das Streben nach dem sozialen Frieden konflikthaltigen Themen auszuweichen erfordert; aber keine dieser beiden Beschränkungen darf uns vergessen lassen, daß die oberste Autorität des Staates wissen muß, was die Bürger denken und daß die Bürger wiederum Kenntnisse haben müssen von den wahren Zielen und Absichten der Regierenden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine freie und agile Kommunikation unerläßlich, auch wenn die Umstände die volle Meinungsfreiheit nicht erlauben.*"

Natürlich konnte die Junta den Wünschen nach „freier und agiler Kommunikation" nicht nachkommen, war sie doch allzu sehr mit der Unterdrückung des Volkes und seiner Organisationen beschäftigt.

Andererseits arbeitete das Pressezensurbüro sehr erfolgreich, indem es Informationen der Presse derart vereinheitlichte, daß es reichte, nur noch eine Zeitung zu lesen. Im Februar 1974 wird die Zeitung „La Prensa", die sich im Besitz der Christdemokratie befindet,

heitlichte, daß es reichte, nur noch eine Zeitung zu lesen. Im Februar 1974 wird die Zeitung „La Prensa", die sich im Besitz der Christdemokratie befindet,

aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Im gleichen Jahr verschwindet „Tribuna", Zeitung der Nationalpartei, die mit dem Ziel geschaffen worden war, den Putsch gegen den demokratisch gewählten Salvador Allende propagandistisch vorzubereiten.

In dieser Situation erklärte Gustavo Leigh, Mitglied der Militärjunta, in „Ercilla" vom 17.4.74: „*Die Zeitung „La Prensa" hat einen wirtschaftlichen Bankrott erlebt und im Grunde geschah mit „Tribuna" dasselbe, weil sie versuchten, ihre Auflagen mit Sensationsmeldungen zu steigern. Ich glaube, daß die Presse dazu beiträgt, die Chilenen zu reinigen, indem sie von Skandalmeldungen absieht. Für die Pressefreiheit sehe ich das gleiche Schicksal voraus wie für die Preisfreiheit. Beide werden dazu neigen, sich entsprechend der Nachfrage einzupendeln.*"

Die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten sowie die politisch-kulturelle Verelendung der chilenischen Zeitungslandschaft führten zu einer entsprechenden „Einpendelung" der Nachfrage. Während im Jahre 1972 die Jahresauflage der Zeitungen 320 Mio. Exemplare betrug, so sank sie bis Ende 1976 auf 244 Mio. Exemplare.

Die Junta, selbst mehr an Rundfunk und Fernsehen interessiert, übergab die wichtigsten Zeitungen privaten Wirtschaftsgruppierungen.

Landesweit verbreitete Zeitungen gehören:

1) „El Mercurio", „Ultimas Noticias" und „La Segunda" der Gruppe „Edwards-Eastman";
2) „La Tercera", die Zeitung mit der größten Auflage, befindet sich im Besitz der Gruppe „Pico-Canas";
3) „El Cronista", jetzt „La Nacion", befindet sich im Besitz des Staates, heute also in den Händen der Militärjunta;
4) Schließlich der Verband SOPESUR (Sociedad Periodista del Sur), der sechs Regionalzeitungen angehören, unter denen „El Sur" aus Concepción herausragt, im Besitz der Gruppe „Luksic".

Nationale und regionale oppositionelle Meinungen gibt es nicht. Als Magazine erscheinen lediglich „Hoy", das den Christdemokraten gehört, „Mensaje", chilenischen Jesuiten, „Analisis", von der Akademie für christlichen Humanismus der katholischen Kirche, und „Solidaridad", eine vierzehntägige Publikation des Solidaritätsvikariats, also auch der katholischen Kirche zuzurechnen. Diese Organe, die unter rein ethisch-moralischen Gesichtspunkten bisweilen über soziale Probleme schreiben, sind ständigen Drohungen und Pressionen ausgesetzt.

Somit erlebt die chilenische Presse den gegenwärtig schwärzesten Augenblick ihrer Geschichte.

Das Fernsehen

Das Fernsehen

Das Fernsehen war seit seinen Anfängen in den Händen des Staates und der Universitäten. Die Sendungen wurden 1960 aufgenommen und das chilenische Fernsehen erreichte 1962 anläßlich der Fußballweltmeisterschaft eine gewisse Reife.

Die besondere Rolle des Fernsehens wurde während der Präsidentschaftswahlen 1970 deutlich. Allende, der zwar die relative Mehrheit bekam, war im Kongreß von den Stimmen der Christdemokraten abhängig. Diese waren jedoch nur unter bestimmten Bedingungen bereit, der sozialistischen Regierung ihre Stimmen zu geben. In ihren berühmten „Verfassungsgarantien" forderten sie u.a., daß im nationalen Fernsehrat die Regierung lediglich als ein Mitglied unter vielen stimmberechtigt ist. Dieser Rat sollte das Fernsehen beaufsichtigen, für die Meinungsvielfalt sorgen und die Vergabe von Sendezeiten an die Oppositionsparteien des Parlaments sicherstellen.

Durch diese Einschränkungen waren dem Fernsehen im Interesse der Volksregierung enge Grenzen gesetzt. Es war kein Zufall, daß die Reaktion im Zusammenspiel mit den Christdemokraten gerade vom nationalen Fernsehsender aus ihre Offensive gegen die Regierung begann.

Nach dem Putsch übernahm die Luftwaffe das Nationalfernsehen und beauftragte einen Oberst mit der Leitung des Kanals. Mit besonderen Verordnungen brachte die Junta Radio und Fernsehen unter ihre direkte Kontrolle.

Die Diktatur hat daran festgehalten, die Fernsehstationen von den Universitäten und dem Staat betreiben zu lassen. Aber sie hat das Prinzip eingeführt, daß die Sender sich selbst finanzieren sollen. Dies führte zu einer totalen Kommerzialisierung und schaffte auf diese Weise eine Übereinkunft von Regierung und Großkapital zur Lenkung des Fernsehens.

Das Fernsehen hat gegenwärtig jede Möglichkeit verloren, erzieherische Initiativen zu entfalten, kulturelle Programme zu senden und eine Programmgestaltung zu entwickeln, die sich an nationalen Interessen orientiert.

Das Fernsehen hat einen absolut transnationalen Charakter erhalten, in dem auf der Ebene der Kommunikation die herrschende Ideologie reproduziert wird. Dabei geht es um die „Innere Sicherheit", die Bekämpfung des „Inneren Feindes", sprich „Terroristen" und „von Moskau und Kuba gelenkte Kommunisten", und es geht um die Ideologie der „freien Marktwirtschaft". Alle Fernsehprogramme fördern Individualismus und Konsumverhalten.

Einer Aufstellung der Zeitschriften „Ercilla" und „Hoy" zufolge betrug der Anteil der nationalen Programme des staatlichen Fernsehens 1972 65%, während die importierten Programme lediglich 35% ausmachten. Heute ist es nahezu umgekehrt: importierte Programme 66%, nationale Programme 34%.

Eine ähnliche Tendenz vollzieht sich auch bei den privaten Fernsehsendern. Dies alles hat die kulturelle Abhängigkeit vom imperialistischen Ausland unheimlich verstärkt.

Eine Untersuchung von Raquel Salinas Bascur über das Kommunikationssystem in Chile konstatiert folgende inhaltliche Anteile des Nationalfernsehens im Jahre 1977: 3,06% Erziehung, 5,88% Kultur, 9,55% Kinderprogramm, Information 13,32%, Unterhaltung 60,99% und Werbung 7,17%.

Diese Zahlen dokumentieren unter den Voraussetzungen der Diktatur eine politisch-kulturelle Verelendung großen Ausmasses. Konkurrenzdruck und profitorientierte Programmgestaltung tun ihr Übriges, so daß der überwiegende Anteil der „Programme" aus „Filmkonserven", made in USA, besteht.

Die Massenmedien in El Salvador

Zu Anfang einige allgemeine Daten zu El Salvador: El Salvador ist ein sehr kleines, dicht besiedeltes Land, „viereckig" ca. 300 km lang und 100 km breit, die Hauptstadt San Salvador liegt ziemlich in der Mitte. Es verfügt über ein gutes Straßennetz, das das gesamte Gebiet erschließt. Jede Stadt und jedes größere Dorf ist ans Stromnetz

breit, die Hauptstadt San Salvador liegt ziemlich in der Mitte. Es verfügt über ein gutes Straßennetz, das das gesamte Gebiet erschließt. Jede Stadt und jedes größere Dorf ist ans Stromnetz

angeschlossen. Die Analphabetenrate beträgt ca. 45%. 40% der Bevölkerung lebt in Städten, davon 20%, d.h. 1 Million, in San Salvador.

Einige Daten zu den Medien

Bis 1980 gab es 7 Tageszeitungen, 6 davon in der Hauptstadt, Gesamtauflage 260.000 Exemplare. 5 davon wurden im ganzen Land verkauft. Heute sind es nur noch fünf. Zwei davon beherrschen den Markt mit 160.000 (1979) Exemplaren täglich. Die beiden haben erst vor einigen Jahren ihre Auflagen erneuert. „La Prensa Grafica" hat die größten Druckmaschinen in Zentralamerika. Beide drucken regelmäßig einige Seiten auch in Farbe.

Es gibt eine Regierungszeitung („Diario Oficial"). Dazu kommen 5 Wochenzeitungen mit ca. 30.000 Gesamtauflage. Nur zwei davon werden im ganzen Land verkauft. „Orientacion" wird von der katholischen Kirche herausgegeben, Auflage 10-12.000 (1979). Außerdem gibt es ca. 30 Zeitschriften mit sehr geringer Auflage.

Es gibt 51 Hörfunkprogramme, davon 29 in der Hauptstadt. Die meisten senden auf Mittelwelle, einige auf UKW und eines, Radio Nacional (von der Regierung), auf KW. Sie senden ca. 816 Stunden täglich, 9 davon erreichen das ganze Land mit täglich 144 Stunden.

Fernsehprogramme gibt es 5, 3 davon privat, 2 von der Regierung (Schulfernsehen). Die 5 Sender sind in der Hauptstadt, und der Empfang im Rest des Landes läßt zu wünschen übrig. Sie senden täglich 30 Stunden. Am Wochenende 40 (ohne Schulfernsehen). Sie senden meistens in Farbe. Eine Person besitzt die drei privaten Fernsehanstalten. Er brachte in den 50er Jahren das Fernsehen nach El Salvador, das erste Land mit Fernsehen in Zentralamerika. Am Anfang besaß er nur zwei. Als eine dritte Fernsehanstalt eröffnet wurde, mußte sie nach kurzer Zeit an ihn verkaufen, da er das Monopol über die Fernsehrechte sämtlicher Filme und Fernsehserien (USA, Mexiko hauptsächlich) besitzt. So scheiterte an diesem Monopol sogar eine der reichsten und mächtigsten Familien El Salvadors.

Das gut besuchte Kino sollte auch noch erwähnt werden mit seinen Wochenschauen. Der Verleih wird von US- und mexikanischen Firmen beherrscht. Die Mehrzahl der Kinos befindet sich in der Hauptstadt und einigen größeren Städten. Aber auch in kleineren Städten finden wir eins (Anzahl ist mir unbekannt).

Einige Daten über den Inhalt

Der Anteil der Werbung bei Zeitungen liegt zwischen 60 und 70%. Beim Hörfunk sind es 33%, d.h. 20 Minuten in der Stunde (23% Nachrichten), beim Fernsehen ca. 30% (3% Nachrichten).

Zum Schluß noch einige unzuverlässige Daten. Es gibt eine Zeitung für 17 Personen, ein Radio für 3 und einen Fernseher für 22. (Die UNESCO—Mindestzahlen lauten eine Zeitung für 10 Personen, ein Radio für 20 Personen, ein Fernseher für 50 Personen). Aber diese Zahlen sagen nichts darüber aus, daß es Familien gibt, die mehrer Zeitungen abonieren, mehrere Fernseher und Radios besitzen.

Das Fernsehen beschränkt sich hauptsächlich auf die Hauptstadt und auf größere Städte. Auf dem Land gibt es einige Ladenbesitzer, die den Landarbeiter einige Pfennige fürs Zuschauen abverlangen. Zeitungen werden hauptsächlich in den größeren Städten gelesen und erreichen die wenigsten Menschen (hohe Analphabetenrate). Die Bedürfnisse der Bevölkerung finden in diesen Medien kein Gehör. Inwieweit oppositionelle Gruppen Zugang zu diesen gefunden haben, hing von der jeweiligen Tagespolitik der verschiedenen Diktaturen ab (Möglichkeiten gab es vor allem vor den Scheinwahlen). Gewerkschaften, Verbände und einige legale Parteien konnten mit Hilfe von bezahlten Anzeigen in die Medien kommen, sogar im Fernsehen (vor allem zwischen dem 15. Oktober 79 und Februar 1980). Die Anzeigen wurden meistens zensiert und sie kosteten viel mehr als die übliche Werbung. Außerdem mußte immer jemand verantwortlich zeichnen mit seiner Aus-

79 und Februar 1980). Die Anzeigen wurden meistens zensiert und sie kosteten viel mehr als die übliche Werbung. Außerdem mußte immer jemand verantwortlich zeichnen mit seiner Aus-

weisnummer.

Erwähnt werden müssen einige kritische Stimmen, „La Cronica del Pueblo" und „El Independiente", 1980/81 zerbombt und geschlossen, und „Orientacion" bis 1980, danach nicht mehr kritisch. „YSAX" der Kirchensender hat eine sehr wichtige Rolle gespielt bis er 1980 zerbombt wurde. Er übertrug jeden Sonntag die kritischen Predigten von Erzbischof Romero.

Seit 1980 nimmt die Repression gegen die in- und ausländische Presse dramatisch zu, mehrere Zeitungen wurden geschlossen, 18 Journalisten ermordet, andere verschleppt. Unliebsame Journalisten werden zur Pressestelle der Militärs bestellt.

Wie konnte sich unter diesen Umständen das organisierte Volk an die Bevölkerung wenden?

Flugblätter waren schon immer ein wichtiges Medium des Volkes. Die Guerilla erreichte mit Hilfe von Erpressungen (Entführungen) die Veröffentlichung von Kommuniques in der nationalen und internationalen Presse. Ab 1975 wurden auch öfters Radiostationen für kurze Zeit besetzt, manchmal mehrere auf einmal.

Die Verbände, Gewerkschaften und später ab 1974 die Massenorganisationen wie BPR, FAPU, LP 28 halfen sich mit Flugblättern, Sprühaktionen, Transparenten und, wenn das Geld reichte, Bulletins. Die Studenten hatten ihre Zeitung „Opinion Estudiantil", die sie auch außerhalb der Uni verkauften. Die Flugblätter wurden oft in den Bussen verteilt. Die Leute lasen sie und ließen sie meistens auf den Sitzen, damit andere sie lesen konnten. Wie wir schon gesehen haben, spielt das Gedruckte keine so große Rolle in El Salvador. Schon gar nicht auf dem Land.



Dort spielten die Mundpropaganda und die Versammlungen (oft als Feiern getarnt) eine große Rolle.

Aber vor allem Aktionen wie die Besetzung von Ministerien, Kirchen, Botschaften durch die Massenorganisatnen, die Demonstrationen, Streiks usw., die Besetzung von kleineren Dörfern durch die Guerilla (heute sogar Städte) dienten dazu, Öffentlichkeit zu schaffen.

Der uns geläufige und eingeschränkte Begriff von Massenmedien kann hier nicht angewendet werden. Es muß dazu gesagt werden, daß auch der beste Propagandaapparat nicht den Kampf des Volkes ersetzen kann. Die verschiedenen Medien vom Flugblatt bis zum Radio können und müssen nur ein Bestandteil all der legalen und illegalen Kampfmittel des Volkes sein. In San Salvador vor allem ist es heutzutage nicht mehr möglich, Flugblätter zu verteilen oder Sprühaktionen durchzuführen, geschweige denn Demonstrationen. Deshalb ist es notwendig, andere Medien zu benutzen, wobei wir bei unserem Hauptthema wären: die Radios.

Die ersten revolutionären Radios entstehen in El Salvador ziemlich spät, im Januar 1981: „Radio Venceremos" und „Radio Liberacion" (mußte nach kurzer Zeit seine Sendungen einstellen). Ab Januar 1982 Radio „Farabundo Marti" (Vorläufer war „Radio Liberacion"). Alle senden auf KW. Seit einigen Wochen sendet „Radio Venceremos" auch auf UKW, bis jetzt zweimal wöchentlich in der Frühe und mittags. „Radio Venceremos" und „Radio Farabundo Marti" senden eine Stunde in der Frühe und abends, zeitweise haben sie auch mittags gesendet. Sie können im ganzen Land und in den umliegenden Ländern gut gehört werden, wenn sie nicht durch die Störsender der USA gestört werden. Dann müssen sie ständig die Frequenz wechseln.

„Radio Venceremos" befindet sich in Morazan (NO) und „Radio Farabundo Marti" in Chalatenango (N). Sie haben beide einen „Briefkasten" im Ausland. „RV" in Mexiko, „RFM" in Nicaragua. Bei „RV" arbeiten im Inland und Ausland zusammen 110 Leute (darunter Sicherheit, Köche usw.). Bei „RFM" weniger. Radio Farabundo Marti hat eines der größten und besten Archive in ihrem Dokumentationszentrum. Die dort angesammelten Daten dienen nicht nur zur Ausarbeitung der Programme, sondern ebenso politischen, militärischen und wirtschaftlichen Analysen und Hintergrundberichten.

Der Aufbau der Radios war sehr schwierig. „Radio Farabundo Marti" sollte schon 1981 anfangen zu senden,konnte aber wegen fehlender Teile und anderer Versorgungsschwierigkeiten erst 1982 anfangen. Der Aufbau und Betrieb dieser Sender ist nur möglich durch die breite Unterstüzung der Bevölkerung und die militärische Stärke der FMLN.

Die Aufgaben, die die Radios erfüllen sollen, sind u.a.:
1. Die Nachrichten im Inland und zum Ausland zu verbreiten. Im Inland an erster Stelle San Salvador mit 1 Million Einwohner.
2. Der Bevölkerung Anweisungen zu geben, z.B. wie sie sich bei Luftangriffen zu verhalten hat, wie sie sich auf die Kämpfe in den Städten vorbereiten soll usw.
3. Die ständige Präsenz und wachsende Stärke der FMLN im ganzen Land darzustellen.
4. Auf die Truppen der Diktatur einzuwirken.
5. Für die tausenden von Flüchtlingen in den Nachbarländern eine Verbindung zu ihrem Land zu sein.
6. Die neue Gesellschaft, die in den kontrollierten Zonen entstehen, bekannt zu geben.
7. Im Inland die internationale Solidarität bekannt zu geben.

Die Programme sind sehr abwechslungsreich: Berichte, Interviews, Forderungen der Gewerkschaften, Verbände, Sonderprogramme zu bestimmten Anlässen (z.B. der internationale Tag der Frau, 1. Mai usw.); über das Voranschreiten des Kampfes in Zentralamerika wird täglich berichtet. Auch die Musik kommt nicht zu kurz, z.Zt. veranstaltet „RFM" einen Musikwettbewerb.

Die Schwierigkeiten bleiben weiterhin groß, bei Luftangriffen werden oft Teile der Installation beschädigt. Außerdem muß bei stärkeren Offensiven des Feindes das Radio verlagert werden, und dabei können die empfindlichen Geräte beschädigt werden, deshalb kommt es vor, daß ab und zu einer der Sender für einige Tage ausfällt. Da es aber heute vorläufig zwei gibt, ist die Kontinuität gewährleistet. Im Moment wird daran gearbeitet, das Netz der Berichterstatter im ganzen Land zu erweitern, dazu benötigt „RFM" weitere KW-Sender, um ständig in Verbindung zu sein. Außerdem sollen die Sendungen auf UKW erweitert werden.

Über die Bedeutung revolutionärer Radios im Kampf der Völker gegen die Unterdrückung, für den Frieden und Selbstbestimmung muß nichts weiteres gesagt werden. Gestern „Radio Rebelde" in Cuba, „Radio Sandino" in Nicaragua, heute „Radio Guatemala Libre", „Radio Venceremos" und „Radio Farabundo Marti" in El Salvador, „Radio Liberacion" in Chile beweisen Tag für Tag: Sie verdienen unsere ganze Unterstützung.

Spenden für
Radio Liberación
So. Lissner, PschA Frankfurt/M, Nr. 25792 - 603
Kontaktadresse:
J.C.H., Boite postale 3, F62218 Loison sous Lens, Frankreich

Spenden für
„Radio Farabundo Marit"
Sonderkonto Joachim Hyner, PschA Hannover, BLZ 250 100 30, Nr. 446 766 - 302
Stichwort: Radio

Honduras:

Aufmarschgebiet der Konterrevolution

Am 1. Februar begann ein einwöchiges Manöver von hondurenischen und us-amerikanischen Streitkräften unter dem Codenamen ‚Pig Pine' im hondurenischen Grenzgebiet zu Nicaragua.

Diese Militärübung, an der 5.000 hondurenische und 1.600 us-amerikanische Soldaten von Heer, Luftwaffe und Marine teilnahmen, war der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Aktionen des US-Imperialismus, dessen erklärtes Ziel die Zerschlagung der sandinistischen Revolution in Nicaragua sowie die Zurückdrängung der sozialrevolutionären Bewegungen in El Salvador und Guatemala ist.

Honduras — das „Musterland" des US-Imperialismus

Als am 19. Juli 1979 die Sandinisten Somoza stürzten, der bis dahin der zuverlässigste Partner der USA in Mittelamerika war, und der Diktatur ein Ende bereiteten, sah sich die US-Regierung gezwungen, nach einem anderen Verbündeten Ausschau zu halten. Eine Untersuchungskommission des State Departement kam am 11. September 1979 zu folgendem Ergebnis: *„Es ist eine Tatsache, daß Honduras durch seine geographische Lage eine Schlüsselrolle dabei zufällt, zu verhindern, daß es Konflikte, militärische Übergriffe und regionale Infiltration gibt, sowohl in der einen wie in der anderen Richtung zwischen dem revolutionären Nicaragua und seinen konservativen Nachbarn im Norden ... Honduras ist also das Kernland für den Prozeß des Brückenschlagens, der, wie wir alle hoffen, in Zentralamerika entstehen wird. Wir werden Honduras ermutigen, diese Aufgabe zu übernehmen; wir werden Honduras und El Salvador ermuntern, ihre Grenzstreitigkeiten ohne Verzögerung beizulegen"* (1).

Honduras kann diese Funktion eines Gendarms des US-Imperialismus erfüllen, weil zwei wesentliche Voraussetzungen erfüllt sind:
— Der hondurenische Staat besitzt — im Gegensatz zu den meisten mittelamerikanischen Ländern — eine relative innenpolitische Stabilität;
— Honduras hat gemeinsame Grenzen mit Nicaragua, El Salvador und Guatemala.

amerikanischen Ländern — eine relative innenpolitische Stabilität;
— Honduras hat gemeinsame Grenzen mit Nicaragua, El Salvador und Guatemala.

Zwei weitere Voraussetzungen mußten erst geschaffen werden:
— Aufgrund des sogenannten Fußballkrieges zwischen Honduras und El Salvador 1969 existierte zwischen beiden Staaten kein Friedensvertrag. Auf Druck der USA wurde am 30. Oktober 1979 in Lima, Peru, ein Friedensvertrag geschlossen, der die umstrittene Frage der Grenzgebiete bewußt ausklammerte;
— die hondurenische Armee mußte seit 1979 massiv aufgerüstet werden, um die Eindämmung der revolutionären Prozesse in Guatemala und El Salvador sowie das roll back der nicaraguanischen Revolution gewährleisten zu können

Die schleichende Intervention

Die US-Militärhilfe erhöhte sich deshalb von 2,3 Millionen US-Dollar (1979) auf 10,7 Millionen US-Dollar (1982). Die Truppenstärke stieg im gleichen Zeitraum von 14.240 auf 21.400; die Zahl der Marinebasen von 2 auf 4, der Kriegsschiffe von 9 auf 15, der Luftlandebahnen von 5 auf 10. Mit 85 Militärflugzeugen, einschließlich Helikopter und Transporter, besitzt Honduras die bestausgerüstetste Luftwaffe Mittelamerikas (Im Vergleich: Nicaragua besitzt 5 Militärflugzeuge) (2).

Weitere 21 Millionen US-Dollar stellte die Reagan-Administration für den Ausbau und die Modernisierung von Militärflughäfen zur Verfügung. Als Gegenleistung erhielt die US-Air Force das Recht, die Landebahnen mit eigenen Kampfflugzeugen zu benutzen — mit der einzigen Bedingung, dies 24 Stunden vorher anzumelden.

Dieser Vertrag gilt als Modifizierung einer Abmachung aus dem Jahre 1954, als der CIA hondurenische Flughäfen benutzte, um in Guatemala die demokratische Regierung Arbenz zu stürzen.

Die offene Intervention wird geprobt ...

Seit 1980 befinden sich 100 US-Militär„berater" sowie 150 CIA-Agenten in Honduras, die mit einem 19 Millionen US-Dollar-Etat ausgestattet sind, mit dem 5.000 Ex-Nationalgardisten Somozas sowie Söldner ausgebildet und ausgerüstet werden. Diese konterrevolutionären Banden sind in zehn Lagern an der hondurenischen Grenze zu Nicaragua konzentriert. Von dort aus unternehmen sie fast täglich Angriffe auf nicaraguanisches Territorium. Laut einem im November 1982 veröffentlichten Dokument haben seit 1980 429 aggressive Aktionen von hondurenischer Seite gegen Nicaragua stattgefunden (3).

Die US-Regierung hält sich die Option für einen Militäreinsatz mit eigenen Truppen offen. Der Oberbefehlshaber der hondurenischen Streitkräfte, Gustavo Alvarez Martinez, erklärte unmißverständlich: *„Wenn es keine andere Möglichkeit gibt, um den Frieden zu erhalten, ist Honduras damit einverstanden, daß die Vereinigten Staaten, ein befreundetes Land, militärisch in Mittelamerika intervenieren"* (4).

Ausdruck der engen Zusammenarbeit zwischen Honduras und den USA sind die gemeinsamen Militärmanöver. Das erste fand bereits im November 1980 statt, ein weiteres am 25. Juli 1982, zu dem erstmals die US-Air Force Truppen aus der Panama-Kanalzone einflog und an dem die BRD mit dem Marinekreuzer „Augsburg" beteiligt war.

... aber es gibt Widerstände

Das für Dezember geplante dritte gemeinsame Land-, Luft- und Seemanöver wurde ohne Angabe von Gründen auf den 1. Februar 1983 verschoben, vermutlich jedoch weil der Zeitpunkt für eine Invasion ungünstig war.

Zum einen wurde Nicaragua im Oktober 1982 überraschend in den UN-Sicherheitsrat gewählt, obwohl die Dominikanische Republik als Gegenkandidat von den USA favorisiert und unterstützt wurde. Zum anderen verurteilten Anfang Dezember 400 führende Kirchenvertreter in den USA in einer Resolution die Interventionspolitik der Reagan-Administration; außerdem un-

terstützt wurde. Zum anderen verurteilten Anfang Dezember 400 führende Kirchenvertreter in den USA in einer Resolution die Interventionspolitik der Reagan-Administration; außerdem un-

terstützten 107 Abgeordnete des Repräsentantenhauses in einem Aufruf die mexikanisch-venezulanische Friedensinitiative vom 7. September 1982. Die zentralen Forderungen dieser Initiative sind: *„Unbedingte Wahrung des Prinzips der Nicht-Einmischung ..., allgemeine Abrüstung in der Region, Reduzierung der Anzahl ausländischer Militärberater, Errichung eines internationalen Überwachungs- und Kontrollmechanismus ..."* (5).

Honduras und die USA lehnten diese Initiative sofort ab, da die Vorschläge nicht weitreichend (!) genug seien, um gegen die „Subversion" in dieser Region wirkungsvoll vorzugehen (6).

Beginn des rollbacks in El Salvador

Die Invasionspläne der US-Regierung sind längst nicht vom Tisch, was nicht nur Nicaragua zu spüren bekommt, sondern auch großen Einfluß auf den revolutionären Prozeß in El Salvador hat. Insbesondere gegenüber der Befreiungsfront FMLN blieb die Aufrüstung Honduras' nicht wirkungslos.

Ende Juni 1982 griffen 2.000 hondurenische Soldaten in einer koordinierten Aktion mit den Regierungstruppen El Salvadors in der salvadorenischen Provinz Morazan ein, die von der FMLN kontrolliert wird — ein erster mißglückter Versuch, die Guerilla in einer Zangenbewegung zu zerschlagen.

Am 3. November 1982 trafen sich in der Panamakanalzone die Generalstabschefs El Salvadors und Honduras' mit dem Führer des Kommandos der Südstreitkräfte, Wallace Nutting. Auf dieser Konferenz wurde eine verbesserte Zusammenarbeit der hondurenischen mit der salvadorenischen Armee in Bezug auf die Kämpfe im Osten El Salvadors beschlossen. Die östlichen Provinzen in El Salvador sind die Hochburgen der FMLN.

Der Aufbau Honduras' zum Aufmarschgebiet der Konterrevolution hat der Gefahr eines roll back in dieser Region eine neue Qualität verliehen, die den gesamten revolutionären Prozeß in Mittelamerika wie auch in Südamerika um Jahrzehnte zurückwerfen würde; auf der anderen Seite hat dies auch zu einem Aufschwung des Widerstandes in Honduras selbst geführt.

Ob die Umsetzung der Invasionspläne des US-Imperialismus verhindert werden kann, wird im wesentlichen von drei Faktoren abhängen:
1. militärisch: Die Stärke der Guerilla und Widerstandsbewegungen in Honduras, El Salvador und Guatemala;
2. politisch: die Stimmung und das Verhalten der Länder in der „Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS);
3. international: der politische Einfluß und die Stärke der Anti-Interventionsbewegung in den USA und Westeuropa, um ein Klima zu schaffen, das die Durchsetzung einer offenen militärischen Intervention verunmöglicht.

Zentraler Ansatzpunkt in der BRD ist, daß die Bundesregierung an dem roll back in Mittelamerika indirekt und direkt beteiligt ist, u.a. durch die Ausbildung hondurenischer Offiziere in der Bundeswehr, die finanzielle Unterstützung Honduras' durch die Bundesregierung in Höhe von 2 Millionen DM für „Infrastrukturmaßnahmen", Mo-

bildung hondurenischer Offiziere in der Bundeswehr, die finanzielle Unterstützung Honduras' durch die Bundesregierung in Höhe von 2 Millionen DM für „Infrastrukturmaßnahmen", Mo-

dernisierung der Fahndungsmethoden durch Export eines BKA-Computers nach Honduras; außerdem ist die BRD neben den USA der wichtigste Handelspartner (7).

Internationalismus-Kommission
KB Göttingen

Anmerkungen:
1. zit. nach: MM, August 1982, Nr. 21
2. Zahlen nach: Documentation on Honduran Based Military Equipment and operations against Nicaragua, Sept. 1982, Managua, Hg. Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal
3. Barricada International, 1.11.82
4. LM, 10.11.82, zit. nach AIB 1/83, S. 5
5. Aktueller Informationsdienst Lateinamerika, Nr. 18/1982, S. 8
6. vgl. AIB 1/1983
7. vgl. IDES 108, 113



Die Folgen des Libanonkriegs (Teil 2)

PLO in der Sackgasse?

Die Tagung des 16. Palästinensischen Nationalrates ist gerade in Algier zu Ende gegangen. Die Einheit der PLO konnte trotz vielfältiger Spaltungsversuche gewahrt bleiben. Harte Auseinandersetzungen und lebhafte politische Debatten innerhalb der PLO haben zu einer Vielzahl auslegbarer Resolutionen geführt, die fast durchweg als Sieg des diplomatischen und politischen Weges Arafats ausgegeben werden. Mehr oder minder offen wird in der westlichen Presse bemängelt, daß die Linken in der PLO einen gewissen Einfluß auf die Resolutionen ausüben konnten und die PLO sich nicht zur bedingungslosen Anerkennung Israels und des Reagan-Planes durchringen konnte.

Die Beschlüsse des Nationalrates und die stattgefundenen Auseinandersetzungen sollen im folgenden dargestellt und analysiert werden. Dabei wird sich zeigen, daß die Linken nicht die bornierten Nein-Sager sind, denen es um die Torpedierung jeder politischen Lösung geht und die letztlich mit ihrer ablehnenden Haltung auch einen palästinensischen Teilstaat verspielen. Andererseits wird sich zeigen, daß die "realistischere" - und wie selbst die linke Presse nicht müde wird zu betonen - "unabhängige" Politik der PLO-Rechten. die zugegebenermaßen oft geschickter ist, letztlich gescheitert ist. Nicht nur die Linken können derzeit keine konkreten Schritte für den "schwierigen Weg nach Palästina" angeben, was ihnen allzu gern von den Rechten in demagogischer Weise vorgeworfen wird.

In diesem Teil des Artikels werden außerdem die verschiedenen "Friedensinitiativen" und die Ziele, die die USA, Israel und die reaktionären arabischen Staaten hinsichtlich der Palästina-Frage verfolgt haben und verfolgen, untersucht. Verständlich werden können die Positionen innerhalb der PLO und die immensen Schwierigkeiten, einen eigenen Staat zu erkämpfen, nur vor dem geschichtlichen Hintergrund und der Entwicklung des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten.

Im ersten Teil des Artikels (AK 230) wurde die Politik Israels im Libanon und die amerikanische und israelische Strategie in der Pälästina-Frage dargestellt. Hauptziele der amerikanischen Nahost-Politik waren und sind die Zurückdrängung des sowjetischen Einflus ses und die Errichtung der US-imperialistischen Hegemonie über die Region. Ein palästinensischer Nationalstaat sowie nationale arabische Regimes waren dabei nur hinderlich. Israel und die USA waren sich deshalb einig, wenn auch z.T. aus unterschiedlichen Gründen, diese Regimes zu schwächen (was bis heute weitgehend gelungen ist) und die Errichtung eines Palästinenser-Staates, noch dazu unter Führung der PLO, zu verhindern. Die konsequente Verweigerung der legitimen palästinensischen Rechte, durchgesetzt mit den brutalsten Mitteln und fortdauernden Versuchen, die nationale Identität des palästinensischen Volkes zu zerstören, waren bis heute kein politisches Problem bei der Errichtung der US-imperialistischen Vorherrschaft in der Region. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß die arabischen Regimes - in erster Linie interessiert an ihren Machtinteressen - den Kampf gegen den zionistischen Staat und für die Rechte der Palästinenser nur in verbal-radikalen Parolen vortrugen und nicht in die Tat umsetzen wollten oder konnten.

Die aggressive Expansionspolitik Israels war bis heute erfolgreich, auch wenn sich nach dem Libanonkrieg erstmals Veränderungen in Israel selbst abzeichnen. Diese dürfen jedoch nicht überschätzt werden und werden erst langfristig wirksam werden.

Der 16. Palästinensische Nationalrat

In den vom Palästinensischen Nationalrat angenommenen Resolutionen wird die Notwendigkeit der Fortführung des bewaffneten Kampfes betont; das Einverständnis mit der Breschnew-Initiative (die eine internationale Konferenz vorsieht) wird wiederholt (1); der auf dem arabischen Gipfel in Fez im September 1982 angenommene Plan wird gutgeheißen (er sieht keine internationale Konferenz vor). Beide Vorschläge fordern einen unabhängigen palästinensischen Staat im Westjordanland und im Gaza-Streifen und betonen das Recht aller Staaten in der Region auf Sicherheit, was die Anerkennung der Existenz Israels bedeutet. Die Behandlung des Reagan Planes als „Grundlage für eine dauerhafte Lösung des arabisch-zionistischen Konfliktes ..." (2) lehnt der Nationalrat ab, da dieser den Hauptanliegen der Palästinenser nicht Rechnung trage: Recht aller Palästinenser auf Heimkehr nach Palästina, Bildung eines unabhängigen Staates und Anerkennung des Rechtes der PLO, die einzige rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes zu sein (3).

Der Nationalrat bezog außerdem Stellung zu einer Reihe von diplo matischen Schritten, die der Vorsitzende sein (3). Der Nationalrat bezog außerdem Stellung zu einer Reihe von diplo matischen Schritten, die der Vorsitzende des Exekutivkomitees, Yassir Arafat, schon im Vorwege - weitgehend im Alleingang - eingeleitet hatte. Arafat und der jordanische König Hussein hatten in mehreren Gesprächen Vorschläge ausgearbeitet, auf welche Weise sich Palästinenser oder PLO-Vertreter in einer jordanisch-palästinensischen Delegation an Friedensgesprächen beteiligen könnten, und auch schon eine Konförderation zwischen Jordanien und einem Palästina-Staat ins Auge gefaßt. An diesen Gesprächen gab es schwere Kritik. Beschlossen wurde, daß eine Konförderation mit Jordanien n a c h Gründung eines palästinensischen Staates möglich sein könne. Weitere Gespräche mit Jordanien wurden nicht ausgeschlossen. (3).

Auch mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak hatte Arafat schon über Vermittler Kontakte aufgenommen, einen Besuch in Ägypten dann aber doch wegen starker Proteste verschoben. Der Nationalrat sprach sich für eine Normalisierung der Beziehungen zu Ägypten aus, in dem Maße, wie es sich von der Politik von Camp David löse(4). Ein Bruch der Abkommen mit Israel wurde nicht gefordert.

Die Kontakte mit dem israelischen Friedenslager , im Vorfeld der Tagung ebenfalls kritisiert, sollen ausgebaut werden. Die Unterscheidung in zionistische und nichtzionistische Kräfte wird nicht mehr gemacht (5). Das Exekutiv-Komitee der PLO wurde beauftragt, Kontakte zu allen „demokratischen und fortschrittlichen Kräften" in Israel aufzubauen (6).

Das strategische Bündnis mit Syrien soll gefestigt werden (besonders bei Arafat und großen Teilen von Al-Fatah bestehen schwere Differenzen zum syrischen Assad-Regime) (7), die guten Beziehungen zu allen anderen arabischen Staaten sollen entwickelt werden (6.) Die Durchführung aller wesentlichen Beschlüsse (so auch die Kontakte zu Ägypten, Jordanien und dem israelischen Friedenslager) liegen in der Verantwortung des gesamten Exekutivkomitees, was Absprachen und Information aller palästinensischen Organisationen voraussetzt.

Von Fatah-Seite wird betont, daß die Beschlüsse die Fortführung einer Politik der diplomatischen Aktionen im Hinblick auf einen unabhängigen Palästinenserstaat zulassen. Abu Iyad, der zweite Mann nach Arafat, äußerte, daß die Billigung des Fez-Planes *„der größte Sieg der Gemäßigten (wäre), wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß unsere zwei Partner (gemeint sind PFLP (Habasch) und DF (Hawatmeh)ebenso wie die Führer der anderen kleineren Organisationen anfangs entschlossen waren, diesen Friedensplans gegen unsere Nationalcharta gerichtet zurückzuweisen." (8).*

Ob die Beschlüsse alle einstimmig gebilligt worden sind, ist nicht bekannt und uninteressant. Der Generalsekretär der PFLP, Habasch, hatte schon im Vorwege erklärt, daß sich seine Organisation den Mehrheitsbeschlüssen beugen werde. Schließlich stellen die Linken im Palästinensischen Nationalrat sowie so eine Minderheit dar. Die Mitglieder werden auch nicht gewählt, son- gen werde. Schließlich stellen die Linken im Palästinensischen Nationalrat sowie so eine Minderheit dar. Die Mitglieder werden auch nicht gewählt, son- dern aus bestimmten Regionen oder von bestimmten Verbänden entsandt; ein großer Teil wird kooptiert, wodurch die Kräfte um Arafat schon immer die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten verschieben konnten (9); das haben sie diesmal durch die Kooptierung von 130 Mitgliedern auch wieder getan.

Die Linken haben allerdings sehr umfassend ihre Kritik an der Politik der gemäßigten Mehrheit formuliert und Kompromisse durchgesetzt, die den Durchmarsch jener Kräfte verhindert haben, die für eine einseitige, bedingungslose Anerkennung Israels plädieren und sich dafür Zugeständnisse von Seiten Israels und der USA erhoffen (Teile der westjordanischen Bürgermeister, PLO-Vertreter Sartawi, s.u.). Die unterschiedlichen Positionen wurden unter Wahrung der Einheit der PLO klar abgegrenzt.

Reagan-Plan und Fez-Plan

In der nebenstehenden Übersicht werden die verschiedenen Friedensinitiativen verglichen. Der Fez-Plan sieht die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates unter Führung der PLO vor, Rückzug Jsraels aus den 1967 besetzten Gebieten und Abbau der israelischen Siedlungen. Diese Ziele hat sich der Palästinensische Nationalrat zu eigen gemacht. Sie sind von den verschiedenen palästinensischen Organisationen auch nicht abgelehnt worden (ausgenommen die PFLP-GC (Jibril)) , sondern es ist immer darauf aufmerksam gemacht worden, daß dieser gemeinsame Plan der arabischen Regimes dazu dienen k,önnte, die PLO zur Aufgabe eben dieser Ziele zu bringen, Stichwort: „Brücke zum Reagan-Plan" (eine realistische Annahme, wie unten weiter ausgeführt wird). Weder haben die wichtigsten arabischen Staaten (Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien) die A b s i c h t , die Gründung eines palästinensischen Staates zu unterstützen, noch hat die PLO die Macht, die Staatsgründung gegen das entschlossene „Nein" der israelischen Regierung (und Opposition) und der USA durchzusetzen.

Auf dem Hintergrund einer unumstößlichen Ablehnung eines palästinensischen Staates und der Anerkennung der PLO holte Reagan nun seinen Vorschlag aus der Tasche, nicht ohne vorher den arabischen Regimes (Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien) in Briefen weitergehende Vorschläge zu machen (9a). Der Reagan-Plan stellt im Grunde eine Auslegung der in den Camp David - Abkommen beschlosssenen Autonomie für die Palästinenser in den besetzten Gebieten dar. Dass Angebot besteht praktisch in einem vorläufigen Siedlungsstop (keine neuen Siedlungen, Zuzug weiterer Siedler gestattet); Autonomie in Verbindung mit J ordanien (was den Einfluß Jordaniens auf die kommunale Verwaltung, die heute schon besteht, stärken würde); über die Grenzziehung wird verhandelt, dabei ist an Zugeständnisse an die Israelis gedacht.

Unter der Hand werden weitergehen- würde); über die Grenzziehung wird verhandelt, dabei ist an Zugeständnisse an die Israelis gedacht. Unter der Hand werden weitergehen- de Angebote gemacht wie Verfügung über Land und Ressourcen, einschließlich Wasser (was die Israelis der Bevölkerung in den besetzten Gebieten schon seit Jahren u.a. durch Tiefbrunnen rauben) und die Anerkennung der PLO, wenn diese bereit ist , Israels Existenzrecht und die UNO-Resolution 242 und 338 anzuerkennen. Verglichen mit den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Begins zur Autonomie trifft der Reagna-Plan eine Festlegung in der Frage der Siedlungen und knüpft an der berechtigten Angst der Bevölkerung in den besetzten Gebieten an, durch die unnachgiebige und brutale Politik der israelischen Regierung letztlich alles Land und damit die Lebensgrundlage in diesem Gebiet zu verlieren. (Schon heute müssen viele Palästinenser aus den besetzten Gebieten auswandern). Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich gerade ein Teil der gemäßigten Bürgermeister ausdrücklich bereit erklärt hat, die Friedensinitiative Reagans mitzutragen und an einer jordanischen Verhandlungsdelegation teinzunehmen (10). Die Anerkennung der PLO steht allerdings schon nicht mehr zur Debatte; mit der geforderten Anerkennung der - unveränderten (9b) UN-Resolution 242, in der die Palästinenserfrage als Flüchtlingsproblem abgehandelt wird, würde die PLO ihren Anspruch, nationale Befreiungsorganisation zu sein, aufgeben; der andere Teil der Resolution, der den Rückzug der Israelis in die Grenzen von 1948 vorsieht, steht nicht mehr zur Debatte. Reagan fordert also von der PLO die Anerkennung einer UNO-Resolution, die weder Israel noch die USA in allen ihren Teilen akzeptieren.

Die Reagan-Vorschläge sind nur geeignet, Spaltungen in die Reihen der PLO zu tragen und den arabischen Regimes die Möglichkeit zu geben, den Weg der amerikanischen Friedenslösung mitzugehen.

Zur Vorgeschichte

Es fehlt nicht an Stimmen, auch im palästinensischen Lager, die letztlich die unnachgiebige Haltung der PLO oder von Teilen der PLO für die jetzige schwierige Situation der Palästinenser verantwortlich machen. Das gilt auch für Sprecher des israelischen Friedenslagers (Uri Averny zum Beispiel), die von der PLO die einseitige und bedingungslose Anerkennung Israels verlangen (11) zum Durchbruch zu verhelfen.

Am weitesten wagte sich PLO-Sprecher Sartawi (Mitglied des Revolutionsrates von Fatah, in Frankreich ansässig) hervor (12). Sartawi durfte auf der Versammlung des Palästinensischen Nationalrates nicht reden und verließ daraufhin vorzeitig die Tagung. Er behauptete (übrigens zum wiederholten Male): Hätte man schon auf der letzten Nationalratstagung in Damaskus (April 1981) öauf ihn gehört, wäre die israelische Invasion in den Libanon zu verhindern gewesen. Von einer Rede in Algier hätte er sich versprochen, womöglich eine israelische Invasion nach Jordanien aufzuhalten (13). Konkret geht es ihm darum, daß die PLO Israel bedingungslos anerkennt und ihre Nationalcharta ändert, in der die Zerstörung des zionistischen Staates gefordert wird.

Auch Arafat macht für das erste Scheitern des Gipfels in Fez Syrien verantwortlich und führte aus: *„Wir haben einen Preis für das Scheitern des ersten Gipfels in Fez bezahlen müssen. Er bestand im Tod von 70.000 palästinensischen Märtyrern, die bei der Invasion des Libanos fielen"*(14).

Die Fakten sprechen eine andere Sprache:

Zum ersten Mal brachte der damalige saudische Kronprinz Fahd seinen Acht-Punkte-Plan Anfang August 1981 an die Öffentlichkeit?. Im Juli war - auf Vermittlung der USA und Saudi-Arabiens - ein Waffenstillstand zwischen Israel und der PLO geschlossen worden, nachdem die israelische Armee 15 Tage lang schwere Angriffe auf den Südlibanon und auf Beirut durchgeführt hatte.

Am 5.10.81 wurde dieser Plan der UNO vorgelegt, unmittelbar nach dem Tode Sadats. Die „Ausschaltung" Sadats, mit dessen Person der Separatfrieden mit Israel unmittelbar verbunden war, erleichterte eine gesamtarabi- UNO vorgelegt, unmittelbar nach dem Tode Sadats. Die „Ausschaltung" Sadats, mit dessen Person der Separatfrieden mit Israel unmittelbar verbunden war, erleichterte eine gesamtarabi- sche Friedensinitiative. Noch vor dem ersten Gipfeltreffen in Fez (Ende November 1981), das sich mit dem Plan befassen sollte,erklärte der Generalsekretär der Arabischen Liga , Klibi, daß es bisher keine offizielle Ablehnung der Fahd-Initiative gebe. Selbst der syrische Staatspräsident Assad, der immer als der große Gegner dieses Plans bezeichnet wird, habe seit August den USA bekundet, daß er dem Fahd-Plan nicht ablehnend gegenüberstehe. Nur aus taktischen Gründen werde, so Klibi, eine Zustimmung von Assad und anderen Regierungen der Staaten der Ablehnung und Konfrontation (gegen die Camp David-Abkommen; außer Syrien auch Libyen, Südjemen, Algerien und die PLO) nicht formuliert. Er hoffe darüber hinaus, daß die Fahd-Initiative Ägypten mit dem Rest der arabischen Welt versöhnen könne (15).

Arafat hatte sowieso seine Zustimmung signalisiert und betont, wer die Vorschläge Breschnews begrüße, könne den Fahd-Plan nicht ablehnen (16), was dem Inhalt beider Vorschläge nach wohl richtig ist (siehe Zusammenstellung). Die Breschnew-Initiative war auch von den Linken auf dem 15. Palästinensischen Nationalrat begrüßt worden. Die PLO-Führungsmitglieder Abu Iyad und Abu Meizer erklärten unabhängig voneinander, daß die palästinensische Unterstützung weniger vom Wortlaut oder dem Willen Saudi-Arabiens abhänge, den Wortlaut zu modifizieren (im Acht- Punkte-Plan war im Gegensatz zu den jetzigen Beschlüssen die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes nicht erwähnt), als von der A k z e p t i e r u n g W a s h i n g t o n s (17).

Tatsächlich war es so, daß Kronprinz Fahd s e l b s t seinen Plan auf dem Gipfel, trotz Drängens Arafats, nicht mehr zur Diskussion stellte - mit der fadenscheinigen Begründung, wenn der Plan Spaltungen hervorrufe, wolle er lieber darauf verzichten. Auf der Pressekonferenz am Abend vorher hatte er allerdings auf die Frage, ob sein Plan die Unterstützung der USA habe, schlicht geschwiegen (17). Nachträglich hat ein enger Vertrauter Arafats, Khaled al-Hassan, bestätigt, daß der Fez-Gipfel auf Drängen oder mit Rücksicht auf die USA geplatzt sei. Die Amerikaner hätten auf den Fahd-Plan nicht offiziell reagieren können, weil der arabische Gipfel vor dem entgültigen Abzug Israels aus dem Sinai einberufen worden sei. Die USA konnten deshalb den Plan weder akzeptieren noch zurückweisen. Wäre er in eine offizielle Stellungnahme verwandelt worden, hätten die USA reagieren müssen. Israel hätte davon profitiert und sich nicht aus dem Sinai zurückgezogen, unter dem Vorwand, die amerikanische Position würde den Vereinbarungen von Camp David widersprechen.*„Die Amerikaner wollten keine Entscheidung von Fez"*.Alle arabischen Regimes seien trotz gegenlautender anderer Erklärungen für den Plan gewesen, aber man hörte nicht auf ihn, auch nicht in den palästinensischen Kreisen (18).

Die USA hielten also damals die Zeit nicht für reif, andere arabische Regimes in die „friedliche Lösung" miteinzubeziehen. Die PLO sollte erst ganz entscheidend geschwächt werden; erst nicht für reif, andere arabische Regimes in die „friedliche Lösung" miteinzubeziehen. Die PLO sollte erst ganz entscheidend geschwächt werden; erst dann könnte der Fez-Plan seine Funktion erfüllen, zu einer umfassenden Regelung des Palästina-Problems im Sinne der Imperialisten beizutragen.

Dafür sprechen die gemeinsamen Absprachen und Vorbereitungen der Invasion in den Libanon zwischen den USA und Israel (vgl. den ersten Teil dieses Artikels im letzten Arbeiterkampf). Die PLO hat sich in dieser Zeit - in Erwartung des israelischen Angriffes - sehr massiv um Verhandlungen mit den USA bemüht. Über Tunesien gab es vor dem Krieg inoffizielle Kontakte, um eine Formel für die Teilnah-



Zwei der Hauptfiguren des Palästinenser-Kongresses: der zu den Radikalen zählenden George Habash (links) und der zweite Mann der „Fatah", Abu Jihad.

me der PLO an den Camp-David-Prozeß zu finden (19). Palästinensischen Angaben zufolge hätte Washington formalen Kontakten zugestimmt, vorausgesetzt, die PLO würde klarstellen, daß sie Israels Recht zu existieren anerkenne. Für Mitte Juni sei eine Veranstaltung in Europa geplant gewesen, auf der die PLO das tun wollte (20). Als Gegenleistung wollte Washington Druck auf Israel ausüben, hinsichtlich einer indirekten Beteiligung der PLO an den Autonomie-Gesprächen. Israel sei solchen Bestrebungen mit seiner Invasion in den Libanon zuvorgekommen.

Auch bei der Vorbereitung für den Palästinensischen Nationalrat hat die PLO wiederholt in den USA nachfragen lassen, was sie denn für eine einseitige Anerkennung Israels erhalten würde, so z.B. über Kontakte des östereichischen Bundeskanzlers Kreisky und den jordanischen König Hussein. Nicht einmal die Anerkennung der PLO durch die USA, war die Antwort, höchstens „Gespräche" (21). Der Sprecher des Palästinensischen Nationalrates, Ahmed Abdel Rahman erklärte: „*Die Trumpfkarte, die wir angeblich haben, können wir nicht ausspielen, weil es keinen Tisch gibt, auf dem wir sie spielen können.*"

In dem oben schon erwähnten Interview erklärte Khaled al-Hassan: „*Die Amerikaner werden uns keine Garantien geben, auch wenn wir Israel anerkennen. Wir müssen tatsächlich unter zwei grundsätzlichen Optionen wählen, die beide folgenschwer sind: die eine ist die Annahme des amerikanischen Planes in der einen oder anderen Form; das würde von unserer Seite größte politische Konzessionen, aber auch die Rettung des arabischen Charakters der Westbanks und Gazas bedeuten. Die zweite ist ganz einfach die vollständige Ablehnung, die Revolte gegen die regionale Ordnung, so wie sie sich jetzt darstellt, die, damit wir uns verstehen, das Risiko, Westbank und Gaza zu verlieren, beinhaltet.*" (18)

Die „Gemäßigten" innerhalb der PLO setzen auf die erste Option. Ob sie erfolgreich bleibt, sei dahingestellt. Daß selbst die reaktionären arabischen Staaten die Bildung eines Palästinenserstaates nur im Munde führen, weiß und sagt auch Khaled al-Hassan.. Tatsächlich seien nur die dafür, die keine Angst um ihre Macht haben (18): also niemand! Trotz dieses Wissens haben sich die „Gemäßigten" mit den in der Region herrschenden Verhältnissen arrangiert; sie haben auch nie, im Gegensatz zu den Linken, auf sozialrevolutionäre Veränderungen in der Region als Voraussetzung für die Befreiung Palästinas oder auch nur für die Errichtung eines Teilstaates gesetzt. Diese Politik der palästinensischen Nationalisten, vor allem repräsentiert durch große Teile der Fatah, muß als gescheitert angesehen werden (22).

Diese Einschätzung wird erhärtet, wenn wir die Reaktionen und Aktivitäten der reaktionären arabischen Regimes auf die aktuellen Ereignisse und in der Geschichte betrachten.

Die arabische Reaktion und die PLO

Obwohl alle arabischen Staaten dem Fahd-Plan in leicht veränderter Form (Alleinvertretungsrecht der PLO wurde aufgenommen) zustimmten, obwohl sie mit Worten für die Schaffung eines palästinen sischen Staates eintraten, läuft die tatsächliche Politik von Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien (auch Marokko) gerade auf eine Verhinderung dieses Staates hinaus.

Der ägyptische Präsident Mubarak vertritt am weitestgehenden diese Position, obwohl ihm Khaled al-Hassan in dem oben schon erwähnten Interview genau das Gegenteil bescheinigt: „*Mubarak ist nicht Sadat. Der erstere fordert die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser, während der letztere vorgab, unser Schicksal bestimmen zu können. Der erstere will einen palästinensischen Staat, während der letztere nicht viel davon hielt.*" (23).

Bei seinem Besuch in den USA Ende Januar 1983 stellte sich Mubarak voll hinter Reagans Nahostinitiative und drückte seine Überzeugung aus, daß auch der jordanische König Hussein bereit wäre, sich an einer breit angelegten Friedensinitiative zu beteiligen. Nach einem Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon könne sich Hussein mit Zustimmung der PLO am Friedensprozeß beteiligen (24).

Vor der Tagung des Palästinensischen Nationalrats wurde dann folgendes, von Mubarak mit den USA ausgehandelte Szenario bekannt, in dem festgelegt wird, auf welche Weise sich Jordanien und die Palästinenser (von - Beteiligung der PLO ist garnicht die Rede, nur von Rückhalt, den die PLO Hussein geben darf) am „Friedensprozeß" beteiligen dürfen: Arafat sollte die Zustimmung des Palästinensischen Nationalrates für eine gemeinsame palästinensisch-jordanische Verhandlungsdelegation einholen; daraufhin sollte Hussein Verhandlungen über die besetzten Gebiete auf Grund der einschlägigen UNO-Resolutionen und des Reagan-Planes (der ja die für die Palästinenser vorteilhaften Teile der verschiedenen UN-Resolutionen außer Kraft setzt) zustimmen. Voraussetzungen wären: Israel müsse einem Terminplan - für den Abzug aus Libanon zustimmen, keine neuen Siedlungen mehr schaffen und die bestehenden nicht ausdehnen. Die Last läge bei den USA, die Druck auf Israel ausüben müßten. Die Zeit dafür sei aber erst gekommen, wenn Hussein in den Friedensprozeß eintreten würde (26).

Saudi-Arabien hatte gleich nach Bekanntwerden des Reagan-Planes die positiven Aspekte begrüßt, hält sich ansonsten mit offiziellen Stellungnahmen zurück. Saudi-Arabien fordert nicht einmal von den USA die Anerkennung der PLO, sondern wünscht nur eine deutliche palästinensisch-amerikanische Annäherung (vgl. AK 223). Alle diplomatischen Schritte erfolgen jedoch mit Rückendeckung und in enger Absprache mit Saudi-Arabien. So wurde z.B. anläßlich des Besuches Mubaraks in den USA berichtet, Hussein habe bei Kontakten mit der PLO und Saudi-Arabien Zugeständnisse erhalten, um auf den vom amerikanischen Plan vorgezeichneten Weg einzuschwenken (27).

Nach der zweiten Gipfelkonferenz in Fez erklärte Hussein in einem BBC-Interview, daß die Konföderation zwischen seinem Staat und einem arabischen Palästina ein mögliches Ergebnis der Bemühungen um eine friedliche Lösung im Nahen Osten sein könne. Jordanien unterstütze die Palästinenser in ihrem Streben nach Durchsetzung ihrer Rechte auf dem ihnen rechtmäßig zustehenden Territorium, nämlich um Westjordanland und im Gaza-Streifen. Jordanier und Palästinenser sollten gemeinsam den Rahmen für ein künftiges Verhältnis von Palästina und Jordanien definieren. In der Frage Ost-Jerusalems könne es keine Kompromisse geben. Er würde allerdings keine Chance für ernsthafte Verhandlungen mit der israelischen Regierung sehen (28). Auch hier vermied Hussein, von einem palästinensischen Staat zu sprechen. Im Juli, also noch während der Belagerung Beiruts durch die israelische Armee konnte Genscher auf der EG-Außenministerkonferenz berichten, daß weder Ägypten noch Jordanien eine gegen die USA gerichtete Politik machen wollten. Bei seinem Besuch hätten sie nicht auf die Notwendigkeit eines unabhängigen und souveränen palästinensischen Staates hingewiesen (vgl. AK 224).

Anfang Dezember wurde, ohne vorherige Beschlußfassung des Nationalrates, ein gemeinsames jordanisch-palästinensisches Komitee gebildet, „*das Vorschläge und eine politische Aktion im Rahmen der Erklärung von Fez*" ausarbeiten sollte. „*Wir suchen den Weg, den Reagan-Plan dem arabischen Plan von Fez näherzubringen, der zwei Punkte enthält, in denen wir keine Zugeständnisse machen können: das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung, das zu einem unabhängigen Staat führen muß, und die Rolle der PLO als Alleinvertreterin des palästinensischen Volkes. Wir erwägen z.B. die Möglichkeit, in den Reagan-Plan das Prinzip des Referendums für die Ausübung unseres Rechts auf Selbstbestimmung, und das der Einsetzung einer multinationalen Truppe in den besetzten Gebieten, auch vor einem israelischen Rückzug, ebenso wie das Rückkehrrecht einzuführen, was die Amerikaner in ihren Vorschlägen nicht erwähnen...*" Jedoch „*gibt es viele innerhalb der PLO, die denken — und ich muß sagen, ich selbst habe ebenso wie Arafat meine Zweifel —, daß die Vorschläge Präsident Reagans nicht ernsthaft sind, und daß sie nur dazu gemacht sind, mehr Zugeständnisse von seiten der Araber zu erhalten und die Spaltungen unter ihnen zu verstärken.*" (29).

Das gemeinsame Komitee ging dann daran, nach einer für die USA „akzeptablen Form" für die jordanisch-palästinensische Delegation zu suchen, ohne daß die PLO zu einer einseitigen Anerkennung Israels gezwungen würde. Hussein schlug Reagan bei seinem Besuch in Washington im Dezember 82 drei Möglichkeiten vor:

— gemischte arabische Delegation der Unterzeichner von Fez unter Einschluß der PLO

— paritätische jordanisch-palästinensische Delegation, mit wechselndem Vorsitz von PLO und jordanischer Regierung, und in Erwartung, daß die USA nicht dazu bereit seien,

— die Bildung einer Exilregierung, die sich ein Programm geben würde, daß sich von der Nationalcharta der PLO unterscheidet und die „internationale Legalität" (die UN-Resolutionen) anerkennt.

Dieser letzten Möglichkeit stimmte außer Al-Fatah auch die DF zu. Habasch lehnte in Vorgesprächen die Bildung einer Exilregierung ab, weil sie auf eine Kapitulation hinauslaufen könnte, wollte sich dieser diplomatischen Strategie jedoch nicht in den Weg stellen. Arafat erwartete ebenfalls nicht, daß Israeli zu Verhandlungen mit einer solchen Regierung bereit wäre, versprach sich davon aber die Anerkennung der westlichen Mächte, besonders der USA, und eine Isolierung der Begin-Regierung (30).

Von seinem Besuch in den USA brachte Hussein keine greifbaren Ergebnisse mit. Außer der Zusicherung, Druck auf Israel in der Frage der Siedlungen auszuüben und evtl. die fünfjährige Übergangsperiode zu verkürzen, nach der der endgültige Status der besetzten Gebiete bestimmt werden soll, geharrten die USA auf den bekannten Standpunkten, erklärten sich aber mit dem Prinzip einer jordanisch-palästinensischen Delegation einverstanden, der „Persönlichkeiten" angehören könnten, die nicht offiziell in der PLO sind, aber von ihr bestimmt werden könnten, wie z.B. die von Israel abgesetzten palästinensischen Bürgermeister Melhem und Kawasmeh. Die Amerikaner hätten verstanden, daß Jordanien nicht allein in die Friedensverhandlungen gehen könnte (31).

All diese Schritte wurden mit Billigung der PLO-Führung um Arafat gemacht. Khaled al-Hassan wohnte während des Hussein-Besuches im selben Hotel wie der jordanische König (32). Melhem nahm in den USA im Auftrag Arafats Kontakt zum amerikanischen Außenminister Shultz auf und erklärte, die PLO sehe Reagans Nahost-Friedensplan als „*eine entscheidende Probe für die amerikanische Glaubwürdigkeit*" an, wenngleich dieser Plan das Selbstbestimmungsrecht und das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat ignoriere (33). Die PLO hat also vor dem Nationalrat hinreichend signalisiert, daß sie zu weitgehenden Zugeständnissen bereit ist, wenn sie nur an der politischen Lösung teilnehmen darf. Irgendwelche Zugeständnisse außer „Gesprächen" wurden nicht gemacht, die vielleicht zu anderen Beschlüssen des Nationalrates geführt hätten. So aber konnte die PLO-Führung für eine Anerkennung Israels buchstäblich nichts bieten.

Hussein ist auf diese Weise fein raus: Er hat sich für die Interessen der Palästinenser „eingesetzt"; die PLO-Führung um Arafat hat sich auf einen politischenWeg festgelegt, von dem sie schwer wieder abgehen kann, weil sie jede Alternative ausgeschlossen hat.

Die Voraussetzungen für Hussein, unter Umgehung der PLO in den Friedensprozeß einzusteigen, verbessern sich zusehends. Schon im Januar hat er Arafat angekündigt, er sei gewillt, sich mit oder ohne PLO-Mandat in den „Friedensprozeß" einzuschalten. Reagan soll Hussein eine Frist bis zum 1. März gesetzt haben (34). Laut israelischer Presse wird eine diplomatische Offensive Husseins erwartet. Die israelische Regierung habe Informationen erhalten, daß Hussein „*endgültig seine Entscheidung getroffen*" hat. Der Palästinensische Nationarat habe „*stillschweigend*" eine sehr bald zu erwartende jordanische Initiative gebilligt (35).

Hussein wird sich dabei auf Teile der palästinensischen Führungsschicht in den besetzten Gebieten stützen können. Auf einer Versammlung forderten diese Kräfte (u.a. der — abgesetzte — Bürgermeister von Gaza, Shawa, und der Bürgermeister von Bethlehem, Freij) von der PLO „*die Annäherung und Koordinierung zwischen jordanischer Regierung und PLO*". Sie bekräftigten ihre volle Unterstützung des Fez-Planes und der positiven Elemente, die in der Friedensinitiative Reagans enthalten sind. Sie betonten „*die Notwendigkeit, den Prozeß der Errichtung von israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten zu stoppen*". Sie traten ein „*für eine gegenseitige Anerkennung der PLO, unserer legitimen Vertreterin, und Israel, weil wir davon ausgehen, daß beide Seiten unbedingt zum Friedensprozeß dazugehören*". Von der PLO wurde ausdrücklich die Anerkennung der UN-Resolutionen 242 und 338 gefordert (36). Freij hatte darüber hinaus in einem Brief an Reagan seine Unterstützung der amerikanischen Friedensinitiative zugesagt. Shawa hatte sich, falls die PLO ihn beauftragen würde, zur Teilnahme an einer jordanisch-palästinensischen Delegation bereit erklärt.

Auch innerhalb Jordaniens kann sich Hussein mit seinen Plänen auf die palästinensische Bourgeoisie stützen, die 90 % der wirtschaftlichen, finanziellen und Handelstätigkeiten kontrolliert und einen radikalen unabhängigen Staat durchaus fürchtet (36a).

Die PLO erhebt zwar nach wie vor den Anspruch auf das Alleinvertretungsrecht der Palästinenser. Dieses Recht, der PLO auf der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat im Oktober 1974 zugebilligt und durch den Verzicht der jordanischen Regierung auf das Westjordanland im November 1974 untermauert, besteht aber faktisch nicht mehr. Die PLO steht in Gefahr, eine Vertretung der palästinensischen Flüchtlinge zu werden. Der marokkanische König Hassan hat denn auch schon eine Initiative gestartet, um auf einem arabischen Gipfel (ursprünglich vorgesehen für den 21.1.) König Hussein offiziell das Verhandlungsmandat zu übertragen.

Die PLO-Führung um Arafat hat in den letzten Jahren zunehmend auf die arabischen Regimes gesetzt. Wie wir oben schon erwähnt haben, haben diese Kräfte nie sozialrevolutionäre Veränderungen in der Region angestrebt. Selbstkritische Äußerungen aus den Reihen der Al-Fatah deuten denn auch diese Probleme an. So wurde betont, daß die palästinensische „*Bourgeoisie*" fester herangezogen werden müsse, um die PLO aus „*der Finanzmacht der Ölscheichs*" herauszulösen (Abu Saleh). „*Wir haben in Libanon die gleichen Fehler begangen wie in Jordanien*"; begründet wird das mit der Umwandlung der Fedayin-Gruppen in eine reguläre Armee, die sich doch nie mit der israelischen Kriegsmaschinerie hätte messen können. Außerdem hätten sich die palästinensischen Kämpfer im Libanon wie in einem eroberten Land verhalten, was die Bevölkerung gegen sie aufgebracht habe. Die fortschrittlichen Gruppen der Libanesischen Nationalen Bewegung seien eher als Hilfstruppen, denn als wirklicher Verbündete behandelt worden. „*Seien wir offen: Wir hätten diese letzten 15 Jahre niemals überleben können, wenn wir nicht einen Staat im Staat, zuerst in Jordanien, dann im Libanon geschaffen hätten. Die palästinensische Revolution braucht ein Hanoi, ein Heiligtum, das kein arabisches Land uns geben will oder geben kann... Es ist zu Ende, wir haben nicht mehr die Möglichkeiten, eine dritte Republik im Exil zu gründen, außer durch Umwälzungen in der arabischen Welt.*"

Der Generalsekretär der Palästinensischen Kommunistischen Partei in den besetzten Gebieten, Berghuti, erklärte: „*Die arabischen Völker haben ihre Solidarität mit der palästinensischen Bewegung während des Libanonkrieges aus verschiedenen Gründen nicht demonstriert, aber im wesentlichen, weil sie geneigt sind, die PLO mit den Regimes zu identifizieren, die sie unterdrücken.*" „*Unsere erste Zielscheibe muß Jordanien sein, wo die Bedingungen für die Errichtung einer nationalen und demokratischen Regierung günstiger sind als anderswo. Wir haben absolut nicht die Absicht, die Macht in Amman zu übernehmen, aber das haschemitische Königreich — das die größte Konzentration der Palästinenser aufweist — bildet die natürliche und entscheidende Basis unseres Kampfes.*" Aktuell sei es nötig, „*die politischen und technischen Seiten unserer Präsenz in Syrien zu verhandeln*", erklärte Abu Ali Mustapha, stellvertretender Generalsekretär der PFLP (38).

Versuche, die revolutionären Kräfte in den arabischen Ländern und in Palästina zu stärken, sind von den Linken immer wieder unternommen worden(39), während die PLO-Führung erst mit der Teilstaatlösung 1974 die arabische Bevölkerung in den besetzten Gebieten gewinnen wollte und erst im Gefolge der Auseinandersetzungen zwischen der palästinensischen Bevölkerung in Galiläa (Nordisrael) und der israelischen Armee zum „Tag des Bodens" 1976 deren Wichtigkeit für einen gemeinsamen Kampf erkannt hat.

Entscheidend jedoch für das Scheitern all diese Versuche war die militärische Überlegenheit des israelischen Staates von seiner Gründung an: er hatte die Macht, sein Expansionsstreben zunächst mit Rückendeckung Großbritanniens und Frankreichs, nach dem Juni-Krieg 1967 verstärkt mit den USA durchzusetzen. Diese Überlegenheit (ein militärischer Sieg über Israel, dessen Vernichtung zwar immer im Munde geführt wurde, war nicht möglich) und die Angst der nationalen arabischen Regimes um das eigene

Übersicht über die verschiedenen Pläne zur Lösung der Palästinafrage

Vorschläge bezüglich	Reagan-Plan (1.9.82)	Reagan-Briefe (Aug.82)	Fez-Plan (Sept. 82)	Breschnew-Plan (korr. Sep. 82)	Arbeiter-Partei	Begin-Plan (Dez. 77)
Grenzen	Verhandlungsgegenstand	Verhandlungsgegenstand, Siedlungen dürfen keine exterritorialen Außenposten sein	Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten	Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten	Rückzug mit einem Sicherheitsgürtel entlang des Jordan	Bleibende militärische Besetzung
Siedlungen	Einfrieren während der Verhandl.	Einfrieren aber kein Abbau während der Verhandlungen, verhandlungsfähig	Abbau aller seit 1967 errichteten Siedlungen		Einfrieren, einige abbauen	Siedlungen bleiben, Israel behält Siedlungsrecht
Rechte der Palästinenser	Legitme Rechte und gerechte Forderungen	Autorität über sich selbst, das Land und die Ressourcen	Selbstbestimmung, unveräußerliche nationale Rechte unter Führung der PLO, Wiedergutmachung	Rückkehr oder Wiedergutmachung		
Palästinens. Staat	Kein Staat, Autonomie in Verbindung mit Jordanien	Kein Staat, Autonomie in Verbindung mit Jord., endgültiger Staatus verhandlungsfähig	Unabhängiger Staat, Garantie durch UNO	Unabhängiger Staat	Demilitarisierte arabische Provinz Jordaniens, kein Staat	Administrative Autonomie, kein Staat
PLO	keine Aussage	Anerkennung, wenn die PLO Israels Existenz und die UN-Resolutionen 242 und 338 anerkennt	einzig legitime Vertretung		keine Anerkennung	keine Anerkennung
Jerusalem	ungeteilt, endgültiger Status verhandlungsfähig	Einwohner Ost-Jerusalems wählen die pal. Autorität mit	Ost-Jerusalem(1) Hauptstadt des pal. Staates	Ost-Jerusalem Teil des Staates	Ewige Hauptstadt von Israel, ungeteilt	Souveränität über alle besetzten Gebiete bleibt, Hauptstadt von Israel
Sicherheit	Anerkennung des Rechtes Israels auf sichere Zukunft		UN-Sicherheitsgarantie: Frieden für alle Staaten der Region	Recht aller Staaten auf Sicherheit	Sicherheitsgürtel aus Siedlungen	Militär. Kontroll durch die israel. Armee

(1) nach "The Middel East", Oct. 82, in anderen Quellen „Jerusalem"

Nahost

Überleben, führte dazu, daß sie der sich nach 1967 entwickelnden palästinensischen Widerstandsbewegung und den Guerilla-Organisationen sehr schnell ihre Unterstützung entzogen und sie wiedeholt blutig niederschlugen. Der israelische Ministerpräsident Begin erklärte einmal zynisch, daß die arabischen Regimes mehr Palästinenser getötet hätten als die Israelis.

Gleichzeitig versuchten diese Regimes aber auch, die PLO, die gerade wegen der Fedayin-Aktionen großes Ansehen in der arabischen Bevölkerung besaß, in die nach dem Juni-Krieg 1967 angestrebte politische Lösung einzubeziehen. Nasser spielte dabei mit der Annahme des Rogers-Planes, der Anerkennung der UN-Resolution 242 und dem Verbot der Fedayin-Aktionen von Ägypten aus eine Vorreiterrolle. Das September-Massaker in Jordanien 1970 folgte. Syrien und Irak intervenierten auf Druck der USA und Israels nicht auf Seiten der Palästinenser.

Während des Oktoberkrieges 1973, in dem die ägyptische Armee zunächst erfolgreich war, letztlich aber durch den von den USA vermittelten Waffenstillstand gerettet wurde (41), setzten die arabischen Ölstaaten unter Führung von Saudi-Arabien die „Ölwaffe" ein. Saudi-Arabien wurde der größte Geldgeber der PLO; saudischer Druck und das Einschwenken Jordaniens, Syriens und Ägyptens auf die amerikanische Lösung führten dazu, daß die gemäßigten Teile der PLO, hauptsächlich repräsentiert von Al-Fatah, aber auch die DF und die von Syrien abhängige As-Saika, auf die „friedliche Lösung" setzten.

Dieser Schwenk in der Politik der PLO-Mehrheit führte auf dem 12. Palästinensischen Nationalrat im Juni 1974 zur Annahme des 10-Punkte-Programms, in dem das Einverständnis ausgedrückt wird, die Souveränität über einen T e i l Palästinas zu errichten. Um eine Spaltung der PLO zu verhindern, den Weg für die Teilnahme an der politischen Lösung aber offen zu halten, wurde die Unterscheidung in taktische Ziele (Souveränität über einen Teil Palästinas) und strategische Ziele (Befreiung ganz Palästinas, Zerstörung des zionistischen Staates und Errichtung eines demokratischen, säkularen Staates, in dem Christen, Juden und Moslems zusammenleben, verankert in der Nationacharta und früheren Nationalratsbeschlüssen) von der PLO-Führung um Arafat eingeführt. Diese Beschlüsse wurden von den späteren Organisationen der palästinensischen Ablehnungsfront mitgetragen (42). Als sich aber abzeichnete, daß die Mehrheit der PLO-Führung diese nur als Voraussetzung für die Teilnahme an der politischen Lösung ansah, erklärte die PFLP ihren Austritt aus dem Exekutiv-Komitee und aus dem Zentralrat der PLO. Begründet wurde das nicht mit der Ablehnung eines möglichen Teilstaates, sondern vor allem damit, daß dieser Teilstaat mit den Feinden der palästinensischen Revolution (Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion) erreicht werden solle und daß dieser Weg dem Imperialismus (Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion) erreicht werden solle und daß dieser Weg dem Imperialismus in der Region zur Vorherrschaft verhelfe (43). Die Entwicklung hat diese Einschätzung bestätigt.

Die PLO erhielt dafür zwar auf dem arabischen Gipfel von Rabat das Prädikat „*einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes*" zu sein; die Schwächung der PLO wurde allerdings von den arabischen Regimes weiter konsequent fortgesetzt. Höhepunkt war der libanesische Bürgerkrieg 1975/76, in dem durch die syrische Intervention (44) die militärischen Kräfte der PLO entscheidend geschwächt wurden. Im Gegensatz zur wachsenden internationalen Anerkennung wurden die politischen Einfluß möglichkeiten der PLO in den arabischen Staaten geringer. Die Intervention Saudi-Arabiens verhinderte schließlich die völlige Aufreibung der palästinensischen Kräfte durch die syrische Armee.

Das syrische Regime versuchte seine Stärkeposition auszunutzen und die PLO völlig unter syrischen Einfluß zu stellen (45). In dieser Situation wendete sich die Al-Fatah-Führung verstärkt dem saudischen Regime zu, um unabhängiger von Syrien zu werden, den Einfluß Saudi-Arabiens in den USA für eine Verstärkung der eigenen Verhandlungsposition zu nutzen und um Geld zu erhalten. Im Januar 1977 reiste eine Al-Fatah-Delegation unter Abu Iyad nach Saudi-Arabien. Das saudische Regime versprach sich von einer Unterstützung der Al-Fatah die Zurückdrängung des syrischen Einflusses in der PLO, die Verhinderung von engen Bindungen an die Sowjetunion, sowie die Neutralisierung der radikalen Kräfte in der PLO. Schließlich sollte die PLO in den politischen Prozeß und in den Dialog mit den USA einbezogen werden.

Vor dem 13. Palästinensischen Nationalrat stand die PLO-Führung unter dem Druck verschiedener arabischer Regimes, gegenüber denen sie doch durch geschicktes Taktieren und Ausnutzen der innerarabischen Differenzen ihre „Unabhängigkeit" wahren wollte. Drei Jahre lang hatte die PLO-Führung um Arafat aus Sorge, der Einfluß der Linken könnte zu stark werden, den Nationalrat nicht einberufen. Jetzt geschah es auf Druck der arabischen Regimes, die „gemäßigte Resolutionen" und Bindungen zwischen der PLO und Jordanien sehen wollten. Ägypten und Saudi-Arabien drängten auf die Bildung einer Exilregierung. Wieder wurde von den linken palästinensischen Organisationen nicht ein möglicher Teilstaat, sondern die Teilnahme an einer Neuauflage der Genfer Konferenz und die geforderte Annäherung an Jordanien kritisiert (47). Die israelische Invasion in den Libanon und die militärische Niderlage der PLO schwächte deren Einfluß ein weiteres Mal.

Zu erwähnen wäre, daß während dieser Zeit der Einfluß Libyens und Iraks, die zeitweise die linken Organisationen unterstützten (finanziell, aber eben vor allem auch nur verbalradikal) ganz erheblich geschwächt wurde (48). Irak, im Krieg gegen Iran auf Unterstützung Saudi-Arabiens angewiesen, hat seine Zustimmung zur politischen Lösung gegeben (49). Ghaddafi überschlägt sich geradezu mit verbalradikalen und unsinnigen Äußerungen (50).

Die Positionen der Linken

Im Vorfeld der Tagung des palästinensischen Nationalrates hatte der Führer der prosowjetisch orientierten DF, Hawatmeh, den reaktionären arabischen Regimes stillschweigende Komplizenschaft mit den Zionisten und den USA vorgeworfen. Die Interessen der reaktionären arabischen Staaten bei der Invasion der israelischen Armee seien gewesen:

— das Widerstandsnest Beirut zu beruhigen, in dem ihre eigene Opposition sitzt;
— Syrien als am wenigsten kompromißbereitem Regime eine Niederlage beizubringen;
— die PLO zu schwächen, damit sie sich unter Obhut der „gemäßigten" arabischen Regimes begibt und sich, wenn nötig, von ihrem linken Flügel trennt;
— die Palästinenser dahin zu bringen, auf einen eigenen Staat, der demokratisch und radikal wäre, zu verzichten (51).

Habasch, der Führer der PFLP, bezeichnete als Ziele seiner Organisation für den Nationalrat:

— Kampf gegen alle amerikanischen Ausrichtungen;
— Konsolidierung der Einheit der Palästinenser;
— Fortsetzung des bewaffneten Kampfes, besonders in den besetzten Gebieten;
— Widerstand gegen alle Konföderationspläne mit Jordanien;
— enge Zusammenarbeit mit Syrien
— Widerstand gegen alle Konföderationspläne mit Jordanien;
— enge Zusammenarbeit mit Syrien
und den libanesischen Volkskräften;
— Zusammenarbeit mit allen Befreiungsbewegungen und mit der Sowjetunion;
—Ablehnung des arabischen Friedensplanes von Fez, besonders des Punktes sieben, der eine Anerkennung Israels beinhalte.

Habasch betonte aber, daß von der Tagung des Nationalrates nicht zuviel erwartet werden dürfe. Die Volksfront werde zufrieden sein, wenn es zu einer klaren Ablehnung des Reagan-Planes durch die gesamte PLO käme und eine gemeinsame politische Linie für alle Palästinenser festgelegt würde (52).

Im Januar trafen sich fünf palästinensische Organisationen in Tripoli (Libyen), um — gegen die diplomatischen Schritte Arafats — noch einmal ihre Ablehnung des Reagan-und des Fez-Planes zu bekunden. Die Ablehnung des Fez-Planes wurde vor allem mit der Sorge begründet, dieser arabische Plan solle zu nichts anderem dienen, als eine Brücke zum Reagan-Plan zu schlagen und Israel einseitig anzuerkennen. Von Arafat kam der Vorwurf, diese Organisationen seien Vertreter gewisser arabischer Regimes, „*statt bei diesen die Interpreten des palästinensischen Willens zu sein*" (54).

Habasch und Hawatmeh lehnten denn auch den Reagan-Plan kategorisch ab und warnten vor jedem Versuch, die PLO ihrer „Repräsentativität" zu berauben und die nationalen Forderungen der Palästinenser auf ein Nichts zu reduzieren. Habasch erklärte: „*Auf den verabscheuungswürdigen Plan, der ohne Umschweife Nein zur PLO und Nein zum palästinensischen Staat sagt, antworten wir Nein zu Reagan und Nein zu Amerika. Die Amerikaner wollen nicht mit uns verhandeln. Das ist doch genau das, was sie in Wirklichkeit während des Libanonkrieges gemacht haben. Sie wollen jetzt, daß wir anderen arabischen Staaten die Freiheit lassen, am Prozeß teilzunehmen*" (gemeint ist die Rolle, die der Reagan-Plan Jordanien zuteilt). Sowohl Hawatmeh als auch Habasch betonten die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes und einer Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu Syrien, das das „*Hinterland der palästinensischen Revolution*" bilde. Es komme auf die Errichtung von Beziehungen auf gleichberechtigter Ebene an, die die Besonderheit Syriens und der PLO berücksichtigen (55). Die Kritik von Habasch am arabischen Fez-Plan bezog sich auf den gefährlichen Widerspruch zwischen arabischer Theorie und Praxis, auf die Gefahr, daß aus dem Fez-Plan der Reagan-Plan gemacht werden könnte und auf die implizite Anerkennung Israels (56).

Diesen Argumenten konnten die gemäßigten PLO-Führer wenig entgegensetzen. Arafat erklärte denn auch zu seinen Kontakten mit Hussein, daß die Pläne für eine Konföderation mit Jordanien Ausdruck seines eigenen Glaubens an die arabische Einheit und keinesfalls der Ausverkauf der palästinensischen Interessen seien (57).

Nahost-Kommission



„Unser Kampf geht weiter, so lange, bis die Fahne Palästinias über Jerusalem flattern wird." PLO-Chef Jassir Arafat auf dem Palästinenser-Kongreß in Algier.

Anmerkungen

1. Der 15. Palästinensische Nationalrat hatte im April 1981 die Breschnew-Initiative begrüßt und damit indirekt die Existenz Israels anerkannt. Alle sowjetischen Initiativen haben bisher auf der Grundlage der Anerkennung Israels in den Grenzen von 1948 stattgefunden; entsprechend wurde immer nur der Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten gefordert. Die Breschnew-Initiative fordert denn auch: Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten von 1967, einen palästinensischen Staat (in den besetzten Gebieten) und die Sicherheit aller Staaten in der Region.
2. „taz", 24.2.83
3. „Neue Zürcher Zeitung" — „NZZ", 25.2.83
4. „Le Monde" — „LM", 24.2.83
5. In den Beschlüssen früherer Nationalratstagungen wurden immer nur Kontakte mit erklärten „nichtzionistischen" Kräften in Israel gebilligt, wobei allerdings die Einschätzung der (moskautreuen) KP Israels (RAKACK) schon ein Streitpunkt war. Die RAKACH erkennt zwar den bestehenden Staat Israel an, wendet sich aber konsequent gegen jede weitere Expansion und gegen die Diskriminierung der Araber.
6. „LM", 23.2.83
7. Das Assad-Regime ist in der Vergangenheit der Errichtung eines Groß-Syriens (unter Einbeziehung Libanons und Palästinas) nicht abgeneigt gewesen. Die Intervention in den Libanon 1976 hatte ihren Grund auch in diesem machtpolitischen Anspruch. Der (inzwischen ermordete) Chef der syrischen Palästinenser-Organisation As-Saika, Zuhair Mohsen, hat diese — besonders für den palästinensischen Nationalismus der Fatah äußerst provokativen — Ziele nach dem Einmarsch der syrischen Truppen in den Libanon offensiver innerhalb der PLO vertreten als das syrische Regime selbst.
8. „LM", 22.2.83
9. Zusammensetzung des 16. Palästinensischen Nationalrates: 315 Anwesende (122 Delegierte aus den besetzten Gebieten konnten nicht teilnehmen), davon 94 als Repräsentanten der Befreiungsorganisationen (Fatah schen Nationalrates: 315 Anwesende (122 Delegierte aus den besetzten Gebieten konnten nicht teilnehmen), davon 94 als Repräsentanten der Befreiungsorganisationen (Fatah 33, PFLP 12), 51 als Delegierte der Verbände und Gewerkschaften, traditionell Fatah-treu, 62 aus Jordanien, Libanon, Syrien, Irak, 21 aus den Golfstaaten, 75 „unabhängige Persönlichkeiten", ohne Verbindung zu den Militanten, 13 Repräsentanten der Intelligenz und 20 Notable, die aus den besetzten Gebieten ausgewiesen wurden (nach „LM", 15.2.83). Vielleicht sollte man diese Zusammensetzung mal bedenken, wenn man von den Siegen Arafats jubelt (und über die Schwäche der Linken triumphiert).
9a. „The Middle East" — „TME", Okt. 1982, „Palästina-Bulletin" — „PE", 7/1982
9b. Die PLO hat wiederholt Angebote gemacht, die Resolution 242 anzuerkennen, wenn der Passus über die Flüchtlinge geändert wird. Dabei hat sie sich immer berufen können auf die UN-Resolution 3236, die im Anschluß an die Palästina-Debatte der Generalversammlung 1974 gefaßt worden ist (Arafat hatte damals vor der UNO seine berühmte Rede gehalten). Darin heißt es: „Die Generalversammlung ... b e s t ä t i g t noch einmal die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, darunter a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen, b) das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Sbuveränität ...".
10. Der — von den Israelis abgesetzte — Bürgermeister von Gaza, Shawa, und der Bürgermeister von Bethlehem, Freij, haben wiederholt ihre Bereitschaft betont, an Verhandlungen in einer jordanischen Delegation teilzunehmen. Die USA konnten Anfang September 1982 sogar einen Briefwechsel zwischen Freij und Reagan zu dieser Frage veröffentlichen. Darin hatte Freij versprochen, die Friedensinitiative Reagans zu unterstützen („NZZ", 8.9.82).
11. Avnery im Interview mit der „taz", 25.1.83: „Wir haben Arafat erklärt, daß eine einseitige Anerkennung Israels durch die PLO der Friedensbewegung in Israel äußerst behilflich sein wird und unserer Ansicht nach für die PLO vorteilhaft ist".
12. Sartawi führt schon seit 1974/75 Kontakte mit der amerikanischen Regierung und europäischen Regierungen. Das tut er allerdings immer als „Einzelperson" — alle seine Schritte wurden anschließend immer für nicht abgesprochen mit der PLO-Führung erklärt. Offensichtlich war er aber immer von der „Einzelperson" Arafat dazu beauftragt gewesen. Besonders originell kommentierte der Bonner PLO-Vertreter Frangi den Auszug Sartawis aus dem Palästinensischen Parlament: Wenigstens sei Sartawi diesmal nicht als Verräter beschimpft worden; dies interpretierte er als gutes Zeichen für die Reife des Parlamentes.
13. „taz", 22.2.83
14. „Süddeutsche Zeitung" - „SZ", 22.2.83
15. „LM", 3.11.81
16. „Frankfurter Rundschau" — „FR", 27.11.82
17. „TME", Januar 1982
18. Interview mit Khaled al-Hassan in „Revues d'Etudes Palestiennes", Nr. 6, zit. nach „PB", 6/7, 1983
19. „TME", Oktober 1982. Wen das erstaunt, der sei daran erinnert, daß Arafat sich just in dem Augenblick im ägyptischen Parlament aufhielt, als Sadat seinen Jerusalem-Besuch und seine große Friedensinitiative ankündigte. Gestritten wurde damals darüber, ob er klatschte oder nicht.
20. Dies wird auch in anderen Quellen bestätigt, z. B. von dem für die amerikanischen Kontakte „Verantwortlichen", Sartawi.
21. „taz", 21.2.83
22. Die palästinensischen Befreiungsorganisationen sind zum einen aus der „Bewegung der Arabischen Nationalisten" (die linken Organisationen wie PFLP (Habasch) und DF (Hawatmeh) zum Beispiel) entstanden. Unabhängig davon entwickelte sich al-Fatah, die den Palästinensischen Nationalismus bis heute repräsentiert. Al-Fatah zielte auf Unabhängigkeit von den arabischen Staaten. Ihre Entstehung muß im Zusammenhang mit der hängig davon entwickelte sich al-Fatah, die den Palästinensischen Nationalismus bis heute repräsentiert. Al-Fatah zielte auf Unabhängigkeit von den arabischen Staaten. Ihre Entstehung muß im Zusammenhang mit der Entstehung einer neuen Art palästinensischer Bourgeoisie gesehen werden, die sich vor allem in den Golfstaaten bildete. Ihre Führer hatten immer gute Verbindungen zu den herrschenden Schichten dieser Länder. Al-Fatah beherrschte praktisch seit 1968/69 die PLO, gewann ihre Stärke aus den Fedayin-Aktionen nach 1967, als im Juni-Krieg der Arabische Nationalismus, repräsentiert durch Nasser, seine schwere Niederlage erlitt. Nach der Niederlage der Fedayin in Jordanien, der Akzeptierung des Rogers-Planes durch Ägypten (Anerkennung der UN-Resolution 242 u. a.) und nach dem Oktober-Krieg 1973 setzte die Hauptströmung in Fatah zusammen mit den arabischen Regimes auf die Verhandlungslösung.
23. Vergl. Anm. 18, Forts. in „PB, 8/82
24. „NZZ", „LM", 30./31.1.83
25. „SZ", 4.12.82
26. „NZZ", 6./7.2.83
27. „NZZ", 30./31.1.83
28. „FR", 15.9.82
29. der außenpolitische Berater Arafats, Shaath, „LM", 8.12.82
30. „LM", 21.12.82
31. „LM", 13.1.83
32. „LM", 23.12.82
33. „SZ", 7.12.82
34. „SZ", 14.2.82
35. „LM", 24.2.83
36. „LM", 19.11.82. Es gibt jedoch auch eine Reihe kritischer Stimmen, selbst unter gemäßigten Kräften. So äußerte sich Benviniste, ehemaliger stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem und Arbeiterpartei-Mitglied: Es sei vergeblich zu glauben, wie Reagan, daß es genüge, keine neuen Siedlungen mehr zu schaffen, um die Integrität Westjordaniens zu erhalten. Die Ausweitung und Entwicklung der 100 schon bestehenden Siedlungen würde bei weitem ausreichen, um dieses Gebiet schon vor Ende der Übergangszeit von 5 Jahren zu „judaisieren" („LM", 18.11.82).
37. 1950 an Jordanien ohne die Billigung arabischer Staaten angegliedert.
38. „LM" 19.11.82
39. Es gab verschiedene Versuche der Linken, die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte in den besetzten Gebieten und in den arabischen Ländern zu stärken. DF und KP gründeten z. B. 1973 in den besetzten Gebieten die Palästinensische Nationale Front, die die Arbeit der Widerstandsgruppen koordinieren sollte. Die PFLP gründete die Sozialistische Arabische Arbeitspartei, mit Zweigen in Libanon, Irak, Syrien und Jordanien als illegale marxistisch-leninistische Partei im Untergrund.
40. Nasser nahm 1970 den Rogers-Plan an, das bedeutete u. a. die Annahme der UN-Resolution 242. Der Rogers-Plan führte zu einem Waffenstillstand zwischen Ägypten und Israel.
41. Vergl. AK 223
42. Die Organisationen der Ablehnungsfront waren: PFLP, Irak-treue ALF, PFLP-GC (Jibril), Palästinensische Volkskampffront (PSF).
43. vergl. die Presserklärung der PFLP anläßlich ihres Austritts aus dem Exekutiv-Komitee im Oktober 1974, „die internationale", 9/74
44. Die Arabische Abschreckungstruppe bestand hauptsächlich aus syrischen Truppen; sie intervenierte auf einen Beschluß der Arabischen Gipfelkonferenz hin und wurde vor allem von Saudi-Arabien finanziert.
45. Syrien versuchte, die Führungsspitze um Arafat zu stürzen, und nahm massiv Einfluß auf die Zusammensetzung des Palästinensischen Nationalrates, der um etwa 100 Personen erweitert wurde. Syrien konnte sich jedoch mit seinen inhaltlichen Vorstellungen nicht durchsetzen.
46. Ägypten, das schon seit 1972 auf die Bildung einer Exilregierung drang, setzte die Vollmitgliedschaft der PLO bei der Arabischen Liga durch und drängte mit der fadenscheinigen Begründung auf formale Bindun- 46. Ägypten, das schon seit 1972 auf die Bildung einer Exilregierung drang, setzte die Vollmitgliedschaft der PLO bei der Arabischen Liga durch und drängte mit der fadenscheinigen Begründung auf formale Bindun- gen zwischen der PLO und Jordanien, diese sollten die Blockierung der Genfer Konferenz durch Israel verhindern.
47. Die Widersprüche zwischen As-Saika, die auf Seiten Syriens im libanesischen Bürgerkrieg gegen die fortschrittlichen Kräfte gekämpft hatte, und der PLO-Mehrheit wurden noch vor dem 13. Palästinensischen Nationalrat im März 1977 beigelegt. Zwischen der Ablehnungsfront und der PLO-Führung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Trotzdem wurde in der politischen Resolution festgehalten, einen S t a a t auf einem Teil Palästinas zu gründen. Die Resolutionen machten Zugeständnisse an die Ablehnungsfront; die Nationalcharta, die die strategischen Ziele der Palästinensischen Befreiungsorganisation angibt, wurde nicht verändert, trotz des Drängens der arabischen Regimes. Arafat erhielt Verhandlungsspielraum, die Teilnahme an der Genfer Konferenz wurde nicht ausdrücklich abgelehnt. (Vergl. Israel Altmann, The Palestine Liberation Organization, in Colin Legum: Middle East Contemporary Survey 1976/77).
48. Libyen geriet zunehmend unter Druck der USA und der arabischen Regimes, besonders Ägyptens (wiederholte Kriegsdrohungen); Irak war bis 1978, als es auf die politische Lösung einschwenkte und seine Bindungen mit Saudi- Arabien erstärkte, im arabischen Lager vollständig isoliert.
49. Vergl. Interview mit dem irakischen Außenminister Tarik Aziz in „LM", 8.1.83.
50. Ghaddafi rief z. B. auf der außerordentlichen Sitzung des Kongresses des Arabischen Volkes zum Sturz der arabischen Regimes auf, die die Völker unterdrücken; ausgenommen sei neben Syrien und Südjemen natürlich Libyen, „das keine Oppositionellen hat, weil die Macht dem Volk gehört, und das in Fez fehlte!" („LM", 15.2.83).
51. „LM", 17.11.82
52. „NZZ", 6./7.2.83
53. PFLP, PFLP-GC, As-Saika, PSF und DF, Syrien und Libyen versuchten, Einfluß zu nehmen.
54. „LM", 23.2.83
55. „LM", 19.2.83
56. „taz", 21.2.83
57. „SZ", 16.2.83

Der politische Ökonom — Die Kriegsfinanzierung — Der internationale Währungsfond

J. M. Keynes repräsentiert wie wenige andere den politischen Ökonomen der Bourgeoisie. Vielfach hat er als Wirtschaftsberater und an verantwortlicher Stelle für die britische Regierung gearbeitet, und konnte so seine Wirtschaftstheorie wie kein anderer umsetzen, oder durch seinen Einblick Zusammenhänge erkennen. Die Erziehung in Eton und auf der Universität Cambridge garantierten seine klassenmäßige Einstellung auf seiten des „gebildeten Bürgertums", wenn er auch von einigen Konservativen wegen seiner eigenartigen (weil für sie neuen) Ansichten insgeheim als rotes Schaf angesehen wurde.

Vor dem I. Weltkrieg arbeitete er in der ‚königlichen Kommission' für das indische Finanz- und Währungswesen; aus diesen Erfahrungen heraus schrieb er ein Buch („Indian Currency and Finance" — über Jahre hinaus ein Standardwerk für Währungsspekulanten) und war zeit seines Lebens ein erfolgreicher und guter Kunde an der Währungsbörse, wo er mit seinem Wissen durch Spekulationen seinen aufwendigen Lebensstil finanzierte. Während des I. Weltkrieges — von dem Keynes übrigens glaubte, er sei in wenigen Monaten zu Ende, da die beteiligten Länder zu wenig Geld für einen längeren fight hätten — war er verantwortlich für die Finanzen des britischen Reiches und für alle finanziellen Transaktionen und Devisenbeschaffungen. „*In Keynes verband sich der Wagemut eines Einbrechers mit dem Verstand eines erstklassigen Nationalökonomen*" begeisterte sich einer seiner Biographen.

In dieser Funktion schickte ihn die britische Regierung zur Friedenskonferenz nach Paris (Versailles). Dort machte er sich sehr unbeliebt — siehe Abschnitt zu „Versailles". Das britische Empire kündigte ihm, er wurde Professor, schrieb viel, für die Times natürlich und eine Reihe anderer Zeitungen. Aus seiner klassenmäßigen Position machte er keinen großen Umstand. 1925 erklärte er, nach seiner Position zur Labour-Party gefragt, „*Ich lasse mich durch Dinge beeinflussen, die mir gerecht und vernünftig erscheinen; aber ein Klassenkampf wird mich auf der Seite des gebildeten Bürgertums finden*". Ab Mitte der 20er Jahre begann er sich mit dem Problem der Depression und der Wirtschaftskrise intensiver zu befassen, und schrieb 1933 mehrere Artikel in der Times zu den Auswegen aus der Krise. In diesen Artikeln stellte er schon ein ‚Herzstück' seiner späteren „Allgemeinen Theorie" vor: Die Ankurbelung durch eine kleine staatliche Investition, die sich vermehrfacht in erweiterter Beschäftigung und zusätzlichen staatlichen Einnahmen niederschlägt, die wiederum die erste Investition finanzieren — nach einer gewissen zeitlichen Verzögerung.

Zu dieser Zeit (1933 bis 1935) spielte die Frage der Arbeitslosigkeit in der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft keine entscheidende Rolle, obwohl außerhalb der Universitäten der Klassenkampf um die verbliebene Arbeit tobte — ob nun in den USA oder in Europa. 1936 erscheint dann das „revolutionäre Werk der bürgerlichen Ökonomie". Hier ein kleines Charakteristikum am Rande, das ein bezeichnendes Licht auf die bürgerliche Wissenschaft wirft: Eine der zentralen Aussagen der Keyneschen Theorie ist, daß die Menschen bei zunehmendem Einkommen ihren Verbrauch steigern, aber nicht im gleichen Maße wie ihr Einkommen steigt. „*Keynes standen damals wenige oder gar keine statistischen Unterlagen zur Begründung dieses ‚Gesetzes' zur Verfügung. Er vertraute ganz wie seine illustren Vorgänger und Kollegen aus der englischen Nationalökonomie auf seine Selbsterkenntnis und das Wissen um die Welt, in der er lebte*" (1).

In diesen Jahren reiste Keynes viel umher, beriet die beiden US-Präsidenten Hoover und Roosevelt, hielt auch im damaligen deutschen Reich Vorlesungen ab; er veröffentlichte im Vergleich zu anderen englischsprachigen Ökonomen sehr viel in deutschen Fachzeitschriften. Auch aus diesem Grunde wird vielfach angenommen, daß seine Ansichten die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik mit geprägt haben.

Der II. Weltkrieg fand ihn wieder da, wo er auch während des I. Weltkrieges gesessen hatte: in der Verantwortung der Finanzierung des britischen Teils am II. Weltkrieg. Im November 1939 erschienen von ihm drei Artikel in der „Times", die die ökonomischen Organisationsprinzipien beinhalteten, wie der II. Weltkrieg für das Empire zu finanzieren sei (Titel: „How to Pay for the War"). Seine Leistungen für das Empire wurden ihm durch einen Sitz im Court der Bank von England und durch einen Adelstitel gelohnt. Nun, „*seitens des britischen Finanzministeriums wurde der Zweite Weltkrieg mit den Waffen ‚Keynescher Finanzpolitik' und ‚Keynescher Analyse von Gesamtnachfrage und Gesamtangebot' geführt*" (2). Keynes setzte ein Gesetz zum Zwangssparen durch, das den Bürgern einen großen Teil ihres Einkommens entzog, um für die Zeit nach dem Weltkriege Finanzmittel zu haben, um die Beschäftigungslücken, die sich zwangsläufig durch die Aufhebung der Kriegswirtschaft ergeben würden, zu finanzieren.

In den USA war die Keynesche Theorie vor dem II. Weltkrieg offiziell immer abgelehnt worden, nun — während des Krieges — fand sie Anwendung. Zwischen 1939 und 1944, dem Höhepunkt der Kriegsanstrengungen der USA, stieg der Realwert des nationalen Outputs um über 70 % an. 1939 betrug die Gesamtzahl der Militärangehörigen 370.000, auf dem Höhepunkt waren es 11.410.000 Männer und Frauen in Uniform. So war es kein Wunder, daß die Arbeitslosenquote 1943 in den USA bei 1,9 % lag. Während des Krieges zogen viele neue Ökonomen in die Regierungsstellen ein, die Keynes' Ansichten teilten — so wurde ebenfalls die Finanzierung des US-Anteils am II. Weltkrieg nach Keyneschen Prinzipien gesichert. Darüber hinaus hat der II. Weltkrieg „***einen Grundsatz Keynescher Theorie unterstrichen: Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion. (...) Die Periode von 1941 bis 1945 war durch Vollbeschäftigung, geschäftige Fabriken und einen Produktionsanstieg bei nützlichen und nutzlosen Dingen gekennzeichnet. (...) Im II. Weltkrieg waren Panzer, Bomber und Flugzeugträger das Gegenstück zu den Pyramiden Ägyptens, den Kathedralen des Mittelalters und vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld***" (3).

Gleichzeitig verfuhren die kriegsführenden Staaten nach dem keyneschen Prinzip des „defizit spending". Um die öffentlichen Investitionen des Staates finanzieren zu können — in diesem Fall die Rüstungsausgaben — mußten sich die Staaten gegenüber den Banken usw. verschulden. Durch verschwenderische Ausgaben für moderne Kriegsinstrumente erzeugten die britische und die amerikanische Regierung ungeheure Defizite in ihrem Haushalt. 1939 betrug die Staatsschuld der USA 40 Mrd. Dollar, die bis 1945 auf 258 Mrd. Dollar anstieg. Seit 1941 betrugen die Steuereinnahmen der US-Regierung knapp die Hälfte der gesamten Staatsausgaben. Nicht viel anders sah es mit den britischen Finanzen aus. Hier hatten jedoch die USA mit beträchtlichen Mitteln dem Empire unter die Arme gegriffen. Gegen Kriegsende mußten die britischen Finanziers froh sein, daß die USA ihnen ein Darlehen über 3,7 Mrd. Dollar zur Verfügung stellten. Großbritannien brauchte dieses Darlehen, um seine Schuldverpflichtungen gegenüber Ägypten, Indien, Kanada, Südafrika und Australien einzulösen, seine verpfändeten Kolonialvermögen auszulösen. Dieser Bittgang in die USA stellte das neue Kräfteverhältnis dar: Keynes mit dem Hut in der Hand im Weißen Haus!

Ähnlich war das Bild bei den Verhandlungen zur Errichtung des späteren Internationalen Währungsfonds. Keynes schlug die Errichtung einer Clearing Union vor, einer Art internatonalen Bank zur Angleichung der zwischenstaatlichen Handelsdefizite. Neben vielen anderen Details gab es einen wichtigen Konfliktpunkt zwischen den US- und den britischen Vorstellungen: Nach dem Keynes-Plan sollte Handelsnationen mit großen Defiziten im Außenhandel (sie exportierten wesentlich weniger, als sie importierten) ein großer Spielraum bei der Kreditaufnahme eingeräumt werden.

Durchaus verständlich aus britischer Sicht, aber keinesfalls aus der US-amerikanischen. Die USA hatten keinerlei Interesse, mit dem Geld, das sie in den Fond einbrachten, die Schulden der anderen Länder — ihre Konkurrenten — großzügig zu finanzieren. Sie wollten vielmehr über einen späteren IWF ihre Vormachtstellung sichern und ausbauen. So wurde auch nicht die künstliche Währungseinheit „bancor", die Keynes als Verrechnungseinheit am Fond vorschlag, angenommen, sondern der Dollar wurde die Währung des Fonds. Gänzlich aufs Kreuz legten die US-Amerikaner Keynes und das Empire, indem sie den Maßstab für die Verfügungsrechte am Fond an das Volkseinkommen und die Größe der Goldeinlagen knüpfte, die die jeweiligen Länder repräsentierten. Keynes hingegen wollte das Außenhandelsvolumen als Richtgröße einführen. Damit wäre Großbritannien ähnlich maßgeblich am Fond beteiligt gewesen wie die USA — so aber fielen Großbritannien nicht einmal die Hälfte der Verfügungsrechte zu, die die USA für sich beanspruchen konnten. Weiterhin setzten die USA durch, daß wesentliche Veränderungen im Fond nur mit einer 80 %-Mehrheit durchsetzbar waren. Die USA verfügten damals über knapp 30 % der Stimmrechte, konnten also alles unliebsame blockieren. Die Zeit des britischen Empires war offensichtlich zu Ende; und so starb Keynes 1946.

Keynes ist tot!

Die politisch-ökonomischen Vorstellungen des britischen bürgerlichen Ökonomen J.M. Keynes beeinflußten über Jahrzehnte hinweg die wirtschaftliche Theorie und Praxis. Die gegenwärtigen grundlegenden Strukturkrisen in den industriellen Metropolen werden heute auf der Grundlage des Monetarismus zu lösen versucht. „Keynes ist tot!" lautet die Parole der bürgerlichen Ökonomen. Andererseits feiert in den sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiterparteien und in den Gewerkschaften neuerlich das keyn'sche Gedankengut seine Widerbelebung.

In den Auseinandersetzungen um Lösungmöglichkeiten für die gegenwärtige Krise bildet die keyn'sche Theorie nach wie vor die bestimmende Grundströmung in der fortschrittlichen und reformistischen Arbeiterbewegung. Mit diesem Referat werden die Grundpositionen der keyn'schen Theorie dargestellt. Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit den historischen Umständen, unter denen diese Theorie entwickelt worden ist. Die keyn'sche Theorie war ein Versuch der bürgerlichen Ökonomie, aus der Weltwirtschaftskrise 1929 zu lernen, neue Ansatzmöglichkeiten für die Lösung solcher Krisen zu finden. Der erste Teil des Aufsatzes „Die Illusionen der keyn'schen Theorie — Keynes ist tot!" ist einmal der Person J.M. Keynes selbst gewidmet, und zeigt zum Zweiten ein grobes Bild der internationalen Wirtschaftskrise 1929. Im zweiten Teil des Aufsatzes — den wir in Arbeiterkampf 232 abdrucken werden — stellen wir das Theoriegebäude des J.M. Keynes dar und setzen uns auf der Grundlage von marxistischen Positionen aus mit deren Widersprüchlichkeiten und Illusionen auseinander.



Schulungskommission,

6. März 1983

Die Illusionen der keyn'schen Theorie

Die Illusionen der keyn'schen Theorie

Die Pariser Friedensverhandlungen — „Versailles"

Keynes politische Handlungen und Ansichten hatten vielfach — im Unterschied und Abgrenzung zu anderen bürgerlichen Ökonomen — einen durchaus rationalen Kern. Bis zu einem gewissen Punkt bedachte er die objektiven Interessen der Bourgeoisie, verkannte aber wesentliche Elemente des Kapitalismus im Zeitalter des Imperialismus. So sah er einerseits richtig, daß die Pariser Verhandlungen und die damit verbundenen Konsequenzen (das Zugrunderichten des deutschen Konkurrenten) für die übrigen Staaten unnütz seien; der Ursprung für diese Politik, die Vernichtung eines Konkurrenten, war für Keynes jedoch verschlossen. Andererseits zeigt die Auseinandersetzung um die Friedensverträge gerade die politische Weitsichtigkeit des Politikers, und deshalb wollen wir diesen Punkt ein wenig näher darstellen.

An den Pariser Friedensverhandlungen nahm Keynes als Beauftragter des Britischen Schatzamtes teil. Er stieg jedoch im Laufe der Verhandlungen aus, da er einsah, daß seine abweichende Meinung keine Aussicht auf Durchsetzung hatte.

Keynes warnte vor einer zu übermäßigen Ausplünderung Deutschlands durch die auferlegten Bedingungen in den Friedensverträgen. Deutschland, Frankreich, Italien usw. bildeten seiner Ansicht nach ein ineinandergewachsenes Europa. Dieses Europa wurde durch den I. Weltkrieg nachhaltig erschüttert. Und „*wenn der europäische Bürgerkrieg damit enden soll, daß Frankreich und Italien ihre augenblicklich siegreiche Macht dazu mißbrauchen, um Deutschland und Österreich-Ungarn, die jetzt am Boden liegen, zu zerstören, fordern sie auch ihren eigenen Untergang heraus ...*" (4).

Keynes sah die Desillusionierung der arbeitenden Klasse nach dem I. Weltkrieg, die Ursachen dafür aber auch in der gesellschaftlichen Realität der Vorkriegszeit. Die Wachstumsphase des Kapitalismus sah er durch die Klassenunterschiede erst ermöglicht.

„*In der Tat ermöglichte gerade die Ungleichheit in der Verteilung des Reichtums jene ungeheure Anhäufung festen Vermögens und kapitalistischer Anlagen, die jenes Zeitalter von allen anderen unterschiedet*" (5). Der Krieg hatte dieses Herrschaftsverhältnis nochmals klar für jedermann gemacht, und vor allem die „*Möglichkeit des Genusses und vielen die Nutzlosigkeit der Entbehrung gezeigt; der Bluff ist entdeckt. Die arbeitenden Klassen sind vielleicht nicht länger willens, auf soviel zu verzichten, und die kapitalistischen Klassen — die nicht mehr voll Vertrauen in die Zukunft sehen, suchen vielleicht rücksichtsloser ihre Freiheit zu genießen, auszunutzen, so lange sie leben, und beschleunigen so die Stunde ihrer Enteignung*" (6).

Keynes befürchtete zu Recht, wie der weitere Verlauf der Geschichte zeigte, daß Deutschland durch die Bestimmungen der Pariser Friedenskonferenz zum einen nicht in der Lage sein wird den auferlegten Verpflichtungen nachzukommen, zum zweiten innenpolitisch weitgehend destabilisiert werde. „*Wenn wir absichtlich auf den Ruin Mitteleuropas ausgehen, dann wird, das wage ich zu prophezeien, die Vergeltung nicht ausblieben. Nichts kann dann auf längere Zeit den letzten inneren Kampf zwischen den Kräften des Rückschritts und den verzweifelten Zuckungen des Umsturzes aufschieben, vor dem die Schrecken des letzten deutschen Krieges in nichts verschwinden werden ...*" (7).

Seine Forderungen beinhalteten eine totale Revision des Friedensvertrages, Herabsetzung der Reparationszahlungen; die Kriegsschulden sollten untereinander verrechnet werden, und eine internationale Anleihe für den Wiederaufbau Europas aufgelegt werden. Weiterhin war Keynes gegen eine Blockadepolitik der jungen Sowjetunion; durch eine engere Anbindung Deutschlands an die Sowjetunion (Wiedereröffnung des Getreidehandels zwischen der SU und dem Reich) sollten die übrigen Mächte in der Frage der Unterstützung Mitteleuropas entlastet werden. Vielleicht ist ja Keynes der eigentliche Vater der „Osthandelspolitik" der BRD? ...

Im Rahmen dieser Auseinandersetzung um den Pariser Friedensvertrag versicherten sich Lenin und Keynes gegenseitig ihres Respekts voreinander. Auch Lenin war der Meinung, daß dieser Friedensvertrag alles andere als eben ein Friedensvertrag war, lobte Keynes Analyse als „*beweiskräftiger und lehrreicher (...) als jede beliebige Schlußfolgerung eines revolutionären Kommunisten ... Keynes ist zu der Schlußfolgerung gekommen, daß Europa und die ganze Welt durch den Versailler Frieden zum Bankrott getrieben wird*" (Werke, 31, 207 - 208). Gleichzeitig bezeichnete er Keynes als kleinbürgerlichen Pazifisten, da er auf Rationalität und Edelmut der imperialistischen Mächte rechnete. Keyneswiederum bestätigt Lenin in der Richtigkeit seiner Imperialismusanalyse (siehe „Allgemeine Theorie") und der bolschewistischen Einschätzung der Aktualität der Revolution. Denn „*in den späteren Abschnitten des Kireges taten alle kriegsführenden Regierungen aus Not und Unfähigkeit das, was ein Bolschewist hätte absichtlich tun können*". Kriegsgewinnler und Inflation plünderten die arbeitenden Klassen Europas aus. „*Durch Erregung von Haß gegen die Klasse führen daher die europäioschen Regierungen die verhängnisvolle Entwicklung, die Lenins feiner Geist bewußt begriffen hatte, noch einen Schritt weiter*" (8).

Nach dem Erscheinen seines Buches mußte er seinen Hut nehmen, und seine Karriere als Staatsbeamter war erstmal beendet. Außerdem hatte er sich sehr unbeliebt gemacht, da er unter anderem in seinem Buch die maßgeblichen Poliker in ihrer Unfähigkeit als Karrikaturen beschrieb, auf ihren politischen Unzulänglichkeiten — aus der Sicht der Bourgeoisie natürlich — geradezu genüßlich herumritt. Recht eigenartig mutet die Übereinstimmung der Einschätzung Lenins und Keynes' der damaligen Situation an. Beide gingen davon aus, daß „ein Sieg Spartakus ... sicher die Weltrevolution" bedeutete — dieser Satz ist übrigens von Keynes.

Andererseits hatte Keynes wohl Lenins Imperialismus nicht gelesen, denn für Keynes bestand die Perspektive der Industrienationen nicht in einem verstärkten Konkurrenzkampf, sondern in einem arbeitsteiligen, durch den Weltmarkt bestimmten Miteinander. Soweit erstmal bis zum Jahre 1921.

Die keyn'sche Theorie ist ein Kind ihrer Zeit — der Weltwirtschaftskrise. Wir können hier keine erschöpfende Darstellung oder Analyse dieser Krise geben, wollen aber ein grobes Bild der damaligen Situation zeichnen (9). Zur Vergegenwärtigung der Situation in Deutschland sei noch einmal auf den Artikel „Die große Weltwirtschaftskrise — Vorgeschichte und Folgen" im AK 229 (S. 22) hingewiesen.

Dem Krisenausbruch Ende der 20er Jahre war eine für die einzelnen Industrienationen unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung vorausgegangen. Bereits seit 1921 herrschte in Großbritannien eine schwere Depression. Die Arbeitslosigkeit betrug dort 1921 17%, sank bis 1927 auf 9,7% und stieg bis 1932 wieder auf 22%. In Deutschland herrschte von 1923 bis 1928 eine relative Stabilisierung, während in den USA die gesamten 20er Jahre über eine fast ungebrochene Prosperität herrschte. „The golden age of business" nannten sie diese Zeit. Ein Bericht des ‚Commitee on Recent Economic Changes' prophezeite noch sechs Monate vor dem berüchtigten „schwarzen Freitag" 1929: *„Wir haben ein unbegrenztes wirtschaftliches Feld vor uns, neue Bedürfnisse werden geweckt, die mit der gleichen Schnelligkeit, mit der sie befriedigt werden, unaufhörlich neue Bedürfnisse erzeugen ... Wir stehen offenbar erst am Anfang unserer Möglichkeiten".*

Wenige Monate später begann die einschneidenste Depression, die der Kapitalismus bis dahin erlebt hatte. Ihren Abschluß fand diese Depression erst durch die Aufnahme intensiver Rüstungsproduktion in den betroffenen Ländern — eine ‚Selbststabilisierung', wie sie bisher auch nach größeren Krisen eingetreten war, führte nicht wieder zu einer neuen Blüte des Kapitalismus. Der allgemeine Glaube, die Weltwirtschaftskrise sei irgendwann zwischen 1932 und 1933 vorbeigewesen, geht an den Tatsachen vorbei. Die nachstehende Tabelle über die Arbeitslosigkeit in den USA und Großbritannien zeigen, daß bis 1939 in den beiden Ländern zweistellige Arbeitslosenquoten bestanden. Welchen Anteil die Auswirkungen des Versailler Vertrages hatten und damit eine nachträgliche Bekräftigung der Keyne'schen Thesen eintrat ist an dieser Stelle nicht zu klären.

In Deutschland hatte nach der Machtübernahme durch den Hitlerfaschismus die ‚Zwangsbewirtschaftung der Ware Arbeitskraft' begonnen, die schon 1936 zur abweichenden Abnahme der Arbeitslosenquoten führte (im Vergleich zu den USA und GB).

Die Ereignisse, die im Herbst 1929 begannen, lassen sich am besten durch einige Zahlen illustrieren.

— Das Volkseinkommen sank in den USA zwischen 1929 und 1933 um 57,7%; in Deutschland nahm es zwischen 1929 und 1932 um etwa 40% ab, in England fiel es ‚nur' um 15%.

— Die Industrieproduktion in den USA betrug 1932 54% der von 1929; die Eisenproduktion ging im gleichen Zeitraum von 55,7 auf 13,7 Mill. Tonnen, die Kohleproduktion von 552 auf
USA betrug 1932 54% der von 1929; die Eisenproduktion ging im gleichen Zeitraum von 55,7 auf 13,7 Mill. Tonnen, die Kohleproduktion von 552 auf
326 Mill. Tonnen zurück.

— Das Bauvolumen schrumpfte um 82,3%, die Bauindustrie kam somit nahezu gänzlich zum Erliegen.

— In Deutschland betrug der Bruttowert der gesamten Industrieproduktion 1929 84,3 Mrd. Reichsmark, 1932 betrug er 38 Mrd. Reichsmark.

— Die Produktionsgütererzeugung ging insgesamt zwischen 1929 und 1932 um knapp 50% zurück, die Investitionsgütererzeugung um über 60%.

— Die Roheisenproduktion sank um nicht weniger als 76%, die Stahlerzeugung um 65% und der Schiffbau kam mit einem Rückgang von 97% so gut wie zum Erliegen.

Entwicklung der langfristigen Arbeitslosigkeit in Mio. (Quote)

	Großbritannien 1)		USA 2)		Deutschland 3)	
1922	1,543	(15,2)				(1,5)
1923	1,275	(11,6)				(9,6)
1924	1,130	(10,9)				(13,5)
1925	1,226	(11,2)				(6,7)
1926	1,385	(12,7)				(18,0)
1927	1,088	(10,6)				(8,8)
1928	1,217	(11,2)			0,8	(8,4)
1929	1,216	(11,0)	1,550	(3,2)	1,9	(13,1)
1930	1,917	(14,6)	4,340	(8,7)	3,0	(15,3)
1931	2,630	(21,5)	8,020	(15,9)	4,5	(23,3)
1932	2,745	(22,5)	12,06	(23,9)	5,6	(30,1)
1933	2,521	(21,3)	12,830	(24,9)	6,1	(26,3)
1934	2,159	(17,7)	11,340	(21,7)	3,8	(14,9)
1935	2,036	(16,4)	10,610	(20,1)	2,4	(11,6)
1936	1,755	(14,3)	9,030	(16,9)	1,9	(8,3)
1937	1,484	(11,3)	7,700	(14,3)		(4,6)
1938	1,891	(13,3)	10,390	(19,0)		(2,1)
1939	1,514	(11,7)	9,480	(17,2)		
1940	0,963	(6,0)	8,120	(14,6)		
1941	0,350	(2,2)	5,560	(9,9)		
1942	0,123	(0,8)	2,660	(4,7)		
1943	0,082	(0,6)	1,070	(1,9)		

Die Weltwirtschaftskrise und ihre Konsequenzen

Der Zusammenbruch der Produktion in der Schwerindustrie nahm besonders spektakuläre Züge an. In sechs führenden Industriestaaten war die Roheisenproduktion im März 1932 insgesamt um 64% gegenüber dem Stand von 1929 gesunken. Das Volkseinkommen verminderte sich in einer Reihe von Ländern fast um die Hälfte. Im gleichen Zeitraum war der internationale Handel auf unter 40% seines Wertes von 1929 und auf 74% seines Gesamtvolumens zusammengeschrumpft.

An der Krise war neben der Heftigkeit und Hartnäckigkeit besonders bemerkenswert, daß sie sich überall ausbreitete. Ein amerikanischer Nationalökonom schrieb, daß *„die schwerwiegenden Auswirkungen der zweiten Nachkriegsdepression und die Schwierigkeiten, ihrer Herr zu werden, wesentlich auf ihrem weltweiten Charakter beruhten. Außer Sowjetrußland blieb kein Staat von ihr verschont. Die Industriezentren stöhnten in gleicher Weise wie die Kolonialgebiete unter ihrer Last".*

Im Gegensatz zu allen früheren Krisen standen nicht nur die mittleren und kleinen Betriebe vor dem Bankrott, sondern auch ein erheblicher Teil der großen Konzerne. Betroffen war vor allem die Grundstoff- und Schwerindustrie, jene Branchen also, in denen die Zentralisation und Konzentration des Kapitals bereits ein maximales Niveau erreicht hatten. In Deutschland mußten der Flick-Konzern, der Wintershall-Konzern, der Stinnes-Konzern, die Danat-Bank, die Dresdner Bank, die Disconto-Gesellschaft und die Commerzbank schwere Einbußen hinnehmen. In den USA verschwanden 10.000 Banken von der Bildfläche. **Der in früheren Krisen wirksame Mechanismus der weiteren Zentralisation des Kapitals und der Entwertung, durch den die Profitrate und Profitmasse und damit die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals wieder gesteigert werden konnte, war weitgehend außer Kraft gesetzt. So blieb der ‚spontane' Anstieg der Profite, der in den früheren Krisen die Erholung eingeleitet hatte, aus.**

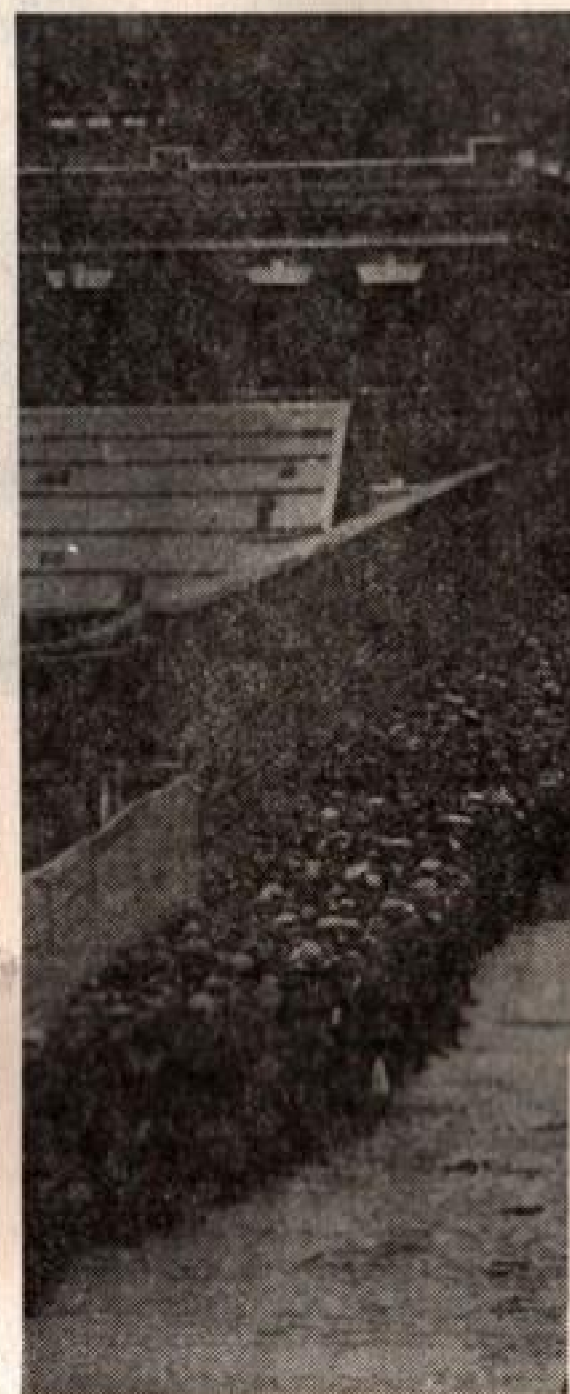
Der hohe Grad der Monopolisierung in vielen Zweigen der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie wirkte sich insofern krisenverschärfend aus, als die Preise hier in weit unterdurchschnittlichem Maße sanken und die Anpassung an die schrumpfenden Märkte über eine Verringerung der Produktionsmenge angestrebt wurde (beachte hier die Parallele zur gegenwärtigen Krise: Kahlschlagsanierung bei gleichbleibendem Preisniveau).

Preisbildung im Monopolkapitalismus

In den USA sprach ein Bericht (‚Final Report and Recommandations for the Temporary National Economic Com-
In den USA sprach ein Bericht (‚Final Report and Recommandations for the Temporary National Economic Com-
mitee') davon, daß *„Monopolkonzerne und herrschende Industriegruppen die Produktion in vielen unserer Grundindustrien erheblich einschränkten, um die Preise zu halten und sich die Gewinne zu sichern"* (Aus dem Jahre 1929).In diesen Zahlen und Berichten findet die leninsche Theorie zur Monopolbildung und zur Untergrabung der Gesetze des Kapitalismus einen Beweis.

Ein für das gleiche Komitee verfaßter Bericht vermerkte, *„daß in vielen Bereichen, in denen die Preise während der Rezession der Jahre 1929 bis 1933 beträchtlich fielen, der Produktionsrückgang geringer war, während umgekehrt die Produktion dort stark gedrosselt wurde, wo die Preise auf ihrem bisherigen Stand verharrten."* Aus einem Bericht des Völkerbundes von 1933 geht hervor, daß zwischen 1929 und 1933 die Preise bei frei gehandelten Gütern von der Indexziffer 100 im Jahre 1926 auf 45,7 fielen, bei den von Kartellen kontrollierten Waren dagegen nur auf 83,5. Anders ausgedrückt, betrugen die Preissenkungen bei den Kartellerzeugnissen nur etwa ein Drittel der Preissenkungen der in der freien Konkurrenz gehandelten Güter.

Diese Sanierungsstrategie des Kapitals verstärkte natürlich sowohl die Arbeitslosigkeit als auch — wegen der relativ gestiegenen Wiederbeschaffungs- und Rohstoffkosten — den Rückgang des Kapitalbestandes. Die Monopolisierung der Investitionsgüterindustrie und die dadurch bedingte Aufrechterhaltung der Preise in der Krise bedeutete für das Kapital, daß weite Bereiche der Industrie eher stillgelegt, als mit neuem Maschinenpark weitergeführt wurden.




Arbeitslosigkeit und Klassenkampf von unten und oben

Arbeitslosigkeit und Klassenkampf von unten und oben

Die Auswirkung dieser ökonomischen Krise auf die Arbeiterklasse war ungeheuerlich. Nach Schätzungen des Gouverneurs von Pennsylvania (USA) waren in Philadelphia im Sommer 1932 rund 250.000 Menschen dem Verhungern nahe. Von 800.000 untersuchten Schulkindern waren 216.000 stark unterernährt.

Die Verhältnisse in Philadelphia waren die Verhältnisse in Amerika schlechthin. Die Arbeitslosigkeit und der niedrige Lebensstandard trieben die Krankheitsrate hinauf. Aus den Wohnungen geworfene Arbeitslose bauten sich am Rande der Städte sogenannte „Hoover-Dörfer" aus Kisten, Blech und den Abfällen der Schuttabladeplätze. In den Kohlerevieren von Ohio, Pennsylvania, West-Virginia und Illinois lebten tausende von Bergarbeiterfamilien unter den denkbar elendsten Bedingungen in improvisierten Zeltlagern. In Chikago propagierte man die Möglichkeit einer wohlausgewogenen Kost für täglich 9 Cent pro Person. Der vor dem direkten Verhungern schützende letzte Mindestsatz betrug zu jener Zeit pro Person täglich 22 Cent — er konnte aber nirgends gezahlt werden.

Die sich zwischen 1929 und 1933 dauernd vertiefende Krise der USA, der stetige Rückgang der Produktion, das damit verbundene Fallen der Einkommen und Löhne, und die dauernd wachsende Arbeitslosigkeit erzeugten zugleich eine politische Krise, die nur durch eine schroffe Wendung der Sozialpolitik und bewußte Eingriffe in den ökonomischen Mechanismus überbrückt werden konnte. Freiwillig und unfreiwillig mußte, wie allen anderen gesellschaftlichen Problemen gegenüber auch, grundsätzlich neu verfahren werden. Ende 1932 mehrten sich in den USA die Befürchtungen und Prophezeiungen der Politiker und Ökonomen, daß — wenn nicht bald eine zufriedenstellende Lösung der Arbeitslosenfrage gefunden werden würde — große soziale Erschütterungen, Rebellionen und Aufstände der Hungernden unausbleiblich sein würden. Der Radikalisierungsprozeß der arbeitenden Massen machte große Fortschritte, Hungermärsche, Demonstrationen, spontane Arbeitslosenaktionen, sogar Plünderungen mehrten sich.

Arbeitslosenorganisationen entstanden spontan oder wurden durch die existierenden politischen Organisationen gebildet. Die Unruhe der Arbeitslosen erhielt große Wucht und Gefährlichkeit, da sie in einer Atmosphäre allgemeiner Unsicherheit und sozialer Erregung wirkte. An sich selbst war die Arbeitslosenbewegung in den USA zu schwach, um nicht mit den alltäglichen Mitteln niedergehalten werden zu können, aber in Verbindung mit der gesamtgesellschaftlichen Krisenstimmung bildete sie — nach Einschätzung von Paul Mattick — den Kern eventueller revolutionärer Bewegungen.

Die 20er und 30er Jahre sind in den USA eine Zeit äußerster und militanter Klassenkämpfe, die sich durch die Krise weiter steigerten (10). In den USA, wo bis 1929 nur ein verschwindend geringer Bruchteil der Arbeiterklasse gewerkschaftlich organisiert war, führte
USA eine Zeit äußerster und militanter Klassenkämpfe, die sich durch die Krise weiter steigerten (10). In den USA, wo bis 1929 nur ein verschwindend geringer Bruchteil der Arbeiterklasse gewerkschaftlich organisiert war, führte
die Krise zu einem gewaltigen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung, den die Unternehmer durch den Einsatz bewaffneter Privatarmeen zu bekämpfen suchten. Die von Unternehmen angestellten Privatsöldner (sog. ‚Pinkertons') erschossen Streikposten, verprügelten und erschlugen Gewerkschaftsfunktionäre und verwüsteten die Gewerkschaftsbüros. Führende usamerikanische Unternehmen, wie die Republic Steel, die US Steel Corporation, Carnegie's, Bethlehem Steel und die Goodyear Tyre Company gaben große Summen für Waffenkäufe aus und gingen dazu über, bewaffnete Wachmannschaften aufzustellen, die sie gegen streikende Arbeitnehmer und Gewerkschaftsfunktionäre einsetzen.

Diese ‚Industriewaffen' umfaßten nicht nur Revolver, Armeeflinten, abgesägte Schnellfeuergewehre, sondern auch armeegerechte Maschinengewehre und gewaltige Mengen an Gaspistolen und Gasgranaten, die nur dazu geeignet waren, Offensivmaßnahmen militärischen Charakters gegen große Menschenversammlungen zu ergreifen. Große Industriekonzerne kauften das Mehrfache des Tränengases, was die *„Polizeiabteilungen einiger unserer größten Städte benötigten"*, beschrieb eine staatliche Untersuchungskommission. *„Es fällt nicht leicht, zwischen den faschistischen Methoden und der ‚normalen' Arbeitspolitik der mächtigen kapitalistischen Konzerne einen Trennstrich zu ziehen"* schrieb der Sozialist M. Dobb. In der Konsequenz für die Arbeiterklasse ist die spätere Politik der deutschen Faschisten natürlich nicht mit der Situation der Arbeiter in den USA oder GB zu vergleichen; das militante Ausmaß des Klassenkampfes von oben während der großen Krise war bezeichnend für alle Metropolen.

Ergebnisse der Krise

Die Weltwirtschaftskrise war keine Krise wie jede andere, sondern von einer Bedeutung, die die weitere Politik der Bourgeoisie entscheidend bestimmte. Sie führte zu wichtigen strukturellen Veränderungen des kapitalistischen Systems und vor allem zu einer entscheidenden Wandlung der Rolle der staatlichen Finanzpolitik.

Wie konnte es weitergehen? Die Löhne zu senken war nur noch in sehr engen Grenzen möglich. In Deutschland waren die Löhne in der Krise 1923/24 allgemein auf ein Niveau gesunken, das kaum noch dem Existenzminimum entsprach. Aus dem Interesse der Industrie heraus betrachtet fielen die Reallöhne nicht schnell genug, hier konnten nur staatliche Notverordnungen helfen. Erst 1932 unter Papen wurde das Tarifvertragssystem abgeschafft, die Forderung der Industrie erfüllt. In England bestand trotz der Niederlage der Arbeiterbewegung im Generalstreik Mitte der 20er Jahre eine starke Arbeiterbewegung, die ein abgrundtiefes Senken der Reallöhne zu verhindern wußte. Und in den USA waren die Löhne allgemein beim Hungerniveau angelangt.

Neu in der Politik des Kapitals war die Rolle des Staates. Auch die liberalen Theoretiker mußten einsehen, daß kein anderer Ausweg blieb als massive staatliche Interventionen, und Hilfen für Industrie- und Finanzkapital. Die ‚Subventionswirtschaft' war keine Ausnahmesituation mehr, sondern erwies sich in den folgenden Jahren als eine Dauererscheinung. Angefangen von staatlichen Maßnahmen in den USA zur Unterstützung der Arbeitslosen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, bis hin zur letzten großen ABM-Maschine, dem 2. Weltkrieg. Die Gegentendenzen gegen den Fall der Profitrate waren nicht ausgeprägt genug, den sich beschleunigenden Schrumpfungsprozeß in der Industrie aufzuhalten. Ein dauernder Stagnationszustand und Massenarbeitslosigkeit plus brachliegende Kapazitäten waren das Ergebnis. Eine ‚Widerbelebung' der privaten Investitionen konnte nur noch von der staatlichen Geld- und Finanzpolitik, von Staatsaufträgen, öffentlichen Investitionen und Subventionen erwartet werden. Für die Finanzierung blieb kein anderer Weg als die Staatsverschuldung, da die Steuereinnahmen dem allgemeinen wirtschaftlichen Rückgang entsprechend geschrumpft waren und eine Finanzierung der staatlichen Aufträge und Subventionen aus Steuern ohnehin ökonomisch wirkungslos geblieben wäre: Sie hätten nur eine andere Verteilung der vom Staat ausgeübten Nachfrage bedeutet; die Funktion der Staatsausgaben mußte es aber sein, einen Nettozuwachs an Nachfrage zuschaffen.

In den USA wurde die Notenpresse in Gang gesetzt, was heißt, der Staat druckte einfach Banknoten — ohne die traditionelle Deckung durch staatliche Rücklagen zu gewähren. In Deutschland wurde eine fiktive „Metallurgische Forschungsgemeinschaft" (MeFo)
in Gang gesetzt, was heißt, der Staat druckte einfach Banknoten — ohne die traditionelle Deckung durch staatliche Rücklagen zu gewähren. In Deutschland wurde eine fiktive „Metallurgische Forschungsgemeinschaft" (MeFo)
gegründet, auf deren Namen die Wechsel ausgestellt wurden, die zur Finanzierung der Aufrüstung verwendet wurden. Die Defizitfinanzierung erreichte in den folgenden Jahren beträchtliche Ausmaße, so hatten die USA 1936 ein Haushaltsdefizit, daß 50% der Bundesausgaben entsprach. In Deutschland war die Gesamtsumme der von der Regierung ausgegebenen MeFo-Wechsel auf über 40 Milliarden angestiegen. Während in Deutschland die Ankurbelung über Rüstungsaufträge stattfand, die zur raschen Reduzierung der Arbeitslosigkeit führten, ging der Aufschwung in den USA nur sehr langsam vor sich. Die Roosevelt'schen Hilfsprogramme (New Deal) für die Landwirtschaft und für die Arbeitslosen und die zivilen öffentlichen Arbeiten führten zwar zu einer gewissen Belebung der Konsumgüterindustie und des Bausektors, ließen aber die entscheidenden Branchen der Investitionsgüterindustrie unberührt. Der Erfolg trat erst zu Beginn des II. Weltkrieges ein, als die Rüstungsausgaben sprunghaft angestiegen waren.



In der nächsten Ausgaben werden wir die politisch-ökonomische Theorie J.M. Keynes darstellen und analysieren.

Alternative Liste/Westberlin wahrt Autonomie gegenüber den Grünen

Acht Stunden tagte am 19.2. die Vollversammlung der AL Westberlin. Auf der Tagesordnung stand die Neuwahl eines Geschäftsführenden Ausschusses, die Klärung des Verhältnisses AL-Grüne und die Gewaltdebatte, mit der sich die AL seit dem Besuch des US-Präsidenten (11.6.82) bei wachsender allgemeiner Unlust befaßt. Aus Zeitgründen fiel schließlich der Tagesordnungspunkt Gewalt unter den Tisch. Traurig darüber waren wohl die wenigsten, zumal die Diskussion der vorhergehenden Punkte die anwesenden AL'er auf eine harte Belastungsprobe gestellt hatte. Spannend versprach die MVV von Anfang an zu werden, da sich auf ihr eine Kraftprobe mit den Anhängern des kleinen, bedeutungslosen grünen Landesverbands um Ernst Hoplitschek abzeichnete. Während Hoplitschek und Co. aus der AL einen Grünen Landesverband machen wollten, wollten andere zu einer vertraglichen Vereinbarung mit der Grünen Bundespartei, bei Wahrung der Selbständigkeit der AL, kommen.

Das Ergebnis war für die Gruppe um Hoplitschek, wenn man es höflich ausdrücken will, zumindest blamabel. Hoplitschek ist inzwischen aus der AL ausgetreten, ebenso wie Ursula Schaar, die gleichzeitig ihr Mandat im Abgeordnetenhaus niederlegte. Schon zu Beginn der MVV beantragte diese Gruppe, den Tagesordnungspunkt Gewalt vor der Klärung des Verhältnisses AL-Grüne zu behandeln, da für sie die Festlegung der AL auf eine Position der Gewaltfreiheit Vorbedingung für eine irgendwie geartete Vereinbarung mit der Grünen Bundespartei sei. Selbst eine vertragliche Lösung auf der Basis von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung sei für die Grünen nur akzeptabel, wenn die AL die Gewaltfreiheit als eine der vier grünen „Säulen" anerkennt. Dieses Ansinnen wurde von der großen Mehrheit der Mitglieder zurückgewiesen. Eine Koppelung dieser beiden Fragen sollte gerade nicht stattfinden. Immerhin ein Ausdruck dafür, daß die Mehrheit der AL'er nicht bereit ist, mögliche Vorbedingungen der Grünen Bundespartei hinzunehmen - wobei es noch nicht einmal klar ist, daß die Grüne Bundespartei derartige Vorbedingungen überhaupt stellt.

Die Vorgeschichte

Begleitet von Turbulenzen, wie dem Rücktritt des Geschäftsführenden Ausschusses, hatte die MVV vom 4.12.82 einen Beschluß gefaßt, der eine Vertragliche Vereinbarung zwischen AL und Grüner Bundespartei auf der Basis politischer und organisatorischer Unabhängigkeit der AL vorsah. Dessen Vollzug wurde jedoch vom darauffolgenden Delegiertenrat zunächst einmal ausgesetzt. Die Begründung für eine solche Annäherung an die Grüne Partei liest sich in der damals verabschiedeten Präambel des Beschlusses so:

„... Grüne und Alternative sind zwei Strömungen einer politischen Bewegung, zwischen denen zahlreiche Berührungspunkte und Übereinstimmungen existieren, und die von der Öffentlichkeit stets als eine Einheit begriffen werden. Zwischen Grünen und Alternativen bestehen jedoch noch Differenzen besonders im Bereich der politischen Kultur und des Selbstverständnisses, die es notwendig erscheinen lassen, die AL als selbständige politische Organisation zu erhalten - gerade weil viele Menschen in West-Berlin und der BRD sich zwar auf die Alternativen, nicht aber unmittelbar auf die Grünen beziehen können.

Grüne Bundespartei und AL befinden sich gemeinsam mit anderen Bewegungen in einem „Parteibildungsprozeß", der noch nicht abgeschlossen ist. Die organisatorische und politische Unabhängigkeit der AL kann auch in Zukunft genau diesen Tatbestand symbolisieren und die Absicht zum Ausdruck bringen, sich gegenüber neuen Prozessen offenzuhalten. (...) Unbeschadet noch bestehender Differenzen sind die Grünen der parteipolitische Bezugspunkt im Bundesgebiet für die AL geworden. In einer engeren Zusammenarbeit beider Organisationen sieht die AL die Chancen, den Prozeß der gegenseitigen Annäherung fortzusetzen und zu vertiefen. ..."

Ein weiterer Grund lag sicherlich in der Existenz des winzigen grünen Landesverbandes, der sich dazu noch zu großen Teilen aus AL-Mitgliedern rekrutiert, die formal per Stimmrecht die Berliner Interessen auf den Bundesdelegiertenversammlungen der Grünen vertreten, während die AL mit ihren 2.700 Mitgliedern dort zwar Rede und Antragsrecht hat, aber nicht über das wichtige Stimmrecht verfügt.

Im Januar und Februar 83 schien sich die Zustimmung zu einer vertraglichen Lösung noch zu vergrößern, zumal nun auch die alten Kritiker einer Annäherung an die Bundespartei eine Vertragslösung generell bejahten; nur an zwei Einzelpunkten, der Frage des Stimmrechts und bei den Finanzen, wollten die Änderungen eingebaut haben. Ein breiter Konsens schien möglich. Mit der Einladung zur MVV am 19.2.83 flatterte den Mitgliedern der AL dann aber ein Antrag zweier Mitglieder, Helmut Horst und Ursula Schaar, ins Haus:

„Wir stellen folgenden ebenso klaren wie schlichten Antrag an die MVV der AL:
1. Die AL bejaht die 4 Säulen grüner Politik: ökologisch - sozial - basisdemokratisch - gewaltfrei.
2. Die AL wird Landesverband der Bundespartei DIE GRÜNEN.
Wobei die Zustimmung zu 1. selbstverständlich die Voraussetzung für 2. ist - wenn die Grünen mitspielen sollen.
Die AL am Scheideweg: Beschränkter Berliner Listenverein oder Teil einer Bundespartei - beides gleichzeitig geht nicht mehr!"

Beide hatten vorher die Vertragslösung mitgetragen, waren sogar Mitantragsteller. Daß sie ihren neuen Antrag auch speziell in Verbindung mit einem in die gleiche Richtung gehenden Antrag von Ernst Hoplitschek verstanden wissen wollten, den schon niemand mehr so richtig ernst genommen hatte, läßt vielleicht darauf schließen, auf wen der Sinneswandel zurückzuführen ist. Der nach wie vor von Hoplitschek aufrechterhaltene Verschmelzungsantrag, ebenso wie der Antrag von Horst/Schaar konnten, zumal beide völlig chancenlos waren, wie vorher klar war, nur als Hintertürchen verstanden werden, durch das sich die Antragsteller mit heftigem Gepolter aus der AL verabschieden wollten. Noch am 13.1.83 hatte Hoplitschek seinen Antrag formuliert:

„Die Alternative Liste Berlin wird, im Sinne der Satzung der Bundespartei DIE GRÜNEN, und auf der Basis von deren Bundesprogramm, Landesverband dieser Partei. Die Alternative Liste Berlin führt - neben ihrem bisherigen Namen - den Untertitel: Landesverband DIE GRÜNEN-Berlin.'"

In der Begründung zu diesem Antrag bemängelt Hoplitschek die „Defizite" der AL in bezug auf die grünen „Essentials". Die macht er in der Friedenspolitik, in der ökologischen Politik und nicht zuletzt bei der *„radikalen Position in der Ablehnung der Anwendung von Gewalt"* aus. Von einer Integration der AL in die Grünen versprach er sich einen „Politisierungsprozeß". Einen Monat später scheint er diese Hoffnung völlig aufgegeben zu haben. Bereits am 18.2., also einen Tag vor der entscheidenden AL-MVV, macht Hoplitschek in einem TAZ-Artikel deutlich, wo ihn der Schuh drückt. Während er selbst einen Lernprozeß durchgemacht habe, sei die AL stehengeblieben, erklärt er. In seinem Artikel setzt er klar auf Spaltung. Auf die selbstgestellte Frage „Hat die AL noch eine Zukunft?" gibt er folgende Antwort: *„Wer noch ein positives Verhältnis zur Geschichte und zu einer kritischen Theorie hat, wird diese Frage verneinen müssen. Es gibt zur These, man müsse nur neue Strukturen schaffen, nur eine Alternative: die organisierte Dissoziierung der einzelnen Fraktionen in der AL zu Partei-Initiativen, die auch, je nach langem Atem, auch über die AL laufen kann."*

Für die Folgen eines Machtkampfes in der AL erwartet er, daß *„die jetzt und in der Zukunft sich auf eine klare ökologische Position beziehende Minderheit, die nie eine politische Lobby in der AL besaß, (...) bei einem Machtkampf keine Chance haben (wird)"*. (TAZ, 18.2.) Sein Rezept - ein starker Grüner Landesverband in Konkurrenz zur AL. Alle notwendigen Schritte dazu hatte Hoplitschek bereits zuvor eingeleitet. Einen Tag vor der AL-MVV eröffnete eine neue grüne Geschäftsstelle, stilvoll mit barocker Kammermusik, in einer noblen Villa im Stadtteil Grunewald, praktischerweise gleich bei Ernst um die Ecke. Hoplitschek, der nicht müde wird, gegen die „Basisdiktatur" in der AL zu wettern (*„Guillotine steht immer bereit"*), der behauptet, die Basisdemokratie habe sich in der AL „fast zu einer totalitären Gesinnungseinrichtung" entwickelt, muß sich nun (nicht zum ersten Mal) den Vorwurf gefallen lassen, er habe selbstherrlich gehändelt. Im existierenden Grünen Landesverband haben wohl nicht allzu viele Mitglieder von der Ein-



richtung dieser Geschäftsstelle gewußt, ein Vorstandsmitglied war nicht mal zur Einweihung eingeladen usw. Die Basisdiktatur ist tot, es lebe die Persönlichkeitsdiktatur eines Ernst Hoplitschek. Bereits eine Woche früher, am 14.2., hatte das Geschäftsführende Gremium des Grünen Landesverbandes die Vorverlegung einer Mitgliederversammlung auf den 3.3. und 4.3. beschlossen. Einziger Tagesordnungspunkt: Gründung des bestehenden Landesverbandes „Die Grünen Berlin" als Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Bisher war ein solcher Schritt vom Grünen Landesverband als überflüssig angesehen worden, da die Grünen-Mitglieder in der AL mitarbeiten können und dies auch tun.

Knackpunkt: Ökologie

Aufschlußreich sind die Bruchlinien, an denen entlang Hoplitschek seinen Abgang aus der AL begründete, wobei ihm seine isolierte Position in der AL sehr wohl bewußt war. Nachdem er in der TAZ vom 18.2. die zunehmende Heterogenität der AL beklagt, führt er weiter aus:

„Die heute zu Fraktionen gewordenen Strömungen haben keine Differenzen in marginalen Fragen, sondern in Fragen, die nicht nur im Zentrum heutiger, sondern zukünftiger Lösungsstrategien stehen. Es sind unüberbrückbare ideologische Differenzen, die - sieht man sich in der sonstigen Parteienlandschaft um -, in verschiedenen Parteien aufgehoben sind, da sich Doppel- und Mehrfachidentitäten ausschließen.
Die Akzentuierung auf eine Emanzipationspädagogik gegenüber der „Arbeiterklasse" in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist unvereinbar - und geht an die Identität - mit der These, daß die Zukunftsfragen primär mit der Öko-Schiene verschränkt sind.
Zugespitzt: Letztere Position bezieht ihr politisches Handeln von der Katastrophe des sterbenden Waldes und nicht von der Forderung, daß „mittlere Einkommen" bei der 35-Stunden-Woche einen vollen Lohnausgleich bekommen sollen."

Auch auf der MVV macht Hoplitschek die angeblichen Defizite der AL auf dem Gebiet der Ökologie zum Hauptknackpunkt, verbunden mit einer Polemik gegen die „Traditionssozialisten". Er fordert provokatorisch, diese sollten in Westberlin, aber auch b u n d e s w e i t die AL bzw. die Grüne Partei verlassen, um ihren eigenen Laden aufzumachen (*„ihr Zielsystem "Sozialismus" offen benennen"*), damit der verbleibende Rest die Partei auf den rechten Pfad der reinen Öko-Lehre zurückführen könne. Mehrere Redner wiesen im Verlauf der MVV darauf hin, daß die AL im Bereich des Umweltschutzes und der Ökologie sehr wohl tätig geworden ist, daß der Begriff in seiner religiösen Verbrämung von Hoplitschek nur als Kampfformel gegen Strömungen in der grün-alternativen Bewegung verwendet wird, die auch soziale Forderungen programmatisch betont haben wollen. In diesem Zusammenhang wurde auch mehrfach Bahros Position kritisiert, die sich bei Hoplitschek ansatzweise wiederfindet.

Knackpunkt: Gewaltfrage

Die Gewaltfrage wurde bei der Kandidatenbefragung zur GA-Wahl von interessierter (flaschengrüner) Seite ebenfalls zur Gretchenfrage hochstilisiert. Einzelne Kandidaten, die sich bei ihrer Vorstellung bewußt nicht „distanzieren" mochten, wurden besonders zu Stellungnahmen aufgefordert. In der AL scheint sich indes immer stärker die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß sich auf die „Gewaltfrage" keine simplen und immergültigen Antworten finden lassen. Die Hektik, die an der Gewaltfrage innerhalb der AL ausgebrochen war, nachdem die etablierten Parteien und die Westberliner Medien nach den Krawallen anläßlich des Reagan-Besuchs massiv die Distanzierung der AL von den Vorfällen gefordert hatten, ist vorbei und hat einer nüchternen Betrachtung des Problems Platz gemacht.

Bei der Wahl des GA war die Stellung der einzelnen zur „Gewaltfrage" offensichtlich für die AL-Mitglieder kein entscheidendes Kriterium. Für Hoplitschek und Ursula Schaar ein nicht akzeptabler Vorgang. Wohlwissend hatte Ernst in der TAZ vom Vortag geschrieben: *„Unüberbrückbare Positionen gibt es ebenfalls in der Frage, ob eine auf Gewalt fußende politische Strategie aufrechterhalten werden soll"*. Wenngleich auch niemand in der AL eine auf Gewalt fußende Strategie verfolgt und der gute Ernst auch hier wieder haarscharf an den Tatsachen vorbeischliddert, war die Soll-Bruchlinie Gewalt erst einmal markiert. Verlangt war die absolute Distanzierung, die aber in der AL nicht zu haben ist, wie er selbst genau wußte. Daß hinterher so getan wurde, als hätte die Debatte auf der MVV erst das Faß zum Überlaufen gebracht, ist einfach verlogen. Der Eklat auf der MVV war bewußt geplant und wurde ebenso bewußt durchgeführt. Daß dieser Schritt in Wahlkampfzeiten den Grünen im Bundesgebiet nicht gerade förderlich war, ist zu vermuten.

Hoplitschek ausgezählt

Während Einzelne in der Debatte betonten, daß sie nicht in der gleichen Partei wie Bahro Mitglied sein wollten, und daher die Überführung in einen Grünen Landesverband ebenso ablehnten wie die Vertragslösung, ging die Mehrheitsstimmung in die Richtung, daß die Einflußnahme der AL auf die Grünen im Zuge einer Vertragslösung bei Erhaltung der Selbständigkeit verstärkt werden soll — nicht zuletzt auch um Bahro'sche Positionen zurückzudrängen. Angesichts der rund 90 Delegierten, die die AL zu Bundesdelegiertenversammlungen der Grünen schicken könnte, wenn der Vertrag dem AL-Beschluß entsprechend zustande käme, keine ganz unberechtigte Hoffnung. Hoplitschek will genau das verhindern, da er davon ausgeht, daß die Grünen sich speziell auf die von ihm als radikalisierte Mittelschichten bezeichnete Bevölkerungsgruppe beziehen sollen, wodurch deutlich wird, warum er der „Öko-Schiene" Vorrang vor einer „Wirtschafts- und Sozialpolitischen Akzentuierung" geben möchte. Hoplitschek, der den Sozialstaat früher bereits als „olle Kamelle" bezeichnet hatte, befürchtet, daß eine stärkere Thematisierung fortschrittlicher wirtschafts- und sozialpolitischer Inhalte gerade die von ihm bevorzugten Schichten abschrecken würde. Natürlich müßte die AL sich auch von der Szene abnabeln und die „Gewaltfrage" eindeutig im Sinne der Gewaltfreiheit klären. In diesem Sinne, frei vom Geruch der Szene und auch frei von sozialistischen Gedanken, könnte dann seiner Meinung nach ein festes Wählerpotential aufgebaut werden.

Die Abstimmungsniederlage konnte für die Gruppe um Hoplischek nicht größer ausfallen. Für den Horst/Schaar-Antrag votierten immerhin noch etwa 20 - 30 Anwesende, Ernst Hoplitschek mußte sich mit einem einstelligen Ergebnis bescheiden. Er hatte die Versammlung zu diesem Zeitpunkt bereits verlassen. Danach wurde das alte Vertragsmodell durch die MVV bestätigt, nachdem ein Antrag abgelehnt wurde, der alles so belassen sollte, wie es ist, und der von den Antragstellern damit begründet worden war, daß eine „Vertragslösung zwischen AL und Grünen durch den Antrag Horst/Schaar gegenstandslos geworden" sei. Nun wird sich eine Verhandlungskommission mit der Grünen Bundespartei in Verbindung setzen müssen, um einen Vertrag auf Grundlage des Beschlusses auszuhandeln.

Bleibt noch die Frage, ob die Grünen mitspielen, oder ob Ernst Hoplitschek sich vor seinem provokatorischen Schritt noch genügnend Rückendeckung bei Teilen der Bundesgrünen hat holen können, um wenigstens eine weitere Existens seines Spalterverbandes zu erreichen. Einer der Gründe für eine Vertragslösung mit den Grünen war aus Sicht der AL gerade die als unnötig angesehene Existens eines Grünen Landesverbandes in Miniaturform. Die AL will daher in einem Vertrag auch festschreiben lassen, daß ein Grüner Landesverband in Westberlin als überflüssig angesehen wird (§1).

Fazit

Ernst Hoplitschek wird nun darangehen, den Grünen Landesverband in Westberlin zu reaktivieren, um endlich auch in Westberlin „ökologische Politik" nach seiner Vorstellung zur Geltung zu bringen, wie immer er das auch anstellen will, und was immer auch seine speziellen Vorstellungen davon sind. Es wird sicherlich nicht an Versuchen seinersets mangeln, die vertragliche Vereinbarung zwischen AL und Grüner Partei zu hintertreiben, weil nicht schwer zu erkennen ist, daß nach einem Vertragsabschluß erst recht kein Platz mehr für seinen grünen Miniverein sein wird, weil diesem neben der inhaltlichen dann auch noch die formale Legitimation fehlen würde.

Die Zukunftsaussichten von Ernst's Partei die Grünen Berlin werden nicht unwesentlich auch davon abhängen, ob diejenigen AL-er, die noch Mitglied im Grünen Landesverband sind und dort wahrscheinlich zahlenmäßig über die Mehrheit verfügen, sich zu gemeinsamen Handeln zusammenfinden. Nicht von ungefähr enthält der neue Satzungsentwurf für Ernst' Partei im § 2 ein Verbot der Doppelmitgliedschaft. Ernst möchte sich die grüne Suppe doch nicht von einigen AL-ern versalzen lassen.

Zum Schluß bleibt anzumerken, daß mit den von Hoplitschek u.a. in Westberlin gegebenen Begründungen heute j e d e r Landesverband der Grünen gespalten werden könnte, da sich die gleichen Bruchlinien die in der AL vorhanden sind, in allen grünen Landesverbänden wiederfinden; nur die Kräfteverhältnisse zwischen den Flügeln dürften unterschiedlich sein. Darüber, ob Hoplitscheks Vorstoß in Westberlin ein Alleingang war, oder ob sich in der Tendenz ähnliche bald in anderen grünen Landesverbänden abspielen könnte, läßt sich heute nur spekulieren. Daß der Bruch in Westberlin knallhart und unter Bruch aller demokratischen Prinzipien durchgeführt wurde, sollte die Linken in den Grünen zur rechtzeitigen Aufmekrsamkeit mahnen.

ko., Westberlin

Die Wörter...

"Im Hause des Henkers soll man nicht vom Strick reden; sonst hat man Ressentiment "

(Theodor W. Adorno)

Antwort auf den Diskussionsbeitrag „Völkermord und Endlösung"
(AK 230, S. 30 von J., Hamburg)

Wenn die Frage aufgeworfen wird, ob es heute Leute gibt, die mit Nazigrößen vergleichbar wären, denken deutsche Rechte spontan an Breschnew, deutsche Linke zwanghaft an Begin. Gilt für viele h i e r dieses Kapitel e i g e n e r Geschichte als abgeschlossen („Wir wußten von nichts", „Wir konnten nicht anders", „Wir haben damit nichts (mehr) zu tun"), soll die NS-Politik ausgerechnet d o r t weiterleben.

Der Libanon-Krieg dieses Sommers, das entsetzliche Massaker in Sabra und Chatila, sie haben der unerläßlichen Solidarität mit dem Leid und dem Kampf des palästinensischen Volkes Töne beigemischt, die verletzend für die Einen, bedenklich für die Anderen sind. J.s. Beitrag im letzten „Arbeiterkampf" knüpft an diese Diskussion wieder an, die deutsche Geschichte und Konflikt um Palästina vermischt. *„Es geht um unterschiedliche Ansichten über den Charakter der Politik der israelischen Regierung gegen die Palästinenser"*, meint J. in seinen einleitenden Sätzen. Ich nehme an, es geht um zweierlei: sowohl um „unterschiedliche Ansichten über den Charakter der Politik der israelischen Regierung gegen die Palästinenser" als auch um „unterschiedliche Ansichten" über den Charakter der Politik des NS-Regimes gegen die Juden. So oder so: selber schreibt J. hauptsächlich über die NS-Zeit, d.h. sein Anliegen ist es, die nationalsozialistische „Endlösung der Judenfrage" so darzustellen, daß ein Vergleich mit der (aktuellen) israelischen Politik plausibel wirkt.

Die Debatte begann mit einer Überschrift im AK 225 *(„Die Endlösung der Palästinenserfrage")*, gegen die sich drei Leserbriefe (AK 227 und 228 von den Autoren K.-P.L. und St. St.) wandten. In diesen Kritiken, schreibt J., werde *„angegriffen ..., daß ‚die im weltweiten Vergleich doch nicht einmalige Politik der herrschenden Zionisten in Palästina (...) als einzige gerade von der sozialistischen Linken immer wieder mit der NS-Politik auf eine Stufe gestellt wird'. Dies wird im weiteren als Indiz bzw. gar Beweis für Antisemitismus in der westdeutschen Linken gewertet"*. Der Behauptung, daß dem so ist (als einzige werde gerade immer wieder von der Linken Israels Politik mit der NS-Politik verglichen), widerspricht J. gar nicht; er wendet sich umgekehrt dagegen, daß dies von den Leserbriefschreibern „a n g e g r i f f e n" wird. Hinter dieser Kritik vermutet J. den Vorwurf eines „Antisemitismus", der aber gar nicht erhoben worden ist. J. verrät uns allerdings nicht, warum er diese Vermutung hegt.

Über die Banalität der Endlösung

Im Verlauf seines Artikels jongliert J. mit verschiedenen Definitionsversuchen für den Begriff Endlösung:

— Zunächst unterstellt J., der Streit hätte sich *„sachlich"* schon an einer älteren AK-Überschrift *(„Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser")* entzünden müssen, was nur so zu verstehen ist, daß für J. von der Sache her „Vernichtungskrieg" und „Endlösung" im Großen und Ganzen das Gleiche beschreiben.

— Dann führt J. die Nazis selber als Zeugen an. Sie hätten unter Endlösung keineswegs nur das verstanden, was schließlich in Auschwitz schreckliche Wirklichkeit wurde, sondern die verschiedensten Sachverhalte damit bezeichnet: Vertreibung, Dezimierung, vollständige Ermordung. *„Endlösung' ist der Begriff, den das deutsche NS-Regime seit 1933 für verschiedene Pläne verwandte, die Juden aus Deutschland zu vertreiben, zu dezimieren, und schließlich, nach der berüchtigten Wannseekonferenz Anfang 1942, vollständig zu ermorden"*.

— Bei der Endlösung sei es um Völkermord gegangen.

— Schließlich sei es berechtigt, diesen Begriff zur Charakterisierung der Politik der Begin/Sharon-Regierung gegen die Plästinenser zu gebrauchen, die darin bestehe, daß *„führende Teile dieses Volkes umgebracht werden ... und der Rest in alle Winde verstreut wird"*.

J.s Argumentation zielt insgesamt darauf ab, zu beweisen: **Endlösung = Völkermord**. Völkermorde allerdings, fährt J. fort, sind *„nun keine spezifische Erfindung der Nazis. Es gab vor 1933 Völkermorde"*. Unterschiedlich seien lediglich die *„Formen und Methoden"*, *„unterschiedlich waren auch die Namen"*. Manche nennen es „Bekämpfung des Terrorismus", andere „Verteidigung der Freiheit", und die Nazis *„nannten ihre Völkermord(plän)e ‚Endlösung der Judenfrage' oder ‚Generalplan Ost' "*.

Dann verwendet J. die Definition von Völkermord nach der internationalen Konvention von 1948 (siehe Kasten, AK 230). Nach dieser Definition ist Völkermord *„eine Handlung, die in der Absicht begangen wird, eine (...) Gruppe als solche teilweise oder vollständig zu vernichten"*. Bei der NS-Endlösung, wie J. selber weiß, ging es um die *„vollständige physische Vernichtung einer Minderheit"*. Dies begründet den besonderen Begriff Endlösung.

Als Vergleiche mit der Endlösung der Nazis an den Juden nennt J. die *„Völkermorde (...) an den Völkern Mittel- und Südamerikas, (...) an den indianischen Völkern Nordamerikas"* oder den *„versuchten Völkermord an den Kurden"*. Um bei dem aktuellen Beispiel zu bleiben: In der Tat werden wahllos Angehörige des kurdischen Volkes erschossen, ganze Dörfer vertrieben, Landstriche entvölkert oder umgesiedelt, die kurdische Sprache und Kultur rigoros unterdrückt, schließlich wird den Kurden auch die wirtschaftliche Grundlage zum Leben entzogen. Aber ein Kurde, der z.B. in Ankara lebt, weder kurdisch spricht noch unter Kurden verkehrt, noch sich kurdisch kleidet, keine kurdische Musik hört etc., wird in Theorie und Praxis der türkischen Militärjunta als Türke „akzeptiert". Denn nach der offiziellen Juntasprachregelung gibt es weder die Kurden noch Kurdistan. Ein Jude, eine Jüdin aber, der/die in NS-Deutschland ähnlich gehandelt hätte, war trotzdem noch lange kein/e Deutsche/r — eine wie immer geartete Assimilation (siehe dazu gerade die deutschen Juden) hat sie oder ihn nicht vor Auschwitz gerettet ... Diesen erheblichen Unterschied bagatellisiert J., indem er „verschiedene NS-Pläne von Endlösung" anführt, die die totale Barbarei in Form von Auschwitz nicht enthalten. In J.s Theorie werden Endlösung, Völkermord und Kriegsverbrechen zu austauschbaren Begriffen, die gleiche Geschehen meinen. J. bilanziert „das Gemeinsame von Völkermord(plän)en": *„Sie sind äußerste Konsequenz von Expansion und Krieg"*.

Die Formel:

— Imperialismus bedeutet Expansion,
—Expansionsdrang führt zu Krieg,
— Krieg führt zu Völkermord,

ist gewiß weder falsch noch unsinnig. Sie wird erst unsinnig in dem Moment, wo geglaubt wird, damit sei die g a n z e Wahrheit über NS-Faschismus, Judenverfolgung und Endlösung gesagt bzw. begriffen worden. Warum ist J. nicht selbst darüber gestolpert, daß in seiner Kausalkette — bezogen auf die NS-Judenverfolgung — ein Glied einfach f e h l t: Gegen die Juden wurde kein Krieg geführt. Krieg wurde gegen Polen, Frankreich, die SU, England usw. geführt — aber eben nicht gegen die Juden. Es handelte sich bei ihnen nicht nur um Jahrhunderte alte Nachbarn auch im eigenen Land; es waren Menschen, die weder Land noch sonstwas Besonderes besaßen, was als Motiv, sie vollständig umzubringen, überhaupt in Frage gekommen wäre.

Seiner einfachen mechanischen Logik folgend führt J. die Entscheidung der Nazis zur Endlösung an den Juden auf den Angriff gegen die SU im Juni 1941 zurück: die Endlösung sei auf der Wannseekonferenz Anfang 1942 beschlossen worden und *„stand in engem Zusammenhang mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die SU am 22.6.41"*. Unter diesen Umständen heißt es weiter im Text, *„fielen 'auch die letzten politischen und ideologischen Barrieren' "*. Folgt mensch dieser Logik, die aus der NS-Endlösung an den Juden ein Kriegsverbrechen macht, weil sie eben in Zeiten des Krieges stattfand, bleibt allerdings dennoch die Frage offen: Welches Land wollte man den Juden wegnehmen? Wohin auf Kosten der Juden „expandieren"? Worin besteht der zwingende Zusammenhang zwischen „Imperialismus, Krieg und Expansion" sowie Deportationen und Massenvernichtung?

Man kann schlecht die Wannseekonferenz als Beginn der Endlösung datieren. Im Laufe der sechs Monate vor der Konferenz waren von den Nazis mehr als eine halbe Million Juden getötet worden. Das erste Vernichtungslager in Chelmno „funktionierte" bereits. Das zweite Vernichtungslager in Belzec wurde im Winter 41 eingerichtet; das dritte Lager in Sobibor und das vierte in Treblinka wurden im Mai bzw. Juli 42 fertiggestellt.

Dem eigentlichen Vernichtungsprozeß war zunächst die Phase der Definition (wer ist Jude, was darf ein Jude bzw. was darf er nicht, Enteignung, Arisierung etc. ...), gefolgt von der Phase der Konzentration bzw. Ghettoisierung, vorausgegangen. Etwa im Dezember 1939 wurde mit der Evakuierung nach dem Osten begonnen mit dem Ziel, zunächst Deutschland „judenrein" zu machen. Die ersten Ghettos tauchten in den neu eingegliederten Gebieten während des Winters 1939/40 auf, das erste große Ghetto im April 40 in Lodsch. Im Laufe des folgenden Frühjahrs griff der Prozeß der Ghettobildung allmählich auf das Generalgouvernement über. Das Warschauer Ghetto wurde im Oktober 1940 errichtet.

Auf Juli 41 wird meistens Görings Anweisung an Heydrich datiert, in der er diesen beauftragte, *„eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa vorzubereiten und einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen"* (R. Hilberg, „Die Vernichtung der europäischen Juden", S. 283). Im November 41 fand die erste „Endlösungskonferenz" statt, allerdings war — wie auf dem Nürnberger Prozeß ausgesagt wurde — *„die Massenvernichtung der Juden im März 41 bereits in höheren Parteikreisen allgemein bekannt"* (Hannah Arendt, „Eichmann in Jerusalem", S. 117).

Abgesehen davon, daß seit ihrer Machtübernahme Hitler und zahllose Nazis öffentlich erklärt hatten, sie wollten Deutschland „judenrein" machen und auch alle anderen Länder, die sie erobern würden, von den Juden „säubern", erwähnte Heydrich selber an anderer Stelle (Brief vom 6.11.41 an das Oberkommando der Wehrmacht), er sei bereits *„seit Jahren damit beauftragt, die Endlösung der Judenfrage in Europa vorzubereiten"* (Hannah Arendt, „Eichmann in Jerusalem", S. 116).

Einerseits ist also die NS-Endlösung schon lange vor dem Angriff auf die SU geplant gewesen; **andererseits ist bemerkenswert, daß sie besonders systematisch betrieben wurde, nachdem die Niederlage an der Ostfront absehbar und schließlich auch eingetreten war.**

Es macht wenig Nutzen, mit J. über verschiedene Pläne der NS-Strategen zu debattieren (Madagaskarprojekt, Massensterilisierungen), die allesamt nicht realisiert oder als Stufen auf der Leiter der antisemitischen Eskalation rasch übersprungen wurden. Der sogenannte „Madagaskar-Plan", den J. als Beispiel für eine andere, von den Nazis angeblich erwogene 'Endlösung' anführt, muß auf seine Ernsthaftigkeit hinterfragt werden. Das Gebiet befand sich schließlich in französischem Besitz; vier Millionen Juden mitten im Krieg über den von der englischen Flotte beherrschten Atlantik transportieren zu wollen... — ein kühnes Unternehmen. Mit diesem Plan wollte sich Eichmann vor allem in seinem Prozeß verteidigen. Er hätte „nie was gegen die Juden gehabt", was man daran sehen könne, daß er ihnen sogar „eine Heimat bescheren" wollte.

„Nirgendwo in zivilisierten Ländern ist so wenig Grund zum Patriotismus wie in Deutschland, und nirgendwo wird von den Bürgern weniger Kritik am Patriotismus geübt als hier, wo er das Schlimmste vollbracht hat" (Horkheimer)

Alles in allem leitete die Wannseekonferenz keineswegs etwas völlig Neues ein, sondern ihr Ziel war es, die verschiedenen Maßnahmen zur Endlösung zu koordinieren — wozu es bekanntermaßen eines großen technisch-administrativen Aufwands bedurfte.

Hier bedenke man wiederum die Kriegssituation: die Eisenbahn z.B. stellte das wichtigste Transportmittel für Nachschub, Munition etc. dar. Ungeachtet der Erfordernisse an den Kriegsfronten ist allerdings keine Jüdin und kein Jude am Leben geblieben aufgrund irgendwelcher Engpässe beim Transport... Die Deportationen zu den Vernichtungszentren begannen im Deutschen Reich selber: Das erste Ziel war es, Deutschland „judenrein" zu machen und dann ganz Europa. Als Modell für die anderen Staaten sollte die Vorgehensweise im Deutschen Reich dienen, wo die antijüdische Politik und die Vernichtungsmaschinerie am weitesten entwickelt waren.

Der Krieg ist unbestritten ein „wesentlicher historischer Kontext" für Auschwitz. Es gibt aber keinen Automatismus zwischen beidem, der etwa einer unmittelbaren (imperialistischen) Zweckmäßigkeit entspringen würde: Juden wurden in g a n z Europa ermordet, nicht nur im Osten, und ihre Vernichtung diente nicht der „Lebensraumerweiterung" oder der Gewinnung von „volklosem Raum".

Der Vernichtungsprozeß der Juden brachte dem Monopolkapital bzw. der Großindustrie keine besonderen „Gewinne" ein (siehe Tabelle); man kann sagen, daß mit dem Fortschreiten des Vernichtungsprozesses sich die Gewinne immer weiter verringerten. Das zum einen. Zum anderen war in Deutschland das jüdische Vermögen bereits Jahre vorher im Zuge der Arisierung größtenteils beschlagnahmt worden. In den besetzten polnischen und sowjetischen Gebieten hatten die Opfer ohnehin nie viel besessen; in den anderen Staaten schließlich wurde das hinterlassene Vermögen der Deportierten sowieso von den jeweiligen Kollaborateuren beansprucht. Himmler z.B. machte nie ein Hehl daraus, daß für ihn die Vernichtung der Juden Vorrang selbst gegenüber der Rüstungsproduktion hatte. *„Eine Gefährdung wehrwirtschaftlicher Arbeiten, die als der beliebteste Gegengrund heute in Deutschland angegeben wird, wenn man etwas abweisen will, erkenne ich von vornherein nicht an"* (Himmler, 10.10.41, zit. nach R. Hilberg, s.o., S. 682). Bräutigam (vom Ministerium für die besetzten Ostgebiete) schrieb: *„Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben"* (ebenda).

J. läßt in seinem „Diskussionsbeitrag" einen weiteren zentralen Punkt außer Acht: Er schreibt über das „Gemeinsame" von Völkermord(plän)en, sie seien *„äußerste Konsequenz von Expansion und Krieg und ihr gemeinsames Ziel ist, ein Volk aus der Geschichte verschwinden zu lassen."* Erinnert man sich aber an die Nazi-Terminologie, so ging es dort nicht um die „Ausrottung eines Volkes" oder das „Verschwinden eines Volkes aus der Geschichte", sondern es ging um die Ausrottung einer „m i n d e r w e r t i g e n R a s s e". Nicht selten haben Kriege dazu geführt, daß Völker aus der Geschichte „verschwanden", indem sie ihre politische Souveränität, ihre kulturelle Identität, ihr Territorium, die Grundlage ihres Wirtschaftens usw. an fremde Eindringlinge und Eroberer abgeben mußten. Ein solcher Vorgang ist zwar schlimm genug, er muß aber keineswegs mit der vollständigen physischen Vernichtung aller Angehörigen des untergegangenen Volkes einhergehen. Genau d a r a u f aber zielte die NS-Rassen„theorie" ab mit einer Konsequenz, die anfangs kaum jemand für möglich gehalten hätte, die aber gleichwohl ihre brutale Logik hat. Ob Volk oder nicht — jedes einzelne jüdische Individuum war in dieser Ideologie eine „Gefahr für die Reinheit der arischen Rasse".

Konkretes Verhalten, Gesinnung der Juden waren völlig unerheblich. Sie waren insgesamt als Kollektiv e i n f a c h s o der industriellen Ausmerzung preisgegeben. 1945, als für die Nazis militärisch alles völlig am Ende war, sagte Eichmann noch, *„das Gefühl, fünf Millionen Staatsfeinde getötet zu haben, gewähre ihm eine solche Genugtuung, daß er lachend ins Grab springen würde"* (Aussage von Eichmann im Jerusalem-Prozeß, zit. nach Hilberg, s.o., S. 668).

Hitler selber erklärte am 8.11.42: *„Sie werden sich noch der Reichstagssitzung erinnern, in der ich erklärte: Wenn das Judentum sich etwa einbildet, einen internationalen Weltkrieg zur Ausrottung der europäischen Rasse herbeiführen zu können, dann wird das Ergebnis nicht die Ausrottung der europäischen Rasse, sondern die Ausrottung des Judentums in Europa sein. Man hat mich immer als Propheten ausgelacht. Von denen, die damals lachten, lachen heute Unzählige nicht mehr, und die jetzt noch lachen, werden es vielleicht in einiger Zeit auch nicht mehr tun."* In seinem politischen Testament vom 29.4.45 bekräftigte er das noch zum letzten Mal: *„Es ist unwahr, daß ich oder irgend jemand anderer in Deutschland den Krieg im Jahr 1939 gewollt habe. Er wurde gewollt und angestiftet ausschließlich von jenen internationalen Staatsmännern, die entweder jüdischer Herkunft waren oder für jüdische Interessen arbeiteten (...) Es werden Jahrhunderte vergehen, aber aus den Ruinen unserer Städte und Kunstdenkmäler wird sich der Haß gegen das letzten Endes verantwortliche Volk immer wieder entzünden, dem wir alles zu verdanken haben: dem internationalen Judentum und seinen Helfern! (...) Ich habe weiter keinen darüber im unklaren gelassen, daß diesmal nicht nur Millionen erwachsener Männer den Tod erleiden und nicht*

Fortsetzung nächste Seite

nur Hunderttausende an Frauen und Kindern in den Städten verbrannt und zu Tode bombardiert werden dürften, ohne daß der eigentliche Schuldige, wenn auch durch humanere Mittel, seine Schuld zu büßen hat" (zit. nach R. Hilberg, s.o., S. 669). Mit „humaneren Mitteln" meinte er das, was auch Eichmann im Prozeß hartnäckig als *„medizinische Angelegenheit"* bezeichnet haben wollte... Wie verträgt sich das mit J.s Interpretation, die an den Juden begangene Endlösung sei n i c h t s a n d e r e s gewesen als eine Art Generalprobe für die „eigentlich beabsichtigte" Kolonisierung des Ostens, also für das, was die Nazis „im Grunde genommen" mit den Polen und Russen vorhatten??

Die Nazis, das Monopolkapital und das Volk...

J.s Erklärung, sein „historischer Kontext" für die NS-Judenverfolgung ist Imperialismus, Expansion, Krieg, insbesondere 2. Weltkrieg, Kolonialismus etc. Erstmal lauter vertraute marxistische Begriffe. Gegen die Erklärungsansätze, die in den Leserbriefen von St.St. und K.-P.L. enthalten sind, polemisiert er, sie seien aus dem historischen Kontext herausgerissen. Wer „das christliche Abendland" bzw. den entsprechenden Kulturkreis verantwortlich mache, halte die NS-Judenverfolgung für eine „Wahnsinnstat" oder einen „unerklärlichen Betriebsunfall". Als weiteren Einwand gegen seine Argumentation kann sich J. gerade noch vorstellen, daß jemand aus irgendwelchen irrationalen Gründen den Begriff Endlösung *„auf immer und ewig"* nur für Auschwitz und sonst nix angewandt wissen will. Es werde *„abgestellt"* (!) auf das *„Einmalige und Einzigartige der NS-Endlösung"*. Das Wort „abgestellt" hat einen ausgesprochen verächtlichen Beigeschmack, man könnte es so verstehen: die NS-Verbrechen haben an sich keinen beispiellosen Charakter, sondern es gibt halt Leute, die an dieser Frage penetrant eine künstliche Erregung pflegen. Er fügt dem hinzu: *„Man stellt ab auf das Einmalige und Einzigartige der NS-Endlösung und reißt die Judenverfolgung unter dem NS-Regime aus ihrem wesentlichen historischen Kontext — dem Zweiten Weltkrieg des deutschen Imperialismus"*. Das bedeutet: Wer Auschwitz für (bisher) einmalig hält, der reißt es aus dem historischen Kontext. Eine erstaunliche Behauptung! Und so geht es in einem fort: *„Kontext dieser (NS-)Politik ist für ihn* (K.-P.L.) *nicht Imperialismus, Expansion und Krieg, sondern die 2000jährige Verfolgung der Juden im 'christlichen Abendland' ..."*. Das bedeutet: Wer auf die (in der Tat) 2000jährige Verfolgung der Juden im christlichen Abendland auch nur hinweist, der bestreitet die Verantwortung des Imperialismus für Auschwitz. Also: lauter bürgerliches, unmarxistisches Zeug.

Noch erstaunlicher ist die folgende Argumentation von J.: Wenn *„von der historischen Schuld ... nicht nur unserer herrschenden Klasse"* gesprochen wird, *„dann erscheint die Nazi-'Endlösung' tatsächlich als einmalige Wahnsinnstat des 'christlichen Abendlandes', 'unseres Kulturkreises' oder praktischer 'des deutschen Volkes' "*. Abgesehen davon, daß von den Leserbriefschreibern keineswegs das gesamte Volk zum Mördervolk erklärt wurde (sie erörtern lediglich die Frage, ob es richtig ist, daß „n u r" — also ausschließlich — die Herrschenden verantwortlich waren/sind), ist die Logik von J. eigenartig: J. meint, wenn „nicht nur" die herrschende Klasse, sondern das gesamte deutsche Volk beteiligt gewesen wäre, d a n n wäre das tatsächlich ein wahnsinniges, einzigartiges Verbrechen etc. gewesen. Wenn es aber im wesentlichen Sache der herrschenden Klasse, Ergebnis eines „historischen Kontextes" (sprich Imperialismus) war, d a n n war es zwar auch furchtbar, aber nichts Einzigartiges und Einmaliges.

Aus der Sicht der Opfer freilich sind solche Erklärungsversuche, unabhängig erstmal davon, wer hier recht hat, sowieso völlig zweitrangig. Sie machen aus 6 Millionen Toten keine 600.000 und aus KZs keine Ferienheime. Mittels einer plump-demagogischen Herangehensweise (*„Ist das eine Erscheinung, die vollkommen aus der deutschen Geschichte bzw. der Geschichte des Imperialismus herausgenommen werden sollte?"*) baut J. eine klassische Scheinalternative auf, die es ihm ersparen soll, auf die Argumente von K.-P.L. und St.St. einzugehen.

Die einen (Marxisten) ordnen das Verbrechen dem herrschenden Block zu — die anderen (Unmarxisten) ordnen das Verbrechen dem Volk zu. Munter heißt es dann weiter: *„Aus dieser Bestimmung des Täters der ‚Endlösung' ergibt sich der Antisemitismus-Vorwurf gegen den AK und andere westdeutsche Linke"*. Ist das nicht eigenartig? Da wagt es jemand, den Finger auf Mitverantwortliche und Mitschuldige außerhalb der Kapitalistenklasse zu richten, und schon sieht J. nicht nur westdeutsche Linke, sondern gar den ARBEITERKAMPF als Zielscheibe mannigfaltiger Vorwürfe. Obwohl davon nicht im entferntesten die Rede war oder ist. Wer mein Nest beschmutzt, beschmutzt mich selbst, nicht wahr? Dies wird wohl nicht ernsthaft als Bekenntnis zum „christlichen Abendland" gemeint sein...

Seiner eigenen Interpretation des Nationalsozialismus stellt J. eine von ihm als bürgerlich empfundene Geschichtsauffassung gegenüber, in der die Massenbasis der NSDAP über Gebühr hervorgehoben werde, in der *„die Judenverfolgung eine zentrale Rolle"* spiele, und in der das Nazi-Regime als *„antisemitische Volksbewegung"* gelte, *„die für zwölf Jahre Deutschlands Geschicke beherrschte"*. *„Ziel dieser Interpretation ist meistens ein ‚Freispruch erster Klasse' für das deutsche Monopolkapital"*. Meistens — aber anscheinend doch nicht immer...?!

Unabhängig davon, daß man getrost davon ausgehen kann, daß die AK-Leserschaft/Schreiberschaft sich über die Verantwortung der Kapitalisten im Klaren ist, ist wohl noch ein weiteres gewiß: Daß nicht ein/e jede/r fanatische/r NSDAPler/in gewesen ist, stimmt. Es stimmt aber auch, daß es fanatische NSDAPler gab. Und die nicht zu knapp. Und auch nicht nur in der herrschenden Klasse.

Das ist eigentlich keine sensationelle Erkenntnis. Schon 1923 schrieb Clara Zetkin („Der Kampf gegen den Faschismus", Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20.6.1923, Werke Bd. II, S. 689-729): **„Der Träger des Faschismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat reichen"** (S. 690). *„Es liegt auf der Hand, daß der Faschismus in den einzelnen Ländern verschiedene Charakterzüge trägt, je nach den konkreten Verhältnissen. Jedoch zwei Wesenszüge sind ihm in allen Ländern eigen: ein scheinrevolutionäres Programm, das außerordentlich geschickt an die Stimmungen, Interessen und Forderungen breitester sozialer Massen anknüpft, dazu die Anwendung des brutalsten, gewalttätigen Terrors"* (S. 699).

Und gerade dieses eine **Merkmal des NS-Faschismus** — nämlich, daß er von einer **Massenbewegung** getragen wurde **— das retuschiert J. weg,** indem er polemisiert, „sagt man sowas, dann spricht man das Kapital frei". **Eine absurde Logik, die anstelle einer vom Kapital ohnehin nie vertretenen „Kollektivschuld" eine „Kollektivunschuld" herbeisehnt.**

Vergessen oder verdrängt wird die ganze Phase, die der eigentlichen Vernichtung vorausging: Wenngleich man sich 1933 noch nicht vorstellen konnte, welche Barbarei acht Jahre später Wirklichkeit werden würde, gab es doch seit 1933 eine ständige Verschärfung der antijüdischen Politik, deren erster großer Kulminationspunkt die sog. „Reichskristallnacht" 1938 war. Es ist zwar nicht so, daß alle alles wußten, es ist aber sehr wohl so, daß niemand überhaupt nichts wußte. Dieser Prozeß der Entrechtung, der Diskriminierung, der Ghettoisierung, der Vertreibung, der Deportation hatte zahlreiche Zeugen — und Mittäter. Die Formierung der Vernichtungsmaschinerie erforderte eine ständig wachsende Zahl von Behörden, Parteiämtern, Wirtschaftsunternehmen, Militärstellen — sprich: konkrete Menschen. Ein Vernichtungsprozeß dieses Ausmaßes läßt sich eben weder von einer einzelnen Behörde noch von einer Handvoll Menschen realisieren. Daran waren Tausende beteiligt, wobei mit der bekannten deutschen Akribie gearbeitet, ja sogar untereinander gewetteifert wurde. Hier nur ein Ausschnitt aus unzähligen Beispielen: Um den Auschwitz-Komplex zu errichten, griff das Finanzministerium auf Beschlagnahmeverfahren zurück; und die „Deutsche Reichsbahn" stellte der „Sicherheitspolizei" für die Judentransporte Rechnungen aus, in denen für jeden Deportierten der einfache Preis der zurückgelegten Strecke berechnet wurde (R. Hilberg, s.o., S. 680). Alles in allem schonten sich die Bürokraten nicht.

Auch dies stellt eine Besonderheit des NS-Faschismus dar, die J. ebenfalls übersieht: die sorgfältige Planung, die vorsätzliche und gewissenhafte Durchführung der Endlösung und ihre Ermöglichung durch den Einsatz einer ganzen Staatsmaschinerie. Dies mindestens unter den Augen des Volkes bzw. bei Komplizenschaft von Teilen des Volkes. Die sogenannte „Reichskristallnacht" wurde ja nicht nur in Berlin geplant, sie wurde auch durchgeführt an allen möglichen Orten Deutschlands, und wer daran teilnahm, war nun einmal ein Schwein und Verbrecher, wenn auch zumeist kein Monopolkapitalist. Dies abstreiten zu wollen, kommt in verhängnisvolle Nähe zu den bekannten Sprüchen von der Masse „kleiner Rädchen", die „nicht anders konnten", weil Befehl eben Befehl, Krieg halt Krieg sei und Schnaps eben Schnaps.

J. fragt: *„Ist das eine Erscheinung, die vollkommen aus der deutschen Geschichte bzw. der Geschichte des Imperialismus herausgenommen werden sollte (unerklärlicher Betriebsunfall)...?"* Interessant an dieser Frage das Wörtchen „beziehungsweise", mit dem die deutsche Geschichte als Quelle des NS sogleich eingeengt wird auf den Zeitabschnitt, der zugleich Geschichte des Imperialismus ist.

Sind die Ursachen, die zum NS-Faschismus und seiner Endlösung der Judenfrage geführt haben, ausschließlich in den 50-100 Jahren vor 1933 zu orten, oder muß man darüber hinaus noch weiter zurückgehen — gegen Letzteres polemisiert J. wortreich. Der KB hat aber die historischen Kräfte, die zum deutschen Faschismus führten, nie a l l e i n im Zeitalter des Imperialismus gesehen. Sondern es wurde stets vorher angesetzt:

— Rückschlag für die Entwicklung der Produktivkräfte durch den 30jährigen Krieg (das liegt immerhin dreieinhalb Jahrhunderte zurück),
— Zementierung der Kleinstaaterei und Fürstentümer,
— dadurch späte nationalstaatliche Einigung (die „verspätete Nation"),
— Machtübernahme des Kapitalismus nicht durch eine bürgerliche Revolution, sondern durch ein Bündnis der Bourgeoisie mit den Kräften des Feudalismus („Junker"),
— zu spät gekommener deutscher Imperialismus, der an der Aufteilung der Welt in Kolonien nicht mehr teilnehmen konnte,
— dadurch besondere Aggressivität nach außen und besondere Reaktion nach innen usw. Ähnlich weit gefaßt wurde auch der historische Kontext des italienischen Faschismus. Auch hier haben wir einen „zu spät gekommenen Imperialismus" konstatiert und uns bemüht, diesen Tatbestand abzuleiten.

Dies zum einen — es geht aber hier um ein Problem, für das wir in unserer bisherigen Aufarbeitung der Geschichte keineswegs schon eine Antwort gefunden haben: die Judenvernichtung.

Der deutsche und der italienische Faschismus haben eine vergleichbare Entstehungsgeschichte, die sie auch zusammengeführt hat und die sie gemeinsam den II. Weltkrieg führen und verlieren ließ.

Und doch gab es die Judenvernichtung in Deutschland — in Italien aber traf die Endlösungspolitik der Eichmanns und Heydrichs sowohl bei den Faschisten selber als auch im Volk nicht nur auf Ablehnung, sondern auch auf Sabotage und Widerstand. (Dies zeigt, daß das Schlagwort „christliches Abendland" — aus dem Italien ja nicht wegzudenken ist — ebenfalls nur einen Teil der Wirklichkeit beleuchtet.)

Hannah Arendt meint dazu: *„Was in Dänemark das Ergebnis eines echten Sinnes für Politik war, eines anerzogenen Verständnisses für die Voraussetzungen und Verpflichtungen, die Bürgertum und Unabhängigkeit garantieren, das war in Italien Ausfluß einer fast automatisch gewordenen, alle Schichten erfassenden Humanität eines alten und zivilisierten Volkes"* („Eichmann in Jerusalem", S. 221).

So oder so — Antisemitismus und NSDAP kamen nicht über Nacht nach Deutschland. Abgesehen von der christlichen antisemitischen Tradition (siehe Artikel in diesem AK) war der politische Antisemitismus schon und gerade im 19. Jahrhundert extrem virulent. Bei der „verspäteten Nation Deutschland" diente er als Mittel zur Steigerung des eigenen Volksbewußtseins. Irgendjemand schrieb mal dazu, da die Deutschen nie eine Nation gewesen seien, „mußten" sie sich eine „Rasse" anfabulieren...

Im 19. Jahrhundert fand die erste massenhafte antisemitische Reaktion während der 1848er Revolution, besonders in ländlichen Gegenden, statt. Die Bauern und Landarbeiter führten die Verschlechterung ihrer Lage auf „jüdische Machenschaften" und „Verschwörungen" zurück. Verschwörungstheorien, überhaupt Irrationalismus, sind seit jeher Steckenpferd der Konservativen — sie sind leichter verständlich und leichter instrumentalisierbar als komplizierte ökonomische oder politische Sachverhalte.

In der „Gartenlaube", dem sog. „Spiegel" der Bismarck-Zeit, publizierte ein gewisser Glagau eine ganze Artikelserie zur Judenfrage (*„Das Judentum kennt nur den Handel und auch davon nur den Schacher und Wucher. Es arbeitet nicht selber, sondern läßt andere für sich arbeiten... Sein Zentrum ist die Börse"*). Der kaiserliche Hofprediger Stöcker war einer der illustren Ersten, die den Antisemitismus als Bestandteil konservativer Politik einführten. Der erste ganz klar als Antisemit, nicht etwa nur als konservativer, christsozialer oder was auch immer gewählte Abgeordnete im deutschen Reichstag war ein gewisser Dr. Böckel (1859-1923) aus Marburg (*„Das deutsche Volk soll durch den Antisemitismus sich wieder als germanische Rasse im Gegensatz zur jüdischen Rasse fühlen lernen"*.

Seine Agitation betrieb er besonders auf dem nordhessischen Land. 1889 fand in Bochum der erste Antisemitentag mit 250 Abgeordneten aus 100 Städten statt. Der Antisemitismus der NSDAP war nicht irgendein beliebiges Agitationsbeiwerk unter vielen ideologischen Versatzstücken, sondern er stellte ein zentrales Element dar: er wurde einerseits als „Pseudosozialismus" benutzt, wobei Anti-Judentum mit Anti-Kapitalismus gleichgesetzt wurde („Der Gott der Juden ist das Geld"). Er knüpfte andererseits am sowieso seit dem 1. Weltkrieg wieder besonders virulenten Nationalismus bzw. am Verlierer-Bewußtsein an und stellte eine Rassenbiologie auf, wo die Arier bzw. die Germanen alles, der Jude aber der „totale Feind" sei. J. zitiert Engels („Über den Antisemitismus", aus einem Brief nach Wien, 9.5.1890. MEW Bd. 22, S. 49) — allerdings um ihn merkwürdig „korrigieren" zu wollen: *„Engels schrieb 1890:* **'Der Antisemitismus ist das Merkmal einer zurückgebliebenen Kultur und findet sich deshalb auch nur in Preußen und Österreich, resp. Rußland'.** *Er irrte: Vier Jahre später hatte Frankreich die antisemitische Dreyfus-Affäre"*. Was sich hinter diesem „auch du, mein Sohn Brutus" verbirgt (gemeint ist wohl: wir sind ja nicht die einzigen — Antisemitismus kommt in den besten Kulturen vor), sei einstweilen dahingestellt — interessant ist aber, daß J. Wesentliches aus Engels' Brief nicht zitiert: **„Der Antisemitismus ist also nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft, die wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht, und dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel; er ist eine Abart des feudalen Sozialismus, und damit können wir nichts zu schaffen haben".** Das „also" bezieht sich auf eine vorherige Schilderung Engels', wonach **„in Preußen und Österreich es der dem Untergang durch die großkapitalistische Konkurrenz verfallene Kleinbürger, Zunfthandwerker und Kleinkrämer (ist), der den Chor dabei bildet und mitschreit".** Unabhängig von der Bewertung der auch von Engels vorgenommenen Gleichsetzung Judentum/Kapital (siehe hierzu Marx, „Zur Judenfrage", 1843, in „Marx/Engels I, Studienausgabe Philosophie", Fischer, S. 31-60) ist festzuhalten:

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle: Die wirtschaftliche Bilanz

Einnahmen, Gewinne, Einsparungen	Ausgaben und Verluste
VORBEREITUNGSPHASE	
Reingewinne der Industrie durch Erwerb und Liquidation jüdischer Firmen: ca. ein Viertel bis zur Hälfte des Werts des jüdischen Betriebsvermögens in den Reichs- und Protektoratsgebieten. Diese Gewinne beliefen sich vermutlich auf viele Milliarden Reichsmark.	Verlust von Auslandsmärkten infolge von Widerständen und Boykottmaßnahmen seitens der Abnehmer.
Besteuerung der Gewinne aus dem Erwerb jüdischer Firmen (in den Steuerjahren 1942, 1943 und 1944: 49 000 000 Reichsmark).	
Reichsfluchtsteuer: 900 000 000 Reichsmark.	
Vermögenssteuer: 1 127 000 000 Reichsmark.	
Lohn- und sonstige Einsparungen der Industrie durch die Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte: vermutlich mehrere Zehnmillionen.	
Lohnunterschiede, Sondereinkommensteuern sowie sonstige dem Reich zufallende Lohneinsparungen: vermutlich mehrere Zehnmillionen.	
Eintreibungen aus den Ghettos zur Finanzierung des deutschen Verwaltungsaufwands und der Ghettomauern.	Direkte Ausgaben für Personal und allgemeine Unkosten (vor der Tötungsphase)
TÖTUNGSPHASE	
Beschlagnahmungen aufgrund der Elften Verordnung (Beteiligungen und Wertpapiere): 186 000 000 Reichsmark	Direkte Ausgaben für: — Personal und allgemeine Unkosten (während der Tötungsphase) — Transport — Lagereinrichtungen (Hunderte von Millionen Reichsmark
Beschlagnahmungen aufgrund der Elften Verordnung (ohne Beteiligungen und Wertpapiere): 592 000 000 Reichsmark.	Außerordentliche direkte Ausgaben für den Abriß des Warschauer Ghettos: 150 000 000 Reichsmark.
Beschlagnahmungen in den deutschbesetzten Gebieten	Verluste durch unbezahlte Mieten und sonstige jüdische Schulden.
Eintreibungen der Transportkosten von den jüdischen Gemeinden des Reichs durch die Gestapo. Gewinne aus dem zur Weitervermietung freiwerdenden Wohnraum.	Verlust der jüdischen Arbeitskraft.

aus: Raul Hilberg, „Die Vernichtung der europäischen Juden", S. 681

1. Für Engels ist Antisemitismus „nicht nur" eine raffinierte Propaganda der herrschenden Klasse, mit der die Imperialialisten die Bevölkerung auf den nächsten Krieg einstimmen. Sondern er sieht darin auch eine Ideologie, mit der sich reaktionäre Teile der Bevölkerung gegen einen bestimmten historischen Prozeß formieren.

2. Für die Wirksamkeit und Verbreitung dieser in der Tat wahnsinnigen Ideologie — denn das ist sie ja ganz zweifellos — gibt er eine materialistische Erklärung an.

3. Das Argument, daß eine „zurückgebliebene Kultur" eine maßgebliche Rolle dabei spielt, ist mit dem Verweis auf die Dreyfus-Affäre selbstverständlich überhaupt nicht widerlegt.

In jedem Fall steuert Engels hier einen Denkansatz bei, der gewiß nicht das Kapital in bezug auf den Antisemitismus „freisprechen" soll, andererseits aber die deutsche Geschichte nicht auf deren imperialistisches Kapitel verengt. Man vergleiche das mit J.s Anliegen, alle Erklärungen der NS-Judenvernichtung als „geschichtslos" abzutun, die etwas mehr beinhalten als den 2. Weltkrieg und den Angriff auf die Sowjetunion... und man wird leicht einsehen, auf welche Partei in diesem Streit der Vorwurf der Geschichtslosigkeit zutrifft.

Die Frage der „Kollektivschuld"

J. meint, die Betonung der historischen Einmaligkeit und Besonderheit der Endlösungsbarbarei sei Bestandteil einer gängigen Interpretation, die das Monopolkapital reinwaschen wolle. Träger dieses Verbrechens „nicht nur bei der herrschenden Klasse" zu suchen, bestimme das ganze deutsche Volk zu einem Tätervolk, was wiederum das Monopolkapital entlaste. Damit deutet J. eine in der BRD (unter Linken) zählebige Legende an: Es war m.W. nie Bestandteil „monopolkapitalistischer Vergangenheitsbewältigung", von „Kollektivschuld" zu reden. Das Wort „Kollektivschuld" wurde umgekehrt von der Bourgeoisie samt ihrer Institutionen eindeutig als Beschimpfung benutzt: Es spielte eine Rolle als Vorwurf in der Polemik anläßlich der sog. „Stuttgarter Schulderklärung" des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland vom Oktober 1945. Diese Erklärung, die selber den Begriff „Kollektivschuld" gar nicht enthielt, unterzeichnet u.a. von Pastor Niemöller, war Anlaß zu einer großen Kampagne von wegen „Verrat am deutschen Volk", „Ausverkaufspolitik" etc. Die in der Bourgeoisie vorherrschende Tendenz war (und ist) von vornherein gegen die Entnazifizierung. Dabei (gegen die Entnazifizierung) traten gleich in den ersten Nachkriegsmonaten besonders die Kirchenleitungen hervor, mit-

denz war (und ist) von vornherein gegen die Entnazifizierung. Dabei (gegen die Entnazifizierung) traten gleich in den ersten Nachkriegsmonaten besonders die Kirchenleitungen hervor, mit-

tels einer im christlichen Sühne- und Vergebungsgedanken eingebetteten Argumentation. Es wurde umgekehrt — und dies besonders eifrig von CDU und FDP — nicht etwa von Kollektivschuld gesprochen, sondern heftigst eine Einzelfallbehandlung reklamiert, d.h. möglichst individualisiert. Das Entnazifizierungsgesetz wurde mit der Nazimethodik verglichen, die Entnazifizierungsprozesse gar mit dem „Judenstern"; die beliebteste Entlastung war (und ist) bekanntermaßen die „Mitläufer"-Geschichte.

Wenn schon von „Schuld" geredet wurde, dann wurde diese auf das Ausland geschoben (namentlich auf die Reparationszahlungen an Frankreich aufgrund des Versailler Vertrags). Stellvertretend für viele andere ein Zitat von einer Maria Fritzle, CDU-Landtagsabgeordnete in Württemberg-Baden: *„Der Gerechtigkeitsbegriff des Befreiungsgesetzes beruht auf einem metaphysischen Schuldverständnis. Die Unabhängigkeit der Urteilsfindung ist sowieso gefährdet, weil die Richter eine antifaschistische Vergangenheit aufweisen müssen. Wenn die Besatzungsmacht es für nötig hält, gegen frühere NSler vorzugehen, mag sie es tun, sie hat die Macht dazu. Wir Deutschen sollten uns aber der Verlängerung von Rechtsunsicherheit, der weiteren Verwirrung der Rechtsbegriffe und der Verletzung des Rechtsgefühls anständiger Menschen versagen"* („Konservative Kritik an Entnazifizierung", Wilma Albrecht). Dies hier weiterzuführen, würde diesen langen Artikel nur noch länger machen ... Jedenfalls war und ist es Linie der westdeutschen Bourgeoisie, nicht etwa ein „Kollektivschuldgerede" einzustimmen, sondern sie handelt vielmehr nach der Devise: **„Wer diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat, hat ein Recht, nichts mehr von Auschwitz zu hören"** (Kiesinger) oder **„Raus aus dem Schatten Hitlers!"** (Dregger). Eine andere Angelegenheit ist es, daß in der BRD vielfach die Meinung vertreten wird: „wir (alle) konnten nicht anders" (es war eben Krieg, es war eben Befehl usw.usf.), in dem Sinne von „wir durften nicht anders". Abgesehen von der Skurrilität dieser „Logik" bedeutet es mehr oder weniger: **da alle „nicht anders konnten", weil „sie nicht anders durften", sind eigentlich alle unschuldig, weil, wenn alle schuldig waren, oder beinahe alle, dann ist keiner mehr konkret schuldig.**

Das deutsche Palästinaproblem

„Es ist durchaus allgemein akzeptiert", schreibt J., *„Begriffe aus der Zeit des Nazi-Regimes auf aktuelle Geschehnisse zu übertragen (...) Insofern wird auch mit Begriffen aus der NS-Zeit achtlos umgegangen, und mit unpassenden Parallelen tatsächlich das verharmlost, was unter dem Nazi-Regime geschehen ist."* „Allgemein akzeptiert"? Die Parole der Anti-Vietnam-Bewegung „USA-SA-SS" war „allgemein akzeptiert". Die Kennzeichnung des Stadions von Santiago de Chile als KZ war „allgemein akzeptiert". Bei solchen Beispielen ging es ja ums Ausland...

Die Kennzeichnung der Berufsverbote als „Inquisition" war „allgemein akzeptiert". Aber ihre Kennzeichnung als Bestandteil einer „Faschisierung" (oder „Refaschisierung") war allgemein abgelehnt. Man kann unter deutschen Linken keinen Vergleich der B R D-Verhältnisse mit dem NS ziehen, man kann nicht einmal auf die offenkundig ungebrochene historische Kontinuität in so vielen Fragen und Bereichen von Staat und Gesellschaft verweisen, ohne daß ein Teil der Linken wie von der Tarantel gestochen aufschreit (siehe das Russell-Tribunal III, wo es im Kern exakt um diese Auseinandersetzungen ging). „Allgemein akzeptiert" unter Linken ist auch, wenn die Existenz von Rassismus in der BRD konstatiert wird. Wird aber der Vorwurf eines Antisemitismus (auch ohne Juden) in der BRD erhoben, so wird man garantiert wieder hysterisches Geschrei zur Reaktion haben, gerade von Teilen der Linken (auch wenn sie selber gar nicht gemeint oder angesprochen sind). Antisemitismus ist eben für viele heute eine Erfindung des Zionismus.

„Der Patriotismus in Deutschland ist so furchtbar, weil er so grundlos ist"
(Horkheimer)

„Man/frau sollte sich solcher Begriffe zur Kennzeichnung aktueller Vorgänge nicht ohne Not bedienen", bekräftigt J. weiter. Welche ist also die „Not", in der man/frau sich befindet, wenn es um die Verurteilung der israelischen Politik geht? Nach J. besteht die „Not", die ihn zur Verwendung des nun jetzt doch *„härtesten und deutlichsten Begriffs"* — nämlich Endlösung — auf die israelische Politik veranlaßt, darin, daß

a) die Weltöffentlichkeit nach Aufklärung über die NS-Verbrechen „abgestumpft" ist gegenüber anderen Völkermordpraktiken,

b) das Verbrechen weit weg im Nahen Osten passiert, so daß sich die Europäer nicht dafür interessieren,

c)es den Imperialisten vielfach gelingt, ihre Grausamkeiten unter den verschiedensten Titeln propagandistisch zu verkaufen („Verteidigung der Freiheit", „Kampf gegen Terrorismus"). *„Nicht zufällig nennen Begin/Sharon ihren Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser 'Krieg gegen den PLO-Terrorismus'. Genau das ist die Grundlage dafür, die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung mit dem härtesten und deutlichsten Begriff zu belegen, den man nach 1945 für den Vorwurf, Völkermord zu begehen, verwenden kann: 'Endlösung' ".*

„Genau das", schreibt J., „ist die Grundlage" — genau das. Genau das kann eben nicht die Grundlage für J.s Meinung sein, wie sehr leicht zu zeigen ist.

Es wäre dann nämlich sehr viel zwingender, etwa die Kurdenverfolgung mit „Endlösung" zu charakterisieren. Denn

a) gibt es nicht im Entferntesten eine Öffentlichkeit für die Situation der Kurden wie (ohne dies als ausreichend zu heißen!) für die der Palästinenser,

b) „weit weg in den Kolonien" trifft hier ebenfalls zu,

c) der türkischen Militärjunta ist es bestens gelungen, ihre Praktiken als „Kampf gegen Terrorismus" zu verkaufen; dies scheint sogar innerhalb der Türkei weitgehend gelungen zu sein. Die gesamte bürgerliche Presse schwärmt davon, wie gut Evren dieses Manöver gelungen ist, und Evren ist in dieser Hinsicht weit weniger umstritten als Begin/Sharon.

Selbst die Tatsache, daß mit dem Iran ein ausgesprochen verhaßtes Regime an der Kurdenverfolgung teilnimmt, bringt für das kurdische Volk keine besondere Anteilnahme der „Weltöffentlichkeit". Abgestumpftheit trifft hier wirklich zu. Die Verwendung des Begriffs Endlösung in diesem Zusammenhang ist aber in der Linken nicht geläufig (J. könnte einwenden, die Kurdenverfolgung habe mit Krieg, Imperialismus und Expansion nichts zu tun. Es geht aber in der Tat um Imperialismus, großtürkische Expansion, Einheit aller Turkvölker von Innerasien bis zum Balkan, und es geht um die Vorbereitung eines Krieges in Nahost.)

Zweites Beispiel: Der Krieg zwischen Iran und Irak. Offenbar ist es nicht ein Krieg, in dem auch Massaker stattfinden, sondern ein Krieg, der als ein einziges großes Massaker, als wirklicher Vernichtungskrieg, geführt wird. Kominis Kriegsziele, seine hysterische Kriegspropaganda erinnern stark an NS-Praktiken. Die Weltöffentlichkeit ist hierzu geradezu total „abgestumpft". Dennoch empfinden die meisten (Linken) keine „Not", Begriffe aus der NS-Zeit auf dieses aktuelle Geschehen zu übertragen. Diese „Not" wird vielmehr nur oder gerade bei Israel empfunden. **Und diese „Not" wird gerade von westdeutschen Linken empfunden.**

Die Grundlage für dieses Vorgehen ist also nicht diejenige, die J. zusammenbastelt, sondern genau eine andere. Es handelt sich etwa um die folgende „Not": Auf Kritik, insbesondere von westdeutscher Seite, antwortet die israelische Regierungspropaganda ungefähr so: „Erstens sind wir Juden immer noch gezwungen, um unser Überleben zu kämpfen. Zweitens sind wir dazu gezwungen, weil es die NS-Verbrechen gegeben hat. Drittens: Wer uns bei unserem Überlebenskampf in den Rücken fällt, steht also — zumal als Deutscher — in der NS-Tradition und ist ein Antisemit." Wer dies als Opfer des NS-Faschismus dem Täter oder einem seiner Nachkommen sagt, hat erstmal das größere moralische Gewicht. Und dem linken Kritiker aus der BRD ist das vorlaute Maul gestopft.

Um dieser „Not" zu entkommen, um also „moralisch gleichzuziehen", antwortet der BRD-Linke mit „Endlösung". „Ihr seid genauso schlimm wie wir. Wir können euch mit ebensoviel Berechtigung kritisieren wie ihr uns." Eine Art „Befreiungsschlag" aus „moralischer Not".

Diese dumme Reaktion zeigt erstens, daß es bei diesem Streit weniger um das Schicksal der Palästinenser geht als um das Verhältnis Juden/Deutsche. Sie weist zweitens auf ein merkwürdiges „Wir-Gefühl" hin, das Teile der westdeutschen Linken anscheinend mit „ihrem Volk" verbindet — sonst würde man nicht so betroffen sein, wenn von israelischer Seite auf die Nazi-Vergangenheit hingewiesen wird. Beispiel: Begin greift Schmidt an. Der nächste „Spiegel"-Titel lautete aber nicht: „Ist Schmidt ein Nazi?", sondern: *„Sind wir ein Volk von Nazis?"*. Teile der Linken scheinen da ganz ähnlich zu reagieren. *„Der Begriff dient hier nicht dazu, das Nazi-Regime zu verharmlosen, sondern dazu, der weltweit betriebenen Verharmlosung dessen, was mit dem palästinensischen Volk geschieht bzw. nach dem Willen Begins/Sharons geschehen soll, entgegenzutreten"*, steht weiter in J.s Artikel. Bemerkenswert ist, daß J. die Verwendung des Begriffs Endlösung rein vom Ideologischen her begründet. Mindestens der Hauptgrund, weshalb J. den „härtesten und deutlichsten Begriff seit 45" verwenden will, ist die von ihm konstatierte „weltweite Verharmlosung des Schicksals der Palästinenser". Diese Verharmlosung will er durchbrechen, indem er sozusagen das „schwerste Geschütz" gegen Begin/Sharon auffährt. Erst danach wirft er die Frage auf, ob es denn *„berechtigt"* sei, dieses schwerste Geschütz aufzufahren. J. geht also nicht von der Untersuchung der objektiven Wirklichkeit aus (Schicksal der Juden unter dem NS, Schicksal der Palästinenser unter dem Zionismus), um auf dieser Grundlage die Berechtigung eines historischen Vergleichs zu beurteilen, sondern er gibt praktisch zu, an das Problem mit einer vorgefaßten Meinung heranzugehen: „Ich muß und will den Begriff Endlösung verwenden, um die Verharmlosung zu durchbrechen." Alle weiteren Argumente, die sich auf die NS-Judenverfolgung beziehen oder auf die israelische Politik, sind zusammengesucht, um etwas zu belegen, was aber von vornherein für J. feststand. Die Untersuchung der historischen Wirklichkeit dient der Rechtfertigung einer bestimmten politischen Absicht, woraus logisch folgt, daß J.s Aufarbeitung der Wirklichkeit selektiv und in sich widersprüchlich ist.

Ist das marxistisch? Nach dem Motto zu verfahren, „diesen Begriff benutze ich, um falsche Ideen in den Köpfen der Menschen entgegenzutreten, und anschließend suche ich mir Argumente zusammen"? Wäre J.s Vorgehen marxistisch, so müßten wir ganz gewiß den Begriff Sozialfaschismus der SPD geradezu entgegenschleudern. Denn bei der SPD sind wir mit Verharmlosung und Lüge in gigantischen Ausmaßen konfrontiert. Und man könnte dann ebenso sich aus Geschichte und Gegenwart zahllose Argumente und Fakten zusammensuchen, die es allemal (!) „gerechtfertigt" erscheinen lassen, den Begriff Sozialfaschismus auf die SPD zu verwenden. (Dies ist ja auch im Grunde genommen der Ansatz für die KPD gewesen, der zur Sozialfaschismus-Theorie und ihren bekannten Folgen führte.)

Verletzend und falsch ist ist keineswegs die Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Diese steht außer Frage. Verletzend und falsch ist , wenn mittels Begriffen wie „Endlösung" die Opfer zu den ehemaligen Verfolgern gemacht werden. (*„Daraus ergibt sich der psychische Schluß, das Schicksal der Juden sei durch die Juden selbst herbeigeführt. Denn wenn ein Opfer der gleichen Tat fähig ist, welche die Täter an ihm verübt haben, ist die ursprüngliche Täterchaft aufgehoben"* — D. Diner, „Israel und das Trauma der Massenvernichtung", in „Die Verlängerung von Geschichte", Verlag Neue Kritik, 1983, S. 41).

Ich meine in der Tat, daß die AK-Überschrift — „Endlösung der Palästinenserfrage" — *„falsch, gemein und unsinnig"* ist. Unabhängig davon, ob die Täter einen Vergleich erlauben, erlauben das NS-Deutschland und Israel keinen Vergleich. In Israel gab und gibt es Offiziere und Soldaten (in der Tat, man wünschte noch mehr!), die ihren Dienst quittierten, eine Untersuchungskommission, die die Regierung wenigstens tadelt, öffentliche intensive Diskussionen, ob der Krieg moralisch vertretbar sei, Massendemonstrationen,

kommission, die die Regierung wenigstens tadelt, öffentliche intensive Diskussionen, ob der Krieg moralisch vertretbar sei, Massendemonstrationen,

die eine Beendigung des Krieges verlangten (es waren immerhin die größten in der Welt, denn wenn in Tel-Aviv 400.000 Menschen demonstrieren, entspricht es — makabre Zahl — 6 Millionen in Bonn ...).

Antizionismus schützt nicht vor Torheit: Die Bösartigkeit eines Vergleichs zwischen NS-Deutschland und Israel hier noch nachweisen zu wollen, käme mir absurd vor. Umgekehrt möchte ich diejenigen, die einen solchen Vergleich (teilweise) für richtig erachten, auffordern, ihre Argumente zu benennen. Darüberhinaus deutet die Gleichsetzung von Opfern und Tätern über die Vermengung von Begriffen anläßlich der Politik der Begins und Sharons eine Ausblendung des "spezifischen historischen Kontextes" für die Entstehung dieses Staates an. Dies ist m.M. (und in besonderer Weise für westdeutsche Linke) weder politisch noch moralisch vertretbar.

J., der gerne gegen "Geschichtslosigkeit" anderer in seinem Beitrag polemisiert, reduziert seine Analyse der Geschichte auf den Allgemeinplatz: Völkermorde, Kriege, Faschismus — überall steht dahinter das Kapital. Alle Besonderheiten des NS-Faschismus fallen dabei weg. Dies ist eine Art von Analyse, die wir ansonsten als "ml-haft" bezeichnen, mithilfe derer alles bzw. nichts erklärt wird. Daß hinter der Endlösung an den Juden das Kapital stand, macht das Verbrechen nicht "normaler". Es bleibt nach wie vor eine bislang beispiellose Barbarei. Die Abgestumpftheit, die J. konstatiert, existiert nicht wegen des Wissens um diese Barbarei; es existiert umgekehrt viel zu wenig Wissen — und Begreifen (was nicht unbedingt das Gleiche ist) — über das Ausmaß der NS-Verbrechen und die Bedingungen, die sie möglich machten. Zu diesen Bedingungen gehört die Komplizenschaft von Teilen des Volkes. Gewiß hat jede reaktionäre Ideologie in Teilen des Volkes mit "dem Kapital" zu tun, ob nun Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit oder ähnliches. Dies gehört zum Repertoire der allgemeinen Weisheiten (unter Linken). Das bedeutet aber noch lange nicht, daß wir in unserer Praxis jeden einzelnen Antisemiten, Ausländerfeind oder Frauenfeind individuell dann freisprechen bzw. entlasten. So vorzugehen oder zu denken (alles arme Mitläufer des Kapitals), ist gar nicht so menschenfreundlich, wie es sich zunächst vielleicht anhören mag. Es reduziert die Massen und die Individuen, die sie ausmachen, zu bloßen Befehlsempfängern, ohne eigenen Kopf und ohne eigenes Herz. Eine solche Betrachtung der Dinge reduziert den Kampf für den Sozialismus auf die Übernahme der Maschinen (dann verschwindet alles von selbst). In der Folge kann das leicht zu autoritären Konzeptionen führen, d.h. daß Widersprüche, die nicht sein dürfen, weil eigentlich die gesellschaftlichen Grundlagen doch andere sind, administrativ gelöst werden.

Eine "Kollektivschuld" für die Verbrechen des NS-Regimes existiert nicht — es existiert aber sehr wohl so etwas wie eine Kollektivhaftung für das Geschehen. Eine Kollektivhaftung, *"die in der Tat unabhängig ist von dem, was man selbst getan hat, und daher weder moralisch zu werten noch gar in strafrechtlichen Begriffen zu fassen ist"* (Hannah Arendt, "Eichmann in Jerusalem", S.25).

E., KB-Frankfurt

Gewalt gegen Frauen — Neues Stilmittel im AK ?

Ihr habt immer noch nicht kapiert, daß die Frauenfrage kein Nebenwiderspruch ist. Denn ein Bewußtsein für die Frauenfrage zeichnet sich nicht dadurch aus, daß Ihr den Frauen als Freiraum Frauenseiten überlaßt und in allen anderen „politischen" Artikeln erkennbar wird, daß Euch niemals klar wurde, welche Tragweite die Unterdrückung der Frau hat.

Wir sind empört über das Bild, mit dem Ihr die Buchbesprechung im AK 229, S. 39 ausgestattet habt. Wenn Ihr für die neue AK-Konzeption bei der bürgerlichen Presse lernt und mit Titeln, die Sensations- und Katastrophenmeldungen versprechen, zum Lesen locken wollt, dann können wir nur sagen: Nein danke, nicht mit uns. Diese Methode kennen wir zur Genüge. Nicht genug damit, daß Ihr das mehr wie blöde Zitat von Bah-

sagen: Nein danke, nicht mit uns. Diese Methode kennen wir zur Genüge. Nicht genug damit, daß Ihr das mehr wie blöde Zitat von Bah-

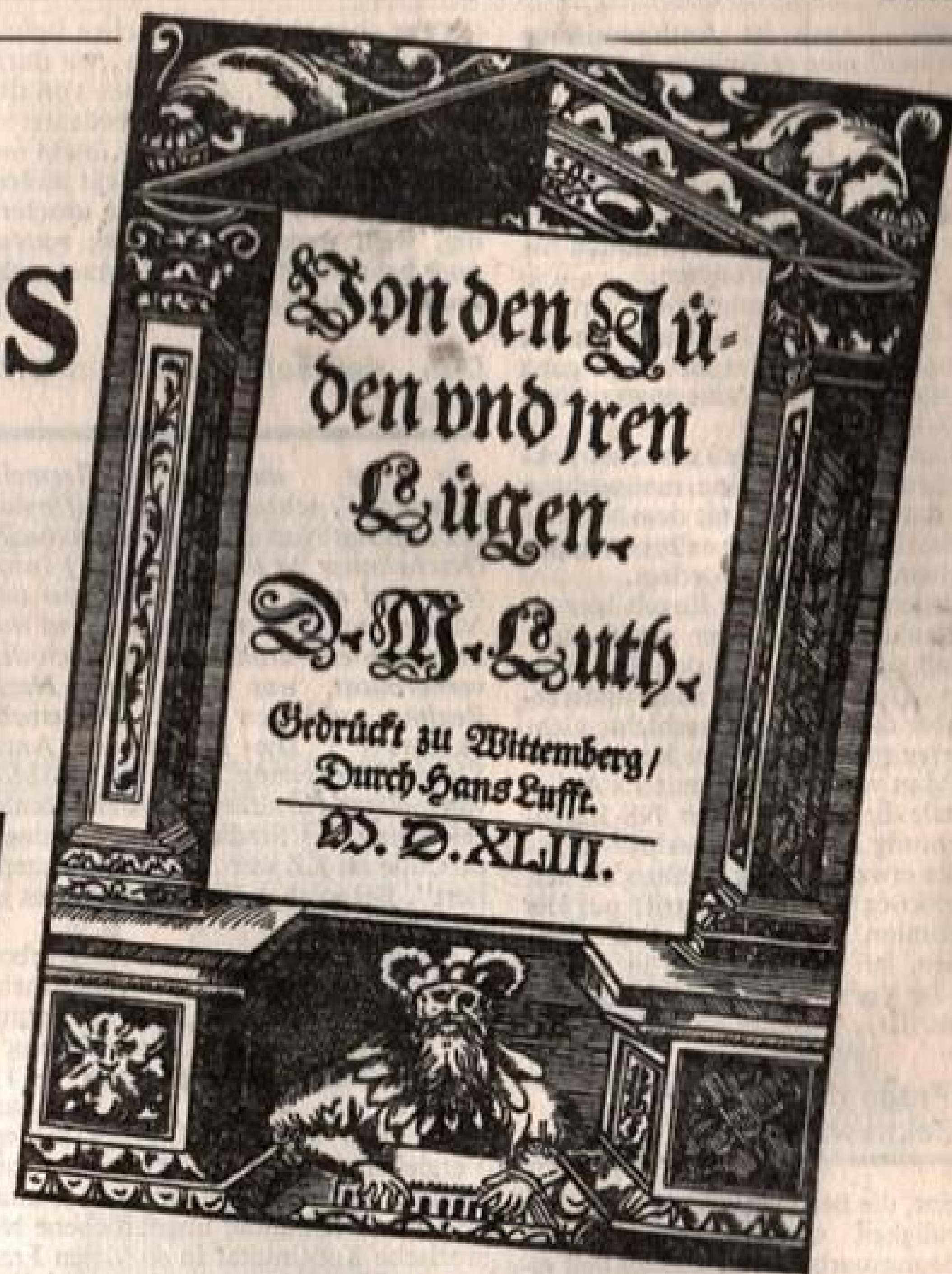
ro „dem Ungeheuer den Bauch aufschlitzen", als reißerischen Titel benutzt, Ihr untermalt es auch noch mit einem Bild, auf dem einer Frau offensichtlich der Bauch aufgeschlitzt wird. Erst ganz am Schluß des Artikels wird erwähnt, daß mit dem Ungeheuer die politischen Verhältnisse gemeint sind, die von der Friedensbewegung beseitigt werden müssen. Es gehört schon einige (männliche) Phantasie dazu, in diesen Zusammenhang ein Bild zu setzen, das das „Bauchaufschlitzen" nach transsylvanischer Methode zeigt.

Weniger originell ist es allerdings, das Ungeheuer durch eine Frau darzustellen. Immer und überall sind Frauen das Schlechte, das Böse, die männerverschlingenden Ungeheuer. Selbst wenn die Frau zur Freude der Männer abgelichtet wird, zur Zierde, als Lustobjekt, stellt sie gleichzeitig auch die Sünde dar, die die Männer ins Verderben stürzt. In dem Bild wird der Zusammenhang auch wieder sehr gut deutlich: Die Frau liegt ausgeliefert auf dem Rücken, die Beleuchtung und Anordnung sind so gewählt, daß ihr Busen zum Mittelpunkt wird — Sexobjekt oder Ungeheuer?

Mit sehr viel gutem Willen kann frau Euch vielleicht unterstellen, daß Ihr noch nie darüber nachgedacht habt und das Bild in diesem Zusammenhang irgendwie „witzig" findet. Unser Humor ist allerdings am Ende! Für uns bedeutet die Gewalt der Männer brutalste Realität. Ständig und überall sind wir Frauen bedroht. Vergewaltigungen, Morde und prügelnde Männer sind an der Tagesordnung. Dabei fängt die Gewalt, die uns trifft, nicht erst mit dem schlagenden Mann an, sondern die Darstellung und Verharmlosung von Gewalt gegen Frauen ist eine notwendige Voraussetzung dafür.

Claudia und Maike, Heidelberg

Zur Geschichte des Antisemitismus



Titelseite von Luthers antisemitischer Hetzschrift „Von den Juden und iren Luegen" (1543). Stichwortgeber für die protestantische Variante des kirchlichen Antisemitismus

Teil 1

Die NSDAP hat den Antisemitismus nicht erfunden. Jahrhunderte lang waren die Juden Opfer von Diskriminierungen, Verfolgungen, Pogromen. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Kirche: Von dem Zeitpunkt an, wo das Christentum Staatsreligion wurde, das heißt seit dem 4. Jahrhundert n. Chr., bestimmte sie zunächst (für zwölf Jahrhunderte) die Politik gegenüber den Juden.

„Die Missionare des Christentums erklärten einst: Ihr habt kein Recht, als Juden unter uns zu leben. Die nachfolgenden weltlichen Herrscher verkündeten: Ihr habt kein Recht, unter uns zu leben. Die deutschen Nazis schließlich verfügten: Ihr habt kein Recht zu leben" (R. Hilberg, „Die Vernichtung der europäischen Juden", S. 13; Olle u. Wolter, 1982). In mittelalterlichen Darstellungen wurde dem Teufel oft eine „jüdische" Physiognomie gegeben oder der Teufel trug einen „Judenfleck".

Luther schrieb in einer Zeit wachsenden Judenhasses, Gott habe dieses Volk *„mit wahnsinn, blindheit und rasen des hertzen"* bestraft (Luther, „Von den Juden und ihren Lügen", zit. nach Hilberg, S. 12). War die erste antijüdische Politik ein sog. Bekeh-

den Judenhasses, Gott habe dieses Volk *„mit wahnsinn, blindheit und rasen des hertzen"* bestraft (Luther, „Von den Juden und ihren Lügen", zit. nach Hilberg, S. 12). War die erste antijüdische Politik ein sog. Bekeh-

rungseifer, wurde dies zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert durch die Politik der Vertreibung abgelöst, nach dem Motto: entweder Konversion oder Vertreibung. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts taucht erstmals ein expliziter antijüdischer Rassismus in Gestalt antijüdischer Karikaturen auf. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts blieb im wesentlichen die mittelalterliche Rechtsverfassung für die Juden in Deutschland bestehen. Dieses schloß sie von den Erwerbstätigkeiten der Christen aus; Landbesitz, Teilnahme am geschützten bürgerlichen Handwerk und Handel, geistige Berufe waren ihnen untersagt. Die neue wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gegen Ende des 18. Jahrhunderts führte zur fortschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Integration der Juden in die Gesellschaft. 1869 wurde das Emanzipationsgesetz, das den Juden Rechtsgleichheit gewährte, vom Norddeutschen Bund beschlossen (1862: Baden, 1864: Württemberg, 1870: Bayern).

Im Zusammenhang mit der Weltmarktkrise von 1873 machten sich die katholische Kirche und die preußischen Konservativen den Antisemitismus wieder zu Nutzen. Um 1880 gab es die ersten Ansätze zu einem völkischen Antisemitismus in Form von Organisationen. Rassentheorien wurden entwickelt, bzw. waren bereits bekannt (Gobineau). Dabei waren Nationalismus und Antisemitismus eng verbunden (nicht nur in Deutschland: siehe Dreyfus-Affaire in Frankreich). Einen neuen Aufschwung nahm der Antisemitismus nach dem 1. Weltkrieg, nachdem sich um die Jahrhundertwende die gesellschaftliche Situation der Juden zunächst zu bessern schien.

In einer Artikelserie wollen wir auf die Geschichte des Antisemitismus speziell in Deutschland eingehen, sowie die sozialen und kulturellen Faktoren, die dazu beitrugen, erhellen.

Der nächste Teil im AK 232 wird die Situation der Juden im Mittelalter zum Thema haben.

Be. und E., KB-Frankfurt

Von der Antike bis zu den Kreuzzügen

Die Anfänge des Antijudaismus reichen eindeutig vor die christliche Zeit. Man kann demzufolge von einem heidnischen, vorchristlichen oder antiken Antisemitismus sprechen.

Die Juden in der Antike hatten zwar in Palästina noch ihren territorialen und geistigen Mittelpunkt. Aufgrund häufiger Kriege, die das Land zunehmend zerstörten, hatten sich die Juden aber im ganzen Römischen Reich und darüberhinaus ausgebreitet. Die Juden, die ca. 7-8% der Gesamtbevölkerung des Römischen Reichs ausmachten (ca. 1 Million Juden lebten in Palästina, 3-4 Millionen in der Diaspora), arbeiteten als Ackerbauern, Handwerker oder einfache Arbeiter. Sie nahmen Sprache und Kleidung der Gegend, in der sie wohnten, an und assimilierten sich rasch.

„Das vorchristliche Rom betrieb keine antijüdische Politik. Rom hatte zwar den unabhängigen jüdischen Staat Judäa zerschlagen, doch die Juden in Rom genossen Gleichheit vor dem Gesetz. Sie konnten Testamente errichten, gültige Ehen mit Römern abschließen und waren befähigt, Vormundschaften und ... Ämter zu übernehmen" (R. Hilberg, S. 11).

Nichts unterschied sie von allen anderen Völkern — außer ihrer Religion: Die Juden waren das einzige Volk, das den Glauben an einen einzigen Gott bekannte.

Ihre monotheistische Religion schrieb ihnen bestimmte Pflichten vor,

deren Völkern — außer ihrer Religion: Die Juden waren das einzige Volk, das den Glauben an einen einzigen Gott bekannte.

Ihre monotheistische Religion schrieb ihnen bestimmte Pflichten vor,

die im krassen Gegensatz zu den Praktiken der übrigen Untertanen Roms standen: „Du sollst keine anderen Götter neben mir haben". Dieses erste Gebot untersagte den Juden jeden gottesdienstlichen Akt für die Götter des Reiches wie auch für die zu göttlichem Rang ernannten Herrscher. Das vierte Gebot: „Der siebte Tag ist der Tag der Ruhe ...", brachte den Juden die 6-Tage-Woche. Da die Juden unnachgiebig in ihren Geboten waren, schlossen die Römer einige Kompromisse mit ihnen. Vor allem brauchten sie für den Kaiser keine Opfer zu bringen. Diese Privilegien waren natürlich Ursache für Konflikte und Eifersucht.

Auch das sogenannte „Zeichen der Erwählung", die Beschneidung des männlichen Juden, löste bei vielen Nicht-Juden Verwirrung aus. Hinzu kam noch das Gesetz, wonach die Juden keine Ehe mit Angehörigen anderer Völker schließen durften.

Der bekannteste und erste Antisemit dieser Zeit war Haman. Er war im 3. Jahrhundert v. Chr. Minister unter dem persischen König Ahasverus und wollte diesen gegen die Juden aufbringen, mit der Absicht, sie zu töten: *„Es gibt in allen deinen Provinzen deines Königreiches ein zerstreutes und gesondert wohnendes Volk, das im Vergleich zu allen übrigen Völkern andersartige Gesetze hat und das die Gesetze des Königs nicht hält"* (Esther III, 8).

Wenngleich es in der Antike kaum zu Ausbrüchen des Volkszorns gegen Juden kam, gab es bei den Intellektuellen dieser Zeit einen manifesten Antisemitismus. Eigentümlichkeiten in ihrem Verhalten und in ihren Sitten waren die einen Vorwürfe, keine Anpassung an die übrige Gemeinschaft waren die anderen. So schrieb etwa Horaz von „curtis judaeis" (von den verstümmelten Juden), Martial über den „reticutus" (beschnitten), Catull von „verpus priapus ille" (jenem geilen Menschen). Die eindeutigsten antijüdischen Stellungnahmen sind überliefert von Schreibern aus Alexandrien, wo eine starke jüdische Kolonie lebte. („Nie-

tus" (beschnitten), Catull von „verpus priapus ille" (jenem geilen Menschen). Die eindeutigsten antijüdischen Stellungnahmen sind überliefert von Schreibern aus Alexandrien, wo eine starke jüdische Kolonie lebte. („Nie-

mals essen und schlafen sie bei Fremden, und obwohl diese Rasse der Ausschweifung sehr zugetan ist, enthält sie sich doch jeden Verkehrs mit fremden Frauen"; Hecatäus von Abdera, 3. Jahrh. vor Chr., zitiert nach Poliakov, „Geschichte des Antisemitismus", Bd. I, S. 7). Diese Beschimpfungen hatten zum Teil ihren Ursprung in der erfolgreichen Ausbreitung des Judentums. So schrieb der jüdische Historiker Flavius Josephus: *„Seit langer Zeit legen die Massen ein brennendes Verlangen an den Tag, unsere religiösen Praktiken anzunehmen. Es gibt keine griechische Stadt, kein barbarisches Volk, keine Nation, auf die unser Brauch sich nicht erstrecken würde, sich am siebten Tag von der Arbeit fernzuhalten, und wo das Fasten, das Anzünden der Lampen und gar manche unserer Speisegebote nicht beobachtet würden"* (ebda. S.9). Umgekehrt unternahm zum Beispiel der jüdische Denker Philo aus Alexandria (Ägypten) den Versuch, griechische Philosophie mit den Vorschriften der Thora (jüd. „Gesetz", die fünf Bücher Mos) in Einklang zu bringen.

Christentum und Antisemitismus

Christentum und Antisemitismus

Im frühen 4. Jahrhundert hatte das Christentum unter der Herrschaft Konstantins in Rom zunehmend an Einfluß gewonnen und wurde schließlich Staatsreligion. Innerhalb von drei Jahrhunderten hatte sich die neue Lehre im ganzen Römischen Reich durchgesetzt.

Anfangs gab es zwischen Christen und Juden kaum Probleme: die Juden betrachteten die Christen als Mitglieder einer jüdischen Sekte. Sie beriefen sich beide auf den Gott Abrahams, verehrten das gleich heilige Buch, legten es bloß unterschiedlich aus. Die Wende kam mit dem Apostel Paulus, der die christliche Gemeinschaft von den Geboten des jüdischen Gesetzes und der Beschneidung löste.

Während sich die Juden von den Christen nicht bekehren ließen (wohl auch, um den im 3. Jahrhundert wachsenden Verfolgungen von Christen zu entgehen) und sich abgrenzten, erklärten die Christen die Juden zu einem kriminell-schuldigen Volk: Jesus wurde eine göttliche Natur gegeben und den Juden dessen Kreuzigung angelastet.

Dieser „Gottesmord", aus christlicher Sicht das größte Verbrechen überhaupt, bildet seitdem den Kern des christlichen Antisemitismus bis in die heutige Zeit. Da diese Anklage die zentrale Rolle im christlichen Antijudaismus spielt, wollen wir hier kurz den französischen Historiker Léon Polia-

haupt, bildet seitdem den Kern des christlichen Antisemitismus bis in die heutige Zeit. Da diese Anklage die zentrale Rolle im christlichen Antijudaismus spielt, wollen wir hier kurz den

französischen Historiker Léon Poliakov zu Wort kommen lassen. Wir können und wollen hier unmöglich den Jahrhunderte alten Streit über den Prozeß und die Kreuzigung von Jesus darstellen. Es scheint jedoch angebracht, die Darstellung des Neuen Testaments kritisch zu betrachten. Poliakov schreibt: *„Besonders ist jedoch hervorzuheben — denn dies ist ein wichtiger Gesichtspunkt —, daß der Bericht der Evangelien über den Prozeß Jesu recht viele unwahrscheinliche und widersprüchliche Aussagen aufweist, sodaß sogar die Bibelkritik innerhalb der Christenheit verschiedene Punkte in Zweifel gezogen hat"* (Anm.1)

Wie weit diese Bibelkritik geht, zeigt die Auffassung des französischen Historikers Charles Guignebert: *„ ... Dieser Prozeß ist offenkundig nur ein Kniff, der dazu noch ungeschickt angebracht wurde, um die hauptsächliche Verantwortung der Hinrichtung Jesu auf die Juden abzuwälzen ... Wahrscheinlich ist dagegen, daß der Nazarener von der römischen Polizei verhaftet und vom römischen Prokurator, von Pilatus oder einem anderen, gerichtet und verurteilt wurde"* (Anm. 2). Daß diese Einschätzung nicht ganz aus der Luft gegriffen scheint, zeigt auch die Tatsache, daß die Christen dem Apostel, der seinen Herren verraten hat, den Namen Judas gaben: sprachlich offensichtlich abgeleitet von Judäa, der Heimat der Juden.

Während die christliche Predigt, vor allem bei den Heiden, zunehmend an Einfluß gewann, hatten die Christen bei den Juden kaum Erfolg. Der Wettbewerb im Gewinnen von Anhängern trug demnach zu einer ständig wachsenden Polarisierung von Juden und Christen bei. Dabei stoßen wir auf die Anfänge des christlich-theologischen Antisemitismus: *„Sie sind Mörder des Herren, Totschläger des Propheten, haßerfüllte Rebellen gegen Gott; sie treten das Gesetz mit Füßen, leisten der Gnade Widerstand und verschmähen den Glauben ihrer Väter. Sie sind Statisten des Teufels, eine Rasse von Schlangen, Verräter, in ihrem Gehirn verdunkelte Verleumder, pharisäischer*



Jüdische Siedlungen in Deutschland vor 1238 (nach Germania Judaica)

Sauerteig, eine Versammlung von Dämonen, verflucht, verabscheuungswürdig, Feinde von allem, was schön ist …'' (Gregor von Nyssa, zit. bei Poliakov, S. 20). ,,*Die Synagoge ist ein Hurenhaus und ein Theater und dazu noch eine Räuberhöhle und Schlupfwinkel für wilde Tiere … Mit ihrem immer stinkenden Maul leben die Juden nur für ihren Bauch und führen sich nicht besser als die Schweine und die Böcke auf in ihrer schmierigen Grobheit und ihrer übertriebenen Gier. Sie verstehen sich nur auf eins, nämlich, sch vollzustopfen und sich zu betrinken …''* (Johannes Chrysostomos, zit. bei Poliakov, S. 22).

Nach dem Sieg der Kirche wurden zunächst die Privilegien, die die Juden bis dahin im Römischen Reich genossen hatten, aufgehoben. Anfang des 4. Jahrhunderts n. Chr. wird ihnen endgültig das Missionieren, d.h. das Bekehren zum Judentum, verboten. ,,*Das Judentum wird zur reinen Volksreligion. Religion und Geschichte des Volkes sind identisch. Der Römische Staat bedroht den, der zum Judentum übertritt, oder denjenigen, der für den jüdischen Glauben wirbt, mit der Todesstrafe. Ehe zwischen Juden und Christen wurden ebenfalls bei Todesstrafe verboten. Die judenfeindliche Gesetzgebung des christlich gewordenen römischen Staates findet ihren Abschluß unter Kaiser Theodosius II, der 439 die Juden rigoros von allen öffentlichen Ämtern ausschloß'' (Anm. 3).*

An der Schwelle zum Mittelalter verstärkte die Kirche die Unterdrückung der Juden. In Spanien kam es im 7. Jahrhundert zu Versklavung und Hinrichtungen. Im Fränkischen Reich des 9. Jahrhunderts waren viele Juden erfolgreiche Handelstreibende, Grundbesitzer und Bauern. Unter Ludwig dem Frommen ließen sie sich ,,Schutzbriefe'' aushändigen, die ihnen gestatteten, nach ihren Gesetzen zu leben. Da sie angesehen waren, begannen sie Anhänger unter den Christen zu werben. Dies erregte zunehmend die Geistlichkeit. Die Erzbischöfe Agobard und Amolon von Lyon waren wohl die bekanntesten Antisemiten dieser Periode. Sie verfochten eine strikte Trennung zwischen Juden und Christen, um ihre Gemeindemitglieder vor der Ansteckung durch das Judentum zu schützen. Doch führte dieser rein theologisch geführte Antijudaismus noch nicht zu Angriffen der Massen auf die Juden. Erst zu Beginn des Jahres 1.000 kommt es zu ersten Angriffen auf die Juden, da sie beschuldigt werden, sich an der Verfolgung von Christen im Heiligen Land zu beteiligen. In vielen Städten entlang des Rheins wurden Juden zwangsbekehrt, niedergemacht oder vertrieben.



Holzschnitt aus einem kirchlichen Pamphlet des 15. Jahrhunderts: Der Turm der Kirche wird angegriffen von Teufeln, Heiden, Türken und den „verblendeten" Juden (mit Augenbinden).

Die Kreuzzüge

Am 27. November 1095 rief Papst Urban II auf dem Konzil von Clermont-Ferrand zum ersten Kreuzzug auf. Uns soll hier nicht interessieren, welche wirtschaftlichen und kulturellen Folgen die Kreuzzüge für die Entwicklung des christlichen Abendlandes gehabt haben. Für die Juden hatten sie die ersten großen Massaker und unendliches Leid zur Folge. Ritter, Mönche und ungeordnete Haufen der Volksmassen machten sich mit dem Ruf ,,Gott will es'' auf den Weg ins Heilige Land. ,,*Auf ihre Kleider hatten sie das Zeichen des Kreuzes genäht. Was sie auch tun werden, eine ewige Glückseligkeit (!!) ist ihnen verheißen. Sie sind die Rächer Gottes, versehen mit dem Auftrag, alle Ungläubigen zu züchtigen, wo diese sich auch befinden mögen''* (Anm. 4). Der Feldzug war Ausdruck der von der Kirche abgesegneten ritterlichen Ideale. ,,Rache für Jesu Blut'' lautete die Devise der Kreuzfahrer, und sie war auch das Thema der Predigten, die zum Kreuzzug aufriefen und die Schwärme von Kreuzfahrern gegen die Juden aufbrachten. Ein jüdischer Chronist berichtete: ,,.... *Als sie durch*

(Anm. 4). Der Feldzug war Ausdruck der von der Kirche abgesegneten ritterlichen Ideale. ,,Rache für Jsu Blut'' lautete die Devise der Kreuzfahrer, und sie war auch das Thema der Predigten, die zum Kreuzzug aufriefen und die Schwärme von Kreuzfahrern gegen die Juden aufbrachten. Ein jüdischer Chronist berichtete: ,,.... Als sie durch

die Städte zogen, in denen Juden waren, sagten sie zueinander: Nun ziehen wir so weiten Weg, das ‚Haus der Schwachen und Vernichteten' (eine hebräische Bezeichnung für das Heilige Grab) aufzusuchen und an den Israeliten Rache zu nehmen; und siehe, hier mitten unter uns wohnen die Juden, deren Väter ihn unschuldig schlugen und kreuzigten. Wohlan, rächen wir uns zuerst an ihnen und rotten sie aus unter den Völkern, daß des Namens Israel nicht mehr gedacht werde; oder sie sollen so werden wie wir und sich zum ‚Sohn der Unzucht' (jüdische Bezeichnung für Jesus) bekennen'' (Anm. 5).

In den Gemeinden des Rheingebietes kam es zwischen April und Juni 1096 zu grauenhaften Ausschreitungen gegen Juden. Die jüdischen Führer erbaten den Schutz von Bischöfen und des Kaisers. Riesige Summen wurden an sie bezahlt, und zum Teil wurden den Juden daraufhin Befestigungen und Wachtruppen zur Verfügung gestellt. Die Städte jedoch öffneten den Kreuzfahrern die Tore. Die unausgebildeten und unausgerüsteten Juden verteidigten sich, so gut es möglich war. Zu Tausenden wurden sie von den bewaffneten Kriegern niedergemetzelt. Während die Reihe der Ausschreitungen in Rouen/Frankreich begann, sich dort jedoch nicht ausbreitete, kam es vor allem in Speyer, Worms, Mainz, Trier, Köln, Metz und Bamberg zu großen Blutbädern unter den Juden.

Die Juden von Mainz versuchten, sich zwei Tage mit der Waffe in der Hand zu verteidigen: ,, … *Als Emicho und alle Mitglieder seiner Bande Kriegsrat abgehalten hatten, gingen sie bei Sonnenaufgang daran, mit Hackenschlägen und Lanzen die Juden anzugreifen … Nachdem sie die Schlösser aufgebrochen und die Tore eingeschlagen hatten, trafen sie auf die Juden und töteten siebenhundert von ihnen, die vergeblich versuchten, sich gegen die zu stark überlegenen Kräfte zu verteidigen. Die Frauen wurden ebenfalls ermordet, und auch die kleinen Kinder ließ man unabhängig von ihrem Geschlecht über die Klinge springen. Als die Juden sahen, wie die Christen sich als Feinde gegen sie und ihre Kinder bewaffneten und dabei keinerlei Rücksicht auf die Schwäche von deren Alter nahmen, richteten sie ihrerseits die Waffe, die sie ergriffen hatten, gegen sich selbst, gegen ihre Glaubensgenossen, gegen ihre Frauen, ihre Kinder, ihre Mütter und ihre Schwestern, und brachten sich gegenseitig um. Eine zu entsetzliche Sache, um dies überhaupt zur Sprache zu bringen. Die Mütter ergriffen das Eisen und schnitten den Kindern, die sie noch säugten, die Kehle durch; sie vernichteten lieber sich selbst mit ihren eigenen Händen, als daß sie den Schlägen der Unbeschnittenen erlegen wären. Nur eine ganz geringe Zahl von Juden konnte diesem grausamen Morden entrinnen; nur einige nahmen die Taufe an, viele mehr aus Furcht vor dem Tod als aus Liebe zum christlichen Glauben''.* (Anm. 6). Auch die meisten Kölner Juden brachten sich lieber selbst um, als zum Christentum überzuwechseln.

Vorbild dieser Form des ,,Kiddusch Haschem'' (,,Heiligung des göttlichen Namens'', auch Begriff für Märtyrertod) ist der Massenselbstmord in der Bergfestung Masada: In aussichtsloser Lage im Kampf gegen römische Truppen brachten im Jahre 73 n. Chr. die Verteidiger Masadas ihre Angehörigen und sich selbst um. ,,*Die Tradition, um dieses Glaubens willen Tortur und Märtyrertod auf sich zu nehmen, bestand schon von altersher; seit der Zeit Hannas und ihrer sieben Söhne unter der Herrschaft Antiochus Epiphanes hatten die Juden die ausdrückliche halachische* (Anm. 7) *Vorschrift eingehalten, sich lieber erschlagen zu lassen als zu sündigen, wenn man von ihnen verlangte, eine der drei Übertretungen: Götzenanbetung, Inzest oder Blutvergießen zu begehen''.* (Anm. 8).

Es ist nicht bekannt, wieviele Juden durch die Kreuzzüge ermordet wurden. Angesichts der Massenmorde des Mittelalters ist diese Zahl noch relativ klein. Entscheidend für diese ersten Massaker bleibt, ,,*daß im Verlauf dieser Monate die Tradition eines heldenhaften und umfassenden Neins in Erscheinung tritt, das eine verschwindende Minderheit einer Mehrheit entgegenstellt. Es handelt sich um die Tradition der Hingabe des Lebens, ‚um den Namen zu heiligen', eine Tradition, die künftigen Generationen als Beispiel und Orientierung dient''.* (Anm. 9). Doch die Reihe der Massaker hörte nicht auf. Der zweite, besser vorbereitete Kreuzzug im Jahre 1146 brachte, ebenso wie die folgenden Kreuzzüge, Ausschreitungen und Massaker an Juden mit sich. Erstmals tauchte zu jener Zeit — in Deutschland und England gleichzeitig — die Beschuldigung des ,,Ritualmordes'' gegen Juden auf.

tete Kreuzzug im Jahre 1146 brachte, ebenso wie die folgenden Kreuzzüge, Ausschreitungen und Massaker an Juden mit sich. Erstmals tauchte zu jener Zeit — in Deutschland und England gleichzeitig — die Beschuldigung des ,,Ritualmordes'' gegen Juden auf.

Ritualmord und Hostienschändung

Zwischen 1144 und 1150 tauchten an drei verschiedenen Orten Anschuldigungen gegen Juden auf, denen man vorwarf, ein christliches Kind ermordet zu haben, um sich ,,dessen Blut anzueignen''. Hier bildete sich ein Phänomen in der Beziehung zwischen Christen und Juden heraus: die Verleumdung der Juden. Jede falsche Beschuldigung ließ das Bild der Juden noch grauenhafter erscheinen, und je schlimmer das Bild wurde, desto glaubwürdiger klangen die immer aufs neue erhobenen Beschuldigungen, die vor allem von Mönchen und Priestern in Umlauf gesetzt wurden. Nachdem im Jahre 1144 die Juden von Norwich in England beschuldigt worden waren, ein Christenkind ermordet zu haben, wurden Anschuldigungen dieser Art in ganz Europa gegen Juden vorgebracht. ,,*Diejenigen, die diesen Verleumdungen glaubten, behaupteten, daß es die Juden, sobald sie Christus gekreuzigt hatten, nach reinem, unschuldigen Blut dürstete. Da der seinerzeit Fleisch gewordene Gott nunmehr im Himmel sei, verlange es die Juden jetzt nach dem Blut der am wenigsten Schuldigen unter den Gläubigen, d.h. nach Kinderblut''* (Anm. 10).

Die zweite Anschuldigung kam erst nach dem vierten Laterankonzil von 1215 auf, bei dem entschieden wurde, daß sich Brot und Wein des Sakraments buchstäblich in Leib und Brot von Jesus verwandeln. ,,*Viele Christen begannen nun, an die Wundermacht der Hostie, auch als ein magisches Zaubermittel, zu glauben. Hier tat sich die innere Logik der Einstellung der Christen zu den Juden kund: Man wußte schon immer, daß die Juden bösartig waren. Den Fleisch gewordenen Gott, der gekommen war, sie zu erlösen, den wahrhaftigen Christus, der sich nun stofflich in der Hostie offenbarte, ihn hatten sie einst erschlagen. Was war denn von diesen Übeltätern anderes zu erwarten, als daß sie auch die Hostie quälen und schänden würden? Die erste Aufzeichnung einer Behauptung dieser Art datiert von 1243 aus einem Ort in der Nähe von Berlin. Für gewöhnlich lautete die Anklage folgendermaßen: Ein Jude habe einen Christen oder eine Christin bestochen oder bewogen, ihm ein Stück der Hostie zu verschaffen. Der Jude habe sie mit nach Hause oder in die Synagoge mitgenommen, wo sie (d.h. Jesus) übel zugerichtet worden sei. Ein Einzelner oder die Gemeinde hätte sie mit Pfriemen und Dornen durchstochen und auf ihr herumgetrampelt. Die Juden nähmen auch Gefahren auf sich, um ihr Verlangen, ‚Jesus noch einmal zu martern', zu stillen.*

Wurde ein Jude dieser Tat verdächtigt, unterzog man ihn einem Verhör mit Tortur. Ob er ‚bekannte' oder nicht, für gewöhnlich verbrannte man ihn und strafte auch seine Familie oder die ganze Gemeinde. Wegen angeblicher Hostienschändung sind jüdische

Wurde ein Jude dieser Tat verdächtigt, unterzog man ihn einem Verhör mit Tortur. Ob er ‚bekannte' oder nicht, für gewöhnlich verbrannte man ihn und strafte auch seine Familie oder die ganze Gemeinde. Wegen angeblicher Hostienschändung sind jüdische



Der kegelförmige „Judenhut" gehörte zu den diskriminierenden Kennzeichen, die den Juden von ihrer christlichen Umwelt aufgezwungen wurden. Im Bild: Disputierende Juden auf einem Holzschnitt um 1480.



Die Durchstechung von Hostien gehörte neben den „Ritualmorden" zu den beliebtesten kirchlichen Schauermärchen gegen die Juden. Meist war ein Pogrom die Folge derartiger Vorwürfe. Im Bild: Darstellung einer Hostiendurchstechung in einem Pamphlet um 1500.

Gemeinden weiter Gebiete ausgerottet worden. Zeichnet man das Auftreten dieser Verleumdung auf einer Landkarte ein, zeigt sich, daß die Mehrzahl der Orte, in denen sie erhoben wurden, im Deutschen Reich lag". (Anm. 11)

Als es immer häufiger zur Blutbeschuldigung kam, erklärten sowohl Kaiser Friedrich II. (1236, also 100 Jahre nach Beginn der Beschuldigungen) als auch der den Juden ansonsten überhaupt nicht freundlich gesonnene Papst Innozenz IV. (1247), daß diese Beschuldigungen unbegründet seien, da die Juden kein Blut für ihre Rituale bräuchten. Dennoch glaubte die Mehrheit der Christen weder dem Untersuchungsbericht des Kaisers noch dem Papst: die Verleumdungen gingen weiter und zahllose Juden mußten ihr Leben lassen. Die Blutbeschuldigungen setzten sich an die Stelle der Kreuzzüge, insofern diese Unternehmungen zum Vorwand für massenhafte Ausrottung gedient hatten.

Judenfleck

Im Laufe des 13. Jahrhunderts nahm die Aggressivität des Klerus gegenüber den Juden immer weiter zu. Im Kampf der Kirche gegen die weltliche Macht - des Kaisers und im Kampf gegen neu erwachende religiöse Bestrebungen im Christentum (v.a. die Bettelorden der Franziskaner und der Dominikaner) machte sich die Kirche immer mehr die antijüdischen Stimmungen im Volk zunutze. Papst Innozenz III. scheute sich nicht nur nicht, in seinen Schriften den Juden vorzuwerfen, sie brächten insgeheim Christen um. In dem von ihm 1215 einberufenen vierten Laterankonzil beschlossen fast 500 Kirchenfürsten aus aller Welt, die Juden durch einen sichtbaren Flecken zu kennzeichnen, um sie von den Christen zu unterscheiden. Diese Bestimmung bezeichnet das Erscheinen des „Schandflecks" in den christlichen Ländern, den (nicht nur) die Juden zu tragen hatten. Die entehrende Markierung war je nach Land unterschiedlich. War das Zeichen der Juden in Frankreich, Italien und Spanien ein kreisrunder Fleck auf der Kleidung, so mußten die Juden in Deutschland und Polen einen kegelförmigen Hut tragen. Die Folgeerscheinungen dieser Strafe ließen nicht lange auf sich warten. Vom 14. Jahrhundert an stellten christliche, aber z.T. jüdische Künstler selbst die Juden mit diesen Markierungen dar.

„Durch dieses sichtbare Kennzeichen, das von jetzt an den Beschnittenen charakterisiert, setzt sich im Bewußtsein der Nichtjuden die Anschauung fest, daß der Jude ein Mensch mit ganz anderem leiblichen, von seinen Nebenmenschen völlig verschiedenen Aussehen sei; diese Auffassung hat sicher zum Entstehen verschiedener Legenden und Verteufelungen beigetragen ... Aus diesen Legenden geht hervor, daß der Jude ein k ö r p e r l i c h von den anderen Menschen verschiedenes Wesen sei und daß er einem ganz anderen Bereich als dem Menschengeschlecht zugehöre" (Anm. 12).

Talmudprozeß

Die theologische Auseinandersetzung im Christentum verschärfte sich zu jener Zeit. Der Kampf gegen die Albigenser und die Waldenser brachte die Inquisition und den Dominikanerorden, zwei Organisationen, die zur Ausrottung jeder Art von „Irrlehren" gegründet wurden.

In den Jahren 1210 und 1215 verbot der Heilige Stuhl das Lehren der „Physik" und der „Metaphysik" des Aristoteles. Einige jüdische Theologen waren ebenso gegen die neuen rationalistischen Strömungen (deren jüdischer Hauptvertreter der berühmte Maimonides war) eingestellt. *„Da einige französische Rabbiner keine Zentralgewalt über die ‚Maimonisten' hatten, wandten sie sich an die Inquisitoren und baten diese, sie möchten doch als Wächter über die Reinheit des jüdischen Glaubens auftreten ... Es hat den Anschein, als sei auf Grund dieser Vorgänge das Interesse der Inquisition am Inhalt des Talmud wachgerufen worden"* (Anm. 13). Aufgrund des Vorwurfs, der Talmud sei gegen die Christen gerichtet, wandte sich der Papst an die Könige von Frankreich, England, Castilien und Aragon und ordnete eine Untersuchung über den Talmud an. In ganz Frankreich wurden Exemplare des Talmud beschlagnahmt, und 1240 begann in Paris eine große öffentliche Auseinandersetzung. Am Ende wurde der Talmud verurteilt und seine Exemplare feierlich verbrannt. Jetzt vergifteten die Juden nicht nur den Leib, sondern auch den Geist.

Am Ende des 13. Jahrhunderts waren somit Unterdrückung, Verfolgung, Vertreibung und Ermordung der Juden alltäglich. All dies bisher Geschilderte sollte aber ein Nichts sein gegenüber dem Sturm, der im 14. Jahrhundert über das europäische Judentum kommen sollte und es nahezu ausrottete.

Tabelle: Kanonische und nazistische antijüdische Maßnahmen

KANONISCHES RECHT	NAZIMASSNAHMEN
Verbot der Ehe und des geschlechtlichen Verkehrs zwischen Christen und Juden (Synode von Elvira, 306)	Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, 15. Sept. 1935 (RGBL. I, 1146)
Verbot der gemeinsamen Speiseneinnahme von Juden und Christen (Synode von Elvira, 306)	Juden wird die Benutzung von Speisewagen untersagt (Verkehrsminister an Innenminister, 30. Dezember 1939, NG-3995)
Juden ist es nicht erlaubt, öffentliche Ämter zu bekleiden (Synode von Clermont, 535)	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 7. April 1933 (RGBl. I, 175)
Juden ist es nicht erlaubt, christliche Knechte, Mägde oder Sklaven zu halten (3. Synode von Orleans, 538)	Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, 15. Sept. 1935 (RGBl. I, 1146)
Juden ist es nicht erlaubt, sich während der Karwoche auf den Straßen zu zeigen (3. Synode von Orleans, 538)	Polizeiverordnung zur Ermächtigung der Lokalbehörden, Juden an bestimmten Tagen (d.h. an Nazi-Feiertagen) von den Straßen zu verbannen, 28.Nov. 1938 (RBBl. I, 1676)
Verbrennung des Talmud und anderer jüdischer Schriften (12. Synode von Toledo, 681)	Bücherverbrennungen in Nazideutschland
Christen ist es untersagt, jüdische Ärzte zu Rate zu ziehen (Trullanische Synode, 692)	4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. Juli 1938 (RGBl. I, 969)
Christen ist es nicht erlaubt, bei Juden zu wohnen (Synode von Narbonne, 1050)	Anordnung Görings vom 28. Dez. 1938, wonach Juden in bestimmten Häusern zu konzentrieren seien (Bormann an Rosenberg, 17. Jan. 1939, PS-69)
Juden müssen gleich Christen den Kirchenzehnt entrichten (Synode von Gerona, 1078)	Die „Sozialausgleichsabgabe" vom 24. Dez. 1940, wonach Juden als Ausgleich für die den Nazis auferlegten Parteispenden eine besondere Einkommenssteuer zu entrichten haben (RGBl. I, 1666)
Verbot der Sonntagsarbeit (Synode von Szabolcs, 1092)	
Juden dürfen Christen nicht anklagen und können nicht Zeugen gegen Christen sein (3. Lateranisches Konzil, 1179, Kanon 26)	Vorschlag der Parteikanzlei, Juden die Erhebung von Zivilklagen zu verbieten, 9. Sept. 1942 (Bormann an Justizministerium, 9. Sept. 1942, NG-151)
Den Juden ist es verboten, ihre zum Christentum übergetretenen Glaubensbrüder zu enterben (3. Lateranisches Konzil, 1179)	Ermächtigung des Justizministeriums, Testamente, die das „gesunde Volksempfinden" beleidigen, für nichtig zu erklären, 31. Juli 1938 (RGBl. I, 973)
Juden müssen ein Unterscheidungszeichen an ihrer Kleidung tragen (4. Lateranisches Konzil, 1215. Als Vorbild diente ein Erlaß des Kalifen Omar II., 634 - 44, wonach Christen blaue und Juden gelbe Gürtel zu tragen hatten.)	Verordnung vom 1. Sept. (RGBl. I, 547)
Verbot des Synagogenbaus (Konzil von Oxford, 1222)	Zerstörung von Synagogen im gesamten Reich am 10. Nov. 1938 (Heydrich an Göring, 11.Nov. 1938, PS-3058)
Christen ist es nicht erlaubt, an jüdischen Feierlichkeiten teilzunehmen (Synode von Wien, 1267)	Verbot freundschaftlicher Beziehungen zu Juden vom 24. Okt. 1941 (Gestapo-Anordnung, L-15)
Juden dürfen mit einfachen Leuten nicht über den katholischen Glauben disputieren (Synode von Wien, 1267)	
Juden dürfen nur in Judenvierteln wohnen (Synode von Breslau, 1267)	Heydrich-Befehl vom 21. Sept. 1939 (PS-3363)
Christen ist es nicht erlaubt, Grund und Boden an Juden zu verkaufen oder zu verpachten (Synode von Ofen, 1279)	Verordnung vom 3. Dez. 1938, die den Zwangsverkauf jüdischen Grund und Bodens vorsah (RGBl. I, 1709)
Übertritt eines Christen zum Judentum oder Rückkehr eines getauften Juden zu seiner früheren Religion ist wie erwiesene Häresie zu behandeln (Synode von Mainz, 1310)	Der Übertritt eines Christen zur jüdischen Religion setzt ihn der Gefahr aus, als Jude behandelt zu werden; Urteil des Oberlandesgerichts Königsberg, 4. Zivilsenat, vom 26. Juni 1942 (in: *Die Judenfrage, Vertrauliche Beilage*, 1. Nov. 1942, S. 82, 83)
Verkauf oder Verpfändung kirchlicher Gegenstände an Juden sind verboten (Synode von Lavaur, 1368)	
Juden dürfen nicht als Unterhändler bei Verträgen zwischen Christen, insbesondere nicht als Vermittler von Ehen auftreten (Konzil von Basel, 1434, XIX. Sitzung)	Gesetz vom 6. Juli 1938 über die Auflösung jüdischer Grundstücks- und Immobilienagenturen sowie jüdischer Heiratsvermittlungsinstitute, die an Nichtjuden vermitteln (RGBl. I, 823)
Juden dürfen keine akademischen Grade erwerben (Konzil von Basel, 1434, XIX. Sitzung)	Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 (RGBl. I, 225)

(aus: R. Hilberg, „Die Vernichtung der europäischen Juden", Olle & Wolter, 1982)

Anmerkungen

1) Léon Poliakov: Geschichte des Antisemitismus, Bd. I, Worms 1977, S. 15
2) ebenda, S. 16
3) W. P. Eckert und E.L. Ehrlich: Judenhaß-Schuld der Christen ?!, Essen 1964, S. 25
4) Poliakov, S. 36
5) Geschichte des jüdischen Volkes, Herausgegeben von H.H. Ben-Sasson, München 1979, S. 36
6) Poliakov, S. 38
7) Halacha: gesetzlicher Teil der *mündlichen* jüdischen Überlieferungen
8) Geschichte des jüdischen Volkes, S. 40
9) Poliakov, S. 40
10) Geschichte des jüdischen Volkes, S. 119
11) ebenda, S. 120
12) Poliakov, S. 59
13) ebenda

Fortsetzung von S. 16:

DFG/VK: Ein pluralistischer Verband ...

am Folgetag. Sie beschlossen, in der DFG-VK weiterhin als Fraktion zu arbeiten. Es wurden eigene Arbeitsfelder geplant (Totalverweigerung, Abrüstung, KDV-Frage, Bündnispolitik, Rüstungsexport), ein Sprecherrat wurde gebildet, ihre Zeitschrift „intim" soll künftig regelmäßig erscheinen.

Kein Fraktionsrecht im „pluralistischen" Verband ?

Der Bundesvorstand schätzte nach dem 1. Kongreßteil das Kräfteverhältnis im Verband so ein : 40-50 Delegierte gehörten fest zu den „Kritischen Kräften", ein Drittel stände irgendwo zwischen ihnen und der Fraktion. In der DFG-VK, einem *„Bündnis unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Überzeugungen...ist Fraktionsbildung unsinnig und politisch unverantwortlich. Fraktionen können nicht anerkannt werden,"*, urteilte der Bundesvorstand. Eine „Doppelbesetzung" von Referaten sei ebenfalls nicht sinnvoll, das sei eine *„Harmonisierung an der falschen Stelle"*. Witzigerweise wurde dann den kritschen Kräften, denen ja nach diesem Verfahren keine andere Wahl als zu Konkurrenzschlachten bleibt, unterstellt, sie seien es, die *„eine bewußte, demonstrative Kraftprobe angesteuert"* hätten. „Einige Freunde" vom Bundesvorstand durften dann noch *„über ihre negativen Erfahrungen mit Vertretern der „KK", die in Landesverbandsgremien gewählt wurden"*, berichten (Zitate aus BuVo-Protokoll vom 18./19.12.82).

Die DFG-VK-Gruppe Hamburg, seit Jahren spezialisiert auf Angriffe gegen oppositionelle Kräfte in der DFG-VK, gab eine umfangreiche (aufgrund der Dokumentation sehr lesenswerte) 109-seitige Broschüre heraus. Sie steht unter dem bezeichnenden Arbeitstitel : *„Was die kritischen Kräfte wirklich wollen"* (die Spaltung ist natürlich gemeint). In den Zwischenkommentaren geben die Hamburger dann ihr Verständnis zum Besten; von pluralistisch besetzten Verbandsgremien haben diese Leute anscheinend noch nie etwas gehört, obwohl dies selbst in stinkbürgerlichen Vereinen, auch in der SPD, gang und gebe ist, nur nicht in der DFG-VK (und im „realen Sozialismus" bzw. auch schon seit den 20er Jahren in der KPdSU).

Es sei überhaupt ein „merkwürdiges Demokratieverständnis", wenn sich im Verband Strömungen zu besonderen Gruppen zusammenschlössen, bzw. einen Wechsel der Verbanbspolitik in ihrem Sinne herbeiführen wollten (S.49). (Es folgt dann ein Schwall von Unterstellungen) Alois Stoff aus NRW bringt es auf einen Nenner : *„Es wäre konsequent gewesen, wenn Cornelia Habisch von ihrer Kandidatur zurückgetreten wäre, nachdem die Gruppen sich mit großer Mehrheit für den Widerstand 83 in der Form entschieden haben, wie er im Antrag Nr. 1 formuliert wurde"* (gemeint ist der angenommene Leitantrag des Bundesvorstands). Mit dieser Mehrheitsvorstellung in der DFG-VK ist und bleibt der Verband ein Kuriosum. Die KOFAZ-Linie ist ja innerhalb der Friedensbewegung durchaus nicht eine Mehrheitsströmung, innerverbandlichen Minderheitsströmungen wird aber das Recht streitig gemacht, sich in diesem Verbande gesondert zu organisieren. Umgekehrt nimmt sich die Mehrheit das Recht organisierter Arbeit im Verband ohne weiteres heraus. Das erwähnte Vorstandsprotokoll ist voll von Maßnahmen, die der BuVo gegen die „Kritischen Kräfte" einzusetzen gedenkt. Das beginnt bei der besser abzustimmenden Regieführung auf dem Kongreß, beim Beklagen, daß viele, die „schon mal da waren", ihren Platz Neuen zur Verfügung gestellt hätten; das reicht dann bis hin zur Unterstellung, daß gerade solche die Vorgänge nicht genug kennen würden, in der Konfrontation *„zu spontanen und subjektiven Einscheidungen neigen"* würden. Auf diese Kräfte hin müsse zwischen den Kongressen hingearbeitet werden. Auch von der DKP ist ja bekannt, daß die DFG-VK-Arbeit regelmäßig in ihren Rechenschaftsberichten auf Parteitagen Gegenstand der Diskussion ist - keine organisierte Arbeit von Strömungen soll das sein ?

Die „Kritischen Kräfte" waren nach dem letzten Kongreß (in Witten) angetreten, um einen Pluralismus im Verband zu erreichen. Gerade dadurch, daß ihnen solche Rechte samt und sonders streitig gemacht werden, versucht die Mehrheit ihnen ja gerade einen Kampf um die Mehrheit aufzuzwingen, um dann ein umso wütenderes Geheul über ihre „Spaltungsabsichten" anzustimmen, was bereits nach dem 1. Kongreß-Teil in vollem Gange ist. Man stelle sich einmal vor, die „Kritischen Kräfte" würden tatsächlichen aus dem teilweisen Patt zu einer Mehrheit kommen und nach dem gleichen Muster mit der bisherigen Mehrheit verfahren. Da die jetzige Mehrheit von der These ausgeht, daß die „Kritischen Kräfte" den Verband, wie andere pazifistische WRT-Verbände in anderen Ländern, in die „Selbstisolierung" führen wollen, wäre wohl kaum anzuzweifeln, daß die heutigen Mehrheitskräfte ernsthaft an Spaltung denken würden.

Tatsächlich kam es in Westberlin, wo die „Kritischen Kräfte" die Mehrheit besitzen, zum folgenden denkwürdigen Vorgang : Nach bisheriger Regelung gibt es mangels Beteiligung nur Gruppensitzungen des Gesamtverbandes. Im Oktober 82 scherte dann die dortige Minderheit (Anhänger der Verbandsmehrheit) aus und gründete stattdessen einen Bezirksverband in eigener Regie. Dies ist zwar satzungsmäßig möglich, hebt aber die bisherige Struktur in Westberlin ohne Absprache auf. Der Landesvorstand verurteilte die Gründung der Gruppe Kreuzberg in diesem *„absolut undemokratische(n) und konspirative(n) Vorgehen"* als *„Satzungsverstoß"* und forderte die *„Initiatoren"* dieses Unternehmens auf, *„von sich aus den Verband zu verlassen und nicht weiterhin das Ansehen der pazifistischen DFG-VK zu schädigen"* (vom 29.10.82). Der BuVo bzw. einzelne Mitglieder waren sofort zur Stelle, um die Kreuzberger in Schutz zu nehmen, Heinrich Häberlein war sofort da, um hämisch zu bescheinigen, daß die Westberliner ihren *„eigenen Anspruch, „Basisdemokraten" sein zu wollen, verwirkt"* hätten (Schreiben vom 7.11.82).

Weshalb ist die DFG-VK-Opposition „spalterisch" ?

Sieht man sich die Behandlung der „Kritischen Kräfte" an, deren Positionen immerhin inzwischen im Verband breit bekannt geworden sind, so kann einem manchmal schon das Gruseln kommen : Der Landesausschuß der DFG-VK Bayerns stellte (laut Protokoll vom 11./12.12.82) fest, daß die Radikalen Pazfisten der DFG-VK folgende neue Schwerpunkte aufdrücken wollen : *„Totalverweigerung, einseitige Abrüstung des O s t e n s, K a l t e K r i e g s p o l i t i k statt Verständigung, Nichtzusammenarbeit mit Kommunisten, prinzipiell nur Bündnisse mit rein pazifistischen Organisationen"* (Hervorhebung durch uns). Hatten Radikalpazifisten behauptet, die Mehrheit des Verbandes bestünde aus *„bürgerlichen und taktischen Pazifisten"*, *„konsequente Strategien gegen die Kriegsvorbereitung"* würden *„blockiert"*, so wird daraus jetzt umgekehrt der Vorwurf des Bundesvorstands in seinem „Offenen Brief" an Gerd Bolte, daß statt „solidarischer innerverbandlicher Diskussion" hier das Mittel der „Diffamierungen" verwendet würde. Das ist insofern interessant, als selbst Klaus Mannhardt 1978 noch in einem Brief an den (West-)Berliner Landesverband geschrieben hatte, daß es *„Halbpazifismus"* sei, wenn Kräfte zwischen *„gerechten und ungerechten Kriegen"* unterschieden (die WRI-Plattform, den die DFG-VK und ihre Mitglieder selbst unterschrieben haben, macht diesen Unterschied nicht und hält jeden Krieg für ein „Verbrechen"). Man müsse aber mit diesen Kräften „praktisch" zusammenarbeiten, hatte Klaus Mannhardt damals verteidigt. Den Radikalpazifisten wird aber ihre inhaltliche Abgrenzung von solchen Vorstellungen als *„Ausgrenzung andersdenkender Positionen"* heute um die Ohren geschlagen, sie nähmen eine Einteilung in *„gute und böse, ehrliche und unehrliche, richtige und falsche Pazifisten"* vor.

Aber andererseits macht der Bundesvorstand in seinem Brief auch klar, daß es ihm in jedem Falle um den Erhalt einer „bürgerlich-pazifistischen" Mehrheit geht : *„Wer, wie Du, bürgerliche Pazifisten bekämpft, weil sie von der prinzipiellen Realisierbarkeit pazifistischer Programatik im Rahmen des bestehenden gesellschaftlichen Systems ausgehen und bürgerliches Politikverständnis erkennen lassen, der sollte sich von der bürgerlichen Geschichte des Verbandes lösen und ehrlich sagen, daß sich sein „Radikalpazifismus" erschöpft im Selbstausschluß aus dieser Organisation."*

Es ist offensichtlich, ein Übergewicht für Radikalpazifisten will die bisherige Verbandsmehrheit auf keinen Fall zulassen. Daß dann gleich noch ganz „normale" Minderheiten-Rechte für solche Radikalpazifisten nicht zugelassen werden, hat zur Folge, daß die DFG-VK in der Friedensbewegung trotz verschiedener Strömungen schlicht als Wurmfortsatz des KOFAZ-Flügels eingeordnet wird. Innerverbandlich wird dieses Verfahren weitere Konfrontationen zur Folge haben.

Zur Ideologie der alten Mehrheit

Autorität, Ordnung, Eigentum, Freiheit (auch wenn's um den Preis von weniger Gleichheit ist), Familie, Volk, Vertrauen, Ausgleich, Anpassung, „im Interesse Deutschlands", überhaupt: Grundwerte ...

Das sind einige der Standardbegriffe deutscher Konservativer, während dem vermeintlichen Gegner Liederlichkeit, Utopie, Veränderung, Aufbruch, Faulheit, Abstraktion, Revolution zugeordnet werden. Verschiedene Momente deutscher konservativer Ideologie sollen hier beleuchtet werden.

„Freedom is just another word for nothing left to loose" (J. Joplin, „Me and Bobby Mc Gee")

„*Der Engländer*", schrieb H. Heine 1828, „*liebt die Freiheit wie sein rechtmäßiges Weib, und wenn er sie auch nicht mit absonderlicher Zärtlichkeit behandelt, so weiß er sie doch im Notfall wie ein Mann zu verteidigen, und wehe dem rotgeröckten Burschen, der sich in ihr heiliges Schlafgemach drängt, sei es als Galan oder als Scherge.*

Der Franzose liebt die Freiheit wie seine erwählte Braut. Er glüht für sie, er flammt, er wirft sich zu ihren Füßen mit den überspanntesten Beteuerungen, er schlägt sich für sie auf Tod und Leben, er begeht für sie tausenderlei Torheiten.

Der Deutsche liebt seine Freiheit wie seine alte Großmutter ... Der Deutsche wird aber seine alte Großmutter nie ganz vor die Türe stoßen, er wird ihr immer ein Plätzchen am Herde gönnen, wo sie den horchenden Kindern ihre Märchen erzählen kann. Wenn einst was Gott verhüte, in der ganzen Welt die Freiheit verschwunden ist, so wird ein deutscher Träumer sie in seinen Träumen wieder entdecken" (Heinrich Heine, „Englische Fragmente", Goldmann 1964, S. 154).

1925 äußerte sich die ehemalige „Nationalliberale Partei", inzwischen „Deutsche Volkspartei", wie folgt zur Frage Demokratie und Liberalismus: „*Nationale Pflichten stehen über den bürgerlichen Rechten ... Demokratie und Liberalismus sind nicht Dinge, die sich ergänzen, sondern Dinge, die sich ausschließen. Liberal sein heißt, über persönlichen und parteilichen Egoismus hinaus erfüllt sein von der Hingabe ans Ganze, dessen Glied der Einzelne darstellt, gleichgültig, ob dieses ‚Ganze' unerfreulich oder erfreulich ist.*" Und Max Weber im Gespräch mit Ludendorff: „*In der Demokratie wählt das Volk seinen Führer, dem es vertraut. Dann sagt der Gewählte: ‚man hält den Mund und pariert'. Ludendorff: ‚Solche Demokratie kann mir gefallen*'"(1).

Heinrich Mann portraitierte im „Untertan" (1928 erstmals erschienen) in der Person von Diederich Heßling einen der Lieblingsbürger solcher Demokraten. Diederich Heßling, der „*ein weichs Kind war, das am liebsten träumte, sich vor allem fürchtete und viel an den Ohren litt*", und „*ungern im Winter die warme Stube, im Sommer den engen Garten*" verließ (2), sah im Kaiser „***die allerhöchste Person***" (3): „*... Auf dem Pferd dort, unter dem Tor der siegreichen Einmärsche, und mit Zügen steinernd und blitzend, ritt die Macht! Die Macht, die über uns hingeht und deren Hufe wir küssen! Die über Hunger, Trotz und Hohn hingeht! Gegen die wir nichts können, weil wir alle sie lieben! Die wir im Blut haben, weil wir die Unterwerfung darin haben! Ein Atom sind wir von ihr, ein verschwindendes Molekül von etwas, das sie ausgespuckt hat! Jeder Einzelne ein Nichts*" (4).

Tristan statt Voltaire ...

Die Konservativen greifen heute, mangels anderer, auf alte Ideologen zurück. An denen gibt es bekanntlich in der deutschen Geschichte keinen Mangel, siehe die präfaschistischen Lebensphilosophen Klages, Rosenberg, Jünger, Spengler, Nietzsche. Hinzu gesellen sich A. Gehlen und diverse katholische Ideologen. Verschiedene von diesen erfahren heute eine von den Konservativen organisierte Renaissance. Die Verleihung des Goethe-Preises 1982 an Ernst Jünger durch die Wallmann-CDU in Frankfurt ging Dreggers Appell voraus: „**Endlich aus dem Schatten Hitlers treten**". Zuvor, 1969, hatte der damalige CDU/CSU-Kanzler erklärt: Ein Volk, das „**diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen**" (Kiesinger). Welcher Art diese „Trennung" von „Hitlers Schatten" ist, zeigt z.B. ein Blick auf Jüngers Positionen. Bevor aber die verschiedenen konservativen ideologischen Leitmotive dargestellt werden, noch einiges zur Erläuterung des konservativen Selbstverständnisses:

Der Konservativismus selber versteht sich als Gegensatz zum Rationalismus und zur Aufklärung. Sozusagen nach dem Motto: Lieber Tristan als Voltaire.

Für Konservative sind Nationalsozialismus und Konservativismus zwei völlig voneinander getrennte geschichtliche Strömungen. Der Nationalsozialismus wird als die deutsche Variante eines gesamteuropäischen, „abendländischen" Phänomens betrachtet und somit relativiert.

Die Ursache des Nationalsozialismus, bzw. überhaupt des Faschismus erblicken die Konservativen in der Demokratie. Ohnehin ist der Nationalsozialismus für Konservative der „metaphysische Milchbruder" des Kommunismus. „*Beide haben ihre Wurzeln bei Rousseau, dem Urvater der modernen Demokratie, und bei Robespierre, dem Vater des modernen Terrors*" (5).

Der Staat oder das Chaos

Zentrum konservativer Theorien ist die Institutionslehre. Beispielsweise diejenige des Arnold Gehlen. Gehlen ist ein Lieblingsphilosoph der CDU/CSU, und erfreut sich auch bei der französischen „Neuen Rechten" großer Sympathie.

Gehlen geht vom Gegensatzpaar Chaos/Institution aus.

Das Chaos ist dabei der Naturzustand einer institutionslosen Welt, in die durch eine quasi wider- oder übernatürliche Anstrengung Ordnung mittels Institutionen gebracht wird. Im Gehlenschen Sprachgebrauch ist Chaos demzufolge Synonym für Angst, Tod, Natürlichkeit (sprich Primitivität) und Institution Synonym für Leben, Frieden, Ordnung und Göttlichkeit.

Wenn an diesen - göttlichen - Institutionen gerüttelt wird, dann ist der Mensch geradezu wieder zum Affen-auf-dem-Baum geworden:„*Die Querschiebungen in den Menschen als Resultate der Erschütterung der Institutionen wirken sich als Primitivisierungen aus, ihr Verhalten erinnert an die angestrengten Verständigungsbemühungen der Taubstummen*" (6).

Da eine „*ewige Revolution gegen die Bestimmung des Menschen zur Kreatur, zur harten Notwendigkeit und zu mühseligen Pflichten*" stattfindet, aus der „*der Mensch immer natürlicher und schreckenerregender hervorgeht*", müssen „*Elite und schöpferische Minderheiten die ungemeine Herausforderung annehmen*". Diese „schöpferischen Minderheiten" zeichnen sich durch die „**kriegerische, germanische Tugend**" aus:„... **Die Vornehmheit des Ethos des Kampfes von Mann zu Mann**" (7).

Bei den von der „Elite" geschaffenen Institutionen muß auf eine strikte Trennung von Staat und Gesellschaft geachtet werden.

Jede Abschwächung dieses Dualismus Staat/Gesellschaft - im übrigen ein Kernstück (deutscher) konservativer Ideologie - führe nämlich zu entsprechenden Einbußen an „Freiheit".

Die Gesellschaft, also das Volk, wird prinzipiell unter den Verdacht des Chaos bzw. der Anarchie gestellt. Beides bedeute im Endeffekt „*Totalitarismus*".

Insofern ist das Volk also umso freier, je stärker die Institutionen bzw. der Staat sind.„*Nur ein starker Staat kann die Völker davor schützen, zum Kriegsschauplatz revolutionärer Auseinandersetzungen zu werden*" (8).

Wie sich das Individuum bzw. das Volk seinerseits gegen einen totalitären Staat wehren kann, wird logischerweise nicht erläutert. Das Volk muß eben vor allem dafür sorgen, daß es zu keiner Massendemokratie kommt, dann gibt es auch keinen totalitären Staat.

Diese verblüffende Logik trifft mensch auch im Alltag: erinnern wir uns an die Kampagne gegen das Volksbegehren „Keine Startbahn West". Damals erläuterte Wallmann (CDU-OB in Frankfurt), sekundiert von Börner (SPD-Ministerpräsident), was unter Anarchie, Diktatur, Widerstandsrecht und Staat bzw. Demokratie zu verstehen sei.

„*Der Widerstand*", meinte Wallmann, „*muß darauf gerichtet sein, die bestehende Ordnung zu sichern*". Die bestehende Ordnung ist durch die „*Herrschaftsbefugnis des Staates*" gesichert („FAZ", 27.11.81). „*Jeder darüberhinausgehende Versuch, ein vermeintliches Widerstandsrecht für - wie immer geartete - Interessen in Anspruch zu nehmen, müßte den Bürgerkrieg (!) in diesem Land auslösen*" (ebenda). So schwebten wir monatelang in Hessen, aufgrund des skandalösen Versuchs von Teilen des Volkes, ihren Willen durchzusetzen, in einem Zustand zwischen „**Anarchie und Diktatur**" (Börner).

Im gleichen Sinnzusammenhang steht auch das Urteil gegen Alexander Schubart: die regierende „Elite" muß im Interesse Aller ungestört regieren dürfen. Demokratie - als Herrschaft des Volkes über sich selber - ist den Konservativen ein Greuel schlechthin, eine „N ö t i g u n g".

Gehlen dazu:„*Das Übel ist der Anspruch auf ein gleiches Dasein des Glücks für alle*". (9).

Demokratie oder Gleichheit, das heißt bei Konservativen: Egalitarismus, Egalisierung, egalitärer Kollektivismus, proletarisches Einerlei, Gleichmacherei, Gleichschaltung, Massenmenschen, Nivellierung der Werte etc. pp.

„*Man kann sich in der Tat kein furchtbareres Attentat auf die Gesamtsumme des Glücks vorstellen als diese Gleichheit der Startbedingungen, denn, nach der aristokratischen Art, in der nun einmal die höheren Gaben des Geistes und des Charakters auf wenige verteilt sind, wird nur eine Minderheit daran profitieren, die Mehrheit aber umso unglücklicher sein*" (10).

Dieses furchtbare Attentat führt zum „*genormten Menschen ..., zur Schrumpfung der Person..., zum Verlust der Eigentlichkeit*" (11).

Gott mit uns!

Es gibt zahlreiche Theoretiker der katholischen Soziallehre, wovon hier nur einige genannt werden sollen. Es handelt sich u.a. um Autoren, die während der 50er Jahre in der „Abendländischen Akademie" zusammenkamen wie beispielsweise Friedrich August Freiherr von der Heydte (in anderen Zeiten Anhänger der NSDAP).



„Krieg und Kunst, das ist eine griechische, eine deutsche, eine arische Lösung"

Heinrich Heine
(„Zeitgedichte", in: „Gedichte", Aufbau-Verlag, 1982).

Wir schlafen ganz, wie Brutus schlief —
Doch jener erwachte und bohrte tief
In Cäsars Brust das kalte Messer!
Die Römer waren Tyrannenfresser.

Wir sind keine Römer, wir rauchen Tabak.
Ein jedes Volk hat seinen Geschmack,
Ein jedes Volk hat seine Größe;
In Schwaben kocht man die besten Klöße.

Wir sind Germanen, gemütlich und brav,
Wir schlafen gesunden Pflanzenschlaf,
Und wenn wir erwachen, pflegt uns zu dürsten,
Doch nicht nach dem Blute unserer Fürsten.

Wir sind so treu wie Eichenholz,
Auch Lindenholz, drauf sind wir stolz;
Im Land der Eichen und der Linden
Wird niemals sich ein Brutus finden.

Und wenn auch ein Brutus unter uns wär,
Den Cäsar fänd er nimmermehr,
Vergeblich würd er den Cäsar suchen;
Wir haben gute Pfefferkuchen.

Wir haben sechsunddreißig Herrn
(Ist nicht zuviel), und einen Stern
Trägt jeder schützend auf seinem Herzen
Und er braucht nicht zu fürchten die Ideen des Märzen.

Wir nennen sie Väter, und Vaterland
Benennen wir dasjenige Land,
Das erbeigentümlich gehört den Fürsten;
Wir lieben auch Sauerkraut mit Würsten.

Wenn unser Vater spazierengeht,
Ziehn wir den Hut mit Pietät;
Deutschland, die fromme Kinderstube
Ist keine römische Mördergrube.

Soll der „Störfaktor Bürger" vielleicht ausgeschaltet werden?

‚Staat wird gewaltsame Demonstration mit Gewalt beantworten'

CDU: Die SPD lügt und ist unanständig

„Deutsche müssen sich distanzieren"

Kohl: 1983 kein Jahr großer Versprechungen

Kanzler zum Jahresende: Lieber jetzt kleinere Opfer

Bei nationalem Gebetsfrühstück würde Carstens mitmachen

Oberfeldwebel lieferte Neo-Nazi Waffen ins Walddepot

Freisprüche in NS-Prozeß

Grüne des Verrats bezichtigt

Göttliches Bier, aber sterbenslangweilige Wochenenden

Von der Heydte war CSU-Mitglied, hatte einen Lehrstuhl an der Würzburger Universität, war Statthalter der deutschen Statthalterei des Ritterordens vom Heiligen Grabe (uff!), Mitbegründer der Organisationen „Rettet die Freiheit" und „Deutscher Kreis 1958", sowie zeitweise Vorsitzender der „Abendländischen Akademie".

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang noch die Bischöfe von Paderborn und Eichstätte, der katholische Theologe Dr. Michael Schmaus sowie der ehemalige Präsident des BVGs Dr. Richard Jaeger und Otto von Habsburg. Schließlich der berühmt-berüchtigte Kardinal Höffner.

In seiner „Christlichen Gesellschaftslehre" geht auch er vom zwingenden Bedarf des Menschen an Institutionen (sprich am Staat) aus, da er noch nicht den Grad an Vollkommenheit erreicht habe, der diese überflüssig machen würde.

„*Der Ursprung der Zwangs- und Strafgewalt des Staates liegt ... in der Sünde begründet ... Der Staat hat aber nicht im Fürsten der Sünde, im Satan, seinen Ursprung, sondern in Gott*". (12).

Freilich werden „im kommenden Reiche Gottes" Staat, Ehe und Privateigentum verschwinden. Die Verfügungsgewalt über die Güter dieser Erde hätte zwar „*Gott ... ursprünglich der ganzen Menschheit zugewiesen*". Dies sei aber im Diesseits nicht verwirklichbar, weil sonst „*Arbeitsunlust, Unordnung und Unfriede die Erreichung des Sachziels der Wirtschaft vereiteln würden*". Wie mensch sieht, können auch Kardinäle sehr weltliche Sorgen haben. Das Nutzungsr e c h t aller an den Erdengütern wird zwar gepredigt, das Privateigentum ist aber heilig. Nicht das Leben des Menschen, der sogenannten Kreatur Gottes, steht im Mittelpunkt der Sorge, sondern der Schutz der bestehenden Ordnung, sprich des Privateigentums samt seiner Schutzinstitutionen (Staat, Ehe usw). Es darf eben „*keine gefährliche Lähmung der Unternehmernitiative und damit eine verhängnisvolle Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft* "geben. Die sog. „nüchterne Analyse der katholischen Soziallehre" übersehe nicht, „*daß diese unabdingbaren humanen Ziele* (Gleichheit aller - Anm. AK) *langfristig nicht auf Kosten einer funktionstüchtigen Wirtschaft zu erreichen sind*" (13).

Wenn die göttliche Ordnung auf Erden gefährdet wird, dann fackeln auch Kardinäle nicht lange: „*Daß es gerechte Kriege geben kann, ist einhellige Lehre der katholischen theologischen Tradition*" (14).

Kampf gegen Konvention und Autorität



Th. Th. Heine: „Vor Gericht"

Diejenigen „Chaoten" im gehlenschen Sinne, bzw. „Utopisten" in höffnerscher Sprache, die den Christus gekreuzigt haben, sind die Gleichen, die die französische Revolution oder die Oktoberrevolution gemacht haben. In einem Wort, das sind Marxisten und Juden zugleich: „*Die marxistische Endzeitlehre ist eine innerweltliche Heilsverheißung. Karl Marx hat das Schicksal des jüdischen Volkes - die Knechtung in Ägypten und den Aufbruch ins Gelobte Land - sowie die alttestamentarische Erwartung des messianischen Heils säkularisiert und in unsere Zeit - in die Zeit nach Jesus Christus - verlagert, eine umstürzende Verkürzung und Nachäffung des der ganzen Menschheit in Jesus Christus geschenkten Heils. Der Marxismus ist das Anti-Evangelium*" (15).

Eine zentrale Rolle spielt innerhalb der katholischen Soziallehre die Familie als Urzelle und Leitbild des irdischen Gemeinschaftslebens, wobei die „natürliche" Autorität des guten alten Patriarchen wiederhergestellt gehört. Gesellschaftliche Vorbilder erblickten diese Gläubigen namentlich im ehemaligen Portugal Salazars. Wie Otto von Habsburg meint: „**Im Mittelalter war die Welt noch in Ordnung**". Insbesondere erfreuen sich die katholischen Ideologen an der neu gewonnenen Popularität des sogenannten „Subsidiaritätsprinzips". Dieses hat seine Heimat eben in der katholischen Soziallehre.

rität des sogenannten „Subsidiaritätsprinzips". Dieses hat seine Heimat eben in der katholischen Soziallehre.



Wilhelm Leibl: Drei Frauen in der Kirche (1878 — 1881). Hamburg, Kunsthalle

Der Staat ist Hüter und Vorkämpfer des „Naturrechts", er ist Wahrer der „Freiheit". Er ist zwar das Autorität besitzende Organ dieser Gesellschaft, aber gemäß dem „Subsidiaritätsprinzip" ist er dennoch nicht die einzige Ordnungs- und Rechtsquelle. Es gibt nämlich im Diesseits keinen „wahren Staat"; dies wäre „Utopie und Häresie", weil Vorwegnahme des „Endes der Zeiten" bzw. des „kommenden Reichs Gottes". „*Je mehr ein höchstes Gut bzw. ein letztes Ziel für das menschliche Leben ausgeschlossen wird und die Furcht vor dem Tod als das größte Übel an die Stelle des Strebens nach diesem Gut tritt, desto mehr reduziert sich die Glückseligkeit des Menschen auf ein beständiges Fortschreiten von Wunsch zu Wunsch*" (16).

Auch Gehlen ist der Meinung, daß das „*Ertragen des Negativen das Höchste*" ist (17). Diese vernebelnde-verklausulierte Sprache meint nichts anderes als eben das freiwillige Ertragen von Unterdrückung und Ausbeutung, das ganze veredelt durch die Hingabe an irgendetwas „Großes", „Ganzes", das sich entweder „göttliche Ordnung" oder „heiliger Staat" usw. schimpft. Gemeint ist dabei auch nichts als die heilige — kapitalistische — Ordnung. Dieser Zynismus soll durch irgendeine Sinnfrage verklärt werden: „*Der Mensch will nicht frei sein, sondern er will in einem Sinnzusammenhang stehen*" (18) — er bedarf „*irrationaler Stützen, nach deren rationaler Grundlage man nicht fragen soll*" (19).

Wer denkt, zweifelt, und wer zweifelt ...

Der Geist, so Ludwig Klages, sei „*Widersacher der Seele*" (20). Wenn der Mensch in das Reich des Intellekts hineinwachse, verdorre seine Seele (21). „*Verstand, was gehört zu ihm? Logik, Berechnung, Spekulation, Banken, Börsen, Zinsen, Dividenden, Kapitalismus, Karriere, Schiebung, Wucher, Marxismus, Gauner und Spitzbuben*" (22).

Ende des 19. Jahrhunderte schlugen in Deutschland die Wogen von Nationalismus und Antisemitismus hoch. Es war an und für sich betrachtet kein auf Deutschland begrenztes Phänomen — der Unterschied aber zum Beispiel zum Dreyfus-Frankreich, der auch die besondere Stärke und entsetzlichen späteren Folgen dieses neuen Pangermanismus miterklärt, liegt darin, daß im Gegensatz zu Frankreich (1789) die konservativ-klerikalen Kräfte in Deutschland nie die Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft verloren haben. Die „Natur" nahm einen zentralen Platz ein, sowie mehr oder weniger mythologische Begriffe wie Blut, Boden, Rasse, Volkstum.

Unabänderliche Naturgesetze walten mithin über den Menschen; der Herrschaftsanspruch einer Nation als rassenbedingter Gemeinschaft ist demzufolge eine Naturpflicht, der man folgen muß. Der „Arier" oder das „Nordisch-Deutsche" wurde gerne mit dem sogenannten „Faustischen" („stets strebend bemüht", tatkräftig usw.) gleichgesetzt, während zum Beispiel einem Heinrich Heine mehr eine Mephisto-Seele zugesprochen wurde. Die Germanen seien der eigentliche Ursprung der Menschheit, mit Siegfried als Sonnengott und Wotan als nordischem Heilsbringer.

Houston Stewart Chamberlain, der vom Rassentheoretiker Gobineau beinflußte Schwiegersohn Wagners, schrieb: Der Germane sei „*zwar lustig, lebensvoll, ehrgeizig, leichtsinnig, er trinkt und spielt, er jagt und raubt, plötzlich aber besinnt er sich, das große Rätsel des Daseins nimmt ihn ganz gefangen, nicht jedoch als ein rein rationalistisches Problem, sondern als ein unmittelbares, zwingendes Lebensbedürfnis ... Nicht verstehen, sondern sein, das ist, wohin es ihn drängt ...*" (23). Eben: „*Heil des Ariers Edelfarben/blau und gold — treu und echt/Blauer Himmel — Goldne Sonne/Blaue Flut und goldnes Feld/Blaue Augen, goldne Haare/sind das Schönste auf der Welt/Blau und Gold ist Nordlandsflagge/Schwedens, Schleswigs altes Recht/Heil des Ariers Edelfarben/Blau und goldentreu und echt*" (24).

Das Schwärmen für die „germanische Irrationalität" findet mensch nicht nur rechtsaußen und auch nicht nur in vergangenen Zeiten: Ein Thomas Schmid, Mitherausgeber des „Freibeuters" (früher bei der „Autonomie") ist da auch nicht ganz ohne: „*Ich kann nicht leugnen, daß ich von diesem deutschen Hang zum Absoluten, von dieser Verbohrtheit und Dickschädeligkeit auch fasziniert bin: den Sachen auf den Grund gehen, auch auf den Grund des Schreckens, nicht beim seichten Common Sense stehen bleiben, tief, unergründlich, rätselhaft sein. Gegenpart dazu sind die angelsächsischen Kulturen: verschiedene Ansätze, Lebensweisen können nebeneinander bestehen ... Die angelsächsische Toleranz ist eine Tugend, und uns Deutschen geht sie weithin ab. Aber sie hat auch Negatives: alles dulden, an der Oberfläche bleiben, alles mit allem vereinbaren und versöhnen wollen, Seichtigkeit*" (25)(Unterstreichungen im Original).

Genauso wie „Demokratie" sind Vernunft und Rationalität den Konservativen und Rechtsextremisten ein Greuel. Nach Hitler darf der Mensch „*niemals in den Irrsinn verfallen, zu glauben, daß er wirklich zum Herrn und Meister der Natur aufgerückt*" sei. Der „*jüdische Verstandeskult*" zerstöre ein Volk, wo doch gerade der völkische Staat sich nicht „*auf das Einpumpen bloßen Wissens*" einstellen müsse, sondern „*in erster Linie auf die Heranzüchtung kerngesunder Körper achten*" solle. Ein Volk von Gelehrten führe nämlich nur zum „*feigen Pazifismus*" (26).

Von der „freien linksorientierten Intelligenz" kommt auch heute für die Konservativen einer der Hauptgefahren. „*Das sind sozusagen jetzt die Partisanen des Klassenkampfes, deren Machtbedürfnisse in keiner Weise abgesättigt sind, eine Quasi-Aristokratie, die den Ansturm auf die schon unstabile Staatsautorität führt: Theologen, Soziologen, Philosophen, Redakteure und Studenten bilden den Kern. Diese aggressiven Intellektuellen wollen nämlich dasselbe, was sie im 18. Jahrhundert schon wollten und damals erreichten: die maßgebende gesellschaftliche Macht*" (26). Vor ihnen muß man das Volk schützen, ggf. durch Bücherverbrennungen, Berufsverbote etc. ... Denn sie verderben das Volk: „*Das sind unsere schlimmsten Feinde! Die mit ihrer sogenannten feinen Bildung, die alles antasten, was uns Deutschen heilig ist!*" — der Meinung ist auch Diederich Heßling, H. Manns Untertan (27).

Raubtiere, blonde Bestien und Krämerseelen

Von Nietzsche zu Jünger über Spengler — alle schwärmen sie für die „*blonde*



Hugo Lederer: Bismarck (1906). Hamburg

Bestie", für das (germanische) „Raubtier". Krieg und Kunst ist nämlich eine „*griechische, eine deutsche, eine arische Lösung*" (28). Enthusiastisch schrieb Nietzsche: „*Wir dürfen wieder hoffen! Unsere d e u t s c h e Mission ist noch nicht vorbei! Ich bin mutiger denn je — denn noch nicht alles ist unter französisch-jüdischer Verflachung und ‚Eleganz' und unter dem gierigen Treiben der ‚Jetztzeit' zugrunde gegangen. Es gibt noch Tapferkeit, und zwar deutsche Tapferkeit!*" (29). Militarismus, schwärmte der Nächste, das sei der „*zum kriegerischen Geist aufgestiegene heldische Geist. Er ist Potsdam und Weimar in höchster Vereinigung. Er ist Faust und Zarathustra und Beethoven-Partitur im Schützengraben*" *(30)*. Während laut Jünger der



Georg Kolbe: Krieger und Genius (1905). Berlin, Nationalgalerie

Krieg „*unser Vater*" sei, sei Demokratie eben „*undeutsch*" (E.J. Jung). Die „*großen Raubtiere*" (O. Spengler) sind die „*edlen Geschöpfe in vollkommener Art und ohne die Verlogenheit menschlicher Moral aus Schwäche*". Strauß sprach anläßlich seines Chile-Besuchs Ähnliches aus: „*Man muß sich darüber im klaren sein, daß es bei einem Putsch nicht zugeht, wie wenn Franziskaner Suppe verteilen*" („Stuttgarter Nachrichten", 25.11.77).

Gegen die „demokratische Gleichmacherei" bzw. die „Sklavenmoral" muß die gegliederte Gesellschaft mit der Elite an der Spitze her — sprich mit den edelsten der „großen Raubtiere". Diese Urgliederung der Gesellschaft in Elite einerseits und Masse andererseits ist ein zentrales Element konservativen Denkens. In einer solchen Gesellschaft ist freilich kein Platz für „Krämerseelen" (Jünger), und irgendein Humanismus ist dabei auch nicht gefragt: In der „humanistischen Moral" sieht Gehlen „*feministische Einschüsse: Hang zur Sicherheit und Komfort, Sorge für Nestwärme, verringertes Risiko und Wohlstand bedeuten Pazifismus und ‚Staatswurzigkeit'* " (31). Das Gretchen des Raubtiers ist dabei „*Liebe, Güte, Zärtlichkeit*" (N. Blüm) — eben die Erholung des Kriegers. Es bekommt „*volle Individualität erst im Moment der Hingebung. Es ist das Wellenmädchen, das seelenlos durch die Wogen seines Elements dahinrauscht, bis es durch die Liebe eines Mannes erst die Seele empfängt*" (Richard Wagner). Die Welt „*unserer wunderbaren deutschen Frauen*" (Kanzler Kohl) ist ganz einfach „*die des Mannes*" (Hitler).

„Im deutschen Interesse"

Im letzten Wahlkampf wurde wieder viel von „Deutschland" geredet, ob von CDU, ob von SPD. Auch heute stehen wir vor hehren Aufgaben, denn „*Europa kann nicht gesunden, wenn die BRD nicht wieder ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird*" („Bayernkurier", 6.12.75). Zunächst muß zuhause wieder alles rein und sauber werden, dort haben „*zuviele zulange auf Kosten anderer gelebt*" (Kohl-Regierungsrede vom 13.10.82). Gegen den sogenannten Wohlfahrtsstaat, den Versorgungsstaat, den Berechtigungsstaat, kurzum gegen den sogenannten „Sozialstaat", dessen „*Macher und Heilsbringer nicht den Wirklichkeitssinn geschärft haben, die Selbstverantwortung nicht gestärkt und die geistigen Veranwortungen der Zeit verkannt haben*", braucht das deutsche Volk „*wieder die Tugenden der Klugheit, des Mutes und des Maßes*" (ebda.). Die angeborenen Klugen sollen regieren, ungenötigt versteht sich, die Mutigen germanisch-tapfer Pershing II installieren und die Maßvollen sich Lohn und Gehälter kürzen lassen. Den geistigen Verantwortungen der Zeit wird dabei mit Bafög- und anderen Streichungen begegnet.

Und dann? „*Wir hoffen — das ist unser Ziel — daß es uns mit Gottes Hilfe gelingen wird, das deutsche Volk aufwärts zu führen, und beizutragen zum Frieden in Europa und in der Welt*" (Zitat von Adenauer, Kohls Schlußwort beim Regierungsantritt, s.o.). Mit Gottes Hilfe in den dritten Welt„frieden" ... Der maßvolle Bürger soll gefälligst nur noch folgendes beten:

„Herr! Schicke, was Du willst
Ein Liebes oder Leides;
Ich bin vergnügt, daß beides
Aus Deinen Händen quillt.
Wollest mit Freuden
Und wollest mit Leiden
Mich nicht überschütten!
Doch in der Mitten
Liegt holdes Bescheiden"
(Möricke)

„Freedom is just another word ..."

E., KB-Frankfurt

Anmerkungen

1. Klaus Horn, „Zur Formierung der Innerlichkeit", in: „Der CDU-Staat", Szeznesny-Verlag, München 1967, S. 183
2. Heinrich Mann, „Der Untertan", 1918 Ersterscheinung, DTV 1954, S. 5
3. Heinrich Mann, „Der Untertan", S. 46
4. Heinrich Mann, „Der Untertan", S. 46
5. Armin Mohler, „Was die Deutschen fürchten", Stuttgart 1965, zit. nach Helga Grebing, „Konservative gegen die Demokratie", EVA 1971, S. 17
6. Arnold Gehlen, „Anthropologische Forschung", 1961, S. 72/73. Diese „Primitivisierung" trifft, laut Gehlen, auch und selbstverständlich für sozialistische Befreiungsbewegungen zu: „*Unverkennbar war die Primitivisierung dieser Gestaltung, bewußt wird sie mitgeführt und festgehalten, so wie die Soldaten Castros ihre Urwaldbärte nicht ablegen, und jener weiß um die Verunsicherung und das tastende Zögern des Publikums angesichts dieser Künste*"; S. 73, ebda., zit. nach Franz J. Hinkelammert, „Die Radikalisierung der Christdemokraten", Rotbuch 1975.
7. Ebda. S. 67/73. „*Ihnen waren hochgewertete Tugenden wie Tapferkeit, Offenheit, Gehorsam zugeordnet, überhaupt prägte gerade diese Seite der Kultur dem Leben insgesamt einen männlichen Stil auf, und die ungeheure Distanz zur heutigen Zeit wird an der Feststellung deutlich, daß die kriegerische Tugend allein adelte*".
8. Ernst Forsthoff, „Verfassung und Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik", S. 414, zit. nach Helga Grebing (s.o.), S. 115.
9. Arnold Gehlen, Referat auf einer Jahrestagung der „Abendländischen Akademie". Zum Vergleich: „*Verzichten auch Sie langsam auf etwas Komfort, denn es wird am Ende keiner gewogen danach, was er aus seinen Möglichkeiten in diesem Leben gemacht hat*"; CDU-MdB Marx, „Welt" 1.12.75
10. Wilhelm Röpke, „Jenseits von Angebot und Nachfrage", Zürich 1958, S. 317, zit. nach Helga Grebing (s.o.), S. 212

Zum Vergleich:
„*Ein Volk ist eben nie, wie alle Rationalisten das gerne haben möchten, eine Summe gleicher Individuen, es ist immer einem wohlgegliederten Organismus zu vergleichen, in dem es Unter- und Überordnungen gibt und geben soll*", Arnold Gehlen, „Wort und Wahrheit", 1956, S. 667, zit. nach Helga Grebing (s.o.), S. 215

11. Eugen Gerstenmaier, „Masse und Demokratie", Band II, Stuttgart 1962, S. 95
12. Kardinal Höffner, „Christliche Gesellschaftslehre", 1975. „*Der mit Zwangsgewalt ausgestattete Staat gehört dem Äon zwischen Sündenfall und Wiederkunft des Herrn an. Im kommenden Reiche Gottes wird es den Staat ebensowenig geben wie die naturrechtlichen Institutionen der Ehe und des Eigentums*"; ebda., S. 220-221. Verdammte dieser Erde, frohlocket!
13. Ebda., S. 151, 183. Das Zitat: „Die nüchterne Analyse ... zu erreichen sind" ist von Döpfner (FR, 19.4.75)
14. Höffner (s.o.) S. 231. „*Das Schwertrecht des Staates ist eine eindringliche Anerkennung der Unantastbarkeit höchster menschlicher Güter, besonders des menschlichen Lebens. Die Heiligkeit der Gottesordnung wird durch die Todesstrafe — auch in diesem Äon als mächtig erwiesen*".
15. Höffner, (s.o.), S. 171/172. Höffner bezieht sich auf alttestamentarische Aussagen wie bei Jesaja: „*Nicht wird es dort ein Kind von nur wenigen Tagen geben noch einen Greis, der nicht seine Tage auslebt. Denn der Jüngling wird als Hundertjähriger sterben*" (Jesaja, 65, 20) bzw.: „*Die werden Häuser bauen und darin wohnen, Weinberge pflanzen und ihre Frucht selbst genießen. Nicht werden sie bauen und ein anderer wird* *und ihre Frucht selbst genießen. Nicht werden sie bauen und ein anderer wird* *darin wohnen, nicht werden sie pflanzen und ein anderer wird es genießen. Denn die Tage meines Volkes werden wie die Lebenstage eines Baumes sein, was ihre Hände gearbeitet haben, werden meine Auserwählten selbst verbrauchen*" (Jesaja, 65, 21/22). Eine Absage sozusagen an Profit und Mehrwert ...
16. Dr. Manfred Spieker, Köln, „Sozialstaat und Subsidaritätsprinzip", FAZ, 13.11.82. Das Zitat, das Spieker dort verwendet, stammt von Th. Hobbes.
17. Arnold Gehlen, „Anthropologische Forschung", 1961, S. 72/73
18. Armin Mohler, „Was die Deutschen fürchten", Stuttgart 1965, zit. nach Helga Grebing (s.o.), S.19
19. Golo Mann, „Konservative Politik und konservative Charaktere", 1953, zit. nach Helga Grebing (s.o.), S. 19
20. Ludwig Klages, „Der Geist als Widersacher der Seele", Leipzig 1929.
21. Wilhelm Stapel, „Der christliche Nationalismus — eine Theologie des Nationalismus".
22. Hans Schemm, „Hans Schemm spricht — Seine Reden und sein Werk", Bayreuth 1935, zit. nach Hermann Glaser, „Spießerideologie", Ullstein 1978, S. 68-69
23. H.S. Chamberlain, zit. nach Hermann Glaser, „Spießerideologie", S. 98
24. K. Weinländer, „Rassenkunde, Rassenpädagogik und Rassenpolitik", Weißenburg 1933, zit. nach Hermann Glaser, S. 99
25. „Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland", Berlin 1978, S. 122 (mehrere Herausgeber, u.a. Thomas Schmid).
26. Hitler, „Mein Kampf", zit. nach Hermann Glaser, S. 69
27. Heinrich Mann, „Der Untertan", S. 372
28. J. Langbehn, „Rembrandt als Erzieher", Leipzig 1891, zit. nach Glaser, S. 30
29. Nietzsche an Freiherrn von Gersdorff, 21.6.1871, Werke, ed. Schlechze, II, 1092f
30. W. Sombart, „Händler und Helden", 1915, S. 85, zit. nach Hermann Glaser, S. 30
31. Arnold Gehlen, zit. nach Helga Grebing (s.o.), S. 236



Ein heißer Film im kalten Krieg

Atomic Café

"Hi, Brad, du bist eben über Hiroshima geflogen. Wie sieht's denn da aus?" — "Wie nach einem Fußballspiel ..."

Zur gleichen Zeit Bilder aus dem zerstörten Hiroshima, später Bilder von Kranken, dazu dann diese oder ähnliche geschmacklose Texte. Unbarmherzig aufeinandergeschnitten. Der ganze Film ist nur aus Originalen — nichts ist hinzugegeben. Ein Bild der USA während der 40er und 50er Jahre. Aus Propagandafilmen, aus Wochenschauen und Radiosendungen wurde ein Bild montiert, das einen manchmal belustigt lächeln läßt, aber im nächsten Moment schon wieder vor Schreck erschauern läßt. Nie kommen die Kinobesucher außer Atem, alles geht Schlag auf Schlag. A- und H-Bombenexplosionen von hinten, von vorne und von oben. Den US-Bürgern sollte mit solchen Propagandafilmen die Angst vor der Bombe genommen werden. Immer wieder wird darauf aufmerksam gemacht, daß es ja jeden Moment losgehen kann. Der Film ist böse und zynisch. Er dokumentiert nicht nur die Propaganda, er zeigt die Situation in den antikommunistisch aufgeheizten USA. Erschütternde letzte Bilder von Julius und Ethel Rosenberg. Sie waren Juden und schütternde letzte Bilder von Julius und Ethel Rosenberg. Sie waren Juden und Atomforscher und wurden in einer beispiellosen antisemitischen und antikommunistischen Kampagne der Spionage für die Sowjetunion beschuldigt. Der Vorwurf konnte nicht belegt werden, trotzdem starben die Rosenbergs auf dem Elektrischen Stuhl. Der Henker ist ganze zwei Minuten im Bild und beschreibt das lange Sterben der Rosenbergs: Julius war bei der gleichen Stromstärke, die Ethel tötete, noch am Leben. Er erzählt, daß sie Julius mit soviel Strom töteten, daß Rauch aus seinem Kopf stieg. Er schließt mit den Worten: *"Jetzt stehen sie vor ihrem Schöpfer. Sie werden ihm viel zu erzählen haben"*. Die Heuchelei treibt Tränen. Dann ein Ausschnitt aus einem Trainingsfilm der US-Army, wo es schwierig ist, ernst zu bleiben. Soldaten im Koreakrieg werden über die raffinierte Propaganda der Kommunisten aufgeklärt: Da steht eine Frau, natürlich mit Nickelbrille, **denn alle Kommunisten tragen eine Nickelbrille ...** da steht also diese Frau auf einer Orangenkiste, mit einem Schild *"COMMUNISTS WANT PEACE"*, und hält Reden. Der Film war todernst. Na dann, jetzt haben wir eine neue Perspektive: Wir stellen uns an jeder Ecke auf Orangenkisten und spielen Hyde-Park. Später noch ein Film über "Die-Russen-sind-da"-Übungen in amerikanischen Kleinstädten. Da übernehmen für 24 Stunden die "Kommunisten" die Macht. Erstmal legen sie alles lahm, die Strom- und Wasserversorgung, die Zeitung, weil erstmal alle Personen des öffentlichen Lebens eingesperrt werden. Dann wird das Essen rationiert und jede/r kriegt nur noch eine halbe Kelle Suppe pro Tag, und dafür müssen sie dann von morgens bis abends demonstrieren. Natürlich in ordentlichen Dreierreihen, die Faust geballt. Mit Schildern *"Stalin is our leader"*. Jawoll, so mögen wir's.

Der Film birgt viele Überraschungen. Er ist geschmacklos und genial. Kein Film, in den wir zweimal gehen. Einmal reicht. Ich könnte mir vorstellen, daß einige der werten Leser/innen sich jetzt abgeschreckt fühlen, in diesen Film zu gehen. Nur keine Hemmungen: Als ich den Film sah, ging kein Mensch vorzeitig raus. Von den Bildern her ist der Film nicht so hart wie WAR-GAME. Ich finde ihn aber deswegen härter, weil er zeigt, wie offensichtlich Verdummung ist, und wie die Leute auch noch wie Lemminge hinterher rennen. Diese dummdreiste Propaganda wird einfach durch bestimmte Sequenzen entlarvt. Zum Beispiel wird dort das Lied *"Come with me in my atomic shelter"* einer Aufnahme einer H-Bombenexplosion unterlegt, nach der die Soldaten auf den Atompilz zugehen. Diese glücklichen Familienväter der die Soldaten auf den Atompilz zugehen. Diese glücklichen Familienväter tun das mit einer treudoofen Gelassenheit, daß einem/einer nur noch die Kinnlade runterklappt. Solche Lieder wie *"Atomic shelter"* oder *"Atom bomb baby"* waren damals richtig populär! Heute wäre so etwas wohl nicht möglich, in einer Zeit von "Ein bißchen Frieden". Ich war richtig erschrocken, weil ich bisher dachte, daß sogar Dummheit eine Untergrenze hat. Nach dem Bericht aus der Kleinstadt meint der Moderator, der in einem typischen 50er-Jahre-Wohnzimmer steht, daß solche Filme notwendig sind, damit auch in Zukunft *"noch viele hübsche, nützliche Einkaufszentren gebaut werden können. Mit vielen Parkplätzen!"* Mir wird schlecht. Der Film endet mit einer Sequenz aus einem Ernstfallfilm: Nach dem A-Bombenabwurf krabbelt die glückliche Kleinfamilie aus ihrem Bunker. Sie stehen im Wohnzimmer, der Vater hebt einen zersplitterten Rahmen auf und meint: *"Wir sind noch einmal gut davon gekommen. Nun laßt uns aufräumen!"* Mit einem Lächeln gehen sie an die Arbeit.

Der Film ist in New York seit 14 Wochen ausverkauft, er ist zu einem Kulturfilm geworden. **Hoffe, daß er es in der BRD auch wird.**

tj., Kulturkommission

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; ☎: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00.
Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

„Denn Marx war vor allem Revolutionär" (Friedrich Engels)

Zum hundertsten Todestag von Karl Marx

Wer eigentlich war Karl Marx und: Wie war er?

Marx, denke ich, das war sein Schaffen, das uns vor allem in seinen Werken überliefert ist.

Nein, widerspricht mir da **Karl Heinzen**, ein Zeitgenosse von Marx, der ihn 1842 als Redakteur der „Rheinischen Zeitung" kennengelernt hatte: *„Aus bloßen Schriften lernt man keinen Menschen richtig beurteilen."* Gut, da hat er recht, der Heinzen, und weiß auch gleich einen Ausweg: *„Man muß ihn persönlich vor sich haben, ihn physiognomisch und physiologisch studieren, um ein richtiges Bild seines ganzen Wesens zu erlangen."* Wozu Heinzen uns eine *„Photographie des großen Mannes"* gibt. Und die sieht so aus:

„K. Marx stammt von jüdischen Eltern aus Trier her, und der orientalische Typus ist seiner originellen Erscheinung auf eine ganz frappante Weise aufgeprägt. Sein liederlich verworrenes Haar ist kohlschwarz und ein Teint schmutzig gelb. Ob dies Schmutzige zur natürlichen Komplexion gehört oder von außen erworbene Zutat ist — für welche Zutat er eine große Liebhaberei besitzt —, läßt sich nicht immer so deutlich unterscheiden wie der Schmutz an seinen Hemden und Kleidern von deren ursprünglicher Farbe. Seine nicht hohe, halb verdeckte Stirn ist ein merkwürdiges Knorrengewächs, namentlich ausgezeichnet durch die hervorragenden Knoten über den Augen, zu welchen das Gegengewicht bedeutende Organe von destructiveness (zerstörerischen Charakter — Ann. d. Hrg.) hinter den weit auseinanderstehenden Ohren bilden. Der ganzen Gehirnpartie des Mannes fehlt, wie seinen Zügen, das Element des Edlen und des Idealen. In den, von den erwähnten Knorren überdeckten, kleinen, dunklen, kurzsichtigen Augen spielt ein aus Geist und Bosheit gemischtes Feuer, das aber selten eigentlich widerwärtig leuchtet, da die ganze Erscheinung sofort den Eindruck macht, daß die Disposition zur Bosheit durch den Mangel an Kraft gewissermaßen unschuldig wird. Dadurch erhält unser Freund den Stempel einer Kuriosität, an der mansich amüsiert, während er, wenn er imponieren und Furcht erregen sollte, ins Tierisch-Widerwärtige und Wilde übergehen müßte. Aber als Tiger hat die Natur diese Persönlichkeit nicht angelegt; sie blieb auf halbem Wege stehen und machte einen Affen aus ihm. Man erkennt sofort, daß er nicht auf Zerreißen und Erwürgen ausgeht, sondern eher aufs Kratzen, Gesichterschneiden, Kotwerfen und sonstige Tücken. Er ist ein Mittelding zwischen einem Affen und einer Katze. Wenn man seinen kleinen Augen noch eine kleine, plumpe, wie aus einem Dreckknorren geformte Nase und diesen zudringlich komischen Mund hinzufügt, dessen nach Hohn und Spott schadenfroh ausgreifende dicke Unterlippe einen halben Zoll weit vor der Oberlippe herausragt, so hat man eine Physiognomie vor sich, die sofort an das boshafteste Affentum erinnert, ohne daß die einzelnen Züge mit denen es Affen eigentlich übereinstimmen. Trotz diesem abscheulichen Kompositum physiognomischer Abnormitäten macht dennoch das Gesicht, namentlich wenn es lächelt, nicht gerade einen unangenehmen Eindruck. Und dies rührt daher, daß es Geist verrät und daß man sich, wie gesagt, an dem Eigentümer amüsieren muß, wenn man nicht gerade persönlich von seiner Liebenswürdigkeit zu leiden hat.

Man begreift sofort, daß eine so gebildete Natur einem Feind nicht offen und ehrlich zu Leibe geht, sondern daß ihre entsprechendsten Mittel Lüge und Verleumdung, Tücke und Intrige sein müssen. Von Treue und Verlaß, Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit, Ehre und Charakter ist bei einem solchen Menschen keine Rede, darauf muß man von vornherein verzichten. Bei allem Talent ist Herr Marx geistig ein bloßer Dialektiker und Sophist, und den übersetzt sein gemeiner Charakter in die Praxis unmittelbar als Lügner und Intriganten." (1)

Etwaige Feuchtigkeit im Antlitz der geneigten Leserschaft nach der Lektüre dieser Enthüllungen rührt übrigens, sofern nicht von Lachtränen, von Heinzens spritzendem Geifer her ...

***

Hören wir einen zweiten Zeitzeugen, den russischen Gutsbesitzer und liberalen Kritiker Pavel Vasiljević Annenkov, der 1846 bei einer Diskussion zwischen Wilhelm Weltling und Karl Marx zugegen war:

„Marx selbst stellte den Typus eines Menschen dar, der aus Energie, Willenskraft und unbeugsamer Überzeugung bestand, ein Typus, der auch der äußeren Erscheinung nach höchst merkwürdig war. Eine dichte, schwarze Mähne auf dem Kopfe, die Hände mit Haaren bedeckt, den Rock schief zugeknöpft, hatte er dennoch das Aussehen eines Mannes, der das Recht und die Macht hat, Achtung zu fordern, wenn sein Aussehen und sein Tun auch seltsam genug erscheinen mochte. Seine Bewegungen waren eckig, aber kühn und selbstsicher; seine Manieren liefen allen gesellschaftlichen Umgangsformen geradezu zuwider. Aber sie waren stolz, mit einem Anfluge von Verachtung, und seine metallische Stimme stimmte merkwürdig überein mit den radikalen Urteilen, die er über Men-

tung, und seine metallische Stimme stimmte merkwürdig überein mit den

radikalen Urteilen, die er über Menschen und Dinge fällte. Er sprach nicht anders als in keinen Widerspruch duldenden Urteilen, die übrigens noch durch einen schmerzlich scharfen Ton, der alles, was er sprach, durchdrang, verschärft wurden. Diese Note drückte die feste Überzeugung von seiner Mission aus, die Geister zu beherrschen, ihnen seinen Willen aufzuzwingen und sie mitzureißen. Vor mir stand die Verkörperung eines demokratischen Diktators, wie sie der Phantasie vorschweben mochte. ...

Gleich bei der ersten Begegnung lud mich Marx zu einer Besprechung ein, die am nächsten Tage mit dem Schneider Weitling, der in Deutschland damals eine ziemlich große Arbeiterpartei hinter sich hatte, bei ihm stattfinden sollte. Diese Besprechung war angesetzt worden, um, wenn möglich, unter den Führern der Arbeiterbewegung eine gemeinsame Taktik zu vereinbaren. Ich zögerte natürlich nicht, der Einladung Folge zu leisten.

Der Schneideragitator Weitling war ein hübscher, blonder junger Mann in einem etwas stutzerhaft geschnittenen Röckchen, mit kokett gestutztem Bärtchen, und glich eher einem commis voyageur (Handlungsreisender — Anm. AK) *als dem strengen, verbitterten Arbeiter, als den ich ihn mir vorstellte.*

Nachdem wir uns einander flüchtig vorgestellt hatten, was von seiten Weitlings mit einer gewissen gesuchten Höflichkeit geschah, setzten wir uns an ein kleines, grünes Tischchen, an dessen schmalem Ende Marx Platz nahm, den Bleistift in der Hand, seinen Löwenkopf über einen Bogen Papier geneigt, während sein unzertrennlicher Freund und Gefährte in der Propaganda, der hochgewachsen, aufrechte, englisch vornehme und ernsthafte Engels, die Sitzung mit einer Rede eröffnete. Er sprach über die Notwendigkeit, daß bei Leuten, die sich der Reform der Arbeit widmen, Klarheit über ihre gegenseitigen Ansichten herrschen müsse und daß eine gemeinsame Lehre geschaffen werden muß, die allen Anhängern, die entweder nicht die Zeit oder die Möglichkeit haben, sich mit theoretischen Fragen zu befassen, als Banner diene, um das sie sich scharen könnten. Engels hatte seine Rede nicht beendet, als Marx den Kopf hob und an Weitling direkt die Frage stellte: ‚Sagen Sie uns doch, Weitling, Sie, der Sie in Ihrer kommunistischen Propaganda in Deutschland so viel Lärm gemacht und so viel Arbeiter gewonnen haben, die dadurch Arbeit und Brot verloren, mit welchen Argumenten verteidigen Sie Ihre revolutionäre, soziale Tätigkeit und worauf denken Sie, dieselbe in Zukunft zu gründen?' Ich erinnere mich noch sehr genau selbst der Form dieser schroffen Frage, weil sie in dem kleinen Kreise eine leidenschaftliche Diskussion eröffnete, die übrigens, wie ich zeigen werde, nicht lange andauerte.

Weitling schien die Besprechung auf Gemeinplätzen der liberalen Schönrednerei festhalten zu wollen. Mit einem ernsten, bekümmerten Ausdruck im Gesicht begann er auseinanderzusetzen, daß es nicht seine Aufgabe sei, neue ökonomische Theorien zu schaffen, sondern diejenigen anzunehmen, die, wie es sich in Frankreich gezeigt hatte, am meisten geeignet seien, den Arbeitern die Augen zu öffnen über ihre entsetzliche Lage, über alle Ungerechtigkeiten gegen sie, die die Herrschenden und die Gesellschaft zu ihrer Losung erhoben hätten, die sie lehre, keinen Versprechungen Glauben zu schenken und ihre Hoffnung nur auf sich selbst zu setzen, auf die Errichtung der demokratisch-kommunistischen Gesellschaft.

Er sprach viel, aber zu meiner Verwunderung und im Gegensatz zu der Rede von Engels unklar und verworren auch in der Form, sich oft wiederholend und die eigenen Worte verbessernd, und er gelangte mit Mühe zu den Schlußfolgerungen, die bei ihm entweder verspätet oder früher als die Voraussetzungen kamen. Er hatte jetzt ganz andere Hörer vor sich als die, die gewöhnlich seine Werkstatt umringten oder seine Zeitung und seine gedruckten Pamphlete auf die gegenwärtigen ökonomischen Zustände lasen, und er verlor darüber die Freiheit des Gedankens und der Sprache.

Er würde vermutlich noch länger gesprochen haben, wenn nicht Marx mit zornig zusammengezogenen Brauen ihn unterbrochen und seine Entgegnung begonnen hätte. Das Wesentliche seiner sarkastischen Antwort war, daß es einfach ein Betrug sei, das Volk aufzuwiegeln, ohne ihm irgendwelche festen, durchdachten Grundlagen für seine Tätigkeit zu geben. Die Erweckung phantastischer Hoffnungen, von denen soeben die Rede gewesen, fuhr Marx fort, führe niemals zur Rettung der Leidenden, sondern muß zu ihrem Untergang führen. Zumal in Deutschland sich an die Arbeiter zu wenden ohne streng wissenschaftliche Ideen und konkrete Lehren, sei gleichbedeutend mit einem leeren, gewissenlosen Spiel mit der Propganda, wobei einerseits ein begeisterter Apostel vorausgesetzt wird, andererseits nur Esel, die ihm mit aufgesperrtem Maule zuhören. ...

In einem zivilisierten Lande wie Deutschland, entwickelte Marx seine Meinung weiter, kann man ohne feste, konkrete Lehre nichts ausrichten und hat auch bis jetzt nichts ausgerichtet als Lärm, schädliche Ausbrüche und Zugrunderichten der Sache selbst, die man in die Hand genommen.

Die bleichen Wangen Weitlings färbten sich, und seine Sprache wurde frei und lebhaft. Mit vor Erregung zitternder Stimme begann er zu beweisen, daß ein Mensch, der Hunderte von Menschen im Namen der Idee der Gerechtigkeit, Solidarität und brüderlichen Liebe um sich geschart habe, nicht ein inhaltsloser, müßiger Mensch genannt werden könne, daß er, Weitling, sich den heutigen Angriffen gegenüber mit den Hunderten von Briefen, Erklärungen und Kundgebungen der Dankbarkeit tröste, die er aus allen Enden seines Vaterlandes empfange, und daß vielleicht seine bescheidene Vorbereitungsarbeit für die gemeinsame Sache von größerer Wichtigkeit sei als die Kritik und die Kabinettsanalysen, die entfernt von der leidenden Welt und den Drangsalen des Volkes entwickelt werden.

Die letzten Worte brachten Marx endgültig in Wut, er schlug in voller Wut mit der Faust auf den Tisch, daß die Lampe darauf erzitterte, und aufspringend rief er: ‚Niemals noch hat die Unwissenheit jemandem genützt.'" (2)



Karl Marx, 5. Mai 1818 - 14. März 1883 (Zeichnung: N.N. Shukov)



(aus: Karl Marx - Friedrich Engels: Het communistisch Manifest. Opgetekend door Rudolfo Marcenaro, Sjaloom Odijk, 1976. — Die Texte rechts oben und links unten stammen aus dem Manifest der Kommunistischen Partei, 1. Abschnitt: Bourgeois und Proletarier)

*

Schon bemerkenswert: Der als „radikaler Demokrat" firmierende Publizist Heinzen kann in der Erinnerung an Marx nur hoch heiser kläffen, während der russische Großgrundbesitzer Annenkov die Generosität aufbringt, interessiert-verständig von einer Debatte zu berichten, deren Inhalt doch unmittelbar gegen seine ureigensten Klasseninteressen gerichtet war.

Heinzen, Annenkov — sie geben winzige Ausschnitte aus Marxens Leben oder auch nur davon, wie er von einzelnen Zeitzeugen gesehen wurde. Wer aber könnte Marx tiefer und umfassender beschreiben als sein Freund, sein Mitarbeiter und Mitstreiter **Friedrich Engels**. Hören wir, was Engels am 17. März 1883 am Grabe von Karl Marx auf dem Londoner Highgate-Friedhof sagte:

„Am 14. März, nachmittags ein Viertel vor drei, hat der größte lebende Denker aufgehört zu denken. Kaum zwei Minuten allein gelassen, fanden wir ihn beim Eintreten in seinem Sessel ruhig entschlummert — aber für immer.